

## 134

# Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heymer

331-320.10 PAN

12. Mai 1989<sup>1</sup>Über Dg33<sup>2</sup>, D3 i. V.<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup>

Betr.: Wahlfälschung und Repression in Panama<sup>5</sup>;  
hier: Optionen für unsere Reaktion

Bezug: 1) Ihre Weisung auf DB Washington Nr. 2024 vom 10.5.1989 (Anlage 1)<sup>6</sup>  
2) BM-Vorlage Dg33 vom 12.5.1989<sup>7</sup>

Anlg.: 6<sup>8</sup>

1) Die Ereignisse in Panama während und nach den Wahlen vom 7. Mai haben die Krise der Demokratie in diesem Land<sup>9</sup> erneut von ihrem chronischen Zustand

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heymer und Vortragendem Legationsrat Schmiegelow konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Henze am 16. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Sulimma am 17. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 18. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Botschafter von Boehmer, Panama, berichtete am 8. Mai 1989 zu den Präsidentschaftswahlen am Vortag, bisherige Auszählungen der Opposition und der katholische Kirche deuteten auf ein Ergebnis von ca. 75 % zugunsten der Oppositionskandidaten hin. Es sei außerdem von Wahlfälschungen auszugehen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 61; Referat 331, Bd. 144028.  
Am 11. Mai 1989 berichtete Boehmer, die drei Kandidaten der Opposition seien während einer Demonstration am Vortag von paramilitärischen Einheiten verprügelt und mit dem Tode bedroht worden. Ferner habe die Regierung am selben Tag die Präsidentschaftswahlen annulliert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 63; VS-Bd. 13695 (331); B 150, Aktenkopien 1989.

<sup>6</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem am 9. Mai übermittelten und am 10. Mai 1989 eingegangenen Drahtbericht informierte Botschafter Ruhfus, Washington, Ziel der USA sei letztlich die Absetzung des Machthabers, General Noriega. Eine militärische Intervention könne aber „wegen des damit verbundenen Verlustrisikos und der politischen Kosten weiterhin als unwahrscheinlich gelten“. Ferner würden eine Verstärkung der amerikanischen Einheiten im Gebiet des Panama-Kanals sowie politischer und wirtschaftlicher Druck erwogen. Vgl. Referat 331, Bd. 144028.  
Staatssekretär Sudhoff vermerkte am 10. Mai 1989 auf dem Drahtbericht handschriftlich für Abteilung 3: „Ich erbitte bewertende Vorlage + Vorschlag, wie wir uns verhalten sollen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 144028.

<sup>7</sup> Ministerialdirigent Henze legte dar, daß eine „deutliche Reaktion“ der EG erforderlich sei. Die Möglichkeiten für wirtschaftlichen und politischen Druck seien jedoch begrenzt. Henze schlug vor: „Wir können jedoch die Botschafter zur Berichterstattung zurückrufen. [...] Zusätzlich sollten wir in der EG darauf drängen, daß die Kontakte mit der Regierung auf ein Mindestmaß und rein technische Fragen beschränkt werden.“ Vgl. Referat 331, Bd. 144029.

<sup>8</sup> Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 6 und 11–14 und 16.

<sup>9</sup> Referat 331 erläuterte am 19. Mai 1989, seit dem Staatsstreich des „Nationalhelden“ General Torrijos 1968 gegen die damalige Regierung bestimme das Militär die Geschicke Panamas. Auch die 1984 aus Wahlen hervorgegangene Regierung habe unter faktischer Kontrolle der Streitkräfte und ihres Chefs, General Noriega, gestanden. Der Widerstand der bürgerlichen Oppositionsparteien sei erstmals Anfang Juni 1987 offen zum Ausbruch gekommen, als Noriega der Fälschung der Wahlen von 1984 sowie des Mordes an dem 1981 bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz getöteten Torrijos beschuldigt worden sei. Ferner habe ein amerikanisches Gericht Ermittlungen gegen Noriega wegen Drogenhandels eingeleitet. Vgl. Referat 331, Bd. 144028.

in ein akutes Stadium treten lassen. Darin liegen für die demokratischen Kräfte in Panama selbst und für die Demokratien Lateinamerikas, Nordamerikas und Westeuropas Herausforderung und Chance zugleich. Die wichtigsten Entscheidungselemente für unsere Reaktion sind folgende:

- Das Noriega-Regime hat sich durch die Sequenz von groben Wahlbeeinflussungsversuchen, massiver Wahlfälschung, dennoch offensichtlich erdrutschartigem Wahlverlust und durchsichtig motivierter Wahlannulierung endgültig und eindeutig selbst demaskiert.
- Die Wahlbeobachtung durch zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus allen Teilen des internationalen demokratischen Spektrums und das dadurch manifestierte Interesse der Weltmeinung scheint als Katalysator für eine unverhoffte Abkehr von Teilen des Militärs und des torrijistischen Wählerreservoirs von Noriega bei der Stimmabgabe gewirkt zu haben.
- Die immer deutlicher gewordenen Hemmschwellen in den USA gegen eine militärische Intervention in Panama haben Noriegas Rezept, sich durch virulenten Antiamerikanismus zu legitimieren, weitgehend untauglich gemacht, womit sich diese „Schwäche“ der USA letztlich als Stärke erwiesen hat.<sup>10</sup>
- Die Bush-Administration hat zu erkennen gegeben, daß sie weiterhin wirtschaftlich-moralischem Druck den Vorzug vor militärischer Aktion gibt und nunmehr die Konzertierung mit Lateinamerika und Westeuropa sucht.
- Wichtige westliche Regierungen, die (wie E, F und eigentümlicherweise sogar GB) bis vor kurzem noch zögerten, wie wir und die Gruppe der Acht auf deutliche Distanz zu der von Noriega kontrollierten Regierung zu gehen, scheinen jetzt eher dazu bereit zu sein, zumindest verbal.
- Wir müssen damit rechnen, daß Noriega im Sinne der „Bunkermentalität“ reagiert, doch besteht nunmehr größere Aussicht als zuvor, daß es zu einer Erosion seiner Stellung von innen kommt, die ihn über kurz oder lang zum Abtreten zwingen könnte.

2) Um diesen Prozeß zu fördern, bieten sich im wesentlichen drei Kategorien von Maßnahmen an:

- Deklaratorischer und diplomatischer Druck auf das Noriega-Regime,
- Verweigerung der Kooperation mit der von Noriega kontrollierten Regierung,
- aktive Förderung der demokratischen Kräfte in Panama.

3) Auf allen drei Ebenen sind wir – im Unterschied zu unseren wichtigsten europäischen Partnern – bereits seit Ausbruch der Krise im Sommer 1987 aktiv:

- Seit Sommer 1987 verhandeln wir nicht mehr mit der panamaischen Regierung über EZ-Projekte.
- Der Bundestag verabschiedete im März 1988 einstimmig eine Resolution, in der die Regierung in Panama aufgefordert wurde, die Menschenrechte zu achten und den Weg für die Demokratie freizugeben (Anlage 2)<sup>11</sup>.

<sup>10</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirigent Sulimma handschriftlich: „Gemeint ist wohl: die USA lassen sich jetzt nicht zu Fehlern provozieren.“

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Antrag vom 3. März 1988 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/1934.

- Auf der San-José-IV-Konferenz in Hamburg gaben die Zwölf auf unsere Initiative eine Erklärung im gleichen Sinne heraus (Anlage 3)<sup>12</sup>.
- Botschafter von Boehmer überreichte sein Beglaubigungsschreiben im Juni 1988 erst nach viermonatiger diplomatischer Karenz und hat seitdem Weisung, jeden über das Notwendigste hinausgehenden Kontakt mit der Regierung zu vermeiden. Wir haben uns dabei eng an das Verhalten der Gruppe der Acht und des Nachbarlandes Costa Rica angelehnt.
- Die liberale und christdemokratische Opposition in Panama ist aktiv von FNS und KAS sowie von den deutschen Schwesterparteien unterstützt worden.
- In EPZ und MRK haben wir uns seit Anfang 1989 mehrfach für erneuten deklaratorischen Druck auf Noriega eingesetzt, konnten jedoch bis vor kurzem weder E noch F oder GB dafür gewinnen.
- Erst zwei Tage vor den Wahlen vom 7. Mai gelang es, nunmehr mit aktiver Unterstützung GBs, eine Zwölferdemarche zustande zu bringen, in der die panamaische Regierung aufgefordert wurde, faire Wahlen zu gewährleisten und das Wahlergebnis zu respektieren (Anlage 4<sup>13</sup>).
- Durch die Erklärung der Bundesregierung vom 11. Mai (Anlage 5<sup>14</sup>) und die Zwölfererklärung vom 11. Mai<sup>15</sup> (Anlage 6<sup>16</sup>) haben wir die Wahlmanipulation und die Wahlannulierung schärfstens verurteilt.

4) Angesichts der Bewegung im EPZ-Kreis kommen nunmehr folgende weitere Schritte in Betracht:

- a) Einberufung von Botschafter von Boehmer zur Berichterstattung in Abstimmung mit den europäischen Partnern, insbesondere soweit diese am Ort vertreten sind (vgl. Bezugsvorlage zu 2).
- b) Wir sollten unsere bisher stillschweigende Verweigerung der Inangriffnahme neuer EZ-Projekte öffentlich bekräftigen und die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit erst für den Fall der Rückkehr Panamas zur Demokratie in Aussicht stellen. Hier bietet sich die Parallele in Chile an.
- c) Unsere bisherige Praxis, humanitäre Hilfe nur über regierungsunabhängige Träger zu leisten, sollten wir beibehalten. Im Bedarfsfall sollten wir diese Art der Hilfe verstärken.
- d) Wir sollten uns bei unseren europäischen Partnern, insbesondere E, dafür einsetzen, daß sie das gleiche tun.
- e) Globale Wirtschaftssanktionen sollten wir auch weiterhin nicht in Betracht ziehen, da sie wegen des begrenzten Handelsvolumens kaum Wirkung haben

<sup>12</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Erklärung vgl. Referat 331, Bd. 144028.

Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 3/1988, S. 118.

Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten sowie der Staaten der Contadora-Gruppe (San José IV) am 29. Februar/1. März 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 72.

<sup>13</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die am 6. Mai 1989 durchgeführte Demarche vgl. Referat 331, Bd. 144028.

<sup>14</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Erklärung vgl. Referat 331, Bd. 144028.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „12. Mai 1989“.

<sup>16</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für die Erklärung der EG-Mitgliedstaaten vom 11. Mai 1989 vgl. Referat 331, Bd. 144028.

Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 5/1989, S. 78.

würden und in erster Linie das in Opposition zu Noriega befindliche Spektrum unter ihnen leiden würde.

f) Die FNS und KAS sollten gebeten werden, Möglichkeiten der Intensivierung ihres Engagements zu prüfen. Besonders wichtig wäre eine Neuorientierung der bisherigen Zusammenarbeit der FES mit der torrijistischen Partei durch Konzentration auf die Noriega kritisch gegenüberstehenden wirklich reformistischen Kräfte. Dg33 könnte das Gespräch mit den Stiftungen führen.

g) In der EPZ sollten wir uns für enge Abstimmung unseres Handelns mit der Gruppe der Acht einsetzen.

5) Referat 604 hat mitgezeichnet.

Heymer

**Referat 331, Bd. 144028**

## 135

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Gerhardt

**421-410.26 POL SB VS-NfD**

**12. Mai 1989<sup>1</sup>**

Betr.: Wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit der VR Polen;  
hier: Vorbereitung des Chefgesprächs (BK, BM, BMWi, BMF) am Donnerstags, 18. Mai 1989

Zur Vorbereitung eines Chefgesprächs betreffend Polen fand am 11. Mai 1989 auf Einladung ChBK<sup>2</sup> ein Gespräch unter Leitung von MD Teltschik statt (weitere Teilnehmer: MD Schomerus, MDg Gerlach (beide BMWi), MD Köhler, MR Schmidt-Gerritzen (beide BMF), Dg21<sup>3</sup>, RL 421<sup>4</sup> (beide AA))

I. Aus dem Gespräch betreffend Polen halte ich folgendes fest:

1) Unter Bezugnahme auf sein Schreiben an die Staatssekretäre im BMF, BMWi und AA vom 27. April 1989<sup>5</sup> sowie die beigelegte, vom BK mit Vermerken ver-

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Heinsberg am 12. Mai 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat Dg21 im Entwurf vorgelegen.“ Ferner Vermerk: „Referat] 422 wird um Vorbereitung des Chefgesprächs am 18.5.1989 gebeten. (Vorlage betr. Polen sowie zu Krediten für Ungarn und Bulgarien).“

Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

<sup>2</sup> Rudolf Seiters.

<sup>3</sup> Wilhelm Höynck.

<sup>4</sup> Walter Gerhardt.

<sup>5</sup> In dem Schreiben an die Staatssekretäre Tietmeyer (Bundesministerium der Finanzen), von Würzen (Bundesministerium für Wirtschaft) und Lautenschlager (Auswärtiges Amt) vom 27. April 1989 führte Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, aus: „Der Herr Bundeskanzler ist anhand der Informationen, die Sie dem Bundeskanzleramt über den Tour d'horizon im ‚Pariser Club‘ vom 11.4.1989 sowie über die gleichzeitige Erörterung der inneren Entwicklung Polens im NATO-Rat haben zukommen lassen, mit Kurzaufzeichnung vom 18. d.M. unterrichtet worden. Ich übersende

sehene Vorlage des ChBK<sup>6</sup> vom 18. April 1989<sup>7</sup> skizzierte MD Teltschik (T) einleitend die derzeitige Lage im Verhältnis zu Polen wie folgt:

- Einleitend wies T. auf die Verschiebung seines Gesprächs mit Kucza<sup>8</sup> um eine Woche hin und appellierte dringend, Stattfinden und Gegenstand aller Gespräche in dieser Sache absolut vertraulich zu behandeln.
- BK-Besuch in Polen von uns vorgeschlagen zu einem Termin vor der Sommerpause.
- Polnische Ersuchen um westliche Wirtschaftshilfe, die auch von der Opposition (Wałęsa) unterstützt werden, haben in jüngster Zeit im Westen (insbesondere USA, F, GB, I) positive Reaktion gefunden.
- Im Rahmen seiner Verhandlungen mit Kucza habe Polen beträchtliches Entgegenkommen in politischen, kulturellen und humanitären Fragen in Aussicht gestellt. Jetzt gehe es darum, auf politischer Ebene die uns möglichen wirtschaftlichen und finanziellen Gegenleistungen zu definieren.
- T. präzierte, daß Besprechung hierfür keine Vorgaben, sondern Denkanstöße zur Vorbereitung der beteiligten Minister auf das Chef-Gespräch am 18. Mai 1989 ergeben solle. Vertreter BMF stellte klar, daß er kein Mandat habe, daß BM Waigel sich Entscheidungen in der Sache vorbehalten habe. Es stellte sich heraus, daß BM Waigel über Verhandlungsstand noch nicht unterrichtet ist.

2) Gespräch hatte die bekannten bilateralen und multilateralen Parameter zum Gegenstand, welche in erster Linie unsere wirtschaftlichen und finanziellen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 606*

Ihnen Ablichtung dieser Aufzeichnung mit der Bitte, gemäß den Weisungen des Herrn Bundeskanzlers [...] im Rahmen der Zuständigkeit Ihres Hauses das Notwendige zu veranlassen.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160504.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

<sup>7</sup> In der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, vom 18. April 1989 hieß es, nach Abschluß der Verhandlungen am „Runden Tisch“ sei Bewegung in die internationalen Bemühungen gekommen, Polen bei der Überwindung seiner Finanzprobleme zu helfen: „Konsultationen der staatlichen Gläubiger im ‚Pariser Club‘ ergaben folgende gemeinsame Haltung: Es besteht Übereinstimmung, daß die positive Entwicklung in Polen unterstützt werden müsse. Es sei jedoch vorrangig, daß Polen zunächst durch die Unterzeichnung sämtlicher bilateraler Umschuldungsabkommen eine feste Ausgangsbasis schaffe (mit Österreich bereits vollzogen). Alle Gläubigerländer unterstützten die Forderung nach einem IWF-Programm. Sie ermutigten Polen zum alsbaldigen Abschluß eines Beistandskredits mit dem IWF, um die Unterstützung der Internationalen Finanzgemeinschaft zu mobilisieren. Eine neue Umschuldung im Pariser Club setze grundsätzlich eine Einigung mit dem IWF voraus.“ Bei Beratungen innerhalb der NATO habe Einigkeit bestanden, „daß politische Impulse von höchster politischer Ebene“ erforderlich seien. Die USA hätten sich für die Behandlung des Themas bei der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel sowie beim Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris ausgesprochen. Der französische Außenminister Dumas habe erklärt, „Frankreich wolle einen Vorstoß beim IWF und beim ‚Pariser Club‘ unternehmen“. Zum Vorschlag der USA vermerkte Bundeskanzler Kohl: „Ja.“ Zu den französischen Überlegungen vermerkte Kohl: „Wir auch! Das Notwendige vorbereiten!“ Vgl. die Anlage zum Schreiben von Teltschik vom 27. April 1989; Referat 411, Bd. 160504.

<sup>8</sup> Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 83, Anm. 18.

Ministerialdirigent Höyneck notierte am 22. Mai 1989 Informationen aus dem Bundeskanzleramt zur fünften Gesprächsrunde am 18./19. Mai 1989, bezüglich der Frage von Hermes-Bürgschaften habe Kucza über ein Volumen von 3 Mrd. DM gesprochen: „Teltschik habe dem entgegengehalten, daß eine solche Hoffnung unrealistisch sei.“ Ferner habe Kucza einen Entwurf für eine Gemeinsame Erklärung anlässlich eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen übergeben, zu dem von Teltschik beim letzten Treffen vorgeschlagenen Termin in der Woche vom 16. Juli 1989 aber noch keine Antwort überbracht: „Kucza habe zu verstehen gegeben, daß die polnische Seite zunächst Klarheit über die deutschen Leistungen haben müsse.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

Beziehungen sowie die des Westens zu Polen bestimmen. Es wurden Möglichkeiten erörtert, da alle Beteiligten betonten, sie seien zu keinerlei Entscheidungen befugt.

3) Abschließend wies T. überraschend darauf hin, daß auch die Frage von Krediten an Bulgarien und Ungarn beim gleichen Gespräch am 18. Mai 1989 angesprochen werden sollen.

4) Betreffend Polen ergab das Gespräch weitgehende Einigkeit in folgenden Punkten:

- Politische, soziale und auch wirtschaftliche Reformen in Polen sind von großer Tragweite; wirtschaftliche Erfolgsaussichten allerdings noch unsicher (so insbesondere BMF);
- Hilfe des Westens – allerdings in Ergänzung der eigenen polnischen Anstrengungen – ist unerlässlich; westliche Hilfe sollte von der Fortsetzung der Reformanstrengungen in Polen abhängig gemacht werden;
- erfreulich, daß wir bei Hilfsaktionen gegenüber Polen nicht mehr allein stehen;
- angesichts des von Polen in Aussicht gestellten erheblichen Entgegenkommens in zentralen Fragen (deutsche Minderheit, Jugendaustausch, Kulturinstitute, Ortsbezeichnungsfrage, Kriegsgräber, Rechtshilfe, Austausch von GKs etc.) erwartet Polen von uns zu Recht Leistungen, die über die anderer westlicher Länder hinausgehen;
- alle deutschen und polnischen Leistungen müssen zu einem Gesamtergebnis führen, dessen Ausgewogenheit von der politischen Ebene beurteilt werden muß.

Im einzelnen:

#### 5) Pariser Club (PC) und IWF

Einigkeit bestand, daß bilaterale Verhandlungen zur Umsetzung des Verhandlungsprotokolls vom Dezember 1987 (Polen IV)<sup>9</sup> so schnell wie möglich stattfinden sollten<sup>10</sup> (Abschlüsse D<sup>11</sup>, F und GB liegen inzwischen vor). Angesichts heutigen Marktzinseszinses von 7,02% (Bundesanleihen von achtjähriger Laufzeit) wurde für denkbar gehalten, mit Polen auf Grundlage des im Juni 1988<sup>12</sup> unterschrifts-

<sup>9</sup> Zum „Pariser Protokoll“ vom 16. Dezember 1987 vgl. Dok. 17, Anm. 6.

<sup>10</sup> Das Bundesministerium der Finanzen teilte am 31. Mai 1989 mit, am 30./31. Mai 1989 habe die vierte Verhandlungsrunde zwischen der Bundesrepublik und Polen über ein bilaterales Umschuldungsabkommen für die Jahre 1986 bis 1988 (Polen IV) stattgefunden. Beide Seiten hätten sich ad referendum auf einen Konsolidierungzinssatz von 6,5% pro Jahr geeinigt. Erster Zahlungstermin solle der 31. Juli 1989 sein. Es sei allerdings noch nicht zur Paraphierung gekommen. Vgl. dazu das Schreiben; Referat 422, Bd. 149288.

<sup>11</sup> Dieses Wort wurde gestrichen. Ferner Hervorhebung durch Bundesminister Genscher und handschriftlicher Vermerk: „A?“

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „1987“.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Wistinghausen notierte am 24. Juni 1988: „Nach drei Verhandlungsrunden konnte am 15./16.6.1988 in Warschau zwischen einer deutschen und einer polnischen Delegation eine vorläufige mündliche Einigung erzielt werden über ein Umschuldungsabkommen zur bilateralen Umsetzung der am 16.12.1987 im Pariser Club erfolgten multilateralen Regelung der polnischen Verbindlichkeiten gegenüber den westlichen Gläubigerregierungen (Fälligkeiten bis zum 31.12.1988). Der deutsche Anteil von ca. 2,5 Mrd. DM soll zu einem den Refinanzierungskosten des Bundes entsprechenden Zinssatz von 6,5% konsolidiert werden. [...] Die polnische Seite hat die Unterzeichnung des Abkommens jedoch von zwei für die Bundesregierung inakzeptablen Bedingungen abhängig gemacht (Neuvereinbarung der Zinsen der bisherigen Umschuldungsabkommen/Zusage neuer Hermes-Bürgschaften).“ Vgl. Referat 422, Bd. 148956.

reifen Abkommenstextes (Zinssatz 6,5 %) abzuschließen. (Damit würden wir angesichts einer Umschuldungssumme von 2,5 Mrd. DM bei zehnjähriger Laufzeit eine Leistung in Höhe von ca. 200 Mio. DM erbringen.) Zur Vermeidung einer Präcedenzwirkung gegenüber dritten Ländern könnte evtl. erforderlichenfalls darauf hingewiesen werden, daß man angesichts gegebenen Zeitdrucks auf den bereits fertigen Vertrag zurückgegriffen habe. Hinsichtlich neuer Umschuldungsregelung ab 1.1.1989 (Polen V) wies MD Schomerus (Sch.) darauf hin, daß vorher IWF-Beistandskredit (etwa September/Okttober 1989 möglich) vorliegen solle. Gegenüber seiner Feststellung, die im PC möglichen Konsolidierungszeiträume solle man maximal nutzen, erhob sich kein Widerspruch. Wichtig: Konditionalität des IWF zur innenpolitischen Absicherung polnischer Reformpolitik. BMWi suchte nach Möglichkeit, erdrückendes Tempo wachsender Zinseszinslast zu verlangsamen. Vorschlag Sch., den Verrechnungsmodus zu ändern (erst Anrechnung auf Kapital) fand keine Unterstützung. Dg21 warf Frage einer evtl. Behandlung Polens als EL auf (Ziel: Verlängerung des Konsolidierungszeitraums für Polen V). Reaktion: Wenn andere Gedanken vorschlagen, würden wir uns dem nicht entziehen (T.). Auch hinsichtlich der anstehenden Verhandlungen betreffend Polen V und IWF-Beistandskreditabkommen bestand Einigkeit, daß D keinesfalls eine Bremserrolle einnehmen dürfe, sondern sich zugunsten baldiger Lösungen einsetzen solle. MD Köhler sagte zu, Inhalt der in Aussicht gestellten Demarche von F gegenüber IWF zu erkunden und zu prüfen, ob gemeinsame deutsch-französische Aktion in Frage komme. Frage gemeinsamer Aktionen – evtl. auch mit GB – könnte auch am Rande des nächsten Treffens der Sherpas (2. bis 4. Juni 1989<sup>13</sup>) besprochen werden.

#### 7) Weltbank

Positive Beurteilung der Weltbankprojekte (im Gespräch sind drei Projekte im Wert von insgesamt 550 Mio. \$); gegen Abkoppelung der Weltbankprojekte von IWF-Beistandskredit spreche schlechte Erfahrung mit Präcedenz eines Argentinien-Projekts, zumal Weltbankprojekte für Polen teilweise makroökonomischen Charakter hätten, für welche ein enger sachlicher Zusammenhang mit IWF-Programm bestehe. Möglichkeit soll dennoch geprüft werden. Vorschlag Dg21, Ko-Finanzierung für Weltbankprojekt mit KfW vorzusehen (Bundesgarantie erforderlich), stieß auf Bedenken BMF; Begründung: Neues Programm, das einem ungebundenen Finanzkredit nahe käme, erscheine innenpolitisch kaum durchsetzbar.

#### 8) Hermes-Bürgschaften

Nach Regelung der offenen Fälligkeiten (Polen IV, Jumbo) könnten neue Hermes-Bürgschaften eröffnet werden, d.h. ausnahmsweise auch schon im Vorgriff auf Polen V. Wegen hoher polnischer Erwartungen und innenpolitischer Sensibilität spreche viel dafür, anstelle eines Plafonds gezielt wirtschaftlich aussichtsreiche und exportwirksame Einzelprojekte zu verbürgen. Neue Verluste sollten vor allem dadurch vermieden werden, daß rigoros geprüft werde (durch IMAG, Treuarbeit und Firmen (Selbstbehalt) unter Berücksichtigung polnischer Prioritätslisten); allerdings: Völliger Ausschluß von Risiko sei angesichts der Gegebenheiten nicht

<sup>13</sup> Das Treffen der Persönlichen Beauftragten („Sherpas“) der Staats- und Regierungschefs der G7 fand am 2./3. Juni 1989 in Evian statt.

möglich. T.: Wenn Plafonds, dann kann dieser kaum unter 1 Mrd. DM liegen; gegenüber dieser Höhe Bedenken von BMF. Sch. unterschied zwei Bestandteile von Hermes-Bürgschaften:

- Projekte mit Quasi-Selbstliquidierung der Kredite, z.B. Flughafen Warschau, Hotel Tschenstochau;
- Finanzierung von Ersatzteilen und anderen kleineren Geschäften; hierfür käme evtl. interne Richtgröße für Volumen in Frage.

Problem: Was tun, wenn Polen wiederum in den Zustand unregelter Fälligkeiten gerate; dies soll angesichts schlechter früherer Erfahrungen wenn irgend möglich vermieden werden; in Frage komme eine flexible Behandlung bei rechtzeitiger Notifikation polnischer Zahlungsschwierigkeiten.

BMF wies auf wirtschaftsfördernde Wirkung von Joint-ventures hin, für die Hermes-Garantien erteilt werden könnten. Wichtige Voraussetzung: Abschluß eines Investitionsschutz- und -förderungsvertrags (IFV)<sup>14</sup>. T. wies auf jüngste Äußerung von Industrieminister Wilczek (W.) gegenüber Graf Lambsdorff hin, er, W., habe nicht gewußt, daß Transferfrage Abschluß entgegenstehe; er habe inzwischen Weisung erteilt, daß Vertrag alsbald gezeichnet werden solle.<sup>15</sup>

#### 9) „Jumbo“-Kredit

Um dieses Kapitel ein für alle Mal abzuschließen, sprach T. sich dafür aus, bezüglich der bisher von Bundesregierung an KfW geleisteten Beträge Schuldenerlaß auszusprechen und die noch ausstehenden Fälligkeiten in Zloty umzuwandeln. BMF wies auf Schwierigkeiten eines Erlasses hin (Rechtslage; Präzedenzwirkung). Leichter sei es, eine Vereinbarung über Zloty-Rückzahlung vorzunehmen, vor allem wenn Gegenleistungen (Einsparung von Haushaltsmitteln) damit verbunden seien. Für BMF darüber hinaus wichtig: Folgekosten bei gemeinsamen Projekten aus Zloty-Fonds zu vermeiden.

#### II. Kredite für Ungarn und Bulgarien

Unter Zeitdruck unterrichtete T. kurz über Kreditwünsche Ungarns<sup>16</sup> und Bulgariens, die BK ebenfalls bei Termin am 18. Mai 1989 anzusprechen beabsichtige:

<sup>14</sup> Das Bundesministerium für Wirtschaft erläuterte am 19. April 1989, die letzte Runde der Verhandlungen mit Polen über einen Investitionsschutz- und -förderungsvertrag am 29./30. März 1989 habe „Einvernehmen über alle wesentlichen Punkte des Vertrags gebracht“. Offen sei aber noch die Frage „einer für beide Seiten befriedigenden Transferregelung für die vom deutschen Investor erwirtschafteten Erträge in Inlandswährung (Zloty-Gewinne)“. Ziel der Bundesregierung sei „ein völkerrechtlich verbindlicher, absoluter und für alle deutschen Direktinvestitionen in Polen grundsätzlich gleicher Maßstab für den Ertragstransfer“. Aus Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft solle an dem Konzept „der Einführung eines schrittweisen, über fünf Jahre (1991–1995) verteilten freien Ertragstransfers festgehalten werden. Die Festlegung des Umfangs der einzelnen Stufen sollte den Polen überlassen bleiben.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149301.

<sup>15</sup> Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, teilte Ministerialdirigent von Kyaw am 26. Mai 1989 mit, in seinem letzten Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, am 18. Mai 1989 habe die polnische Seite in der IFV-Frage kein Entgegenkommen gezeigt: „Hingegen wurde verdeutlicht, daß man für unabsehbare Zeit mit dem Anhalten der schlechten Devisensituation rechne und sich deshalb auf keine festen Fristen einlassen könne.“ Vgl. das Schreiben; Referat 149301.

<sup>16</sup> Referat 422 erläuterte am 17. Mai 1989: „Für Ungarn hat die Bundesregierung bereits im Herbst 1987 einen Bankenkredit über 1 Mrd. DM verbürgt. Angesichts der hohen Verschuldung des Landes (pro Kopf höchste im RGW) ist es besorgniserregend, wenn noch vor dessen Tilgung bereits jetzt ein weiterer Großkredit benötigt wird. Bei Übernahme der Bürgschaft für den Ungarnkredit hatte BMF unwidersprochen klargestellt, daß weitere Bürgschaften dieser Art nicht in Betracht kämen.“ Sowohl bei den ungarischen Kreditwünschen als auch bei denen Bulgariens bestehe die „konkrete



Ihm, T., liege daran, diese Fragen, die zum Teil seit längerem im Gespräch seien, zu einem Abschluß zu bringen. StS Tietmeyer sei bereits von ihm mündlich unterrichtet worden. Es handele sich um folgendes:

Ungarn

MP Späth habe gegenüber Ungarn einen Kredit zunächst in Höhe von 500 Mio. DM ins Gespräch gebracht. Nachdem sich Erfordernis einer Bundesbürgschaft herausgestellt habe, sei seitens BW<sup>17</sup> nunmehr folgende Lösung vorgeschlagen worden:

- 250 Mio. DM Kredit, gegeben und verbürgt von BW;
- 250 Mio. DM Kredite von BW-Banken ohne Verbürgung;
- 250 Mio. DM bundesverbürgte Kredite, projektgebunden, zu Konditionen von ungebundenen Finanzkrediten.

Bulgarien

Partei- und Staatschef Schiwwow habe bereits vor zwei Jahren gegenüber BK Wunsch nach Bundeskredit i.H. von 1 bis 2 Mrd. DM vorgebracht<sup>18</sup>; Wunsch sei gegenüber Bundespräsident bei dessen Besuch in Sofia<sup>19</sup> wiederholt und auch von Minister Owtscharow mehrmals wiederholt worden. Zuletzt habe Bulgarien Wunsch auf 500 Mio. DM Kredit reduziert, der projektgebunden zu UFK<sup>20</sup>-Konditionen mit fünfjähriger tilgungsfreier Zeit ausgestattet sein solle.

BMWi bemerkte, angesichts dieser Kreditwünsche in beträchtlicher Höhe komme es für die Bundesregierung darauf an, Prioritäten zu setzen.<sup>21</sup>

Gerhardt

#### Referat 420 (425), Bd. 157058

*Fortsetzung Fußnote von Seite 610*

Gefahr, daß die Länder mit der Rückzahlung der Kredite Schwierigkeiten haben werden und dann Schuldendiensterleichterungen erwarten. Dies kann in einigen Jahren die bilat[erale]n Beziehungen belasten“. Vgl. Referat 420 (425), Bd. 157058.

<sup>17</sup> Baden-Württemberg.

<sup>18</sup> Der bulgarische Staatsratsvorsitzende Schiwwow hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 158.

<sup>19</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker und der bulgarische Präsident Schiwwow trafen am 21. November 1988 zusammen. Vgl. AAPD 1988, II, Dok. 331.

Staatssekretär Lautenschlager notierte am 25. November 1988, Weizsäcker habe ihn über sein Vier-Augen-Gespräch mit Schiwwow am 24. November 1988 in Varna informiert. Dieser habe ausgeführt, „daß Bulgarien mit etwa 1 Mrd. US-\$ aus vornehmlich, wenn nicht ausschließlich privaten Krediten gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verschuldet sei (ohne dies im einzelnen näher zu spezifizieren). Vor allem die damit verbundenen kurzfristigen Fälligkeiten drückten Bulgarien im besonderen und nicht mehr tragbaren Maße; Bulgarien brauche insoweit dringend Entlastung, auch im Interesse des Erfolges des wirtschaftlichen Reformprogramms. Er – Schiwwow – bäte die Bundesregierung daher entweder um geeignete Maßnahmen, damit die Fälligkeiten für die Rückzahlungsverpflichtungen aus den einzelnen Krediten um etwa acht Jahre prolongiert würden, oder aber um einen (längerfristigen?, staatlichen?) Kredit von 1 Mrd. US-\$, damit die termingerechte Rückzahlung der kurzfristigen (privaten?) Kredite gesichert bleibe. Zu den Bedingungen des erbetenen Kredits habe sich Schiwwow ebensowenig geäußert wie zu den Modalitäten einer etwaigen Umschuldung; wohl aber habe er sich bei seinem Wunsch auf Kreditgewährung ausdrücklich und mehrfach auf eine (angeblich) vor eineinhalb Jahren gegebene grundsätzliche Zusage des Bundeskanzlers bezogen.“ Vgl. Referat 422, Bd. 149293.

<sup>20</sup> Ungebundener Finanzkredit.

<sup>21</sup> Zum Gespräch der Bundesminister Genscher, Haussmann, Seitzers und Waigel sowie des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, bei Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1989 notierte das Mini-

## 136

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

114-12450/89 VS-vertraulich

Aufgabe: 12. Mai 1989, 19.24 Uhr<sup>1</sup>

Fernschreiben Nr. 578

Ankunft: 12. Mai 1989, 20.16 Uhr

Citissime

Betr.: Sowjetisch-amerikanische Beziehungen;

hier: Unterrichtung des NATO-Rates am 12.5.1989 durch AM Baker  
über seine Moskauer Gespräche<sup>2</sup>

## Zusammenfassung

AM Baker unterrichtete NATO-Rat (in Anwesenheit von sieben Außenministern – darunter BM<sup>3</sup>) über intensive Moskauer Gespräche, die traditionelle vier Punkte (Menschenrechte, Rüstungskontrolle, Regionalfragen, bilaterale Fragen) sowie – in Zukunft ständiger TOP – auch transnationale Fragen (Umwelt, Terrorismus, illegaler Drogenhandel) umfaßten. Er bezeichnete AM-Gespräche, die wieder regelmäßig stattfinden werden, als aktiv, konstruktiv, positiv und expandierend und zeigte sich insgesamt befriedigt.

Bündnispartner stimmten dieser Einschätzung zu und begrüßten insbesondere, daß West-Ost-Beziehungen nicht auf Rüstungskontrollfragen verengt, sondern im Gegenteil auf neue Bereiche erweitert wurden. BM sah hier gute Ansatzpunkte für Gipfelerklärung der NATO<sup>4</sup>.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 611*

sterbüro am folgenden Tag, bezüglich Polens sei vereinbart worden: „a) Polen IV wird unterzeichnet wie im Dezember 1987 vereinbart; b) Jumbo-Kredit: 50 % wird erlassen, 50 % in Złoty für Projekte; c) Polen soll sein Verhältnis zu Pariser Club in Ordnung bringen. Für die Festlegung der deutschen Haltung in Pariser Club wird die Haltung des Weißen Hauses und des Elysée erfragt. AA: Für eine Behandlung wie ein Entwicklungsland. Polen braucht eine Atempause. d) Deutschland soll sich mit Frankreich für einen Beistandskredit einsetzen. Finanzminister teilt mit, daß StS Tietmeyer dies bereits mit seinem französischen Kollegen vereinbart habe. e) Wir äußern uns positiv zur Kofinanzierung bei den bekannten Projekten. AA verweist auf die Notwendigkeit einer Mitwirkung der KfW und Bundesgarantien für die KfW.“ Bezüglich der Frage von Hermes-Bürgschaften hätten alle Teilnehmer folgendem Vorschlag des Auswärtigen Amtes zugestimmt: „Plafond für Warenkredite (vor allem Ersatzteile) bis zu 300 Mio. DM. Für Investitionen ohne Plafond.“ Bezüglich eines Investitionsförderungsabkommens habe das Auswärtige Amt es für erforderlich erklärt, „daß Polen einlenkt, damit Direktinvestitionen möglich werden“. Waigel habe allerdings darauf hingewiesen, „daß er den Vereinbarungen zu Polen heute nicht zustimmen könne, sondern einen Vorbehalt aufrechterhalte“. Bezüglich Ungarn hieß es: „Es wurde die Problematik einer Mischförderung von Bund und Bundesländern am Fall Ungarns erörtert (Benachteiligung finanzschwacher Bundesländer). Es soll eine Bundesbürgschaft für 250 Mio. DM geprüft werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 30.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher am 16. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der amerikanische Außenminister Baker hielt sich am 10./11. Mai 1989 in der UdSSR auf. Für das sowjetische Protokoll seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11. Mai 1989 in Moskau vgl. LAST SUPERPOWER SUMMITS, Dok. 74.

<sup>3</sup> An der Sitzung nahmen teil die Außenminister van den Broek (Niederlande), Ellemann-Jensen (Dänemark), Fernández Ordóñez (Spanien), Genscher (Bundesrepublik), Pinheiro (Portugal), Stoltenberg (Norwegen) und Tindemans (Belgien) sowie der Staatssekretär im luxemburgischen Außenministerium, Goebbels.

<sup>4</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Gorbatschows Vorschläge für VKSE-Verhandlungen und Ankündigungen einseitiger SNF-Reduzierung wurden eingehend erörtert. Es wurde gemeinsame Linie für Reaktionen festgelegt (Ziffer 3 b).

Aktuelle SNF-Problematik im Rahmen des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung erhielt vielleicht dadurch einen neuen Akzent, daß AM Baker sein Verständnis des Zusammenhangs zwischen Wiener VKSE-Verhandlungen und SNF-Modernisierung darlegte: Er habe (in Reaktion auf Gorbatschow-Hinweis, daß angesichts Wiener Verhandlungen Modernisierung nicht notwendig sei) erklärt, in Wien werde erst verhandelt, man müsse aber Taten sehen. Dies entspricht, wie BM betonte, Auffassung der Bundesregierung.

Während BM in Gorbatschow-Ankündigung<sup>5</sup> zusätzliches Argument unserer Forderung sah, solche Schritte in Verhandlungen und Vereinbarungen einzu-beziehen und so irreversibel zu machen, sah GB-Botschafter<sup>6</sup> britische Sorge vor Denuklearisierungsziel Gorbatschows bekräftigt und daher Gefährlichkeit von Verhandlungen bestätigt. Baker ging auf diese Frage nicht konkret ein.

Im einzelnen:

#### 1) Allgemeines

In Anwesenheit der Außenminister von B, DK, D, NL, NOR, PTG und E sowie des StS aus L unterrichtete AM Baker den NATO-Rat am 12.5. in einer zweistündigen Sitzung über die ersten umfassenden AM-Gespräche der neuen US-Administration mit der SU. (Zwölfseitiger Sprechzettel wurde bereits mit Fernkopie übermittelt.<sup>7</sup>)

Wunsch der US-Administration, amerikanisch-sowjetische Beziehungen aktiv, konstruktiv, positiv und expandierend zu gestalten, wurde mit allgemeiner Zustimmung und Befriedigung registriert, ebenso wie die Tatsache, daß Baker seine Moskauer Gespräche mit eben diesen Attributen charakterisierte.

Baker hob hervor, durch die Besuchsergebnisse sei das Fundament gelegt für

- Wiederaufnahme des Gesprächs mit der SU über die gesamte Breite der von der Reagan-Administration entwickelten Agenda – unter Erweiterung um einen neuen „Korb“ von globalen, transnationalen Fragen wie Umwelt, Terrorismus, illegaler Drogenhandel. Auf direkte Frage, wo, abgesehen vom letzten Punkt, die Politiküberprüfung der USA Änderungen ergeben habe, verwies Baker auf
  - stärkeren Akzent der amerikanisch-sowjetischen Bemühungen um Lösung regionaler Probleme (SU sei damit einverstanden),
  - stärkere Beachtung der Proliferationsproblematik im CW- und Raketenbereich bei bilateralen Gesprächen.

Dies bedeute nicht, daß USA oder SU den Stellenwert der Rüstungskontrollthematik reduzieren wollen.

- das Fundament zu legen für<sup>8</sup> (wie bisher schon) regelmäßige Außenministertreffen (das Stichwort Gipfel, das in der Diskussion fiel, kommentierte Baker nicht),

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „BM Gorbatschow-Ankündigung“.

<sup>6</sup> Michael Alexander.

<sup>7</sup> Für den amerikanischen Sprechzettel vom 12. Mai 1989 vgl. VS-Bd. 12186 (201).

<sup>8</sup> So in der Vorlage.

- eine freundliche und persönliche Beziehung zu Eduard Schewardnadse herzustellen.<sup>9</sup>

Die Entwicklung in der SU habe vor allem im Gespräch mit Gorbatschow erheblichen Raum eingenommen, das zunächst (in Gegenwart von Schewardnadse) etwa eine Stunde und dann unter Hinzuziehung von Mitarbeitern noch weitere 1 1/2 Stunden gedauert habe. Gorbatschow habe seine Probleme offen zugegeben, die im Wirtschaftsbereich, im Widerstand der Bürokratie und in starken nationalistischen Tendenzen in einzelnen Republiken lägen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die zu ihrer Behebung notwendigen Reduzierungen der Verteidigungsausgaben seien offen als Grund für einseitige Reduzierungsschritte angegeben worden. Baker bezeichnete die Veränderungen in der SU als real. Perestroika, Glasnost und „neues Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik hätten zu einer Veränderung des politischen Umfeldes beigetragen. Dies erlaube beiden Ländern, das Feld „konstruktiver Interaktion“ zu erweitern. Dementsprechend habe man versucht, die bereits vorhandenen politischen Strukturen anzupassen und auch neue für zukünftige Gespräche zu entwickeln und so die Zusammenarbeit zu systematisieren.

In der Diskussion hob, mit ausdrücklicher Zustimmung von Baker, besonders BM hervor, wie wichtig breiter Ansatz für amerikanisch-sowjetische Beziehungen sei. Die sei ein gutes Zeichen für die Qualität der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und entspreche dem von uns lange angestrebten Ziel, die West-Ost-Beziehungen nicht nur im Rüstungskontrollbereich, sondern in ihrer ganzen Breite zu entwickeln (damit indirekt auf die im Augenblick stockenden Beratungen über die Gipfelerklärung eingehend). Hier liege ein Ansatzpunkt für die Formulierung der westlichen Strategie zur Entwicklung der West-Ost-Beziehungen, die vom Gipfel erwartet werde. Die von Baker aufgeführten Themen eigneten sich vorzüglich. Sie ließen deutlich die westliche Handschrift erkennen.

(Auf italienische Frage) Baker durchaus bereit, sowjetische Erklärungen, keine Keile in die Allianz treiben zu wollen, zum Nennwert zu nehmen: Es sei so offensichtlich, daß SU Stabilität und eine Atempause ebenso brauche wie Reduzierungen in Verteidigungsausgaben<sup>10</sup>, um ihre Wirtschaftsreform durchzuführen. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Hinweis im Sprechzettel, den Baker nicht vortrug: Nach Ankündigung der Bush-Besuche in Polen und Ungarn<sup>11</sup>, an deren Reformen die USA interessiert seien, habe Schewardnadse erklärt:

- die Teilung Europas sei „eine der größten politischen Fehlleistungen der östlichen Führer“ und
- es habe Zeiten gegeben, wo die Sowjets Osteuropa ermutigt hätten, das sowjetische Model anzunehmen, aber das habe „zu negativen Konsequenzen“ geführt.

Es wurde deutlich, daß Baker die von der neuen Administration stärker betonten Bereiche der CW- und Raketenproliferation, der Regionalprobleme sowie der transnationalen Fragen für besonders geeignet hält, um das neue Denken der

<sup>9</sup> So in der Vorlage.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „Verteidigungsaufgaben“.

<sup>11</sup> Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

SU in der Außenpolitik zu testen. Hier schimmerten immer wieder die Gedanken durch, die Baker am 4. Mai in seiner Rede vor dem CSIS<sup>12</sup> in Washington entwickelt hat. Es gehe darum, daß die Umsetzung der sowjetischen Worte durch Taten erfolge, wobei Baker durchaus einräumte, im Umweltbereich (Ölverschmutzung in Alaska) bereits Taten zu sehen.

Zu den einzelnen Bereichen der amerikanisch-sowjetischen Agenda:

## 2) Menschenrechte

Menschenrechte blieben hoch auf der Tagesordnung, SU habe Liste mit genehmigten Ausreisefällen übergeben, USA hätten ihrerseits weiter Liste von 400 bis 500 Refuseniks.

Es gehe darüber hinaus aber darum, zur Institutionalisierung des Respekts der Menschenrechte beizutragen. Hierfür sei die Tür durch eine Reihe von Absprachen geöffnet worden, z. B.

- nähere Information über Straffälle, die die eine Seite als kriminelle, die andere als politische Fälle ansehe,
- Diskussionsforen über Rechtsfragen, z. B. durch Teilnahme von sowjetischen Strafrichtern an US-Seminaren über Bürgerrechte und Prozeßführung. Ferner über Menschenrechts- und humanitäre Fragen im internationalen Bereich, z. B. Hilfsmaßnahmen für Sudan, sowie Erfahrungsaustausch bei speziellen sozialen Problemen (Gruppenbeziehungen unter Gesichtspunkt von Rasse, Nationalität und Geschlecht).

## 3) Rüstungskontrollfragen

Hauptziel der USA im Rüstungskontrollbereich sei es, das Kriegsrisiko zu senken und dabei Stabilität, Gleichheit, Berechenbarkeit und effektive Verifikation, d. h. Vertragserfüllung zu gewährleisten. Besonders wichtig aus US-Sicht: Reduzierung des nuklearen Erstschlagrisikos und Eliminierung spezifischer destabilisierender Bedrohungen.

Die gegebene und reaktivierte Rüstungskontrollagenda sei um die (bereits erwähnten) Themen CW- und Raketenproliferation erweitert worden. In diesem Bereich werde es Gespräche geben.

Gesprächsergebnisse:

Genfer NST (Nuclear and Space Talks) werden in zweiter Juni-Dekade fortgesetzt und etwa sechs Wochen dauern<sup>13</sup> und dann, nach der Sommerpause, in Mitte September für eine längere Sitzung fortgesetzt<sup>14</sup>.

Baker ging nicht ein auf Einzelheiten, die mit Gorbatschow bezüglich START, verschiedene ABM-Interpretationen und SLCM erörtert wurden. Das ABM-Thema sei „sehr lebendig“, die Verletzungen durch SU müßten aufgeklärt werden, bevor USA START-Vertrag abschließen könnten. Ebenso müßten aus sowje-

<sup>12</sup> Korrigiert aus: „SCIS“.

Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Baker vor dem Center for Strategic and International Studies (CSIS) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2148, S. 36–39.

<sup>13</sup> Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

<sup>14</sup> Die zwölfte Runde von START fand vom 29. September bis 8. Dezember 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 427.

tischer Sicht Probleme der Weltraumverteidigung im Zusammenhang mit SDI geklärt werden, bevor die SU den START-Vertrag abschließe. Lt. Sprechzettel hält SU an enger Interpretation des ABM-Vertrags<sup>15</sup> fest. SU sei bereit, den Krasnojarsk-Radar „vollständig“ abzubauen, wenn USA ABM-Vertrag beibehalten und die enge Interpretation beachten würden. USA teilten SU mit, daß sie den ABM-Radar in Gomel nicht mehr als ABM-Verletzung betrachteten.

- Nächste Sitzung der SCC: Mitte Juni
- Nukleartests: Fortsetzung der Verhandlungen in Genf am 26.6.<sup>16</sup>
- CW: Bilaterale Expertentreffen am Rande bevorstehender CD-Sitzung in Genf<sup>17</sup>

Breiten Raum im Gespräch mit Gorbatschow nahm dessen Ankündigung von Vorschlägen für die Wiener VKSE und einseitigen SNF-Abzügen ein:

- SNF-Abzüge: Durch Vortrag von Baker und Rückfrage einzelner Minister wurde gemeinsames Verständnis herausgearbeitet, daß Gorbatschow
  - 500 Sprengköpfe taktischer nuklearer Mittel (luftgestützt 166, raketen-gestützt 284, Artillerie 50)
  - vom Territorium europäischer WP-Partner abziehen will,
  - daß dies im Jahre 1989 erfolgen soll,
  - daß vom europäischen Territorium der SU keine Abzüge<sup>18</sup> erfolgen, wohl aber die aus den europäischen WP-Staaten abgezogenen Gefechtsköpfe dort-hin verbracht werden können,
- daß nur von Abzug, nicht von Zerstörung die Rede war,
- daß Gorbatschow mit seinem über diese Abzugsankündigung hinausgehenden Angebot, auf der Basis der Gegenseitigkeit alle amerikanischen und sowjeti-schen taktischen Nuklearwaffen bis 1991 von europäischem Territorium ab-zuziehen, französische und britische Nuklearwaffen nicht erwähnt habe.<sup>19</sup>

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Be-grenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Vgl. dazu ferner das Protokoll vom 3. Juli 1974 zum ABM-Vertrag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 216f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 363f.

<sup>16</sup> Botschafter Ruhfus, Washington, berichtete am 2. August 1989, im amerikanischen Außenministerium sei erklärt worden, die Verhandlungsrunde mit der UdSSR über einen Nuklearteststopp, die am 8. August 1989 zu Ende gehe, sei „zur Zufriedenheit beider Seiten verlaufen“. Die sowjetische Seite sei flexibel gewesen, und in einigen komplexen Fragen seien „gute Fortschritte“ erzielt worden. Aller-dings sei die UdSSR „grundsätzlich der Meinung, daß seismische Verifikation für die erforderlichen Zwecke ausreichend sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3220; Referat 222, Bd. 162098.

<sup>17</sup> Botschafter von Stülpnagel, Genf (CD), teilte am 3. Juli 1989 mit, die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über chemische Waffen hätten vom 12. bis 29. Juni 1989 in einer nach Auskunft der ameri-kanischen Delegation „produktiven Atmosphäre“ stattgefunden. Beide Seiten hätten sich geeinigt, „die zu zerstörenden CW-Bestände in zwei Gruppen aufzuteilen: in solche, die innerhalb von acht Jah-ren zu zerstören sind, und solche, die danach zerstört werden“. Außerdem habe man sich „auf einige allgemeine Regeln“ über die Zerstörung von Produktionsanlagen für chemische Waffen verständigt. Offen seien allerdings noch die Frage von Verdachtskontrollen und die Durchführung von Inspektio-nen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1546; Referat 242 (222), Bd. 162076.

<sup>18</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 579 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>19</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Seibert notierte am 12. Mai 1989 zu den Vorschlägen des General-sekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zum einseitigen Abzug sowjetischer SNF, bei der vom Bundesministerium der Verteidigung geschätzten Zahl von mindestens 10 000 sowjetischen Gefechts-

Nachdem GS Wörner bereits in seiner Begrüßung Bakers Notwendigkeit hervor-gehoben hatte, zur Gorbatschow-Ankündigung gemeinsame Linie der Reaktion festzulegen, spielte diese Frage bei den verschiedenen Interventionen eine wichtige Rolle:

- Baker verwies auf seine Äußerungen gegenüber der Presse, daß
  - Westen die SU schon lange zu einseitigen Reduzierungsschritten aufgefordert habe, nachdem NATO bisher bereits einseitig 2400 Gefechtsköpfe abgebaut habe<sup>20</sup>,
  - SU sich nur zum Abzug von Territorien europäischer Verbündeter, nicht aber zur Zerstörung verpflichtet habe,
  - der Schritt dennoch, wenn auch ziemlich bescheiden im Vergleich zu den NATO-Reduzierungen, ein Schritt in die richtige Richtung sei.
- BM betonte, auch im Kurzstreckenbereich sähen wir ein Eingehen der SU auf westliche Vorschläge. Die Allianz habe sich bereits in Reykjavik 1987<sup>21</sup> und beim Gipfel 1988<sup>22</sup> mit Kurzstreckenraketen befaßt. Jetzt erhalte sie die erste Antwort, nachdem sie schon selbst viel größere Reduzierungsschritte vorgenommen habe. Damit würden in dem – angesichts der hier bestehenden sowjetischen enormen Überlegenheit – am meisten destabilisierenden Bereich Reduzierungsschritte angekündigt. Es sei aber nicht nur wichtig, Gefechtsköpfe vom Territorium europäischer Bündnispartner abzuziehen. Nur wenn Zerstörung erfolge, könnten wir einen qualitativ wichtigen Schritt sehen.  
Aber: Es sei ein Schritt in die richtige Richtung. Und es sei wichtig, solche Schritte unumkehrbar zu machen durch Einbeziehung in Verhandlungen und Abmachungen.
- DK-AM: Gut, daß Baker Ankündigung begrüßt habe, endlich bewege sich SU unilateral im SNF-Bereich, was NATO schon lange gefordert habe. Dies werde es NATO vielleicht erleichtern, an die Verhandlungsfrage „natürlich im Zusammenhang mit den VKSE-Verhandlungen“ heranzugehen.
- NOR-AM: Einverstanden mit Bakers Reaktion.
- GB-Botschafter mahnte zur Vorsicht bei der Reaktion auf Gorbatschow. Mit dem SNF-Vorschlag habe man seit Monaten rechnen können. Die Wahl des Zeitpunkts spreche für sich. Derartige unilaterale Kürzungen des enormen

*Fortsetzung Fußnote von Seite 616*

köpfen auf diesen Systemen würde der von Gorbatschow angekündigte Abzug lediglich 5 % ausmachen, zumal die Trägersysteme nicht abgezogen werden sollten: „Ein Abzug der 500 Gefechtsköpfe wäre kaum verifizierbar, ebensowenig ihre Rückverbringung in die NSWP-Staaten.“ Der vorgeschlagene Abzug aller Nuklearladungen sei „unausgewogen und würde die Sicherheitslage in Europa zuungunsten der NATO verändern“. Insgesamt bleibe der Vorschlag „nach Umfang und Zielrichtung hinter unseren Vorstellungen eines stabilitäts erhöhenden Beitrages erheblich zurück. Er ist vordergründig auf die aktuelle Diskussion über SNF-Modernisierung bzw. -verhandlungen im westlichen Bündnis und darüber hinaus gegen die Kriegsverhütungsstrategie der NATO gerichtet.“ Vgl. Referat 240 (220), Bd. 163097.

<sup>20</sup> Zum Abzug von 2400 nuklearen Gefechtsköpfen vgl. Dok. 46, Anm. 44.

<sup>21</sup> Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>22</sup> Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

sowjetischen Überhangs würden wohl schrittweise in öffentlichkeitswirksamer Weise erfolgen. GB fühle sich in Sorge bestätigt, daß SU Denuklearisierung Europas anstrebe. Gorbatschow-Ankündigung unterstreiche einerseits die Risiken, die GB in Verhandlungen über diese Systeme sehe, andererseits die Notwendigkeit, das NATO-Arsenal auf gebotenem Stand zu halten.

- Auf Frage GB-Botschafters, ob Gorbatschow westliche SNF-Modernisierung angesichts Wiener Verhandlungen als überflüssig bezeichnet habe (falls ja, müsse ihm widersprochen werden, da sich die Fakten nicht um ein Jota verändert hätten), machte Baker eine wichtige Aussage, die mit unserem Verständnis der Sachzusammenhänge übereinstimmt: Gorbatschow habe in der Tat gesagt, daß die Modernisierung „ernsthafte Probleme“ für die Sowjets erzeugen würde. Es bestehe keine Notwendigkeit zu modernisieren, weil man sich auf konventionelle Stabilität hinbewege. Er, Baker, habe erwidert, darüber werde erst verhandelt, man müsse Taten sehen.
- BM griff diesen Punkt in erneuter Intervention auf: Diese Antwort Bakers an Gorbatschow sei wichtig. Auch nach unserer Meinung reiche es nicht aus, nur zu verhandeln, es müßten Ergebnisse erzielt werden. Bakers Feststellung „we need to see deeds“ entspreche der Auffassung der Bundesregierung.
- NL-AM: Die sowjetische Überlegenheit bleibe substantiell, aber es sei ein Anfang gemacht. Der Westen solle weitere unilaterale Reduzierungen ermutigen und die SU an das von ihr propagierte Suffizienzprinzip erinnern. Westen solle auf NATO-Reduzierungen wie auf fortbestehende Überlegenheit verweisen und auch erwähnen (gemäß SACEUR-Überlegungen), daß Westen derzeit weitere Reduzierungsmöglichkeiten ernsthaft prüfe – im übrigen bezeichne NL die Ankündigung als weiteren Grund dafür, das Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung entschlossen voranzubringen (allgemeine Zustimmung).
- LUX-StS: Modernisierungsdiskussion lasse Allianz zerstritten erscheinen. Sie sei künstlich und unzeitlich. Entwicklungsarbeiten, die in diesem Stadium anstünden, sollten Konstante der Politik der Bündnispartner sein. Über Produktion und Dislozierung solle später unter Berücksichtigung der Gesamtlage der West-Ost-Beziehungen und der Wiener Verhandlungen entschieden werden. SNF-Verhandlungen sollten nicht ausgeschlossen werden, mit dem Nahziel der Reduzierung sowjetischer Überlegenheit und einem späteren Ziel, ein noch niedrigeres (als das derzeitige NATO-) Niveau auf gleicher Ebene zu erreichen.

Konventionelle Vorschläge:

Gorbatschows Vorschläge zielten darauf ab, bis 1997 bei konventionellen Streitkräften und Rüstungen gemeinsame Obergrenzen zu erreichen:

- Personal je etwa 1,3 Mio. (darüber hinausgehende Kräfte sollten demobilisiert werden),
- Kampfflugzeuge gemäß sowjetischer Definition auf 1500 (55 Prozent des NATO-Bestandes) und Hubschrauber auf 1700,
- Panzer auf 20 000, Artillerie auf 24 000 und Schützenpanzer und gepanzerte Mannschaftstransportwagen auf 28 000.



Auf entsprechende amerikanische Frage habe Gorbatschow es als Verhandlungssache bezeichnet, ob überzähliges Gerät abgezogen oder zerstört werde. Seine persönliche Präferenz sei Zerstörung.<sup>23</sup>

Gorbatschows Ankündigungen stellten Follow-up zu den Ankündigungen Schewardnadses bei VKSE-Eröffnung in Wien<sup>24</sup> dar und bildeten Antwort auf die NATO-Forderung nach spezifischen sowjetischen Zahlenvorstellungen.

Jetzt müßte geprüft werden, wie die Einzelheiten der Vorschläge aussehen und wo noch Klärungen erforderlich seien. Auf den ersten Blick schienen die sowjetischen Zahlenvorstellungen bei Panzern und Schützenpanzern und gepanzerten Mannschaftstransportwagen nahe bei den westlichen Vorschlägen zu liegen, bei Artillerie seien sie höher (hier gebe es aber unterschiedliche Zählmethoden).

Die Einführung zusätzlicher Kategorien sei zu bedauern.

Insgesamt sei weitere Prüfung und Klärung erforderlich.

BM hob hervor, daß es sich in der Tat um östliche Reaktionen und bei Kampfpanzern sowie Schützenpanzern und gepanzerten Mannschaftstransportwagen um Eingehen auf westliche Vorschläge handle, während wir die Zahlen bei Artillerie, da über westlichem Stand, für zu hoch und daher weniger wünschenswert hielten.

GB Botschafter empfahl, unsere eigenen Vorschläge und das teilweise Eingehen SU hierauf in den Mittelpunkt zu stellen und zu den darüber hinausgehenden sowjetischen Vorschlägen auf die Gefahr hinzuweisen, daß die Verhandlungen überlastet werden könnten. Es komme erst einmal darauf an, auf der Grundlage unserer eigenen Vorschläge Ergebnisse zu erzielen, bevor man weitergehe.

CW:

Als besonderen Schwerpunkt der verabredeten bilateralen Gespräche über CW-Proliferation bezeichnete Baker die Proliferation im Nahen Osten. Im übrigen bleibe bei Genfer Verhandlungen das Verifikationsproblem die Kernfrage. Über sowjetische CW-Bestände habe man in dieser Runde keine näheren sowjetischen Auskünfte erhalten, man hoffe aber später darauf.

Auf (belgische) Frage bestätigte Baker: Es bleibe bei seiner Wiener Ankündigung, daß man einen möglichst frühzeitigen Abzug der amerikanischen CW-Bestände aus der Bundesrepublik Deutschland prüfe<sup>25</sup>. Die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Er glaube aber, daß man den Abzugszeitpunkt etwas (a little bit) vorziehen könne.

#### 4) Regionalfragen

Laut Baker hoffen USA, von Wettbewerb zu stärkerer Zusammenarbeit übergehen zu können. Er habe die neuen Ansätze der US-Administration bei Nahost- und Zentralamerika-Fragen erläutert.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde erläuterte am 12. Mai 1989, eine Bewertung der vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, genannten Obergrenzen sei „äußerst schwierig, da unklar ist, welche Definitionen diesen Vorschlägen zugrunde liegen. Die WP-Delegationen haben bislang in Wien nicht erläutert, von welchen Zählkriterien und Abgrenzungen sie ausgehen.“ Vgl. Referat 221, Bd. 144804.

<sup>24</sup> Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers Schewardnadse am 8. März 1989; EUROPA-ARCHIV 1989, D 253–257 (Auszug).

<sup>25</sup> Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76.

Schewardnadse habe sich einverstanden erklärt, bei Nicaragua auf eine politische und diplomatische Lösung hinzuwirken. Befriedigt habe auch, daß SU die Waffenlieferungen an Nicaragua Ende 1988 eingestellt habe. Laut Sprechzettel würden es USA, wenn sich dies bestätige, als einen positiven Schritt bewerten.

Im Juni würden Expertengespräche über Zentralamerika und Nahost stattfinden. Afghanistan-Problematik sei im Delegationsrahmen, Südafrika, Kambodscha und Korea betreffende Fragen in den Arbeitsgruppen behandelt worden.

Der Shamir-Wahlvorschlag<sup>26</sup> werde auch von SU als prüfenswert bezeichnet, auch mit dem Ziel zu klären, ob er zu einem breiteren Dialog entwickelt werden und den Friedensprozeß stärken könne.

In bezug auf Libanon hätten beide Seiten die Notwendigkeit bestätigt, Waffenstillstand einzuhalten und, aufbauend auf den Bemühungen der Arabischen Liga<sup>27</sup>, eine langfristige Lösung zu suchen. Es sei ein gemeinsamer Appell in diesem Sinn ergangen.<sup>28</sup>

#### 5) Bilaterale Fragen

Verhandlungen über Eröffnung neuer Kultur- und Informationszentren in beiden Ländern sollten möglichst bald abgeschlossen werden. (Sowjets würden aber erst Abschluß der Regelung mit F abwarten, der noch vor Gorbatschows Besuch<sup>29</sup> angestrebt werde.) BM begrüßte dies und verwies auf unsere Bemühungen, in allen WP-Staaten Kulturinstitute einzurichten. Sie hätten wichtige Funktion bei Bemühen, Feindbilder abzubauen.

Baker und Schewardnadse haben Arbeitsprogramm mit 23 Einzelpunkten (von Meeresforschung bis hin zum zivilen Luftverkehr) gebilligt.

#### 6) Transnationale Fragen

Es sei eine bilaterale Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die das Programm für die Bereiche Umwelt, Reaktion auf Naturkatastrophen und vergleichbare Vorgänge, internationalen Terrorismus und illegalen Drogenhandel entwickeln solle.

<sup>30</sup>Bereits im Juni werde man über die Terrorismusfrage reden, besonders Bekämpfung des Luftterrorismus, Informationsaustausch (Einrichtung von Kontaktpunkten bei beiden Regierungen). Man sei sich bewußt, daß die Zusammenarbeit im Hinblick auf Schutzbedarf für Quellen delikat sei.

Im Umweltbereich sei ein Abkommen über Bekämpfung der Verschmutzung im Bering- und Chukchi-Meer unterzeichnet worden.<sup>31</sup>

<sup>26</sup> Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

<sup>27</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 130, Anm. 4.

<sup>28</sup> Vgl. dazu die amerikanisch-sowjetische Erklärung zum Libanon vom 11. Mai 1989; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 89 (1989), Heft 2148, S. 30.

<sup>29</sup> Korrigiert aus: „Mitterrands Besuch“.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

<sup>30</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 580 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 11. Mai 1989 zwischen den USA und der UdSSR über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Verschmutzung in der Bering- und Tschuktschensee in Not-situationen vgl. UNTS, Bd. 2190, S. 180–195.

Man hoffe auch, daß der in der Bush-Rede vom 12.5. zu erwartende „Open sky“-Vorschlag<sup>32</sup> einen Bereich der Zusammenarbeit darstellen könne. Amerikanischer Vorschlag sei am 11.5. in allen NATO-Hauptstädten erläutert worden und solle nach amerikanischen Vorstellungen auf der Gipfel-Agenda der NATO stehen und einen Platz in der Gipfelerklärung finden.

(Hierzu äußerten sich mehrere AM, auch BM, positiv.)

7) GS Wörner faßte Diskussion wie folgt zusammen:

a) Dank an Baker für Fortsetzung der Konsultationstradition. In Zeiten von Veränderungen seien Konsultationen besonders wichtig.

b) Begegnung stelle eine Ermutigung dar: USA hätten volle Unterstützung dafür, die SU in einer breiten Tagesordnung zu engagieren. Man dürfe nicht zulassen, daß die SU oder die öffentliche Meinung sich nur mit den Rüstungskontrollaspekten befaßten. West-Ost-Beziehungen umfaßten sehr viel mehr.

c) Im Hinblick auf die Rüstungskontrollagenda sollten Bündnispartner zu den Gorbatschow-Ankündigungen

– klarmachen, daß sie – wie BM dargelegt habe – eine Reaktion auf unsere Initiativen darstellen,

– in bezug auf SNF feststellen,

(a) daß der Westen bereits 2400 Gefechtsköpfe einseitig abgezogen und zerstört habe;

(b) daß es sich nur um einen Abzug aus europäischen WP-Ländern, nicht aber aus Europa handele. Dies solle mit der Forderung nach Eliminierung verbunden werden;

(c) daß Allianz nicht die Idee einer Denuklearisierung Europas akzeptiere, aber den sowjetischen Schritt begrüße, selbst wenn er nur klein sei und die Überlegenheit bleibe;

(d) daß SU daher zu weiteren Reduzierungen aufgefordert bleibe;

– in bezug auf Vorschläge im konventionellen Bereich: feststellen,

(a) daß begrüßt werde, daß jetzt konkrete Zahlen genannt würden, der Westen habe sie bereits früher vorgelegt;

(b) daß SU-Vorschläge sehr nahe bei unseren lägen, sie seien also wertvoll (damit könne auch gleichzeitig westliche Kritik abgewehrt werden, daß die westlichen Vorschläge nicht kühn genug gewesen seien);

(c) daß nach Einigung über diese Vorschläge in den Verhandlungen an weitere Schritte herangegangen werden könne. Der Westen bleibe deshalb bei seinem Vorschlag und wünsche hier schnelle Ergebnisse.

GS hoffte, daß alle Bündnispartner sich in diesem Sinne übereinstimmend äußern, um eine gute Wirkung in der Öffentlichkeit zu erzielen.

<sup>32</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Buerstedde vermerkte am 12. Mai 1989: „US-Botschaft teilte am 11.5. mit, daß Präsident Bush in seiner heutigen Rede an der Universität in Texas (21.00 MEZ) den Vorschlag machen wird, eine gegenseitige Luftaufklärung mit unbewaffneten Flugzeugen über dem Territorium der Mitgliedstaaten der NATO und des WP zu erlauben.“ Vgl. Referat 221, Bd. 162112. Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush an der „Texas A & M University“ in College Station (Texas) vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 540–543. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 331–334 (Auszug).

## 8) Bewertung

Die Befriedigung über unverzügliche und umfassende Unterrichtung durch USA war ebenso deutlich spürbar wie über die Tatsache, daß neue US-Administration den Dialog mit Moskau nach einer längeren Pause wiederaufgenommen hat. Erweiterung der amerikanisch-sowjetischen Tagesordnung auf globale Fragen wurde übereinstimmend begrüßt, weil – wie BM und andere ausführten – sich hier eine neue Qualität der West-Ost-Beziehungen zeigt. Insgesamt wird von den Bündnispartnern erwartet, daß von den Gesprächsergebnissen positive Impulse auf die West-Ost-Beziehungen ausgehen.

Soweit die SNF-Problematik im Zusammenhang mit den derzeit im Bündnis diskutierten Aspekten der Modernisierung und der Verhandlungen angesprochen wurde, ergaben sich keine Hinweise auf Veränderungen von Positionen – abgesehen von dem oben erwähnten wichtigen Hinweis Bakers zum konzeptionellen Verständnis des Zusammenhangs zwischen Wiener Verhandlungsergebnissen und Modernisierung.

Die Tatsache, daß die anwesenden Minister das SNF-Problem wie auch die Gipfelerklärung nur sehr behutsam angingen, trug dazu bei, daß die Sitzung von großer Harmonie gekennzeichnet war und durchaus Zuversicht mit Blick auf den bevorstehenden Gipfel gerechtfertigt erscheinen läßt.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12186 (201)

## 137

**Botschafter z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London,  
an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 1007**

**Aufgabe: 12. Mai 1989, 19.05 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 12. Mai 1989, 20.54 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 24

Betr.: KSZE-Informationsforum London<sup>2</sup>;  
hier: Abschlußbericht, Teil 1<sup>3</sup>

Zur Unterrichtung

## 1) Zusammenfassung

Londoner Informationsforum (LIF) der KSZE ging heute mit kurzem Chairman's Statement, in dem die Übermittlung der dem LIF unterbreiteten Vorschläge

<sup>1</sup> Das von Legationsrat I. Klasse Gallon, z. Z. London, konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13 und 20.

<sup>2</sup> Das KSZE-Informationsforum fand vom 18. April bis 12. Mai 1989 statt.

<sup>3</sup> Die Teile zwei und drei des Abschlußberichts wurden mit den Drahtberichten Nr. 1008 und Nr. 1009 übermittelt. Vgl. Anm. 13 und 20.

durch Gastgeber GB gemäß Mandat an das KSZE-Folgetreffen in Helsinki<sup>4</sup> angekündigt wird, zu Ende.

In erster Analyse werden Verlauf und Ergebnis von den Beteiligten (einschließlich Journalisten) weit überwiegend positiv bewertet. Dies wurde in fast allen Schlußerklärungen deutlich unterstrichen. LIF hat spürbare Öffnung einer Reihe WP-Staaten anhand Erörterung des Themenkomplexes Informationspolitik erneut deutlich manifestiert. Bilateralismus der Großmächte, der in Endphase WFT<sup>5</sup> – ähnlich Madrid<sup>6</sup> – für gesamtes Konferenzgeschehen ausschlaggebend war, trat bei LIF nicht in Erscheinung, ebensowenig wie traditioneller West-Ost-Gruppene Gegensatz. Oftmals zeichnete sich statt dessen eher weitgehende Übereinstimmung der meisten TNS, mit Ausnahme RUM, DDR, ČSSR, ab. Erstmalige Einbringung umfassenden Sachvorschlags durch TNS aus allen drei Gruppen (ÖST, CH, LIE, wir, I, UNG, POL mit späterer Unterstützung NWG, ZYP, JUG) unterstreicht diese Entwicklung.

In umfassender Implementierungsdebatte waren auch westliche Länder oftmals Zielscheibe deutlicher Kritik vielfach auch aus eigenen Reihen, so insbesondere Gastgeber GB (vor allem wegen hier z. Z. in Parlament und Öffentlichkeit debatiertem „Official Secrets Act“), Türkei (wegen eingeschränkter Pressefreiheit) und USA (wegen Einreiseschwierigkeiten und Reisebeschränkungen für östliche Journalisten). Bundesrepublik ist, von unbeachtlichen Ausnahmen abgesehen, nicht kritisiert worden. LIF hat Fülle von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten in den TNS, zur Verbesserung des Informationsflusses und zur Vertiefung der Zusammenarbeit im informationstechnologischen Bereich erbracht. Vielzahl persönlicher Kontakte zwischen den Journalisten der verschiedenen Delegationen wird von den Beteiligten übereinstimmend als ein wesentlicher Ertrag der Konferenz gewertet. Die unserer Delegation angehörenden Journalisten haben u. a. in gezielten, jeweils bilateralen Gruppenbegegnungen mit Journalisten aus WP-Staaten zahlreiche Initiativen zu solchen Kontakten ergriffen.

## 2) Im einzelnen

2.1) LIF, erste nicht der militärischen Sicherheit gewidmete KSZE-Veranstaltung nach Abschluß WFT, hat grundlegende Bedeutung des Themenkomplexes „Information“ für menschliche Dimension und den gesamten KSZE-Prozeß wirkungsvoll unterstrichen.

In Eröffnungsplenarrunde haben West und Ost ihre Ausgangspunkte markiert: Westliche Delegationen haben Implementierungskritik gegenüber Osten (teilweise mit deutlicher Namensnennung, insbesondere DDR, ČSSR, RUM) mit Anerkennung und Ermutigung für Reformbewegungen in einigen TNS verbunden und sich zur Zusammenarbeit mit östlichen TNS im Bereich der Information grundsätzlich bereit erklärt. Dabei wurden auch konkrete Kooperationsprojekte im Bereich moderner Informationstechnologie angesprochen. Unsere Erklärung hat – besonders wegen des detaillierten Abschnitts zu diesem Kom-

<sup>4</sup> Die vierte KSZE-Folgekonferenz fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 statt.

<sup>5</sup> Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 7.

<sup>6</sup> In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

plex<sup>7</sup> – bei Reihe von Delegationen (u.a. SU, POL) ausdrücklich Anerkennung gefunden, aber auch einige Nachfragen nach spezifischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausgelöst. WP-Erklärungen zeigten differenziertes Bild von liberalen Reformabsichten (SU, POL, UNG) bis hin zur unverändert orthodoxen Linie (DDR, ČSSR und RUM). NNA-Delegationen haben Kooperationswillen unterstrichen und zumeist mit Kritik nicht gespart (u.a. ÖST und S zu ČSSR, CH zu RUM).

Für Sachdebatte blieben jedoch diese Standortbestimmungen und Schwerpunktsetzungen nicht bei allen TNS durchgängig bestimmend. Dies dürfte vordringlich mit KSZE-untypischer Zusammensetzung der meisten Delegationen zusammenhängen (neben Beamten weisungsunabhängige Journalisten, oft auch bei östlichen TNS; so repräsentierte z.B. insb. polnische Delegation gegenwärtiges Spektrum der Medienwelt dieses Landes in ganzer Breite, ähnlich UNG, anders erwartungsgemäß vor allem DDR und ČSSR), die zu Beginn der eigentlichen Arbeitsphase des Forums zunächst zu Unsicherheit über prozedurale Fragen bei vielen mit den Mechanismen der KSZE noch wenig vertrauten Teilnehmern führte. Dies und das Vorlesen ausführlicher, thematisch nicht immer konzentrierter vorbereiteter einleitender Erklärungen zahlreicher Delegationen (insbesondere SU, USA, F) und ein nachdrücklich ausgefochtener bilateraler verbaler Schlagabtausch zwischen TUR und BUL waren zunächst kennzeichnend für einen Verhandlungsbeginn, der nicht nur von zahlreichen den Delegationen angehörigen Journalisten als eher mühselig empfunden wurde. Doch bereits nach wenigen Sitzungen haben die Arbeitsgruppen zu einem weitgehend sachlichen, offenen, unpolemischen und zielorientierten Arbeitsstil gefunden, der bis zum Ende durchgehalten wurde.

Thematischer Schwerpunkt waren dabei in Arbeitsgruppen A (gedruckte Information) und B (gefilmte, gesendete und mündliche Information) die Arbeitsbedingungen für Journalisten in den TNS, insbesondere Fragen der Visa-Erteilung, der Reisemöglichkeiten und des Zugangs zu Informationen, sowie in Arbeitsgruppe C (Kommunikation) die konkreten Möglichkeiten der Zusammenarbeit im informationstechnologischen Bereich. Neben einer zumeist sehr offenen und praxisnahen Implementierungsbilanz, in der Journalisten aus allen Gruppen ausführlich, oftmals überzeugend aus eigener Betroffenheit, die vielfältigen Behinderungen ihrer praktischen Arbeit in anderen TNS beschrieben haben und in der auch westliche TNS (Türkei, GB, USA) Zielscheibe von Kritik, auch aus dem eigenen Lager, waren, kristallisierten sich sehr bald Überlegungen zu konkreten Formulierungen für Vorschläge in diesem Bereich heraus, die die Mandatsthemen in ihrer ganzen Breite umfassen. Schwerpunkte waren die Arbeitserleichterungen für Journalisten in osteuropäischen Staaten, insbesondere: Beschleunigung und Erleichterung der Visa-Erteilung, unbehinderter Zugang zu Informationsquellen. Die Vorschläge wurden zunächst weitgehend von

<sup>7</sup> In seiner Rede am 19. April 1989 in London wies Botschafter z.B. V. Graf zu Rantzau auf die Möglichkeiten des Satellitenfernsehens hin. Diese blieben jedoch ungenutzt, „solange den Zuschauern nicht die entsprechende Empfangstechnologie zur Verfügung steht. Wir sehen hier auch die wirtschaftlichen Aspekte und sind zur Suche nach gemeinsamen Lösungen bereit. Wir fördern die Zusammenarbeit der Einführung neuer Kommunikationssysteme wie z.B. des Hochauflösenden Fernsehens (HDTV) und des Einsatzes von open systems interconnection networks (OSI) in der Informationstechnik.“ Vgl. Referat 212, Bd. 158484.

den fast allen Delegationen angehörenden Journalisten und auf östlicher Seite von den Delegationen insgesamt getragen. Bei westlichen Delegationen bestand zunächst überwiegend die Tendenz, das Einbringen von Vorschlägen weitgehend den Medienvertretern als den aus westlicher Sicht Hauptbeteiligten der Konferenz zu überlassen (so am nachdrücklichsten USA).

2.2) Im Rahmen der von verschiedenen Gruppen ab der dritten Konferenzwoche angestellten Überlegungen zu Form und Inhalt des Abschlusses des LIF ließ diese ungleichgewichtige Entwicklung (Delegationsvorschläge nur von östlichen Ländern) die ursprüngliche westliche Haltung in neuem Licht erscheinen. Um bei Fehlen eigener substantieller Vorschläge nicht den Eindruck zu erwecken, als stünden sie einer für den KSZE-Prozeß so zentralen Frage wie der offenen Informationsgesellschaft indifferent gegenüber, entschlossen die Zwölf sich, einen eigenen umfassenden Substanzvorschlag auf der Grundlage des in der EPZ vorbereiteten und den anderen NATO-Verbündeten zu Konferenzbeginn zur Kenntnis gebrachten Papiers<sup>8</sup> einzubringen. Diese Absicht der Zwölf stieß jedoch auf deutliche Kritik der anderen Verbündeten im Kreise der 16, die hierin eine Verletzung der Bündnissolidarität sahen und darauf drangen, das Interesse aller 16 am Themenkomplex des Forums und an konstruktiver, kooperativer Gestaltung der West-Ost-Beziehungen insgesamt deutlich zum Ausdruck kommen zu lassen. Nach ausführlicher, z. T. kontrovers geführter Debatte wurde Übereinstimmung unter allen Beteiligten dahin erzielt, daß der spanische DL<sup>9</sup> als Vertreter der Präsidentschaft der Zwölf den Vorschlag (LIF.59<sup>10</sup>) zugleich im Namen aller alphabetisch aufgeführten Miteinbringer einbringt, unter denen auch die Namen der anderen NATO-Verbündeten (auch der USA) aufgeführt wurden. Einige Anregungen der Verbündeten zur Substanz des Papiers waren zuvor eingearbeitet worden.

Parallel hierzu führten ursprünglich von ÖST initiierte Bemühungen zur Ausarbeitung eines umfassenden gruppenübergreifenden Substanzvorschlages der Delegationen von ÖST, CH, POL, UNG, I, LIE und uns, der nach Einbringung durch die genannten Länder die Unterstützung von NWG fand. Dieser Vorschlag, LIF.67<sup>11</sup>, mit dieser gemischten Miteinbringerschaft ein Novum im KSZE-Prozeß, wurde vielfach als unter west-ost-politischen Gesichtspunkten einer der wesentlichsten Erträge des LIF gewertet.

2.3) Die eigene Delegation hat sich im Plenum, in allen Arbeitsgruppen, in zahlreichen Kontakten am Rande und in der Abstimmung in den Kreisen der Zwölf und 16 aktiv und oftmals richtungsweisend beteiligt, ihr wurde wiederholt von verschiedenen Seiten bestätigt, Akzente gesetzt zu haben. Einen wesentlichen Anteil hieran hatten die der Delegation angehörenden Journalisten, die während des ganzen Konferenzgeschehens eine herausragende, kooperative Rolle gespielt haben und durch fundierte, gehaltvolle Beiträge die Mandatsthemen des Forums

<sup>8</sup> Für das undatierte Papier „CSCE Working Group: LIF Draft Proposals. Draft Proposals for the London Information Forum“ vgl. Referat 212, Bd. 158485.

<sup>9</sup> Juan Luis Pan de Soraluce y Olmos.

<sup>10</sup> Für den Vorschlag vom 9. Mai 1989 (CSCE/LIF.59) zur Verbesserung des Austauschs von Informationen sowie der Arbeitsbedingungen für Journalisten vgl. Referat 212, Bd. 158484.

<sup>11</sup> Für den Vorschlag vom 9. Mai 1989 (CSCE/LIF.67) über den freien Austausch von Informationen und die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten auf dem Gebiet der Information vgl. Referat 212, Bd. 158484.

in konstruktiver Weise „besetzen“ konnten. Dazu zählen u.a. Beiträge des ZDF-Korrespondenten Brüssau über die Arbeitsbedingungen in der DDR, des HAZ-Korrespondenten Moeller über die Ethik des Journalismus und des DW-Korrespondenten Ohse über Arbeitsbedingungen ausländischer Korrespondenten in Bonn und des WDR-Experten Danilenko zum Einsatz moderner technischer Einrichtungen für die journalistische Arbeit (LIF.60<sup>12</sup>). FAZ-Korrespondentin Hénard äußerte sich ausführlich zu Behinderungen ihrer Arbeit in mehreren WP-Staaten und regte konkrete Verbesserungen an. IG-Medien-Vertreter Schlager profilierte sich – neben mehreren Debattenbeiträgen – zusammen mit Kölner Stadt-Anzeiger-Korrespondent Meyer durch Initiativen zu einer Reihe von bilateralen, zumeist sehr ergiebigen Begegnungen zwischen den unserer Delegation angehörenden Journalisten und ihren Kollegen aus WP-Delegationen. An der Erstellung zahlreicher Vorschläge waren die Journalisten unserer Delegation ebenfalls aktiv, oftmals federführend beteiligt.

<sup>13</sup>2.4) Aus dem westlichen Bündnis sind die Delegationen von USA, GB, CAN, F, I und E besonders zu erwähnen.

Den USA fiel – ebenso wie SU (s.u.) – keine dominierende Rolle zu. Eine durchgehende Strategie war schwer zu erkennen. Viele ihrer – zumeist vorbereiteten, abgelesenen, wenig spontanen – Beiträge schienen mehr auf Selbstdarstellung verschiedener Gruppen der Öffentlichkeit in den USA als auf aktive, bestimmende Debattenteilnahme gerichtet zu sein. Implementierungskritik überwog deutlich vor konstruktiven, zukunftsgerichteten Vorschlägen. Abgesehen von gelegentlichem Austausch von Polemik mit DDR und ČSSR fanden US-Beiträge insgesamt wenig Resonanz. Gleichwohl bewertete US-DL Marks in seiner Schlußerklärung und gegenüber Presse LIF als wesentlichen, positiven Beitrag zu dynamischer Entwicklung des KSZE-Prozesses. In Abschlusserklärung erklärte er sich angesichts allgemeiner Kritik an US-Praxis bereit, Frage der Visa-Erteilung und Reisebeschränkungen für Ost-Journalisten State Department um Prüfung vorzulegen.

GB-Delegation wertete Forum ebenfalls insgesamt positiv. Sie vertrat in zahlreichen rhetorisch geschickten, zumeist extemporierten Beiträgen eindrucksvoll die erwartete Linie: verbindliche, aber deutliche Haltung in allem Grundsätzlichen, zugleich Beweglichkeit in praktischen Fragen der Zusammenarbeit. Britische Journalisten sparten nicht mit Kritik an eigener Regierung (u. a. hinsichtlich „Official Secrets Act“) und erhöhten damit insgesamt Glaubwürdigkeit GB-Auftretens. Im Kreise der Zwölf und der 16 tendierte GB mehrfach zu ähnlichen Haltungen wie USA und CAN, war jedoch stets zugleich zu geschmeidiger Vermittlung bereit.

Die wenigen Beiträge der kanadischen Delegation enthielten neben deutlicher Implementierungskritik kaum Substanz. Der kanadische DL<sup>14</sup> ließ als einziger der westlichen DL immer wieder Skepsis und starke Zurückhaltung hinsichtlich der Nützlichkeit des LIF anklingen („nothing but words“).

<sup>12</sup> Der Vorschlag CSCE/LIF.60 sah die Einrichtung von Dienstleistungszentren zur Vermittlung elektronischer Ausrüstung sowie von Datenbanken über TV-Programme, Urheberrechtseigentum und andere medienbezogene Informationen vor. Vgl. dazu die undatierte Synopse des Referats 212, Bd. 158484.

<sup>13</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1008 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> William Edward Bauer.



F-Delegation zeigte unerwartet geringes Profil. In Plenum und Arbeitsgruppen fanden F-Beiträge wenig Resonanz. In internen westlichen Abstimmungen verhielt F sich eher zurückhaltend.

Hervorhebung verdienen daneben I- und E-Delegation. Journalisten beider Delegationen beeindruckten durch eine Reihe von fundierten Beiträgen zu den Mandatsthemen in den Arbeitsgruppen. I-DL Armellini stellte seine Fähigkeit zur Vermittlung zwischen divergierenden Interessen (oftmals durchaus in unserem Sinne) mehrfach unter Beweis. E-Delegation ließ zumindest auf Arbeitsebene gelegentlich die Schwierigkeiten erkennen, die aus – erstmaliger – Ausübung EPZ-Präsidentschaft während dieser KSZE-Veranstaltung resultieren, ohne daß diese jedoch zu ernsthafteren Problemen geführt haben.

2.5) Die östlichen Delegationen boten ein sehr differenziertes Bild:

SU-Delegation hat, obwohl mit ihren Beiträgen quantitativ an erster Stelle, ebenso wie USA keinen bestimmenden Einfluß auf LIF ausüben können. Ihre Beiträge dienten im großen Umfang der Selbstdarstellung. Die in Eröffnungsrede durch Vize-AM Petrowskij<sup>15</sup> gesetzten Akzente (einschließlich seiner deutlichen Kritik an der Informationspolitik der DDR) wurden nicht ausgebaut. Die Hauptvorschläge der SU (paneuropäischer Informationsrat, Informations- und Kultur-Fernsehprogramm) vermochten zwar einige Debattenbeiträge, aber insgesamt keine ausgeprägte Reaktion auszulösen. SU machte auch keine wesentlichen Anstalten, zurückhaltende westliche Haltung hierzu zu ändern. Von Ausnahmen abgesehen, blieb SU-Kritik an Implementierung im Westen moderat. Der Erwartungshorizont im Hinblick auf westliche Hilfe bei Aufbau Informationstechnologie blieb realistisch, Polemik gegen COCOM fehlte weitgehend. Journalisten in SU-Delegation betonten zwar gerne ihre Unabhängigkeit, wichen aber nur selten von Linie der Regierungsvertreter ab. Gleichwohl sind insgesamt das Auftreten der SU-Delegation im Verlauf des Forums lebhafter und facettenreicher und ihr Debattenstil offener geworden.

UNG und POL manifestierten in ihrer konstruktiven Mitarbeit während des ganzen Forums eindrucksvoll den regierungsamtlichen Verzicht auf den alleinigen Anspruch auf Wahrheit und vermittelten deutlich den Aufbruch beider Länder in Richtung pluralistischer Meinungsvielfalt.

War die DDR auf früheren KSZE-Foren bemüht, eine Implementierungsbilanz selektiv, aber Anerkennung heischend vorzutragen, besonders in den Bereichen, wo sie im Vergleich zu anderen WP-Staaten positiv auffiel, so suchte sie in London konsequent eine auch von anderen „liberaleren“ WP-Staaten klar unterschiedene Außenseiterposition.

Damit hat sich die gegen Ende des Wiener Treffens und besonders danach abzeichnende Entwicklung bestätigt: DDR war auf Londoner Forum zusammen mit RUM und ČSSR Vertreter der orthodoxesten Linie. Sie blieb während ganzem LIF unbeirrt bei ihrem bereits in Eröffnungserklärung<sup>16</sup> deutlich vertretenen Standpunkt, daß dem Staat die Verantwortung für Informations- und Meinungs-

<sup>15</sup> Zur Rede des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Petrowskij am 19. April 1989 vgl. den Drahtbericht Nr. 809/810 des Botschafters z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London, vom selben Tag; Referat 212, Bd. 158485.

<sup>16</sup> Zur Rede des Leiters der DDR-Delegation, Voss, vom 18. April 1989 vgl. den Drahtbericht Nr. 797 des Botschafters z. b. V. Graf zu Rantzau, z. Z. London, vom selben Tag; Referat 212, Bd. 158484.

fluß zukomme. Verschiedentlich unterstrich sie in diesem Zusammenhang Grundsatz der Nichteinmischung. Ihre Vorschläge waren teilweise auf Effekthascherei ausgerichtet (LIF.49: Katarina Witt<sup>17</sup>) oder nahmen Themen auf, deren Erfolg z.B. von der SPD als dem Gesprächspartner der SED bereits öffentlich in Zweifel gezogen war. LIF.17 (Verhinderung des Neonazismus) zielte zwar gegen uns, fand aber aufgrund seines Propagandacharakters keinerlei Resonanz. (Auch hier wich die DDR von früherem Verhalten ab, östliche Vorschläge mit reinem Propagandacharakter nicht mitzutragen.) In ihren Interventionen versuchte DDR, sich besonders durch Information über einseitige Abrüstungsschritte etwas Luft zu schaffen, was aber auf einem solchen Forum naturgemäß niemanden überzeugte. Z.T. schreckten einzelne DDR-Delegationsmitglieder selbst vor Unwahrheiten nicht zurück (z.B. ADN-Generalsekretär<sup>18</sup>: seit Honecker-Zusage keine Beschlagnahme von westlichen Tageszeitungen bei Einreise mehr).

Das besonders durch die Tischnachbarschaft geförderte sachliche und freundliche Verhältnis der beiden Delegationen zueinander konnte gleichwohl im wesentlichen gewahrt werden. Gelegentliche Spitzen, insbesondere DDR-DL Voss, brachten aber Trübungen, die sonst unüblich waren.

„Deutsche Fragen“ (Selbstbestimmung, friedliche Grenzüberschreitung, Schußwaffengebrauch) wurden nicht angesprochen.

Auftreten DDR-Delegation in London läßt nur wenig Rückschlüsse auf ihre beabsichtigte Präsentation in Paris<sup>19</sup> zu.

Neben DDR-Delegation zeigte sich ČSSR in zahlreichen Beiträgen als Vertreter der orthodoxen Linie, war jedoch, wie zu hören war, mit der Vermutung nach London gekommen, noch schärferen Angriffen ausgesetzt zu sein. Allerdings ließen gegen Ende des LIF einige ČSSR-Journalisten ein gewisses Bemühen erkennen, diesen Eindruck zu relativieren.

RUM war nach Eröffnungswoche nur noch durch Pressereferenten hiesiger Botschaft vertreten, der – außer bei Abschluß (s. u.) – keine nennenswerten Beiträge zum Konferenzgeschehen leistete.

Auffallend war die in den Arbeitsgruppen zu beobachtende oft ungewöhnliche Implementierungskritik von findigen, den östlichen Delegationen angehörenden Journalisten an Zuständen im Presse- und Informationswesen ihrer Länder, ebenso wie auch die Bereitschaft östlicher Delegationen, ihre Meinungsunterschiede untereinander auch offen auszutragen. Gegen Ende des Forums war gleichwohl ein gewisses Bemühen um gegenseitige Unterstützung für die jeweiligen Vorschläge innerhalb des WP zu erkennen. Dies ging, wie zu erfahren war, auf entsprechende „Anregungen“ der SU zurück. Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Aussage, die SU habe intern durchaus Einverständnis mit LIF.67 signalisiert und sei nur aus Gründen der Rücksichtnahme auf einige Bündnispartner nicht zum Co-Sponsorship bereit. Die COCOM-Problematik

<sup>17</sup> Der von der DDR eingebrachte Vorschlag CSCE/LIF.49 sah die Zusammenarbeit bei Rundfunk- und Fernsehprogrammen vor. U.a. sollte eine Sendung zur Unterstützung von UNICEF-Initiativen ausgestrahlt werden, die von der Eiskunstläuferin Katarina Witt moderiert werden sollte. Vgl. dazu die undatierte Synopse des Referats 212, Bd. 158484.

<sup>18</sup> Generaldirektor der Nachrichtenagentur ADN war Günter Pötschke.

<sup>19</sup> Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

wurde von einigen östlichen Delegationen (insb. POL) verschiedentlich, wenn auch insgesamt nicht sehr hervorgehoben, angesprochen. Eine vertiefte Debatte hierüber konnte jedoch vermieden werden.

<sup>203</sup>) Die Abstimmungen unter den Zwölf und den 16 verliefen anfänglich wenig ergiebig. Dies mag mit dem zu Beginn des Forums zunächst geringen Abstimmungsbedarf ebenso wie mit der bei einer ganzen Reihe von Teilnehmern nur geringen Erfahrung in KSZE- und/oder Bündnisprozeduren (z.B. US-DL Marks) zusammenhängen. Die Abstimmungen intensivierten sich gegen Ende des Forums, als über Form und Inhalt möglicher Schlußerklärungen zu beraten war. Hier entwickelte sich eine Kontroverse zwischen den Angelsachsen einerseits, die Präferenz für kein oder bestenfalls nur ein sehr kurzes Abschlußpapier erkennen ließen, und anderen, so auch wir, denen eine etwas substantiellere Erklärung mit kurzen Aussagen über Verlauf und Ergebnis des Forums erstrebenswert erschien. In der offenkundigen Absicht, ein solches Abschlußpapier zu verhindern, formulierte kanadischer DL (gegen meine wiederholt mit Nachdruck vorgebrachten Einwände, worin ich jedoch von keiner Seite Unterstützung fand) Ansprüche hieran, von denen sicher war, daß Rumänien sie nicht akzeptieren werde (insbesondere: Bestätigung der Verpflichtungen aus allen KSZE-Dokumenten). Als Rumänien daraufhin am vorletzten Konferenztag erklärte, hinsichtlich jeglicher Substanzaussage im Abschlußpapier 48 Stunden zum Einholen einer Weisung zu benötigen, war klar, daß mehr als das eingangs erwähnte Chairman's Statement nicht zu erreichen war. Dies sollte gleichwohl nicht als Mißerfolg des Forums ausgelegt werden. So überwog denn auch fast einhellig die positive Wertung in den Schlußerklärungen der DL.

4) Das Forum hat eine Vielzahl weiterführender Vorschläge erbracht, von denen ein wesentlicher Teil von den Journalisten selbst erarbeitet wurde und die ein „Steinbruch“ für das nächste KSZE-Folgetreffen in Helsinki sein werden. Wir sollten prüfen, ob und in welcher Weise wir die Verwirklichung einiger dieser Vorschläge in der Zeit bis Helsinki fördern können. Es ist anzunehmen, daß einige WP-Staaten, insbesondere SU, Vorschläge auch ihrerseits bereits vor Helsinki uns und anderen gegenüber aufnehmen werden. Eine Reihe hier in London artikulierter konkreter Kritikpunkte läßt zudem erwarten, daß die Informationsfreiheit als Menschenrecht auch Gegenstand des ersten Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension (Paris, Juni 1989) werden wird.

[gez.] Rantzau

**Referat 212, Bd. 158484**

<sup>20</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1009 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

## 138

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hofstetter**

VS-NfD

13. Mai 1989

Von BM noch nicht gebilligt

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Secretary of State Baker am 12. Mai 1989 in Brüssel

Über das Gespräch, das er im Anschluß an die NATO-Ratssitzung vom 12. Mai 1989<sup>1</sup> mit Secretary of State Baker führte, teilte Bundesminister LMB<sup>2</sup> und Dg20<sup>3</sup> folgendes mit:

Baker habe an das Gespräch in Wien<sup>4</sup> erinnert, in dem BM ihm gesagt habe, man solle die Bundesregierung in der Modernisierungsfrage nicht unter Druck setzen. Er habe sich diese Auffassung zu eigen gemacht und Präsident Bush davon überzeugt. Auf amerikanischer Seite sei man dann überrascht gewesen, daß die deutsche Seite die Forderung nach Verhandlungen gestellt habe.

Als er, BM, darauf hingewiesen habe, daß die Frage der SNF-Verhandlungen mindestens seit Reykjavik (1987)<sup>5</sup> auf dem Tisch liege, habe Baker erwidert, daß die USA ein anderes Verständnis von der Reykjavik-Formel hätten.

Baker: Zwar sei die Auffassung des BM bekannt gewesen, aber die Eindrücke, die andere vermittelt hätten, seien andere gewesen.

Die USA seien einverstanden, jetzt keine Entscheidung über die Modernisierung zu treffen. SNF-Verhandlungen könnten jedoch nur ins Auge gefaßt werden, wenn eine gewisse Verbindung zu Ergebnissen in den Wiener Verhandlungen<sup>6</sup> hergestellt werde. Vor solchen Ergebnissen könne es keine Verhandlungen geben. Außerdem müsse eine dritte Null-Lösung ausgeschlossen werden.

Er, BM, habe Baker auf den Passus „under existing circumstances“ und auf Ziffer 5 der Erklärung der Bundesregierung<sup>7</sup> hingewiesen und gefragt, ob Baker davon überzeugt sei, daß man „forever“ landgestützte SNF-Raketen brauche. Wenn man vor vier Jahren darüber zu entscheiden gehabt hätte, hätten viele behauptet, daß LRINF unverzichtbar seien.

Baker habe erklärt, für den Präsidenten gehe es hier auch um eine Frage des Prestiges. Auch sei nicht sicher, ob Großbritannien überzeugt werden könne.

Hofstetter

**Referat 010, Bd. 178931**

<sup>1</sup> Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats vgl. Dok. 136.

<sup>2</sup> Leiter des Ministerbüros war Frank Elbe.

<sup>3</sup> Rolf Hofstetter.

<sup>4</sup> Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Baker trafen am 6. März 1989 zusammen.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

<sup>6</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen von Bundeskanzler Kohl vor dem Bundestag am 27. April 1989 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 140. Sitzung, S. 10302.

## 139

**Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem  
französischen Ministerpräsidenten Rocard in Paris**18. Mai 1989<sup>1</sup>

Gespräch des Bundesministers mit dem französischen Premierminister Rocard am 18. Mai 1989<sup>2</sup>

Im Gespräch des Bundesministers mit dem französischen Ministerpräsidenten Rocard am 18.5.1989 wurden folgende Themen behandelt: Währungsunion, Umweltschutz, Abrüstungsfragen.

## 1) Währungsunion

Der *Bundesminister* führte aus, daß die Arbeiten für einen Vertrag aufgenommen werden sollten. Großbritannien werde folgen, wenn sich der Zug in Bewegung setze.

Der *Premierminister* erwiderte, er hoffe das. Uns sei die Konzession der Unabhängigkeit der Zentralbank gemacht worden.

Der *Bundesminister* erwiderte, der Delors-Bericht<sup>3</sup> und die Tatsache, daß in ihm die Unabhängigkeit der Zentralbank stipuliert werde, seien bei uns sehr gut aufgenommen worden.

## 2) Umweltschutz

Der *Ministerpräsident* sprach die Frage der Umweltverschmutzung durch Autoabgase an. Man müsse zwei Standards unterscheiden, den der Gasemissionen (Stickstoffoxyd) und den Metallstaub. Katalysatoren verminderten die Leistung der Fahrzeuge, und es komme ohne Katalysatoren zu etwa 10 v.H. mehr Stickstoffoxydemissionen. Frankreich sei nicht bereit, Lösungen zuzustimmen, die keinen wirklichen Vorteil brächten. Er betone in diesem Zusammenhang, daß er der erste Umweltschutz-Premierminister Frankreichs sei.

Der *Bundesminister* erinnerte daran, daß er der erste Umweltschutz-Innenminister der Bundesrepublik Deutschland gewesen sei. *Rocard* erklärte, die Fortschritte, die zu einem sauberen Motor führen sollten, seien verhältnismäßig fortgeschritten. Er habe in Den Haag<sup>4</sup> einen entsprechenden Appell an die Staaten gerichtet. Der Forschungsstand erlaube noch keine klaren Vorhersagen, aber in zwei Jahren, denke er, lasse sich „der amerikanische 25-Standard“ erreichen. Es wäre doch töricht, die weniger gefährlichen Stoffe zu absorbieren und dafür die gefährlicheren ansteigen zu lassen. Wir müßten auch sehen, daß hohe Geschwindigkeiten der Kraftfahrzeuge mehr Abgase erzeugten.

Der *Bundesminister* erwiderte, er sei mit diesen technischen Problemen nicht vertraut genug. Er werde sie aber sogleich nach Rückkehr besprechen und dem

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Pfeffer, Paris, mit Drahtbericht Nr. 1228 vom 19. Mai 1989 und dem Hinweis „nur für Bundesminister“ übermittelt.

Hat Bundesminister Genscher am 20. Mai 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Frankreich vgl. auch Dok. 142.

<sup>3</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

<sup>4</sup> Zur Umweltkonferenz am 11./12. März 1989 vgl. Dok. 40, Anm. 38.

Premierminister schnell eine Auskunft zugehen lassen. Er habe dessen Ausführungen mit Ernst angehört.

Der Bundesminister fuhr fort, er habe den Eindruck, daß in Frankreich der Umweltschutz eine immer größere Rolle spiele.

Der *Premierminister* bestätigte dies. In der Vergangenheit habe die Kommunistische Partei in dieser Frage besonders gedrängt. Jetzt sei die Rolle der Kommunisten sehr viel schwächer geworden, dafür nähmen sich andere der Frage an, vor allem auch er selbst. Rocard erwähnte, daß Frankreich seine Antarktis-initiativen fortsetzen werde.

### 3) Abrüstungsfragen

Der *Bundesminister* erklärte, die Wiener Verhandlungen<sup>5</sup> gingen gut voran. Die letzten sowjetischen Vorschläge<sup>6</sup> bestätigten, daß wir die Lage richtig eingeschätzt hätten. Die Russen hätten mehr oder weniger unsere Vorschläge in bezug auf Panzer und Artillerie angenommen, wenn sie auch für die Artillerie noch einen zu hohen Plafond ansetzten. Wir müßten an unseren Vorschlägen festhalten. Die Russen seien interessiert daran, ihre Verteidigungsausgaben herunterzudrücken. Dies sei nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Produktionskapazität. Rocard fügte hinzu, es sei auch eine Frage der schnellen Anpassungsfähigkeit, die den Sowjets mangle. So riskierten sie, daß die technologische Lücke gegenüber dem Westen sich immer mehr vergrößere.

Der *Bundesminister* bemerkte, daß er bei den Wiener Verhandlungen einen baldigen Erfolg erwarte. Auf die Frage Rocard, ob er an Zeiträume von Monaten denke, erklärte der *Minister*, einen Erfolg in ein, zwei oder drei Jahren halte er für vorstellbar.

Der *Premierminister* erwiderte, er stimme zu, wolle aber auch bemerken, daß wir ihm Sorge gemacht hätten. Es sei riskant, die SNF-Frage im gleichen Rhythmus wie die konventionelle Abrüstung vorwärtsbringen zu wollen.

Der *Bundesminister* unterstrich, Frankreich und Deutschland hätten in Halifax<sup>7</sup> die übrigen Mitglieder der Allianz davon überzeugt, daß man mit der konventionellen Abrüstung beginnen müsse. Frankreich und Deutschland seien in diesem Bereiche mehr berührt als die übrigen. Deutschland trage die Hauptbürde der konventionellen Bewaffnung. Das zweite Problem seien die SNF. Im Jahre 1991 würden nur noch zwei Länder landgestützte Raketen auf ihrem Boden haben, nämlich Frankreich und Deutschland. Die Sowjetunion habe mit 1300 Waffen (-Systemen) einen gewaltigen Überhang. In Reykjavik sei beschlossen worden, die sowjetischen Systeme herunter zu verhandeln.<sup>8</sup> Was die Probleme mit unseren Freunden angehe, so lasse sich eine Formel finden, etwa, daß Verhandlungen über „SNF“ in Verbindung mit den Verhandlungen über konventionelle und

<sup>5</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

<sup>6</sup> Zu den vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, während des Besuchs des amerikanischen Außenministers Baker am 10./11. Mai 1989 unterbreiteten Abrüstungsvorschlägen vgl. Dok. 136.

<sup>7</sup> Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

chemische Waffen aufgenommen werden sollten. Wir würden den Amerikanern entsprechende Vorschläge machen. Es komme auf den „time table“ an.

Der *Premierminister* erklärte, er sei überzeugt davon, daß Gorbatschow „nach unten gehen“ wolle. Die Frage sei, welche der beiden Seiten am besten Gebrauch mache von den „margins“ (wohl: Verhandlungsspielräumen). Die Meinungsbildung im Westen sei jedenfalls schwierig.

Der *Bundesminister* erwiderte, wichtig sei, daß wir zu vereinbarter Abrüstung gelangten. Nur sie garantiere die Verifikation, nur sie sei bindend für Nachfolger.

Der *Premierminister* stimmte zu.

Der *Bundesminister* erklärte, er habe eine große Sorge:

In den USA und in Großbritannien spreche man<sup>9</sup> über uns in einer Weise, die unsere Würde berühre. Er erhalte viele Briefe aus der deutschen Bevölkerung, die darüber Klage führten. Hier liege eine große Chance für den französischen Präsidenten, in unserer Bevölkerung sich ein besonderes Vertrauenskapital zu verschaffen, wenn er z. B. in seiner heutigen Pressekonferenz erkläre, daß Frankreich der Bundesrepublik Deutschland traue.<sup>10</sup>

Der *Premierminister* erwiderte, wir hätten Meinungsdiskrepanzen, aber sie seien doch oft mehr technischer Natur.<sup>11</sup>

**Referat 010, Bd. 178931**

## 140

### Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Kohl

18. Mai 1989<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Helmut,

für Dein Schreiben vom 10. Mai 1989 zu den offenen Berlin-Fragen im deutsch-sowjetischen Verhältnis<sup>2</sup> danke ich sehr.

Ich stimme mit Dir voll überein und habe diese Auffassung stets vertreten, daß der Ausbau unserer Beziehungen zur Sowjetunion Berlin (West) in befriedigender Weise einbeziehen muß. Deine Ansicht, daß es sich hier um eine Grundsatz-

<sup>9</sup> Der Passus „In den ... spreche man“ ging auf Streichungen und handschriftliche Änderungen des Bundesministers Genscher zurück. Vorher lautete er: „Die USA und Großbritannien sprächen“.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Mai/Juni), S. 24–38.

<sup>11</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher gestrichen: „Der Bundesminister entgegnete, nach seiner Meinung hätten wir in dieser Frage keine Meinungsverschiedenheiten. Die Meinungsverschiedenheiten bestünden mit Washington und London. Die Anglo-Amerikaner sähen es allerdings gerne, wenn wir Meinungsverschiedenheiten hätten.“

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Für das Schreiben vgl. Dok. 129.

frage handelt, bei der wir keinen Spielraum haben und bei der wir auch keine Konzessionen machen werden, wird von mir uneingeschränkt geteilt.

Ich habe dementsprechend in meinen Gesprächen mit Außenminister Schewardnadse am 12. und 13. Mai 1989 die Berlin-Problematik noch einmal, anknüpfend an ein früheres Gespräch mit ihm, grundsätzlich und mit großem Ernst erörtert und sehr eingehend über alle anstehenden Probleme gesprochen. Als Ergebnis kann ich Dir mitteilen, daß es uns gelungen ist, die noch bestehenden Schwierigkeiten bei dem Abkommen über Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften<sup>3</sup> und dem Abkommen über Zusammenarbeit bei der Rauschmittelbekämpfung<sup>4</sup> auszuräumen. In der Gemeinsamen Erklärung ist die sowjetische Seite nunmehr bereit, die von uns vorgeschlagene Formel zur Einbeziehung von Berlin (West) zu akzeptieren.<sup>5</sup> Bereits im Vorfeld des Besuchs konnte dank unserer Standfestigkeit bei der Wiederaufbauhilfe für Armenien eine Berlin-Klausel durchgesetzt werden<sup>6</sup>, die voll unserem Rechtsstandpunkt entspricht.

Ich habe Ministerialdirektor Dr. Kastrup beauftragt, in Kürze nach Moskau zu reisen, um auf der Grundlage meiner Erörterungen mit Außenminister Schewardnadse in Gesprächen mit dem sowjetischen Außenministerium unsere Bemühungen fortzusetzen, praktische und vernünftige Regelungen für die noch offenen Fragen zu finden.<sup>7</sup>

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Genscher

**Referat 010, Bd. 178924**

<sup>3</sup> Zur geplanten Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung von Fach- und Führungskräften vgl. Dok. 129, Anm. 9.

Im Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 13. Mai 1989 stellten Botschafter Meyer-Landrut, z. Z. Bonn, und Ministerialdirektor Kastrup klar, „daß wir nach dem Muster der im Juli 1986 vereinbarten sog. personenbezogenen Lösung verfahren“. Genscher appellierte an Schewardnadse, „sowjetische Seite möge die 1986 geregelte Problematik nicht wieder zur Diskussion stellen“. Schließlich wurde „einerseits festgestellt, daß das Abkommen, soweit Berlin betroffen sei, keine Probleme mehr enthalte“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

<sup>4</sup> In dem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 13. Mai 1989 betonte Bundesminister Genscher, daß im Zusammenhang mit dem geplanten Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Rauschgiftbekämpfung „die Berliner Polizei den Bundesbehörden in keiner Weise unterstellt sei und die Tätigkeit im Rahmen des Abkommens in dieser Richtung auch nicht wirken könne“. Die sowjetische Seite erläuterte, die UdSSR werde bei Unterzeichnung eine Erklärung abgeben, wonach das Abkommen nicht den Status von Berlin (West) berühre: „BM erklärte daraufhin, die deutsche Seite werde dann dazu in einer eigenen Erklärung auf die Frank-Falin-Klausel (Art. 7) verweisen. Hierüber wurde grundsätzliches Einverständnis hergestellt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

<sup>5</sup> Die im Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 13. Mai 1989 vereinbarte Formulierung lautete: „Berlin (West) nimmt an der Entwicklung der Zusammenarbeit unter strikter Einhaltung und voller Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. September 1971 teil.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

<sup>6</sup> Zur Hilfe der Bundesrepublik nach dem Erdbeben in Armenien vgl. Dok. 129, Anm. 10. Bundesminister Genscher und der sowjetische Außenminister Schewardnadse unterzeichneten am 13. Mai 1989 ein Protokoll über die Hilfe für Armenien. Zu dessen Durchführung wurde am 23. Oktober 1989 von Staatssekretär Lautenschlager und dem sowjetischen Botschafter Kwizinskij eine Vereinbarung über den Aufbau des Prothetikzentrums in Eriwan unterzeichnet. Für den Wortlaut beider Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 23–26.

<sup>7</sup> Ministerialdirektor Kastrup führte am 1./2. Juni 1989 Gespräche im sowjetischen Außenministerium. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte dazu am 4. Juni 1989 mit: „Die Konsultationen endeten mit vollem Einverständnis über den Entwurf der für den bevorstehenden Gorbatschow-Besuch vor-



## 141

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel**

341-320.10 CHN

18. Mai 1989

Über Herrn Dg34<sup>1</sup>, Herrn D3 i. V.<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup>Betr.: Innenpolitische Lage in China;  
hier: Demonstrationen

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Mindestens seit der Großdemonstration vom 17. Mai, an der über 1 Million Einwohner Pekings teilnahmen, ist China in eine innenpolitische Krise geraten, deren Ausgang offen ist. Es besteht eine vorrevolutionäre<sup>4</sup> Situation: Die Demonstranten spüren, daß es im Augenblick keinen Gegendruck der Führung der KP Chinas gibt. Sie nutzen den gewonnenen Spielraum, um ihre Forderungen nach Freiheit, Demokratie und Abschaffung der Korruption mit noch größerem Nachdruck zu vertreten. Durch den Hungerstreik mehrerer tausend Studenten im Mittelpunkt der Hauptstadt und nahe dem Zentrum der Macht haben sie die Situation effektiv emotionalisiert und dramatisiert. Sie fordern offen den Rücktritt Ministerpräsident Li Pengs, den sie für einen Bremser der Reformpolitik halten, und von Deng Xiaoping, der die in ihn gesetzten Erwartungen nach einer durchgreifenden Reform nicht erfüllt hat. Gewiß wird es bald personelle Veränderungen geben; ein Rücktritt Dengs von den ihm verbliebenen Positionen (Vorsitzender der Militärkommissionen der Partei und des Staates) ist nicht mehr auszuschließen.

2) Daß die Demonstrationen während des Besuchs Generalsekretärs Gorbatschow in China<sup>5</sup> zu einer innenpolitischen Krise eskalierten, hat die chinesische Füh-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 634*

gesehenen ‚Gemeinsamen Erklärung‘ mit Ausnahme der Frage der Übersetzung unseres Staatsnamens ins Russische (Nominativ/Genitiv).“ Eine erneute Diskussion der Berlin-Fragen habe zwar „keine sowjetische Bewegung in der Substanz“ ergeben: „Die sowjetische Argumentation war jedoch bemerkenswert defensiv, offensichtlich weil das Gespräch auf Ministerebene beim kürzlichen Besuch Schewardnadses in Bonn der sowjetischen Seite die politische Dimension des Festhaltens an alten Positionen in einem veränderten Umfeld bewußt gemacht hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2122; Referat 213, Bd. 147141.

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Zeller am 19. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat in Vertretung des Ministerialdirektors Schlagintweit Ministerialdirigent Sulimma am 19. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 19. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerdtts am 6. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 341 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 7. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 7. Juni 1989 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent Zeller hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies würde ich so nicht sagen. Die Ablösung Dengs ist keine Revolution. Ein Fortgang der Reformen auch nicht.“

<sup>5</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

rung außenpolitisch, vor allem aber innenpolitisch, viel Gesicht verlieren lassen. Deng Xiaoping war es durch den Aufbau der „drei Hindernisse“<sup>6</sup> für die Normalisierung der Beziehungen zunächst gelungen, die Sowjetunion in eine Demandeur-Position zu manövrieren und Gorbatschow zuerst ins „Reich der Mitte“ kommen zu lassen. Dieser Positionsgewinn ist durch den Gesichtsverlust weit überkompensiert worden. Der diplomatische Erfolg ist für Deng von persönlicher Tragik überschattet.

Bisher konnte die chinesische Führung sicher sein, daß die von Gorbatschow in westlichen Ländern so erfolgreich eingesetzten Public Relations in China nicht wirken würden. Jetzt sieht es so aus, als ob es Gorbatschow gelungen wäre, dieses Instrument auch in China wirkungsvoll einzusetzen.

Jedenfalls haben die Studenten, nachdem sie den Tod Hu Yaobangs<sup>7</sup> und die historische Erinnerung an den 4. Mai 1919 erfolgreich benutzt hatten, die Gipfelbegegnung für ihre Ziele „umfunktioniert“.

3) Seit einigen Tagen steht fest, daß sich die Kundgebungen nicht wie 1986/87 auf Studenten beschränken, sondern daß sich ihnen weite Bevölkerungskreise anschließen. Zuerst kamen Journalisten, dann Beamte verschiedener Ministerien und öffentlicher Behörden. Noch nicht genügend verifiziert ist die Teilnahme von Angehörigen der Streitkräfte. Dies wäre von großer Bedeutung, da die Volksbefreiungsarmee seit der Kulturrevolution Schiedsrichter der chinesischen Innenpolitik ist. Es gibt Gerüchte, wonach Angehörige der Sicherheitskräfte geäußert haben, sie würden Befehle zum Eingreifen gegen Demonstranten nicht befolgen.

Unter den Kundgebungsteilnehmern soll es bereits Bauern und Taxifahrer geben, also Vertreter von Berufsgruppen, die bisher am meisten von der Reformpolitik profitierten.

4) Für die Kommunistische Partei Chinas ist die Machtfrage gestellt. Die Antwort auf die Frage Lenins: „Wer wen?“ ist nicht mehr so klar zu beantworten wie noch vor einem Monat. Die bisherige Sprachlosigkeit der Führung zeigt, daß sie sich nicht einig ist. Die „harte Linie“ Dengs konnte nicht durchgesetzt werden, aber auch die entschiedenen Reformer wie Zhao Ziyang haben seit der Unterbrechung der Reformpolitik im Herbst 1988 noch nicht wieder die Oberhand gewinnen können.

Die Parteiführung erkennt jetzt die patriotischen Motive und das politische Engagement der Demonstranten an und erklärt ihre Bereitschaft zum Dialog. GS Zhao und MP Li Peng besuchten gemeinsam hungerstreikende Studenten in den Krankenhäusern. Damit demonstrierten sie – jedenfalls nach außen hin – Geschlossenheit.

5) Wie es weitergehen wird, ist angesichts der teilweise revolutionären Stimmung in Peking und anderen chinesischen Städten schwer zu sagen. Deng Xiaoping ist jedenfalls gesundheitlich und politisch schwer angeschlagen und wird in nicht allzu ferner Zukunft die politische Bühne verlassen. Gegenwärtig ist durchaus denkbar, daß GS Zhao den Impetus der Demonstrationen benutzen wird, um die Hürden wieder zu beseitigen, die im letzten Herbst von den

<sup>6</sup> Zu den von der Volksrepublik China formulierten „drei Hindernissen“ vgl. Dok. 80, Anm. 12.

<sup>7</sup> Der ehemalige Generalsekretär des ZK der KPCh, Hu Yaobang, verstarb am 15. April 1989. Zu den Demonstrationen anläßlich seiner Beisetzung am 22. April 1989 vgl. Dok. 114.

gemäßigten Reformern um Li Peng und Yao Yilin aufgerichtet worden waren. Vielleicht gelingt Zhao auch, die Technik ostasiatischer Kampfsportarten zu verwenden, das Gewaltmoment des Gegners zu benutzen, um ihn damit zu schlagen: Er könnte durch entschiedene Reformmaßnahmen die KP Chinas wieder an die Spitze des Fortschritts stellen, wie es ursprünglich auch die Intention Deng Xiaopings gewesen war.<sup>8</sup>

Die Entscheidung über Erfolg oder Mißerfolg wird auf wirtschaftspolitischem Gebiet fallen. Daran, daß Zhao intellektuell in der Lage ist, die Konsequenzen wirtschaftspolitischer Entscheidung zu beurteilen, besteht kein Zweifel; ob er freilich politisch dazu in der Lage sein wird, bleibt abzuwarten.

Scheel

**Referat 341, Bd. 161811**

142

### **Botschafter Pfeffer, Paris, an Bundesminister Genscher**

**Fernschreiben Nr. 1216**  
**Citissime nachts**

**Aufgabe: 19. Mai 1989, 13.38 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 19. Mai 1989, 13.59 Uhr**

Nur für Bundesminister

Betr.: Gespräch des französischen Staatspräsidenten mit dem Bundesminister vom 18. Mai 1989<sup>2</sup>

Am 18. Mai 1989 hat der Präsident der Republik den Herrn Bundesminister zu einem Gespräch empfangen.

Der Bundesminister legte zunächst den Akzent auf die Währungsunion und die deutsche Bereitschaft, auf der Basis des Delors-Berichts<sup>3</sup> voranzugehen. Wir akzeptierten dessen Finalität. Auf diesem Gebiet werde sich der eigentliche dynamische Prozeß in Europa vollziehen.

Mitterrand betonte, man müsse im sozialen Raum Fortschritte machen und dürfe nicht zulassen, daß Großbritannien die Sozialpolitik bestimme, so wie man sich auch von Großbritannien nicht auf dem Wege zur Währungsunion aufhalten lassen dürfe. Großbritannien würde, wie in der Vergangenheit, nachgeben, wenn mindestens zehn der zwölf Staaten einig seien.

Auf die Frage Mitterrands nach den Vorbereitungen für den NATO-Gipfel<sup>4</sup> erklärte der Bundesminister, daß die Bundesregierung ihre Position ausgebaut

<sup>8</sup> An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent Zeller handschriftlich: „Es kann auch genau anders herum kommen.“

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 19. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Frankreich vgl. auch Dok. 139.

<sup>3</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

<sup>4</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

habe, daß der Bundesminister der Verteidigung am 18. Mai in Washington sei und daß in einem Gespräch zwischen Bundeskanzler, Bundesminister und Verteidigungsminister die Instruktionen für die deutsche Expertendelegation festgelegt werden würden, die am 22. Mai mit amerikanischen Experten in Washington konsultieren werde.

Mein ausführlicher Gesprächsvermerk folgt als Anlage.

[gez.] Pfeffer

Anlage folgt

Anlage

Aus dem Gespräch Staatspräsident Mitterrand – Bundesminister Genscher am 18.5.1989 ist folgendes festzuhalten:

Der Bundesminister dankte dem Präsidenten zunächst für seine Ausführungen zu den deutsch-französischen Beziehungen und zu Abrüstungsfragen in dessen Pressekonferenz vom gleichen Tage.<sup>5</sup> Die Ausführungen Mitterrands seien sehr eindrucksvoll gewesen.

Mitterrand äußerte seine Freude darüber, den Bundesminister wiederzusehen. Es sei nicht ganz leicht gewesen, diesen Termin festzusetzen. Die Pressekonferenz sei zunächst nicht für heute angesetzt gewesen. Er habe sich dann kurzfristig zu diesem Datum entschließen müssen, weil es der einzig mögliche Zeitpunkt vor seiner Reise nach Kanada und in die USA<sup>6</sup> gewesen sei. So treffe es sich aber sehr gut, daß er vor dieser Reise mit dem deutschen Außenminister sprechen könne.

Der Bundesminister erklärte, wir müßten nach vorn sehen. Was könnten wir Entscheidendes für Europa tun? Der Präsident habe heute in der Pressekonferenz die Währungsunion angesprochen. Wir hätten die gleiche Position. Über das Problem habe heute ein Ministergespräch mit dem Bundeskanzler stattgefunden.<sup>7</sup> Wir akzeptierten den Delors-Bericht in allen seinen drei Etappen und in seiner Finalität. Auf dieser Grundlage müsse man nun arbeiten. Wir bejahten auch eine Regierungskonferenz, in der ein Vertrag vorbereitet werden solle. Fortschritte auf diesem Gebiet würden Europa zum Guten hin verändern. Diese Fortschritte beträfen nicht nur die Zwölf. Hier spiele sich der wirklich dynamische Prozeß in Europa ab. Diese Entwicklung werde auch den Osten beeindrucken. Dies sei ein wirklich großes Thema verglichen mit den kleinen Themen, die in den letzten Wochen in der Presse eine Rolle gespielt hätten.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Ausführungen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Mai/Juni), S. 24–38.

<sup>6</sup> Der französische Staatspräsident Mitterrand besuchte Kanada am 19./20. Mai 1989 sowie die USA am 20./21. Mai 1989. Zu seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush vgl. Dok. 146.

<sup>7</sup> Zum Gespräch der Bundesminister Genscher, Haussmann, Seitzers und Waigel sowie des Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt, bei Bundeskanzler Kohl am 18. Mai 1989 notierte das Ministerbüro am folgenden Tag: „Finanzminister rezeptiv zu Delors-Bericht: gegen eine Regierungskonferenz. AA: Diese Haltung ist völlig inakzeptabel. Wir müssen uns entsprechend unserer bisherigen Haltung, dies ist auch im Interesse des deutsch-französischen Verhältnisses unverzichtbar, verhalten: 1) Finalität der drei Stufen, damit wird gemeinsames Währungssystem und Zentralbank bestätigt; 2) für Regierungsverhandlungen, wobei selbstverständlich erste Stufe schnellstmöglich verwirklicht werden muß.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860. Zum Ministergespräch vgl. auch Dok. 135, Anm. 21.

Mitterrand erklärte, es gebe, was die Währungsunion angehe, Bremser. Hauptbremser sei Großbritannien. Wenn man in keiner Weise auf seine Souveränität verzichten wolle, dann könne es keinen Fortschritt geben. Deutschland sei auch schwierig, wenn es an finanzielle Fragen gehe. Er müsse zugeben, daß jedes Land versuche, seine wirtschaftlichen Erfolge zu halten. Aber auf dem Steuergebiet müsse man Lösungen finden. Er wolle nicht unbedingt jetzt von Prozentzahlen der Quellensteuer reden. Aber wir dürften nicht zulassen, daß Luxemburg und andere Länder unser ganzes Kapital an sich zögen.

Wir dürften auch nicht zulassen, daß Großbritannien die Sozialpolitik der Gemeinschaft bestimme. In Frankreich gebe es Millionen von armen Menschen und sehr viele Arbeitslose. Auch in den USA gebe es viele Arme, die kaum etwas zu beißen hätten. Er werde Frankreich nicht in diese Lage bringen. Wir brauchten in Europa eine Minimum-Grenze an sozialer Leistung. Hier müsse Deutschland zu positiven Lösungen beitragen. Auf diesem Gebiet seien die Deutschen nicht immer einfach. Oft werde mit dem Argument der Zentralbank, dann wieder mit dem der Länder gearbeitet. So sei nicht voranzukommen.

Der Bundesminister erwiderte, er könne es sich leichtmachen, in dem er darauf hinwies, daß der große Einfluß unserer Länder auf die französische Nachkriegspolitik zurückgehe, aber das wolle er nicht tun. Er wolle vielmehr noch einmal wiederholen, daß wir den Delors-Bericht akzeptierten, gerade auch in seiner Finalität. Er denke oft an Mailand.<sup>8</sup> Damals sei man in einer ähnlichen Lage gewesen. Schließlich hätten alle mitgemacht, einige unter Protesten.

Was der Staatspräsident zu der sozialen Dimension gesagt habe, teile er völlig. Die erste deutsche Demokratie sei am sozialen Problem gescheitert. Von der sozialen Stabilität hänge die politische ab. Europa müsse sich darstellen als eine Gemeinschaft des Fortschritts. Wenn breite Schichten den Binnenmarkt und die Währungsunion als einen Abstieg im sozialen Bereich empfänden, wäre dies das Ende des Einigungsprozesses. Wir hätten keine Probleme mit der sozialen Dimension. Natürlich könnten einzelne Probleme in der Ausgestaltung auftauchen, z. B. in der Mitbestimmungsfrage.

Mitterrand meinte hierauf, natürlich seien die sozialen Entwicklungen historisch unterschiedlich verlaufen und gebe es entsprechende Unterschiede, aber wir müßten in die gleiche Richtung gehen. Hier werde es große Schwierigkeiten mit Großbritannien geben. Der Minister habe vollkommen recht, an Mailand zu erinnern. Nur wenn mindestens zehn der zwölf Staaten sich geeinigt hätten, wie z. B. auch in Hannover<sup>9</sup>, und sich Großbritannien isoliert sehe, schwenke es ein. Deshalb komme der deutsch-französischen Zusammenarbeit so große Bedeutung zu. In Fontainebleau<sup>10</sup>, in Luxemburg<sup>11</sup> sei es auch so gewesen. Manchmal gingen zunächst die Dänen und Niederländer mit den Briten, aber wenn sie sich dann den übrigen anschlossen, dann gebe auch Großbritannien auf. Er rechne in einigen Tagen wieder mit einer Krise (in Madrid<sup>12</sup>). Wir müßten unsere Hoffnungen wohl herunterschrauben. Spanien wolle offenbar eine Konfrontation

<sup>8</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

<sup>9</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, I, Dok. 191.

<sup>10</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

<sup>11</sup> In Luxemburg fand am 2./3. Dezember 1985 eine Tagung des Europäischen Rats statt.

<sup>12</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

mit Großbritannien wegen des Sozialraums<sup>13</sup> vermeiden. Er selbst sei bereit, eine solche Konfrontation während der französischen Präsidentschaft<sup>14</sup> auf sich zu nehmen.

Auf die Bemerkung des Bundesministers, daß wir dann diese Fragen beherzt beim ersten Europäischen Rat während der französischen Präsidentschaft<sup>15</sup> angehen müßten, betonte Mitterrand, wir müßten dies alles gut vorbereiten.

Der Präsident erkundigte sich sodann nach unseren Vorbereitungen für den NATO-Gipfel in Brüssel.

Der Bundesminister erklärte, daß die Bundesregierung inzwischen ihre Position ausgebaut habe. Verteidigungsminister Stoltenberg sei heute in Washington. In einem Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Bundesminister und mit Bundesminister Stoltenberg würden die Weisungen festgelegt werden für deutsch-amerikanische Expertengespräche, die am 22. Mai in Washington stattfinden würden.

Ende der Anlage

Referat 010, Bd. 178931

## 143

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem belgischen Ministerpräsidenten Martens in Aachen

21. Mai 1989<sup>1</sup>

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem belgischen Ministerpräsidenten Martens am Sonntag, dem 21. Mai 1989, in Aachen

Weitere Anwesende auf belgischer Seite: Herr Grauls.

Auf deutscher Seite: MDg Dr. Neuer, Dolmetscher: Herr Zimmermann.

Nach der Begrüßung erkundigt sich der *Bundeskanzler* nach der innenpolitischen Situation in den Niederlanden.<sup>2</sup>

<sup>13</sup> Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

<sup>14</sup> Frankreich übernahm am 1. Juli 1989 für sechs Monate die EG-Ratspräsidentschaft.

<sup>15</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg vgl. Dok. 405.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 22. Mai 1989 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 26. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] K[enn]tnisnahme“ verfügte.

Hat Hartmann vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, verfügte.

Hat Bitterlich vorgelegen.

<sup>2</sup> Die niederländische Regierung trat am 3. Mai 1989 zurück.

MP *Martens* führt aus, er glaube, die liberale Partei in den Niederlanden habe sich in eine schwierige Situation gebracht. Sie habe die Krise provoziert, weil sie durch die Dominanz von Lubbers irritiert gewesen sei. Er wolle als Beispiel hier die Umweltfragen nennen. Die Wahlen fänden am 6. September statt. Der Ausgang sei nicht sicher. Die christlich-demokratischen Freunde hätten sich dafür entschieden, der Umweltfrage großes Gewicht beizumessen. Es sei nun abzuwarten, wie die Wahlen ausgingen.

Der *Bundeskanzler* stellt fest, er habe sich über die Äußerung Lubbers, daß er sich vorstellen könne, Minister in einer sozialistisch geführten Regierung zu sein, gewundert.

MP *Martens* weist auf die Persönlichkeit von Wim Kok<sup>3</sup>, des sozialistischen Gewerkschaftsführers, hin. Er könne sich aber selbst dann, wenn die Partei von Lubbers an den Wahlen nur an zweiter Stelle liege, nicht vorstellen, daß Wim Kok die Verantwortung als Ministerpräsident übernehmen wolle. Auch in diesem Fall werde daher wohl Lubbers Ministerpräsident sein.

Der *Bundeskanzler* berichtet über den Stand der Verhandlungen betreffend die Vorbereitungen des NATO-Gipfels<sup>4</sup>/SNF. Er teilt mit, daß Herr Teltschik heute nach Washington reisen werde, um dort weiterzusprechen. Die Verhandlungen verliefen schwierig, würden aber im guten Geist geführt. Am Freitag früh<sup>5</sup> habe BM Stoltenberg mit AM Baker gesprochen: Man sei sich ein gutes Stück nähergekommen. Die Frage konzentriere sich jetzt auf einen Punkt des Gesamtproblems. Er vermute, daß Bush fast täglich mit PM Frau Thatcher telefoniert habe, die eine total intransigente Haltung einnehme. Sie glaube, sie bestimme jetzt die Richtung in Europa und in der NATO. Im wesentlichen gebe es drei Punkte, die Schwierigkeiten bereiteten. Es scheine, die USA hielten jetzt nicht mehr daran fest, daß im Kommuniqué des NATO-Gipfels die Erprobung der Lance ausdrücklich begrüßt werde. Er habe den Eindruck, diese Frage sei für die Amerikaner nicht mehr ganz wichtig. Etwas Derartiges wie die Begrüßung der Entwicklung oder Erprobung von neuen oder zu modernisierenden Waffen in einem NATO-Kommuniqué habe es auch noch nie gegeben.

MP *Martens* wirft ein, er habe im belgischen Parlament gesagt, was die Forschung und Entwicklung bei Waffen angehe, sei ausschließlich Sache der Vereinigten Staaten.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, der zweite schwierige Punkt sei der Beschluß über die Stationierung der modernisierten Lance, der 1992<sup>6</sup> gefaßt werden solle. Dies sei immer seine Meinung gewesen. 1992 bedeute hierbei in Wahrheit Dezember 1991, da dann die entscheidende Sitzung der NATO-Gremien stattfinde. Dies hätten die Amerikaner akzeptiert. Auch Präsident Mitterrand habe dies hervorgehoben. In dem dritten Punkt hätten wir eine harte Position.

Wenn man – wofür wir absolut seien – bei START reduziere und für den gänzlichen Verzicht auf chemische Waffen sei, blieben außer den konventionellen Waffen, über die man ja auch spreche, nur die Raketen mit einer Reichweite

<sup>3</sup> Durchgehend korrigiert aus: „Wincook“.

<sup>4</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>5</sup> 19. Mai 1989.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „1996“.

von 0 bis 500km übrig. Wir seien elementar daran interessiert, daß in der konventionellen Abrüstung etwas geschehe, insbesondere was die Panzer und die Truppenstärken angehe. Bisher habe Gorbatschow nur Vorteile von der Abrüstung gehabt; insbesondere von der Abschaffung der Pershing II, die imstande gewesen sei, sowjetisches Territorium zu erreichen. Jetzt müsse er eine konkrete Leistung erbringen. Deshalb sei unser Wunsch, in Wien<sup>7</sup> schnell voranzukommen mit dem Ziel, die Invasionsfähigkeit der Sowjetunion abzubauen. In irgendeiner Form müsse in dem NATO-Kommuniqué auch erwähnt werden, daß Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen stattfinden sollten. Für uns sei es inakzeptabel, dies nicht zu erwähnen. Die Formulierung sei noch offen; sie müsse gefunden werden. Man könne z.B. daran denken zu sagen, daß wir nachdrücklich Fortschritte bei der konventionellen Abrüstung fordern und im Hinblick auf Fortschritte beim Abbau dieser Waffen Verhandlungen über die Reduzierung von nuklearen Kurzstreckenwaffen mit dem Ziel aufnehmen, gemeinsame Obergrenzen festzusetzen. Er sei gegen eine dritte Null-Lösung. Die SPD und die Grünen seien dafür. Nicht alle sagten ihre Meinung offen und ausdrücklich. Im Ergebnis würde eine dritte Null-Lösung die Denuklearisierung Europas bedeuten. Falls die Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 0 bis 500km beseitigt würden, wären die französischen und die britischen Raketen nicht mehr zu halten. Er habe den Eindruck, daß es zu einer scharfen Kontroverse darüber kommen könne, ob man überhaupt Verhandlungen bezüglich der SNF in dem Kommuniqué erwähne. Er könne nicht akzeptieren, daß das NATO-Kommuniqué sich hierzu nicht äußere. Die Bundesrepublik Deutschland sei bei den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen am meisten engagiert. Sie stelle die stärkste Armee und habe die stärkste Belastung durch die starken Truppenverbände, die bei uns stationiert seien. Er stehe außerdem gegen eine massive Propagandawand. Er sei entschlossen, diese Sache durchzustehen und werde die Wahlen<sup>8</sup> wieder gewinnen. Margaret Thatcher habe diese Debatte mit ihren Bemerkungen zur „Brandmauer“ verursacht. Die Raketen mit einer Reichweite von 0 bis 500km betreffen im wesentlichen die Deutschen, am Rande auch die Belgier. Was er verlange – nämlich die Erwähnung von Verhandlungen über diese Waffen im NATO-Kommuniqué –, halte er für billig und vernünftig. Dann könne man auch Druck auf Gorbatschow ausüben. Wenn irgend möglich, solle eine Lösung vor dem NATO-Gipfel erreicht werden.

MP *Martens* bemerkt, für Belgien sei das auch eine schwierige Frage. In der Koalitionsabsprache vor der Regierungsbildung sei gesagt worden, es müsse parallel über konventionelle Abrüstung und SNF verhandelt werden. Die Ergebnisse beider Verhandlungen müßten übergreifend sein. Am 11. April sei nun eine Position verabredet worden, die die belgische Regierung auch vor ihrem Parlament verteidigt habe. Seine Regierung sage, daß jetzt keine Modernisierungsentscheidung fallen solle. Diese Entscheidung solle bis 1992 aufgeschoben werden. Im Kommuniqué sollten Verhandlungen über SNF erwähnt werden. Seine Regierung und insbesondere auch die Sozialisten seien damit einverstanden, keine dritte Null-Lösung anzustreben. Sie seien für den Text des Brüsseler

<sup>7</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

<sup>8</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.



Kommunikés vom März 1988<sup>9</sup>. Was die Modernisierung angehe, gebe es allerdings ein Problem. Nach den jetzigen Plänen gebe es Vorschläge, die Nachfolgerakete von Lance mit einer Reichweite von 450 km auszustatten. Auch gebe es Flugzeuge mit Flugwaffen von 300 bis 400 km Reichweite. Hiergegen gebe es den Einwand, daß damit das INF-Abkommen<sup>10</sup> gebrochen werde. Dies, obwohl sich INF nicht auf Flugzeuge beziehe. Es sei möglich, daß die belgischen Sozialisten hier Schwierigkeiten machten. Es könne auch zum Problem werden, welche Formulierung man für die Aufnahme von Verhandlungen über die Kurzstreckenraketen in das Kommuniké finden werde. Die Frage sei, ob man Ergebnisse bei den Verhandlungen über konventionelle Waffen oder bedeutende Fortschritte bei diesen Verhandlungen als Voraussetzung für die Aufnahme von SNF-Verhandlungen nenne. Er werde jedenfalls alles daran setzen, sich der deutschen Position anzuschließen.

Der *Bundeskanzler* und MP *Martens* vereinbaren, am Dienstag, dem 23. Mai 1989, miteinander zu telefonieren. MP *Martens* weist darauf hin, daß er um 9.45 Uhr zu einer Sitzung ins Parlament gehen müsse und um 15.00 Uhr aus Brüssel nach Dakar<sup>11</sup> abreisen werde. Es wurde ins Auge gefaßt, am Dienstag, dem 23. Mai 1989, zwischen 13.00 und 14.00 Uhr zu telefonieren. Näheres soll über die Büros vereinbart werden.

MP *Martens* unterstreicht nochmals, daß er keine dritte Null-Lösung wolle. Allerdings seien die belgischen Sozialisten dafür.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich, was MP González, den MP *Martens* ja in der letzten Woche gesprochen habe<sup>12</sup>, hierüber denke.

MP *Martens* führt aus, MP González halte die ganze Diskussion für eine Angelegenheit, die einen solchen Streit nicht wert sei. Nach seiner Auffassung brauche man eine politische Erklärung zu der Entwicklung in der Sowjetunion und in den übrigen Ländern des Ostens. Er sei nach Ostern in Polen gewesen<sup>13</sup> und habe dort mit Jaruzelski und Rakowski gesprochen. Man müsse diesen Ländern jetzt eine Chance geben. Für die Diskussion über SNF gebe es eine Basis in den Kommunikés von Reykjavik<sup>14</sup> und dem NATO-Kommuniké vom März 1988.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er überschauere nicht ganz die Haltung der Niederlande.

MP *Martens* stellt fest, er sehe da auch nicht klar. Die Niederländer hätten nie die Mittelstreckenraketen installiert. Lubbers habe vor etwa drei Wochen gesagt,

<sup>9</sup> Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

<sup>11</sup> In Dakar fand vom 24. bis 26. Mai 1989 eine Gipfelkonferenz französischsprachiger Staaten statt.

<sup>12</sup> Der belgische Ministerpräsident Martens hielt sich am 18. Mai 1989 in Spanien auf.

<sup>13</sup> Der belgische Ministerpräsident Martens besuchte Polen vom 28. bis 31. März 1989.

<sup>14</sup> Vgl. dazu Ziffer 7 der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 in Reykjavik; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 383 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1987, I, Dok. 170 und Dok. 174.

die Abschaffung der nuklearen Artillerie sei für ihn wichtig. Das sei das niederländische Ziel. Im gleichen Grade, in dem man die SNF modernisiere, könne man ein Verteidigungssystem einrichten, das die atomare Artillerie überflüssig mache.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die Kurzstreckenraketen würden dann aber bei uns stehen.

MP *Martens* stimmt zu. In den Niederlanden sei die Lage jedoch anders. Früher habe es große Manifestationen gegen die Mittelstreckenraketen gegeben. Diese Debatte sei vorüber. Über die Kurzstreckenraketen werde nicht diskutiert.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, dies sei offensichtlich, da sie für die Niederländer kein Problem darstellten.

Der *Bundeskanzler* weist nochmals darauf hin, daß das wirkliche Problem zur Zeit London sei. Er sei in allem zu einem Kompromiß bereit, außer in einem Punkt. Im Text des Kommuniqués müsse erwähnt werden, daß auch über die Kurzstreckenraketen verhandelt werde. Dies könne z.B. dadurch zum Ausdruck gebracht werden, daß man die Aufnahme von Verhandlungen von dem Abbau der Invasionsfähigkeit oder von dem Erreichen von Fortschritten bei den Verhandlungen über die konventionelle Abrüstung abhängig mache. Auf jeden Fall müsse der Wille zu Verhandlungen in dem Dokument seinen Ausdruck finden. Gorbatschow werde in etwa drei Wochen in der Bundesrepublik Deutschland<sup>15</sup> eine Rede halten, bei der er wahrscheinlich die dritte Null-Lösung anbieten werde. Das mindeste, was man tun müsse, sei, daß man in der NATO klar sage, man sei bereit, über die Kurzstreckenraketen zu verhandeln.

MP *Martens* meint, PM Thatcher stehe sich ja angeblich sehr gut mit Gorbatschow. Das letzte Treffen in London zwischen Gorbatschow und Frau Thatcher<sup>16</sup> habe jedoch nichts ergeben.

Der *Bundeskanzler* gibt der Befürchtung Ausdruck, daß es auch beim Europäischen Rat in Madrid<sup>17</sup> mit den Auffassungen von PM Thatcher Schwierigkeiten geben werde. In der Bundesrepublik Deutschland gebe es zur Zeit schwierige innenpolitische Probleme. Ein Land, das im Wohlstand lebe, sei schwerer zu regieren als andere. Er wolle hier nur darauf hinweisen, daß in diesem Jahr 26 Millionen Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland ins Ausland reisten und dabei über 50 Milliarden DM ausgeben.

MP *Martens* sagt, dies sei auch das Problem in Belgien. Die Zahl der Arbeitslosen habe unter seiner Regierung von 500 000 auf 330 000 verringert werden können. Er habe auch eine Steuerreform durchgeführt. Dennoch sähen die Umfragen für die Regierung nicht gut aus.

Der *Bundeskanzler* weist noch auf die Gesundheitsreform hin, die durch die Kostenexplosion erforderlich geworden sei. Am schlimmsten würden die Ärzte

<sup>15</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

<sup>17</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

Sturm laufen, obwohl das Durchschnittseinkommen z.B. bei den Zahnärzten jährlich 240 000 DM betrage. Das Ziel der Reform sei im übrigen nicht gewesen, diese Einkommen zu mindern, sondern nur die Kosten nicht noch höher steigen zu lassen. Die Einkommen der Ärzte seien den Einkommen in anderen Berufen davongelaufen. Dies gelte insbesondere für die Chefärzte.

Zu dem Europäischen Rat in Madrid wolle er noch bemerken, daß er den Madrider und den Pariser Gipfel<sup>18</sup> als Einheit sehe. Es sei deshalb nicht so wichtig, ob man in Madrid oder in Paris in der einen oder anderen Frage zu einem abschließenden Ergebnis komme. Wichtig sei es, daß dies spätestens in Paris der Fall sei. Er wolle als wichtige Punkte, bei denen etwas geschehen müsse, die folgenden nennen:

- Die Frage der sozialen Dimension.<sup>19</sup>
- Die Frage des Asylrechts. Hier müsse eine einheitliche Regelung für die Mitgliedstaaten der EG gefunden werden.<sup>20</sup>
- Die Frage der Verbrechensbekämpfung, die bei einer Öffnung der Grenzen sich noch intensiver stelle. Das bisherige System sei nicht ausreichend.<sup>21</sup>
- Die erste Stufe des Delors-Pakets<sup>22</sup> müsse in Madrid angegangen werden. Zumindest müsse man dort darüber reden und einen Zeitplan für die Fertigstellung im Dezember in Paris ausarbeiten. Wir hätten mit der Einsetzung einer Regierungskommission kein Problem.

MP *Martens* weist darauf hin, daß González die erste Stufe verwirklichen wolle, d. h., daß alle an einem Europäischen Währungssystem teilnehmen. Er wolle auch rechtzeitig verhindern, daß Fortschritte zur zweiten und dritten Stufe blockiert werden können. González befürchte, daß PM Frau Thatcher die erste Stufe akzeptieren und weitere Fortschritte blockieren wolle.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu.

Das Gespräch endete nach ca. 50 Minuten.

**Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727**

<sup>18</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

<sup>19</sup> Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

<sup>20</sup> Zu den Bemühungen um eine Harmonisierung des Asylrechts vgl. Dok. 30.

<sup>21</sup> Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 147.

<sup>22</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

## 144

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Andreotti in Rom

21. Mai 1989<sup>1</sup>

Von BM noch nicht genehmigt

Deutsch-italienische Beziehungen;

hier: Gespräch BM/AM Andreotti am 21. Mai 1989 in Rom

1) BM ist am 21. Mai 1989 in Rom zu einem ca. einstündigen Meinungsaustausch mit AM Andreotti zusammengetroffen. Hierbei wurden die aktuellen innen- und außenpolitischen Fragen erörtert. Schwerpunkte bildeten die Vorbereitung des NATO-Gipfels in Brüssel<sup>2</sup> sowie die Lage in Polen. AM gab einleitend einen kurzen Überblick über die innenpolitische Entwicklung in I nach dem Rücktritt der Regierung De Mita am 19. Mai.

Im einzelnen:

### 2) Innenpolitische Lage in Italien

AM zeigte sich angesichts des erst vor zwei Tagen erfolgten Rücktritts der Regierung De Mita gelassen. In I gebe es keine traumatischen Krisen. Die Wähler müßten ihre nächste Entscheidung über die italienische Parteienlandschaft bei den Europawahlen im Juni<sup>3</sup> treffen. Vorläufig habe man bei der Suche nach einer neuen Regierung keine Eile. Zur Lage der KPI wies AM auf derzeitigen ersten Besuch von KPI-GS Occhetto in den USA hin. Seine Berufung auf die deutschen Sozialdemokraten als Modell für neue KP-Linie habe dort das Mißtrauen nicht ausräumen können. Annäherungsversuche der KPI an die DC scheiterten schon allein an der betont antireligiösen Haltung der KPI.

So unternehme die Partei z.B. gerade den Versuch, das Konkordat mit dem Hl. Stuhl<sup>4</sup> in Frage zu stellen. Diese Linie könne im übrigen der DC nur recht sein. Man wolle auch weiterhin zur KPI Distanz halten.

Mit den übrigen politischen Gruppierungen gebe es für die DC keine großen Probleme.

### 3) Vorbereitung des NATO-Gipfels

AM wies darauf hin, wie wichtig Entwicklung gemeinsamer Haltung der Allianzpartner für den bevorstehenden Gipfel sei. BM erläuterte, wichtige Probleme müßten noch gelöst werden. BMVg Stoltenberg sei mit neuen Vorschlägen aus Washington zurückgekehrt; diese seien heute mit BK besprochen worden. Auf der Basis dieser Besprechung werde die Bundesregierung ihre Stellungnahme abgeben. Wir wollten die Entscheidung über eine Nachfolge (für Lance) noch

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna am 22. Mai 1989 gefertigt.

<sup>2</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>3</sup> Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des Konkordats vom 11. Februar 1929 zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS, Bd. 21 (1929), S. 275–294.

Das Konkordat wurde durch ein Abkommen vom 18. Februar 1984 geändert. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS, Bd. 77 (1985), S. 521–546.

offenhalten. Zunächst müsse man in den nächsten zwei bis drei Jahren den Wiener Gesprächen über konventionelle Rüstungskontrolle<sup>5</sup> eine Chance geben. Dann werde man ohnehin das Jahr 1992 erreicht haben, in dem man dann die Nachfolgefrage Lance entscheiden müsse. Deshalb müsse die Modernisierungsfrage offenbleiben. Wir seien dafür, bald Verhandlungen über den Abbau von SNF zu beginnen. Wir könnten aber damit leben, diese Frage in Verbindung mit Fortschritten bei den Wiener KRK-Gesprächen zu prüfen. Er könne nicht erkennen, warum man vor Verhandlungen über den Abbau von SNF Angst haben sollte.

AM wies darauf hin, er habe den Eindruck, daß die USA in dieser Frage Zugeständnisse machen würden. Niemand habe sofortige Aufnahme von Verhandlungen über den Abbau der atomaren Kurzstreckenwaffen gefordert.

BM erklärte, hier gebe es nach wie vor Schwierigkeiten. Wenn man keine dritte Null-Lösung wolle, müsse man über Lance-Erneuerung reden. Unter bestimmten Voraussetzungen hätten wir hiergegen keine Einwände. Aber jetzt schon zu sagen, man wolle keine dritte Null-Lösung, bedeute auch, daß es nie zu einer Null-Lösung kommen könnte. Wir seien aber keine Astrologen. In der heutigen Welt und unter den augenblicklichen Gegebenheiten brauchten wir die atomaren Kurzstreckenwaffen. Bei einem Wechsel zum Besseren müßten wir aber auch die Chance für eine Neubewertung offenhalten.

AM stimmte dieser Bewertung zu. Er habe den Eindruck, die USA benutzten viele Argumente in rein propagandistischer Weise. Wenn tatsächlich konventionelle Rüstungsparität auf niedrigem Niveau erreicht werden könnte, brauche man keine Raketen mehr.

BM unterstrich ergänzend, auch wenn SNF vollständig abgebaut werden sollten, blieben dennoch die meisten nuklearen Waffen auf deutschem Boden stationiert. In Deutschland gebe es allein 288 nukleare Trägerflugzeuge, in Großbritannien dagegen nur 202. Dies sei ein großer Unterschied. Wenn GB behaupte, als denuklearisiert müßten diejenigen Länder gelten, die über keine landgestützten Nuklearsysteme verfügten, so werde dies ab 1992 auch für Großbritannien selbst gelten (d.h. nach Vernichtung der INF).

Jetzt gehe es darum, eine Formel mit den USA zu finden. Wenn dies geschehen sei, müsse man diese gemeinsam auf dem NATO-Gipfel vertreten.

AM wies in diesem Zusammenhang auf den Besuch von Präsident Bush in Rom am 26. Mai hin, bei dem diese Fragen ebenfalls eine Rolle spielen könnten.<sup>6</sup> Daher sei er für die umfassende Unterrichtung durch BM dankbar.

#### 4) Lage in Polen

AM berichtete über seine Eindrücke aus Polen nach dem soeben beendeten Staatsbesuch.<sup>7</sup> Die Lage habe sich im Vergleich zur Situation bei seinem Besuch vor fünf Jahren<sup>8</sup> positiv entwickelt.

<sup>5</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

<sup>6</sup> Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 26. bis 28. Mai 1989 in Italien auf und traf am 27. Mai 1989 mit Ministerpräsident De Mita zusammen. Für die amerikanischen Gesprächsprotokolle vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

<sup>7</sup> Der italienische Außenminister Andreotti begleitete Präsident Cossiga bei dessen Besuch vom 10. bis 13. Mai 1989 in Polen.

<sup>8</sup> Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich vom 20. bis 23. Dezember 1984 in Polen auf.

Es gebe große Fortschritte in den Beziehungen zwischen Regierung und Solidarność sowie bei den Beziehungen Staat/Kirche. Dies sei eine „neue Welt“.

Solidarność setze sich entschieden für marktwirtschaftliche Prinzipien ein. Solidarność wolle keine ausländischen Anleihen, sondern wolle die Regierung bei dem wirtschaftlichen Gesundungsprozeß unterstützen. Trotzdem wolle S. nicht Teil der Regierung werden. Die Lage bleibe schwierig. Von der Bevölkerung werde die Bewegung zu stärkerer Öffnung hin unterstützt.

BM führte aus, in Polen vollziehe sich eine bedeutende Entwicklung, die wir erleichtern sollten, damit greifbare Erfolge erzielt werden könnten. Wir sollten jetzt Verständnis für die Probleme in Polen zeigen und der Regierung eine Atempause geben. Die Entwicklung in Polen sei beispielhaft.

Für das deutsch-polnische Verhältnis sei das Jahr 1989 besonders wichtig. In diese Zeit falle der 50. Jahrestag des Hitler-Überfalls auf Polen. Ausgerechnet in diesem Jahr könnten wir keine Entscheidung treffen, neue Raketen aufzustellen, die polnisches Territorium erreichen könnten. Auch daran müsse man denken.

Wir seien daran interessiert, daß Polen Fortschritte auf dem eingeschlagenen politisch-ökonomischen Weg mache, ohne dabei zu stolpern. Niemand könne den Polen diesen Weg abnehmen. Sie müßten ihn selbst gehen. Aber wir könnten diesen Weg erleichtern.

AM stimmte zu. Wichtig sei für Polen die Lösung der Schuldenfrage. Italien habe Tilgungsabkommen mit Polen mit weitgehender Ratenzahlung und tilgungsfreier Zeit abgeschlossen. Zusätzlich habe man ital. Investitionen durch Wiedereinführung von Investitions-Versicherungen erleichtert.

Er habe im übrigen den Eindruck gewonnen, daß für Polen weniger die Probleme der Beziehungen zu Deutschland als vielmehr zur Sowjetunion im Vordergrund stünden. Die Polen wollten letztere nach außen allerdings nicht zu sehr betonen. Auffallend sei die große Hochachtung, die man in Polen der Bundesrepublik Deutschland entgegenbringe. Ihm sei ferner aufgefallen, daß jüdische Kreise an dem Staatsbesuch Cossigas in Polen nicht beteiligt wurden. Bei keiner Veranstaltung, auch nicht im Ghetto von Warschau, seien Vertreter des polnischen Judentums eingeladen worden.

BM ergänzte, diese Distanzierung gehöre zur polnischen Geschichte.

##### 5) Bau einer Chemiewaffen-Fabrik in Rabta/Libyen

AM berichtete, algerischer Staatspräsident habe ihn darüber unterrichtet, Gaddafi habe nach einer Überlegungsphase zum Abschluß des Fastenmonats Ramadan den Entschluß gefaßt, Libyen könne auf 75 % der Anteile an Rabta verzichten.<sup>9</sup> Die frei werdenden libyschen Anteile könnten auf pharmazeutische

<sup>9</sup> Vortragender Legationsrat Vorwerk notierte am 28. April 1989, der algerische Präsident Bendjedid habe in einem Gespräch mit Bundesminister Klein am 19. März 1989 in Algier Überlegungen für ein internationales Management der Anlage in Rabta angestellt. In der Folgezeit habe Algerien mitgeteilt, Libyen habe sich mit diesem Plan einverstanden erklärt und sei bereit, einen Vertreter der Bundesregierung zu empfangen: „D3 hat bereits gegenüber dem algerischen Botschafter klargestellt, daß Rabta keinesfalls ein bilaterales deutsch-libysches, sondern ein libysches Problem sei“. Es „läge an Libyen, die jetzt erforderlichen Schritte hinsichtlich Rabtas zu tun“. Vorwerk führte dazu aus: „Der Gedanke eines internationalen Managements für Rabta als Möglichkeit zur Verhinderung der Aufnahme der CW-Produktion durch Libyen verdient Beachtung. Eine Beteiligung der Bundesregierung ist jedoch – vor allem in den Vorbereitungsphase – ausgeschlossen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154192.

Unternehmen aus Algerien, Deutschland und Italien übertragen werden. Alg. Staatspräsident habe ihm, AM gegenüber, bereits vor längerer Zeit angeregt, daß Experten aus Deutschland und Italien mit algerischen Fachleuten hierüber sprechen sollten.

Gegenüber US-Präsident Bush habe der alg. Staatspräsident telefonisch angeregt, das Problem Rabta/Libyen in erster Linie den Algeriern zu überlassen. Bush habe sich hierzu allerdings nicht geäußert. Er selbst habe den Eindruck, in dieser Frage bestünden auf US-Seite gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen Präsident Bush und dem State Department.

BM erwiderte, der Vorschlag des alg. Staatspräsidenten sei zweifellos interessant. Gleichwohl würde er es vorziehen, wenn auch die Beteiligung der USA an der Fabrik in Rabta sichergestellt werden könnte. USA-Aktivitäten in Libyen seien größer als unsere eigenen, vor allem auf dem Erdölsektor und im Baubereich. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit halte er es nicht für zweckmäßig, die USA hier auszuschließen. Dies liege auch im Interesse Algeriens, um sich Vertrauen in den USA zu verschaffen.

AM zeigte Verständnis für diese Haltung. Er denke ggf. daran, den US-Industriellen Hammer einzuschalten, u. U. auch eine namhafte US-Erdölgesellschaft. Alg. Staatspräsident habe angeregt, hierüber demnächst mit AM Andreotti und BM ein Gespräch zu führen. BM versicherte nochmals, der Vorschlag sei prüfenswert, wenn auch die USA eingeschaltet werden könnten.

6) Besuch des israelischen AM Arens in Brüssel am 2. Juni

AM wies darauf hin, daß spanischer AM Ordóñez als Vertreter spanischer EG-Präsidentschaft<sup>10</sup> zögere, das bilaterale EG-Treffen mit Israel<sup>11</sup> zur Erörterung von außenpolitischen Themen zu benutzen. Er selbst, AM, halte jedoch einen freimütigen Gedankenaustausch mit Israel gerade wegen der desolaten Situation im Libanon für notwendig.

BM stimmte zu. Die Situation im Libanon und die allgemeine Hilflosigkeit ihr gegenüber seien beschämend. Um so wichtiger sei es, mit Arens ebenso wie zuvor mit Peres einen informellen Meinungsaustausch zu pflegen.

AM ergänzte, auch im Vatikan sei man über Entwicklung im Libanon sehr besorgt. Man wolle aber keine eigenen Vorschläge unterbreiten, sondern eher Syrien stärker unter Zugzwang zum Eingreifen setzen. Gerade diese Überlegung, eine israelisch-syrische Verständigung über die Libanon-Frage einzuleiten, stoße aber in gewissen Kreisen auf Mißtrauen, da man dahinter die Absicht vermute, die PLO weiter zu schwächen.

BM hierzu: Das Problem des Libanon wird sich erst dann lösen lassen, wenn auch für das PLO-Problem eine Lösung gefunden worden ist.

<sup>10</sup> Spanien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

<sup>11</sup> Am 22. Mai 1989 fand in Brüssel die siebte Tagung des Kooperationsrats der Europäischen Gemeinschaften mit Israel statt. Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), teilte dazu am 23. Mai 1989 mit, der spanische Außenminister Fernández Ordóñez habe die Tagung eröffnet „mit in eigener Verantwortung formulierten einleitenden Bemerkungen. Darin wies er u. a. auch auf die besorgniserregende Bruchigkeit des Friedens im Mittleren Osten hin sowie auf die derzeitigen blutigen Ereignisse, die eine Quelle großer Besorgnis in der Welt seien.“ Ungerer berichtete ferner, die Gespräche der Minister beim Abendessen hätten sich „gänzlich auf die jüngste israelische Friedensinitiative“ konzentriert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1701; Referat 413, Bd. 144880.

7) Beide Außenminister billigten abschließend den als Anlage beigefügten Text einer gemeinsamen Presseerklärung<sup>12</sup> über das Gespräch. (Text ist am 22. Mai um 10 Uhr in beiden Hauptstädten veröffentlicht worden.)

**Referat 010, Bd. 178931**

## 145

### Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 999**  
**Citissime**

**Aufgabe: 21. Mai 1989, 11.03 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 21. Mai 1989, 06.09 Uhr**

Betr.: Lage in Peking

1) Erster Tag des Ausnahmezustandes („Kriegsrecht“) 20.5. war durch anhaltende Massendemonstrationen und Blockaden der anrollenden Truppen gekennzeichnet. Weder die Ankündigung des Truppeneinsatzes noch der Erlass von drei „Befehlen“ der Stadtverwaltung zur Regelung des Ausnahmezustandes hielten Jugendliche und Bevölkerung von den gewohnten Massendemonstrationen zurück. Auch in den Außenbezirken bildeten sich vielfach Diskussionsgruppen, die teilweise die Straßen blockierten und in denen über die Ansprache der Regierungs- und Staatsschefs vom Vorabend<sup>2</sup> diskutiert wurde. Seit neuestem wird überall der Rücktritt von MP Li Peng gefordert, daneben auch von Staatspräsident Yang Shangkun.

2) Die herbeibeordneten Truppenverbände haben überall nur die Stadtgrenzen erreicht, wo sie durch Menschenansammlungen zum Halten gebracht wurden. Entgegen anderslautenden Radiomeldungen (Deutsche Welle) hat es dabei keine Toten gegeben. Auch sind nirgends Panzer beobachtet worden. Es hat den Anschein, daß die Soldaten von der wahren Situation in der Stadt völlig überrascht waren und sich bereitwillig zum Halten überreden ließen. Ob sich bereits Truppen innerhalb des seit gestern geschlossenen Kaiserpalastes befinden, konnte noch nicht festgestellt werden. Nach den Erkenntnissen von gestern

<sup>12</sup> Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 010, Bd. 178931.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 22. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Hellbeck, Peking, informierte am 20. Mai 1989, anlässlich einer Konferenz der chinesischen Führung am Vortag habe Ministerpräsident Li Peng erklärt: „Dem Anarchismus müsse Einhalt geboten werden. Da die Situation in Peking sich verschlechtere und auch auf andere Städte übergreife, bestehe die Gefahr von Ausschreitungen, die in einigen Städten schon stattgefunden hätten. Nur sehr wenige stifteten Unruhe und wollten das sozialistische System ändern [...]. Dagegen müßten nun entscheidende Maßnahmen ergriffen werden. Der Hungerstreik müsse sofort beendet werden. Die Armee habe die verfassungsmäßige Aufgabe, das Land zu schützen, und müsse zusammen mit der Polizei für Ruhe und Ordnung sorgen.“ Ferner teilte Hellbeck mit: „Auch Staatspräsident Yang unterstrich diesen Aufruf und kündigte an, ‚eine Gruppe der Armee‘ würde nach Peking verlegt.“ Auffällig sei zudem, daß der Generalsekretär des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, nicht zu sehen und zu hören sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 996; Referat 341, Bd. 161811.

Für den Wortlaut der Rede von Li Peng vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Jg. 26, Nr. 22 vom 30. Mai 1989, S. 16f. (Auszug).



abend sind anscheinend vier größere Verbände im Westen und Süden der Stadt postiert, zusammen wohl drei Armeekorps mit allerdings kaum mehr als 30000 Mann. Auch in der Nacht vom 20. auf 21.5. sind diese Verbände nicht weiter vorgerückt. Studenten haben währenddessen in den Zufahrtstraßen zum Tiananmenplatz Barrikaden aus Mülltonnen und Gemüse-Pickups errichtet, die den etwa anrückenden Truppen Widerstand symbolisieren sollen. Die Ost-West-Achse ist in Höhe des Pekinghotels durch quergestellte Busse gesperrt. Die gestern über der Chang'an Jie kreisenden Hubschrauber (französischer Herkunft) hinterließen im übrigen keinerlei Eindruck. Heute morgen (21.) scheint alles ruhig zu sein.

3) Die Pekinger Stadtverwaltung erließ gestern drei Befehle über den Ausnahmezustand.

Befehl Nr. 1 legt den Geltungsbereich (Innenstadt sowie Bereich des Stahlwerks Shijingshan) fest.

Befehl Nr. 2 richtet sich teilweise an Ausländer: Verbot, sich an Aktivitäten der Chinesen zu beteiligen. Allgemein gilt das Verbot, „Verbindungen“ herzustellen, Reden zu halten, Flugblätter zu verteilen, soziale Unruhe anzustacheln, die Führung anzugreifen. Es enthält ferner das ausdrückliche Verbot, ausländische Botschaften anzugreifen. Zugleich werden die Angehörigen der Armee der Polizei in ihren Befugnissen gleichgestellt.

Befehl Nr. 3 richtet sich an Journalisten. Es ist „strictly forbidden to utilize press coverage to make instigating and inciting propaganda“. Ausländischen Journalisten ist es verboten, Organisationen und Betriebe, Schulen und Universitäten zu betreten und dort Interviews durchzuführen oder Aufnahmen zu machen.

Diese Befehle wurden mehrfach über den chinesischen Rundfunk verbreitet, über den englischen nur in verkürzter Form. Es ist bemerkenswert, daß diese Befehle keine Ausgangssperren enthalten.

4) Die Führung ließ gestern ununterbrochen die Reden von Li Peng und Yang Shangkun über das Fernsehen verbreiten. Das schien ihre einzige nach außen erkennbare Aktivität zu sein. Das angekündigte Ziel, die Armee vor allem zur Zernierung der Universitäten und Schulen einzusetzen, hat sie bisher nicht erreichen können. Das Demonstrations- und Redeverbot der Stadtverwaltung wurde von niemandem befolgt. Ob und wie weit die Truppen überhaupt bereit sind, gegen die Bevölkerung aufzutreten, weiß zur Stunde wohl niemand. Das einzige, was die Vertreter der Führung, die diese Kriegsrechtspolitik durchgesetzt haben, bisher wirklich erzielt haben, ist eine zunehmende Antagonisierung nicht nur der Studenten, sondern auch weiterer Bevölkerungskreise. Wenn gestern immer wieder und an verschiedenen Stellen die Forderung nach Rücktritt von Li Peng und Yang Shangkun laut wurde, so beweist das, daß die Ausrufung des Ausnahmezustandes von der Bevölkerung als eine Eskalation der Auseinandersetzungen verstanden wird.

Wie die Führung diesen Konflikt durchhalten will, dürfte sie selbst wohl nicht wissen. Nach dem ersten gravierenden Fehler – der Kriminalisierung der Studenten durch den berüchtigten Leitartikel vom 26. April<sup>3</sup> – folgte mit der Kriegs-

<sup>3</sup> Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 27. April 1989, in einem am Vortag erschienenen Leitartikel der „Volkszeitung“ habe die „chinesische Führung in der bisher schärfsten Form vor einer

rechtsrede von Li Peng am 19. Mai ein weiterer Fehler. Schon der Ablauf des ersten Tages danach hat enthüllt, daß die Regierung nicht in der Lage ist, ihre Drohungen durchzusetzen. Unabhängig davon, ob in den nächsten Tagen die Armee wie auch immer eingreifen kann, steht jetzt fest, daß auch die Demonstranten ungestraft eskalieren konnten. Der weitere Zuzug auswärtiger Studenten (amtliche Zahl über 50 000) und die Errichtung von Barrikaden haben die Führung weiter an Gesicht und Autorität verlieren lassen. Abgesehen von der ständigen Wiederholung der beiden Ansprachen vom 19. Mai läßt die Führung nichts erkennen, was auf eine politische Beilegung des Konflikts hindeutet.

Das Verharren in starren konfuzianisch-kommunistischen Verhaltensmustern wird fürs erste dazu führen, daß in Peking die Anarchie weiter um sich greift und vermutlich für einige Zeit anhalten wird. Die Vorgänge der Kulturrevolution haben die Bevölkerung gelehrt, welche Möglichkeiten ihr gegenüber den Autoritäten zu Verfügung stehen. Diese Entwicklung verleiht den Gerüchten Glaubwürdigkeit, daß es am 16. und 17.5. innerhalb der Führung zu Auseinandersetzungen über das weitere Vorgehen gekommen ist. Danach soll Zhao Ziyang die Rücknahme des Leitartikels vom 26.4. und weitere Konzessionen hinsichtlich der Funktionsprivilegien vorgeschlagen haben, aber von den anderen vier Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros überstimmt worden sein. Nach der gleichen Quelle habe er darauf seinen Rücktritt angeboten, der zwar vom Politbüro in seiner Gesamtheit, nicht aber vom Ständigen Ausschuss des NVK<sup>4</sup> (in dem vor allem der Sachverstand früherer Minister versammelt ist) ratifiziert worden sei. Die sich aus dieser Version ergebende Patt-Situation ist jedenfalls nach außen sichtbar: Am 17.5. wurde Zhao letztmalig als Sprecher des Politbüros in der Zeitung zitiert, danach nur noch an zweiter und deutlich untergeordneter Stelle hinter Li Peng. Unter Chinesen gilt es als ausgemacht, daß Li gern die Gelegenheit nutzen wollte, an die erste Stelle zu rücken. Sein Fernsehauftritt – zusammen mit Staatspräsident Yang – hat jedoch ernste Zweifel daran aufkommen lassen, ob er mit Argumentation und Präsentation dieser Aufgabe gewachsen ist. Die Reaktion der Bevölkerung beweist eher das Gegenteil. Zhao Ziyang erscheint vielen Chinesen als einzige Persönlichkeit, die verfahren Situation wieder zu ordnen.<sup>5</sup>

5) Im Kreise der EPZ wurde gestern über die ersten zu ziehenden Folgerungen beraten. Fest steht, daß Königin Beatrix und Verteidigungsminister Chevènement ihre für diese Woche vorgesehenen Besuche abgesagt haben. Im Hinblick auf die zunehmende Verunsicherung von Führung und Beamenschaft sowie im

*Fortsetzung Fußnote von Seite 651*

Ausweitung der Demonstrationen der vergangenen Woche gewarnt“. Der Artikel lasse „an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig“ und spreche von „illegalen Demonstrationen und Provokationen“. Gegen einige der Demonstranten werde der Vorwurf der Verschwörung erhoben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 850; Referat 341, Bd. 161811.

Für den Wortlaut des Leitartikels „Standfest gegen Aufruhr!“ vgl. BEIJING RUNDSCHAU, Jg. 26, Nr. 18 vom 2. Mai 1989, S. 15 (Auszug).

<sup>4</sup> Nationaler Volkskongreß.

<sup>5</sup> Am 23. Mai 1989 teilte Botschafter Hellbeck, Peking, mit, der Generalsekretär des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, sei ohne offizielle Verlautbarung „von der Bildfläche verschwunden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1018; Referat 341, Bd. 161811.

Am 24. Mai 1989 informierte er: „AM Qian Qichen teilte den EG-Botschaftern bei einem noch vor Beginn der Demonstrationen festgelegten Abendessen mit, daß ‚Generalsekretär‘ Zhao Ziyang ‚am 19. Mai‘ krank geworden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1028; Referat 341, Bd. 161811.

Hinblick auf die zunehmenden Probleme von Verkehr und Logistik wurde es auch nicht als ratsam angesehen, hochrangige Delegationen einzuladen.

Da uns in dieser Woche (wohl auch im Hinblick auf die Wahl des Bundespräsidenten<sup>6</sup>) keine größere Delegation angesagt ist, stellt sich diese Frage für uns im Augenblick nicht. Ich wäre jedoch dankbar, wenn alle in Betracht kommenden Stellen vorsorglich auf die hier vorliegenden Probleme hingewiesen werden können.

Die Botschaffterrunde war sich ferner darüber einig, daß im Augenblick keine persönliche Gefährdung der Botschaftsangehörigen vorliegt und deshalb keine besonderen Maßnahmen notwendig sind. Ich werde jedoch am Wochenanfang alle Bediensteten auf die besonderen Aspekte des Ausnahmezustands aufmerksam machen.

Eine gemeinsame Erklärung der Zwölf zu den Vorgängen in Peking wurde allseits als verfrüht angesehen. Es wurde daher beschlossen, von der Empfehlung einer Erklärung abzusehen und eine solche nur für den Fall ins Auge zu fassen, daß Militär gegen die Bevölkerung mit Waffen eingesetzt wird.

[gez.] Hellbeck

Referat 341, Bd. 161811

## 146

### Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand

23. Mai 1989<sup>1</sup>

Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am Dienstag, dem 23. Mai 1989

Der *Bundeskanzler* begrüßt den Präsidenten und erkundigt sich, wie seine Reise in die USA<sup>2</sup> verlaufen sei.

Der *Präsident* bezeichnet seine Reise in die USA als sehr interessant. Er habe selbst anrufen und dem Bundeskanzler hierüber berichten wollen. Bei der Reise

<sup>6</sup> Am 23. Mai 1989 wählte die Bundesversammlung den bisherigen Amtsinhaber Freiherr von Weizsäcker erneut zum Bundespräsidenten.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 24. Mai 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, „z[ur] Klenntnisnahme!“ verfügte.

Hat Hartmann am 24. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der französische Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 20./21. Mai 1989 zu Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in den USA auf. Vgl. dazu <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

hätten u. a. auch die Probleme des NATO-Gipfels<sup>3</sup>, der am nächsten Montag ja in Brüssel stattfindet, eine wichtige Rolle gespielt. Er sei eher optimistisch bezüglich der Möglichkeiten einer Einigung.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, er sei heute skeptischer als vor einer Woche. Er habe den Eindruck, die Dinge hätten sich nicht so gut entwickelt, wie er gehofft habe. Es gebe jetzt eine Tendenz, den Text des Kommuniqués erst bei dem Gipfel selbst festzustellen.

Präsident *Mitterrand* erkundigt sich, um welchen Text es sich handle. Er habe keinen Text gesehen.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, er rede über das, was er von Washington gehört habe. Im wesentlichen gebe es drei Problembereiche:

1) Die USA würden jetzt wieder erwarten, daß die NATO die Entwicklung von modernisierten Raketen begrüße.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, davon wisse er nichts.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, dies sei nochmals von Washington vorgebracht worden. Er werde das nicht machen. Es habe noch nie den Fall gegeben, daß eine Neuentwicklung von Waffen der Amerikaner durch die NATO begrüßt worden sei.

Der zweite Punkt betreffe die Entscheidung über die Modernisierung. Hier zeichne sich ab, daß Einigkeit darüber erzielt werde, die Entscheidung 1992 zu treffen. Dies sei vernünftig. Er glaube, hier gebe es kein Problem mehr.

Präsident *Mitterrand* wirft ein, auch er glaube, daß Bush mit 1992 als Entscheidungszeitpunkt einverstanden sei.

Der *Bundeskanzler* bestätigt nochmals, dies sei auch sein Eindruck. Damit wäre er zufrieden.

Der dritte Punkt sei, inwieweit eine Formulierung gefunden werden könne, die einen Zusammenhang zwischen der weiteren Entwicklung im Bereich der Abrüstung von konventionellen Waffen und der Bereitschaft, als Folge davon über Raketen kurzer Reichweite zu verhandeln, herstelle. Er habe nie verlangt, daß gleichzeitig verhandelt werde. Wir seien in diese unglückliche Lage geraten, da London bei der Abrüstung immer nur den Bereich über 500 km anspreche und der Bereich von 0 bis 500 km von London immer mit Aufrüstung verbunden werde. Dies könne er nicht verstehen, weil die UdSSR eine etwa 14-fache Überlegenheit im Bereich der Kurzstreckenraketen habe. Unser Interesse müsse darin liegen, eine einseitige Reduzierung von der Sowjetunion zu erlangen. Wir müßten das Ziel haben, zu gemeinsamen Obergrenzen zu gelangen, wobei er meine, diese könnten niedriger sein. Was ihn bei der öffentlichen Debatte in den USA erstaune – er meine damit nicht den Präsidenten, sondern die „politische Klasse“ –, sei, daß man tue, als ob wir – auch er selbst – uns für ein denuklearisiertes Europa aussprechen. Dies sei für ihn indiskutabel. Diese Waffen seien die einzige Chance, den Frieden zu bewahren. Wer eine dritte Null-Lösung wolle, müsse wissen, daß bald auch die französischen und britischen Nuklearwaffen in die Diskussion gerieten. Dies sei für ihn nicht akzeptabel. Ziel der deutschen Politik müsse es sein, daß es neben den amerikanischen auch französische Nuklear-

<sup>3</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

waffen gebe. Paris sei nur eine Stunde entfernt; Washington sieben Stunden. Dieser Umstand spreche für sich. Der Bundeskanzler wiederholt seinen Eindruck, daß man am vergangenen Donnerstag<sup>4</sup> in der Diskussion mit den USA einer Lösung näher gewesen sei. Inzwischen hätten wohl Gespräche mit London stattgefunden. Die Position von Margaret Thatcher gehe jetzt hinter die NATO-Dokumente von 1986<sup>5</sup> zurück. Dies sei unannehmbar.

Präsident *Mitterrand* bemerkt hierzu, er teile diesen Eindruck nicht. Er habe Bush am Sonntagabend<sup>6</sup> verlassen. Er habe den Eindruck mitgenommen, daß vor 1992 keine Modernisierungsentscheidung getroffen werden solle. Bis dahin solle versucht werden, die konventionelle Abrüstung zu beschleunigen. In gleicher Weise solle versucht werden, eine Reduzierung der Kurzstreckenraketen zu erreichen. Dann könne man 1992 tun, was notwendig sei. Soweit er sehe, seien alle damit einverstanden, daß es nicht erforderlich sei, über eine dritte Null-Lösung zu sprechen. Bush sei entsetzt über den Druck aus London. Er fühle diesen Druck wie einen Tritt in die Nieren. Bush mißtraue dem Maximalismus von Frau Thatcher mehr als dem Minimalismus der Deutschen.

Präsident Bush habe ihm gesagt, er habe Verständnis für die deutsche Haltung, obwohl er sie nicht unbedingt billige. Eine Übereinkunft sei auf der Basis möglich, daß die Entscheidung über die Modernisierung 1992 getroffen werde. Bis dahin solle die Priorität bei der konventionellen Abrüstung liegen. Der Sowjetunion solle empfohlen werden, ein gutes Beispiel zu geben und die Diskrepanz bei den Kurzstreckenwaffen abzubauen und diese beträchtlich zu reduzieren. Es dürfe absolut keine dritte Null-Lösung geben. Die Dimension der Zukunft sei eine beiderseitige Verminderung der Kurzstreckenraketen. Im Augenblick sei aber die Diskrepanz zwischen den sowjetischen und den NATO-Kurzstreckenraketen sehr stark. Er faßt zusammen, daß er eine Übereinkunft für möglich halte.

Der *Bundeskanzler* fragt, ob die Möglichkeit bestehe, in den Text aufzunehmen, daß zu gegebener Zeit Verhandlungen geführt werden sollen.

Präsident *Mitterrand* äußert, die Amerikaner wollten dies jetzt nicht als Basis akzeptieren. Er glaube jedoch nicht, daß sie sich weigern würden, wenn gewisse Bedingungen erfüllt würden. Der Präsident bemerkt nochmals, er habe den Bundeskanzler anrufen wollen und ihm sagen wollen, daß er optimistisch sei. Er sei optimistischer als der Bundeskanzler.

Der *Bundeskanzler* stellt fest, der Eindruck dürfe nicht entstehen, daß über alles verhandelt werden könne außer über Raketen mit einer Reichweite von 0 bis 500 km. Eine solche Entscheidung könne er nicht hinnehmen. In der Bundesrepublik Deutschland sei die Lage so, daß die Sozialdemokraten und die Grünen die dritte Null-Lösung verlangten. Sie wollten in Richtung auf eine

<sup>4</sup> 18. Mai 1989.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 4./5. Dezember 1986 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 71 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74. Zur Sitzung vgl. AAPD 1986, II, Dok. 349.

Vgl. dazu ferner Ziffer 5 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 73 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 75 f. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

<sup>6</sup> 21. Mai 1989.

Denuklearisierung Europas gehen. Sie verlangen auch die Reduzierung der Truppenstärken, und zwar einseitig, auch für die Bundeswehr. Dies bedeute eine Schwächung der NATO. Er werde 1990 diese Schlacht führen. Der Wahlkampf<sup>7</sup> wird hierauf ausgerichtet sein. Hinzu komme, daß diese Gruppen gleichzeitig den Ausstieg aus der zivil genutzten Kernkraft betrieben. Er habe genügend Probleme hier. Sein Koalitionspartner sei nicht sehr stark. Zumindest habe er an den Rändern Schwierigkeiten. Er wolle vorgehen wie 1983<sup>8</sup>. Er setze seine politische Existenz hierfür aufs Spiel. Hinzu komme, daß zu gleicher Zeit dieselben Kreise immer anti-europäischer würden, was die EG angehe. Dies hindere ihn jedoch nicht, auf seinem Weg voranzugehen. Er bitte deshalb den Präsidenten, ihm zu helfen. Bush halte viel von Präsident Mitterrand. Dies begrüße der Bundeskanzler sehr. Es sei gut, wenn Bush seine Informationen nicht nur aus London erhalte.

Präsident *Mitterrand* wiederholt, daß Bush London gegenüber mißtrauisch sei. In einer Woche werde er ja den Bundeskanzler treffen.<sup>9</sup> Er wolle sehen, was er machen könne.

Der *Bundeskanzler* erkundigt sich, wann Präsident Mitterrand von seiner Afrika-Reise<sup>10</sup> zurück sei.

Präsident *Mitterrand* antwortet, er komme in der Nacht vom Freitag auf Samstag<sup>11</sup> zurück. Bis dahin habe er keine weiteren Erkenntnisse. Er schlägt vor, daß der Bundeskanzler sich mit ihm zu Beginn des NATO-Gipfels treffe, und zwar, bevor die entscheidenden Beratungen beginnen.

Der *Bundeskanzler* meint, man könne sich evtl. vor dem Mittagessen treffen. Er wolle u. U. aber Herrn Teltschik am Samstag nach Paris schicken.

Präsident *Mitterrand* bemerkt, er wolle mit Washington telefonieren, um alles festzulegen. Herr Teltschik sei am Samstag in Paris willkommen. Er wolle aber nochmals wiederholen, daß er von seiner Reise einen guten Eindruck habe. Bush verstehe die deutschen Beweggründe.

Der *Bundeskanzler* hält fest, daß man über Attali und Teltschik am Samstag in Kontakt bleibe.

Präsident *Mitterrand* bestätigt dies und wiederholt, daß man sich am Montag vor der entscheidenden Sitzung treffen wolle. Er habe sich gefreut, mit dem Bundeskanzler gesprochen zu haben.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich.

Das Gespräch endete nach ca. 20 Minuten.

**Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727**

<sup>7</sup> Die Wahlen zum Bundestag fanden am 2. Dezember 1990 statt.

<sup>8</sup> Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

<sup>9</sup> Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

<sup>10</sup> Der französische Staatspräsident Mitterrand nahm an der Gipfelkonferenz französischsprachiger Staaten vom 24. bis 26. Mai 1989 in Dakar teil.

<sup>11</sup> 26./27. Mai 1989.

## 147

**Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl**24. Mai 1989<sup>1</sup>

Vermerk über das Ministergespräch beim Bundeskanzler zur Durchführung des Schengener Abkommens<sup>2</sup> am 24. Mai 1989, 14.30 Uhr bis 15.30 Uhr, im Bundeskanzleramt

Teilnehmer: Bundeskanzler, BM Seiters, BM Dr. Schäuble, StM Dr. Stavenhagen, StM Dr. Adam-Schwaetzer, PStS Carstens, PStS Dr. Schulte, StS Neusel, Protokollführer: MR Dr. Glatzel.

Der *Bundeskanzler* weist auf die politische Bedeutung des Abbaus der Grenzkontrollen in Europa und die konkreten Absprachen und Absichten der Schengener Vertragsstaaten hierzu hin.

BM *Schäuble* führt in die Problematik ein und legt dar, daß

- der Abbau der Grenzkontrollen nur erfolgen könne, wenn mit dem Aufbau des Schengener Informationssystems ein gleichwertiges Fahndungsinstrument geschaffen sei,
- mit dem Aufbau des Schengener Informationssystems noch nicht begonnen werden könne, weil Frankreich bisher die Einbeziehung der Personenfahndung neben der Sachfahndung ablehne,
- für den Aufbau des Informationssystems technisch ca. zwei Jahre veranschlagt würden und deshalb ein solches Instrument frühestens Ende 1991 zur Verfügung stehe und daher
- ab 1.1.1990 noch nicht mit dem völligen Abbau der Grenzkontrollen, sondern nur mit schrittweisen Erleichterungen im Grenzverkehr begonnen werden könne.

Er schlägt vor, Kontakt mit Frankreich auf hoher Ebene aufzunehmen und dabei insbesondere auch die Frage der grenzüberschreitenden Nachteile, gegen die sich Frankreich wende, anzusprechen.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialrat Glatzel, Bundeskanzleramt, gefertigt. Ferner Vermerk: „Herrn Chef BK mit der Bitte um Billigung. Es wird empfohlen, den Vermerk an die Gesprächsteilnehmer zu versenden; ein Entwurf ist zur Zeichnung beigelegt. Kopie Herrn StM.“

Hat Ministerialdirigent Trumpf am 9. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschuß. 1) StS L[autenschlager] vorzulegen. 2) W[ieder]v[orlage]“.

Hat Staatssekretär Lautenschlager am 9. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Trumpf am 21. Juni 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H. Kudlich: für die Akten“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 22. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Rom „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Rom am 23. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

Zu den Verhandlungen über einen Ergänzenden Staatsvertrag zum Übereinkommen von Schengen vgl. Dok. 204.

StM *Adam-Schwaetzer* äußert Zweifel an der Notwendigkeit einer Koppelung des Abbaus der Grenzkontrollen mit dem Aufbau des Schengener Informationssystems und sieht Möglichkeiten zum Abbau der Grenzkontrollen bereits dann, wenn die Frage der grenzüberschreitenden Nachteile befriedigend gelöst ist.

Sie weist darauf hin, daß auch Frankreich großes Interesse daran habe, Schengen zeitgerecht zu verwirklichen, und schlägt vor, die weiteren Verhandlungen, insbesondere in der Zentralen Verhandlungsgruppe am 30. Mai 1989<sup>3</sup>, für Fortschritte zu nutzen.

BM *Schäuble* betont das Einvernehmen aller Schengen-Staaten zur Notwendigkeit des Aufbaus eines Informationssystems vor dem Abbau der Grenzkontrollen und weist auf die Vorbild- und Vorläuferfunktion der Schengen-Absprache für den Europäischen Binnenmarkt hin.

PStS *Carstens* legt die Planungen der Zollverwaltung dar, etwa 1700 Zöllner an den Grenzen abzuziehen, aber die Grenzkontrollen in einer Übergangszeit stichprobenartig mit etwa 800 Zöllnern ähnlich wie im jetzigen Grenzverkehr der Beneluxstaaten untereinander aufrechtzuerhalten.

Der *Bundeskanzler* betont die bisherige Absprache unter den Schengener Vertragsstaaten einschließlich Frankreich, die Grenzkontrollen möglichst zum 1.1. 1990 abzuschaffen; die Öffnung der Grenzen dürfe aber nicht mit einer Einbuße an Sicherheit (z.B. bei der Bekämpfung der Rauschgift- und Bandenkriminalität) einhergehen, die die Freizügigkeit in Europa – auch in der öffentlichen Meinung – stark belasten könne. Er sieht in dem pragmatischen Vorgehen des BMF eine gute Lösungsmöglichkeit.

Der Bundeskanzler erklärt sich bereit, einen Brief an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand zu schreiben, um näheren Aufschluß über die französischen Absichten auf diesem Gebiet zu erhalten.<sup>4</sup>

Der Bundeskanzler bittet darüber hinaus

- um Vorschläge der Ressorts zur Bekämpfung der Bandenkriminalität für den EG-Gipfel in Madrid<sup>5</sup> und

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Mattes vermerkte am 31. Mai 1989 zur Sitzung der „Zentralen Verhandlungsgruppe Schengen“ am Vortag in Paris zur Frage der grenzüberschreitenden Nachteile: „Strittig sind: Nachteile für welche Vergehen? Radius und Zulässigkeit exekutiver Maßnahmen.“ Zum Schengener Informationssystem vermerkte er: „Strittig: verpflichtet die Ausschreibung z.B. zur Festnahme durch den ersuchenden MS den ersuchten MS zum Tätigwerden ohne eigenes Prüfungsrecht auf Zulässigkeit der Ausschreibung; falls Prüfungsrecht bejaht wird (so F), muß Prüfungsrecht festgelegt werden; Sitz- und Finanzierungsfrage“. Vgl. Referat E 10, Bd. 270632.

<sup>4</sup> In dem Schreiben vom 15. Juni 1989 an den französischen Staatspräsidenten Mitterrand führte Bundeskanzler Kohl mit Blick auf den zum 1. Januar 1990 vorgesehenen Abbau der Grenzkontrollen aus, wichtig sei die Frage der Verfolgung flüchtiger Straftäter über Staatsgrenzen hinweg: „Von entscheidender Bedeutung scheint mir auch zu sein, daß die offenen Fragen im Zusammenhang mit dem gemeinsamen polizeilichen Informationssystem („Schengener Informationssystem“), das nicht nur der Fahndung nach Straftätern, sondern auch der Durchführung der gemeinsamen Visapolitik dienen soll, einer schnellen, praktikablen Lösung zugeführt werden. Dies gilt um so mehr, als nach Auskunft der Fachleute im Anschluß an eine politische Grundsatzentscheidung noch zwei Jahre für die technische Realisierung dieses im Interesse der Sicherheit der Bürger unserer Staaten so wesentlichen Informationssystems benötigt werden. [...] Unsere Fortschritte in diesem Bereich sind auch von besonderer Bedeutung für die engere polizeiliche Zusammenarbeit im Rahmen der Zwölf, die wir gerade im Blick auf die Vollendung des Binnenmarktes anstreben.“ Vgl. Referat E 10, Bd. 270633.

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.



- um einen Bericht des BMV zum Stand der Überlegungen für eine Verringerung der Bahnpolizei.

Referat E 10, Bd. 270632

148

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl  
und des Bundesministers Genscher mit dem  
stellvertretenden amerikanischen Außenminister Eagleburger  
und dem stellvertretenden Sicherheitsberater Gates**

VS-NfD

25. Mai 1989<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit stv. US-Außenminister Lawrence Eagleburger und stv. Nationalem Sicherheitsberater Robert Gates, Bonn, 25. Mai 1989, 14.15 Uhr–15.45 Uhr

Gesprächsteilnehmer:

Auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher, MD Teltschik, VLR I Dr. Kaestner (Note-taker), Frau Kaltenbach (Dolmetscherin).

Auf amerikanischer Seite: Deputy Secretary of State Eagleburger, Deputy National Security Advisor Gates, Botschafter Walters.

Der *Bundeskanzler* begrüßt die amerikanischen Gäste und umreißt die Besonderheiten des gegenwärtigen Europa-Wahlkampfs<sup>2</sup>: Zu erwarten schlechte Wahlbeteiligung um 50 %, während bei Bundestagswahlen bei uns bis zu 90 % die Regel sind.

Stv. AM *Eagleburger* übermittelt herzliche Grüße von Präsident Bush und übergibt einen Brief in englischer Sprache (vgl. Anlage<sup>3</sup>), der sodann übersetzt wird.

Der *Bundeskanzler* bittet, Präsident Bush seine herzlichen Grüße zu übermitteln – er schätze die persönliche Geste sehr, daß der Präsident ihn durch Sonderbeauftragte vorab unterrichtete.

Die Initiative des Präsidenten<sup>4</sup> halte er für eine ausgezeichnete Idee. Sie sei – wenn auch über Details noch zu sprechen sei – nach seinem ersten Eindruck

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 27. Mai 1989 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, Bundesminister Seiters und Bundeskanzler Kohl „jeweils unmittelbar [...] mit der Bitte um Genehmigung“ vorgelegt. Dazu vermerkte Teltschik: „Ihr Einverständnis voraussetzend, habe ich bereits unmittelbar Herrn Bundesminister Genscher und Herrn Bundesminister Dr. Stoltenberg Doppel zukommen lassen“.

Hat Seiters vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727.

<sup>2</sup> Die Wahlen zum Europäischen Parlament fanden vom 15. bis 18. Juni 1989 statt.

<sup>3</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 23. Mai 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 010, Bd. 178933.

<sup>4</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. auch Dok. 150.

genau das, was er sich wünsche: nämlich, daß die USA psychologisch in die Vorhand kommen.

Er betone und bitte, Präsident Bush wörtlich zu übermitteln, daß es sein Wunsch sei, daß Persönlichkeit und Führerschaft von George Bush im Zusammenhang mit dieser Initiative herauskommen. Dies entspreche seinen freundschaftlichen Gefühlen für den Präsidenten und sei wichtig auch im Hinblick auf die innenpolitische Situation in den USA.

Sehr wichtig sei es aber für die USA als Ganzes: Denn heute herrsche eine psychologische Situation vor, in der alle Welt nach Moskau starre, wo in der Tat Generalsekretär Gorbatschow große Anstrengungen mache. Aber dessen verbale Initiativen seien immer noch wesentlich größer als seine tatsächlichen. Im Medienzeitalter schaue man jedoch eher auf die Nachricht als auf die Tatsachen.

Am Beginn des Briefes stelle der Präsident mit Recht fest, daß in Osteuropa gewaltige Entwicklungen in Gang gekommen seien. Nun gebe es zwei Philosophien, wie man darauf reagieren könne:

- Man könne sich wie im Theater in seinen Sessel setzen, sich zurücklehnen und abwarten, was geschehe – dies sei aber nicht genug.
- Man müsse mit Klugheit und mit Initiative die Entwicklung beschleunigen.

Er habe den Eindruck, daß die Entwicklung sich gerade in den letzten Wochen noch einmal dramatisch beschleunigt habe. Er denke an die Ereignisse in Peking<sup>5</sup>, die der Kreml nicht ohne guten Grund sehr zurückhaltend kommentiere. Er sei überzeugt, daß, wenn es zu Demonstrationen in Moskau komme, der Kreml viel schneller schießen lasse.

Wenn dieser Tage in Peking 100 000 junge Leute auf dem Platz des Himmlichen Friedens demonstrierten – und zwar freiwillig –, so sei dies etwas, was es in dieser Form zum letzten Mal bei Lenin gegeben habe. (Stv. AM *Eagleburger* wirft ein, daß es neulich in Moskau auch mit Jelzin eine ähnlich große Vollversammlung auf freiwilliger Basis gegeben habe.)

Der *Bundeskanzler* fährt fort, was wir heute in Europa – und zwar nicht nur wir Deutschen – brauchten, sei eine deutliche Initiative der NATO, des ersten Mannes der NATO, mit der er Gorbatschow psychologisch packe. Aus Telefongesprächen mit Staatspräsident Mitterrand und Ministerpräsident González wisse er, daß sie die psychologische Situation genauso beurteilten wie er. Wenn also die Initiative des Präsidenten in Brüssel<sup>6</sup> eine „Botschaft“ wird, so finde er dies sehr gut. Er bitte darum, dem Präsidenten auch zu sagen, daß es sein – des Bundeskanzlers – besonderes Interesse sei, daß man sich in der anderen Frage – SNF – noch vor Brüssel, spätestens in Brüssel einige. Überhaupt sei es nicht unser Interesse, daß SNF der zentrale Punkt des Brüsseler Treffens werden.

Der Bundeskanzler bittet sodann um Hinweise, wie der Präsident seine Initiative handhaben werde, insbesondere, wann er sie veröffentlichen wolle.

Stv. Sicherheitsberater *Gates* und stv. AM *Eagleburger* erläutern, daß man alles getan habe, um die Initiative geheimzuhalten. Wenige Leute in Washington wußten darüber Bescheid, und man könne nur hoffen, daß kein Leak entstehe.

<sup>5</sup> Zur Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik China am 20. Mai 1989 vgl. Dok. 145.

<sup>6</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Der Präsident beabsichtige, seine Initiative beim Gipfeltreffen vorzuschlagen und danach zu veröffentlichen. Bisher seien von ihnen – Eagleburger und Gates – PM Frau Thatcher, MP Rocard, MP De Mita unterrichtet worden, anschließend reisten sie zu NATO-GS Wörner nach Brüssel und trafen schließlich mit NL-MP Lubbers zusammen.

Jede der bisher unterrichteten Regierungen habe sich für die Initiative ausgesprochen, jedoch habe sich PM Frau Thatcher ernstlich besorgt wegen der doppelt verwendbaren Flugzeuge gezeigt. Sie habe zwar nicht grundsätzlich abgelehnt, jedoch Fragezeichen gesetzt, ob man sich so schnell bewegen müsse. Man habe ihr geantwortet, daß der Präsident den Vorschlag in Brüssel einbringen und dann im Bündnis zur Diskussion stellen werde.

Der *Bundeskanzler* bittet, dem Präsidenten zu sagen, er möge sich nicht beirren lassen. Mit dem Namen George Bushs müsse in diesem geschichtlichen Abschnitt der Durchbruch gemacht werden! Seinerseits biete er jede Unterstützung an. Dabei müsse er – der Bundeskanzler – nicht in Erscheinung treten, wichtiger sei, daß der Präsident gut herauskomme. Sein Erfolg sei auch für uns sehr gut. Er habe immer wieder den Eindruck, daß man – nicht aus bösem Willen – in USA die psychologische Situation in Kontinentaleuropa nicht immer richtig erfasse. Gewichtige Nachrichten kämen aus Moskau, aus Warschau, aus Budapest, aus Peking – und in den ersten drei Monaten 1989 hätten bereits 1,4 Mio. Besuche aus der DDR bei uns stattgefunden. Die Leute lehnten das Regime immer deutlicher ab. Die Zeit arbeite für uns. In seinen Wahlveranstaltungen bringe er immer wieder den Satz „Die Zeit arbeitet für Ludwig Erhard, nicht für Karl Marx.“ Dies verstünden die Leute. Denn das östliche System sei bankrott. Jelzin sage, daß eine Reform, die die Regale nicht füllen könne, keine Reform sei. Dies sei Kerngedanke Ludwig Erhards: Und der amerikanische Marshallplan<sup>7</sup> habe uns geholfen, ihn zu verwirklichen.

PM Frau Thatcher verstehe dies alles nicht. Auch er – der Bundeskanzler – sei nicht für Vorleistungen. Er kenne das Diktat von München.<sup>8</sup> Diktatur bleibe Diktatur. Man müsse Taten sehen, nicht Propaganda – aber es entwickle sich etwas in Osteuropa.

Deshalb dürfe es nicht so erscheinen, daß der Präsident durch PM Frau Thatcher gehemmt werde. Im übrigen rede auch sie freundlich mit Generalsekretär Gorbatschow, wenn dieser London besuche.<sup>9</sup>

Stv. AM *Eagleburger* erwidert, der Bundeskanzler brauche sich nicht über die Haltung des Präsidenten zu sorgen. Der Präsident werde vorwärtsgehen. Seine Initiative entspringe der Überzeugung des Präsidenten, daß konventionelle Waf-

<sup>7</sup> Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshallplan“ genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

<sup>9</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

fen reduziert werden müßten. Als deshalb Generalsekretär Gorbatschow im Gespräch mit AM Baker<sup>10</sup> seine Vorschläge gemacht habe, habe der Präsident die Chance erkannt, zuzugreifen und die Dinge vorwärtszubringen.

- Man wolle die Sowjets auf ihre Höchststärken-Vorschläge für Panzer und gepanzerte Mannschaftswagen festnageln.
- Man wolle – entgegen der bisherigen Haltung des Westens – Flugzeuge in die Verhandlungen einbringen: Dabei werde die vorgeschlagene 15%ige Verminderung durchzuführen sein, ohne daß man die doppelt verwendbaren Flugzeuge oder die Kampfflugzeuge der ersten Linie (first line fighters) antaste.
- Man wolle sich schließlich auch bei Hubschraubern bewegen, obwohl hier numerische und Definitionsprobleme zu lösen bleiben.
- Man wolle schließlich das besonders bedrohliche Element der sowjetischen Militärmacht – das Personal – erfassen. Bei Verwirklichung der Vorschläge müsse die SU zehnmal so viele Mannschaften abziehen wie die USA.
- Man wolle schließlich durchsetzen, daß das zurückgezogene Material nicht nur hinter den Ural zurückgezogen, sondern zerstört wird. Denn nur dies sei zu verifizieren, nicht aber Truppenbewegungen.

Dieser Vorschlag des Präsidenten müsse, wenn vom Bündnis gebilligt, von der NATO dem Warschauer Pakt als Komplettpaket präsentiert werden: Dieser dürfe sich nicht einige Teile, die ihm gefielen, herauspicken, sondern müsse das ganze Paket annehmen.

Stv. Sicherheitsberater *Gates* ergänzt, der Präsident hoffe sehr, ein entsprechendes Verhandlungspaket in einem Zeitrahmen von sechs bis zwölf Monaten auszuhandeln. Wenn dies dann implementiert werde, habe dies Auswirkungen auf SNF.

Der *Bundeskanzler* wiederholt sein Interesse, auch in der SNF-Frage zu Übereinkommen zu gelangen und noch vor dem Brüsseler Gipfel alle Möglichkeiten zu nutzen.

Für uns Deutsche sei der entscheidende Punkt, daß es nicht annehmbar sei, daß hier der Eindruck entstehe, daß in allen Feldern abgerüstet werde, nur bei den Waffen, die uns unmittelbar betreffen, nicht. Er – der Bundeskanzler – habe die SNF-Debatte nicht begonnen – sie habe uns nur geschadet. Er denke an Äußerungen vor 1 1/2 Jahren, er denke an den Vorschlag, eine Brandmauer bei 500km zu errichten und darüber abzurüsten, darunter aufzurüsten.

Bei gutem Willen auf beiden Seiten müsse es nunmehr möglich sein, Formulierungen zu finden, die verdeutlichen, daß wir auf konventionellem Gebiet vorankommen wollten – und mit dem Vorschlag des Präsidenten sei unsere Lage viel besser –, aber auch darüber, daß man mit dem entsprechenden Fortgang bei der konventionellen Abrüstung auch über den anderen Bereich – SNF – spreche.

Bundesminister *Genscher* fragt, warum der amerikanische Vorschlag bei der Artillerie sich nicht an den NATO-Vorschlag – 16 500 – halte, sondern eine Größe zwischen diesem und dem WP-Vorschlag – 24 000 – anpeile.

<sup>10</sup> Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Baker am 10./11. Mai 1989 in der UdSSR und den sowjetischen Abrüstungsvorschlägen vgl. Dok. 136.

Stv. Sicherheitsberater *Gates* erläutert, hier gehe es wesentlich um Definitionsfragen, etwa ob man Mörser und schwere Panzerabwehrwaffen einschließen wolle – dann komme auch die NATO auf eine höhere Zahl.

Er wolle noch zur Frage der Flugzeuge hinzufügen, daß nach Definition der USA der Warschauer Pakt etwa 9000 Flugzeuge habe, die NATO etwa 5400. Nach dem Vorschlag des Präsidenten müsse die NATO auf 4600 reduzieren, der Warschauer Pakt entsprechend mehr.

Bei Hubschraubern sei es ähnlich: Wenn man Kampfhubschrauber und Kampftansport-hubschrauber einschließe, habe der Warschauer Pakt etwa 3800, die NATO 2600 Stück. Die NATO müsse auf 2200 zurückgehen. Auch in diesem Fall würden die Sowjets einen größeren proportionellen Schnitt vollziehen müssen.

Hinsichtlich der Flugzeuge wiederhole er, daß die doppelt verwendbaren Flugzeuge und die first line fighters herausgehalten werden können. Damit würden essentielle Fähigkeiten des Bündnisses zur Verteidigung geschützt. Demgegenüber werde die große Zahl sowjetischer Abfangjäger (Luftverteidigung) einbezogen.

Der Vorschlag sei von den Joint Chiefs of Staff ausgearbeitet und von VM Cheney und General Galvin indossiert worden.

Was schließlich die Reduzierung der Truppenstärken angehe, so werde dies von einem innenpolitischen Standpunkt gesehen dem Präsidenten ermöglichen, die amerikanische Truppenpräsenz in Europa für einen längeren Zeitraum zuzusagen.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert stv. Sicherheitsberater *Gates*, daß die USA z.Zt. in Europa über 305 000 Mann (BM Genscher wirft ein: in der Bundesrepublik Deutschland 250 000 Mann) verfügten und aufgrund der Bush-Initiative diese Präsenz um 30 000 Mann reduzieren müßten.

Auf weitere Frage BM *Genschers*, wie dies mit der genannten 20%-Verminderung übereinstimme, erläutert *Gates*, von den 305 000 seien etwa 150 000 Kampftrouppen. Stationiert – neben der Bundesrepublik Deutschland – vor allem in Italien und Großbritannien.

Stv. AM *Eagleburger* berichtet aus der Diskussion mit MP Rocard, dieser habe an die „französische Sicht“ hinsichtlich der Flugzeuge erinnert, jedoch nicht insistiert. Möglicherweise könne sich die französische Haltung, wenn man in Paris den Vorschlag weiter analysiere, noch komplizieren.

Auf Frage von BM *Genscher*, wie sich die vorgeschlagenen Reduzierungen mit der in die Wiener Verhandlungen eingeführten Regel über Stationierungsobergrenzen für fremde Truppen<sup>11</sup> verhalte, stellt stv. AM *Eagleburger* klar, daß der Vorschlag des Präsidenten den westlichen Vorschlag in Wien ergänze und erweitere – alle übrigen Elemente des westlichen Vorschlags blieben deshalb in Kraft, insbesondere die Stationierungs- und Suffizienzregel.

BM *Genscher* hält die vom Präsidenten vorgeschlagene Zeittafel für die Reduzierungen für sehr gut – hierin sei der sowjetische Vorschlag gänzlich unbefriedigend.

<sup>11</sup> Vgl. dazu den VKSE-Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989; VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

Der *Bundeskanzler* unterstreicht dies aus den psychologischen Gründen, die er eingangs erläutert habe.

Er verabschiedet seine Gäste mit persönlichem Dank für die Unterrichtung und erneuten Grüßen an Präsident Bush.

**Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727**

## 149

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha

**26. Mai 1989<sup>1</sup>**

Gespräch BM Genscher/AM Pik Botha (Südafrika) am 26. Mai 1989

Weitere Teilnehmer: D3<sup>2</sup>, Dg32<sup>3</sup>, südafrikanischer Geschäftsträger Grobler, Mr. Evans (Büro Botha), Dolmetscherin.

Anlg.: 1<sup>4</sup>

Aus dem einstündigen Gespräch ist folgendes festzuhalten:

1) Die beiden AM erörterten zunächst die politische Lage im Vorfeld des NATO-Gipfels<sup>5</sup>, die gegenwärtige deutsche Position in der EG und im westlichen Bündnis und die Perestroika-Politik der Sowjetunion.

2) Afrika allgemein

Nachdem BM *Genscher* seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben hatte, daß Namibia nunmehr endlich auf der Grundlage von SR 435<sup>6</sup> und des Lösungs-

<sup>1</sup> Eine von Ministerialdirigent Sulimma am 29. Mai 1989 gefertigte Gesprächsaufzeichnung wurde von Bundesminister Genscher am 20. Juni 1989 nicht genehmigt. Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

Am 3. Juli 1989 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke eine überarbeitete Gesprächsaufzeichnung vor. Dazu vermerkte er: „Über D3, 014, 010 mit der Bitte, Zustimmung des BM zu dem geänderten Gesprächsvermerk und seiner Verteilung herbeizuführen (Neuformulierungen auf S. 2 und 5 sind im Original unterstrichen).“ Vgl. Anm. 7 und 13.

Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 3. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Krekeler am 7. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Bundesminister Genscher am 9. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerdts am 10. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Schlagintweit an Sulimma verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Hoffmann am 10. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit am 11. Juli 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Braun am 12. Juli 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 320, Bd. 156011.

<sup>2</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>3</sup> Hans-Günter Sulimma.

<sup>4</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

<sup>5</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

Am 16. Februar 1989 beschloß der VN-Sicherheitsrat einstimmig, die Resolution Nr. 435 nunmehr zu implementieren. Vgl. dazu die Resolution Nr. 632; RESOLUTIONS AND DECISIONS 1989, S. 3.

plans der VN in die international anerkannte Unabhängigkeit entlassen würde<sup>7</sup>, erläuterte AM *Botha* seinerseits seine Eindrücke aus dem dreistündigen Gespräch mit dem sowjetischen Vize-AM Adamischin in Maputo. Er erwähnte unter anderem, Adamischin hätte sofort die Frage der finanziellen Schwierigkeiten der Sowjetunion aufgeworfen; die sowjetische Afrikapolitik werde auch durch die negativen Erfahrungen in Afghanistan bestimmt. Adamischin, der von der südafrikanischen Regierung im Hubschrauber über Johannesburg geflogen worden war, hätte gesagt, er habe dabei in 90 Minuten mehr gelernt als aus tausend Berichten. Am 28.4.1989 habe AM *Botha* einen großen Empfang für die Joint Commission<sup>8</sup> gegeben. Der sowjetische Vertreter, Botschafter Ustinow, sei bei diesem Anlaß in seinem Hause gewesen. Dabei habe *Botha* Botschafter Ustinow gefragt, warum die Sowjetunion die Gewaltpolitik des ANC unterstütze. Dieser habe jede Unterstützung von Gewalt seitens des ANC abgestritten. Er habe ihm gesagt, daß Südafrika sofort bereit sei, mit dem ANC zu sprechen, wenn dieser auf Gewalt verzichte. Dann könne auch Nelson Mandela freigelassen werden.

### 3) Namibia

AM *Botha*: Er sei wegen der Aktion der SWAPO Anfang April 1989<sup>9</sup> sehr besorgt gewesen (very worried). Die SWAPO mache es der südafrikanischen Regierung in ihrem eigenen Lande schwer. Die konservative Partei habe ihn wegen der SWAPO-Invasion schon angegriffen, da seine Namibia-Politik nach Ansicht dieser Partei nicht vorsichtig genug sei.

Das Verhalten der SWAPO hätte Einfluß auf das Denken der Weißen in Namibia. Südafrika wolle so viele Weiße wie möglich in Afrika halten. Im Norden Namibias habe es bei den Farmern echte Ängste gegeben. Es habe auch eine Zeit gegeben, in der die Farmer dort eine richtige kleine Armee bildeten, die sich bereithielt, auf einen Angriff der SWAPO zu reagieren. Nicht alle SWAPO-Kämpfer seien nach Angola zurückgekehrt.

Etwa 150 seien zurückgeblieben. Nach südafrikanischer Ansicht kann dieses Problem aber von der Polizei gelöst werden. AM *Botha* sprach gegenüber BM Genscher folgende Bitte um Hilfe aus: Südafrika habe Informationen, wonach „some elements of SWAPO“ im Verlaufe des Monats Juni wieder angreifen wollten. Die südafrikanische Regierung befürchtet, daß die SWAPO wieder in Namibia eindringt, sobald die südafrikanischen Truppen auf die vorgesehene Stärke von 1500 Mann reduziert seien und diese sich in Basen, die von der UNTAG kontrolliert werden, aufhielten. Die Bundesregierung könnte auf die SWAPO einwirken, damit diese eine solche Absicht nicht ausführt.

<sup>7</sup> Der Passus „Nachdem BM Genscher ... Unabhängigkeit entlassen würde“ wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

In der am 29. Mai 1989 gefertigten ersten Fassung der Gesprächsaufzeichnung lautete er: „Nachdem BM Genscher der südafrikanischen Regierung seine Anerkennung für ihre Namibia-Politik ausgesprochen hatte“. Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

<sup>8</sup> Das Protokoll vom 13. Dezember 1988 über die Verhandlungen zwischen Angola, Kuba und Südafrika (Protokoll von Brazzaville) sah die Einsetzung eines Gemeinsamen Ausschusses vor, an dem die USA und die UdSSR als Beobachter teilnehmen sollten. Die dritte Sitzung der „Joint Monitoring Commission“ fand vom 27. bis 29. April 1989 in Kapstadt statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 120/121 des Botschafters Stabreit, Kapstadt, vom 2. Mai 1989; Referat 320, Bd. 156021.

<sup>9</sup> Zu den Kampfhandlungen im Norden Namibias Anfang April 1989 vgl. Dok. 97, Anm. 22.

Zu der Frage, warum die SWAPO-Kämpfer Anfang April 1989 in den Norden Namibias eingedrungen sind, legte AM Botha folgendes dar: Kaunda habe der südafrikanischen Regierung gesagt, Mugabe hätte der SWAPO den Rat gegeben, in Namibia einzurücken. Die SWAPO habe geglaubt, bei einem Erfolg als Held dazustehen. Als Propaganda-Idee sei diese Überlegung auch nicht schlecht.

Südafrika habe vor dem 1. April 1989 keine direkte Information über das bevorstehende Eindringen der SWAPO gehabt, jedoch wäre man durch größere Truppenansammlungen auf der angolanischen Seite der Grenze gewarnt gewesen.

Abgesehen von der südafrikanischen Sorge hinsichtlich eines erneuten Eindringens der SWAPO nach Namibia sei alles auf gutem Wege. Wichtig sei aber die Finanzierung des Landes bis zur Unabhängigkeit. Südafrika habe nicht das Geld, um alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Vor allem müsse bei Ruacana im Ovambo-Land die Wasserversorgung sichergestellt werden. Teile des Pumpsystems seien im Krieg zerstört worden.

Das sei eine humanitäre Frage. Das Wasser komme allen, auch den Angehörigen der SWAPO, zugute.

Ferner hätte Namibia einen überaus hohen Finanzbedarf beim Unterhalt von Kliniken und im Erziehungswesen. AM Botha bat die Bundesregierung zu prüfen, ob sie nicht schon vor Unabhängigkeit des Landes finanzielle Hilfe an Namibia leisten könne. Für die südafrikanische Regierung sei es innenpolitisch nicht zu vertreten, jetzt noch Garantien für weitere Kreditaufnahmen zugunsten Namibias zu gewähren. Seine Regierung werde schon jetzt mit dem Argument angegriffen, sie gebe Geld aus für eine zukünftige SWAPO-Regierung in Namibia.

BM Genscher entgegnete, die Bundesregierung würde diese Frage „prüfen“ („we will look into the matter“).

AM Botha erwähnte dann, daß es eine neue Studie über die voraussichtlichen Wahlergebnisse vom November 1989<sup>10</sup> gäbe. Danach werde SWAPO 40 % der Stimmen erhalten, die DTA 28 %, Kalangula 12 %, SWAPO-D (Shipanga) 6 %. Dies sei eine für Südafrika sehr interessante Studie.

BM Genscher brachte den Gedanken eines Treffens AM Botha/SWAPO-Präsident Nujoma zur Sprache.

AM Botha betonte, daß die beiden ersten Treffen zwischen Botschafter Retief und Nujoma (in Bonn und Frankfurt<sup>11</sup>) sehr gut gewesen seien.

Hinsichtlich einer Begegnung von ihm selbst mit Nujoma sagte er: Nachdem die Frage des Eindringens der SWAPO im Norden Namibias nun gelöst sei, müsse

<sup>10</sup> Zu den geplanten Wahlen in Namibia vgl. Dok. 45, Anm. 16.

<sup>11</sup> In der Presse wurde berichtet, am Rande seines Besuchs vom 28. Februar bis 3. März 1989 in der Bundesrepublik sei der Präsident der SWAPO, Nujoma, am 3. März 1989 im Gästehaus des Auswärtigen Amts mit dem südafrikanischen Botschafter Retief zusammengetroffen. Vgl. dazu den Artikel „Geheimgespräch bei Nacht“; DER SPIEGEL, Nr. 11 vom 13. März 1989, S. 6. Zum Besuch vgl. Dok. 46, Anm. 24. Ein weiteres Gespräch fand am 17. März 1989 auf Vermittlung von Ministerialdirigent Sulimma am Frankfurter Flughafen statt. Sulimma vermerkte dazu am 20. März 1989 Informationen von Retief vom selben Tag. Nujoma habe sich zu einem Gespräch mit dem südafrikanischen Außenminister Botha zu jeder Zeit und an jedem Ort bereit erklärt: „Die Vorbereitung eines solchen Treffens sollte wie bisher ‚über Genscher und sein Außenministerium‘ laufen.“ Erörtert worden seien die Frage von Walvis Bay sowie die Lage der Parteien in Namibia. Vgl. Referat 320, Bd. 155884.



bis zu einer solchen Begegnung noch etwas Zeit vergehen. Sollte sich trotz südafrikanischer Befürchtungen im Juni 1989 seitens der SWAPO nichts Negatives ereignen, dann könne man weitersehen.

Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Sorge, daß die SWAPO das Problem Walvis Bay<sup>12</sup> politisch thematisieren könnte.

BM *Genscher* wies darauf hin, daß AM *Botha* alle diese Punkte mit Nujoma besprechen sollte.

#### 4) Mosambik

AM *Botha* führte aus, er arbeite zur Zeit an zwei Fragen, die sich auf Mosambik beziehen:

- Wie kann der Bürgerkrieg in diesem Lande beendet werden?
- Wie kann das Geld für die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Komatipoort und Maputo beschafft werden? Wenn diese Verbindung wieder funktioniere, seien private Geldgeber in Südafrika bereit, in die Tourismusindustrie Mosambiks zu investieren.

#### 5) Südafrika

BM *Genscher* legte Grundpositionen der Südafrikapolitik der Bundesregierung – Entbannung der Organisationen der nichtweißen Bevölkerung, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Einleitung eines nationalen Dialogs, bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller übrigen politischen Gefangenen – dar.<sup>13</sup> AM *Botha* antwortete: Es müsse ein Weg gefunden werden, Nelson Mandela in die Freiheit zu entlassen. Wichtigstes Hindernis sei die Befürchtung, daß es „large scale demonstrations“ geben werde, sobald Mandela frei sei. Dann würde die südafrikanische Regierung in große Schwierigkeit geraten.

Seine Regierung spreche aber mit Mandela.

Die neue Regierung des Landes werde dem Problem Mandela Vorrang (priority) geben. Vor den Wahlen im September 1989<sup>14</sup> sei es aber schwer, etwas zu tun.

Wie viele Stimmen die Rechte in den Wahlen erhalten werde, sei schwer vorherzusehen: Umfragen sprächen von 25–30 %. Er hoffe, daß es weniger würden. Nach den Wahlen müßte man den Group Areas Act und den Population Registration Act, die zwei letzten wichtigen Apartheid-Gesetze, angehen.

<sup>12</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke erläuterte am 18. Oktober 1988, Südafrika betrachte Walvis Bay als Teil seines Staatsgebiets. Die Resolution Nr. 432 des VN-Sicherheitsrats vom 27. Juli 1978 fordere dagegen die „Reintegration“ von Walvis Bay in das Gebiet Namibias: „Die Walvis-Bay-Frage wurde bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias (VN-Lösungsplan) ausgeklammert, um diesen Prozeß nicht mit einer zusätzlichen Problematik zu belasten. Im Ergebnis bedeutet dies, daß die Walvis-Bay-Frage eine Angelegenheit ist, die von einem unabhängigen Namibia und Südafrika geregelt werden muß.“ Die SWAPO vertrete den Standpunkt, „daß Walvis Bay integraler Bestandteil Namibias sei und Südafrika dieses Territorium illegal annektiert habe und völkerrechtswidrig besetzt halte“. Nöldeke legte weiter dar, Walvis Bay habe „politisch, vor allem aber verkehrsgeographisch und wirtschaftlich eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung eines unabhängigen Namibia“. Vgl. Referat 320, Bd. 155774.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.

In der am 29. Mai 1989 gefertigten ersten Fassung der Gesprächsaufzeichnung lautete der Passus: „Auf Frage von BM *Genscher* führte AM *Botha* aus: Es müsse...“ Vgl. Referat 320, Bd. 156011.

<sup>14</sup> Zur Ankündigung von Wahlen in Südafrika vgl. Dok. 46, Anm. 21.

BM *Genscher* kam auf unsere Sorgen hinsichtlich der Disclosure of Foreign Funding Bill<sup>15</sup> zu sprechen.

AM *Botha* versicherte BM *Genscher*, daß die westlichen Regierungen nichts zu befürchten hätten.

Auf Initiative von BM *Genscher* einigten sich die beiden AM, daß BM *Genscher* an AM *Botha* persönlich herantritt, wenn es Beschwerden bei der Durchführung des Disclosure of Foreign Funding Bill gibt. AM *Botha* wird sich dann um das Problem kümmern.

AM *Botha* kam schließlich noch auf die Einführung der Visumspflicht für süd-afrikanische Staatsbürger<sup>16</sup> zu sprechen.

Er bemerkte, daß die Bundesrepublik eine solche Visumspflicht eingeführt habe, nachdem Südafrika in Sachen Visa für Deutsche seit zwei Jahren Erleichterungen vorsehe. BM *Genscher* verwies auf unsere Verpflichtungen aus dem Schengener Abkommen<sup>17</sup>.

AM *Botha* wies auf Probleme bei der Durchführung der Visaerteilung hin. Mit dem bestehenden Personal könnten die deutschen Vertretungen in Südafrika die Arbeit nicht bewältigen.

Es bildeten sich bei Konsulaten lange Warteschlangen. Es sei zu befürchten, daß die Opposition in Südafrika und die Presse sich dieses Themas annähmen. Das sollte man verhindern. Die Bundesregierung sollte auch berücksichtigen, daß auch die schwarzen Südafrikaner solche Visa benötigen.

**Referat 320, Bd. 156011**

<sup>15</sup> Vortragender Legationsrat Hiller vermerkte am 19. April 1989: „Trotz einiger substantieller Änderungen am ursprünglichen Gesetzestext besteht bei der am 6.3.1989 vom südafrikanischen Parlament verabschiedeten und von Präsident Botha am 16.3.1989 unterzeichneten, jedoch noch nicht im Regierungsanzeiger veröffentlichten ‚Disclosure of Foreign Funding Bill‘ weiterhin die Gefahr, daß die südafrikanische Regierung durch willkürliche Anwendung des Gesetzes die Finanzierung der Anti-Apartheid-Organisationen aus dem Ausland fast vollständig zum Erliegen bringen kann.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155989.

Am 22. September 1989 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke fest, „daß die südafrikanische Regierung am 18. August 1989 den ‚Disclosure of Foreign Funding Act‘ in Kraft gesetzt und bereits gegenüber einigen Instituten Maßnahmen eingeleitet hat, um deren Aktivitäten zu kontrollieren“. Vgl. Referat 320, Bd. 155989.

<sup>16</sup> Vgl. dazu die Siebzehnte Verordnung vom 3. Mai 1989 zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes vom 28. April 1965; BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil I, S. 881.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Abkommen von Schengen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81.

## 150

**Aufzeichnung des Botschafters Holik****221-376.00 VS-NfD****26. Mai 1989<sup>1</sup>**Über Herrn Staatssekretär<sup>2</sup> Herrn Bundesminister<sup>3</sup>

Zeitpunkt der Vorlage: sofort

Betr.: Bushs Initiative für einen VKSE-Verhandlungsschritt des Westens<sup>4</sup>Anlg.: 1<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und zur Billigung des beiliegenden Gesprächsführungsvorschlags

I. Präsident Bush hat vorgeschlagen, der Westen solle in Wien einen Verhandlungsschritt unternehmen, der vorsieht:

- „Einstecken“ von Gorbatschows Zustimmung zu den vom Westen vorgeschlagenen Höchststärken für Kampfpanzer (20 000) und Infanteriekampffahrzeuge (28 000) sowie Einigung auf Höchststärke für Artillerie bei Niveau zwischen Vorschlägen des Westens (16 500) und Ostens (24 000) nach Einigung über Definition. Alle Waffen, die zur Erreichung der Höchststärken zu reduzieren sind, sind zu vernichten.
- Einbeziehung von Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern in den westlichen Vorschlag, und zwar:
  - Herstellung gleicher Obergrenzen 15 % unter derzeitigem NATO-Niveau,
  - Erfassung aller landgestützter Kampfflugzeuge, keine Differenzierung nach Rollen (d. h. Einbeziehung auch aller „Verteidigungsflugzeuge“, die der Osten ausschließen will),
  - Zerstörung der zu reduzierenden Flugzeuge und Hubschrauber.
- Gleiche Obergrenzen von 275 000 für Personal der Land- und Luftstreitkräfte der USA und der SU, das in Europa außerhalb des eigenen Territoriums stationiert ist. Das bedeute: 20 % Reduzierung für die USA und Abzug von 325 000 Mann der Sowjetarmee aus den NSWP-Staaten.
- Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Ziel eines Ergebnisses in sechs bis zwölf Monaten sowie Vollzug der Reduzierungen bis 1992/1993.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Buerstedde und Vortragendem Legationsrat Gruber konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 26. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 23. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Buerstedde verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hat BM vorgelegen.“  
Hat Vortragendem Legationsrat Krekeler vorgelegen.

Hat Buerstedde am 28. Juni 1989 erneut vorgelegen.

<sup>4</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. auch Dok. 148.

<sup>5</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Gesprächsführungsvorschlag vgl. Referat 221, Bd. 144804.

## II. Zur Bewertung

1) Präsident Bushs Initiative ist von außerordentlicher Bedeutung:

- für den Zusammenhalt des Bündnisses und zur Demonstration seiner Handlungsfähigkeit,
- für eine Lösung des SNF-Problems,
- für ein rasches Verhandlungsergebnis bei VKSE.

Bush beweist mit diesem Vorschlag Führungskraft im Bündnis. Er könnte damit auch seine Kritiker widerlegen, die ihm Mangel an Entschlußfreude und eigener konzeptioneller Phantasie vorwerfen.

2) Für die Konstellation innerhalb des Bündnisses könnten sich Folgerungen ergeben. Zwischen den USA und der BR Deutschland wird eine Interessen-Übereinstimmung hinsichtlich VKSE sichtbar, während sich die Möglichkeit von Unterschieden zwischen den USA einerseits und F und GB andererseits auf tut: Ob Bushs Vorschlag beim NATO-Gipfel<sup>6</sup> Unterstützung findet, hängt vor allem von F und GB ab. Besonders F hat sich bisher gegen die Einbeziehung von Flugzeugen bei VKSE gesträubt.

3) Die Initiative bei VKSE könnte auch dazu beitragen, eine Lösung der SNF-Frage im Bündnis zu erleichtern. Durch die außerordentliche Beschleunigung des Fahrplans der Verhandlungen und der Implementierung eines VKSE-Ergebnisses könnte die Diskussion über den Zeitpunkt des Beginns von SNF-Verhandlungen und -Reduzierungen entschärft werden.

4) Bushs Vorschlag bringt Dynamik in die Verhandlung über konventionelle Streitkräfte in Europa und eröffnet für sie eine realistische Chance für ein rasches Verhandlungsergebnis. Andererseits werfen die neuen Vorschläge eine Menge neuer Substanzfragen auf, die in den Verhandlungen bewältigt werden müssen und die im Bündnis noch nicht genügend konzeptionell geklärt sind: Höchststärken für Personal, Limitierung von Flugzeugen und Hubschraubern und die in diesem Zusammenhang zu lösenden Probleme der Nicht-Umgehung.

Jetzt gilt es, in Wien die sowjetischen Konzessionen „einzustecken“ und gleichzeitig im Bündnis die Positionen zu Flugzeugen, Hubschraubern und Personal im einzelnen auszuarbeiten.

a) Die Sowjets erklärten bei VKSE zu ihrem Kernanliegen, auch „Angriffsflugzeuge“ zu erfassen. Als Ergebnis eines innerwestlichen Tauziehens sieht die westliche Verhandlungsposition vor, zu Kampfflugzeugen in einer Anfangsphase keine eigenen Vorschläge vorzulegen.

Der amerikanische Vorschlag ist also ein wichtiger Schritt auf die Sowjets zu. Er wahrt jedoch zugleich die westlichen Interessen und verlangt von den Sowjets ein erhebliches weiteres Entgegenkommen. Denn er weist die von den Sowjets geforderte ausschließliche Erfassung von „Angriffsflugzeugen“ (d.h. Jagdbomber) zurück und verlangt dagegen Höchststärken für alle Kampfflugzeuge. Nach HLTF-Daten verfügt die NATO derzeit über 5289 Kampfflugzeuge (inkl. 660 „Trainer“), der WP über 8659 (inkl. 1450 „Trainer“).

<sup>6</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Eine Obergrenze bei 85 % des derzeitigen NATO-Bestands läge demnach bei 4500 Kampfflugzeugen (nach US-Zahlen bei 4600). Der Westen müßte 789, der Osten 4159 Flugzeuge reduzieren.

Wichtig sind zwei weitere Aspekte bei der Einbeziehung von Flugzeugen:

- Die USA wollen vorschlagen, daß alle zu reduzierenden Flugzeuge zerstört werden müssen. Durch diese Bestimmung ließe sich verhindern, daß die SU einen Flugzeug-Ceiling in Europa durch die Verlegung der Flugzeuge ostwärts des Urals umginge. Das Problem der kurzfristigen Zuführung von Flugzeugen von außerhalb in das Anwendungsgebiet wäre dadurch zwar noch nicht gelöst. Dieses Problem stellt sich jedoch für den Osten genauso wie für den Westen.
- Der Bush-Brief<sup>7</sup> sagt nichts über regionale Teil-Höchststärken für Flugzeuge aus. Diese würden angesichts der Mobilität von Flugzeugen auch keinen Sinn machen. Europaweite Obergrenzen entsprächen auch unseren Interessen. Bündnisweite Höchststärken könnten andererseits für Frankreich, das ohnehin gegen die Erfassung von Flugzeugen ist, einen zusätzlichen doktrinen Grund geben, Einwände zu machen.

b) Bei Hubschraubern wollen die USA sog. Angriffs- und Kampf-/Transport-Hubschrauber erfassen.

Der Westen hat 2611 derartige Kampfhubschrauber, der Osten 3660. Den USA schwebt eine Obergrenze von 2200 Kampfhubschraubern vor. Ausgeschlossen wären demnach Hubschrauber in Ausbildungseinheiten.

Unter Zugrundelegung der amerikanischen Definition müßte der Westen ca. 400, der Osten 1460 Kampfhubschrauber abziehen.

Auch bei Hubschraubern haben wir aus deutscher Sicht kein Interesse an regionalen Zwischenobergrenzen.

c) Die gleichen Obergrenzen für amerikanisches und stationiertes sowjetisches Personal sind offenkundig stark durch inneramerikanische Überlegungen motiviert: Bush kann damit dem Kongreß zeigen, daß VKSE auch zu signifikanten Abzügen amerikanischer Truppen aus Europa und damit zu Einsparungen im Haushalt führen. Aus europäischer Sicht wäre eine Höchststärke für das amerikanische Personal in Europa bedeutsam, da ein Ceiling zugleich auch als ein „Floor“ verkauft werden könnte.

Der amerikanische Vorschlag wird für die SU nicht attraktiv sein: Er verlangt – nach dem von Gorbatschow angekündigten Abzug von 50 000 aus den NSWP-Staaten<sup>8</sup> – einen weiteren Abzug von ca. 260 000 aus Mittel- und Osteuropa. Die USA würden dagegen nur 30–50 000 Mann aus Europa abziehen.

In den bisherigen VKSE-Vorschlag des Westens<sup>9</sup>, der durchgängig auf dem Konzept kollektiver Obergrenzen aufbaut, bringt der amerikanische Vorschlag ein

<sup>7</sup> Für das Schreiben des amerikanischen Präsidenten Bush vom 23. Mai 1989 an Bundeskanzler Kohl vgl. Referat 010, Bd. 178933.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kündigte am 7. Dezember 1988 in New York einseitige Reduzierungen der sowjetischen konventionellen Streitkräfte innerhalb von zwei Jahren an. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 23–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, II, Dok. 359.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des VKSE-Vorschlags der NATO-Mitgliedstaaten vom 9. März 1989 vgl. VERTRAG ÜBER KONVENTIONELLE STREITKRÄFTE, S. 471–475.

stark<sup>10</sup> auf den Bilateralismus der beiden Großmächte abstellendes Element hinein. Dadurch kommt ein Bruch in den westlichen Vorschlag hinein. Der Osten kann fragen: Wieso kollektive Gesamt-Obergrenzen und wieso eine kollektive Stationierungsregel nur für Waffen? Wieso keine Limitierung einheimischen Personals? Wieso nur Limitierung amerikanischen, nicht auch des anderen stationierten westlichen Personals (insgesamt – USA, GB, F, NL, B und CDN – auf westlicher Seite 480 000 stationiertes Personal)?

Nicht klar ist, wie die Zahlen des amerikanischen Vorschlags zustande kommen. Nach HLTF-Unterlagen haben die USA ca. 306 000 Personal in ihren Land- und Luftstreitkräften in Europa. Bei 20 % Reduzierung müßte der Ceiling bei ca. 245 000 Mann liegen. Bush schlägt jedoch einen Ceiling von 275 000 Mann vor. Vielleicht erklärt sich die Diskrepanz dadurch, daß die USA bei den HLTF-Daten das Personal rein nuklearer Einheiten (z.B. GLCM- und Pershing-Einheiten) nicht mitzählten, es jetzt aber tun.

III. Für die Stellungnahme zu Bushs Vorschlag während des NATO-Gipfeltreffens liegt ein Gesprächsführungsvorschlag bei.

Holik

Referat 221, Bd. 144804

## 151

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert

213-503.43 SOW

26. Mai 1989<sup>1</sup>

Über Dg 21<sup>2</sup>, D 2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister<sup>5</sup>

Betr.: Rehabilitierung von Deutschen, die in der Nachkriegszeit willkürlich  
und summarisch von sowjetischen Gerichten verurteilt wurden;  
hier: Aufnahme von Gesprächen mit der sowjetischen Seite

Bezug: Weisung aus D-Runde vom 23.5.89

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Zustimmung zu Ziff. 5

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „starkes“.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert und Legationsrat I. Klasse Grunenberg konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Höynck am 26. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Kastrup am 26. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 30. Mai 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 16. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf von Bundesminister Genscher über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Kastrup am Vortragenden Legationsrat I. Klasse Neubert verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 19. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Kastrup am 19. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Neubert erneut vorgelegen.

1) Es häufen sich Anfragen, die die Rehabilitierung von in der Nachkriegszeit von der Sowjetunion verurteilten Deutschen verlangen. Eine entsprechende Frage kam durch den Abgeordneten von Schmude (10.5.1989<sup>6</sup>) auch aus der Mitte des Bundestages. Wir benötigen eine abgestimmte Haltung, wie und von wem diese Briefe zu beantworten sind. Dabei handelt es sich um:

- a) deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, die dort summarisch zu 20 oder 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden, und
- b) deutsche Zivilpersonen, die aus politischen Gründen entweder von sowjetischen Militärgerichten noch in der SBZ verurteilt wurden und dann entweder dort oder in der Sowjetunion einsaßen, oder um Deutsche, die in die Sowjetunion verschleppt und dort verurteilt wurden.

Viele wurden 1955 bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der SU<sup>7</sup> entlassen, nicht jedoch „rehabilitiert“.

2) Die Einsender verlangen immer häufiger, daß sich die Bundesregierung aktiv für die Rehabilitierung dieser Personen gegenüber der sowjetischen Seite einsetzt. Bislang haben wir in den Antworten (Referate 213, 503 und 511) die Position vertreten, daß es unter Berücksichtigung der Vergangenheit noch nicht opportun sei, das Thema mit der sowjetischen Regierung aufzunehmen.

Die bislang ausgesprochenen politischen und juristischen Rehabilitierungen in der SU beschränken sich auf sowjetische Opfer der Stalinzeit und sehen eine materielle Entschädigung nicht vor.

Einen weitergehenden Ansatz verfolgt ein Beschluß des ZK der KPdSU vom Januar 1989. Darin wird der Oberste Sowjet aufgefordert, durch Gesetz die außergerichtlichen Urteile aufzuheben, die in den 30er bis 50er Jahren durch die zu dieser Zeit tätigen „Troiki“ und „Sonderkonferenzen“ gefällt wurden. Ausdrücklich ausgeschlossen von einer solchen Rehabilitierung sollen u. a. „Vaterlandsverräter“, „Nazi-Verbrecher“ und „Angehörige nationalistischer Banden und Gruppierungen“ sein.

Eine Diskussion über Opfer anderer Staaten (Katyn, Finnland) kommt erst allmählich in Gang. In Ungarn bemühen sich von den Maßnahmen betroffene Kriegsteilnehmer aufgrund des ZK-Beschlusses vom Anfang des Jahres darum, offizielle Stellen des eigenen Landes auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen.

Es wird schwierig sein, sowjetische staatliche Stellen jetzt für deutsche Opfer zu interessieren, zumal der deutsche Überfall auf die Sowjetunion noch nicht vergessen und im sowjetischen Bewußtsein Auslöser der später erfolgten Vergeltungsmaßnahmen gegen die Deutschen ist. Angesichts der intensiven Rehabilitierungsdiskussion in der SU selbst können wir jedoch die betroffenen Deutschen, die sich immer zahlreicher an die Bundesregierung wenden, nicht mehr mit nur wohlwollend-dilatorischen Antworten abweisen.

3) Da das Thema Rehabilitierung durch die Entwicklung in der SU selbst jetzt auch bei uns – und damit im bilateralen Verhältnis – aktuell geworden ist und eine relativ breite Gruppe unserer Öffentlichkeit direkt (Kriegsgefangene, Ver-

<sup>6</sup> Für die Fragen des CDU-Abgeordneten von Schmude, die am 10. Mai 1989 schriftlich beantwortet wurden, vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 142. Sitzung, S. 10532 f.

<sup>7</sup> Während des Besuchs von Bundeskanzler Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR nahmen beide Staaten am 13. September 1955 diplomatische Beziehungen auf. Für die deutschen und russischen Gesprächsaufzeichnungen vgl. VIZIT KANCLERA ADENAUERA, S. 48–184.

urteilte) oder indirekt (Angehörige) betrifft, muß es das Interesse der Bundesregierung sein, mit der sowjetischen Seite einen Weg zu finden, auf dem diese Frage mit der gebührenden Nüchternheit und in Respekt vor allen Opfern der Vergangenheit erörtert und schließlich einer Lösung nähergebracht werden kann. Unsere Aufgabe wird zunächst sein, der sowjetischen Seite deutlich zu machen, daß es auch in ihrem eigenen Interesse ist, gemeinsam nach Wegen aus dieser politisch, juristisch und menschlich empfindlichen Situation zu suchen. Dies wird bei den politischen Repressionsmaßnahmen in der damaligen SBZ (z.B. Fall Esch) möglicherweise leichter sein als bei den Kriegsgefangenen.

4) D2 sprach während der deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen (6./7.4.1989) das Thema erstmals gegenüber der sowjetischen Seite anhand eines exemplarischen Falles an<sup>8</sup> (Arno Esch: seit Juni 1946 Mitglied der Liberaldemokratischen Partei in der SBZ; 1949 verhaftet; 1950 in Schwerin durch das sowjetische Militärtribunal zum Tode verurteilt; 1951 in der SU verstorben). Er bat darum, bei Gelegenheit die sowjetischen Gedanken dazu mitteilen zu lassen und auch Außenminister Schewardnadse auf das Problem aufmerksam zu machen, da der Bundesminister ggf. die Frage aufnehmen werde. Bondarenko sagte Prüfung zu und widersprach nicht unserer Auffassung, daß hierüber gesprochen werden solle.

##### 5) Vorschlag

a) Sie sollten Thema gegenüber AM Schewardnadse ansprechen.

b) Je nach der sowjetischen Reaktion bei den bevorstehenden Gesprächen mit AM Schewardnadse und GS Gorbatschow<sup>9</sup> könnten Sie vorschlagen, daß die bilaterale Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen das Thema weiter behandeln soll.

c) Jetzt ist zunächst Entscheidung über unsere Antwort auf Zuschriften erforderlich:

- Im Einvernehmen mit Abt. 5 wird Ref. 213 die Zuschriften beantworten, solange die Rehabilitierung Gegenstand politischer Erörterung mit der SU ist und nicht konkrete juristische Detailfragen zu behandeln sind.
- Dem Stand der Entwicklung gemäß sollten wir von der bisherigen Haltung („nicht opportun“) abgehen und sagen, daß „die Bundesregierung bemüht ist, einen Weg zu finden, wie dem Anliegen einer Rehabilitierung am besten gedient werden kann“.<sup>10</sup>

6) Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß sich nach einer Rehabilitierung die Betroffenen die Frage nach der materiellen Wiedergutmachung für den Willkürcharakter der ursprünglichen Urteile und Maßnahmen stellen könnten.

<sup>8</sup> In dem Gespräch führte Ministerialdirektor Kastrup aus, „er wolle klarstellen, daß es nicht um Geld oder Entschädigungen gehe, sondern um die moralische Kategorie der Rehabilitierung. [...] Er wolle dieses Thema jetzt nicht vertiefen, sondern es nur mit gebührendem Respekt und in Kenntnis der innersowjetischen Schwierigkeiten anschneiden.“ Der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, erklärte, er werde die Anfrage „an die kompetenten Organe weiterleiten“, bat jedoch um Verständnis dafür, „wenn nicht allzubald eine Antwort erfolgen werde. Unser Anliegen verdiene zweifellos Beachtung. [...] Es handele sich um Menschenschicksale. Die gesamte sowjetische Öffentlichkeit setze sich für die Rehabilitierungen ein; es handele sich hier um eines der wichtigsten Elemente der Perestroika.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147204.

<sup>9</sup> Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>10</sup> Der Passus „daß „die Bundesregierung ... gedient werden kann““ wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!“.



Der bundesdeutsche<sup>11</sup> Gesetzgeber hat durch die Kriegsereignisse bedingte Entschädigungsansprüche anerkannt, die auch dem hier genannten Personenkreis zugute kommen:

- Nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz<sup>12</sup> erhalten ehemalige deutsche Kriegsgefangene Entschädigungsleistungen für Zeiten erlittener Kriegsgefangenschaft. Eine mögliche Rehabilitierung hätte auf diese Leistungen keinen Einfluß, da es für ihre Gewährung ohne Belang ist, ob das Festhalten rechtmäßig oder willkürlich erfolgte. Andererseits sieht das Gesetz auch keine Sonderleistungen im Sinne einer Wiedergutmachung sowjetischer Willkürmaßnahmen vor.
- Das Häftlingshilfegesetz<sup>13</sup> ermöglicht die Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung gemäß der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes<sup>14</sup> und gewährt nach der Dauer des Gewahrsams gestaffelte Eingliederungshilfen. Entsprechende Ansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland sind damit abgegolten.
- Lastenausgleich wird aufgrund der Vertriebenen- oder Aussiedlereigenschaft gewährt. Eine mögliche Rehabilitierung hätte deshalb keinen Einfluß auf bestehende oder erfüllte Ansprüche nach dem Lastenausgleichsgesetz<sup>15</sup>.

Ein völkerrechtlicher Entschädigungsanspruch ist denkbar, wenn Personen summarisch und ohne Grund zu Haft oder Zwangsarbeit verurteilt werden und innerstaatliche Rechtsbehelfe nicht zur Verfügung stehen. Es besteht aber keine Aussicht, daß die SU solche Ansprüche auf Schadensersatz anerkennt. Die Bundesregierung ist zwar grundsätzlich verpflichtet, Deutschen diplomatisch-konsularische Hilfe zu leisten, wenn sie Ansprüche gegen ausländische Regierungen nicht durchsetzen können. Sie hat hierbei aber einen weiten Ermessensspielraum. Sie kann außenpolitischen Gesichtspunkten Vorrang geben und die Aussichtslosigkeit eines Verlangens berücksichtigen.

Die Frage ist deshalb, ob es angesichts der potentiellen Wiedergutmachungsansprüche der ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches überhaupt in unserem Interesse ist, Fragen der materiellen Wiedergutmachung gegenüber der UdSSR aufzuwerfen. Mittelfristig dürften Opportunitätsgründe dies ausschließen.

Die Referate 500, 503, 511 und 513 haben mitgezeichnet.

Neubert

#### **Referat 213, Bd. 147204**

<sup>11</sup> Die Silben „bundes“ wurden von Ministerialdirektor Kastrup gestrichen.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 30. Januar 1954 über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Februar 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 507–511.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 6. August 1955 über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz), in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Februar 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 513–518.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 20. Dezember 1950 über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil I, S. 22–54.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Gesetzes vom 14. August 1952 über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz) in der Fassung vom 1. Oktober 1969 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil I, S. 1909–2019.

## 152

**Ministerialrat Witt, Genf (GATT-Delegation),  
an das Auswärtige Amt****Fernschreiben Nr. 1307****Aufgabe: 26. Mai 1989, 17.20 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 27. Mai 1989, 11.12 Uhr**

Bericht Nr. 115/89

Betr.: GATT Uruguay-Runde (UR);

hier: Überlegungen zum Stand der Verhandlungen nach der Midterm-  
Review<sup>2</sup>Zur Unterrichtung (auch im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch von  
GATT-GD Dunkel)**I. Zusammenfassung**

Nach erfolgreichem Abschluß der Halbzeitbilanz haben alle Verhandlungsgruppen (VG) der UR ihre Arbeiten routinemäßig wiederaufgenommen. Auch für die weiteren Sitzungen bis zur Sommerpause ist nicht mit spektakulären Höhepunkten zu rechnen.

Für die Gemeinschaft stehen, ebenso wie für ihre Verhandlungspartner, in den nächsten Monaten vor allem die weiteren substantiellen Vorbereitungsarbeiten im Vordergrund, um die UR im vorgesehenen Zeitrahmen bis Ende nächsten Jahres abschließen zu können. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Entscheidung über den Ort der Abschlußkonferenz, etwa Brüssel.

Gefahren für die UR könnten nicht nur von den nach wie vor bestehenden protektionistischen Tendenzen, sondern insbesondere auch von einem zunehmenden Uni- und Bilateralismus zur Lösung handelspolitischer Probleme ausgehen.

**II. Im einzelnen**

„Concordia salus“ hatte an einem alten Spritzenhaus der Montrealer Altstadt unweit des modernen Kongreßzentrums gestanden, in dem sich die Vertreter der 106 an der UR teilnehmenden Staaten im Dezember vergangenen Jahres nicht auf ein Halbzeitergebnis verständigen konnten.<sup>3</sup> Wenn diese Eintracht, modern gesprochen dieser Konsens, inzwischen mit der Anfang April in Genf erfolgreich abgeschlossenen Midterm Review auch wiederhergestellt ist und damit die bislang umfassendsten/ehrgeizigsten multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen des GATT fortgeführt werden können, so bedeutet dies leider noch nicht, daß wir einer dauerhaften Einigung in den internationalen Handelsbeziehungen bereits wesentlich nähergekommen wären. Die zahlreichen Ausein-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Rode am 30. Januar 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Halbzeit-Evaluierung der „Uruguay-Runde“ des GATT fand vom 5. bis 8. April 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 103.

<sup>3</sup> Zur „Halbzeit-Konferenz“ der „Uruguay-Runde“ des GATT vom 5. bis 9. Dezember 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 368.

andersetzung zwischen EG und USA in Sachen Soja/Zucker<sup>4</sup>/Hormone<sup>5</sup>/Airbus<sup>6</sup>/Telekommunikation<sup>7</sup>/Fernseh-RL<sup>8</sup> und vieles mehr, die unilaterale US-Hitlist nach Sect. 301 Trade Act<sup>9</sup>, die einseitigen Markttöffnungsaktionen der USA gegenüber JAN, KOR u. a. sind beredter Ausdruck der nach wie vor bestehenden Spannungen und Ungleichgewichte im multilateralen Handelssystem.

Gegenwärtig hat sich das politische und öffentliche Interesse wieder verstärkt diesen oft spektakulären Einzelfällen zugewandt. Dies bedeutet für die in vielen Bereichen parallel verlaufenden Verhandlungen über multilaterale Lösungen einerseits die Chance, ohne übermäßigen Druck zu tragfähigen Lösungen zu kommen. Andererseits birgt diese Entwicklung aber auch die Gefahr in sich, daß Unilateralismus und bilaterale Konfliktlösung den längeren Weg zu verbessertem multilateralem System erschweren, wenn nicht gar verschütten.

Vor diesem Hintergrund des Zielkonflikts zwischen spektakulärem handelspolitischem Tagesgeschäft und langfristiger Verhandlungsstrategie stellt sich die Frage, wo die Verhandlungen der UR stehen und welche Aufgaben in den kommenden Monaten in Angriff genommen werden müssen.

1) Mit der Einigung in den vier besonders schwierigen Themenbereichen Agrar, Textil, Schutzklausel und Schutz geistigen Eigentums konnte im April das gesamte Paket der Midterm Review verabschiedet werden. Damit sind für einige VG nur die künftigen Arbeitsprogramme aufgestellt, für andere aber bereits erste wichtige materielle Festlegungen getroffen worden. Der erfolgreiche Abschluß der Midterm Review wird vor allem auch als persönlicher Erfolg von Dunkel angesehen.

In der Zwischenzeit haben die 15 VG ihre Arbeiten wiederaufgenommen. Praktisch alle Sitzungen waren bislang kurz, geschäftsmäßig und ohne Höhepunkte. Von keiner Seite wurden die Halbzeit-Ergebnisse in Frage gestellt, aber von keiner Seite wurden auch spektakuläre neue Vorschläge gemacht – kurzum: Routine.

<sup>4</sup> Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte am 24. Mai 1989, die USA hielten die EG-Fettmarktordnung für GATT-widrig und kritisierten insbesondere hohe Garantiepreise und Verarbeitungsbeihilfen, die den Export von amerikanischem Soja in die Europäischen Gemeinschaften beeinträchtigten. Die Europäischen Gemeinschaften hätten der von den USA geforderten Einsetzung eines sogenannten „Soja-Panels“ zugestimmt: „Im Gegenzug zum Soja-Panell hat die EG ein Panel gegen den US-Waiver (Ausnahmegenehmigung im GATT) im Bereich Zucker beantragt. Die USA nutzen diese ihnen 1955 zum Schutz ihrer Agrarproduktion eingeräumte Ausnahmegenehmigung zu Einfuhrquoten für Milchprodukte, Zucker, Erdnüsse und Baumwolle.“ Die USA hätten dem EG-Antrag inzwischen zugestimmt. Vgl. Referat E 21, Bd. 166722.

<sup>5</sup> Zu den Auseinandersetzungen mit den USA über die Einfuhr von Fleisch hormonbehandelter Tiere in die Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 116, Anm. 8.

<sup>6</sup> Zu den Gesprächen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA über Airbus vgl. Dok. 119, Anm. 10 und 11.

<sup>7</sup> Zu den Gesprächen über Telekommunikationsfragen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den USA vgl. Dok. 119, Anm. 13.

<sup>8</sup> Zur EG-Fernsehrichtlinie vgl. Dok. 106, Anm. 23.

Referat 411 erläuterte am 19. Juni 1989, die USA hätten die geplante Richtlinie als GATT-widrig sowie als Indiz für eine „Festung Europa“ kritisiert und befürchteten eine Schädigung der amerikanischen Filmindustrie: „D-Haltung wurde US-Seite mehrfach dargelegt: Wir haben ebenfalls Vorbehalte gegen die von USA in erster Linie kritisierte Quotenregelung (Mehrheitsanteil = mehr als 50 % für lokale Produktion) und haben deshalb der Fernseh-RL nicht zugestimmt. Auch andere EG-MS fragen sich, ob geplante Regelung GATT-konform. Entscheidung im Rat wurde deshalb aufgeschoben.“ Vgl. Referat 411, Bd. 160514.

<sup>9</sup> Zum amerikanischen Handelsgesetz vom 23. August 1988 vgl. Dok. 103, Anm. 10.

Manchmal (wie z. B. in der GNS<sup>10</sup>) gelang es wider Erwarten glatt, sich auf das künftige Vorgehen zu verständigen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Halbzeitergebnisse oft bereits stringente Terminpläne vorgeben.

- Dieser ruhige Verlauf der ersten Verhandlungsrunde nach der Midterm Review ist einerseits sicherlich Ausdruck einer gewissen politischen Erschöpfung der Hauptkontrahenten nach der Midterm Review, andererseits aber auch Zeichen dafür, daß EG und USA das Schwergewicht ihrer handelspolitischen Auseinandersetzungen in den bilateralen bzw. sogar den unilateralen Bereich verlagern. Beredtes Zeugnis hierfür war z. B., daß trotz der nach dem April-Erfolg eigentlich zu erwartenden positiven Grundstimmung im letzten GATT-Rat keines der vielen anhängigen Probleme einer Lösung näher gebracht werden konnte (EG/USA einigten sich hingegen kurz darauf bilateral über Soja/Waiver!).
- Es wäre falsch zu behaupten, die Verhandlungen der UR würden in Erwartung der Ergebnisse dieser uni- oder bilateralen Aktionen kürzertreten. Spürbar war jedoch, daß die Hauptstädte die Wiederaufnahme der VG-Sitzungen niedrig hängten und nicht ihre normalen Verhandler nach Genf entsandten – ganz abgesehen von den USA, deren neuer Botschafter Yerxa erst in der vergangenen Woche seine Dienstgeschäfte hier aufnahm.
- Bezeichnend ist auch, daß GD Dunkel diese ruhigere Zeit zur Fortsetzung der intensiven Kontaktpflege in den Hauptstädten nutzt. (Er ist gerade von einer Reise nach Mexiko und Washington zurückgekehrt und wird Anfang Juni mit der jugoslawischen Regierung Gespräche führen.) Wir sollten den für den 12. Juni ins Auge gefaßten Besuch Dunkels nutzen, um ihm unsere Vorstellungen zu verdeutlichen, die er sonst vor allem im EG-Kontext vermittelt bekommt.

2) Ganz eindeutig ist, daß das Schwergewicht der Arbeiten zumindest bis zur Sommerpause weniger in Genf als in den Hauptstädten der Verhandlungspartner liegen wird: So hat z. B. die EGK dem Ausschuß 113 in Brüssel ein umfangreiches Arbeitsprogramm skizziert, in dessen Verlauf die Ausarbeitung eigener Positionspapiere für die einzelnen VG bereits voll im Gange ist.

Aus hiesiger Sicht erscheint wichtig, diese Arbeiten so zu forcieren, daß die Gemeinschaft auch in denjenigen Bereichen durch eigene schriftliche Beiträge den Verhandlungsverlauf bestimmen kann, in denen sie (wie z. B. bei Agrar oder bei Textil) eher in der Defensive steht.

3) Gleichgültig, ob man das Ende der Vierjahresfrist für UR-Verhandlungen im September oder im Dezember 1990 setzt, wird die verbleibende Verhandlungszeit für die komplexeren Themenbereiche wie Dienstleistungen, Schutz geistigen Eigentums oder gar Agrarhandel sehr kurz. Behält man den bisherigen Sitzungszyklus bei, dürften für die meisten VG insgesamt nur noch sechs bis acht Sitzungen möglich sein. Hier wird es großer Disziplin und intensiver Vorbereitung aller bedürfen. Es ist im übrigen damit zu rechnen, daß sich ein Großteil der Verhandlungen mit fortschreitender Konkretisierung erneut (wie bereits im Vorfeld der Midterm Review zu beobachten) in kleinere informelle Zirkel verlagern wird.

<sup>10</sup> Group of Negotiations on Services.

<sup>11</sup>Andererseits gibt es Verhandlungsgruppen z.B. über die Kodizes aus der Tokio-Runde<sup>12</sup> oder über all die GATT-Artikel, die nicht Gegenstand besonderer VG sind. Deren Aufgabenstellung ist so umfassend, daß sie sie eigentlich<sup>13</sup> kaum bewältigen können, ohne z.B. Untergruppen oder Drafting Committees einzusetzen. Hier ist das weitere Verfahren noch völlig offen. Wir müssen uns im EG-Rahmen überlegen, welche Prioritäten wir setzen wollen und wie wir sie in Genf am besten vertreten können.

4) Sicher ist jedoch heute bereits eines: Mit welchem Ergebnis auch immer die einzelnen VG Ende 1990 abschließen werden, es wird dies in vielen Bereichen nicht das Ende der multilateralen Verhandlungen in Genf sein. Das gilt insbesondere für die Bereiche Dienstleistungen, Schutz geistigen Eigentums, aber wohl auch für den Agrarhandel.

In diesem Sinne wurde vom hiesigen EGK-Vertreter Tran jüngst darauf hingewiesen, daß es nach dem formellen Ende der UR, die man schon wegen der Gefahr einer Verknüpfung mit Europa 1992<sup>14</sup> keinesfalls verlängern sollte, im Rahmen des GATT eine Art permanenter Verhandlungen geben werde, in deren Rahmen dann mindestens alle zwei Jahre auch die zuständigen Minister in Genf zusammenkommen würden (die verstärkte Ministerbeteiligung war ein Midterm-Ergebnis in der VG FOG<sup>15</sup>).

Ein Vorteil dieser künftigen Genfer Verhandlungen nach 1990 wäre sicherlich, daß sie nicht mehr so im Rampenlicht stünden wie die Abschluß-Ministerkonferenz der UR. Und der politische Druck auf eine erfolgreiche Durchsetzung des eigenen Standpunkts in der UR würde um so geringer, je ernster die nachfolgenden permanenten Verhandlungen genommen werden könnten. Würde man die UR Ende 1990 hingegen nicht formell abschließen, sondern verlängern, schraube man den Erwartungshorizont auf substantielle Ergebnisse gerade auch in den Problembereichen nur noch höher.

Dieser Gedanke einer Entlastung der UR durch Hinweis auf künftige permanente Verhandlungen hat zwar interessante Aspekte, birgt aber auch Gefahren in sich. Auf jeden Fall müßte sich die EG ganz genau überlegen, in welchen Themenbereichen sie zu diesen Verhandlungen bereit ist bzw. in welchen Sektoren wir lieber einen deutlichen Abschluß sähen.

5) Die Frage des Abschlußortes der UR ist innerhalb der EG jüngst diskutiert worden. Hier sollte sich die Gemeinschaft rasch Klarheit verschaffen: Schon im Vorfeld der damals noch Neue Runde genannten Verhandlungen hatte sich EGK (und BM Bangemann) um Brüssel als Tagungsort bemüht und auch im Zusammenhang mit der Bestimmung von Montreal für die Midterm Review stets betont, daß der Abschluß dann in Brüssel stattfinden solle. Hierüber hat es unter den wichtigsten Verhandlungsführern in Genf eine Art Gentlemen's Agreement, nicht jedoch eine förmliche Absprache gegeben. Die jüngsten Bedenken von GB und F gegen Brüssel als Tagungsort, die EGK würde sich insbesondere in den Themen, bei denen sie ohnehin in der Defensive stünde, zusätzlich unter Ab-

<sup>11</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1308 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>12</sup> Die siebte Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT fand von 1973 bis 1979 statt.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „daß sie eigentlich“.

<sup>14</sup> Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

<sup>15</sup> Functioning of the GATT System.

schlußzwang setzen, hält Tran für nicht stichhaltig. Bei einem Übergang in eine Phase permanenter GATT-Verhandlungen nach 1990 komme dem Ende der Uruguay-Runde (analog zur Midterm Review in Montreal) nur die Funktion einer End-Review zu. Dann sei der Frage, an welchem Ort die UR formal beendet werde, geringes materielles Gewicht zuzumessen. Im übrigen geht Tran davon aus, daß zumindest F seinen Widerstand gegen Brüssel letztlich aufgeben werde.

6) Viele Beteiligte an den Genfer UR-Verhandlungen sind der Auffassung, daß die größte Gefahr für einen erfolgreichen Abschluß der UR-Runde nicht in der bleibenden kurzen Zeitspanne von 18 Monaten liegt. Die wahre Gefahr liege vielmehr in einer Aufkündigung des Konsenses, daß die Lösung der vielfältigen Probleme über die Verbesserung des multilateralen Systems gesucht und gefunden werden müsse: Die Option Unilateralismus, z. T. zur Durchsetzung protektionistischer Hintergedanken, z. T. aber angeblich zur Stärkung des offenen weltweiten Handelssystems eingesetzt, drohe die UR aus der Hauptrolle der Problemlösung in die Nebenrolle der Rechtfertigung/Absicherung zu drängen. Auch die zunehmende Zahl bilateraler Arrangements beschwört diese Gefahr herauf.

Ziel unserer handelspolitischen Bemühungen muß daher gerade auch in dem jetzigen, nicht so publizitätswirksamen, sondern eher von Basisarbeit geprägten Stadium der UR sein, nicht die uni- oder bilaterale Bewältigung von Einzelproblemen, sondern die Erhaltung und Verbreiterung des eingangs zitierten Konsenses über Sinn und Nutzen des multilateralen Systems in den Vordergrund zu stellen.

[gez.] Witt

Referat 411, Bd. 160546

## 153

### Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12742/89 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 655

Aufgabe: 30. Mai 1989, 04.10 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 30. Mai 1989, 04.40 Uhr

Betr.: Tagung des NATO-Rates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29. und 30.5.1989<sup>2</sup>;  
hier: Beratungen im geschlossenen Sitzungsteil am 29.5.1989

#### Zusammenfassung

Erster Gipfeltag war von intensiven Bemühungen in SNF-Frage gekennzeichnet, die zunächst in Arbeitsgruppe auf hoher Beamtenebene, dann auf AM-Ebene

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in vier Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9, 20 und 26.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nestroy vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. auch Dok. 154 und Dok. 156.

stattfanden und noch andauern. Bei Gipfelberatungen spielte SNF-Frage wichtige Rolle bei Eingangserklärungen, die fast gesamte Zeit in Anspruch nahmen, trat aber hinter Frage der West-Ost-Politik und Gestaltung der Abrüstungspolitik, insbesondere von Präsident Bush ergriffene Initiative in bezug auf Wiener VKSE-Verhandlungen, zurück.

Im einzelnen:

#### I. SNF-Frage

1) GS Wörner relativierte einleitend seinen – in vorausgehender öffentlicher Sitzung<sup>3</sup> – gegebenen optimistischen Ausblick: Gipfel finde zu einem wichtigen Zeitpunkt statt, an dem sich der Manövrierraum in den West-Ost-Beziehungen erweitere, gleichzeitig aber der äußere Druck zur Konsensbildung abnehme. Es sei sorgfältiges Management der zwischen den Bündnispartnern auftretenden Differenzen erforderlich. Der Gipfel werde nach seinem Ergebnis und dessen Präsentation beurteilt werden.

Konkret zu regeln sei Frage der Verabschiedung des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung und in diesem Zusammenhang die SNF-Frage. Allgemeiner Eindruck sei, daß die SNF-Frage weder den Gipfel noch die Diskussion der Eröffnungssitzung dominieren dürfe. Deshalb sollte möglichst gleich zu Anfang – d. h. ohne vertiefte Substanzdiskussion – geklärt werden,

- ob Bedingungen für substantiellen Kompromiß gegeben seien,
- wenn ja, ob Arbeitsgruppe aus hochrangigen Mitarbeitern mit Formulierung beauftragt werden solle (bejahendenfalls solle sie unter Vorsitz des stellvertretenden NATO-GS Guidi zusammentreten und zu Beginn der Nachmittagssitzung berichten). Arbeitsgrundlage für Textbearbeitung könne GS-Entwurf für Ziff. 48 sein, ferner die Beiträge Bündnispartner.

Verfahrensvorschlag diene dazu, Chancen für Lösung zu maximieren und – für Staats- und Regierungschefs – Zeit für Diskussion politischer Fragen zu gewinnen.

2) PM Thatcher erklärte sich einverstanden und benannte NATO-Botschafter Alexander als ihren Vertreter. Zustimmung zum Verfahrensvorschlag schließe aber keine Stellungnahme zu Erfolgchancen ein. Hierüber könne erst Sitzung selbst Erkenntnisse ergeben. Arbeit solle sich nicht auf bestimmte Texte beschränken, US-Entwurf sei außerordentlich bedeutsam, er enthalte im übrigen bereits viele Kompromisse. Mit Emphase erinnerte PM daran, daß fundamentale Fragen anstünden.

3) Präsident Mitterrand erklärte sich ebenfalls einverstanden. Wie alle wünsche auch er eine Verständigung, sonst würde eine ernsthafte – vielleicht die ernsthafteste – Entwicklung in der Allianzgeschichte eintreten. Für die Arbeit der Gruppe gab Präsident folgende Hinweise: Sie solle sich auf diejenigen politischen Entwicklungen konzentrieren, die politischer Kontrolle der Bündnispartner unterlägen, und nicht versuchen, Zeitabläufe zu regulieren, die von anderen oder den Umständen abhängen.

<sup>3</sup> Für die Eröffnungserklärung von NATO-Generalsekretär Wörner am 29. Mai 1989 in Brüssel vgl. Referat 201, Bd. 151194.

Alle seien entschlossen, zu konventioneller Abrüstung zu kommen. Wiener Verhandlungen seien eingeleitet. Andere Wege zur Abrüstung seien strategische Verhandlungen und CW. Daher frage er sich, warum wir uns selbst verbieten wollten, über den bisher nicht erfaßten Rest zu reden. F habe den Willen, alles mögliche dazu beizutragen, noch am 29.5. zur Verständigung zu kommen.

4) BK Kohl wünschte ebenfalls nachdrücklich einen Erfolg des Treffens. Unter allen Aspekten wäre es schlecht, ohne gemeinsames Votum auseinanderzugehen. Angesichts der weltpolitischen Entwicklung wäre das Ausbleiben einer klaren Botschaft ein schwerer Fehler. Die Hoffnungen vieler Menschen, auch im anderen Teil Deutschlands, in Polen, Ungarn und Mittel- und Südosteuropa richteten sich auf uns. Das Versagen der kommunistischen Ideologie offenbare sich immer mehr. Man dürfe die psychologische Lage in diesem Teil der Welt nicht unterschätzen<sup>4</sup>.

Das Bündnis müsse sich von Tatsachen leiten lassen, nicht von Prognosen oder Propaganda. Daher sei Präsident Mitterrand zuzustimmen: Das Bündnis solle sich darauf konzentrieren, was in seiner Kompetenz liege.

BK schloß mit der nachdrücklichen Bitte an alle Bündnispartner, die Chance des Gipfels zu nutzen und keine Mühe zu scheuen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Dementsprechend müsse auch die Ebene der Gruppe angelegt sein.

Nachdem es zum Verfahrensvorschlag des Generalsekretärs keine weiteren Wortmeldungen gab, wurde die Gruppe – für uns MD Teltschik und Kastrup – konstituiert.

## II. Eröffnungserklärungen

5) Präsident Mitterrand setzte fort: Er wolle nicht den Kern des Streitfalls ansprechen, bei dessen Fortbestehen grundsätzliche Erklärungen über die Zukunft der Allianz angebracht wären. Vielmehr wolle er darauf hinweisen, daß Gorbatschow viele Dinge in Frage stelle und die Phantasie beflügeln. Die Allianz dürfe nicht als stummer Block erscheinen, der den Frieden verhindern<sup>5</sup> wolle. Es sei eine absolute Notwendigkeit, „auf gute Weise“ zur Abrüstung zu gelangen.

Nachdem Präsident Mitterrand noch einmal die vorhandenen Felder der Rüstungskontrollverhandlungen durchgegangen war und Befriedigung über das durch die Pariser Konferenz für die CW-Verhandlungen<sup>6</sup> erzeugte Momentum geäußert hatte, forderte er zum Nachdenken über die Fortsetzung des Rüstungskontrollprozesses, selbstverständlich unter der Bedingung der Erhaltung eines Gleichgewichts, auf. Gleichgewicht definierte Mitterrand in dem Sinne, daß kein Block global oder auf bestimmten Gebieten Überlegenheit erlangen dürfe. Im Idealfall, der nicht sehr realistisch sei, würde für alle Rüstungen eine Null-Lösung anzustreben sein. Aber selbst wenn dies nicht erreichbar sei, müsse mit dieser Geisteshaltung an die Abrüstung herangegangen werden.

Die Allianz sei gegründet worden, um zu verhindern, daß eine Macht zunächst<sup>7</sup> Europa und dann die Welt beherrsche. Dabei bleibe es.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „unterstützen“.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „verändern“.

<sup>6</sup> Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „eine Macht nicht zunächst“.



Priorität habe die konventionelle Abrüstung, wie schon beim Gipfel 1988<sup>8</sup> festgestellt, wo die stärksten Ungleichgewichte bestünden. Diese Verhandlungen habe man inzwischen auf den Weg gebracht.

Die Frage der Kurzstreckenwaffen sei wegen ihrer begrenzten Reichweite schwieriger:

- Wenn man von der Reichweite ausgehe, seien einige Bevölkerungen mehr als andere betroffen. Je nach Lage reagiere man also anders. Dafür müsse man Verständnis haben.
- Andererseits führe aber der Einsatz jeder Nuklearwaffe, unabhängig von Reichweite und Sprengkraft, zu einer Veränderung der Welt.

Alle seien sich bewußt, daß man auf die Kraft dieser furchtbarsten Waffen, auch die kleinste Nuklearwaffe gehöre in diese Kategorie, heute nicht verzichten könne zur Kriegsverhütung.

6) Präsident Bush blieb mit seiner Intervention, soweit es um die Bewertung von West-Ost-Lage sowie Zustand und Zukunft der Allianz ging, im Rahmen seiner letzten großen Reden. Das Treffen finde zu einem der seltenen Augenblicke historischen Übergangs statt, es bestehe die Chance zum Übergang in eine neue Ära, in der möglicherweise die Früchte von Freiheit und Wohlstand von allen in Europa geteilt werden könnten.

Westeuropa einige sich. Das sei gut. Ein starkes einiges Europa bedeute ein starkes Amerika. Die USA fürchteten europäische Verteidigungszusammenarbeit nicht, sie unterstützten sie, einschließlich der WEU.

<sup>9</sup>Er unterstrich seine Absicht, über Containment hinauszugehen und die SU in die Völkergemeinschaft zu integrieren. Neben der schon am 12.5. angekündigten zeitweiligen Aussetzung des Jackson-Vanik-Amendment<sup>10</sup> im Falle weiterer Zulassung von Emigration<sup>11</sup> kündigte er Bereitschaft an, den „no exceptions standard“ aufzuheben, den die USA seit der Afghanistan-Invasion<sup>12</sup> bei Technologieexporten in die SU angewandt hätten.

Die Veränderungen in der SU und anderen Ländern Osteuropas bezeichnete Bush als revolutionär. USA wünschten ihre Fortsetzung und ihren Erfolg. Um diesen zu fördern, müsse Allianz diese Länder für westliche Werte und Freiheiten öffnen. Dabei bleibe der KSZE-Prozeß zentral, auch zur Überwachung der

<sup>8</sup> Am 2./3. März 1988 fand in Brüssel die NATO-Gipfelkonferenz statt. Für den Wortlaut der Erklärung sowie der Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 18–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 201–208. Vgl. dazu ferner AAPD 1988, I, Dok. 75.

<sup>9</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 656 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der amerikanische Kongreß den „Trade Act of 1974“, der einen von Senator Jackson und dem Abgeordneten Vanik eingebrachten Zusatz enthielt, wonach Staatshandelsländern keine Behandlung nach dem Prinzip der Meistbegünstigung sowie keine Kredite, Kredit- oder Investitionsgarantien gewährt werden sollten, wenn dieses Land seinen Staatsbürgern das Recht zur Auswanderung verweigere oder dafür hohe Gebühren verlange. Auch Handelsabkommen sollten mit solchen Staaten nicht abgeschlossen werden können. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1975, D 108f.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Präsidenten Bush an der „Texas A&M University“ in College Station/Texas; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 540–543. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 331–334 (Auszug).

<sup>12</sup> Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

Implementierung. Bush schlug in diesem Zusammenhang Erweiterung der KSZE-Regelungen vor, um das Abhalten wirklich freier Wahlen überprüfen zu können.

Ziel dieser Politik müsse Beendigung der unnatürlichen vierzigjährigen Teilung Europas sein. Der Förderung des freien Unternehmergeistes und der Dezentralisierung wollte Bush besondere Förderung angedeihen lassen. Er befaßte sich auch eingehend mit neuen globalen Herausforderungen, denen sich die USA und ihre Verbündeten stellen müßten, besonders Umwelt und Proliferation von militärischen Technologien (Raketen- und CW-Technologie), illegalem Drogenhandel und internationalem Terrorismus. Die Bewältigung dieser Probleme gehe über Kräfte und Mittel jedes einzelnen hinaus, sie müßten kollektiv angegangen werden und zur Entwicklung eines Rahmenwerks führen, in dem sie gemeinsam bewältigt werden könnten.

Damit die 40 Jahre alte, unkonditionierte Verpflichtung der USA zum Schutz Europas auch in Zukunft glaubwürdig bleiben könne, müßten die erforderlichen konventionellen und nuklearen Mittel, die flexible Erwidern<sup>13</sup> und Vorverteidigung erforderten, erhalten werden. Nur Nuklearwaffen könnten demonstrieren, daß Krieg in Europa undenkbar sei. Der Beweis der Richtigkeit dieser Allianzpolitik liege jetzt vor: SU überprüfe ihr eigenes Streben nach militärischer Überlegenheit.

Aus dieser Lage heraus entwickelte Bush seine Initiative für die Erweiterung des westlichen Verhandlungsvorschlags bei den Wiener VKSE-Verhandlungen<sup>14</sup>. Vielleicht stehe die Allianz kurz vor einem revolutionären Rüstungskontrollabkommen, das ehrgeiziger sei als jedes andere bisher erwogene: In dieser Lage solle die Allianz sich entschlossen und kreativ zeigen.

Nachdem er das inzwischen öffentlich bekanntgemachte Vier-Punkte-Programm<sup>15</sup> dargelegt hatte, schloß Bush mit Pathos: „Wir können und müssen jetzt beginnen, eine neue Vision für Europa zum Ende dieses Jahrhunderts darzulegen.“

7) PM Thatcher leitete, aus Anlaß vierzigjährigen NATO-Jubiläums, mit emotionalem Dank für die Loyalität der USA zur NATO ein. Sie begrüßte die Abrüstungsinitiative des Präsidenten, die in den Kernbestand der sowjetischen Überlegenheit, die konventionellen Streitkräfte, gehe. Die Vorschläge sollten schnell geprüft werden. Wichtig sei, nuklearfähige Flugzeuge auszuschließen und sicherzustellen, daß alle zu reduzierenden Rüstungen nicht in die östliche SU verlagert, sondern vernichtet würden. Frau Thatcher begrüßte auch Änderung der US-COCOM-Politik.

In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte Frau Thatcher „vitale Anmerkungen“ zur Allianz:

- Vierzigjähriger Allianzserfolg und die blühende Wirtschaft seien nicht leicht erreicht worden. Die Allianz sei aus einer schweren Krise (Berlin-Krise 1948) geboren worden. Sie habe es nicht immer leicht gehabt, die erforderlichen Waffen zu stationieren, wie GLCM und Pershing-II-Vorgänge<sup>16</sup> bewiesen.

<sup>13</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

<sup>14</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Erklärung des amerikanischen Präsident Bush vor der Presse am 29. Mai 1989 in Brüssel; PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 618–621.

<sup>16</sup> Zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Dok. 27, Anm. 18.

- Aber nur wegen der kollektiven Standfestigkeit habe man die SU an den Verhandlungstisch bekommen. Ohne derartige Festigkeit würde inzwischen der Marxismus gesiegt haben. Deshalb appellierte PM leidenschaftlich, niemals die eigene Festigkeit zu kompromittieren.
- Nach einer knapp ausgefallenen Begrüßung der Vorgänge in der SU (mit dem Zusatz, sie selbst habe deren Bedeutung als erste erkannt) zeichnete PM ein Bild von den schwerwiegenden Problemen der SU, das sie zur Schlußfolgerung brachte: Was immer in der SU passiere, die NATO brauche ein starke Verteidigung.
- Gorbatschows Erfolg, den auch sie wünsche, wäre ein großer Fortschritt für die Menschheit, aber seine Aufgaben seien enorm und langfristig: Die Vorgänge in Georgien<sup>17</sup> gäben nur einen Vorgeschmack darauf, wie schwer der Weg vom Zustand totaler Mißachtung der Menschenrechte bis zu einer von Recht und Gesetz geprägten Gesellschaft sei. Sie wiederholte die Argumente, daß in SU Panzerproduktion nicht ab-, sondern zunehme, und daß die SU Vor-Ort-Inspektionen dadurch diskreditiere, daß sie (in CW-Anlagen) Einsichtnahme nur selektiv gestattet habe.
- SU verfüge über erhebliches CW-Arsenal, während USA ihre CW aus der Bundesrepublik Deutschland demnächst abzögen.<sup>18</sup> Die einzige westliche Antwort auf CW seien Nuklearwaffen. PM Thatcher warnte vor den in Demokratien bestehenden – zu starken – Tendenzen zu Kompromissen mit Kräften, die die Demokratie zerstören könnten. Die Staats- und Regierungschefs seien daher zur Führung aufgerufen.
- Verhandeln dürfe man nur, wenn die Verteidigung erhalten oder gestärkt werde. Auch die SU würde ihre Sicherheit nicht aufs Spiel setzen nur auf der Grundlage von westlichen Absichtserklärungen.
- Nachdem PM ihre bekannte Auffassung zu NATO-Strategie und Notwendigkeit der SNF-Modernisierung dargelegt hatte, setzte sie sich mit der dritten Null-Lösung auseinander: Eine Strategie der flexiblen Erwidern mache keinen Sinn, wenn man der militärischen Führung die von ihr als erforderlichlich bezeichneten Waffen versage. Ohne Kurzstreckennuklearwaffen würden sowjetische konventionelle Truppen sehr weit nach Westeuropa vordringen können, ehe der Einsatz strategischer Nuklearwaffen in Erwägung gezogen werden dürfte. Die Sicherheit des Westens beruhe nicht auf Parität in allen Waffenkategorien, sondern auf seiner Strategie.
- Die konventionellen Verhandlungen würden viel Zeit erfordern, in der Zwischenzeit (vier bis fünf Jahre) behalte die SU ihre kolossale Überlegenheit, was für den Westen eine Zeit von Verwundbarkeit und Risiko bedeute, in der Kurzstreckennuklearwaffen – auf dem gebotenen Stand – notwendig seien. Gleichzeitig würde Modernisierung aber Reduzierungsmöglichkeiten ergeben. Und nur bei Modernisierung werde man verhandeln und reduzieren können. (Es war nicht klar, ob die Erwähnung des Wortes verhandeln zu diesem Zeitpunkt ein Versprecher war. Durch die GB-Delegation ging eine gewisse Unruhe.)

<sup>17</sup> Zu den Unruhen in Georgien vgl. Dok. 93, Anm. 18.

<sup>18</sup> Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76.

- Auf die konkrete SNF-Frage eingehend, hob PM das weitgehende Zugeständnis an D hervor, das in Aufschiebung der Modernisierungsentscheidung bis 1992 liege.

Die Verteidigung von Gerechtigkeit und Freiheit erfordere einen vollen Mix und Flexibilität, zumal in der bevorstehenden Phase großer Unsicherheit. Bei Vereinbarung substantieller Reduzierungen im konventionellen Bereich und ihrer Implementierung könne man dann sehen. Vorher gebe es keine Verhandlungen, sonst würde Europa gefährdet.

8) BK Kohl leitete ein mit einem Dank an die Länder, deren Truppen in der Bundesrepublik Deutschland stehen. Ohne ihren Beitrag hätten Frieden und Freiheit nicht gesichert werden können. Auch die Freiheit Berlins wäre ohne die NATO nicht gesichert worden. Die Deutschen würden dies nie vergessen und diese Gemeinsamkeit auch für die Zukunft erhalten. Die Friedensperiode nach dem Krieg sei die längste in der deutschen Geschichte.

An Präsident Bush gewandt, begrüßte er diesen bei seinem ersten NATO-Gipfel, dessen Erfolg auch wir wünschten. BK begrüßte auch die Bush-Initiative zur konventionellen Abrüstung: Es handele sich um eine sehr gute Initiative zum richtigen Zeitpunkt, die unserem wichtigen Anliegen Rechnung trage, die psychologische Initiative zurückzugewinnen. Einzelheiten müßten natürlich noch beraten werden. Durch die Initiative werde Gorbatschow ganz konkret beim Wort genommen – und zwar im Bereich der konventionellen Abrüstung, der für ihn am schwierigsten sei. BK erklärte sich auch mit dem Zeitrahmen einverstanden, der in der Initiative enthalten ist.

BK bekannte sich zur Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Wertegemeinschaft und zur Allianz und erinnerte an seine wiederholten Feststellungen, daß dieses Teil unserer Staatsräson sei. In dieser Politik werde die Bundesrepublik Deutschland Kurs halten, die Stationierung 1983 habe dies bewiesen. Aber auch heute seien wir zu den erforderlichen Opfern bereit im Bewußtsein, daß ohne sie Freiheit nicht möglich sei. Er erinnerte an unsere Wehrpflichtarmee.

Auch BK weigerte sich, Worte als Taten anzusehen. Er unterstrich aber, daß es bereits Taten gebe in Form der Entwicklungen in Warschau und Budapest, aber auch in der SU. Die sich bisher verweigernden Kräfte, auch Honecker, könnten die Entwicklung nicht verhindern, sondern nur aufschieben.

Eine Politik des Abwartens gegenüber diesen Entwicklungen lehnte BK ab, zumal als deutscher Bundeskanzler, dessen Landsleute in der DDR unmittelbar von diesen Vorgängen betroffen seien.

Es habe nichts damit zu tun, daß man standhaft bleibe. Es gelte vielmehr, das unverändert richtige Harmel-Prinzip<sup>19</sup> weiter anzuwenden. Dieses sei aber politisch, nicht militärisch: Es gehe um eine gerechte Friedensordnung und die Überwindung der Teilung Europas, was für die Deutschen auch die Überwindung der Teilung ihres Vaterlandes bedeute.

<sup>19</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniké über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

BK bekannte sich sodann zu den verteidigungspolitischen Festlegungen beim Gipfel 1988. Das Maß der Bewaffnung müsse sich aber stets nach der Bedrohung richten.

BK warnte davor, West-Ost-Verhältnis auf Fragen der Sicherheit zu verengen: Er empfahl den Bündnispartnern, wie wir und die USA bei Gipfelkontakten auch humanitäre Fragen anzusprechen. In der SU würden zwei Millionen jüdischen und ebenso vielen deutschen Bürgern die Bürgerrechte vorenthalten.

BK bekannte sich zur zentralen Rolle des Rüstungskontrolldialogs. Hier liege der Schlüssel, militärische Mittel durch Vereinbarung unter strikter Kontrolle und in unumkehrbarer Weise in ein Gleichgewicht zu bringen – auf niedrigerem Niveau. Wir könnten jedoch keine Politik akzeptieren, die über alles verhandele, aber unterhalb bestimmter Reichweiten Brandmauern einziehe.

Die Allianz brauche den gemeinsamen Erfolg. Dieser setze auch die Fähigkeit zu vernünftigen Kompromissen voraus. Wir seien dazu bereit.

<sup>20</sup>) MP Brundtland würdigte die friedenserhaltende Rolle des Bündnisses und wünschte vom Gipfel eine Kursbestimmung über Einzelfragen hinaus. Es komme weniger auf das Ob und Wann der Entscheidung über Modernisierung bestimmter Waffen an, sondern auf die politische Strategie der Allianz und deren Beitrag zur Förderung des notwendigen Wandels. Kein Waffensystem, auch nicht SNF, dürfe von der Rüstungskontrollagenda ausgeschlossen werden. Der Zusammenhang zu VKSE sei herzustellen: SNF-Verhandlungen einschließlich des Zeitpunkts ihres Beginns müssen in Zusammenhang mit „erkennbarem Fortschritt bei Reduzierung der sowjetischen konventionellen Überlegenheit“ gesehen werden. Auf dieser Grundlage solle der Gipfel die klare Entschlossenheit bekunden, zu verhandeln und entsprechende Vorbereitungen innerhalb der Allianz einzuleiten.

MP Brundtland begrüßte Bushs „kühne“ VKSE-Initiative. Wichtig sei, daß abziehende Kräfte demobilisiert würden und nicht den Druck an den Flanken verstärkten.

MP bekannte sich zur Allianz und Übernahme eines fairen Anteils durch NWG.

10) MP Lubbers bezeichnete die von Bush skizzierte Umorientierung der Ostpolitik (weg von Containment hin zu Zusammenarbeit) als wesentlich und die Veränderung der COCOM-Politik in diesem Zusammenhang als symbolisch wichtig.

Nach Zustimmung zu Bushs VKSE-Initiative analysierte er deren mögliche Auswirkungen auf SU:

- Einerseits würde sie erlauben, daß die beabsichtigte Ressourcen-Verlagerung vom militärischen auf den zivilen Bereich schneller erfolgen könne und so den Reformprozeß fördere,
- andererseits verändere die drastische Reduzierung der sowjetischen Truppenpräsenz in osteuropäischen Ländern die politische Lage dort.

Der in Aussicht genommene Zeitplan mache also deutlich, daß Westen den Wandlungsprozeß fördern wolle. Man solle deshalb nicht zögern, sondern in

<sup>20</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 657 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Wien so schnell wie möglich vorangehen (deshalb solle auch die Prüfung des Bush-Vorschlags durch Experten so schnell wie möglich erfolgen).

Es gehe also um die Kernfrage: Ist der Osten bereit, wirklich das Gewicht der militärischen Beziehungen in den West-Ost-Beziehungen zu reduzieren?

- Zur SNF-Frage meinte Lubbers, wir brauchten Verhandlungen über Nuklearsysteme – die es auch schon einmal gegeben habe. Lubbers folgte der Argumentation Mitterrands.
- Wegen ihrer technischen Kriterien hätten SNF besondere Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland.
- Aber gleichzeitig hätten alle Nuklearsysteme gemeinsam, daß sie Teil des Abschreckungsverbunds seien. Insofern gebe es kein Spezialproblem der Deutschen. Die ganze Allianz und alle deren Truppen seien betroffen.

Trotz des speziellen Aspekts müsse man also realistisch bleiben.

Der von Bush vorgezeichnete Zeitplan gebe einen wichtigen Ansatz: Wenn man wirklich über Containment hinauskommen wolle, müsse man VKSE Priorität geben, dürfe aber auch die Möglichkeit nicht ausschließen, bei den Nuklearsystemen zu reduzieren.

Schließlich solle die Idee einer Verlagerung in längere Reichweiten nicht übersehen werden. Eine solche Umstrukturierung erlaube, durch Zahl und Stationierungsorte zu verdeutlichen, daß Verteidigung eindeutig den Vorrang habe.

Lubbers stimmte Bushs Vorschlag daher zu.

11) PM Mulroney führte Errungenschaften der Allianz nicht nur auf militärische Leistungen, sondern auf die zugrundeliegenden Werte zurück.

Gorbatschow habe nicht mehr getan, als den Bankrott des kommunistischen Systems zuzugeben. Wenn wir zu seiner Unterstützung bereit seien, so folgten wir keinem modischen Trend, sondern unseren eigenen Interessen. Die einzige Weise, seine echten Absichten zu erfahren, liege in Verhandlungen. Diese müßten – wie MP Thatcher gesagt habe – auf der Basis der Verteidigungsfähigkeit geführt werden.

Neben Rüstungskontrollverhandlungen gebe es aber viele andere Instrumente, Elemente der Unsicherheit in den West-Ost-Beziehungen zu reduzieren. In diesem Sinne sei die Gipfelerklärung<sup>21</sup> zu begrüßen: Kanada hoffe, daß sie nicht ins Archiv wandere, sondern als Handlungsanleitung genutzt werde.

Nach einem gelungenen emotionalen Willkommen an den Präsidenten des südlichen Nachbarn stimmte Mulroney der „Open sky“-Initiative<sup>22</sup> ebenso wie dem VKSE-Vorschlag zu. Letzterer sei auch insofern zeitgerecht, als er durch Anstreben früher Ergebnisse dem SNF-Problem aus der Sackgasse helfen könne. Wenn man deutschen Vorschlag zugrunde lege, könnte es durchaus sein, daß Erarbeitung einer Verhandlungsposition ein bis zwei Jahre dauere, also etwa so lange wie der Abschluß eines ersten VKSE-Abkommens.

<sup>21</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

<sup>22</sup> Zum „Open skies“-Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Bush vom 12. Mai 1989 vgl. Dok. 136, Anm. 32.

12) MP Papandreou begrüßte ebenfalls VKSE-Vorschlag, der vom neuen Geist inspiriert sei, der das Bündnis belebe.

Entwicklung in SU und anderen Staaten schaffe Tatsachen, die neue Dynamik in West-Ost-Beziehungen erzeuge in Richtung auf Zusammenarbeit, nicht auf militärisches Containment. Hierin liege eine wichtige Aufgabe.

In diesen Zusammenhang gehöre das Gesamtkonzept, das ein wichtiger Bezugspunkt sein werde bei der Gewährleistung der Sicherheit – unter Berücksichtigung der Veränderungen.

Papandreou formulierte die ambitioniertesten Ziele bei nuklearen Abrüstungsverhandlungen. Reduzierung auf das niedrigstmögliche Niveau, bis schließlich internationale Lage eine Null-Lösung zulasse und die Menschheit völlig von Nuklearwaffen befreit werde.

In diesem Geiste müsse SNF-Frage angegangen werden. Auch wenn der Mix im Augenblick erhalten bleiben müsse, so solle Bereitschaft bekundet werden, bei Kurzstreckenwaffen Verhandlungserfolge zu erzielen. Nur so könne man den Willen der anderen Seite herausfinden.

Eine Entscheidung über Aufstellung neuer Nuklearwaffen solle die Allianz vermeiden, bis die Machbarkeit eines allgemeinen Abkommens zur Gewährleistung der Sicherheit auf möglichst niedrigem Niveau der nuklearen und konventionellen Streitkräfte hoffentlich bestätigt sei.

Papandreou erinnerte an die bekannte griechische Position zu Fragen der Nuklearpolitik der Allianz.

13) MP Özal begrüßte neuen internationalen Trend, bestätigte die Bedeutung starker und glaubwürdiger Verteidigung und forderte umfassende Konsultation über Ostpolitik der Regierungen und möglichst Harmonisierung. Im übrigen forderte er nicht nur Selbstzufriedenheit wegen der Erfolge, sondern Initiative im Blick auf die Zukunft.

Özal stimmte Bush-Initiative für VKSE zu und erwartete Beschleunigung Wiener Verhandlungen.

Er stellte jüngsten Zwischenfall in Bulgarien (Erschießung türkischstämmiger Bulgaren bei Demonstration<sup>23</sup>) dar und warnte Bündnispartner vor Doppelstandard in Menschenrechtsfragen. Türkei hoffe, daß sie bei bevorstehender Menschenrechtskonferenz in Paris<sup>24</sup> dieser flagranten Menschenrechtsverletzung Aufmerksamkeit widmeten.

Im übrigen legte Özal die türkischen Positionen zu Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik dar und bekannte sich zur Unteilbarkeit der Sicherheit und dem Prinzip der Modernisierung.

<sup>23</sup> Referat 214 erläuterte am 16. Juni 1989: „Im Mai 1989 kam es im Nordosten von Bulgarien wiederholt zu schweren Demonstrationen von Mitgliedern der türkischen Minderheit und Zusammenstößen mit der Staatsmacht, bei denen mehrere Personen getötet und zahlreiche Menschen verletzt worden sein sollen, was von bulgarischer Seite auch offiziell eingeräumt wurde. [...] Seit Ausbruch der Unruhen sind über 20000 Angehörige der türkischen Minderheit in die Türkei ausgeweicht (türkische Angaben); teilweise soll es sich dabei um Abschiebungen gehandelt haben.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139825.

<sup>24</sup> Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

14) MP Santer forderte aktive Allianzpolitik angesichts Entwicklungen im Osten, er sprach von globalem Konzept zur Gestaltung der Beziehungen. Er begrüßte Bush-VKSE-Initiative, sie sei ein Beweis dafür, daß der Westen nicht nur Erklärungen abgebe, sondern Taten folgen lasse.

Wichtigste Aufgabe der Allianz sei es, Gräben zu überwinden und den Kontinent zu versöhnen.

In der Nachmittagssitzung wurde zunächst Reihe der Eröffnungserklärungen fortgesetzt, da Arbeitsgruppe noch tagte.

15) MP Martens sah in den osteuropäischen Entwicklungen Ergebnisse westlicher Anstrengungen: Das sowjetische Streben nach militärischer Überlegenheit habe ihr nicht gestattet, die inneren Ziele zu erreichen. Harmel bleibe auch heute gültig.

Nach Hinweis auf treues Einstehen Belgiens für die Allianz (Verantwortung im konventionellen Bereich und, trotz Schwierigkeiten, Rolle im nuklearen Bereich) bekannte sich Martens zur Strategie und besonders zur Nuklearpräsenz der USA in Europa. In absehbarer Zeit werde Belgien einer Null-Lösung für landgestützte Raketen nicht zustimmen.

Martens sprach sich aber für baldige Verhandlungseröffnung bei Kurzstreckenraketen mit dem Ziel einer gemeinsamen Obergrenze auf niedrigerem als NATO-Niveau aus. Zur Frage der notwendigen engen Verbindung zu VKSE-Verhandlungen hätten sich Standpunkte angenähert. Im Sinn der Wiener Ziele sei US-Vorschlag zu begrüßen.

Martens bezeichnete es als politisches Ziel der Allianz, die Teilung Europas abzuschaffen und zu gewährleisten, daß jeder in Sicherheit leben und Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen könne. Hier solle eine klare Sprache geführt werden, im Vertrauen auf die eigenen Werte und im Bewußtsein der wirtschaftlichen Dynamik. Die Schlußakte von Helsinki<sup>25</sup> solle Leitfaden der West-Ost-Politik sein.

MP Martens erwähnte als einziger europäischer Regierungschef die europäischen Bemühungen um Einigung auch auf dem Verteidigungsgebiet und begrüßte US-Unterstützung hierfür. Es gebe vielversprechende Entwicklungen, einschließlich Wiederbelebung der WEU, die auch den Weg zu einem richtig verstandenen Konzept besserer Lastenteilung wiesen.

16) MP Schlüter sah Allianz ebenfalls an der Wende von Konfrontation mit dem Osten zu Zusammenarbeit. Es sei daher ständig die östliche Bereitschaft zu testen, auf niedrigere Rüstungsniveaus herunterzugehen. Dieses sei nicht gleichbedeutend mit Vernachlässigung der Verteidigung. DK werde seinen Anteil beitragen.

Es bestehe keine Notwendigkeit – und wäre falsches Signal –, Modernisierungsentscheidung über Kurzstreckenraketen vor 1992 zu treffen. Jetzt könne weder Ja noch Nein zur Modernisierung gesagt werden.

Zwischen dem konventionellen Ungleichgewicht und der Gegenwart von Kurzstreckennuklearwaffen bestehe klare Verbindung: Deshalb müßten Verhandlungen

<sup>25</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.



gen bei letzteren auch im Zusammenhang mit VKSE gesehen werden. Verhandlungsziel müsse die Eliminierung der überwältigenden östlichen Überlegenheit auch bei Kurzstreckenraketen sein.

Schlüter begrüßte „neuen kühnen Schritt“ von Bush für VKSE, ebenfalls „Open skies“-Vorschlag.

Allianz müsse „historische Chance nützen, tragische Teilung Europas zu überwinden“.

<sup>26</sup>17) MP González: Allianz habe Frieden bewahrt und jetzt Öffnung des Ostens für westliche Werte erreicht. Anfängliche Zweifel, ob Wandel echt sei, seien gewichen. Heute könne man nur zweifeln, ob die Länder mit dem Wandel fertig würden.

An Allianz stelle sich Frage, ob sie klare Zeichen setzen könne. Hierfür sei Bush-Initiative wertvoller Beitrag und solle daher zu gemeinsamer Initiative werden. Zeitplan erlaube vielleicht Auflösung der Verhandlungsfrage für Kurzstreckenwaffen. Vielleicht erlaube die Entwicklung im Osten hin zu westlichen Werten, auch hier Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau anzustreben.

Allianz bleibe Garantie der Sicherheit für alle Bündnispartner. Nur ausgehend von diesem Sicherheitssystem könne man politische und wirtschaftliche Entwicklung im Osten fördern.

Bemühungen um Gleichgewicht beträfen besonders konventionellen Bereich. Man könne aber nicht ein System aus Verhandlungen ausnehmen.

MP González hatte Eindruck, daß Bundesrepublik Deutschland maßgeblich zur Sicherheit der gesamten Allianz beigetragen habe, und fand es deshalb um so schwerer verständlich, daß „gewisse Pressestimmen“ diesen Beitrag nicht angemessen würdigen können.

18) MP Cavaco Silva glaubte an die Dauerhaftigkeit der Verbesserungen des West-Ost-Verhältnisses. Dazu müßten Veränderungen der Menschenrechte unterstützt und Rüstungskontrollverhandlungen fortgesetzt werden. Bushs Initiative sah er als wichtigen Impuls für VKSE an. Er hoffte auch auf schnellen CW-Abschluß.

Die Aussagen zu Verteidigungspolitik bewegten sich auf traditionellen Linien.

MP forderte, daß Bündnispartner auch ihren Willen unterstreichen sollten, zu politischen Lösungen von Regionalkonflikten, besonders Südafrika, beizutragen.

19) MP De Mita bekräftigte Bekenntnis zu Allianz und ihrer Politik und schloß positive Bewertung der West-Ost-Entwicklung an.

Auch wenn Ergebnis der Entwicklung im Osten nicht absehbar sei, gebe sie Anlaß zu Hoffnung. Dies sei der heute zutreffende Begriff, nicht Angst. Aber Hoffnung beseitige die Unsicherheiten nicht.

Daher bekannte sich De Mita zum Harmel-Konzept, begrüße Bush-Vorschlag als präzise, nützlich und vielversprechend, besonders wegen des strengen Zeitplans.

Wenn man durch Abschaffung der Ungleichgewichte die Gegenwart gut in den Griff bekomme, habe man eine gute Ausgangsposition für die Bewältigung der Zukunft.

<sup>26</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 658 übermittelten vierten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Unabhängig davon, wie die Entwicklung im Osten ausgehe, würden unsere Werte bestätigt werden. In der jetzigen Reformphase seien die Länder des Ostens sehr gefordert.

Von der Allianz erwartet die Öffentlichkeit aber Hinweise für die Zukunft.

Zur SNF-Problematik äußerte De Mita folgendes: Man wisse nicht, wann in Wien eine Einigung erfolge. Wohl aber wisse man, daß es auch im Kurzstreckenbereich erhebliche Asymmetrien gebe. Also solle auch dort verhandelt werden mit dem Ziel des Gleichgewichts auf niedrigstem Niveau, nicht jedoch Null. Wie könne man dem widersprechen! Allianz müsse die Mittel aktivieren, die es ihr erlaubten, die Entwicklung im Osten wirklich zu beeinflussen, das heiße also, eine Politik definieren und vor allem Gleichgewicht anzustreben, um Sicherheit und Frieden zu gewährleisten.

20) MP Hermannsson äußerte sich als letzter. Er sah Allianz am Kreuzweg: „Maybe once in a lifetime only there is a chance to normalize the situation in Europe.“

Aber: Risiko der Rückkehr zum Kalten Krieg sei nicht ganz auszuschließen, daher müsse Allianz Vorsorge treffen.

Modernisierungsentscheidung zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne weitere Fortschritte in der Rüstungskontrolle verhindern. Vielmehr müsse Versuch gemacht werden, SU-Potential auf NATO-Niveau zu reduzieren. US-Vorschlag stelle vielleicht das Management-Instrument für eine solche Politik dar. Denn Kernproblem bleibe konventionelle Überlegenheit. Verzicht auf Gefechtsfeldwaffen erscheine möglich.

MP stellte fest, Probleme der nuklearen Marinerüstung habe niemand erwähnt. Hier gebe es einen enormen Aufwuchs. Die Reduzierung bei landgestützten Nuklearwaffen scheine diesen Trend zu verstärken. Island sei gegen diese Entwicklung und trete daher für Verhandlungen über seegestützte Nuklearwaffen ein.

Dessenungeachtet trete Island dafür ein, schon aus eigenem Interesse, die Seeverbindungen zwischen USA und Europa jederzeit zu sichern. Dies würde aber unter Umständen erheblich erleichtert werden durch totale Abschaffung von seegestützten Nuklearwaffen. MP räumte ein, daß „andere vielleicht anderer Meinung seien“. (Bei den Beratungen über das Gesamtkonzept hatte Island seine Forderung, diese Problematik im Gesamtkonzept zu berücksichtigen, in letzter Minute eingebracht und dann wieder zurückgezogen. Die Ansprache beim Gipfel zeigt aber, daß Island in dieser Frage aktiv bleiben wird.)

### III. Bush-Initiative zu VKSE

Anschließend wurde kanadischer Vorschlag diskutiert, Bush-Initiative grundsätzlich zu billigen und schnelle Prüfung durch die Allianz (60 bis 90 Tage) anzuordnen und dies alles im Rahmen der Gipfelerklärung öffentlich zu sagen.

USA, NWG und F unterstützten dies. Präsident Mitterrand benutzte Gelegenheit, noch einmal französische Position zur Abrüstungspolitik darzustellen.

Frankreich sehe Priorität in der Rüstungskontrolle bei der konventionellen Abrüstung. Der Bush-Vorschlag ordne sich hier gut ein. Durch eigene Initiative vermeide man auch politische und psychologische Probleme.

Frankreichs Grundsatz sei: Alles, was zur Abrüstung führe, sei gut, wenn diese ausgewogen gestaltet werde – nicht nur quantitativ, besonders auch qualitativ. Für die Art des amerikanischen Vorgehens spreche F seine Unterstützung aus. Es sei nicht immer leicht, abstrakte Prinzipien in konkrete Vorschläge umzusetzen und eingefahrene Denkweisen militärischer Stäbe zu ändern. Bush tue einen Schritt nach vorn und beziehe Flugzeuge ein. Dies stelle keine Änderung der Doktrin dar.

F müsse aber im Hinblick auf seinen besonderen Status<sup>27</sup> einen förmlichen Vorbehalt machen, weil es auch in Zukunft an ihm festhalten wolle. Es gehe um die Sicherung seiner Unabhängigkeit in Fragen der nuklearen Abschreckung.

Bush-Vorschlag beziehe sich auf die Flugzeuge. Solange es um Flugzeuge konventioneller Rolle gehe, sei F ohne Vorbehalt einverstanden. Wenn aber Flugzeuge mit strategischer Rolle bei der nuklearen Abschreckung betroffen seien, werde F nicht mitmachen, weil sonst seine autonome Strategie der Abschreckung berührt würde.

(Inzwischen hat F förmlichen Vorbehalt eingebracht in Gipfelerklärung.) Mitterrand zog die Schlußfolgerung:

Frankreich habe sich auch stets zur nuklearen Abrüstung bekannt, er habe die Bedingungen vor den VN dargelegt. Diese bezögen sich weniger auf die USA, durch deren Potential F sich nicht bedroht fühle, sondern auf die SU. Bis die beiden Großmächte auf eine Schwelle der glaubwürdigen Mindestabschreckung heruntergerüstet hätten, vielleicht nicht ganz auf das Niveau von F, bleibe F bei seiner Nichtbeteiligung an nuklearen Verhandlungen.

Bush nahm hierzu Stellung: Er habe Verständnis für die französische Position und rechne mit ähnlicher Position bei GB. Die US-Überlegungen seien aber zu dem Ergebnis gekommen, daß hier kein unlösbares Problem vorliege. Der besondere Bedarf im Nuklearbereich könne befriedigt werden, und dennoch könne man vorangehen.

GS faßte zusammen:

- Billigung der Bush-Initiative im Prinzip,
- dringende Prüfung mit dem Ziel baldiger Vorlage eines Vorschlags in Wien,
- Kenntnisnahme des französischen Vorbehalts (vermutlich durch GB geteilt),
- Auftrag an SPC, entsprechende Äußerung in Gipfelerklärung aufzunehmen.

21)<sup>28</sup> Stellv. NATO-GS Guidi erstattete kurzen Bericht über Beratungen der Ad-hoc-Gruppe: Es handele sich um wirkliche und schwierige Probleme. Man habe auf Grundlage des deutschen und des amerikanischen Papiers unter Berücksichtigung anderer Vorschläge gearbeitet. Die Kompromißmöglichkeiten würden ausgewiesen. Als besondere offene Fragen nannte Guidi das Problem der dritten Null-Lösung sowie des Zeitpunkts und der Bedingungen für SNF-Verhandlungsbeginn. Es lohne sich, daß Gruppe weiterarbeite.

<sup>27</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

<sup>28</sup> Korrigiert aus: „20)“.

BK widersprach: Wenn man ein Ergebnis erreichen wolle, müsse man Arbeitsweise entsprechend einrichten. Da politische Entscheidung nötig sei, müsse Ebene der Arbeitsgruppe dem entsprechen.

Eine Textdiskussion auf Grundlage des von Guidi angekündigten schriftlichen Berichts in der großen Runde des Rates verspreche wenig Aussichten, zumal mehr Text in Klammern stehe als außerhalb. BK schlug daher Fortsetzung der Gruppenarbeit auf Ebene der Außenminister unter Beteiligung der bisherigen Mitglieder der Gruppe vor. Inzwischen solle der Gipfel die wichtigen Fragen der Politik gegenüber Osteuropa besprechen, die Präsident Bush dargelegt habe. Diese wichtige politische Frage dürfe nicht untergehen.

Gegen diesen Vorschlag erhob sich kein Widerspruch, so daß Gruppe auf AM-Ebene unter Vorsitz niederländischen<sup>29</sup> Ehrenpräsidenten unverzüglich zusammentrat.

Es schloß sich eine einstündige freie Diskussion über Einschätzung der Entwicklungen in der SU und anderen Staaten Zentral- und Osteuropas an, an der sich MP Brundtland, BK Kohl, PM Thatcher, MP De Mita, MP Hermannsson, MP González und MP Martens beteiligten. Hierzu folgt gesonderter Bericht. Diskussion wird am 30.5. fortgesetzt.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13038 (202)

## 154

### Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-12746/89 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 659

Aufgabe: 30. Mai 1989, 05.14 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 30. Mai 1989, 06.01 Uhr

Betr.: Tagung des NATO-Rates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29. und 30.5.89<sup>2</sup>;  
hier: Beratungen im geschlossenen Sitzungsteil am 29.5.89 – West-Ost-Beziehungen

#### Zusammenfassung

1) MP Brundtland leitete freie Diskussion mit einem (von Mitterrand gegenüber Mitarbeitern als missionarisch bezeichneten) Plädoyer für ein klares westliches Konzept gegenüber der Entwicklung in SU und – sehr differenziert – in anderen WP-Staaten ein. Jüngere Generation ohne Weltkriegserfahrung sei durch stra-

<sup>29</sup> Korrigiert aus: „dänischen“.

Die Ehrenpräsidentenschaft des NATO-Rats hatte der niederländische Außenminister van den Broek inne.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

<sup>2</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. auch Dok. 153 und Dok. 156.

tegische Bedürfnisse nicht mehr zu beeindrucken. Auch dies mache den Prozeß irreversibel<sup>3</sup>, selbst wenn Rückschläge nicht ausbleiben würden. Kein Land könne sich auf Dauer durch eine politische Entscheidung von der internationalen Entwicklung ausschließen. Angesichts der Entwicklung Osteuropas zu einer „managed market economy“ sei ein sich verbreitendes Netz von Kooperation erforderlich, das auch für einfache Bürger spürbare Wirkungen habe. Grenzen westlicher Politik, die friedlichen Wandel und Reformen unterstützen wolle, liegen in der Unionsverband sprengenden Instabilität in der SU sowie in Störung der sicherheitspolitischen Arrangements.

KSZE-Prozeß bilde zentrales Element, aber auch andere Foren, zumal europäische, könnten zunehmend nutzbar werden, z. B. Europarat, ECE und OECD – sofern sich die fraglichen Länder für Zusammenarbeit qualifizieren.

Westen solle Bürger der östlichen Nachbarn bei sich lernen lassen, wie unsere wirtschaftlichen und politischen Systeme funktionierten, einschließlich der Rolle der Gewerkschaften.

Es gebe aber auch konkrete Erwartungen und einen enormen Bedarf an Krediten für die verschiedensten Zwecke einschließlich Umwelt. Der Westen könne weder einen Marshallplan<sup>4</sup> aufstellen, noch ineffiziente Planwirtschaften unterstützen. Wohl könne er sich gegenüber einzelnen Ländern, in denen Menschenrechtsbeachtung und gewisse Wirtschaftsreformen ein bestimmtes Niveau erreicht hätten, großzügiger zeigen. Eine solche West-Ost-Interaktion könne ihre eigene Dynamik in Osteuropa auslösen.

2) Bundeskanzler stellte fest, man stehe an einem wichtigen Punkt. Niemand könne das Ergebnis der Entwicklung voraussagen.

Zu warnen sei vor jeder Form der Euphorie, dies gelte in allen Bereichen, nicht nur bei der Abrüstung. Es nütze uns und auch den betroffenen Völkern, nüchtern und real an die Dinge heranzugehen.

Dennoch seien die dramatischen Veränderungen völlig unanzweifelbar. In einigen Ländern seien sie so weit vorangeschritten, daß sie schwer – eigentlich nur mit schlimmeren Methoden als in der Stalin-Zeit – revidiert werden könnten.

BK teilte Auffassung Brundtlands: Zwei Drittel der sowjetischen Bevölkerung sei entweder nach dem Zweiten Weltkrieg geboren oder aufgewachsen (wie bei uns) und habe eine andere Art zu denken. Unverkennbar sei das Streben, so ähnlich zu sein wie die Menschen im Westen.

Die Ideologie habe in einem Maße abgedankt, daß sie selbst bei Akteuren keinen Glauben mehr finde. Noch sei nicht abzuschätzen, welche Wirkung die Bilder aus Peking<sup>5</sup> im Warschauer Pakt haben würden, und zwar in jedem einzelnen Land, besonders aber in der SU, Polen und Ungarn.

Es sei wichtig, in die eigene Analyse nicht nur militärische Faktoren einzu-beziehen:

- Kulturbeziehungen könnten nicht hoch genug bewertet werden. Ungarn, Polen und die ČSSR seien alte Kulturländer Europas. Eine ČSSR, die unter ungari-

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „reversibel“.

<sup>4</sup> Zum „Marshallplan“ vom 5. Juni 1947 vgl. Dok. 148, Anm. 7.

<sup>5</sup> Zur Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik China am 20. Mai 1989 vgl. Dok. 145.

schen Bedingungen Wirtschaftspolitik machen könnte, wäre ein völlig anderes Land.

- Die Entwicklung der Wirtschaft setze viel voraus. Vor allem aber müsse Perestroika, um Erfolg zu haben, die Regale füllen. Eine erste Gruppe von sowjetischen Wirtschaftsleuten, die zu Managementstudien bei uns gewesen sei und sich auch in Betrieben aufgehalten habe, habe – so MP Ryschkow – überwältigende Eindrücke gewonnen. Beispielsweise sei das Erlebnis der Praxis deutscher Betriebsmitbestimmung unfassbar gewesen, ebenso das System der sozialen Sicherung. Delegation sei angesichts dieser Möglichkeiten im Zustand der Begeisterung zurückgekehrt. Derartige Kontakte würden Fragen über das eigene System verstärken.
- Austausch in allen Bereichen sei wichtig. Er verstärke das Momentum zur Dezentralisierung. Je mehr sie sich entfalte, desto besser. Hier solle man die sowjetische Seite beim Wort nehmen.
- Angesichts der phänomenalen Entwicklung in Polen und Ungarn sei es wichtig, ihr zum Erfolg zu verhelfen. Ein Mißlingen würde katastrophale Wirkungen haben und die abwartenden Ultras in anderen Ländern stärken. Aus deutscher Sicht bestehe ein besonderer geschichtlicher Grund, den Polen zu helfen. Er speise sich aus der Entschlossenheit, aus der Geschichte zu lernen. Zwar könne man angesichts der unterschiedlichen Systeme unser Verhältnis zu Polen nicht dem zu Frankreich vergleichen. Im Grunde strebten wir aber den gleichen Grad der Versöhnung auch mit den Polen an.

Wirtschaftliches Engagement sei vernünftig, nicht nur bilateral, auch multilateral. USA und F verfügten in Polen über enormes Prestige. Es sei wichtig, daß Weltbank und Pariser Club den Polen etwas Luft verschafften, damit sie auf die Beine kommen könnten. Ihnen sollte aber nichts geschenkt werden.

Im WP vollziehe sich eine erstaunliche Trennung, auf der einen Seite Polen und Ungarn in einer von der SU geduldeten Entwicklung, andererseits die Hardliner unterschiedlichen Grades in den übrigen Ländern. Die Entwicklung gehe tendenziell immer weiter auseinander. Unser Interesse sei, daß der Funke auch in die noch zurückhaltenden Länder überspringe. Honecker und die Führung seines Alters werden versuchen, die Entwicklung zu bremsen, aber das Rad der Geschichte werden sie nicht festzurren können.

Zu den innerdeutschen Beziehungen bemerkte BK: Honecker habe alle Versprechen zuverlässig eingehalten. In den letzten vier Jahren seien 19 Millionen Besuche von insgesamt 13 Millionen Besuchern erfolgt. Das lange geschürte Feindbild vom Westen sei endlich zusammengebrochen. Honecker finde sich immer stärker auf der Rückzugslinie. Schließlich sei es nicht überzeugend, neben westdeutschen auch Moskauer Zeitungen zu verbieten.

BK appellierte an Bündnispartner, die Allianz stärker als Gemeinschaft zur Verteidigung von Frieden und Freiheit dazustellen, also die Werte stärker in den Vordergrund zu stellen.

Den Erfolg, den die Allianz mit ihrer Politik habe, solle man einsetzen im Rüstungskontrollbereich und in allen anderen Politikbereichen. Eine besondere Verantwortung komme der Abstimmung innerhalb der EG zu. Man müsse das Bild des europäischen Hauses mit den eigenen Inhalten erfüllen.

Bei aller Skepsis, die man angesichts der Schwierigkeiten haben könne, bezeichnete es BK als dramatisches Versagen vor der Geschichte, die gegebenen Chancen nicht entschlossen und gemeinsam zu lösen.

3) PM Thatcher setzte mit betont nüchterner Analyse den stärksten Kontrapunkt in der Diskussion:

- Noch sei nicht zu viel erreicht, man könnte zwar zwischen verschiedenen Kandidaten wählen, aber es gebe kein pluralistisches Parteiensystem.
- Auch in der Wirtschaft laufe es nicht gut: Selbst in Ungarn, das PM vor einem Jahr optimistisch verlassen habe<sup>6</sup>, hätten die Probleme zugenommen. Und Ungarn solle das Spitzenland der Reform sein. Dies sei das Hauptbezugsland für Gorbatschow in seiner Behauptung, daß das Reformmodell helfe. Um wieviel schwerer müsse es in der SU selbst sein!
- Die sowjetische Wirtschaftslage sei schlechter denn je: Es gebe immer noch kein Preis- und Handelssystem, allenfalls auf dem schwarzen Markt. Joint-ventures stießen daher auf große Probleme. Selbst bei westlichem Training im Management fehle jede Struktur, um das Gelernte anzuwenden.
- Die Polen seien zwar wirtschaftlich noch schlechter dran als die SU, in der Politik hätten sie aber erhebliche Fortschritte gemacht. Eine Schuldenhilfe müsse kommen durch Restrukturierung im IMF und Pariser Club.
- Ungarn habe – nach langen Verhandlungen – sein EG-Abkommen bekommen<sup>7</sup>, von westlicher Seite aus politischen Gründen. Die ČSSR könne nicht wie Polen oder Ungarn behandelt werden angesichts der Lage dort.
- In USA sei Idee über ein zweites Jalta<sup>8</sup> aufgekommen.<sup>9</sup> PM hat von Gorbatschow gehört<sup>10</sup>, daß SU über Wiedereröffnung dieses Kapitels sehr besorgt ist: Das Selbstbestimmungsrecht für die Länder zu fordern, die 1939 und in Jalta den Sowjets überlassen wurden, könne zu unvorhersehbaren Konsequenzen führen.

In den chinesischen Entwicklungen glaubte PM mögliche Zeichen für eine Revision zu sehen. Deshalb sei sie mit Voraussagen zurückhaltend, daß die politischen Veränderungen im Ostblock bereits irreversibel seien. Immerhin dürfe man auch nicht vergessen, daß unter wesentlich günstigeren und einfacheren Bedingungen der Aufbau der westlichen Industriegesellschaften ein Jahrhundert gedauert habe.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

Der ungarische Ministerpräsident Grósz hielt sich vom 6. bis 8. Mai 1988 in Großbritannien auf.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. September 1988 zwischen der EWG und Ungarn über den Handel und die handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 327 vom 30. November 1988, S. 2–33.

<sup>8</sup> In Jalta berieten vom 4. bis 11. Februar 1945 der britische Premierminister Churchill, der amerikanische Präsident Roosevelt und der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der UdSSR, Stalin, über die Nachkriegsordnung. Für den Wortlaut des Kommuniqués, des Protokolls über die Tätigkeit der Konferenz und der weiteren Dokumente vgl. FRUS, Malta and Yalta 1945, S. 968–987 (Dok. 500–504). Für den deutschen Wortlaut vgl. TEHERAN–JALTA–POTSDAM, S. 183–196.

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Überlegungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger; Dok. 121, Anm. 28.

<sup>10</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schevardnadse besuchten Großbritannien vom 5. bis 7. April 1989. Vgl. dazu Dok. 93, Anm. 11, und Dok. 115, Anm. 17.

All dieses faßte PM Thatcher zusammen: Hinter dem Eisernen Vorhang lebten viele Menschen, die vom Westen bitter enttäuscht sein würden, wenn er je in seinen Verteidigungsanstrengungen nachließe.

4) PM De Mita sah Möglichkeiten für westliches Handeln, besonders gegenüber Polen in bezug auf seine Schulden und durch Zusammenarbeit.

Es gebe neue Realitäten im Osten, die aber deutlich anders als bei uns seien. Man könne deshalb nicht unsere Denkweisen – die Preissystem und Marktwirtschaft voraussetzen – übertragen. Es werde immer deutlicher, was der WWG in Tokio<sup>11</sup> festgestellt habe: Die Werte der Freiheiten seien unabdingbar mit der Bewältigung der Probleme verbunden.

Bei der Krise der SU und der anderen Länder handle es sich also um eine politische Krise. Deshalb müßte der Westen eine Politik verfolgen, die seine Sicherheit wahre, aber auch auf Fortschritt abziele. Eine solche Politik werde auch für die westlichen Länder auch wirtschaftlich nützlich sein.

Wirtschaftswachstum sei absolut notwendig, dieses setze aber Marktwirtschaft voraus.

Es laufe also im Ostblock ein doppelter Prozeß ab:

- politischer Prozeß in Richtung auf Pluralismus, in Polen besonders sichtbar, aber auch in seiner Komplexität;
- wirtschaftlicher Prozeß, der eine echte Revolution darstelle.

Die ungeheuren Herausforderungen setzten einen starken Erfolgswillen voraus. Man stehe aber vor Erfolgszwang. Erfolg sei aber nur mit Freiheit zu erreichen. Und Werte wirkten nur, wenn sie vollständig gewährleistet würden.

<sup>12</sup>Insofern sei die Bewegung unumkehrbar, aber könne jederzeit durch Repression unterbrochen werden.

5) MP Hermannsson hielt es für richtig, alle Möglichkeiten zur Hilfestellung zu nutzen. Training, besonders im Managementbereich, bezeichnete er als gute Methode.

6) MP González berichtete von Besuchen in Polen und Ungarn: Er sei verwirrt zurückgekehrt. Er habe z.B. keinerlei Parallelen gefunden zwischen den spanischen Erfahrungen bei Abstreifung der Diktatur und Einführung der Demokratie und den dortigen Entwicklungen. Vor einer möglichen westlichen Reaktion sei zunächst Analyse und auf ihrer Grundlage Schlußfolgerung erforderlich: Perestroika finde ihre Ursache in dem Versuch, eine Antwort auf den Mißerfolg zu geben, ohne einzuräumen, daß das eigene System versagt habe.

Wirtschaftsreformen ohne parallele politische Dynamik könnten nicht erfolgreich sein. Es sei aber leichter, die politische Entwicklung zu strukturieren als die wirtschaftliche Entwicklung.

Der Westen könne vielleicht Ungarn oder Polen helfen, dort gebe es überschaubare Dimensionen. Auch Jugoslawien soll nicht vergessen werden.

Aber bei der SU angesichts ihrer Größe könne der Westen nicht umfassend helfen.

<sup>11</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 660 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.



In der SU gebe es zwei Grenzen für Entwicklung: Einmal werde Führung keine Explosion der Nationalitätenfrage zulassen, andererseits keine Auflösung der Sicherheitsstrukturen. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung im Osten würde mit westlicher Zusammenarbeit laufen können, solange man das Sicherheitsschema zwischen West und Ost nicht berühre. Das heißt, man könne Polen oder Ungarn nicht vom Ostblock trennen.

MP González verneinte die Möglichkeit einer Umkehrung des Prozesses. Wohl aber sah er Höhen und vor allem Tiefen in seinem Ablauf voraus. Westliches Ziel müsse es sein, zum Überleben der Perestroika beizutragen. Dann werde auch die ČSSR sich einbeziehen lassen, desgleichen DDR und andere. Sie würden aber möglichst lange warten und im Falle eines Scheiterns der Perestroika versuchen, die Entwicklung in Ungarn und Polen wieder zurückzudrehen.

7) MP Martens fand nach Besuch in Polen<sup>13</sup> die Vorstellung naiv, einerseits das System aufrechterhalten zu wollen, andererseits eine Opposition zu haben und zu dulden, die nach eigenem Bekenntnis auch in der Opposition bleiben wolle.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13038 (202)

## 155

### Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem stellvertretenden vietnamesischen Außenminister Nguyen Dy Nien

342-321.36 VIE

30. Mai 1989<sup>1</sup>

Gespräch des stellvertretenden vietnamesischen Außenministers Nguyen Dy Nien am 30.5.1989, 16.00 h, mit Staatssekretär Dr. Sudhoff<sup>2</sup>

1) StS *Sudhoff* hieß den stellvertretenden AM Nien<sup>3</sup> willkommen. Er begrüße<sup>4</sup> dessen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und seine<sup>5</sup> Teilnahme an dem zweiten Vietnam-Colloquium in Düsseldorf<sup>6</sup>. Die Tatsache, daß diese Tagung stattfinde, zeige das große Interesse, das in der Bundesrepublik Deutschland

<sup>13</sup> Der belgische Ministerpräsident Martens besuchte Polen vom 28. bis 31. März 1989.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Dane am 1. Juni 1989 gefertigt und am selben Tag an das „Büro St(S) Sudhoff mit der Bitte, die Billigung des Gesprächsvermerks einzuholen“, geleitet.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die stellvertretende vietnamesische Außenminister Nguyen Dy Nien hielt sich am 29./30. Mai 1989 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen: „sehr herzlich“.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „freue sich über“.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „und über seine“.

<sup>6</sup> Das zweite Deutsch-Vietnamesische Colloquium fand vom 29. bis 31. Mai 1989 statt.

an Vietnam bestehe. Das Interesse werde auch dadurch dokumentiert, daß die beiden Außenminister sich im vergangenen Jahr in New York getroffen hätten<sup>7</sup> und daß StM Schäfer voriges Jahr nach Vietnam gereist sei<sup>8</sup>. Er, StS Sudhoff, freue sich, die politischen Kontakte jetzt fortzusetzen. Geographisch seien unsere beiden Länder zwar weit voneinander entfernt, aber wir hätten großes Interesse an der Region. Mit den ASEAN-Staaten unterhielten wir sehr enge Beziehungen, die zum beiderseitigen Vorteil gereichten. Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Vietnam hätten sich bisher nicht sehr weit entwickelt. Hier gebe es ein großes Hindernis: die vietnamesische Besetzung Kambodschas.<sup>9</sup> Mit Befriedigung<sup>10</sup> habe er deshalb vernommen, daß Vietnam die endgültige Räumung Kambodschas bis zum September angekündigt habe. Wir begrüßten dieses außerordentlich. Wichtig sei, daß im Anschluß an den Abzug der vietnamesischen Truppen in Kambodscha eine Regierung gebildet werde, mit der die Menschen leben könnten und die nicht an die alten Zeiten der Roten Khmer erinnere. Er bitte nun um die Einschätzung von Herrn Nien, wie Vietnam die Entwicklung in der Region sehe und wie es in Kambodscha weitergehen könne.

Stv. AM Nien bedankte sich für den Besuchstermin, er sei mit großer Freude in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, die er zum ersten Mal kennengelernt habe. Seit gestern habe er an dem Colloquium in Düsseldorf teilgenommen, wo StM Schäfer eine sehr interessante Rede gehalten habe.<sup>11</sup> Der einhellige Wunsch der vielen Teilnehmer an dem Colloquium, die er, Nien, gesprochen habe, sei es, die Beziehungen zu Vietnam zu entwickeln. Es sei wahr, unsere Länder lägen geographisch weit auseinander, aber Vietnam habe erkannt, daß die Bundesregierung die Entwicklung der Region mit großer Aufmerksamkeit verfolge. Vietnam und die Bundesrepublik Deutschland hätten auch zahlreiche Gemeinsamkeiten, darunter z.B. eine Bevölkerung von jeweils etwa 60 Millionen Menschen (der StS warf ein, daß die vietnamesische Bevölkerung aber wachse, wogegen die unsrige abnehme). Herr Nien ging kurz darauf ein und meinte, daß das Entwicklungsniveau zwischen beiden Ländern sehr unterschiedlich sei und Vietnam sich sehr bemühe, das Wachstum seiner Bevölkerung zu bremsen.

Seit 40 Jahren habe es in Südostasien keinen echten Frieden gegeben. In letzter Zeit verdeutliche sich aber der gemeinsame Wunsch, Frieden zu stiften. Vietnam habe sehr gute Beziehungen zu Indonesien. Auch die Beziehungen zu Thailand seien in rascher Entwicklung begriffen. Dies gelte auch z.B. für Singapur, das zwar in den Vereinten Nationen Vietnam stets heftig kritisiert habe, aber zugleich über die besten Wirtschaftsbeziehungen zu Vietnam verfüge. Besonders auffallend sei aber die jüngste Entwicklung in den Beziehungen Vietnams zu

<sup>7</sup> In dem Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Co Thach am 6. Juni 1988 wurden der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha und die weitere Entwicklung dort sowie die Frage von Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik erörtert. Vgl. dazu die mit Drahtbericht Nr. 1298 des Ministerialdirektors Schlagintweit, z. Z. New York, am selben Tag übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 137401.

<sup>8</sup> Staatsminister Schäfer hielt sich vom 18. bis 24. Oktober 1988 in Vietnam auf.

<sup>9</sup> Im Laufe des Jahres 1977 kam es zwischen Vietnam und Kambodscha wiederholt zu Grenzstreitigkeiten. Am 25. Dezember 1978 marschierten schließlich vietnamesische Truppen in Kambodscha ein und eroberten am 7. Januar 1979 Phnom Penh.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Freude“.

<sup>11</sup> Für die Rede des Staatsministers Schäfer am 29. Mai 1989 vgl. Referat 342, Bd. 144599.

Thailand. Es gebe einen regen Delegationsaustausch von Wirtschafts- und Handelsdelegationen. Die Botschaft Bangkok werde sicherlich über das Forum berichtet haben, das mit dem Motto, den Kriegsschauplatz in einen Handelsmarkt umzuwandeln, stattgefunden habe. Gegenwärtig gebe es kaum einen Tag ohne eine thailändische Delegation in Hanoi oder Ho-Chi-Minh-Stadt. Thailand errichte z.Zt. auch in seiner nördlichen Region eine Brücke nach Laos, die die Landverbindung nach Vietnam sehr erleichtern werde. Die Zusammenarbeit mit Thailand entwickle sich jeden Tag weiter.

Vietnam sei im übrigen dabei, Schritte zu unternehmen, um ASEAN beizutreten. Alle ASEAN-Staaten seien hiermit im Prinzip einverstanden. Es sei letztlich nur noch eine Frage der Zeit. Der Zeitpunkt werde wahrscheinlich nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha liegen. Vietnam habe schon jetzt bekanntgegeben, daß es das Abkommen von Bali (Bali Treaty)<sup>12</sup> akzeptiert habe. In Kambodscha sei eine günstige Entwicklung eingetreten. Von heute bis zum bevorstehenden Abzug der vietnamesischen Truppen geschehe bereits etwas in Richtung auf eine internationale Konferenz, eine internationale Überwachung des Abzugs sowie eine Lösung der inneren Aspekte des Kambodscha-Problems. Prinz Sihanouk und Hun Sen hätten vereinbart, sich im Juli in Paris zu treffen.<sup>13</sup> Frankreich stecke bereits in den Vorbereitungen für eine große Konferenz im August d.J.<sup>14</sup> Insgesamt sei der Eindruck entstanden, als ob die internationalen Aspekte des Kambodscha-Problems bereits so gut wie geregelt seien. Schwierig bleibe dagegen der interne Aspekt. Hier seien auch andere Länder, wie z.B. China, verpflichtet, nach Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha ihre Hilfe für die Widerstandstruppen einzustellen. Er, Nien, teile die Auffassung von StM Schäfer, daß der innere und der äußere Frieden dringlich nötig seien. Es dürfe keinen Bürgerkrieg geben. Es müsse aber das Prinzip respektiert werden, daß die kambodschanischen Probleme nur von den Kambodschanern selbst zu lösen seien. Außenstehende könnten Kambodscha keine Lösung aufzwingen. Gerade deshalb sei das sich verdichtende Netz der Beziehungen zwischen Sihanouk und Hun Sen sehr wichtig. Z.Zt. gebe es drei Lösungsmöglichkeiten:

- eine Gesamtlösung für die inneren und äußeren Aspekte;
- sofortige Lösung für die internationalen Aspekte, die inneren Aspekte können erst nach Abzug der vietnamesischen Truppen gelöst werden;
- nur eine Lösung für die internationalen Aspekte, die internen Aspekte finden überhaupt keine Lösung.

Aus vietnamesischer Sicht sei es eindeutig, daß die erste Variante die mit Abstand beste Lösung sei. Wenn sie nicht gelinge, müßten alle Kräfte darauf gerichtet sein, die zweite Variante durchzusetzen. Das große Hindernis seien die

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien, den die Staats- und Regierungschefs der ASEAN-Mitgliedstaaten am 24. Februar 1976 in Denpasar auf Bali unterzeichneten, vgl. UNTS, Bd. 1025, S. 298–326. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 329–333.

<sup>13</sup> Am 25. Juli 1989 trafen in La Celle-Saint-Cloud bei Paris Vertreter der vier kambodschanischen Konfliktparteien zusammen. Vgl. dazu Dok. 203, Anm. 44.

<sup>14</sup> Vom 30. Juli bis 30. August 1989 fand in Paris die internationale Kambodscha-Konferenz statt. Vgl. dazu Dok. 258.

Roten Khmer. Aber auch hier handle es sich um ein Problem, das die Kambodschaner untereinander lösen müßten. Dieses hänge allerdings auch eng mit China zusammen. Das letzte Treffen der stellvertretenden AM von China und Vietnam<sup>15</sup> habe keine Ergebnisse erbracht. Wenn diese beiden schon keine Einigung hätten erzielen können, sei es um so deutlicher, daß niemand von ihnen Kambodscha eine Lösung aufzwingen könne. Auch Generalsekretär Gorbatschow habe mit Deng Xiaoping das Problem angesprochen.<sup>16</sup> Gorbatschow habe deutlich gemacht, daß auch die Sowjetunion jetzt nichts mehr tun könne. Es handle sich um eine Angelegenheit der Kambodschaner untereinander. Bis September d.J. seien es nur noch etwa drei Monate. Deshalb müsse jetzt sehr intensiv an einer Lösung gearbeitet werden. Vietnam hoffe, daß alle anderen Länder, auch die Bundesrepublik Deutschland, das Treffen Sihanouk/Hun Sen unterstützten.

Auf die Beziehungen Vietnams zu dritten Staaten eingehend, äußerte Nien sich ausschließlich zum amerikanisch-vietnamesischen Verhältnis. Diese Beziehungen verbesserten sich. Die Probleme würden nach und nach gelöst: Dies gelte für die vermißten Amerikaner (MIA<sup>17</sup>), die amerikanisch-vietnamesischen Mischlingskinder, die Flüchtlingsfrage, das ODP<sup>18</sup>-Programm, etc. Der amerikanische Präsident Bush habe den General Vessey beauftragt, Verbindung mit Vietnam zu halten. Dies geschehe.

Nien fuhr fort, Vietnam betreibe eine Öffnungspolitik gegenüber allen Ländern. Dies gelte insbesondere auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Vietnam sei dafür, Gespräche zu führen, um auf diese Weise bestehende Hindernisse zu überwinden und die Beziehungen allseitig zu entwickeln. Hierzu würden auch Gespräche über die Einbeziehung Berlins in unsere bilateralen Beziehungen gehören. Er denke, daß eine für beide Seiten annehmbare Formel hierfür gefunden werde.

StS *Sudhoff* bedankte sich für den interessanten Überblick, den der stellvertretende AM Nien geboten habe. Die Bundesregierung sei sehr interessiert an dem Fortgang in Kambodscha und begrüße alle Schritte, die einem Frieden in Kambodscha und in der Region dienen. Dazu gehörten auch Gespräche der Führungspersonlichkeiten, die diesen Frieden gestalten müßten. Zum Frieden gehöre aber auch, daß dritte Staaten sich einer Einmischung von außen enthielten. Dies habe er, StS *Sudhoff*, vor kurzem auch dem chinesischen AM gesagt.<sup>19</sup>

Für das bilaterale Verhältnis hoffe er, daß sich nach einem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha neue Möglichkeiten eröffneten. Wir seien gern bereit, dann auch über Entwicklungshilfe zu sprechen. Bezüglich der Berlin-Klausel decke sich die Aussage von Herrn Nien mit unserer Auffassung. Vietnam müsse wissen, daß es sich bei der Einbeziehung Berlins um eine entscheidende nationale Frage handle. Die Frage der Akzeptanz der Form der Einbeziehung

<sup>15</sup> Zum Gespräch der Stellvertretenden Außenminister Liu Shuqing (Volksrepublik China) und Dinh Nho Liem (Vietnam) vom 8. bis 10. Mai 1989 in Peking vgl. den Drahtbericht Nr. 948 des Botschafters Hellbeck, Peking, vom 13. Mai 1989; Referat 342, Bd. 137127.

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse hielten sich vom 15. bis 18. Mai 1989 in der Volksrepublik China auf.

<sup>17</sup> Missing in action.

<sup>18</sup> Orderly Departure Program.

<sup>19</sup> Staatssekretär *Sudhoff* traf am 10. April 1989 mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhou Nan zusammen. Zum Gesprächsteil Tibet vgl. Dok. 95.

Berlins in unsere Außenbeziehungen sei auch mit sozialistischen Staaten zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst. Wir erwarteten von Vietnam nicht mehr, als wir auch von anderen Staaten erwartet und erhalten hätten. Dies gelte z. B. für Angola<sup>20</sup>, Mosambik<sup>21</sup> und Albanien<sup>22</sup>. Wenn es soweit sei, würden wir unsere Vorstellungen übermitteln. Eines könne er aber schon jetzt sagen: Wir seien dann bereit, uns am Aufbau Vietnams zu beteiligen. Wir wollten uns auch in Vietnam als Partner des Fortschritts verstehen. Wir begrüßten sehr die Verbesserungen der Beziehungen Vietnams zu seinen asiatischen Nachbarländern. Diese Verbesserung der Beziehungen mache auch die entwicklungspolitischen Beziehungen im bilateralen Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern leichter. Hier stünden wir vor positiven Entwicklungen (Einwurf von stv. AM Nien: Er teile diese Ansicht). Insofern sei es gut, daß Herr Nien nach Bonn gekommen sei. Nach dem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha werde es sicherlich neue Gespräche geben.

2) Abschließend wurde noch kurz über die bevorstehende Reise des vietnamesischen AM Thach nach Europa gesprochen, für die ein Termin beim BM am 25. Juni erbeten ist. StS Sudhoff wies darauf hin, daß der BM dann voraussichtlich bereits nach Madrid<sup>23</sup> abgereist sei. Wir bemühten uns aber um einen anderen Termin. Herr Nien meinte, er wisse, daß der BM sehr viele Termine habe, sein AM habe allerdings auch sehr wenig Zeit.<sup>24</sup> StS Sudhoff lud den stellvertretenden AM Nien ein, bei einem nächsten Besuch in Europa auch wieder nach Bonn zu kommen. Herr Nien entgegnete, dies könne ggf. anlässlich seines nächsten Besuchs bei der VN-Generalversammlung bereits der Fall sein, falls er dann einen Abstecher nach Europa mache.

#### **Referat 343 (342), Bd. 144599**

<sup>20</sup> Die Bundesrepublik und Angola nahmen am 16. August 1979 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 916. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 252.

<sup>21</sup> Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik wurden mit Wirkung vom 26. Februar 1976 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.

<sup>22</sup> Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Albanien am 2. Oktober 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 290 und Dok. 292.

<sup>23</sup> In Madrid fand am 26./27. Juni 1989 die Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu Dok. 189 und Dok. 194.

<sup>24</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Sudhoff gestrichen: „StS Sudhoff entgegnete, dies sei eine typische Krankheit der Minister, die leider manchmal auch ansteckend sei.“ Vortragender Legationsrat Dane teilte der Botschaft in Hanoi am 15. Juni 1989 mit, daß ein für den 20. Juni 1989 vorgesehenes Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Co Thach aus beiderseitigen Termingründen endgültig nicht zustande kommen werde. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 217; Referat 342, Bd. 144597.

## 156

**Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 665

Citissime

Aufgabe: 30. Mai 1989, 18.30 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 30. Mai 1989, 18.54 Uhr

Betr.: Tagung des NATO-Rates auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 29. und 30.5.1989<sup>2</sup>;  
hier: Abschlußberatungen (geschlossener Sitzungsteil) am 30.5.1989

## Zusammenfassung

NATO-Gipfel endete mit Verabschiedung

- des fortentwickelten Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung<sup>3</sup>
- einer Erklärung der Staats- und Regierungschefs.<sup>4</sup>

Abschlußsitzung war – nach den erfolgreichen, über achtstündigen, bis in die Morgenstunden reichenden Beratungen der Außenminister über die SNF-Passagen im Gesamtkonzept – von großer Harmonie und deutlicher Erleichterung gekennzeichnet. Bush-Initiative für VKSE<sup>5</sup> zu Beginn des ersten Konferenztages hatte Beratungen ein klares, nach vorn gerichtetes Momentum gegeben, das bei der Finalisierung beider Dokumente positiv wirkte.

Nach Meinung BKs hat sich Allianz damit das beste Geschenk zum 40jährigen Jubiläum selbst gemacht und geht gestärkt und einig in das fünfte Jahrzehnt – versehen mit einer politischen Kursbestimmung für die Gestaltung der West-Ost-Beziehungen und Wahrnehmung einer aktiven Rolle in der Weltpolitik sowie dem Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung, das für die sich abzeichnende dynamische Phase der Rüstungskontrollverhandlungen Ziele und Prinzipien definiert und angesichts der komplexen Interaktion zwischen Verteidigung und Rüstungskontrolle ein gemeinsames konzeptionelles Bezugsdokument von großem Wert darstellt.

Soweit sich Gipfelteilnehmer äußerten, stimmte ihre Bewertung mit der von BK überein:

- Präsident Bush: Befriedigung über Ergebnis, Glückwunsch an alle Beteiligten.
- PM Thatcher: „Quite happy with text as it stands“ bezogen auf Gesamtkonzept, Gipfel sehr erfolgreich, vollständige Einheit, zwei exzellente Dokumente.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10 und 19.

Hat Vortragendem Legationsrat Gröning am 1. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Dreher verfügte.  
Hat Dreher vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel vgl. auch Dok. 153 und Dok. 154.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vom 29. Mai 1989 vgl. [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23553.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

<sup>5</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

- Präsident Mitterrand: Gipfel unter besten Bedingungen für Weltfrieden beendet, können auf dieser Grundlage Fortschritte machen.
- GS Wörner: Vom Gipfel gehen Botschaften der Einigkeit und des Optimismus aus. Allianz hat Initiative bei Ideen, Werten und politischen Konzepten.

Auch wenn die SNF-Frage naturgemäß im Vordergrund des Medieninteresses gestanden hat und weiter steht, dürfte ruhige Lektüre der Gipfelerklärung verdeutlichen, daß die Allianz ihr Konzept für die künftige Gestaltung der West-Ost-Beziehungen in der Gipfelerklärung wesentlich fortentwickelt und insbesondere den Versuch unternommen hat, ihre eigene Vision der Friedensordnung in Europa zu konkretisieren (und damit eine Antwort auf das Gorbatschow-Modell des europäischen Hauses zu geben). Zum ersten Mal in einem NATO-Dokument wird die wachsende politische Einigung einschließlich Sicherheit und Verteidigung aus Allianzsicht positiv bewertet und gleichzeitig die fortschreitende Integration als „eines der Fundamente für Europas künftige Struktur“ anerkannt.

Im einzelnen:

1) Verabschiedung des Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung  
Vorsitzender der AM-Gruppe, AM NL<sup>6</sup>, bezeichnete in achtstündigen Beratungen vereinbarten Text (Vorbehalt nur von GB) als guten Kompromiß. GS Wörner hob besondere Leistung des NL-Vorsitzes hervor – eine durchaus verdiente Anerkennung angesichts der NL-Bemühungen um Konsens im ganzen Verlauf des Verfahrens.

PM Thatcher hob Vorbehalt auf, gab aber gleichzeitig ihre Interpretation der schwierigsten Passage: Die Aussage, daß in Verhandlungen „eine teilweise Reduzierung amerikanischer und sowjetischer landgestützter nuklearer Flugkörpersysteme kürzerer Reichweite auf ein gleiches und verifizierbares Niveau“ (Ziff. 48 vgl. Anhang<sup>7</sup>) erreicht werden solle, sage eindeutig, daß nur eine Teilreduzierung zu verhandeln sei. Eine dritte Null-Lösung sei damit absolut ausgeschlossen.

Diese Feststellung löste eine Runde des Gelächters aus, was PM Thatcher zur Feststellung veranlaßte, USA teilten ihre Meinung – ob sie etwa von irgend jemandem bestritten werde.

Präsident Bush ergriff daraufhin das Wort zu einer knappen zustimmenden Bemerkung: „Teilweise ist teilweise.“ Im übrigen äußerte er sich befriedigt, daß der Schwerpunkt jetzt dort gesetzt werde, wo er hingehöre, nämlich auf die konventionelle Rüstungskontrolle.

GS schloß Tagesordnungspunkt ab mit Erinnerung an isländischen Wunsch, nukleare Marinerüstungen in Rüstungskontrollprozeß einbezogen zu sehen.

## 2) Gipfelerklärung

In langen und teilweise sehr schwierigen und kontroversen Beratungen verhandeltes Dokument wurde ohne Diskussion gebilligt, nachdem letzte Vorbehalte und Änderungen in den frühen Morgenstunden finalisiert werden konnten. Bis zuletzt streitig war die Anordnung der einzelnen Kapitel des Sicherheitsbereichs:

<sup>6</sup> Hans van den Broek.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den deutschen Wortlaut von Ziffer 48 des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 352 f.

USA, GB und F wollten Verteidigungskapitel (mit Überschrift „Ein Rahmen für Sicherheit“) durch mehrere andere Kapitel getrennt von Kapitel Rüstungskontrolle sehen. Wir und mit uns elf andere MS wollten auch durch die Gliederung deutlich machen, daß Rüstungskontrolle ein integraler Bestandteil der Allianz sicherheitspolitik ist. Dieser Streit war eine Reflektion der Probleme beim Gesamtkonzept und konnte nach deren Lösung schließlich beigelegt werden.

GS Wörner bezeichnete Gipfelerklärung als ehrgeizige Agenda, deren konkretes Rüstungskontrollelement (Bush-Vorschlag) schnell implementiert werden müsse. Die nächste HLTF-Sitzung solle bereits am 7.6. stattfinden, um neues Arbeitsprogramm festzulegen. Diesem GS-Vorschlag wurde zugestimmt.

3) Routinepunkte der – normalerweise auf AM-Ebene stattfindenden – Frühjahrsministertagung, insbesondere GS-Lageeinschätzung, wurden ohne weitere Diskussion erledigt.

#### 4) Fortsetzung der freien Diskussion

Nachdem am Vortag West-Ost-Fragen im Zentrum der Diskussion gestanden hatten, wurden diesmal Fragen des West-West-Verhältnisses einschließlich der westeuropäischen Integration (MP Lubbers, González, Mulroney und Präsident Bush) sowie Regionalprobleme (Präsident Mitterrand und MP Özal) und globale Fragen sowie zunehmende Interdependenz (MP Brundtland) in den Vordergrund gestellt. Erörterungen fanden in einer befreiten und besonders harmonischen Atmosphäre statt und erlaubten, den Gipfel bereits vorzeitig und in guter Stimmung zu beenden.

a) MP Lubbers gab eine gute Präsentation der politischen Auffassungen zum transatlantischen Verhältnis und der Rolle der europäischen Integration, die man als mittlere Linie im WEU-Kreis bezeichnen könnte:

Eine Politik zur Überwindung der Teilung Europas sei nur glaubwürdig, wenn Allianzkohäsion gewahrt werde. Diese setze faire Teilung von Risiken, Lasten und Verantwortlichkeiten voraus, und zwar nicht nur in der finanziellen und Verteidigungsdimension.

Aus europäischer Sicht seien die Beiträge zur Verteidigung auch unter Anlegung unterschiedlicher Kriterien sehr beachtlich. Die Verantwortung für konventionelle Verteidigung liege zu Recht in erster Linie bei den Europäern, da ihr Territorium betroffen sei. Entsprechend hoch sei ihr Anteil an konventionellen Kräften. Er könne noch weiter ansteigen, indem eine weitere Verlagerung im Gefolge von VKSE-Abkommen stattfinde.

Die wachsende europäische Verteidigungszusammenarbeit erodiere nicht die Allianz, ganz im Gegenteil erlaube eine wachsende europäische Identität einen kohärenteren europäischen Beitrag. Als Beweise führte Lubbers die WEU an (aus deren Sicherheitsplattform<sup>8</sup> bezeichnenderweise Formeln entnommen wurden zur Lösung von Formulierungsproblem bei der SNF-Frage) und die deutsch-französische Verteidigungszusammenarbeit.

Lubbers arbeitete geschickt heraus, wie die europäische Integration auch der Sorge der Bundesrepublik Deutschland entgegenwirken könne, in eine singuläre

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Erklärung „Plattform der Europäischen Sicherheitsinteressen“ vom 26./27. Oktober 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 613–616.



oder isolierte Lage zu geraten. Eine ähnlich integrierende Wirkung habe die Integration auch für F, das in der Allianz bekanntlich eine Sonderrolle spiele<sup>9</sup>, und auch in bezug auf GB mit seiner atlantischen Orientierung.

Lubbers schien optimistisch in die Zukunft zu blicken, denn er verwies sogar auf ein langsames Zusammenwachsen auch im Nuklearbereich.

Als zweiten wichtigen Aspekt der Integration Europas arbeitete Lubbers die Anziehungskraft heraus, die eine derartige Vereinigung freier Länder gegenüber Osteuropa entfaltet: Sie habe positiven Einfluß auf die Reformen dort und könne diese – durch Nutzung der eigenen Mechanismen – unterstützen.

Schließlich sah Lubbers in dem Entstehen eines europäischen Pfeilers der Allianz eine Präventivmaßnahme gegen „powerplay“ der SU.

<sup>10</sup>Folgerichtig zeigte sich Lubbers befriedigt über Aussagen in der Gipfelerklärung, die diese Aspekte der europäischen Einigung – zum ersten Mal in einer NATO-Erklärung – herausarbeitet (Ziffer 22 vgl. Anhang<sup>11</sup>).

In bezug auf die transatlantische Beziehung hob Lubbers die Notwendigkeit hervor, angesichts der überragenden gemeinsamen Interessen auch in Handelsfragen künftig Streit zu vermeiden und alle Mechanismen der Zusammenarbeit einschließlich GATT und OECD zu nutzen.

Im übrigen bekannte er sich zu einer stärkeren Rolle der westlichen Bündnispartner – nicht unbedingt als Allianz – in globalen Fragen. Er erinnerte an das WEU-Engagement im Golf<sup>12</sup> und die Feinabstimmung der jeweiligen Politiken zu Förderung des Friedensprozesses dort.

Entsprechend den in der Gipfelerklärung unternommenen Engagements bekannte er sich zu der gemeinsamen Verantwortung in bezug auf weltweite Probleme. Aber auch hier habe europäische Einigung ihre eigene Verantwortung.

b) Präsident Bush griff Gedanken seiner letzten NATO-Rede auf (Veränderungen in Westeuropa sind zwar weniger dramatisch als in Osteuropa, aber nicht weniger fundamental) und wiederholte die starke Unterstützung der US-Administration für die europäische Integration.

Die Betrachtung werde oft auf Handelsfragen und wenige Aspekte eingeeengt. Präsident Bush versicherte: Die europäische Integration sei eine gute Sache.

Für die USA bleibe es auch angesichts dieser Veränderungen bei der traditionellen Verpflichtung innerhalb der transatlantischen Beziehungen, ungeachtet entstehender Handelsfragen. Das transatlantische Bündnis sei ein zentrales Element der amerikanischen Außenpolitik. Das amerikanische Volk wünsche diese Beziehung, die unabhängig sei vom Existieren eines gemeinsamen Feindes. Grundlage sei die Wertegemeinschaft, und die Werte setzten sich zunehmend international durch.

<sup>9</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

<sup>10</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 666 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>11</sup> Dem Vorgang beigelegt. Für den Wortlaut von Ziffer 22 der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 341.

<sup>12</sup> Zur Entsendung von Marineeinheiten verschiedener WEU-Mitgliedstaaten in den Persischen Golf vgl. AAPD 1988, II, Dok. 245.

Die Atlantische Gemeinschaft sei also weit mehr als das, was die USA mit den pazifischen Ländern verbinde. Durch Geschichte und Kultur bestehe eine Verwandtschaft. Diese moralische und geistige Gemeinschaft stelle den Kern der Allianz dar. Daher seien die Europäer ein unersetzlicher Partner der USA, auch in der Weltpolitik.

Die US-Truppen würden aus diesem Grunde solange in Europa bleiben, wie sie dort willkommen seien und gebraucht würden für die Verteidigung Europas. Für die USA selbst sei die Allianz vital. Natürlich sei Voraussetzung, daß der Präsident als Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen mit gutem Gewissen sagen könne, daß sie über die erforderlichen Ausrüstungen verfügten. Die Grundlage für eine solche Feststellung sei dem Gipfel gelungen.

c) MP Mulroney bezeichnete Allianz als Konstante, aus der Bündnispartner in Zeiten erheblicher Veränderungen ihre Stärke schöpften. Es entspreche dem Geist der Freiheit, daß man seine eigenen Meinungen nicht für absolut richtig halte, sondern auch die Ansichten anderer zu verstehen trachte. Ein derartiges kollegiales Aufeinanderzugehen<sup>13</sup> sei der wesentliche Unterschied zwischen der Atlantischen Allianz und dem Warschauer Pakt.

Auf beiden Seiten des Atlantiks würden große Anstrengungen zur Modernisierung der Wirtschaft unternommen. Beide Seiten müßten aufpassen, daß es nicht zu Irritationen komme, die die Kohäsion störten. Überall gebe es Haushaltsprobleme, auch in Kanada. Kanada sei aber entschlossen, seine Verpflichtungen im Rahmen der atlantischen Verteidigung zu respektieren und für den Krisenfall Verstärkungskräfte für Europa bereitzuhalten.

Der Gipfel sei ein „day of high accomplishment of NATO“.

d) MP González, der schon zu den West-Ost-Fragen eine sehr durchdachte konzeptionelle Intervention gemacht hatte, begrüßte, daß die Verständigung der Außenminister die Atmosphäre entspannt habe. Er anerkannte eine, verglichen mit Vorgänger-Regierungen, größere Bereitschaft der Bush-Administration zur Zusammenarbeit nicht nur in der Allianz, sondern auch gegenüber anderen, z. B. zum Schutze der Umwelt oder Bekämpfung internationaler Kriminalität.

Aus der relativ kurzen Erfahrung Spaniens in der EG<sup>14</sup> schöpfte MP González die Erkenntnis, daß die Mitgliedstaaten zwar ihre Eigenheiten behielten, aber im Gemeinschaftsrahmen über Unterschiede hinweg zu gemeinsamer Politik kämen: Die EPZ beginne, sich zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu entwickeln.

Auch im 16er Rahmen, der von den gleichen Werten wie die EG gekennzeichnet sei, würden Positionen immer weiter einander angenähert. Besonders in West-Ost-Fragen gebe es enge Konsultationen.

Dialog und Kooperationsbereitschaft, Kennzeichen des Allianzstils, stärkten aber auch die Positionen der USA und Europas weltweit und erhöhten ihre Chancen, mehr Einfluß auszuüben. Als Beispiel verwies er auf eigene Rede zur Darstellung der Zwölferposition in der Nahostfrage, die die Grundlage einer Lösung werden könnte. Präsident Bush habe sie unterstützt. In solchen Fragen sei noch engere Koordinierung möglich und wünschenswert, um zu einer Lösung des lange brennenden Nahostproblems zu kommen.

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „kollegiales und Aufeinanderzugehen“.

<sup>14</sup> Spanien trat zum 1. Januar 1986 den Europäischen Gemeinschaften bei.

Auch in bezug auf die Probleme der Dritten Welt, besonders die Schuldenfrage, wären gemeinsame Initiativen zur Orientierung der Problemlösung gut. Das Umweltproblem sei eng mit den Entwicklungsfragen verbunden, diese wiederum mit Schulden.

Zusammenarbeit bei Kampf gegen Terrorismus und illegalen Drogenhandel sei unverzichtbar, desgleichen bei der Bekämpfung von<sup>15</sup> Internationalisierungstendenzen des Verbrechens.

e) Präsident Mitterrand erinnerte noch einmal an F-Vorbehalt zu der neuen Abrüstungsinitiative, der aber nicht deren Substanz berühre.

Auf dieser Grundlage seien Fortschritte möglich. Nunmehr könne die Allianz in der Abrüstung fortfahren, die den Schlüssel zum Frieden biete unter der Voraussetzung, daß ausgewogen abgerüstet werde.

Bei den bevorstehenden Besuchen Gorbatschows in Bonn und später in Paris<sup>16</sup> sowie durch das inzwischen geknüpfte nützliche Netz von Beziehungen vieler anderer mit ihm könne eine gemeinsame Bewußtseinsbildung entstehen.

Es sei wichtig, daß die USA, zwar in unterschiedlicher Lage, aber aus der großen geistigen Bewegung Europas hervorgegangen, im Einverständnis mit uns eine wichtige Rolle gespielt habe, die vorhandene Konstruktion zu errichten, die von der Einheit des europäischen Geistes getragen werde.

Natürlich gebe es Gefahren. Aber andererseits: Wo gibt es Chancen ohne Risiken? Präsident Mitterrand befaßte sich sodann eingehend mit dem Nahostkonflikt. Er äußert sich skeptisch über israelische Initiative<sup>17</sup> und stellte fest, daß von arabischer Seite eine Reihe wichtiger Gesten gekommen sei, es fehle aber die israelische Antwort.

Mit großem Nachdruck appellierte Mitterrand an die übrigen Bündnispartner, sich der Dringlichkeit von Schritten zur Befriedung des Libanon bewußt zu sein. Dort könne jederzeit ein großes Massaker an der christlichen Gruppe stattfinden, sie sei in ihrer politischen, besonders aber menschlichen Existenz bedroht. Inzwischen seien 2000 Kämpfer aus dem Iran eingetroffen. Im übrigen erinnerte Mitterrand daran, daß die Libanesen Freunde des Westens seien.

Eine internationale Koalition der hier vertretenen Länder müsse eine Initiative ergreifen, um eine Lageänderung zu verhindern, die sehr schnell hoffnungslos werden könne. Gewisse Hoffnungen setzte Mitterrand in die Dreier-Gruppe der Arabischen Liga<sup>18</sup>, deren Bemühungen die Bündnispartner ihre eigene Anstrengung hinzufügen könnten.

In bezug auf europäischen Integrationsprozeß stellte Mitterrand fest, es gehe nicht um Errichtung einer Festung, sondern um Eröffnung zusätzlicher Chancen bei der Verteidigung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interessen. Aber nur in einer offenen Welt könne der Frieden bewahrt werden.

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „und“.

<sup>16</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schevardnadse besuchten vom 12. bis 15. Juni 1989 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

Ferner hielten sie sich vom 4. bis 6. Juli 1989 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

<sup>17</sup> Zu den Vorschlägen des israelischen Ministerpräsidenten Shamir vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

<sup>18</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 130, Anm. 4.

f) MP Özal bezeichnete Ergebnis des Gipfels als vernünftiges Übereinkommen und als Beweis für die Kraft der Allianz, auch bei schwierigen Fragen Konsenslösungen zu finden.

Mit Blick auf die Dynamik des westeuropäischen Integrationsprozesses bezeichnete Özal es als Aufgabe der NATO sicherzustellen, daß die Sicherheit des Westens nicht beeinträchtigt werde. Er forderte außerdem, die Bedürfnisse der weniger entwickelten Bündnispartner zu berücksichtigen.

Bei den Nahostfragen sah Özal, anders als Mitterrand, auch Wandel auf israelischer Seite. Er begrüßte das US-Engagement und sagte zu, daß Türkei in ihrer besonderen Lage die ihr möglichen Beiträge leisten werde. Ohne dies direkt so zu formulieren, erläuterte Özal spezielles Interesse der Türkei an Entschärfung des Nahostkonflikts damit, daß seine Fortdauer die Verbreitung des Fundamentalismus begünstige.

g) MP Brundtland unterstrich Konsultationsbedarf im Allianzrahmen, ungeachtet der Dynamik der EPZ. (NOR-Forderung war entsprochen worden, intensivere Konsultationen vorzusehen und Ständigen NATO-Rat mit Prüfung von Verbesserungen zu beauftragen.) Dabei wünschte Brundtland nicht nur vertiefte Konsultationen von Allianzfragen, sondern auch über andere Probleme.

Eine weitere besondere Sorge Norwegens war die Wahrung der strategischen Einheit und die Vermeidung einer Regionalisierung der Allianz.

h) GS Wörner schloß den ersten NATO-Gipfel unter seinem Vorsitz mit der Feststellung, es habe sich um ein sehr erfolgreiches Treffen gehandelt. Er forderte dazu auf, die beiden Allianzdokumente in der Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen und die Funktion der Allianz zu verdeutlichen. Die vorliegenden Dokumente seien durchaus geeignet, Gorbatschow Schlagzeilen streitig zu machen.

i) PM Thatcher sprach Wörner Anerkennung aus und dankte US-Präsidenten für Bekräftigung der US-Verpflichtung gegenüber Europa.

[gez.] Hansen

<sup>19</sup>Anhang 1

[...] <sup>20</sup>

Anhang 2

[...] <sup>21</sup>

**Referat 201, Bd. 151194**

<sup>19</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 667 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>20</sup> Vgl. Anm. 7.

<sup>21</sup> Vgl. Anm. 11.

## 157

## Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker

204-321.11 USA VS-NfD

31. Mai 1989<sup>1</sup>

Delegationsgespräch des Bundesministers mit US-Außenminister Baker in Bonn am 31.5.1989, 9.30–10.30 Uhr, im Rahmen des Besuchs von Präsident Bush in der BR Deutschland (30./31.5.1989)<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer: Botschafter Walters; Zoellick, Tutwiler (State Dept.); Botschafter Ruhfus, D2<sup>3</sup>, D2A<sup>4</sup>, Dg42<sup>5</sup>/D4 i. V., L 01<sup>6</sup>, L 010<sup>7</sup>, stv. RL 204<sup>8</sup>.

I. Der in harmonischer Atmosphäre geführte Meinungsaustausch bestätigte

- die herausragende Qualität der deutsch-amerikanischen Beziehungen und die beiderseitige Entschlossenheit, die Zusammenarbeit weiter zu vertiefen (Einladung von AM Baker an BM zu Besuch in die USA<sup>9</sup>, Termin noch offen; US-Seite will dt. Vorschlag eines deutsch-amerikanischen Beamtenaustauschs prüfen, vgl. Ziff. 4);
- die Unterstützung der Bush-Administration für den europäischen Einigungsprozeß einschl. des Binnenmarktes nach anfänglicher Zurückhaltung (vgl. Ziff. 2);
- die nahezu völlige Übereinstimmung bei der Beurteilung der Entwicklung in den einzelnen NSWP-Staaten (vgl. Ziff. 6ff) und die Bereitschaft zu koordiniertem Vorgehen bei der weiteren Unterstützung des Reformprozesses.

II. Im einzelnen

1) Im Anschluß an ein ca. 30-minütiges Vier-Augen-Gespräch würdigte *BM* im Delegationsgespräch zunächst das Ergebnis des dem Präsidentenbesuch voraus-

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Kölsch gefertigt und mit der Bitte um Genehmigung an das Ministerbüro geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 2. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Elbe, Legationsrat I. Klasse Gerdtts und Legationsrat Berger verfügte.

Hat Elbe und Gerdtts vorgelegen.

Hat Berger am 5. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht gebilligt.“

<sup>2</sup> Bundeskanzler Kohl und der amerikanische Präsident Bush trafen am 30. Mai 1989 zunächst zu einem Gespräch im erweiterten Kreis zusammen. Vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 1. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nur teilweise freigegeben).

Ferner fand am Morgen des 31. Mai 1989 ein Gespräch statt, an dem nur Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Scowcroft, teilnahmen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nur teilweise freigegeben).

<sup>3</sup> Dieter Kastrup.

<sup>4</sup> Josef Holik.

<sup>5</sup> Dietrich von Kyaw.

<sup>6</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>7</sup> Frank Elbe.

<sup>8</sup> Eberhard Kölsch.

<sup>9</sup> Bundesminister Genscher hielt sich am 20./21. Juni 1989 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

gegangenen NATO-Gipfels<sup>10</sup>, mit dem der Westen die Initiative zurückgewonnen habe. Er dankte AM Baker erneut für seine verständnisvolle Haltung in den schwierigen Beratungen. Die enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit habe sich erneut bewährt; sie sei wichtig nicht nur für das bilaterale Verhältnis, sondern auch für den Zusammenhalt im Bündnis. BM begrüßte erneut die eindrucksvolle – der Öffentlichkeit leider nicht zugängliche – Analyse, die Präsident Bush während des Gipfels sowohl zu den West-Ost- als auch zu den West-West-Beziehungen und insbes. der dynamischen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft abgegeben habe. Nur eine dynamische Gemeinschaft könne auf den Osten des europ. Kontinents ausstrahlen und dort Attraktivität entfalten. In seiner Erwiderung zeigte AM Baker sich zufrieden über die Umstände, unter denen er Bonn besuche. Der kühne Abrüstungsvorschlag des Präsidenten<sup>11</sup> habe eine neue Situation geschaffen; er werde nach seiner Einschätzung von der SU wohlwollend aufgenommen werden. Von seinen Gesprächen aus Moskau<sup>12</sup> bringe er den Eindruck mit, daß die Sowjets es mit der konventionellen Rüstungskontrolle eilig hätten. Vieles von dem, was der Präsident in Brüssel zu den West-Ost- und West-West-Beziehungen gesagt habe, werde er in seiner Rede in Mainz<sup>13</sup> später am Tage wiederholen, nämlich: Überwindung der Teilung Europas als gemeinsames Ziel, aber Notwendigkeit eines umsichtigen, schrittweisen Ansatzes unter Wahrung der westlichen Werte, Forderung nach Abriß der Mauer nicht als verbale Kraftmeierei („hardline rhetoric“), sondern als Wunsch, den sichtbarsten Ausdruck der Teilung zu beseitigen.

2) Die europäische Integration und die Europäische Gemeinschaft, so AM Baker weiter, seien „eine gute Sache“. Die Administration sehe die Dinge jetzt lockerer als bei Amtsantritt („more at ease“). Präsident Bush sei vor seiner Abreise aus Brüssel noch mit EG-Präsident Delors zusammengetroffen.<sup>14</sup> Man verstehe jetzt besser, was es mit Reziprozität, Normen u. dgl. auf sich habe.

3) AM Baker lud dann BM zu einem baldigen Besuch in die USA ein, „um den Gipfel und die weiteren Ereignisse nachzuarbeiten“.

4) BM schlug zur weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit vor, zwischen State Department und Auswärtigem Amt Beamte auszutauschen (gute Erfahrungen mit F und GB, Austausch in Vorbereitung mit I); ein solcher Austausch werde das gegenseitige Verständnis weiter erhöhen. Baker (nach Rücksprache mit Zoellick) hieß den Vorschlag grundsätzlich gut und sicherte Prüfung zu (Exkurs über geplante gemeinsame Botschaften mit F in Mongolei und Gabun<sup>15</sup>).

<sup>10</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>11</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

<sup>12</sup> Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

<sup>14</sup> Der amerikanische Präsident Bush und EG-Kommissionspräsident Delors trafen am 30. Mai 1989 zusammen. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

<sup>15</sup> Zum Vorhaben gemeinsamer Auslandsvertretungen mit Frankreich vgl. AAPD 1988, II, Dok. 371. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kruse vermerkte am 10. Mai 1989: „Die Implementierung des Projekts hängt nur noch von der vorherigen Lösung (verfassungs-) rechtlicher Probleme auf französischer Seite ab. [...] Auf deutscher Seite bestehen grundsätzlich keine rechtlichen Bedenken.“ In

5) *BM* bat *AM Baker*, bei der bevorstehenden Jahrestagung des „Institute for East-West-Security Studies (IEWSS)“ im Oktober d.J. in Frankfurt/M.<sup>16</sup> eine Rede zu halten. *AM Baker* sicherte Prüfung zu.

6) *AM Baker* würdigte die Kenntnis von *BM* hinsichtlich „Osteuropa“ und bat ihn – auch im Hinblick auf die bevorstehende Reise von Präsident Bush nach Polen und Ungarn<sup>17</sup> – um eine Beurteilung der Lage. *BM* verwies auf die Unterschiedlichkeit der Ausgangssituation in den einzelnen Ländern hin und trug hierzu wie folgt vor:

- Bulgarien: einziges Land, in dem seit 1945 sichtbare Fortschritte, in allen anderen kommunist. Ländern seit Kriegsende sichtbarer Rückschritt; Umwandlung von reinem Agrarstaat zu modernem Industrieland; weiterer Grund für Stabilität der Führung: histor. begründete freundschaftliche Hinwendung zu SU nach russ. Befreiung von mehrhundertjähr. Türkenherrschaft (in Sofia einziges auf der Welt noch existierendes Denkmal für russ. Zaren).
- Rumänien: Sonderfall einer kommunist.-monarchist. Diktatur; als einziger Staat noch mit stalinist. Methoden; solange Ceaușescu noch am Ruder, keine Besserung.
- Ungarn: am weitesten fortgeschrittene polit. und wirtschaftl. Entwicklung; aber auch dort ökonom. Entwicklung mit höchsten Risiken verbunden; Erkenntnis, daß „nur ein bißchen Marktwirtschaft“ nicht möglich, sondern nur die eine oder die andere Wirtschaftsverfassung; jede Mixtur schaffe Probleme. Auch hier wie in allen sozialist. Ländern Verteilungsapparat als Kernproblem; insgesamt jedoch Zuversicht, daß weitere Entwicklung in UNG günstig.
- Polen: Entwicklung gekennzeichnet durch Geschichte; für sozialist. Länder einzigartige Stellung der kath. Kirche, Identifikationsfaktor gegenüber protestant. Preußen im Westen und russ.-orthodoxer Kirche im Osten. Erfolg Wałęsas nur erklärbar aufgrund seiner festen Verankerung in kath. Kirche; andernfalls nicht diese Stellung innerhalb Solidarność.
- ČSSR: früher oder später positiver Durchbruch, Land mit der größten demokrat. Tradition im WP (ausdrückl. Zustimmung von *AM Baker*); geringere Bedeutung der kath. Kirche (da als von Habsburg aufgezwungen empfunden) als in POL; im Politbüro noch immer Stalinisten, die Entwicklung verzögern; wenn Reformprozeß in POL, UNG und SU weiterhin positiv, dann positive Ausstrahlung auf ČSSR nur noch Frage der Zeit.
- DDR: schwierigstes Land im WP, da ohne eigene nationale Identität; statt dessen Identifikation mit Persönlichkeiten und polit. Entscheidungen bei uns; kommunist. Gesellschaft mit zwei gegensätzlichen Medienlandschaften, 85% der Bevölkerung könnten Westfernsehen empfangen und machten hiervon Gebrauch; kommunist. System mit zwei parallelen Volkswirtschaften, basierend einerseits auf eigener Währung (mit Versorgungsproblemen) und West-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 712*

letzter Zeit habe sich „der Eindruck verstärkt, daß große Teile der französischen Administration, darunter auch der Apparat des Quai d'Orsay, dem Vorhaben nach wie vor zurückhaltend gegenüberstehen und deshalb alle (auch rechtlichen) Möglichkeiten für eine eher verzögernde Bearbeitung ausschöpfen.“ Vgl. Referat 203 (202), Bd. 151109.

<sup>16</sup> Die Tagung des Institute for East West Strategic Studies fand vom 19. bis 21. Oktober 1989 statt.

<sup>17</sup> Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

währung insbes. D-Mark (auch bei DDR-Bürgern untereinander, dann ohne Lieferengpässe hins. Waren und Dienstleistungen). Hohes Maß an Instabilität des Systems, dessen Stabilität gewahrt werde durch großzügige Besuchsregelung gegenüber BR Deutschland und Tatsache höchsten Lebensstandards innerhalb WP; dies verschaffe Führung jedoch wenig Erleichterung, da Bevölkerung eigene Lebensverhältnisse mit Lebensstandard bei uns vergleiche. DDR-Führung als die innerhalb WP derzeit instabilste, was ihre Ratlosigkeit erkläre; mache sie Reformprozeß mit, laufe sie Gefahr, daß dieser ihrer Kontrolle entgleite; mache sie ihn nicht mit, stünden ihr noch größere Probleme ins Haus. Auf Frage von AM Baker, welche Alternative BM persönlich für wahrscheinlich halte: Bei gegenwärtiger Führung werde bisheriger Zustand fort-dauern. In SU auf Rotem Platz in Form von Demonstranten sichtbar werdender Unmut werde in DDR durch Ausreise- und Ausbürgerungspraxis erledigt.

7) Auf Frage von AM Baker, wie der Westen auf die Entwicklung in Polen und Ungarn reagieren solle, führte BM aus, man müsse den Reformländern unter die Arme greifen, damit sie nicht scheiterten; eine Übergangsphase sei immer die schwierigste. Auf Nachfrage von AM Baker führte BM näher aus:

- zu Polen: hochverschuldet; deshalb seien wir für großzügige Haltung bei Umschuldung im Pariser Club.<sup>18</sup> Polen brauche eine Atempause. Außerdem: Umwandlung unseres außerhalb des Pariser Clubs 1975 gewährten 1 Mrd. DM-Kredits in Złoty-Beträge zur Verwendung in Polen für kirchliche Landwirtschaftsprojekte und andere Vorhaben (Denkmal Widerstand u.ä.) Weiter: möglichst viele „Joint-ventures“ (so auch die Empfehlung von Wałęsa).
- zu Ungarn: auch hochverschuldet, aber im Unterschied zu Polen schon viele kleine Privatbetriebe. Wir befürworteten möglichst enge Zusammenarbeit von UNG mit EG. Interesse an möglichst vielen „Joint-ventures“, zusätzlich auch finanzielle Zusammenarbeit.

Unser Ziel sei nicht allein Erhöhung des Lebensstandards in diesen Ländern; wir gingen vielmehr davon aus, daß bei einer erfolgreichen wirtschaftlichen Reform die Gesellschaft insgesamt in diesen Ländern sich grundlegend verändere. Eine Wirtschaftsreform sei ohne politische Reform nicht denkbar. Ungarn und Polen hätten zunächst den Versuch einer nur wirtschaftlichen Reform unternommen; sie müßten jetzt jedoch erkennen, daß auch eine polit. Reform unumgänglich sei. In der SU dagegen sei die politische Reform bereits weiter als die wirtschaftliche.

8) AM Baker stimmte zu: Politische und wirtschaftliche Reform müßten miteinander einhergehen. Ausgehend von der Erfahrung der 70er Jahre habe die Administration jedoch die Sorge, daß es politische Reformansätze geben könne, diese jedoch ohne gleichzeitige Öffnung der Gesellschaft, daß der Westen Kredite gewähre, ohne daß begleitend die Einführung marktwirtschaftlicher Mechanismen gewährleistet sei. Man fürchte eine Situation, in der der politische Reformprozeß nicht zum Erfolg führe und auch eine wirtschaftliche Reform parallel nicht in Gang gesetzt worden sei. Wie also könne auch eine wirtschaftliche Reform in Gang gebracht werden? Wie eine Wiederholung der Vorgänge der 70er Jahre vermieden werden?

<sup>18</sup> Zur bilateralen und multilateralen Umschuldung polnischer Verbindlichkeiten vgl. Dok. 159.



9) *BM* bezeichnete diese Fragestellung in Übereinstimmung mit *AM Baker* als den entscheidenden Punkt; aber: Heute gebe es – anders als in den 70er Jahren – bereits wirtschaftliche Reformbestrebungen. Somit laute die Kernfrage: Könne der Westen warten, bis diese Bemühungen Erfolg hätten? Seiner Meinung nach nicht; ohne westliche Hilfe werde der wirtschaftliche Reformprozeß keinen Erfolg haben. Wie eine Gläubigerbank sähen wir uns vor der Alternative, das heruntergewirtschaftete Unternehmen bankrott gehen zu lassen oder zu sanieren; wir votierten für die Sanierung.

10) Dies, so *AM Baker*, sei auch die Haltung der Administration. Wie aber lasse sich sicherstellen, daß die jeweiligen Regierungen weitreichende Entscheidungen trafen und sich nicht lediglich auf kleine zögerliche Schritte beschränkten? Es gelte, so *BM* in seiner Antwort, zwei Problemkreise zu unterscheiden: Bei Altschulden müsse man Verständnis zeigen; andernfalls schnüre man diesen Ländern die Kehle ab (Zustimmung von *Baker*); bei neuen Krediten könne man um so großzügiger sein, je mehr die Regierungen zu „Joint-ventures“ bereit seien; dann nämlich bestehe die Möglichkeit zur Einflußnahme über eine strenge Projektprüfung. Außerdem unterstützten wir die Aus- und Fortbildung der Führungskräfte (*AM Baker*: wichtig!). Wie aber, so die Frage von *AM Baker*, ließen sich die makroökonomischen Fragen angehen? Hierauf *BM*: Die Regierungen müßten ihre Volkswirtschaft ändern, wenn Investitionen für deutsche Firmen attraktiv sein sollen. Bereits jetzt biete die Gesetzgebung in einzelnen sozialistischen Ländern einen großzügigen Rahmen für privatwirtschaftliche Betätigung; er werde jedoch mangels unternehmerischem Einsatz nicht ausgefüllt. (Hinweis von *D2* auf poln. und ungar. Gesetzgebung, die ausländ. Mehrheitsbeteiligung bei „Joint-ventures“ möglich mache). *Dg42* wies auf Frage von *AM Baker* nach den Möglichkeiten eines Gewinntransfers auf die immer noch ausweichende Haltung und die Bemühungen mit Polen um ein Investitionsschutzabkommen<sup>19</sup> hin. Gleichzeitig stellte er klar, daß die Bedingungen für einen Erfolg der Reformmaßnahmen von den betreffenden Ländern selbst geschaffen werden müßten, der Westen jedoch positive Signale zu ihrer Unterstützung aussenden müsse. Dem stimmte *AM Baker* ausdrücklich zu.

11) Abschließend stellte *AM Baker* von sich aus fest, daß es für das Wirksamwerden der von Präsident Bush am Vorabend überraschend angekündigten Befreiung von der Visumpflicht für deutsche Touristen und Geschäftsreisende noch kein Datum gebe. Es bestand Übereinstimmung, daß die Befreiung für alle Inhaber von Reisepässen der Bundesrepublik Deutschland gelten solle.

**Referat 010, Bd. 178931**

<sup>19</sup> Zu den Verhandlungen mit Polen über einen Investitionsschutz- und -förderungsvertrag vgl. Dok. 135, Anm. 14 und 15.

## 158

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Fiedler****310-209.10 LIA****31. Mai 1989<sup>1</sup>**Über Herrn D3<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup>

Betr.: Unsere diplomatische Präsenz im Libanon;  
 hier: Vorübergehende Rückkehr von Botschafter Dr. Göttelmann nach Beirut<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Billigung der vorübergehenden Rückkehr von Dr. Göttelmann nach Beirut

1) Es wird gebeten, dem folgenden Verfahren zuzustimmen:

Botschafter Dr. Göttelmann sollte in der kommenden Woche für etwa drei bis vier Tage über Zypern nach Beirut zurückkehren,

- um mit dem amtierenden MP Hoss, Amal-Führer Berri und anderen libanesischen Stellen im aktuellen Entführungsfall<sup>5</sup> direkte Gespräche zu führen, die vom Arbeitsstab als zweckdienlich angesehen werden und Licht in die Angelegenheit bringen könnten,
- um in Begegnungen mit der politischen Führung in Ost- und West-Beirut sowie durch sein öffentliches Erscheinen Irritationen zu begegnen, die durch den vorübergehenden Abzug unseres entsandten Botschaftspersonals entstanden sind.

2) Begründung

2.1) Die politisch-militärische und Sicherheitslage erlauben die vorübergehende Rückkehr von Botschafter Dr. Göttelmann. Es ist nach Abzug des entsandten Botschaftspersonals am 12.5.1989 trotz Fortbestands der Blockade zu keinen Bombardierungen mehr gekommen. Auch nach dem Gipfel der AL in Casablanca<sup>6</sup> ist eine Verschlechterung der Lage nicht eingetreten. General Aoun hat zu erkennen gegeben, daß er die Beschlüsse der AL befolgen will. Syrien dürfte sich nach der Genugtuung, die ihm in der Libanon-Frage als Kompensation für das Entgegenkommen in Sachen Ägypten und Palästinenser von den arabischen

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle und Botschafter Göttelmann, z. Z. Bonn, konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 1. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 1. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die politischen Argumente sind weniger wichtig als die Fragen der Sicherheit. Da das Thema der zeitweiligen Rückkehr im Arbeitsstab in Gegenwart der deutschen Sicherheitsbehörden behandelt worden ist, gehe ich von deren zustimmendem Votum aus. Unter dieser Voraussetzung bin ich einverstanden.“

<sup>4</sup> Zum Abzug des Personals der Botschaft der Bundesrepublik in Beirut vgl. Dok. 130.

<sup>5</sup> Am 16. Mai 1989 wurden die Mitarbeiter der Hilfsorganisation „ASME Humanitas“, Heinrich Strübig und Thomas Kemptner, im Libanon entführt. In einer Sitzung des Arbeitsstabs Libanon am 30. Mai 1989 teilte Ministerialdirigent Fiedler zum Sachstand mit, von den Entführten fehle jede Spur: „Konkrete Anhaltspunkte, wer die Entführer sind, gibt es nicht. Forderungen wurden bisher keine gestellt.“ Nach Informationen des BND verdichteten sich die Spuren, „daß Hisbollah (Abdel Hadi Hamadi) Urheber“ der Entführung sei: „Möglicherweise sind Strübig und Kemptner derzeit in West-Beirut in den Händen von Hisbollah-Kämpfern.“ Die Botschaft in Damaskus habe bei der syrischen Regierung mit der Bitte um Unterstützung demarchiert. Diese habe positiv reagiert. Vgl. Referat 310, Bd. 149786.

<sup>6</sup> Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 23. bis 26. Mai 1989 und zur Einsetzung eines Dreier-Ausschusses der Könige Hassan II. (Marokko) und Fahd (Saudi-Arabien) sowie des algerischen Präsidenten Bendjedid vgl. Dok. 130, Anm. 4.

Staaten gewährt wurde, zunächst nicht veranlaßt sehen, eine erneute Eskalation herbeizuführen.

2.2) Nachdem sich das Verhältnis zwischen General Aoun und den Amerikanern entspannt hat, ist auch US-Botschafter McCarthy nach Beirut zurückgekehrt. In einer Sitzung unter spanischer Präsidentschaft erklärten alle in Beirut verbliebenen EG-Botschafter, gegenwärtig keinen Anlaß zu sehen, ihre diplomatische Präsenz im Libanon aufzugeben oder das Personal zu verringern. Wir sind das einzige westliche Land, das sein entsandtes Personal – wenn auch nur vorübergehend – abgezogen hat. General Aoun, MP Hoss und selbst Dschumblatt haben uns signalisiert, daß sie unsere Präsenz und den direkten Kontakt zu Botschafter Dr. Göttelmann wünschen.

2.3) Unser Abzug hat im christlichen und muslimischen Lager zu Irritationen geführt, die es erforderlich machen, unsere politische Glaubwürdigkeit schnell wieder zurückzugewinnen, bevor wir das Vertrauen verlieren, das in uns Deutsche gesetzt wird. Dies erscheint insbesondere zu einem Zeitpunkt wichtig, in dem die AL eine politische Perspektive im Libanon aufzeigt, drei arabische Staatsoberhäupter hierfür Verantwortung übernehmen und unser ausgleichender Einfluß auf christlicher und muslimischer Seite gefragt ist.

2.4) Die nach unserem Abzug erfolgte zweite Entführung der Deutschen Strübig und Kempfner erfordert nach Auffassung aller Beteiligten der Arbeitsgruppe direkte Kontakte zu Amal-Chef Berri, zu Hoss, Mustafa Saad und anderen libanesischen Stellen, die in der Lage sind, Informationen zu beschaffen, die bisher undurchsichtigen Hintergründe zu klären und zu einer Freilassung beizutragen.

### 3) Verfahren

Botschafter Dr. Göttelmann soll von drei BKA-Beamten der Botschaft Beirut, die sich bereits seit 31.5. wieder in Zypern aufhalten, und von weiteren vier GSG-9-Beamten, die vom BMI sofort benannt werden können, begleitet werden. Die BKA-Beamten werden von Zypern nach Damaskus fliegen, um die dort verbliebenen beiden gepanzerten Mercedes nach Beirut zurückzuführen und Botschafter Dr. Göttelmann mit der GSG-9-Gruppe vom Armee-Helikopter abzuholen.

Nach seinen Gesprächen in Beirut soll Botschafter Dr. Göttelmann zunächst nochmals zur Berichterstattung (politische Lage und Entführungsfall) nach Bonn kommen. Sollte es die Sicherheitslage durch Konsolidierung der Waffenruhe erlauben, könnten Dr. Göttelmann und das übrige abgezogene Personal danach kurzfristig (etwa eine Woche später) wieder in den Libanon zurückkehren.

Ein FS an den Arbeitsstab ist beigelegt.<sup>7</sup>

Dg 11<sup>8</sup> hat mitgezeichnet (mit der Maßgabe, daß zwei GSG-9-Beamte laut BMI ausreichen).

Fiedler

**Referat 310, Bd. 149786**

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Fiedler handschriftlich eingefügt.

Dem Vorgang beigelegt. Für das Fernschreiben Nr. 1107, das am 1. Juni 1989 an die Bundesministerien des Innern bzw. der Justiz, den Chef des Bundeskanzleramts, den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie das Bundeskriminalamt übermittelt wurde, vgl. Referat 310, Bd. 149786.

<sup>8</sup> Hermann Gründel.

## 159

**Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Höynck****214-444.40 POL-858/89 VS-vertraulich****1. Juni 1989<sup>1</sup>**

Betr.: Polen (finanzielle und wirtschaftliche Zusammenarbeit)<sup>2</sup>;  
 hier: Ministergespräch beim BK am 1.6.1989

I. Als Ergebnis des Gesprächs beim BK ist festzuhalten:

1) Jumbo

Der Jumbo soll endgültig geregelt werden:

- Alle Rückstände werden erlassen.
- Zukünftige Fälligkeiten sollen in Złoty zurückgezahlt werden.
- Bei der Verwendung der Złoty dürfen für gemeinsame Projekte für die Bundesrepublik Deutschland keine Folgekosten entstehen (BK: schriftlich festlegen!).

2) Hermes

2.1) Hermes wird geöffnet. Abgesehen von der „Übergangszeit“ (bis Abschluß Polen V) werden keine Plafonds festgelegt. Auf ausdrückliche Frage BM bestätigt BMF: Auch für Liefergeschäfte kein Plafond. Regelungs- und Kontrollmöglichkeit wird durch strenge Prüfung geschaffen. StS v. Würzen: Wir können durch Einschaltung von Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „mehr als sonst“ prüfen. BM insistiert, daß in „Projektfinanzierung“ nicht nur sich selbst finanzierende Devisenprojekte einbezogen werden, sondern auch gute Joint-ventures, die sich selbst tragen.

2.2) Um dieses Angebot für nächste Runde Teltschik/Kucza mit Gewicht zu versehen, wird es – Vorschlag BK – in Brief BK an MP Rakowski<sup>3</sup> niedergelegt, den T. übergibt.<sup>4</sup>

Termin: Vorlage Briefentwurf bei BK Montag 5.6., Dienstschluß.

<sup>1</sup> Ministerialdirigent Höynck leitete die Aufzeichnung an Bundesminister Genscher „m[it] d[er] Bitte um Genehmigung“.

Ferner handschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht genehmigt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 2. September 1989 vorgelegen, der handschriftlich notierte: „Vermerk hat BM vorgelegen.“

<sup>2</sup> Zur finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Polen vgl. Dok. 135.

<sup>3</sup> Ministerialdirigent von Kyaw vermerkte am 2. Juni 1989, in einer fünfstündigen Sitzung am selben Tag im Bundeskanzleramt unter Beteiligung des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums der Finanzen und des Bundesministeriums für Wirtschaft sei der Entwurf eines Schreibens von Bundeskanzler Kohl an den polnischen Ministerpräsidenten Rakowski formuliert worden: „BK beabsichtigt, Brief am 5.6.89 abends zu zeichnen.“ Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, werde ihn bei seinen nächsten Gesprächen am 6./7. Juni 1989 in Warschau übergeben. Das Schreiben entspreche „nach hiesiger Einschätzung dem Ergebnis des Chef-Gesprächs vom 1.6.89“. Nachbesserungen könnten aber erforderlich werden. Vgl. Referat 420 (421), Bd. 157150.

<sup>4</sup> Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 135, Anm. 8.

Teltschik und Kucza trafen am 6./7. Juni 1989 in Warschau erneut zusammen. Ministerialdirigent Höynck notierte dazu am 12. Juni 1989, nach Informationen aus dem Bundeskanzleramt habe Teltschik das Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 5. Juni 1989 an den polnischen Ministerpräsidenten

3) Umschuldung (IWF/PC<sup>5</sup>)

(Dieser Gesprächsteil fand vor meinem Eintreffen statt. Ergebnis wohl wie in BK-Vorlage.)

## 4) Prozedere

MD Teltschik kann Gesprächsergebnis in nächste Runde mit K. einführen. Danach Befassung der Koalition.

Hinweis BK: strenge Vertraulichkeit wahren.

II. 1) Ungarn: Der UFK<sup>6</sup> von 1987<sup>7</sup> wird um 250 Mio. DM „aufgestockt“, d.h. „Eintritt“ in dessen Konditionen, so daß für 250 Mio. zehn Jahre Laufzeit und 4 1/2 Freijahre gelten sollen.

Konsortialführer Deutsche Bank (die noch nicht angesprochen ist).

2) Bulgarien: Frage bleibt offen.

III. Ergebnis Nachbesprechung (StS v. Würzen, StS Tietmeyer, MD Teltschik, Dg21<sup>8</sup>)

1) Es muß Text zu wirtschaftlich-finanziellen Fragen für gemeinsame Erklärung ausgearbeitet werden. Dazu Freitag, 2.6., Besprechung im Bundeskanzleramt (Leitung: VLR I Kaestner).

Noch heute: Vorabstimmung zwischen jeweils zuständigen Ressorts der Passagen zu

- IMF/WB<sup>9</sup>,
- Pariser Club,
- Jumbo,
- Hermes.

2) Entwurf Brief BK an MP Rakowski wird von BMWi gefertigt und soll Freitag, 2.6., ebenfalls im BK besprochen werden.

IV. Teilnehmer an Gespräch des BK: BM, BM Waigel, BM Haussmann, BM Seiters; MD Teltschik, StS v. Würzen, StS Tietmeyer, Dg21.

Höynck

**VS-Bd. 14152 (010)**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 718*

Rakowski übergeben. Die Gespräche hätten „in einer sehr ‚gedämpften‘ Atmosphäre stattgefunden. Die Gesprächspartner, einschließlich Ministerpräsident Rakowski, hätten in einer Mischung aus Schock, Ratlosigkeit und Resignation gesprochen.“ Kucza sei „von dem Angebot im wirtschaftlich-finanziellen Bereich enttäuscht gewesen. Er sowie Ministerpräsident Rakowski hätten eine ‚plakative‘ und optisch wirksame Summe der deutschen Gesamtleistungen verlangt. Die Öffnung von Hermes ohne Plafond sei dazu nicht ausreichend.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

<sup>5</sup> Pariser Club.

<sup>6</sup> Ungebundener Finanzkredit.

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „1988“.

Am Rande des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Grósz vom 7. bis 10. Oktober 1987 in der Bundesrepublik schlossen die Deutsche Bank und die Ungarische Nationalbank am 7. Oktober 1987 einen Kreditvertrag. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140300. Zum Besuch vgl. AAPD 1987, II, Dok. 277.

<sup>8</sup> Wilhelm Höynck.

<sup>9</sup> Weltbank.

## Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 922**  
**Citissime**

**Aufgabe: 2. Juni 1989, 10.10 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 2. Juni 1989, 12.29 Uhr**

Betr.: Rehabilitierung Imre Nagy

Zur Unterrichtung

1) Die im Frühjahr 1988 nach der Reformkonferenz der Partei<sup>2</sup> unter der Leitung von Imre Pozsgay eingesetzte Untersuchungskommission zur Klärung der Ereignisse von 1956<sup>3</sup> hat ihre Arbeit formell noch nicht abgeschlossen, ist im Ergebnis jedoch durch die politische Entwicklung inzwischen weitgehend präjudiziert:

1.1) Führende Persönlichkeiten der Partei (AM Horn, Parlamentspräsident Szűrös) erklärten öffentlich, das Verfahren gegen ihn sei ein politisch fabrizierter Schauprozess gewesen.

1.2) Die zunächst unter dem Druck alternativer Gruppen zugestandene erneute Bestattung Imre Nagys wird zunehmend zu einem nationalen Ereignis, an das jetzt auch die Partei sich anschließen sucht. Am 16. Juni wird zunächst auf dem Heldenplatz eine jedermann zugängliche Gedenkfeier stattfinden, mit Kranzniederlegung vor den sechs aufgebahrten Särgen und Traueransprachen.<sup>4</sup> Wie jüngst zu erfahren, wird eine Parlamentsdelegation unter der Leitung ihres Präsidenten Szűrös teilnehmen. Weitere offizielle Repräsentanz von Partei und Regierung ist bisher nicht vorgesehen, doch kann man sicher erwarten, daß prominente Vertreter des Reformflügels (Pozsgay) anwesend sein werden.

Um Mittag des 16.6. werden die Glocken des Landes läuten und wird der Toten in einer landesweiten Gedenkminute gedacht werden. Die anschließende Neubestattung von Imre Nagy und fünf Gefährten, die bisher in einem nur nummerierten Gemeinschaftsgrab lagen, sowie eines siebten<sup>5</sup>, leeren Sarges als Symbol für alle weiteren Hingerichteten des Aufstandes soll in einem ökumenischen Gottesdienst in Anwesenheit von Verwandten, Freunden und Vertretern der Kirchen stattfinden.

1.3) Die Tochter von Imre Nagy erhielt jüngst das beschlagnahmte Vermögen ihres Vaters zurückerstattet.

1.4) Die Partei hat ihn posthum wieder in seine Mitgliedschaft eingesetzt. In einem Kommuniqué nach jüngster Sitzung des ZK vom 31.5. wird Nagy als ein kommunistischer Mitkämpfer gewürdigt, als sozialistischer Reformpolitiker der frühen 50er Jahre, der aber im November 1956 beim Versuch der Rettung des

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 2. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Landeskonferenz der USAP vom 20. bis 22. Mai 1988 in Budapest vgl. Dok. 20, Anm. 2.

<sup>3</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

<sup>4</sup> Zur Wiederbestattung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Nagy vgl. Dok. 177, Anm. 4.

<sup>5</sup> Korrigiert aus: „sechsten“.

Landes scheiterte: „Er bekämpfte zugleich das Vordringen des Stalinismus in Ungarn, versuchte die Fehlentwicklungen des Landes wiedergutzumachen und eine ausländische Intervention in einer Zeit zu vermeiden, als ein Volksaufstand sich konterrevolutionären Aktivitäten ausgesetzt sah. Weder seine Partei noch seine Koalitionspartner halfen ihm dabei. Er selbst zeigte nicht genügend Entschlußkraft ... und irrte in der Einschätzung der internationalen Bedingungen und Konsequenzen seiner Außenpolitik. Sein Name jedoch ist verbunden mit dem Weg des Sozialismus, mit der Anerkennung nationaler Unabhängigkeit, Selbstbestimmung und eines demokratischen Mehrparteiensystems.“ Imre Nagy, so das ZK-Kommuniqué, sei widerrechtlich und aus politischen Gründen zum Tode verurteilt worden. Das ZK gedenke seiner und seiner Gefährten in Respekt. Die Reform der Partei gründe sich auch auf den im Oktober 1956 gefundenen Prinzipien. Das Kommuniqué des ZK schließt mit dem Aufruf, die Bestattung Imre Nagys am 16.6. nicht wieder zu einer Tragödie werden zu lassen, die Gedenkfeier vielmehr würdig und friedlich, als Symbol der nationalen Versöhnung, zu vollziehen.

1.5) Premierminister Miklos Németh erklärte am 1.6. vor dem Parlament, Imre Nagy werde noch vor dem 16.6. auch juristisch rehabilitiert werden.

2) Die Aufarbeitung der Ereignisse von 1956 war von Beginn ihrer Aktivitäten eine wesentliche Forderung der alternativen und oppositionellen Gruppen in Ungarn. Mit dem Beginn der Reform hatte auch die Partei sich dieses Themas angenommen, wenn auch zunächst nur zögernd, mit Rücksicht auf den Parteipräsidenten Kádár und viele Mitglieder, die mit den Verfolgungen und Verurteilungen in der Folge des Aufstandes von 1956 in Zusammenhang gebracht werden konnten. Das Thema geriet zunehmend zu einem Lackmustest für die Entschlossenheit der Partei einerseits, sich auch historisch zum Bekenntnis umfassender Rechtsstaatlichkeit durchzuringen, andererseits des Bestrebens, den Übergang ohne nationalen Bruch zu vollziehen, also auch eine Wiederholung der Ereignisse von 1956 zu vermeiden. Den Reformdruck verkörperte von Beginn an PB<sup>6</sup>-Mitglied Pozsgay, der frühzeitig und in Vorwegnahme des Ergebnisses der Parteiuntersuchungskommission öffentlich von einem Volksaufstand im Oktober 1956 sprach. Der Taktiker Pozsgay hat, nachdem er die Mine springen ließ, sich von diesem Thema merkbar zurückgezogen und es anderen Prominenten der Partei überlassen, sich als Reformpolitiker zu profilieren. Parteichef Grósz dagegen taktierte von Beginn an vorsichtig und im Bestreben, die gesamte Partei auf die neue Linie zu führen. Von seiner These, daß 1956 ein Volksaufstand in Konterrevolution überging, ist immerhin noch im ZK-Kommuniqué vom 31.5.89 wesentliches erhalten geblieben.

Diese Vorsicht ist auch bestimmt durch außenpolitische Rücksichten. Wie intern aus dem ZK (Parteisprecher Major) zu erfahren, sollen damals SU und Tito auf Hinrichtung Nagys (Tito: und dreißigtausend weiterer) bestanden haben. In dauernder Absicherung seines Reformkurses im Bündnis kann Ungarn kein Interesse haben, Konfliktstoff auszugraben, auch ungeachtet heutiger Stellungnahmen zur Breschnew-Doktrin<sup>7</sup>, die damalige Intervention der SU mit dem Vorwurf zu belasten, einen Volksaufstand niedergeschlagen zu haben. Die unga-

<sup>6</sup> Politbüro.

<sup>7</sup> Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

rische Politik weiß, daß sie auch hier in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion vorsichtig vorgehen muß. Es ist eine Sache, gemeinsam mit den Reformkräften der SU Unwahrhaftigkeiten der gemeinsamen Geschichte aufzuarbeiten, es ist eine andere Sache, nationale Ressentiments gegen die Vormacht Sowjetunion zu nähren.

[gez.] Arnot

Referat 214, Bd. 139936

## 161

### Gesandter Gescher, Peking, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1118  
Citissime nachts

Aufgabe: 4. Juni 1989, 14.51 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 4. Juni 1989, 09.56 Uhr

Betr.: Chinesische Innenpolitik;  
hier: Militäreinsatz in der Nacht vom 3. auf 4.6.89  
Bezug: DB Nr. 1115 vom 3.6.89 – AZ w.o.<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

#### I. Zusammenfassung

Chinesische Regierung hat in der Nacht vom 3. auf 4. Juni Armee und bewaffnete Polizei mit unglaublicher Brutalität zum Einsatz gebracht und Stadtzentrum besetzt. Studentische Demonstranten und ihnen beistehende Menschen aus allen Bevölkerungsteilen wurden unter Schußwaffeneinsatz und Gebrauch von gepanzerten Kräften auseinandergetrieben. Das resultierende Blutbad dürfte Hunderte von Toten und Tausende von Verletzten gefordert haben. Es bot sich das abstoßende Bild einer Regierung, die in hilflos-zynischer Weise den friedlichen Protest der eigenen Bevölkerung mit skrupelloser Gewaltanwendung erstickt, ohne daß es einen ernsthaften Versuch der friedlichen politischen Beilegung der Spannungen gegeben hätte. Die politische Verantwortung für diese barbarische Exekution des vor zwei Wochen verhängten Kriegsrechts<sup>3</sup> ist in der Zentralen Militärkommission zu suchen, d.h. u. a. bei Deng Xiaoping.

Gegenwärtig herrscht in Peking eine relative, gespannte Ruhe. Einstweilen hat die Regierung im Kampf um die Machterhaltung „gesiegt“. Noch ist aber nicht

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Müller, Peking, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel am 5. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete: „In der Nacht vom 2. auf 3. Juni ist zweiter Versuch der Regierung, mit Hilfe der Armee Tian'anmen-Platz gewaltsam zu räumen, schon im Ansatz kläglich gescheitert. Angesichts der entschlossenen Blockade durch die Bevölkerung zogen sich die völlig demoralisierten Truppen in den Morgenstunden des 3.6. in größter Unordnung wieder zurück. Resultierender Gesichtsverlust der (noch) bestimmenden politischen Gruppierung der ‚über Achtzigjährigen‘ um Deng Xiaoping ist kaum noch zu überbieten.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161815.

<sup>3</sup> Zur Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik China am 20. Mai 1989 vgl. Dok. 145.



abzusehen, welche Formen und Ausmaße ein etwaiger Widerstand der Bevölkerung annehmen könnte.

## II. Im einzelnen

1) Am Spätnachmittag des 3.6. begann der größere Teil der um Peking herum in Stärke von mindestens 40000 Mann zusammengezogenen Truppen, in die Stadt einzurücken. Es handelte sich um ca. 27000 Mann der in den Verfügungsräumen befindlichen Teile von sieben Armeekorps und vier selbständigen Divisionen. Weiter kamen ca. 10000 Mann von Armee und bewaffneter Volkspolizei zum Einsatz, die bereits vorher im Zentrum Pekings in der Verbotenen Stadt und angrenzenden Parks zusammengezogen worden waren. Bei den aus allen Himmelsrichtungen in Peking einmarschierenden Truppen handelte es sich zum einen um mit Handfeuerwaffen ausgerüstete Infanterie, zum anderen um gepanzerte Kräfte, die von Ost und West auf dem Chang'an-Boulevard vorstießen. Aus dem Osten kommend, wurden dabei sechs Kampfpanzer, 17 Schützenpanzer und elf gepanzerte Kommandofahrzeuge beobachtet. Stärke der aus dem Westen vorrückenden gepanzerten Verbände dürfte eher noch höher gelegen haben.

Wie jetzt bekannt wurde, wurden gepanzerte Kräfte im Osten bereits in den letzten Tagen zusammengezogen, wobei die gepanzerten Fahrzeuge schon mit äußerster Rücksichtslosigkeit Traktoren und andere Hindernisse beiseite räumten. Beim Einmarsch in die Stadt liefen sich die Lastwagenkolonnen der Infanterie zunächst wieder in Blockaden der Bevölkerung fest. Anders als bei früheren Anläufen begann nun jedoch ein Prozeß rasch eskalierender Gewaltanwendung. Gepanzerte Kräfte, die von Ost und West vordrangen, begannen, provisorische Barrikaden der Bevölkerung aus Bussen und Lastwagen beiseite zu räumen. Infanterie begann gegen 23.00 Uhr mit Schußwaffengebrauch, teilweise zunächst mit Warnschüssen in die Luft, teilweise ohne Vorwarnung in die Menge und wohl sogar auch in umliegende Häuser. Im Verlauf der ab Mitternacht immer mehr zunehmenden Eskalation wurden auch tätliche Angriffe der Bevölkerung gegen die Soldaten beobachtet, teilweise direkt vor dem Diplomaten-Compound im Südosten der Stadt. Gegen 3.00 Uhr morgens am 4.6. war der Tian'anmen-Platz von Demonstranten geräumt und abgeriegelt. Anschließend begannen die Truppen offenbar, die umliegenden Wohnviertel unter wahllosem Schußwaffengebrauch nach versprengten Demonstranten zu durchkämmen. Erst in den frühen Morgenstunden des 4.6. begann der weithin hörbare Schußwaffengebrauch abzuflauen.

2) Zahl der Opfer ist noch nicht absehbar. Verschiedene Krankenhäuser meldeten völlige Überlastung. Man muß mit Hunderten von Toten und Tausenden von Verletzten rechnen. Augenzeugen berichteten von beispielloser Brutalität im Schußwaffengebrauch, dem auch Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Von den Diplomaten-Compounds konnte rücksichtsloser Einsatz der gepanzerten Fahrzeuge auf dem Chang'an-Boulevard beobachtet werden. Um 5.20 Uhr am Morgen des 4.6. erzwang dort ein Kampfpanzer den Einmarsch der vom Osten her einrückenden gepanzerten Verbände, indem er in voller Fahrt in eine Barrikade quergestellter Busse vor dem „Jesuiten-Observatorium“ hineinfuhr und sie auseinanderstob.

3) Am Vormittag des 4.6. herrschte ein ungewisser Zustand relativer Ruhe. Durchgangsstraßen sind teilweise übersät mit Resten von Barrikaden und liegen-

gebliebenen, von der Bevölkerung außer Funktion gesetzten und teilweise in Brand gesteckten Militärfahrzeugen. Taxis und Busse verkehren nicht. Flugplatz ist offen, seine weitere Offenhaltung wurde hiesiger Lufthansa-Vertretung zugesichert.

4) Reaktion der Bevölkerung auf Blutbad der vergangenen Nacht ist noch nicht abzusehen. Erste emotionale Antworten waren uneinheitlich: lähmendes Entsetzen, Gegengewalt gegen Soldaten, in einigen Fällen wohl hin bis zur Lynchjustiz, verzweifelte Appelle an Ausländer, nach draußen zu berichten, was in Peking vor sich geht, fatalistische Wiederaufnahme des sonntäglichen Tagesablaufs am 4.6., aber auch schon wieder Umringung von Soldaten und Wiederaufnahme (noch) friedlicher Diskussionen. Systematischer Versuch der Gegengewalt gegen Truppen, etwa unter Entwendung der Handfeuerwaffen aus umringten LKWs, wurde nicht beobachtet. Wie sich Stimmung nach Bekanntwerden der Einzelheiten des nächtlichen Geschehens und im Lichte der weiteren Entwicklung – gepanzerte Kräfte befinden sich jetzt offenbar im Vormarsch auf das Unviertel – entwickeln wird, bleibt abzuwarten.

5) Kriegerrechtskommandantur hatte sich am Nachmittag des 3.6. über Rundfunk und Platzlautsprecher am Tian'anmen mit Drohung der Exekution des Kriegerrechts, entsprechenden Warnungen und propagandistischen Legitimationsversuchen an die Bevölkerung gewandt. Wiederholte Ankündigungen der letzten Wochen, Truppen würden nicht gegen Studenten zum Einsatz gebracht, wurden jedoch nicht ausdrücklich zurückgenommen. Kein Politiker hielt es für nötig, politische Verantwortung zu übernehmen oder auch nur irgendeinen öffentlichen Kommentar zu den Vorgängen abzugeben. Fernsehen strahlte wiederholt mit schwer nachvollziehbarer Intention (Ironie oder Zynismus?) eine offenbar bereits vor einigen Tagen aufgezeichnete Rede Li Pengs zur Notwendigkeit globalen Umweltschutzes aus.

Offensichtlich untauglicher Einmarschversuch in der Nacht vom 2. auf 3. Juni (Bezugs-DB) gewinnt nachträglich Charakter durchsichtigen Legitimationsmanövers, das den bereits geplanten gewaltsamen Einsatz der folgenden Nacht vorbereitete (als Demonstration der „Unmöglichkeit“ gewaltloser Lösung).

6) Botschaft empfiehlt deutscher Kolonie, Wohngebiete möglichst nicht zu verlassen. Einstweilige Schließung der Deutschen Schule ist veranlaßt. Weitere Schritte werden im Lichte der Lageentwicklung getroffen. Chinesisches Außenministerium ist im Hinblick auf Situation und etwaige Verhaltensmaßregeln für Ausländer noch nicht auskunftsfähig. Reisen nach China sollten einstweilen unterbleiben.

[gez.] i. V. Gescher

**Referat 341, Bd. 161815**

## 162

**Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff  
mit dem chinesischen Botschafter Mei Zhaorong**

341-322.00 CHN

5. Juni 1989<sup>1</sup>

## Zur Information

Auf Weisung BM hat StS *Dr. Sudhoff* am 5.6.1989 hiesigen chinesischen Botschafter einbestellt und ihm erklärt: Die Bundesregierung verfolge mit tiefer Besorgnis und mit Entsetzen, was sich gegenwärtig in China abspielt. Die Bundesregierung verurteile die Anwendung von Gewalt und die Verletzung von Menschenrechten in Peking durch die Volksbefreiungsarmee. Sie erwarte, daß die chinesische Führung den Weg politischer und friedlicher Lösungen des Konflikts wählt und von weiterer Anwendung von Gewalt absieht. Die Bundesregierung hoffe und wünsche, daß die chinesische Führung zur Reform- und Öffnungspolitik zurückkehrt, die ein wichtiges Element der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit China sei. Der Botschafter möge seiner Regierung unsere tiefste Betroffenheit zum Ausdruck bringen und unser großes Interesse an einer gewaltfreien Konfliktlösung übermitteln. Die chinesische Regierung werde ferner gebeten, alles zu tun, um die Sicherheit und Unversehrtheit der in China wohnenden Deutschen (Wissenschaftler, Studenten, Geschäftsleute, Experten sowie ihre Angehörigen) zu gewährleisten. Das schließe auch die ungehinderte Ausreise Deutscher ein, sofern sie ausreisen wollten. Die Bundesregierung habe sich gezwungen gesehen, gegenwärtig von Reisen in die VR China abzuraten. Keine Regierung könne das Risiko eingehen, ihre Staatsangehörigen durch den Konflikt gefährdet zu sehen. Wegen der Ereignisse würden vorläufig keine offiziellen Delegationen China besuchen. Die Unterzeichnung des FZ-Abkommens für 1989 sei bis auf weiteres verschoben. Die Bundesregierung befinde sich in ihren Erwartungen an eine friedliche Lösung in Übereinstimmung mit ihren Partnern und Freunden im Westen. Für das Bild Chinas im Ausland sei es unabdingbar, daß die Gewaltanwendung in China aufhöre.

Botschafter *Mei* antwortete, er hoffe, daß die schwierige Zeit sobald wie möglich beendet sein wird. Was die deutsch-chinesische Zusammenarbeit betreffe, so hoffe er, daß die deutsche Seite längerfristig denke.

**Referat 341, Bd. 161823**

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde mit Drahterlaß Nr. 4640 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel vom 5. Juni 1989 an die Botschaft in Peking übermittelt.

Hat Staatssekretär Sudhoff am 5. Juni 1989 vor Abgang vorgelegen. Vgl. Referat 341, Bd. 161823.

### Gespräch des Staatssekretärs Sudhoff mit dem türkischen Botschafter Arim

203-504 TUR

5. Juni 1989<sup>1</sup>

Öffentliche Anhörung „Menschenrechte in der Türkei“ im Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages am 19. Juni 1989;

hier: Vorsprache des türkischen Botschafters Arim bei Staatssekretär Sudhoff am 5. Juni 1989

1) StS Sudhoff hat am 5. Juni 1989 auf dessen Wunsch den türkischen Botschafter empfangen. Dieser hatte Weisung, BM – in dessen Vertretung StS Sudhoff – die Besorgnis seiner Regierung wegen der o. a. Anhörung mitzuteilen.

*Botschafter* erklärte, seine Regierung sei wegen der öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag vor allem deswegen besorgt, weil dort auch das Thema „Kurdistan“ erörtert werden solle. Dies gehe aus der Mitteilung des Unterausschusses vom 31. Mai 1989 – Ziffer III, 2d)<sup>2</sup> – hervor. Wie die Bundesregierung wisse, gebe es ein Kurdenproblem in der Türkei nicht. Nach den Verträgen von Lausanne<sup>3</sup> und Montreux<sup>4</sup> hätten Armenier und Griechen einen Minderheitenstatus. Weitere Minderheiten gebe es nicht. Allenfalls könne man von sozialen und kulturellen Entwicklungsproblemen für die Bevölkerung abgelegener Grenzregionen im Südosten der Türkei sprechen. Die Erwähnung des Reizwortes „Kurdistan“ in dem Anhörungsprogramm und die Einladung zweier „kurdischer“ Vertreter legten den Schluß nahe, daß dem Deutschen Bundestag an einer objektiven Behandlung der Menschenrechtssituation in der Türkei weniger gelegen sei als vielmehr daran, auf die im Herbst 1988 von Amnesty International eingeleitete „Kurdistan“-Kampagne zu reagieren. Damit versuche AI unter Benutzung falscher und inzwischen weitgehend widerlegter Argumente nachzuweisen, daß die Türkei nach wie vor nicht demokratisch regiert werde.

Leider habe die Kampagne von AI, die nach eigenem Eingeständnis der britischen AI-Vertreterin in London überwiegend gegen den Türkei-Tourismus gerichtet sei, zu einer Verschärfung des Türkei-feindlichen Klimas in Westeuropa beigetragen. Hierauf seien nicht zuletzt Demonstrationen und Angriffe auf eine Reihe türkischer Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland, u. a. in Stuttgart, zurückzuführen. Im übrigen hätten „kurdische“ Gruppen in verschiedenen

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kuhna gefertigt und „m[it] d[er] B[itte] um Billigung vorab“ an Staatssekretär Sudhoff geleitet.  
Hat Sudhoff vorgelegen.

Hat Kuhna am 7. Juni 1989 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Für die Mitteilung vgl. Referat 203, Bd. 151058.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des am 24. Juli 1923 in Lausanne unterzeichneten Friedensvertrags des Britischen Empire, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Japans, Rumäniens und des Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staates mit der Türkei sowie der gleichzeitig abgeschlossenen Konvention über die Meerengen vgl. LNTS, Bd. 28, S. 12–137.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der Konvention von Montreux vom 20. Juli 1936 über die Meerengen vgl. LNTS, Bd. 173, S. 214–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 981–985.

deutschen Städten versucht, von türkischen Landsleuten Schutzgelder zu erpressen. Dies werde von AI allerdings nicht erwähnt.

Aus den genannten Gründen sehe sich die türkische Regierung nicht in der Lage, offizielle Vertreter zu der Anhörung zu entsenden. Er bitte die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, die Anhörung – wenn nicht zu unterbinden – wenigstens nur auf die Themen Demokratie und Menschenrechte zu beschränken.

StS *Sudhoff* machte deutlich, daß weder der Bundesregierung noch den Vertretern des Deutschen Bundestages daran gelegen sei, die guten bilateralen Beziehungen zur Türkei zu belasten. Die Bundesregierung habe allerdings wegen der Trennung von Legislative und Exekutive keine Möglichkeit, die Anhörung in dem von TUR gewünschten Sinne zu beeinflussen. Der Ausschußvorsitzende, StM a.D. Friedrich Vogel, habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die Oppositionsparteien auch gegen den Willen der Mehrheit eine Anhörung durchsetzen könnten.

Die wichtige Rolle der Türkei in der freien Welt, in NATO, Europarat und den übrigen internationalen Institutionen, werde von der Bundesregierung anerkannt. Er könne aber im Hinblick auf die Anhörung nur den freundschaftlichen Rat geben, sich aktiv der Anhörung zu stellen und die Abgeordneten von der konstruktiven Rolle der Türkei zu überzeugen. Hierfür gebe es gute Argumente, denen auch die Abgeordneten ihre Anerkennung nicht versagen würden. Die Bundesregierung sei keine Partei des Anhörungsverfahrens und könne dieses nach unserer Verfassung nicht beeinflussen. Er werde allerdings die von TUR vorgebrachten Besorgnisse telefonisch mit dem Unterausschußvorsitzenden, StM a.D. Vogel, aufnehmen.

Botschafter *Arim* nahm dies zur Kenntnis, verband jedoch damit den Hinweis, auch in der Frage der türkischen Minorität in Bulgarien<sup>5</sup> habe die türkische Regierung leider bisher in Westeuropa nicht die öffentliche Unterstützung gefunden, die man sich erhofft habe. Auch hier handle es sich um ein Problem des Schutzes von Menschenrechten, bei dem TUR die deutliche Unterstützung ihrer Freunde brauche. Er sei sich aber bewußt, daß die Bundesregierung im stillen große Anstrengungen unternehme, um ihren Einfluß im Sinne der Türkei geltend zu machen.

2) Botschafter schloß mit dem Hinweis, er bedauere es persönlich, immer wieder in Fragen demarchieren zu müssen, die zu einer Belastung der bilateralen Beziehungen werden könnten. Gerade deshalb habe er das o.g. Thema gegenüber dem Herrn BM erläutern wollen.

An weiteren ungeklärten Fragen nannte er:

- Die Behandlung des EG-Beitrittsantrages von TUR<sup>6</sup> durch die EGK und die anschließende Stellungnahme der einzelnen EG-Mitgliedstaaten. MP Özal habe hierzu in Brüssel gegenüber EG-Präsident Delors betont<sup>7</sup>, der türkische Antrag sei in erster Linie politisch motiviert. TUR wolle keine Last für die EG

<sup>5</sup> Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 153, Anm. 23.

<sup>6</sup> Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

<sup>7</sup> Der türkische Ministerpräsident Özal traf am 30. Mai 1989 in Brüssel zu einem Gespräch mit EG-Kommissionspräsident Delors zusammen.

werden. Daher habe man große Anstrengungen unternommen, die türkische Wirtschaft auf die Vollmitgliedschaft vorzubereiten. Jetzt erwarte man die richtigen Signale – auch von uns. MP Özal habe auch darauf hingewiesen, daß TUR sich nicht mit dem Argument abspeisen lassen könne, angesichts der Vielzahl weiterer Beitrittskandidaten könne man über den türkischen Antrag nicht entscheiden. TUR sei nicht mit Norwegen<sup>8</sup> oder Österreich<sup>9</sup> vergleichbar.

- Im bilateralen Verhältnis erinnerte Botschafter daran, daß eine Entscheidung BM über die von AM Yılmaz ausgesprochene Einladung zu einem offiziellen Türkei-Besuch noch ausstehe.<sup>10</sup> Dies sei dringlich, da zwar die bilateralen Beziehungen atmosphärisch gut seien, jedoch in der politischen Substanz der weiteren Entwicklung bedürften.

StS *Sudhoff* zeigte Verständnis für die türkischen Sorgen. Diese würden von uns sorgfältig geprüft. Eine Entscheidung werde zu gegebener Zeit im gegenseitigen Einverständnis getroffen werden.<sup>11</sup>

**Referat 203, Bd. 151058**

<sup>8</sup> Norwegen unterzeichnete am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973. Am 25./26. September 1972 sprachen sich bei einer Volksabstimmung 54 % der Abstimmenden gegen und 46 % für einen Beitritt aus. Vgl. dazu AAPD 1972, II, Dok. 295.

<sup>9</sup> Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

<sup>10</sup> Bei ihrem Gespräch am 17. Oktober 1988 in Bonn lud der türkische Außenminister Yılmaz Bundesminister Genscher zu einem Besuch der Türkei im Jahr 1989 ein. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 151078.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags am 19. Juni 1989 zum Thema „Lage der Menschenrechte in der Türkei“ einschließlich der mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG, REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (Hrsg.), Menschenrechte. Öffentliche Anhörungen des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Erklärung der Bundesregierung und Aussprache im Deutschen Bundestag am 9. Dezember 1988 aus Anlaß des 40. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Menschenrechtsbericht der Bundesregierung für die 11. Legislaturperiode, Bonn 1990, S. 123–361.

In seiner Sitzung am 21. Juni 1989 debattierte der Unterausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 19. Juni 1989. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 231 vom 22. Juni 1989; Referat 203, Bd. 151058.

## 164

**Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek****431-466.21 FRA SB 3****5. Juni 1989<sup>1</sup>**

Über Referat 011<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister  
Kabinettsache

Betr.: Zusammenarbeit VEBA–Cogema<sup>4</sup>;  
hier: Gemeinsame Erklärung über Zusammenarbeit zwischen Frankreich  
und der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der friedlichen Nutzung  
der Kernenergie

Bezug: 1) Kabinetttvorlage des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und  
Reaktorsicherheit vom 2. Juni 1989<sup>5</sup>  
2) BM-Vorlage vom 16. Mai 1989 – 431-466.21 FRA-SB 5 (s. Anlage<sup>6</sup>)<sup>7</sup>

Zweck der Vorlage: Zustimmung zur „Gemeinsamen Erklärung“ und Vortrag  
entsprechend Ziff. 4

1) Die vom letzten deutsch-französischen Gipfel<sup>8</sup> eingesetzte hochrangige bilate-  
rale Arbeitsgruppe<sup>9</sup> zu Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Vortragendem Legationsrat Blankenstein konzipiert.  
Hat Ministerialdirigent Pabsch vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ischinger am 5. Juni 1989 vorgelegen.  
Hat Oberamtsrat Grohmann am 14. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 431 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vom Kabinett am 6. Juni 1989 mit den Maßgaben gem[äß] an[liegen-  
dem] Protokoll beschlossen.“  
Ischinger notierte zu dem Wort „Protokoll“ handschriftlich: „553/89 VS-geh[eim].“

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich für Bundes-  
minister Genscher vermerkte: „Ich halte es für notwendig, den letzten Absatz (Seite 3 – Ziffer 4)  
unbedingt vorzutragen u. im Protokoll festzuhalten. Siehe auch Beschlußvorschlag (Ziffer 1 d).“  
Ziffer 1 d der Beschlußvorlage lautete: „Soweit erforderlich, wird die Bundesregierung entsprechende  
völkerrechtliche Vereinbarungen abschließen.“ Vgl. die Kabinetttvorlage des Bundesministeriums  
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 2. Juni 1989; Referat 431, Bd. 160694.

<sup>4</sup> Zur Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen VEBA und Cogema vgl. Dok. 104.

<sup>5</sup> Für die Kabinetttvorlage vgl. Referat 431, Bd. 160694.

<sup>6</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.  
Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner notierte die Ergebnisse der ersten Sitzung  
der deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kern-  
energie am 12. Mai 1989 in Garching. Es seien keine endgültigen Festlegungen getroffen worden: „Der  
Verlauf der Diskussion ergab jedoch, daß man sich in allen wesentlichen Punkten einig war und ledig-  
lich noch in einigen Fragen Prüfungsaufträge mit einvernehmlicher Zielsetzung erteilen mußte. Es  
zeichnete sich insgesamt ab, daß bei einem endgültigen Zustandekommen der Zusammenarbeit  
VEBA–Cogema der deutschen Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf die wirtschaftliche Grund-  
lage entzogen sein wird.“ Vgl. Referat 431, Bd. 160693.

<sup>7</sup> Der Passus „2) ... (s. Anlage)“ wurde von Ministerialdirigent Pabsch gestrichen.

<sup>8</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 19./20. April 1989 in Paris vgl. Dok. 106, Dok. 108  
und Dok. 109.

<sup>9</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Auf der eingesetzten  
Ebene – d. h. BM Umwelt u. St[aats]S[ekretär]e – hat die Gruppe mit Frankreich einmal (!) in Garching  
getagt!“

Energiepolitik<sup>10</sup> hat inzwischen den ersten Teil ihres Mandats – Zusammenarbeit bei der Kernenergie, insbesondere der Wiederaufarbeitung – abgearbeitet und eine „Gemeinsame Erklärung“ vorgeschlagen<sup>11</sup>, die vom Kabinett am 6. Juni 1989 gebilligt und unmittelbar darauf von den Ministern Töpfer und Fauroux unterschrieben werden soll.

Das Auswärtige Amt war an den Vorabstimmungen für die Verhandlungen des BMU und an den ersten Verhandlungsrunden mit F beteiligt, wurde in der Schlußphase jedoch nicht mehr hinzugezogen. Das letzte Gespräch am 2. Juni führte BM Töpfer alleine mit Industrieminister Fauroux.

2) Das Verhandlungsergebnis stellt nach Auffassung des BMU das äußerste dar, was sich in den Gesprächen mit F erreichen ließ.

Für das Auswärtige Amt standen folgende Punkte im Vordergrund:

- Offenhaltung der einzelnen Bereiche der deutsch-französischen Zusammenarbeit für Partner in anderen Ländern (= wurde erreicht);
- Berücksichtigung unseres Verhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft (= ist ausreichend erfolgt);
- Völkerrechtliche Fragen:

Die gefundene Formulierung

„Beide Regierungen werden die für die Umsetzung ihrer Zusammenarbeit erforderlichen Verpflichtungen juristisch verbindlich festlegen“

reicht im Prinzip aus, um deutlich zu machen, daß die Erklärung keinen rechtlichen Charakter hat und entsprechende Vereinbarungen noch abgeschlossen werden müssen.<sup>12</sup>

Von besonderer Bedeutung war für uns die Regelung der nichtverbreitungspolitischen Aspekte. Hierfür wurde schließlich in letzter Minute<sup>13</sup> folgende Formel gefunden:

„Die Materialbilanz wird durch die zuständigen internationalen Kontrollbehörden aufgestellt. Gegenüber diesen Behörden ist das Land, in dem wiederaufgearbeitet wird, allein verantwortlich für die Materialbilanz der Anlage.“

Diese Formel befriedigt zwar nicht vollständig, ist aber angesichts der extrem negativen Ausgangsposition der Franzosen gegenüber Kontrollen durch EURATOM und IAEA noch hinnehmbar.

Zur Erläuterung:

Eine deutsche Beteiligung an einer französischen Wiederaufarbeitungsanlage, die Plutonium gewinnt, wirft Fragen nichtverbreitungspolitischer Art von erheblicher Bedeutung auf: Problem des Schwunds von Plutonium während der Wiederaufarbeitung! Die unternehmerische Zusammenarbeit mit einem franzö-

<sup>10</sup> Vgl. dazu die deutsch-französische Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 20. April 1989; BULLETIN 1989, S. 314.

<sup>11</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Vorschlag stammt von BMU.“

<sup>12</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Einschließlich N[icht]V[erbreitungs]-Aspekte!“

<sup>13</sup> Die Wörter „letzter Minute“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Heute (5.6.) vormittag!“



sischen Staatsunternehmen, das auch für die Kernwaffenproduktion der Nuklearmacht Frankreich verantwortlich ist, insbesondere eine direkte 49-prozentige Kapitalbeteiligung und die ausschließliche Betrauung einer französischen Anlage mit der Wiederaufarbeitung aller in D anfallenden Brennelemente, besitzt auf Dauer eine wesentlich andere politische Qualität als die bisherige, vorläufige, nur begrenzte Dienstleistungen und Lohnveredelungen umfassende Aufarbeitung von Teilmengen aufgrund von Einzelverträgen einzelner Firmen. Der dafür 1979 vereinbarte deutsch-französische Notenwechsel reicht für die Zusammenarbeit Cogema/VEBA daher nicht mehr aus.

Das AA hat deshalb das verhandelnde BMU von Anfang an und auf allen Ebenen dazu gedrängt, die Franzosen für ein deutlicheres Engagement für eine den internationalen Anforderungen genügende Kernmaterialüberwachung in der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague, vor allem für das deutsche Material, zu gewinnen. Die französische Bereitschaft war jedoch sehr gering, den internationalen Kontrollinstanzen IAEA und EURATOM eine diesen selbst ausreichend erscheinende Verifikation des in La Hague aufgearbeiteten Materials zu ermöglichen.<sup>14</sup>

3) Angesichts des Beschlusses der deutschen EVUs<sup>15</sup>, ihre abgebrannten Kernbrennelemente in Frankreich wiederaufarbeiten zu lassen, der der deutschen Wiederaufarbeitung in Wackersdorf – auch nur als Verhandlungsalternative – schlagartig den Boden entzog, war die deutsche Verhandlungsposition gegenüber F allerdings von vornherein schwach.

Deshalb hatte BM Töpfer offenbar keine andere Wahl, als das oben skizzierte Ergebnis der „Gemeinsamen Erklärung“ hinzunehmen, wenn er das Projekt nicht gefährden wollte.<sup>16</sup>

4) Es wird deshalb empfohlen, bei der Erörterung der „Gemeinsamen Erklärung“ der beiden Minister im Kabinett am 6. Juni 1989<sup>17</sup> etwa folgendes zu erklären:

- Im Hinblick auf den Zeitdruck und um die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Wiederaufarbeitung nicht zu gefährden, wird das Gesamtergebnis gebilligt.
- Wir gehen jedoch davon aus, daß insbesondere die Absprachen zu den nicht-verbreitungspolitischen Aspekten unverzüglich von Experten in völkerrechtlich verbindliche Form umgesetzt werden.<sup>18</sup>

Jelonek

#### Referat 431, Bd. 160694

<sup>14</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es wird darauf ankommen, IAEA + Euratom verstärkt einzubeziehen.“

<sup>15</sup> Energieversorgungsunternehmen.

<sup>16</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(Auch der selbst gesetzte Zeitdruck hat die Sache nicht erleichtert.)“

<sup>17</sup> Für die Gemeinsame Erklärung vom 6. Juni 1989 über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Referat 431, Bd. 160694.

<sup>18</sup> An dieser Stelle ergänzte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „(D.h. weitere Expertengespräche mit Frankreich unter Beteiligung BMFT u. AA.)“  
Zudem hob Lautenschlager den Satz hervor und vermerkte handschriftlich: „Dies ist m. E. unerlässlich. Muß ins Protokoll.“

## 165

### Botschafter Bräutigam, New York (VN), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1074

Aufgabe: 5. Juni 1989, 20.01 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 6. Juni 1989, 02.22 Uhr

Betr.: Gespräch Bundespräsident von Weizsäcker mit VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar am 5.6.1989 in New York

Während seines Aufenthaltes in New York<sup>2</sup> wurde der Bundespräsident von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar zu einem etwa einstündigen Gespräch im VN-Gebäude empfangen. Anschließend besuchte er die Ständige Vertretung und sprach dort mit den Mitarbeitern und Angehörigen des Generalkonsulats. Am Mittag gab der Generalsekretär einen Empfang zu Ehren des Bundespräsidenten, an dem die bei den Vereinten Nationen akkreditierten Missionschefs, deutsche Bedienstete des Sekretariats und einige wenige Journalisten teilnahmen. Die dort gehaltenen Ansprachen des Bundespräsidenten und des Generalsekretärs werden mit Fernkopie übermittelt.

Wichtigster Punkt des Gespräches mit dem Generalsekretär war dessen Bitte, daß die Bundesrepublik Deutschland ein (ziviles) Polizeikontingent für die UNO-Präsenz (UNTAG) zur Verfügung stellen möge. Der Bundespräsident sagte dazu, er gehe davon aus, daß die Bundesregierung bald eine, wie er hoffe, positive Antwort geben werde.

Im einzelnen

Zu Beginn brachte der Bundespräsident seinen großen Respekt für die Arbeit des Generalsekretärs und insbesondere die Art und Weise seines Wirkens zum Ausdruck. Er begrüßte, daß die Idee der Vereinten Nationen in der letzten Zeit stärker akzeptiert werde und die Spannungen in der Welt insgesamt zurückgingen, was nicht zuletzt auf das Verhalten der beiden großen Mächte zurückgehe. Die Bundesrepublik Deutschland bemühe sich, den Vereinten Nationen und dem Generalsekretär persönlich ihre volle und aktive Unterstützung zu geben.

Der Generalsekretär erklärte, es gebe heute sicher weniger internationale Spannungen, aber gleichzeitig nähmen die Schwierigkeiten innerhalb mancher Staaten in besorgniserregender Weise zu, wie man gerade jetzt in China sehen könne, aber auch in Teilen Osteuropas, wie etwa Rumänien. Die Erfahrung zeige, daß interne und internationale Konflikte manchmal im Zusammenhang stehen und ineinander übergehen könnten. Es sei eines der Grundprinzipien der Charta<sup>3</sup>,

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18.

Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 6. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 6. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Almer und Legationssekretär Siegel verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. 2.“ Vgl. Anm. 5.

Hat Almer und Siegel am 7. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker besuchte die USA vom 30. Mai bis 6. Juni 1989.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 432–503.

daß die Vereinten Nationen sich nicht in die inneren Angelegenheiten ihrer Mitglieder einmischten. Er könne darum die tiefbedrückende Entwicklung in China nur öffentlich bedauern, es stehe ihm als Generalsekretär aber nicht zu, China zu verurteilen.

Der Bundespräsident fragte, ob angesichts der Situation in China eine Initiative der Vereinten Nationen möglich sei. Der Generalsekretär erwiderte, es sei zwar möglich, eine Debatte herbeizuführen, die auch China als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates nicht verhindern könne. Aber auch eine Debatte sei problematisch, da es sich zunächst einmal um eine innere Angelegenheit Chinas handele. Der Bundespräsident bemerkte, wichtig sei vor allem, daß China auf den Weg einer vernünftigen und kontrollierten Reformpolitik zurückfinde.

Auf Polen eingehend, sagte der Generalsekretär, nach den ersten Meldungen über das Wahlergebnis<sup>4</sup> sei der Erfolg der nicht-kommunistischen Kräfte überwältigend, das könne sogar des Guten zuviel sein. Auch Wałęsa habe bereits eine solche Besorgnis geäußert. Er hoffe, daß die Solidarität ihren großen Erfolg nicht verspielen werde.<sup>5</sup>

Auch der Bundespräsident sprach sich grundsätzlich für eine stufenweise und kontrollierte Entwicklung aus. Veränderungen seien manchmal erfolgversprechender, wenn sie nicht zu schnell und dramatisch verliefen. In Polen komme es jetzt darauf an, die mäßigenden Kräfte auch von außen zu unterstützen.

Der Generalsekretär sagte, bei seinem jüngsten Besuch in Polen<sup>6</sup> habe er den Eindruck gewonnen, daß Wałęsa zu einer wirklichen politischen Führungspersönlichkeit gereift sei und von guten und fähigen Beratern mit hohem Standard unterstützt werde.

Der Bundespräsident erklärte, die Bundesrepublik Deutschland sei bemüht, zu einer guten und erfolgversprechenden Entwicklung in Polen ihren Beitrag zu leisten.

Der Generalsekretär bedankte sich für die ständige Unterstützung, die die Vereinten Nationen von der Bundesrepublik Deutschland insbesondere während ihrer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat<sup>7</sup> erfahren haben. Vor allem bei der Beilegung des Konflikts Iran/Irak habe die Bundesrepublik einen entscheidenden Beitrag geleistet. Im Augenblick gebe es in diesem Bereich allerdings keine Fortschritte<sup>8</sup>, wahrscheinlich werde man bis zu den Wahlen im August<sup>9</sup> warten müssen, ehe wieder Bewegung in die Verhandlungen komme. Wenn es danach zu einer Zusammenarbeit zwischen dem Nachfolger Khomeinis, dem bisherigen Staatspräsidenten<sup>10</sup>, und Parlamentspräsident Rafsandschani komme, werde

<sup>4</sup> Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

<sup>5</sup> An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix handschriftlich: „POL“. Vgl. Anm. 1.

<sup>6</sup> VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar besuchte Polen am 25./26. April 1989.

<sup>7</sup> Die Bundesrepublik gehörte dem VN-Sicherheitsrat vom 1. Januar 1987 bis 31. Dezember 1988 als nichtständiges Mitglied an.

<sup>8</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 und den Friedensbemühungen von VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar vgl. Dok. 193, Anm. 10.

<sup>9</sup> Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

<sup>10</sup> Ali Khamenei.

man vielleicht einen Kompromiß erreichen können. Aber auch der Irak werde dann Zugeständnisse machen müssen. Im Augenblick bemühe er sich darum, daß die Gespräche über vorwiegend technische Fragen weitergeführt würden, damit der Friedensprozeß nicht zum Erliegen komme.

Zur Situation im Nahen Osten sagte der Generalsekretär, die große Mehrheit der Mitgliedstaaten der UN befürworte eine internationale Konferenz über eine Friedensregelung zwischen Israel und den arabischen Staaten. Israel lehne eine solche Konferenz grundsätzlich ab, die Vereinigten Staaten mindestens in der gegenwärtigen Phase. Im Sicherheitsrat werde informell über die Lage im Nahen Osten gesprochen, eine Konferenz zeichne sich aber angesichts der Haltung Israels und der Vereinigten Staaten vorerst nicht ab. Die Situation in den von Israel besetzten Gebieten sei weiterhin besorgniserregend. Die Anwendung von Gewalt durch die israelischen Besatzungstruppen bedauere er zutiefst. Israel müsse verstehen, daß die Besetzung dieser Gebiete auf Dauer von der Staatengemeinschaft nicht akzeptiert werde.

Eine weitere Quelle der Sorge sei die Lage im Libanon. Die Arabische Liga bemühe sich, die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen.<sup>11</sup> Er sei aber nicht optimistisch, daß diese Bemühungen Erfolg haben werden. Wenn die Arabische Liga nicht weiterkomme, dann werde wohl der Sicherheitsrat mit der Lage erneut befaßt werden. Die Vereinten Nationen könnten auch nicht einfach zusehen, daß dieses Land weiter auseinanderfalle.

Zu Namibia erklärte der Generalsekretär, nach den traurigen Erfahrungen Anfang April<sup>12</sup> sei die Lage nun wieder unter Kontrolle. Südafrika zeige bei der Implementierung der Res. 435<sup>13</sup> Flexibilität. Er rechne damit, daß die Amnestie schon in den nächsten Tagen erlassen und die diskriminierende Gesetzgebung aufgehoben werde.<sup>14</sup> Leider habe die internationale öffentliche Meinung immer noch nicht verstanden, daß Namibia bis zur Unabhängigkeit nicht von den Vereinten Nationen, sondern weiterhin von Südafrika verwaltet werde. Die Vereinten Nationen hätten lediglich den Auftrag, die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zu kontrollieren.

Der Generalsekretär kam dann noch einmal auf die bedauerlichen Ereignisse Anfang April in Namibia zurück. Leider habe es vorher eine längere Ausein-

<sup>11</sup> Zu den Vermittlungsbemühungen der Arabischen Liga im Libanon vgl. Dok. 130, Anm. 4.

<sup>12</sup> Zu den Kampfhandlungen im Norden Namibias Anfang April 1989 vgl. Dok. 97, Anm. 22.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

<sup>14</sup> Botschaftsrat I. Klasse Massmann, z. Z. Windhuk, berichtete am 7. Juni 1989, der südafrikanische Generaladministrator für Südwestafrika, Pienaar, habe „am 6.6.89 nachmittags zwei Gesetze (AG 13 und AG 14) vorgestellt, die Amnestie und Aufhebung diskriminierender Gesetzgebung beinhalten [...]. Amnestiegesetz (AG 13) ist umfassend und schützt die nach Namibia im Rahmen der Repatriierung zurückkehrenden Flüchtlinge vor jeglicher strafgerichtlicher Verfolgung wegen krimineller Delikte, unabhängig davon, ob sie politisch motiviert waren oder nicht. [...] Aufhebung der diskriminierenden Gesetzgebung (AG 14) ist nach Aussage vom G[eneral]A[dministrator] darauf ausgerichtet, Durchführung von freien und fairen Wahlen ohne jede Diskriminierung zu gewährleisten. Insgesamt werden 36 Gesetze aufgehoben und zehn so angepaßt, daß sie keine Diskriminierung mehr enthalten. Besonders wichtig ist, daß alle Gesetze aufgehoben wurden, die mit dem umfassenden Begriff ‚Sicherheitsgesetzgebung‘ definiert werden können. Aufgrund dieser Gesetzgebung waren Verhaftungen ohne Gerichtsurteil und dauernde Inhaftierung aus Sicherheitsgründen möglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 108; Referat 320, Bd. 155890.

andersetzung im Sicherheitsrat über die Stärke der UN-Truppen gegeben. Dadurch hätten sich die notwendigen logistischen Vorbereitungen für UNTAG verzögert, so daß bei Beginn des Unabhängigkeitsprozesses kaum UNO-Truppen in Namibia vorhanden gewesen seien. In dieser Situation habe offenbar SWAPO eine Chance gesehen, eigene Leute in größerer Zahl einzuschleusen. Das sei ein schwerer Fehler gewesen. Südafrika habe dann die Infiltration in sehr brutaler Weise gestoppt. Nun sei aber die Lage unter Kontrolle. Er gehe weiterhin davon aus, daß der Fahrplan eingehalten und Namibia Anfang nächsten Jahres die Unabhängigkeit erreichen werde.

Der Generalsekretär bedankte sich für die deutsche Unterstützung des UN-Engagements in Namibia und äußerte die Hoffnung, daß sich die Bundesregierung in der Lage sehen werde, auch ein Polizeikontingent, das dringend benötigt werde, zur Verfügung zu stellen.

Der Bundespräsident erklärte, er gehe davon aus, daß die Bundesregierung bald und, wie er hoffe, eine positive Antwort geben werde.<sup>15</sup> In dieser Frage seien allerdings sorgfältige Prüfungen notwendig. Es gebe aber bei den Parteien eine wachsende Tendenz zu einer konkreteren Beteiligung an dem Friedensengagement der Vereinten Nationen.

Zu den Bemühungen um eine Regelung in Zentralamerika sagte der Generalsekretär, leider seien diese zur Zeit festgefahren. Honduras bestehe darauf, daß Nicaragua eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof<sup>16</sup> zurückziehe, ehe die Vereinten Nationen formell um Entsendung einer Beobachtermission gebeten würden. Nicaragua lehne das, jedenfalls in dieser Phase, ab. Ein Kompromiß sei hier möglich und den Beteiligten auch vorgeschlagen worden. Er sehe zur Zeit aber nicht, daß man auf der Außenministerebene weiterkomme. Vielleicht seien die Präsidenten der fünf Staaten, die im Juli oder August zusammenträfen<sup>17</sup>, in der Lage, eine Entscheidung zu treffen. Der Generalsekretär bemerkte, daß die

<sup>15</sup> Referat 230 legte am 27. Juni 1989 dar, Staatssekretär Sudhoff habe „den BMI um Prüfung gebeten, ob ca. 50 BGS-Beamte zur Verstärkung des zivilen Polizeikontingentes von UNTAG kurzfristig nach Namibia entsandt werden könnten. Der VN-GS hat entschieden, das UNTAG-Polizeikontingent um 500 Polizisten zu erhöhen. [...] Er hat bereits eine Zusage von dreizehn Staaten, insgesamt 410 Polizisten zu entsenden, erhalten.“ Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, habe „grundsätzlich positiv reagiert. Er forderte allerdings eine Befassung des Kabinetts mit diesem Thema, bei der auch die Frage der Beteiligung von Bundeswehr im Rahmen friedenserhaltender Maßnahmen der VN besprochen werden soll.“ Vgl. Referat 320, Bd. 155906.

Am 30. August 1989 entschied das Kabinett, 50 BGS-Beamte nach Namibia zu entsenden. Bundesminister Schäuble erklärte am selben Tag, damit werde „kein Präzedenzfall für weitere Einsätze geschaffen. Die Beamten des Bundesgrenzschutzes werden nicht im Rahmen einer militärischen UN-Friedensmission tätig. Sie haben einen rein zivilen Auftrag.“ Vgl. BULLETIN 1989, S. 755.

<sup>16</sup> In einer Pressemitteilung des Internationalen Gerichtshofs vom 29. Juli 1986 hieß es: „On 28 July 1986 the Republic of Nicaragua filed in the Registry of the International Court of Justice two Applications, one instituting proceedings against the Republic of Costa Rica and the other instituting proceedings against Honduras. [...] In its Application instituting proceedings against Honduras, Nicaragua refers not only to border incidents and armed attacks – of increasing frequency and intensity since 1980 despite its reiterated protests – organized by contras on its territory from the territory of Honduras; it also alleges specifically, among other things, that assistance has been given to the contras by the armed forces of Honduras, that the latter have directly participated in military attacks against its territory, and that the Government of Honduras has threatened to use force against it.“ Vgl. <https://www.icj-cij.org/en/case/74/press-releases>.

<sup>17</sup> Vom 5. bis 7. August 1989 fand in Tela (Honduras) ein Treffen der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten statt. Vgl. dazu Dok. 245.

Bundesregierung sich grundsätzlich bereit erklärt habe, an einer Beobachtergruppe der Vereinten Nationen teilzunehmen.

<sup>18</sup>Der Bundespräsident erklärte, in ihrer UN-Politik messe die Bundesrepublik neben der Friedenssicherung dem Schutz der Menschenrechte und den Entwicklungs- und Umweltfragen große Bedeutung bei. Vor allem der Schutz des Klimas beschäftige heute viele Menschen und stehe mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt in engem Zusammenhang.

Der Generalsekretär erklärte dazu, es gebe seit fast 20 Jahren das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das sich auch mit dem Klimaschutz befasse, der heute viele Menschen mit großer Sorge erfülle. Leider gebe es hier einen erheblichen Mangel an Koordinierung. In der letzten Zeit seien von verschiedenen Seiten Initiativen ergriffen worden, darunter auch von den Teilnehmerstaaten der Haager Erklärung<sup>19</sup>, die er im übrigen für gut halte. Er gehe davon aus, daß sich die Generalversammlung in diesem Herbst mit den Fragen des Klimaschutzes befassen und in einer Resolution die verschiedenen Vorstellungen und Initiativen auf einen Nenner bringen werde. Er persönlich halte es für falsch, für den Klimaschutz neue Institutionen innerhalb oder außerhalb der Vereinten Nationen zu schaffen. Es gebe UNEP und auch die Weltorganisation für Meteorologie in Genf, die diese neue Aufgabe in geeigneter Weise übernehmen könnten.

Der Bundespräsident erklärte, er sehe in diesen Initiativen einen Ausdruck wachsenden Verantwortungsbewußtseins für den Umweltschutz. Viele Regierungen hätten erkannt, daß diese Probleme nicht länger vernachlässigt werden dürften. Dabei gebe es auch einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Dritten Welt und dem Umweltschutz. Manche Entwicklungsländer wollten von einer solchen Verbindung wenig wissen, da sie eine weitere Konditionierung der Entwicklungshilfe der Industrieländer befürchteten. Dafür müsse man ein gewisses Verständnis haben. Die Verbindung könne aber den Industrieländern helfen, ihren Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern besser gerecht zu werden.

Der Generalsekretär wies darauf hin, daß der Brundtland-Bericht<sup>20</sup> wesentlich zu einem besseren Verständnis der Umweltprobleme beigetragen habe. Es sei bemerkenswert, daß die norwegische Ministerpräsidentin heute vor allem in den afrikanischen Staaten sehr angesehen sei. Sie habe es verstanden, die gemeinsame Verantwortung für die Bewältigung der Umweltprobleme verständlich zu machen.

Der Generalsekretär nannte dann das Schuldenproblem, das mit den Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung in engem Zusammenhang stehe. Die kommende Generalversammlung werde sich im Bereich der Wirtschafts- und Sozialfragen auf dieses Problem konzentrieren. Er begrüße es, daß auf Initiative von Präsident Mitterrand am Vorabend der Feiern zur Französischen Revolution ein Meinungsaustausch zwischen den höchsten Repräsentanten von Industrieländern und Entwicklungsländern stattfinden werde.<sup>21</sup> Dies könne dazu beitragen, daß alle

<sup>18</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1075 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>19</sup> Zur Umweltkonferenz am 11./12. März 1989 vgl. Dok. 40, Anm. 38.

<sup>20</sup> Vgl. WORLD COMMISSION ON ENVIRONMENT AND DEVELOPMENT (Hrsg.), *Our Common Future*, Oxford/New York 1987.

<sup>21</sup> Anlässlich des Beginns der Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Französischen Revolution am 13. Juli 1989 in Paris wurde in der Presse berichtet: „Im Anschluß an Mittagessen [...] kam es am

Beteiligten ihrer gemeinsamen Verantwortung besser bewußt werden. Er persönlich werde Gelegenheit haben, an diesem Treffen teilzunehmen.

Nach dem Gespräch beantwortete der Bundespräsident einige Fragen der internationalen Presse. Dabei wies er darauf hin, daß der Generalsekretär die Bitte vorgetragen habe, die Bundesrepublik möge auch in Richtung auf die konkreten Friedensaufgaben der Vereinten Nationen sich verstärkt engagieren. Der Generalsekretär habe diesen Wunsch, wie er meine, gut begründet und habe Anspruch auf eine baldige und konstruktive Antwort.

Zu China sagte er, man könne nur hoffen, daß die Verantwortlichen in Peking zu jenen Mitteln zurückkehren, die im Einklang mit der menschlichen Tradition dieser Kulturnation stehen, die zu den ältesten der Welt gehöre.

[gez.] Bräutigam

**Referat 214, Bd. 139853**

## 166

### Botschafter Hellbeck, Peking, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 1148**  
**Citissime**

**Aufgabe: 6. Juni 1989, 18.26 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 6. Juni 1989, 12.44 Uhr**

Betr.: Lage in Peking – Maßnahmen der Botschaft

Bezug: DB vom 6.6.1989 – AZ w.o.<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

I. Lage

1) Schwerpunkt des Geschehens in Peking scheint sich zu verlagern: In der Stadt befindliche Truppen (insbesondere 27. Armee) haben Fortsetzung des bestiali-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 736*

Nachmittag in den verschiedenen Räumen des Elysée-Palastes zu insgesamt 24 Treffen zwischen Vertretern der sieben großen westlichen Industriestaaten, die vom heutigen Freitag an zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen in Paris zusammenkommen, und den Repräsentanten der sogenannten Dritten Welt. Dabei standen die Finanzprobleme der Dritten Welt sowie Fragen des Umweltschutzes im Vordergrund. Bundeskanzler Helmut Kohl konferierte zunächst mit dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak und dann mit dem indischen Premierminister Rajiv Gandhi. [...] Teilnehmer sind von südlicher Seite unter anderem die Präsidenten oder Regierungschefs der Elfenbeinküste, von Niger, Mali, Brasilien, Mexiko, Bangladesch, Pakistan und den Philippinen.“ Vgl. den Artikel „Mit Mitterrand wollen die Rechten die Revolution nicht feiern“, FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 14. Juli 1989, S. 2.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Müller, Peking, konzipiert.  
Ferner handschriftlicher Vermerk: „An D 2 Madrid.“

<sup>2</sup> Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete: „Meldungen verdichten sich, daß Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Truppenteilen bürgerkriegsähnlichen Charakter annehmen. [...] Ich habe wenig Zweifel, daß der Kern dieser Meldungen zutrifft, weil er mit dem Lagebild, das wir in den letzten Tagen gewonnen haben, übereinstimmt. Wir müssen daher damit rechnen, daß die Kämpfe, die bisher auf kleiner Flamme gehalten werden, in den nächsten Tagen an Heftigkeit gewinnen und damit auch die Gefahr heraufbeschwören, daß die bisher nicht behelligten Ausländer in Mitleidenschaft gezogen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1126; Referat 341, Bd. 161815.

schen Amoklaufs gegen eigene Bevölkerung wohl einstweilen zurückgestellt und scheinen sich auf Angriff anderer Truppenverbände vorzubereiten. Neben vertraulich zu behandelnden Erkenntnissen weisen vor allem zwei Indizien darauf hin, zum einen Dislozierung der 27. Armee (Absicherung der Innenstadt nach außen mit entlang des zweiten Rings aufgestellten Panzergruppen), zum anderen die relative Ruhe in der Innenstadt sowie im Universitätsbereich in den nord-westlichen Vororten, in denen bisher entgegen anfänglichen Erwartungen keine Truppen eingedrungen sind. Haupterwartungshaltung der 27. Armee scheint gegen Osten gerichtet, wie sich insbesondere an der Aufstellung der Panzergruppe am Jian Guo Men vom Diplomaten-Compound aus beobachten läßt. Für Diplomaten-Compounds Jian Guo Men Wai und Qi Jia Yuan muß für den Fall eines Panzergefechts auf dem unmittelbar davor verlaufenden Chang'an-Boulevard mit erheblichem Risiko gerechnet werden.

2) Mittlerweile sich häufende Augenzeugenberichte über Vorgänge in der Nacht vom 3. auf 4. Juni (hierzu DB Nr. 1118 vom 4.6.89<sup>3</sup>) lassen keinen Zweifel mehr daran, daß die menschenverachtende Brutalität und Grausamkeit des Vorgehens insbesondere der 27. Armee kaum noch in Worte zu fassen ist. Dies betrifft sowohl die Zahl der Toten und Verwundeten (nach glaubwürdiger Aussage des Chinesischen Roten Kreuzes allein in den Kliniken über 3000 Tote) als auch die bestialische Art und Weise des wahllosen Blutrausches der Soldaten. Dortige Fernsehbilder vom 5.6. haben wohl gewissen Eindruck hiervon vermittelt. Die Stadt Peking ist paralysiert, nur wenige gehen zur Arbeit, die Geschäfte sind geschlossen, der öffentliche Verkehr ruht.

3) Pekinger Bevölkerung verhält sich momentan passiv-abwartend. Auch dies deutet im übrigen darauf hin, daß als nächster Schritt mit einer armee-internen Auseinandersetzung gerechnet werden muß.

4) Der Begriff „chinesische Regierung“ kann nur noch in Führungszeichen gebraucht werden. Eine politische Führung ist nicht erkennbar. Kein Spitzenpolitiker außer Pekinger Bürgermeister Chen Xitong trat öffentlich hervor. Presse hat ihr Erscheinen eingestellt. Unregelmäßige Rundfunk- und Fernsehnachrichten, die immer sporadischer ausgesendet werden, enthalten allenfalls Anweisungen der Kriegerrechtskommandantur, ohne etwas Umfassenderes zur politischen Lage auszusagen. Westliche Agenturmeldungen über Erschießung Li Pengs durch einen Leibwächter oder Tod Deng Xiaopings können nicht bestätigt werden.

5) Aus den Provinzen ist hier nur wenig zu hören. In der Hauptstadt von Sichuan, Chengdu, ist es nach Berichten italienischer Ärzte am 5.6. – also gestern – zu einer Großdemonstration gekommen, in deren Verlauf es 300 Tote gegeben haben soll. Das Militär habe gegen die Studenten ähnlich brutal wie in Peking eingegriffen. Diese Demonstration folgte auf die Verhängung des Kriegsrechts am 4. Juni. In Wuhan soll gestern die große Jangtse-Brücke von Demonstranten besetzt und gesperrt worden sein.

In Tianjin ist es nach Berichten von deutschen Studenten, die heute zur Evakuierung hier eintrafen, noch ruhig, obwohl auch dort demonstriert wird und die Studenten ein Eingreifen des Militärs befürchten. Schanghai ist nach Mit-

<sup>3</sup> Für den Drahtbericht des Gesandten Gescher, Peking, vgl. Dok. 161.



teilungen aus dem Generalkonsulat im Demonstrationsfieber, auch werden Barrikaden gebaut, doch ist dort das Militär ebenfalls noch nicht zu sehen.

6) Im Hinblick auf die gespannte und ungewisse Lage, die in weiten Teilen der hiesigen deutschen Kolonie Nervosität ausgelöst hat, hat die Botschaft heute früh um 9.30 Uhr die Empfehlung ausgegeben, daß Familienangehörige der deutschen Staatsangehörigen das Land so bald wie möglich verlassen sollten. Diese Empfehlung steht im Einklang mit dem Vorgehen unserer EG-Partner, die in gleicher Weise reagiert haben. Für Reisende nach China empfiehlt Botschaft die Benutzung von in Flugplatznähe gelegenen Hotels. Die Botschaft stehe rund um die Uhr für Informationen zur Verfügung.

[gez.] Hellbeck

**Referat 341, Bd. 161815**

## 167

### **Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 457**  
**Citissime**

**Aufgabe: 6. Juni 1989, 10.36 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 6. Juni 1989, 14.14 Uhr**

Betr.: Ableben Khomeinis und seine Nachfolge

Bezug: DB 454 vom 5.6.1989, Pol 320.10 IRN<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

Heute, am 6. Juni 1989, wird Imam Khomeini auf dem Teheraner Zentralfriedhof Behescht-e Zahra beerdigt. Nach einem von Hunderttausenden begleiteten Zug durch die Stadt findet er dort seinen Platz neben den Opfern der Revolution, deren Führer und Symbol er ist. Fast auf den Tag genau<sup>3</sup> 26 Jahre nach seinem ersten Auftritt auf der politischen Bühne am 15. Khordad (5. Juni) 1963

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 6. Juni 1989 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat. Hat Vorwerk am 7. Juni 1989 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschaftsrat I. Klasse Trömel, Teheran, teilte mit, Radio Teheran habe am Sonntag, dem 4. Juni 1989, gemeldet, daß Ayatollah Khomeini in der Nacht gestorben sei. Über die Trauerbekundungen berichtete er: „Die Manifestationen beschränkten sich auf Moscheen, bestimmte öffentliche Plätze und vorgegebene Zeiten, von Fanatismus ist keine Spur zu erkennen. Das tägliche Leben geht in erstaunlichem Umfang weiter. Es sind Anzeichen dafür zu sehen, daß die Trauer um das Verschwinden des Revolutionsführers sich mit einer gewissen Erleichterung darüber mischt, daß der schwere Schatten des Imam vom Land und der Gesellschaft genommen ist. Diese Grundlage dürfte den Bemühungen der Gruppe um Rafsandschani entgegenkommen, den Übergang in die Zeit nach Khomeini entsprechend ihren systematischen Vorbereitungen möglichst rasch und reibungslos weiterzuführen. Die Ernennung Staatspräsident Khameneis zum Nachfolger Khomeinis ist einer dieser Schritte: Khamenei ist der Mann Rafsandschani, und seine Wahl setzt stillschweigend voraus, daß die Verfassungsreform so verwirklicht wird, wie sie – ebenfalls im Interesse Rafsandschani – zur Zeit formuliert wird.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154137.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „den genau“.

während des blutig niedergeschlagenen Aufstandes gegen den Schah<sup>4</sup> und etwas über zehn Jahre nach der Gründung der Islamischen Republik Iran kehrt er an die Stelle zurück, von der aus er im Jahr 1979 mit einem Appell an das iranische Volk seine Herrschaft in Teheran begründete.

Die Trauerkundgebungen und die Beerdigung Khomeinis haben während der einwöchigen offiziellen Trauertage das Gesicht Teherans insgesamt weniger bestimmt, als zunächst erwartet. Die Menschen finden sich in Moscheen und auf großen Plätzen zusammen, um schwarz gekleidet in traditionell persischer Art mit Gesang und Gestikulationen ihrem Schmerz Ausdruck zu verleihen. Das Straßenbild wird durch schwarze Transparente geprägt, Läden und Büros sind außer den Lebensmittelgeschäften geschlossen. Der Verkehr ist gering. Es herrscht insgesamt aber auch ein wenig Feiertagsatmosphäre, da offenbar viele Familien die Gelegenheit der unerwarteten freien Tage benutzt haben, um aus der sommerlich heißer werdenden Stadt aufs Land und an die See zu fahren.

Von einem Aufflammen innerer Konflikte oder von neuen, durch die Mudschaheddin von außen her oder im Innern angedrohte Aktionen war bisher nichts zu spüren. Es hat den Anschein, als schicke sich Teheran an, wie selbstverständlich in die Zeit nach Khomeini überzugleiten, wobei der Imam als Symbol des islamischen Selbstbewußtseins des neuen Systems wie selbstverständlich bleiben wird, jedoch ohne künftig für die konkreten politischen Entscheidungen noch maßgebend zu sein.

Dieser entspannten, von einer gewissen Erleichterung gekennzeichneten Atmosphäre entspricht der rasche, effiziente und glatte Machtübergang, den Parlamentspräsident Rafsandschani mit seiner Gruppe nach dem Tod Khomeinis zu seinen Gunsten einleiten konnte. Bereits wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Ablebens Khomeinis forderte er zusammen mit dem Präsidenten und dem Obersten Richter<sup>5</sup> in einem Appell, dem sich MP<sup>6</sup> Mussawi anschloß, die Bevölkerung zur Ruhe und Wachsamkeit auf und demonstrierte damit, wer zur Zeit die Macht im Staat verkörpert. Kurz darauf gelobten Militär, Pasdaran und Basidschi in einer gemeinsamen Erklärung ihre uneingeschränkte Bereitschaft, unter dem Kommando des amtierenden Oberbefehlshabers Rafsandschani die Revolution und die Grenzen des Vaterlandes zu verteidigen. Am Nachmittag desselben Tages trat die Expertenversammlung zusammen und wählte mit überwiegender Mehrheit den Staatspräsidenten Hodschatoleslam (seitdem Ayatollah) Khamenei zum Nachfolger Khomeinis als Obersten Führer (Velayat-e-Faqi). Khamenei begab sich heute zu einem Kondolenzbesuch zum Sohn Khomeinis<sup>7</sup>, der ihn bei dieser Gelegenheit seiner Loyalität in seinem neuen Amt versicherte. Ähnliche Loyalitätskundgebungen kamen inzwischen von fast allen Persönlichkeiten der politischen Führung des Landes.

Mit der Wahl Khameneis hat sich die Versammlung für den von Rafsandschani favorisierten Kandidaten entschieden. Sie hat sich dabei bewußt über die gegenwärtige Verfassung hinweggesetzt, nach der nur ein Großayatollah das Amt des Führers der Nation übernehmen dürfte. Bei dieser Entscheidung stützte sich die

<sup>4</sup> Mohammed Reza Pahlevi.

<sup>5</sup> Abdul-Karim Mussawi Ardebili.

<sup>6</sup> Ministerpräsident.

<sup>7</sup> Ahmad Khomeini.

Versammlung offenbar auf die erklärten Ziele der Verfassungsreform, die zur Zeit von einem besonderen Ausschuß formuliert wird. In ihr ist vorgesehen, daß künftig auch ein Geistlicher niedrigeren Ranges in diesen Posten gewählt werden kann.

Dieser Vorgriff auf eine noch bevorstehende Verfassungsreform, die von einer Versammlung der hochrangigen Religions- und Rechtsgelehrten des Landes aus akutem Anlaß erforderte, demonstriert, daß über die Umsetzung dieser Reform kaum noch Zweifel bestehen dürften.<sup>8</sup> Damit wird der Weg frei für ein Iran nach Khomeini, das den „Führer der Nation und Wächter des Glaubens“, wie ihn der Imam während der ersten zehn Jahre verkörperte, nicht mehr kennen wird – schon deshalb, weil vielleicht außer Montazeri keiner der noch lebenden Großayatollahs bereit ist, sich für diese Staatsstruktur zur Verfügung zu stellen. Der Reduzierung der Funktion des nächsten „Führers“ entspricht eine Aufwertung der Stellung des <sup>9</sup>Präsidenten durch Zusammenfassung sämtlicher exekutiver Funktionen der Regierung in seiner Person, d.h. Einbeziehung des Amtes des MPr in das des Staatspräsidenten. Dies ist eine im Reformausschuß bereits beschlossene Sache.

Bisher einziger Bewerber für den Präsidentenposten ist, von Khamenei unterstützt, Parlamentspräsident Rafsandschani. Wenn er im August gewählt wird<sup>10</sup> – und alles spricht bis jetzt dafür –, löst er am 10. Oktober Khamenei in diesem Posten ab und wird damit eine neue Phase der Verteilung der politischen Gewichte in der Islamischen Republik einleiten, eine Phase, in der ein starker politischer Präsident einem Velayat-e-Faqi gegenübersteht, dessen Funktionen mehr auf geistliche Beratung in Politikfragen statt Betätigung der obersten geistlichen Autorität der iranischen Schiiten sein dürfte.<sup>11</sup> Für letztere würde Khamenei es in jedem Fall an der erforderlichen Qualifikation mangeln. Auf diesem Feld werden – ohne sich selbst in die praktische Politik einmischen zu müssen – künftig wohl wieder stärker die Großayatollahs zu Wort kommen. Anders als der Imam wird Khamenei ihnen, auch wenn er es wollte, das Wort nicht mehr verbieten können.

Rafsandschani hat, wie seine Bewältigung der durch den bereits jetzt eingetretenen Tod des Imam entstandenen Situation zeigt, sich offenbar eine bereits erstaunlich tragfähige Machtgrundlage schaffen können. Sie dürfte eine gute Ausgangsbasis für seinen Weg zu einem starken Präsidentenposten darstellen. Es hat den Anschein, als honoriere die Bevölkerung bisher diese Bestrebungen Rafsandschanis, da dieser hier immer noch als zwar ehrgeiziger, aber nüchterner und praxisorientierter Politiker betrachtet wird. Es bleibt abzuwarten, ob das Lager seiner meist radikal orientierten Gegenspieler neue Ansätze für wirksame Aktionen gegen ihn findet, wobei auch die Möglichkeit seiner physischen Eliminierung nicht als unmöglich angesehen werden kann.

Der Präsident Rafsandschani wird sich nach seiner Wahl einer Bevölkerung gegenübersehen, die nach zehnjährigen Entbehrungen durch Revolution und

<sup>8</sup> So in der Vorlage.

<sup>9</sup> An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Vorwerk handschriftlich eingefügt: „Staats-“.

<sup>10</sup> Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

<sup>11</sup> So in der Vorlage.

Krieg endlich eine stärkere Berücksichtigung ihrer elementaren Bedürfnisse und eine Verbesserung ihrer Lage erwartet. Rafsandschani wird vor allem eine Wirtschaftspolitik einschlagen müssen, die rasch erste Erleichterungen mit sich bringt, um diesem hohen Erwartungshorizont entgegenzukommen. Andernfalls sind tiefgreifende Auseinandersetzungen vorprogrammiert.

Im Augenblick sieht es jedenfalls so aus, als verfügen Rafsandschani und seine Gruppe über eine solide Basis für die rasche und reibungslose Weiterführung der Machtüberleitung in eine von ihm gesteuerte „Nach-Khomeini“-Phase der Islamischen Republik Iran.

[gez.] Trömel

Referat 311, Bd. 154137

## 168

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Derix

214-321.10 POL

7. Juni 1989<sup>1</sup>

Über Dg21<sup>2</sup>, D2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister<sup>5</sup>

Betr.: Innenpolitik Polens;

hier: Erste Bewertung der Wahlen (erster Wahlgang), 4.6.89

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Noch vor der Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses läßt die Berichterstattung der Botschaft sowie das Medienbild folgende erste Bewertung zu:

1) Die Opposition errang einen überwältigenden Sieg, die Führung eine beschämende Niederlage; die Wähler gaben der Opposition deutlich den Vorzug, die hohe Zahl der Nichtwähler macht deutlich, daß die Opposition sie dennoch von der Alternative nicht überzeugen konnte. Resignation, Desinteresse und Unmut in der Bevölkerung bilden ein Potential der Instabilität. Eine offene Frage ist auch, wie der Reformprozeß unter den neuen Gegebenheiten weitergeführt werden kann.

2) Aus dem ersten Wahlgang zu Sejm und Senat am 4.6.1989 (Stichwahl: 18.6.) ging die Opposition mit einem überwältigenden Sieg hervor.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix und Vortragendem Legationsrat Schrömbgens konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Höynck, auch in Vertretung des Ministerialdirektors Kastrup, am 7. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Dieter Kastrup.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 7. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Genscher am 13. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 13. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Kastrup an Referat 214 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 14. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Kastrup am 14. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Schrömbgens am 14. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Im Senat erhält sie voraussichtlich 93 von 100 Sitzen mit Ergebnissen von häufig 75 % und mehr der Stimmen. Die Opposition könnte im zweiten Wahlgang durchaus auch die restlichen sieben Sitze erobern.

Sämtliche 161 für die Opposition reservierten Sitze im Sejm (35 % von 460) fielen bereits im ersten Wahlgang an Gefolgsleute Lech Wałęsas. Unabhängige und von anderen oppositionellen Gruppen aufgestellte Kandidaten hatten keine Chance.

3) Die Führung erlebte eine beschämende Niederlage. Deutlichstes Zeichen hierfür und empfindlichster Punkt ist das Scheitern (voraussichtlich) aller 35 Kandidaten der als besonders sicher geltenden „Landesliste“, für die offensichtlich aus eiliger Unachtsamkeit bei der Neufassung des Wahlrechts keine Stichwahl vorgesehen worden war; damit ist die gesamte Regime-Prominenz (Rakowski, Olechowski, Kiszczak, Baka, Olesiak u. v. a.) gescheitert. Die personelle Besetzung der Regime-Koalitionsparteien wird durchgehend erst nach der Stichwahl vom 18.6. feststehen.

4) Die geringe Wahlbeteiligung (62,11 %) läßt das Ausmaß an Resignation, an Desinteresse, an Mißtrauen gegen alles, was „von oben“ kommt, aufscheinen. Das komplizierte Wahlverfahren mit bis zu sieben Wahlzetteln mag ein übriges dazu beigetragen haben. Die geringe Wahlbeteiligung ist daneben ein deutliches Signal, daß die Auswirkungen der schwierigen Wirtschaftslage zu Lasten des Interesses an politischen Reformen gehen. In der Stimmung des Wahlvolks sieht die Opposition ein Fanal und eine Verpflichtung zu konstruktiver Teilhabe am weiteren Reformprozeß. Nur so dürfte auch gesichert werden können, daß die hohen Erwartungen an die wirtschaftliche Gesundung des Landes nach dem deutlichen politischen Votum nicht in soziale Unrast umschlagen.

Der extreme Ausgang des ersten Wahlgangs hat die Lage in Polen kompliziert. Erste Andeutungen der Führung, das Wahlergebnis eventuell anfechten zu wollen, haben sich nicht verdichtet. Statt dessen hat die Führung Respektierung des Wahlausgangs zugesichert.

5) Offen ist, wie der Reformprozeß unter den neuen parlamentarischen Gegebenheiten weitergeführt werden kann. Beide Seiten scheinen gemeinsam bemüht zu sein, Wege zu finden, die 460 Sitze des Sejm um die offengebliebenen 35 Sitze aufzufüllen; ein verfassungskonformer Weg ist noch nicht gefunden.

Sodann ist die Teilhabe der Opposition an der Regierungsverantwortung zu klären; ein generelles Koalitionsangebot wurde bereits abgelehnt, einer punktuellen Zusammenarbeit wird sich die Opposition aber kaum entziehen können. Führende Kräfte der Opposition werden bemüht sein müssen, angesichts der Mehrheitsverhältnisse aufkommende Stimmen des „alles sofort“ zu dämpfen und der Linie der Vernunft und des Augenmaßes und Kompromisses zu folgen.

Der Umfang der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition dürfte auch von der Zusammensetzung der neuen Regierung abhängen. Offen ist, ob Rakowski weiterhin MP bleibt; die ersten Anzeichen nach der Wahl deuten darauf hin, daß Jaruzelski in Absprache mit der Opposition (auch dann, wenn sie einen Gegenkandidaten aufstellen sollte) Staatspräsident wird.<sup>6</sup> Die VPAP wird zu entscheiden haben, ob sie das Wahldebakel den Reformern mit der Folge anlastet,

<sup>6</sup> Zur Wahl des polnischen Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski zum Präsidenten am 19. Juli 1989 vgl. Dok. 203, Anm. 20.

den Kurs zu ändern. Den Reformgegnern fehlt offenbar die Kristallisationsfigur, eine realistische Alternative und Unterstützung im In- und Ausland. Die PVAP wird sich neu orientieren müssen (hin zur Sozialdemokratie? Spaltung?).

6) Das Ergebnis des ersten Wahlgangs hat die Lösung der kritischen Wirtschaftslage Polens nicht leichter gemacht. Der Unmut über die schlechte Versorgungslage ist durch das Fernbleiben von 38% der Wähler von den Urnen klar zutage getreten. Es bleibt zu hoffen, daß die Entwicklung zu mehr Pluralismus in Polen nicht bereits im ersten Anlauf einen Rückschlag erleidet. Es wird deshalb darauf ankommen, daß Führung und Opposition in Grundfragen des weiteren Vorgehens einschließlich der Überwindung wirtschaftlicher Probleme schnell zu einem Grundkonsens finden. Andernfalls werden der Unmut und die Unzufriedenheit in den politischen Lagern wie bei der Bevölkerung den Reformprozeß bremsen. Dies hätte auch fatale Auswirkungen auf die schwierigen Bemühungen westlicher Länder, sich auf ein Konzept zur Unterstützung Polens bei der Überwindung seiner Wirtschaftsprobleme zu verständigen.<sup>7</sup>

Derix

Referat 214, Bd. 139853

## 169

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schönfelder

412-401.35/3

8. Juni 1989<sup>1</sup>

Über Herrn Dg41<sup>2</sup>, Herrn D4<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup>

Betr.: Weiterentwicklung der internationalen Schuldenstrategie

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung 4 vom 23.3.1989<sup>5</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

<sup>7</sup> Botschafter Schoeller, Warschau, resümierte am 23. Juni 1989: „Die wichtigsten Ergebnisse der nach zwei Durchgängen nun abgeschlossenen Wahlen zu Sejm und Senat lauten: 1) Die Kandidaten des von der ‚Solidarität‘ gebildeten ‚Bürgerkomitees‘ konnten sämtliche 161 für sie erreichbaren Sejm-Sitze (35 v.H. aller Sitze) gewinnen, 160 davon bereits im ersten Anlauf (50-v.H.-Quorum). 2) Von den 100 in freier Konkurrenz gewählten Senatssitzen fielen 99 an die Kandidaten des ‚Bürgerkomitees‘ [...]. Die von Wałęsa unterstützten Bewerber erreichten am häufigsten Ergebnisse zwischen 55 und 75 v.H. 3) Die Unterstützung für die PVAP dürfte im Landesdurchschnitt weniger als 20 v.H. betragen. Die Koalition insgesamt (PVAP und Bündnispartner) dürfte derzeit bestenfalls über den Rückhalt eines Drittels der Wahlberechtigten verfügen. 4) Weniger als 60 v.H. der Wahlberechtigten haben sich überhaupt für eines der beiden politischen Lager entschieden (erster Durchgang). Der Rest blieb der Wahl entweder fern oder lehnte beide Alternativen ab.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1223; Referat 214, Bd. 139854.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schönfelder und Legationsrat I. Klasse Gruber konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Trumpf am 8. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 12. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 14. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

### I. Kurzfassung

Die im März 1989 von US-Finanzminister Brady gemachten Vorschläge zur Lösung der internationalen Verschuldungsproblematik (Brady-Initiative) haben eine neue Phase in der Weiterentwicklung der internationalen Verschuldungsstrategie eingeleitet. Bei der Umsetzung der Brady-Initiative sollen IWF und Weltbank in einer konzertierten Aktion Mittel und Mechanismen zur Unterstützung von Schulden- und Schuldendiensttransaktionen zwischen Schuldnerländern und Geschäftsbanken bereitstellen.

Ende Mai 1989 haben IWF und Weltbank ihre Richtlinien für die Schuldenreduzierungsoperationen festgelegt. Länder, die ein überzeugendes wachstumsorientiertes Anpassungsprogramm vorlegen, können von den beiden Institutionen Kredite zur Schuldenreduzierung und zur Absicherung von Zinszahlungen erhalten. Ein erster Prüfstein für die Anwendung der neuen Richtlinien ist der „Modellschuldner“ Mexiko. Mit frühzeitigen Kreditzusagen wollen IWF und Weltbank die Geschäftsbanken zu Konzessionen in den Verhandlungen mit Mexiko veranlassen.

Die Geschäftsbanken äußern sich ihrerseits skeptisch über die Erfolgsaussichten der Brady-Initiative. Insbesondere bemängeln sie die überzogenen Erwartungen der Schuldnerländer und der öffentlichen Geber hinsichtlich der Konzessionsmöglichkeiten der Geschäftsbanken. Sie fordern auch eine weitergehende Risikoübernahme der öffentlichen Kreditgeber zur Entlastung der privaten Kreditgeber.

Die Beteiligung von IWF und Weltbank an der Umsetzung der Brady-Initiative ist sinnvoll, beinhaltet aber auch Probleme. Durch Kreditzusagen in Finanzierungslücken und durch die faktische Risikoübertragung auf öffentliche Geber sind die Glaubwürdigkeit und die Kreditwürdigkeit der Institutionen gefährdet.<sup>6</sup> Zudem können die Kreditverhandlungen zu Kompetenzkonflikten zwischen Weltbank und IWF sowie zu Kontroversen zwischen den G7 hinsichtlich der Auswahl der begünstigten Länder führen.

Gleichwohl kann der Bush-Administration bescheinigt werden, daß sie sehr bald nach Amtsantritt auf einem wichtigen Felde ihre Führungsrolle übernommen und mit Tatkraft und Umsicht ausgefüllt hat. Die Bundesregierung hat im Kreise der G7 einen angemessenen Platz „im Mittelfeld“ eingenommen<sup>7</sup> und im Ablauf der Verhandlungen die nötige Beweglichkeit gezeigt, um sich in keiner Phase zu isolieren. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die gesamten Beschlüsse bisher keine Haushaltsmittel beanspruchen.

Es wird erwartet, daß IWF und Weltbank zusammen 20–24 Mrd. \$ auf drei Jahre für Schulden- und Zinserleichterungsoperationen zur Verfügung stellen können. Die gesamten Bankschulden der „eligible“ Länder werden mit ca.

<sup>6</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies ist ein wichtiger Punkt, den man aber auch anders sehen kann. Ob man wirklich sagen kann, daß dadurch die Kreditwürdigkeit der Institutionen gefährdet wird? Schließlich ist unverkennbar, daß die Schuldenstrategie vor allem inzwischen auch zu einer pol[itisches] Frage geworden ist, die vermehrt die Regierungen fordert, ob sie es wollen oder nicht. (M. E. sollten sie es vermehrt auch wollen – im Zweifel wird es darum ja auf dem W[elt]W[irtschafts]G[ipfel] in Paris gehen.)“

<sup>7</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „dies aber in der Öffentlichkeit nicht immer deutlich gemacht“.

350 Mrd. \$ angenommen, der zu erzielende Entlastungseffekt mit 40–50 Mrd. \$. Dies zeigt, daß auch die Wirkung der neuen Strategie relativ beschränkt bleiben wird.

II. 1) Im Vorfeld des Pariser Wirtschaftsgipfels (14.–16.7.1989)<sup>8</sup> ist in die Verschuldungsdiskussion Bewegung geraten. Vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten vieler Schuldnerländer hat seit Anfang 1989 eine allgemeine Überprüfung der internationalen Schuldenstrategie eingesetzt. Besondere Bedeutung hat dabei der im März 1989 gemachte Vorschlag von US-Finanzminister Brady (Brady-Initiative), wonach – unter maßgeblicher Beteiligung von IWF und Weltbank – künftig verstärkt Schuldenreduzierungen und Schuldendiensterleichterungen zugunsten anpassungsbereiter Schuldnerländer gewährt werden sollen.

Die Brady-Initiative ist von den IL (einschließlich D) und den Schuldnerländern überwiegend positiv aufgenommen worden. Auf der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank<sup>9</sup> gab es einen weitgehenden Konsens, daß zwischen Schuldnerländern (die sich allerdings zu durchgreifenden Wirtschaftsreformen verpflichten müssen), Geschäftsbanken und internationalen Finanzinstitutionen Schuldenreduktionsmodelle entwickelt werden sollten, die zu einer fühlbaren Entlastung der Schuldnerländer und zu neuen Mittelzuflüssen führen.

2) Die Brady-Initiative ist ein wichtiger Schritt in der Weiterentwicklung der Schuldenstrategie. Die Meinungsbildung zu den Vorschlägen und Anregungen ist in vollem Gange. Unklarheit besteht vor allem über die Rolle der Geschäftsbanken, die bereits die zentrale Schwachstelle im Baker-Plan<sup>10</sup> waren. Sie sind aufgefordert, ihr „Menü“ von Schuldenabbaumodellen stärker als bisher durch freiwillige Schulden- und Schuldendienstverringerung anzureichern.

In den vergangenen Jahren hat es im Verhältnis Schuldnerländer/Geschäftsbanken eine Kräfteverschiebung zugunsten der Geschäftsbanken gegeben. Sie haben durch Wertberichtigungen und Abschreibungen ihr Risiko reduziert und damit ihr Schicksal weitgehend von dem der Schuldnerländer abgekoppelt. Die skeptische Einschätzung der Perspektiven der Kreditwürdigkeit vieler Schuldnerländer, die auch durch die hohen Abschlüsse auf dem Sekundärmarkt für überfällige Forderungen zum Ausdruck kommt, führte zu einer verstärkten Gläubigermüdigkeit der Geschäftsbanken. Ein Konsens für neue Finanzierungspakete war immer schwieriger herbeizuführen. Während sich die öffentlichen Geber an den Baker-Plan hielten, gewährten die Geschäftsbanken kaum noch neue Kredite. Von 1985–1988 haben die öffentlichen Gläubiger etwa 80 % der Finanzierungsflüsse in die Schuldnerländer bereitgestellt, verglichen mit nur 30 % in den Jahren 1980 bis 1982.

In einer konzertierten Stellungnahme vom 24.5.1989 haben die führenden westlichen Banken nach dem Baker-Plan auch die Brady-Initiative skeptisch beurteilt. Sie erwecke unrealistische Erwartungen auf seiten der Schuldnerländer. Die Kreditrückzahlungen und Schuldendienste seien in Erwartung weiterer Vergünstigungen praktisch zum Erliegen gekommen. Der Handlungsspielraum der

<sup>8</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 231.

<sup>9</sup> Zur Tagung von IWF und Weltbank vom 2. bis 4. April 1989 in Washington vgl. Dok. 71, Anm. 10.

<sup>10</sup> Zum Baker-Plan vom 8. Oktober 1985 vgl. Dok. 57, Anm. 5.



Banken sei auch durch die unterschiedlichen nationalen Rechnungslegungsvorschriften eingeschränkt. Insbesondere die US-Banken sperren sich gegen Konzessionen beim Abbau der Altschulden und bevorzugen Zinsreduzierungen. Dieses Verfahren würde ihnen ermöglichen, die betroffenen Kredite weiter zum Nennwert in den Bilanzen ausweisen zu können. Die deutschen Banken sind in dieser Hinsicht flexibler, da sie ihre Engagements weitgehend wertberichtigt haben.

3) Mitte Mai 1989 einigten sich die G7 auf die Grundzüge der neuen Schuldenstrategie auf der Basis der Brady-Initiative. Sie trugen zwar den Vorstellungen der Geschäftsbanken Rechnung, bestanden aber darauf, daß das „Schuldenreduzierungsmenu“ der Zukunft sowohl eine Reduktion des Schuldenstandes wie auch einen Nachlaß im Zinsendienst anbieten müsse.

IWF und Weltbank sollen die Umsetzung der neuen Schuldenstrategie für die Geschäftsbanken attraktiv machen, indem sie Schuldenverringerungsoperationen (debt reduction operations = DROPs) mit Krediten unterstützen und Mittel für die Absicherung von Zinsverpflichtungen oder Zinsreduktionen bereitstellen. Gleichzeitig sollen der IWF, die Weltbank und andere internationale Finanzierungsinstitutionen ihre Kredite künftig frühzeitiger und flexibler bereitstellen.

III. 1) Auf der Basis der von den G7 gesetzten politischen Rahmenbedingungen hat das Exekutivdirektorium des IWF am 23.5.1989 folgende Richtlinien beschlossen:

- Der IWF überläßt die Verhandlungen über DROPs (einschließlich Reduzierung bzw. Absicherung des Zinsendienstes) den Schuldnerländern und den Geschäftsbanken, ohne sich selbst einzumischen.
- Die Substituierung privater durch öffentliche Mittel ist zu vermeiden.
- Voraussetzung für die finanzielle Fonds-Unterstützung ist ein starkes Anpassungsprogramm mit besonderer Betonung der Erfordernisse hinsichtlich Inlandsersparnis, Kapitalflucht und Direktinvestitionen.
- Die Förderungswürdigkeit eines Landes (eligibility) wird fallweise festgestellt vor allem anhand der Stärke der Anpassungsmaßnahmen, der Aussichten auf freiwillige DROPs-Vereinbarungen und der Effizienz der Mittelverwendung.
- Ein Teilbetrag von etwa 25 % eines IWF-Kredits, den ein Schuldnerland auf Antrag im üblichen Verfahren (einschließlich Anpassungsprogramm) erhält, wird beiseite gestellt („set aside“) und ausschließlich für die Verringerung des Schuldenbestandes bereitgehalten. (Technisch könnte dies dadurch geschehen, daß das Schuldnerland den Set-aside-Betrag für „debt-bond transactions“ oder „buybacks“ mit Abschlag vom Nominalwert verwendet.)
- Zusätzliche Kredite von bis zu 40 % seiner Quote können von dem betroffenen Schuldnerland für Zinssicherung (interest support), d.h. zur Besicherung des reduzierten Zinsendienstes und/oder des Zinsendienstes, auf einen reduzierten Schuldenbestand gezogen werden. Diese Mittel sollen die Zinsverpflichtungen für ein oder zwei Jahre sichern; bei Nichtnutzung Übertragung auf kommende Jahre („rolling interest support“). Die Zinssicherung erfolgt durch die Schaffung von Treuhandkonten („escrow account“). Das Schuldnerland soll dazu eine nennenswerte (im Einzelfall zu quantifizierende) Eigenleistung beitragen. Die Mittel auf dem Treuhandkonto sollen Mittel des Schuldnerlandes

sein. Noch ungeklärt ist, wer das Treuhandkonto verwalten soll. Während der IWF für eine Verwaltung im IWF plädiert, haben sich die G7 dagegen ausgesprochen, um zu vermeiden, daß IWF und Weltbank bei Streitigkeiten involviert werden.

2) Nach dem IWF-Exekutivdirektorium hat auch das Direktorium der Weltbank am 31.5.1989 Richtlinien für den Einsatz von Weltbankmitteln zur Schuldenreduktion beschlossen, die sich im wesentlichen mit den IWF-Richtlinien decken. Ähnlich wie der IWF stellt die Weltbank bei neuen Krediten 25 % der für ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm von drei Jahren vorgesehenen Darlehen für Schuldenreduzierung zur Verfügung. Zusätzlich können bis zu 15 % des gesamten Darlehensvolumens zur Zinssicherung eingesetzt werden. Das Gesamtvolumen der Zusatzmittel wird auf 6 Mrd. US-\$ für den Zeitraum 1990–1992 begrenzt. Dies bleibt deutlich hinter den US-Erwartungen zurück. Zudem sind wesentliche Fragen streitig geblieben, besonders die praktisch wichtigen Modalitäten des „interest support“.

IV. 1) Nach dem positiven Abschluß der Kreditverhandlungen des IWF mit Costa Rica und den Philippinen, bei denen erstmalig die neuen IWF-Richtlinien zur Anwendung kamen, wird der „Modell-Schuldner“ Mexiko ein erster ernsthafter Prüfstein für die Umsetzung der Brady-Initiative sein.

Ende Mai 1989 hat der IWF ein Kreditpaket in Höhe von insgesamt 3,25 Milliarden SZR oder umgerechnet 4,08 Milliarden US-\$ bereitgestellt. Davon sind im Rahmen einer Kompensierungsfazilität für den Ausgleich entgangener Exporterlöse und für Getreideimporte 453,5 Millionen SZR sofort ziehbar. Der Rest soll als Erweiterte Fondsfazilität (EFF) in den nächsten drei Jahren vergeben werden. 30 % der beanspruchten EFF (1,2 Mrd. US-\$) darf Mexiko für den Abbau seiner Schulden bei den Geschäftsbanken (z.B. durch Rückkauf von Schuldtiteln zu Marktpreisen, d.h. mit erheblichen Abschlägen) nutzen. Darüber hinaus kann Mexiko bis zu 40 % seiner Quote in Höhe von 1,2 Mrd. SZR (verfügbar wären demnach rund 600 Millionen US-\$<sup>11</sup>) zur Absicherung reduzierter Zinszahlungen an die Geschäftsbanken verwenden. Bedingung hierfür ist jedoch der erfolgreiche Abschluß freiwilliger DROPs mit den Geschäftsbanken. Eine Einigung ist noch nicht abzusehen. Der Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen fällt vor allem den amerikanischen und japanischen Banken nicht leicht, die bisher nur unzureichende Wertberichtigungen vorgenommen haben.

Die Weltbank beabsichtigt, Mexiko in den Jahren 1989–1991 insgesamt 1,7 Mrd. US-\$ für Schulden- und Schuldendienstreduzierung zur Verfügung zu stellen. Davon sind 750 Mio. US-\$ als „set-aside“ (25 % der Anpassungsdarlehen) für Schuldenreduktion und 950 Mio. US-\$ (15 % der max. Ausleihung 1989–1991) als „interest support“ für Schuldendienstreduktion vorgesehen. Der Beitrag der Weltbank steht unter dem Vorbehalt bedeutsamer Zugeständnisse der Geschäftsbanken, ohne die erwünschten Konzessionen näher zu quantifizieren.

V. 1) Die unmittelbare Beteiligung von IWF und Weltbank bei der Bewältigung der Schuldenkrise ist sinnvoll. Dennoch birgt die (gegen anfängliche Vorbehalte einiger Länder, u.a. auch D) Modifizierung der Geschäftspolitiken Risiken, wel-

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „600 US-\$“.

che langfristig die Glaubwürdigkeit des IWF und die Kreditwürdigkeit der Bank gefährden können. Sicher wird die Quasi-Verpfändung von IWF-Ziehungsrechten die Gewährung neuer Kredite der Geschäftsbanken an die Schuldnerländer erleichtern. Doch damit ist der „Sündenfall“, nämlich die Übertragung privater Risiken auf öffentliche Geldgeber durch die Hintertüre der internationalen Finanzierungsinstitutionen, geschehen. Dies trifft im wesentlichen auf den „interest support“ zu. Durch die Hilfskonstruktion der Treuhandkonten für die Zinssicherung ist zwar technisch eine für den IWF noch systemkonforme Ausgestaltung gelungen (der IWF bürgt nicht direkt). Dennoch ist die Gefahr einer Dauer-subventionierung gegeben.

2) Ein weiterer Bruch mit bewährten IWF-Praktiken ist die frühzeitige Bereitstellung von Krediten, gegebenenfalls auch schon, bevor andere Gläubiger feste, detaillierte Zusagen zur Schließung der „Finanzierungslücke“ gegeben haben. Sollte das Anpassungsprogramm wegen Unterfinanzierung scheitern, würde dies die Rückzahlung des IWF-Kredits durch das Schuldnerland gefährden und das jetzt schon gravierende Problem der Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF verschärfen. Zudem fehlt nun ein Druckmittel seitens der internationalen Finanzinstitutionen, um die Geschäftsbanken zu einem zügigen Abschluß zu bringen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Vorreiterrolle des IWF einen moralischen Druck auf die Banken ausübt und sie zwingt, ihre zögerliche Haltung aufzugeben. Im Falle Mexikos haben die Verhandlungen mit den Gläubigerbanken ein konkretes Stadium erreicht, bei Costa Rica und den Philippinen sind Umfang, Art und Zeitpunkt des Finanzierungspaketes ungewiß.

3) Bei der Auswahl der begünstigten Länder wurden bisher ausschließlich Länder berücksichtigt, an denen die USA ein besonderes Interesse haben. Diese einseitige Prioritätensetzung birgt die Gefahr, daß z.B. förderungswürdige afrikanische Länder nicht beteiligt werden. Dies könnte zu Kontroversen im Kreis der G7 führen. Die USA haben bereits Marokko und Nigeria als Kandidaten benannt, F zusätzlich die Elfenbeinküste. Diskutiert wird in der Weltbank auch der Einsatz von (zinslosen) IDA-Mitteln für hochverschuldete LLDC, für die die relativ teuren Weltbank-Kredite nicht in Frage kommen. Die Frage wird entscheidend vom Umfang der jetzt anstehenden neunten IDA-Aufstockung abhängen.

Kaum absehbar sind die Folgen, wenn sich durch ein allzu schematisches Vorgehen bei der Länderauswahl auch hochverschuldete Entwicklungs- und Schwellenländer (z.B. Indonesien) für einen Schuldenerlaß qualifizieren, denen bisher der Schuldendienst keine größeren Probleme bereitet und die sich guter Geschäftsbeziehungen mit ihren Gläubigern erfreuen.

4) Die Finanzierungsanforderungen an den IWF im Rahmen der weiterentwickelten Schuldenstrategie können zu Liquiditätsengpässen führen. Dies birgt die Gefahr, daß der Fonds seine anderen Aufgaben, die auf ein ausgewogenes, auf Stabilität gegründetes Wachstum der Weltwirtschaft gerichtet sind, vernachlässigen muß.

Die neue Rolle von IWF und Weltbank in der Schuldenstrategie birgt auch potentielle Kompetenzkonflikte zwischen den beiden Institutionen. Die einst mit klar getrennten Aufgaben versehenen Institutionen haben bereits in den vergangenen Jahren ihre Demarkationsgrenzen einige Male überschritten, was zu Doppel-

spurigkeit und Reibungsverlusten führte. Auf der Grundlage einer kürzlichen Kooperationsvereinbarung sollte aber bei der Bewältigung der Schuldenproblematik eine enge Zusammenarbeit gewährleistet sein. Der Mitteleinsatz beider Institutionen soll komplementär und im Gesamtumfang von vergleichbarer Größenordnung sein. Die Vergabemodalitäten sollen konsistent sein.

Nachdem der IWF und die Weltbank durch ihren Beitrag die Chancen auf ein Gelingen des Brady-Plans erhöht haben, sind nun die Geschäftsbanken gefordert. Sie müssen ihre Verzögerungstaktik aufgeben und aktiv bei der neuen Schuldenstrategie mitarbeiten. Ihr Widerstand gegen die von Mexiko präsentierte Verhandlungsofferte verdeutlicht, daß es US-Finanzminister Brady nicht gelungen ist, während der International Monetary Conference, die vom 5.–7. Juni 1989 in Madrid stattfand, die Unterstützung der Geschäftsbanken für seine Initiative zu gewinnen.

Referat 400 hat beigetragen und mitgezeichnet.

Schönfelder

Referat 412, 168693

## 170

### Botschafter Terfloth, Bukarest, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 493

Aufgabe: 8. Juni 1989, 15.15 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 8. Juni 1989, 16.27 Uhr

Betr.: Rumänien Mitte 1989

Rumänien ist wohl das einzige europäische Land, vielleicht sogar das einzige der Welt, dessen Bewohner durch die Medien weder von den Ereignissen in China etwas erfahren haben noch vom Volkskongreß in Moskau<sup>2</sup>, noch von den Wahlen in Polen<sup>3</sup> oder der Entwicklung im Nachbarland Ungarn. Auch die Pariser Konferenz zur Menschenrechtsdimension<sup>4</sup>, an der Rumänien teilnimmt, wird totgeschwiegen. Statt dessen verbreiten sich die Blätter über den Kartoffelanbau und die unermüdlichen Reden des Conducators.

Hier äußert sich in eindringlicher Weise das Ausmaß der Unsicherheit und der Isolation des Regimes.

In diesen Tagen findet in Bukarest ein Routinetreffen der Industrieminister der Balkan-Staaten statt. Weder Griechenland noch die Türkei haben Minister ent-

<sup>1</sup> Hat Legationsrat I. Klasse Götz vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL hat [Ablichtung].“

<sup>2</sup> Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 78.

Zur ersten Tagung vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 vgl. Dok. 197.

<sup>3</sup> Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

<sup>4</sup> Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

sandt. Der türkische Botschafter<sup>5</sup> schilderte mir lebhaft, wie sehr er in den letzten Tagen von der rumänischen Regierung unter Druck gesetzt worden sei, wenigstens „irgendeinen“ Minister zu entsenden, wenn schon der Industrieminister<sup>6</sup> verhindert sei. Hier zeigt sich, wie auch bei dem ständigen Drängen der Rumänen uns gegenüber auf politische Besuche, daß Zweck solcher Begegnungen für das Regime nicht Gesprächsinhalte sind, sondern lediglich die Bekräftigung, daß der Staatschef weiter eine internationale Rolle spielt.

Das erste Halbjahr 89, nach den mehrfachen mutigen Äußerungen des Widerstands, besonders dem offenen Brief der sechs früheren Spitzenkommunisten<sup>7</sup>, zeigt in den Maßnahmen der Führungsspitze eine Mischung von Nervosität und Gewalttätigkeit. Indessen ist nicht nur der politische, sondern auch der weitere wirtschaftliche Niedergang mit Händen zu greifen. Die „Abschreibung“ der riesigen Schulden der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch einen einzigen Präsidialfederstrich offenbart nichts weniger als den Bankrott der gesamten Landwirtschaftspolitik. Ein Verschwindenlassen von 1,7 Milliarden US-Dollar steckt eine Volkswirtschaft wie die rumänische nicht einfach weg. Kürzlich wurde eine LPG öffentlich dafür gelobt, daß sie Traktoren durch die Arbeitskraft von Tieren und Frauen ersetzt und so zur Energieersparnis beigetragen habe – das wahre Gesicht der rumänischen „Modernisierung“. Die ohnehin veralteten Fabriken arbeiten mit halber Kapazität. Oft darunter, beispielsweise die mit französischer Beratung errichtete Autofabrik nach französischen Angaben mit nur 30 v. H. Die kanadischen Berichte über den Fortgang der Arbeiten am Kernkraftwerk Cernavodă<sup>8</sup> (das mit kanadischer technischer Hilfe errichtet wird) lassen einen so verheerenden Qualitätsstand von Planung und Ausführung erkennen, daß Rückschlüsse auf die Gesamtverfassung der Industrie erlaubt sind, denn Cernavodă genießt nach dem Willen des Staatspräsidenten höchste Priorität.

Vor einigen Tagen hat Ceauşescu vor dem erweiterten Politbüro eine seiner vielen kritischen Reden gehalten, in denen er Verantwortliche sucht, und, ohne Auswege zu zeigen, Mißstände anprangert. Das Bild, das aus diesen Reden erkennbar wird, ist bedrückend. Die Botschaft hat hierüber berichtet.

Die einzige italienische Joint-venture (Textilsektor), die viele Jahre für beide Seiten erfolgreich arbeitete, wird geschlossen, weil die italienischen Mindestbedingungen, durchaus vernünftige wirtschaftliche Anforderungen, trotz Zusage sehr hoher Stellen nicht eingehalten werden konnten. Die Arbeiter werden entlassen. Ähnliches steht für die einzige deutsch-rumänische Joint-venture (Renk) unmittelbar bevor. Der (Know-how-)Transfer ist bereits eingestellt. BASF, einer der wenigen noch Verbliebenen, wird vermutlich in Kürze seine Vertretung in Bukarest schließen.

Diese Beispiele aus Sektoren, bei denen uns Informationen zugänglich sind, legen den desolaten Zustand der rumänischen Wirtschaft insgesamt schlagartig offen.

<sup>5</sup> Süleyman Okyar Günden.

<sup>6</sup> Şükrü Yürür.

<sup>7</sup> Zum Schreiben ehemaliger hoher Funktionäre vgl. Dok. 72, Anm. 11.

<sup>8</sup> Durchgehend korrigiert aus: „Cernova“.

Es ist der gemeinsame Eindruck der Botschaften der Gemeinschaft in Bukarest, daß sich die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse in einer Weise auf wenige Personen konzentrieren, daß vernünftige Gespräche und Verhandlungen kaum mehr möglich sind. Hierfür gibt es eine Anzahl konkreter Beispiele. Der italienische Botschafter<sup>9</sup> bezeichnete den Entscheidungsprozeß in Rumänien als „paralysiert“. Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß sich die Führung des Landes von den Realitäten so weit entfernt hat, daß mit rationalem Handeln nicht zuverlässig gerechnet werden kann.

Dies soll keine Voraussage sein, daß etwa ein Zusammenbruch oder auch nur ein Umbruch zwingend bevorstünde. Erfahrungsgemäß können Diktaturen auch mit solchen Zuständen lange Strecken überdauern. Es wird aber immer deutlicher, daß Rumänien zum Außenseiter Europas geworden ist. Der Ausdruck „Albanisierung“ kommt nicht von ungefähr.

[gez.] Terfloth

Referat 214, Bd. 139892

## 171

### Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2220  
Citissime

Aufgabe: 8. Juni 1989, 17.28 Uhr<sup>1</sup>  
Ankunft: 8. Juni 1989, 17.45 Uhr

Betr.: Gorbatschows politische Position im Juni 1989

Zur Unterrichtung

Zum Zeitpunkt seines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland<sup>2</sup> steht Gorbatschow auf dem Gipfel seiner Macht. Es ist seine erste Auslandsreise als Vorsitzender des neu konstituierten Obersten Sowjet, dem die in großen Teilen ersten demokratischen Wahlen in der SU<sup>3</sup> eine neue Legitimitätsbasis verschafft haben. Als Vorsitzender dieses nunmehr ständig tagenden neuen Gesetzgebungsorgans wird Gorbatschow in den nächsten zehn Jahren (nach der geltenden Verfassung<sup>4</sup> kann er zwei Amtsperioden zu je fünf Jahren wahrnehmen) sein Pro-

<sup>9</sup> Luigi Amaduzzi.

<sup>1</sup> Das von den Botschaftsräten Adam und Schäfers, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 9. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schevardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>3</sup> Die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten fanden am 26. März 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 78.  
Zur ersten Tagung vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 vgl. Dok. 197.

<sup>4</sup> Für den Wortlaut der sowjetischen Verfassung vom 7. Oktober 1977 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 385–415.

gramm eines „sozialistischen Rechtsstaates“ energisch vorantreiben können. Hält er das bis heute vorgelegte Tempo durch, könnte in der SU 1999 eine Rechtskultur entstehen, wie sie früher weder im zaristischen Rußland noch unter Sowjetherrschaft jemals bestanden hat.

Neben dieser Legitimation durch eine werdende Volksvertretung hat Gorbatschow seine Position in der Partei, der nach wie vor entscheidenden Bastion der Macht in der SU, als Generalsekretär in drei Schüben gegen alle Widerstände und allen Skeptikern zum Trotz konsolidiert:

- 1985 brachte er seine nunmehr engsten Vertrauten Jakowlew und Schewardnadse ins Politbüro.
- 1988 gelang es ihm, den größten Teil der „alten Garde“ aus dem Politbüro zu drängen und neue Leute weitgehend seiner Linie hineinzubringen.
- Im April 1989 gelang ihm das gleiche mit dem Zentralkomitee.<sup>5</sup> In vier Jahren hat Gorbatschow also die Machtbasis seiner potentiellen Gegner weitgehend unterhöhlt, wenn auch erkennbar ist, daß der noch bestehende Parteiapparat ihm mehrheitlich wohl nicht aus Überzeugung, sondern mangels Alternative folgt. Sein Auftreten vor dem Volkskongreß hat eindeutig bewiesen, daß es gegenwärtig keine nur annähernd ebenbürtige Führungsperson in der SU gibt. Das bedeutet freilich auch, daß das Schicksal der neuen politischen Linie in der SU in beängstigender Weise an die Person Gorbatschows geknüpft ist. Sollte ihm etwas zustoßen, ließe sich das, was nach ihm kommen würde, kaum abschätzen.

Gorbatschow hat mit seinen bisherigen Aktionen ein hohes Maß an Mut und Beharrlichkeit bewiesen. Er hat ein außerordentliches Gespür für die Wahl des richtigen Augenblickes. Er verfügt über Charisma und persönliche Ausstrahlung, die ihm vor allem in schwierigen Situationen helfen, etwaige Widerstände mit Härte, die er aber in entwaffnende Verbindlichkeit zu kleiden versteht, zu überwinden. Er ist dominierend und kann aggressiv sein. Er liebt es, Gespräche mit einer provozierenden Bemerkung zu eröffnen, die das Gegenüber zunächst einmal in die Defensive drängt.

Er ist ein aufrichtiger Reformator und gibt sich als wahrer Nachfolger Lenins. Er hat seit seinem Amtsantritt die Ausmaße der Probleme, vor denen er steht, wohl tatsächlich erst allmählich begriffen. Jedenfalls scheinen die Verschiebungen in seinem Programm in weitgehend glaubhafter Weise darauf zu beruhen, daß er erst allmählich zu den tieferen Schichten der komplexen Wirtschafts- und Gesellschaftsprobleme vorgestoßen ist. Er begann mit der Losung „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“. „Perestroika“ (revolutionärer Umbau) rückte erst 1986 in den Vordergrund, immer noch primär als Weg zur Leistungssteigerung der Wirtschaft konzipiert. Anfang 1987 begann er davon zu sprechen, daß eine tiefgreifende Erneuerung von Gesellschaft und Partei notwendig sei, um dann die Parteikonferenz 1988<sup>6</sup> mit einem ausgefeilten Projekt einer weitreichenden Verfassungsreform zu überraschen. Im selben Sommer tauchten die Schlüsselbegriffe „Pacht“, „Produktionsvertrag“ und „Eigeninitiative“

<sup>5</sup> Zum Plenum des ZK der KPdSU am 25. April 1989 in Moskau vgl. Dok. 121, Anm. 10.

<sup>6</sup> Vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 fand in Moskau die Allunionsparteiokonferenz der KPdSU statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 194.

auf, zu denen sich bald die für das System zentrale Frage nach neuen Formen der Eigentumsverhältnisse gesellte. Das Ausmaß der Finanzkrise hat Gorbatschow offenbar erst im Winter 1988/89 erkannt. Er hat sich dieser für ihn vermutlich bestürzenden Erkenntnis nicht entzogen und versucht, sofort Maßnahmen zum Gegensteuern zu ergreifen. Als diese nicht sofort griffen, was in der Natur der Sache liegt, hat er den Reformprozeß durch immer weiteres Ausgreifen in die politische Struktur („demokratische“) radikalisiert.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß Gorbatschow, der in erster Linie als Wirtschaftsreformer angetreten ist, bis heute weder binnen- noch außenwirtschaftliche Erfolge aufweisen kann. Die von ihm selbst erst 1985 geschaffene Superagrarbebehörde mußte er jetzt wieder auflösen. Die Versorgung mit Konsumgütern ist schlechter geworden, die Devisenlage der SU ist schlechter denn je. Hier ist seine Achillesferse. Besonders besorgniserregend ist, daß das alte Wirtschaftssystem der extrem zentralisierten Planwirtschaft in weiten Teilen nicht mehr funktioniert und ein neues System einer Marktwirtschaft, deren Hauptregulator freie Preise sein sollen, bisher, abgesehen von umkämpften Ansätzen im Bereich der Kooperativen, noch weit von der politischen Durchsetzbarkeit entfernt ist. Dies hat nicht nur ideologische Ursachen in einem sozialistisch bleiben wollenden System, mit dem privates Eigentum an Produktionsmitteln und privatwirtschaftliche Arbeitsverträge unvereinbar sind. Politisch wichtiger, weil nicht wie der ideologische Ballast abwerfbar, sind die sozialen Spannungen, die bei einer Freigabe der wirtschaftlichen Tätigkeit durch die dann rasch zu erwartende Differenzierung der Einkommen und gleichzeitige Verteuerung der bisher stark subventionierten Grundversorgungsgüter zu erwarten sind. Die Masse der Menschen hier ist nach wie vor lieber gleich in ihrer Armut als ungleich bei relativem Wohlstand.

G. wird sicherlich landesweit als die tragende Führungsfigur anerkannt. Dennoch kann wegen der ausbleibenden materiellen Erfolge der Perestroika nicht von einer wirklichen Popularität in der breiten Bevölkerung gesprochen werden. Seine größte Unterstützung findet er bei der „neuen Intelligenz“, bei Journalisten, jungen Ingenieuren, Künstlern, Unternehmensdirektoren. Wird es nicht gelingen, das Konsumangebot rasch und spürbar zu verbessern, könnte dies zu einer rapiden Zunahme der Unzufriedenheit führen. Angesichts der Dynamik, mit der sich durch Gorbatschows Reformen die politische Kultur der SU wandelt, fällt es heute schwerer denn je, abzuschätzen, in welcher Form eine solche massive Unzufriedenheit sich äußern könnte.

So erfolglos Gorbatschow bislang auf dem Feld geblieben ist, das er anfangs als seine Hauptaufgabe beschrieben hatte, so überraschende Erfolge konnte er auf einem Gebiet verbuchen, wo er als Politiker aus der Provinz mit einem anderen Politiker ohne vorige Auslandserfahrung ansetzte: In der Außenpolitik muß das Duo Gorbatschow–Schewardnadse als eines der erfolgreichsten unserer Tage gelten. Hatten noch 1986 das Denken in zwei antagonistischen Welten und die Konzeption vom „absterbenden Kapitalismus“ die offiziellen Parteidokumente geprägt, so schwand dieser ideologische Ballast seither in atemberaubendem Tempo und wurde durch ein insgesamt schlüssiges, dem Potential der SU und den Weltproblemen weit besser angepaßtes Konzept ersetzt, das „Neue Denken“. Gorbatschow hat den Westen mit einer Serie von Abrüstungsvorschlägen überrascht und letzthin substantielle einseitige Kürzungen der sowjetischen Streit-



kräfte in Angriff genommen. An seiner Entschlossenheit, in allen laufenden Abrüstungsverhandlungen zu Ergebnissen zu kommen und dabei das traditionelle, überdimensionierte sowjetische Sicherheitsstreben aufzugeben, besteht kein Zweifel. Er hat vor allem die Militärs gezwungen, von überkommenen Vorstellungen Abschied zu nehmen. Entwürfe ziviler Sicherheitsexperten, vor allem mit dem Ziel einer Revision von Doktrin und Strategie und zur Reduzierung des Militärhaushalts, werden immer mehr salonfähig.

Energisch hat Gorbatschow eine Politik des sowjetischen Disengagements bei Regionalkonflikten angepackt und damit u.a. den Weg zu einer Verbesserung des Verhältnisses zu den USA freigemacht.

Trotz unerwarteter Schwierigkeiten mit der Wiederaufnahme des Dialogs mit den USA nach dem Administrationswechsel bleibt es schon jetzt ein historisches Verdienst Gorbatschows, das Verhältnis zur anderen Supermacht auf breiter Basis entkrampft zu haben.

Gorbatschow hat im gleichen Zuge einer Reformpolitik in Osteuropa Raum gegeben, die gleichfalls noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar war. Ungarn, lange Jahre das ideologische schwarze Schaf, ist heute aufgerückt zu privilegierten Beziehungen mit der SU. In Polen sind heute Entwicklungen im Gange, die noch 1981 die Gefahr einer sowjetischen Intervention hervorgerufen hatten. Gorbatschow hat sich in einer Weise öffentlich festgelegt, die, wenn auch nicht ausdrücklich, doch in der Sache eine eindeutige Absage an die „Breschnew-Doktrin“<sup>7</sup> enthält. Bei aller Zustimmung, die diese letztlich von der Einsicht der Begrenztheit der eigenen Mittel getragene Außenpolitik außerhalb der SU und auch in der die primären Eigenbedürfnisse einer stärker artikulierenden Bevölkerung hat<sup>8</sup>, ist diese außenpolitische Bilanz aber nicht unumstritten. Das Risiko des Verlustes der Hegemonie in Osteuropa und der Übervorteilung durch die USA in den regionalen Konflikten ist den alten Machtapparaten deutlich. Der damit verbundene innere Wandel wird von ihnen kaum als Kompensation betrachtet. So hängt auch der letztliche außenpolitische Erfolg stark davon ab, wie rasch er im Innern sichtbar zu wirklicher Besserung beiträgt.

<sup>9</sup>Nach langen Jahren polizeistaatlicher Unterdrückung hat Gorbatschow dafür gesorgt, daß die SU heute einen relativ guten Ruf bei der Respektierung von Menschenrechten genießt. Versuche, weite Bereiche, in denen bislang Willkür waltete, rechtlich zu ordnen und diese Rechtsordnung einer unabhängigen Kontrolle unterzuordnen, sind vorangekommen – auch wenn das Ergebnis nicht immer unseren Kriterien gerecht zu werden vermag.

Glasnost ist zu einem Schlüsselbegriff der Presseberichterstattung geworden, der aus einer schönfärberischen Hofberichterstattung eine Vielfalt von Publikationen mit individuellem Profil hat entstehen lassen, in denen sich in einer geradezu leidenschaftlichen Weise Kritik – z.T. auch<sup>10</sup> Polemik – entfaltet, auch wenn es immer noch Tabus gibt.

<sup>7</sup> Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 34, Anm. 8.

<sup>8</sup> So in der Vorlage.

<sup>9</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2221 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „und“.

Am weitesten geht die Zerstörung von Tabus in der Geschichte. Auf Gorbatschows Initiative hin sind Tausende von Stalin-Opfern wieder rehabilitiert worden, darunter die prominenten Opfer der Säuberungen wie Tuchatschewskij, Bucharin, Rykow. Die Aufarbeitung der Geschichte schreitet rasch fort. Zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruches steht eine offizielle Beurteilung der sowjetischen Seite zum Hitler-Stalin-Pakt<sup>11</sup>, zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.39<sup>12</sup> und zu Katyn bevor. Die vom Volkskongreß eingesetzte Kommission wird sich bald äußern müssen.

Gorbatschow hat schließlich eine Bewegung in Gang gesetzt, deren Ausgang vielleicht ungewisser ist als der seiner anderen Initiativen: Die Formierung unabhängiger Volksfronten im Baltikum und national-orientierter Gruppen in allen Randrepubliken gehört zu den wichtigsten Entwicklungen des vergangenen Jahres. Auch in die Frage nach der Autonomie der Deutschen in der SU ist Bewegung gekommen. Gorbatschow hat bisher viel Sympathie für diese Bestrebungen gezeigt, auch wenn er nicht klar erkennen läßt, wie weit er den letztlich von Stalin geschaffenen Rahmen der Nationalitätenpolitik prinzipiell zu verlassen bereit ist. Dennoch hat er einer Bewegung Raum geschaffen, die immer drängender die Frage stellt: Bundesstaat oder Staatenbund?, und damit den zentralistischen Aufbau der SU revidieren will. Da diese Fragen mit starken Emotionen befrachtet sind, ist die Gefahr explosiver Entwicklungen hier besonders groß, insbesondere falls sich nun ein russischer Chauvinismus entwickelt.

Gorbatschow – ein Zauberlehrling oder ein instinktsicherer Jongleur mit vielen Kugeln? Die bisherige Erfahrung spricht eher für letzteres. Bei aller Virtuosität sollte man aber nicht das idealistische Element in Gorbatschows Charakter überschätzen: Er hat einen ausgeprägten Machtinstinkt. Aber er hat mehrfach bekräftigt, daß er Macht primär zur Verwirklichung eines Zieles sucht: die SU zu einem modernen, aufgeschlossenen, undogmatischen, an den humanitären Zielen des Sozialismus ausgerichteten Staat mit höherem Wohlstand zu machen. Er soll bei mehreren Gelegenheiten mit Rücktritt gedroht haben, um Entscheidungen zu erzwingen.

In Gesprächen mit Vertretern aus Partei und Staat häufen sich Hinweise auf Schweden, Finnland oder Österreich, Länder, in denen sozialdemokratische Politik verwirklicht sei, ohne daß man dort in die Abgründe des Stalinismus verfallen sei, und die deshalb das besondere Interesse der SU auf sich zögen.

Schließlich hat Gorbatschow den Führungsanspruch der Partei faktisch erheblich zurückgeschnitten. Es ist in jüngster Zeit keine Rede mehr vom Anspruch der Partei auf ein Erkenntnis- und Wahrheitsmonopol wie in dem noch weitgehend unter Tschernenko konzipierten Parteiprogramm von 1986<sup>13</sup>. Gorbatschow

<sup>11</sup> Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Grenz- und Freundschaftsvertrags vom 28. September 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

<sup>13</sup> Der XXVII. Parteitag der KPdSU, der vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau stattfand, verabschiedete eine Neufassung des Parteiprogramms. Für den Wortlaut vgl. Boris MEISSNER, Das Aktionsprogramm Gorbatschows. Die Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU, Köln 1987, S. 91–157. Zum Parteitag vgl. AAPD 1986, I, Dok. 68.

spricht nicht von der „führenden Rolle“, sondern von der „Avantgarde“-Funktion der Partei. Sie soll nicht herrschen, sondern Wege bahnen, nicht kommandieren, sondern Ideen liefern, nicht konfrontativ ausgrenzen, sondern integrieren und gesellschaftlichen Konsens fördern. Der neu geschaffene Oberste Sowjet als ständiges Gesetzgebungsorgan und die neue Kommission für Verfassungsaufsicht

müssen einschneidende Veränderungen in der Praxis der politischen Machtausübung nach sich ziehen. Partei und Ministerrat werden künftig kaum noch so unumschränkt wie in der Vergangenheit auf dem Verordnungsweg regieren können. Mit dem neuen Obersten Sowjet ist zum ersten Mal ein politisches Organ geschaffen worden, das als Gegengewicht zum ZK wirken könnte. Alles deutet darauf hin, daß Gorbatschow diese Chance zu echten „checks and balances“ im sowjetischen System zielstrebig angesteuert hat und ausgiebig zu nutzen gedenkt. Noch aber sind die alten Machtapparate stark und zwingen zu umsichtigem Vorgehen.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 147110

## 172

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller

9. Juni 1989<sup>1</sup>

Betr.: China;

hier: Sanktionen

1) Der Ruf nach Sanktionen gegenüber China scheint sich, zumindest bei uns, zu verstärken. Er findet vor allem Niederschlag in dem heute zirkulierten Vorschlag der SPD-Fraktion für einen interfraktionellen Antrag des Deutschen Bundestages.<sup>2</sup>

Die europäischen Regierungen haben bis jetzt darauf verzichtet, Sanktionen zu fordern, obwohl neuere Äußerungen von PM Rocard sich einer Sanktionensprache nähern. Jedenfalls kann man nicht ausschließen, daß beim EPZ-Ministertreffen am Montag<sup>3</sup> die eine oder andere Partnerregierung Sanktionen fordert.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Referat 341 legte am 12. Juni 1989 dar, der Entwurf der SPD-Fraktion für einen möglichen interfraktionellen Antrag sei „so nicht akzeptabel, weil er im Grunde genommen auf einen Katalog von Sanktionen hinausläuft; Sanktionen entsprechen nicht unserem Interesse. Auch unsere Partner (F, USA) haben bei aller Deutlichkeit der Sprache bisher keine Sanktionen ergriffen.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161823.

<sup>3</sup> Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 12. Juni 1989 in Luxemburg statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Jagow teilte am folgenden Tag zur Diskussion über die Lage in der Volksrepublik China mit: „Ausführlicher Meinungs austausch ergab ein hohes Maß an Übereinstimmung der Bewertung. Sorge insbesondere über die Unterdrückungs- und Säuberungsmaßnahmen der letzten Tage.“ Die Außenminister hätten beschlossen, „in Peking eine

Präsident Bush hat bis jetzt trotz harten Drucks aus dem Kongreß darauf verzichtet, eine weitreichende Policy-Erklärung abzugeben, die Aussetzung von militärischen Lieferungen ausgenommen.

Wir sollten Sanktionsforderungen bis auf weiteres sowohl bei uns als auch im EPZ-Rahmen widerstehen. Dazu gehören Forderungen nach Einstellung wie auch Einfrieren der Entwicklungshilfe ebenso wie Forderungen im Bereich der Wirtschafts- und WTZ-Beziehungen wie auch die Forderung nach Rückberufung der Botschafter.

Sanktionen würden den immensen Gesichtsverlust verstärken, den die Führung in China in den vergangenen Wochen erlitten hat, ohne etwa einen Führungswechsel in China herbeizuführen. Wir müssen unbedingt vermeiden, die bestehenden Beziehungen zu China noch weiter, und dies durch formelle politische Erklärungen, zu kappen, als ohnehin schon durch die Ereignisse geschehen. Wir können, wenn überhaupt, nur dann Einfluß in China nehmen, wenn Beziehungen bestehen. Wir haben auch kein Interesse daran, das internationale Gleichgewicht durch eine Politik der Isolierung Chinas noch mehr zu stören, als dies durch die Entwicklung in China schon geschehen ist.

2) Der augenblickliche Zustand in China hat die normalen Außenbeziehungen zum Erliegen gebracht. Bis auf weiteres besteht also gegenüber China eine de facto Go-slow-Politik. Dies trifft China unendlich hart, auch ohne daß dieser Zustand zu einer formulierten policy gemacht wird. „Sanktionen“ hat sich China also durch den in den vergangenen Tagen im Lande entstandenen chaotischen Zustand in schmerzhafter Weise schon selbst zugefügt. Es besteht darüber hinaus keine Notwendigkeit, sondern es wäre falsch und fatal, diesen Go-slow-Zustand von unserer Seite in politischen Erklärungen festzuschreiben.

3) Demgegenüber können wir die brutalen Menschenrechtsverletzungen und die Unterdrückung in Peking klar verurteilen und haben dies auch getan. Klare Sprache ist auch angezeigt in der Formulierung unserer Erwartungen in eine baldige Wiederaufnahme der Reformen und der Öffnungspolitik Chinas zum Westen.

Wir sollten darüber hinaus nicht mehr tun und sagen, als ohnehin bislang geschehen:

- keine hochrangigen politischen Kontakte bis auf weiteres;
- keine Rüstungslieferungen;
- großzügige Behandlung hier lebender Chinesen, vor allem der Studenten, Wissenschaftler etc.

Hinzu kommt, wie gesagt, der kräftige Brocken der de facto Go-slow-Politik in allen Bereichen, die wir aber nicht in Policy-Erklärungen fassen.

Eine Überprüfung der laufenden Geschäfte wird notwendig werden. Sie braucht aber nicht sofort zu erfolgen. Meines Erachtens haben wir dazu wenigstens noch vier Wochen Zeit.

Zu einem geeigneten Zeitpunkt werden wir dann zunächst eine Übersicht über

*Fortsetzung Fußnote von Seite 757*

Demarche bei der chinesischen Regierung durchzuführen und die Besorgnis der Zwölf wegen der Verhaftungswelle und wegen anderer Repressionsakte zum Ausdruck zu bringen und an die Regierung zu appellieren, diese Maßnahmen zu beenden“. Vgl. den Runderlaß Nr. 18; Referat 200, Bd. 144218.

den aktuellen Stand der Beziehungen fertigen müssen, der verbunden sein muß mit einer Auflistung des dann bestehenden Entscheidungsbedarfs.

Zeller

Referat 341, Bd. 161823

173

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert

213-320.08

9. Juni 1989<sup>1</sup>

Eilt

Über Herrn Dg21<sup>2</sup>, Herrn D2<sup>3</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>4</sup> Herrn Bundesminister<sup>5</sup>

Betr.: Deutsch-sowjetische Beziehungen 1939–1941;  
hier: Stand der innersowjetischen Diskussion

Anlg.: 3

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. Die deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom August 1939<sup>6</sup>, die den ersten expansionistischen Schritt der sowjetischen Außenpolitik ermöglichten, sind in den letzten Tagen wiederholt Gegenstand der Debatten im sowjetischen Kongreß der Volksdeputierten gewesen. Staats- und Parteichef Gorbatschow hat dabei versucht, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in einer für uns wenig erfreulichen Weise zu involvieren. Er behauptete, der Bundeskanzler habe während seines Moskau-Besuchs im Oktober 1988<sup>7</sup> gesagt, wir verfügten über das Original der Abmachungen vom 23. August 1939 (deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt und dazugehörige Geheime Zusatzprotokolle über die Aufteilung der Einflußzonen in Ostmitteleuropa). Aufgrund einer Absprache zwischen dem BK und dem GS

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert und Legationsrat Höfer-Wissing konzipiert.

<sup>2</sup> Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Höynck Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lambach am 9. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Kastrup am 9. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Hat Bundesminister Genscher am 13. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine sehr interessante Vorlage.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 13. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Kastrup an Referat 213 verfügte.

Hat Staatssekretär Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Kastrup am 14. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Legationsrat Höfer-Wissing am 15. Juni 1989 erneut vorgelegen.

<sup>6</sup> Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

Ferner schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR am 28. September 1939 einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich der geheimen Zusatzprotokolle vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 157–160.

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

hätten dann Vertreter des sowjetischen Außenministeriums bei uns nach den Originalen gesucht, sie aber nicht gefunden.

Bekanntlich sind im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes die Papier-Originale der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom 23. August 1939 nicht mehr vorhanden, wohl aber der 1943 oder 1944 angefertigte Sicherungsfilm (s. Anlage 1). Entgegen der Aussage Gorbatschows (eine ähnliche Behauptung wurde bereits im März in der Literaturnaja Gazeta aufgestellt) haben sich keine sowjetischen Vertreter im Auftrag des SAM an uns gewandt – sie hätten sich ja unschwer auf die Absprache BK–GS berufen können. Wohl aber gab es (s. Anlage 2) einen Besuch des sowjetischen Publizisten Besymenskij im Politischen Archiv im November 1988<sup>8</sup> sowie ein Gespräch von Herrn D2 mit dem Leiter des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Prof. G. Smirnow.

Gorbatschows Verhalten während der Sitzung des Volkskongresses zeigt, daß er die Diskussion um den Hitler-Stalin-Pakt zwar nicht unterbinden, sie aber nur in gut kontrollierten Bahnen weiterlaufen lassen will. Im Zeichen der „Glasnost“ kann eine Diskussion der deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941 nicht unterbunden werden, zumal die Balten, aber auch die Polen, stark auf eine Revision des bisherigen sowjetischen Geschichtsbildes drängen. Die „Bewältigung“ dieses Bereiches des Stalinismus ist außerdem im Zuge der Legitimierung der sowjetischen Präsenz in der Region unabweisbar, erfordert aber eine riskante Gratwanderung, um separatistische Bestrebungen im Baltikum nicht übermächtig werden zu lassen.

II. 1) Bei der Diskussion geht es gewissermaßen um den Sündenfall der sowjetischen Außenpolitik. Die Einverleibung des Baltikums, Ostpolens und Bessarabiens in die Sowjetunion (die Gebiete hatten alle bereits zeitweilig zum Zarenreich gehört) war die erste expansionistische Aktion der sowjetischen Außenpolitik seit Beendigung der Revolutionsphase. Der Pakt mit Hitler diskreditierte die Politik des Kreml so sehr, daß er nach Kriegsende entweder rundweg geleugnet (so durch die sowjetische Anklagevertretung beim Nürnberger Prozeß) oder zumindest tabuisiert wurde. Diese Politik wurde durch das Fehlen der Papier-Originale auf deutscher Seite erleichtert. Das wohl noch im Original vorhandene sowjetische Alternat ist naturgemäß unzugänglich. An der Authentizität der Mikrofilmkopien bestehen unter westlichen Wissenschaftlern keinerlei Zweifel, Kritik kommt nur von sowjetischer Seite, ohne daß sie wirklich substantiiert würde.

Erst im vergangenen Jahr (vgl. Vermerk vom 22.8.1988 – 213-320.08 unter Anlage<sup>9</sup>) änderte sich dieser Zustand. Im Baltikum wurde der Text des Geheimen Zusatzprotokolls erstmals in der Sowjetunion publiziert. Jedoch stellt das „offizielle Moskau“ die Authentizität der Vereinbarungen weiter in Frage: Die von Valentin Falin, jetzt Leiter der Internationalen Abteilung des ZK, bei einer Nowosti-Presskonferenz im August 1988 gelieferte Version wurde von Gorba-

<sup>8</sup> Zum Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Waldner mit dem sowjetischen Publizisten Besymenskij am 11. November 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 330.

<sup>9</sup> Dem Vorgang als Anlage 3 beigelegt. Für die Aufzeichnung des Legationssekretärs Höfer-Wissing vgl. Referat 213, Bd. 147112.

tschow in seinem Nachwort zu einer Diskussion mit polnischen Intellektuellen wortgetreu übernommen.<sup>10</sup>

Mittlerweile aber, scheint es, suchen die sowjetischen Historiker nach einem gesichtswahrenden Weg, der es ihnen ermöglicht, die Fakten anzuerkennen, ohne daß die Frage der Authentizität der Überlieferung noch eine Rolle spielte. Soweit hier bekannt, vertrat erstmals der reformorientierte Historiker Jurij Afanassjew in der „Sowetskaja Estonija“ (29.9.1988) die Auffassung, die Frage der Authentizität sei letztlich zweitrangig, da kaum ein Zweifel daran bestehen könne, daß es zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion im Jahre 1939 eine Absprache hinsichtlich der Einflußzonen in Ostmitteleuropa gegeben habe. Dieser Meinung schlossen sich in der Folgezeit einige Autoren, besonders in der „liberalen“ Literaturnaja Gazeta, an.

Trotzdem blieb die sowjetische Führung bei der – von Gorbatschow im November 1987 anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution<sup>11</sup> heftig vertretenen – Auffassung, der Nichtangriffspakt sei nötig gewesen, um die vom Westen im Stich gelassene Sowjetunion vor dem Angriff eines übermächtigen Gegners zu bewahren. Diese Version kann den Balten als Opfer der stalinistischen Vergewaltigung nicht genügen. Im Hinblick auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen und des Kriegsbeginns sieht sich die sowjetische Führung daher ständig wachsendem Druck ausgesetzt, die Abmachungen Stalins mit dem Dritten Reich neu zu bewerten. Daraus erklärt sich Gorbatschows – bis letzten Donnerstag<sup>12</sup> diskretes – Interesse an der Thematik.

Seit dem 28. März 1989 ist das Thema auf der offiziellen Agenda, als es auf einer der ersten Sitzungen der neugeschaffenen ZK-Kommission für Internationale Angelegenheiten behandelt wurde. Am 29. Mai 1989 mußte sich der zur Wahl zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets anstehende Lukjanow von Volksdeputierten nach seiner Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt befragen lassen (übrigens ebenso nach seiner Mitwirkung bei der Niederschlagung der Aufstandsbewegungen 1956 in Polen<sup>13</sup> und Ungarn<sup>14</sup> und 1968 in Prag<sup>15</sup>).

<sup>10</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, legte dar: „Nehmen wir das Jahr 1939. Der Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und Deutschland vom 23. August war, realistisch gesehen, unvermeidlich [...]. Bezüglich des damit verbundenen ‚Geheimprotokolls‘ ist zu sagen, daß die Suche nach dem Original bislang ergebnislos verlief. Die Kopien, die im Westen in Umlauf sind und die uns bekannt sind, lassen aus verschiedenen Gründen den Verdacht einer Fälschung aufkommen. Die Anerkennung der Echtheit dieser Kopien auf der Ebene der sowjetischen Führung ist unsererseits nicht akzeptabel und würde einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen.“ Vgl. den Artikel „Der Sozialismus ist zu einer Erneuerung fähig“, NEUE ZEIT 1988, Heft 47, S. 8.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 2. November 1987 in Moskau anlässlich des 70. Jahrestags der Oktoberrevolution vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 5, S. 354–409.

<sup>12</sup> 1. Juni 1989.

<sup>13</sup> Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Bierut, am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen.

<sup>14</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

<sup>15</sup> Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

Die am 24. Mai 1989 veröffentlichte Erklärung der gemeinsamen sowjetisch-polnischen Historikerkommission zur Entwicklung 1939<sup>16</sup> kann nur eine Art Zwischenbilanz darstellen. Sie wird die Erwartungen der Polen nicht befriedigen und bleibt hinter dem Stand der dank Glasnost schon sehr weit vorangeschrittenen innersowjetischen Diskussion zurück. An der Authentizität der Geheimen Zusatzprotokolle vom 23.8.1939 und vom 28.9.1939 werden die üblichen Zweifel geäußert. Dennoch wird nicht mehr geleugnet, daß es im August 1939 inhaltlich dem bekannten Text des Zusatzprotokolls entsprechende Vereinbarungen zwischen Berlin und Moskau gegeben hat. Die Erklärung betrachtet die sowjetische Politik vor dem Kriegsbeginn als zwangsläufig, an der das Dritte Reich, die Westmächte und – der Ermordete ist schuld! – Polen die Verantwortung tragen. Sowjetische Fehler seien – lediglich – die „Weißwaschung“ des NS-Regimes durch den Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.9.1939 und die – 1941 allerdings annullierte – Leugnung des Fortbestehens des eigenständigen Polen gewesen.

2) Am 1. Juni 1989 nun forderte ein estnischer Deputierter die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur politischen und rechtlichen Neubewertung der Vereinbarungen vom 23. August 1939, die bis Ende Juni Ergebnisse vorlegen sollte. Die Verpflichtung der Archive, auch der des sowjetischen Außenministeriums, zur Mitarbeit wurde gefordert. Den baltischen Parlamentariern ist klar, daß die von offizieller Seite ständig gebrauchte Formulierung, die Originale der Vereinbarungen seien in sowjetischen Archiven „nicht gefunden“ worden, ihre Existenz nicht ausschließt. (Kriegsbedingte Aktenverluste des SAM-Archivs sind auch nicht bekannt.)

Die Brisanz des Themas wurde sofort deutlich, als sich ein russischer Deputierter aus Estland gegen den Vorschlag einer solchen Kommission wandte. Es sei schon soweit gekommen, führte er in geradezu rührender Naivität aus, daß die Russen in Estland als Okkupanten angesehen würden. Eher als auf der Höhe der Zeit stehend erwies sich der ebenfalls russische Zweite Sekretär der Litauischen KP, Berjosow, der forderte, das Problem müsse endlich gelöst werden.

Gorbatschow versuchte, dem baltischen Drängeln durch Nachgeben etwas von seiner Wucht zu nehmen und gleichzeitig einem Ausufern der Diskussion vorzubeugen. Es gelang ihm, den Kommissionsauftrag so zu formulieren, daß es sich nun um die politische und rechtliche Bewertung des Nichtangriffs-Abkommens (die weniger folgenreich sein dürfte als die Auseinandersetzung mit dem eigenen Imperialismus) ohne Behandlung des Zusatzprotokolls handelt. Er ließ zwar anklingen, daß es noch darüber hinaus „etwas“ gegeben habe, hielt es aber gleichzeitig für fraglich, daß nun die „Wahrheit mit einem Mal“ herauskommen werde. Darüber hinaus ließ er den estnischen Wunsch, die Ergebnisse der Kommission sollten veröffentlicht werden, unberücksichtigt, sondern schlug vor, daß – nur – dem Obersten Sowjet oder auch dem Volkskongreß berichtet werde. Er veranlaßte die Berufung des Politbüromitglieds Jakowljew zum Vorsitzenden der Kommission, der damit die „Wahrheitsfindung“ der Kommission des Kongresses der Volksdeputierten und die der Kommission des ZK „koordinieren“

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Erklärung vgl. den Artikel „Zum Beginn des zweiten Weltkrieges“; NEUES DEUTSCHLAND vom 27./28. Mai 1989, S. 7.



kann, und hielt Außenminister Schewardnadse aus der Kommission des Kongresses heraus. Damit ist die Verpflichtung des sowjetischen Außenministeriums zur Mitarbeit natürlich geringer zu veranschlagen.

III. 1) Die Schlußfolgerung, Gorbatschow wolle die Wahrheit über die historischen Vorgänge des Jahres 1939 unterdrücken, ist sicherlich unangebracht. Es muß ihm aber darum gehen, sie langsam ans Licht der sowjetischen Öffentlichkeit treten zu lassen. Zahlreiche russische Deputierte, aber auch Abgeordnete aus anderen Unionsrepubliken, haben ihren Unmut mit den „querelles baltes“ deutlich bekundet. Am 6.6.1989 wandte sich der der russisch-nationalistischen Vereinigung „Pamjat“ nahestehende Schriftsteller Rasputin leidenschaftlich dagegen, daß alle Probleme der Sowjetunion den Russen angelastet würden. Das konservative Lager in der Sowjetunion ist eben noch zu groß, als daß Aktionen des großrussischen Imperialismus ohne weiteres enthüllt werden könnten. Diese Bastion kann nur langsam sturmreif geschossen werden. Dem diene sicherlich auch die nicht ohne Billigung Gorbatschows denkbare Fernsehsendung am 12. Mai 1989, in der Stalins Übersetzer, Bereschkow, die beiden Diktatoren Stalin und Hitler gleichsetzte und erstmals der breiten sowjetischen Öffentlichkeit eine Kopie des Geheimen Zusatzprotokolls präsentiert wurde.

In Anbetracht der im Vorfeld des NATO-Gipfels<sup>17</sup> in westlichen Medien stark beachteten Befürchtungen vor einem angeblichen deutsch-sowjetischen Kondominium in Ostmitteleuropa (A. Rosenthal in „New York Times“<sup>18</sup> u. a.) kann es nur begrüßt werden, wenn die Umstände der deutsch-sowjetischen Komplizenschaft 1939–1941 aufgeheilt werden, weil nur dann eine politisch-moralische, Vertrauen bildende Aufarbeitung dieses unseligen Kapitels möglich wird. Den Sowjets muß klar sein, daß zur Legitimierung ihrer Präsenz im „Europäischen Haus“ die Karten auf den Tisch müssen.

Sie sind schon weit vorangekommen: Im Frühjahr 1988 wurde in Lettland Gunnar Astra zu Grabe getragen. Er starb wohl an den Folgen der Haft, aus der er erst an der Jahreswende 1987/88 entlassen worden war. Verurteilt worden war er 1983 – zu zwölf Jahren Lager wegen der Übersetzung und Verteilung des Geheimen Zusatzprotokolls.

2) Der Druck, mit den Tatsachen herauszukommen, wird zunehmen. Im sowjetischen Außenministerium ist eine Dokumentation vorbereitet worden. Der litauische Ministerpräsident Sakalauskas erklärte am 22. Mai 1989 auf einer Pressekonferenz in Wien, „der Kreml“ habe eine offizielle und historisch untermauerte Stellungnahme zum Hitler-Stalin-Pakt bis August zugesagt. Im Juli und August 1989 werden sich überall im Baltikum Kundgebungen, Konferenzen und „Tribunale“ mit dem Hitler-Stalin-Pakt befassen. Dabei wird die Frage einer Null-und-Nichtig-Erklärung „ex tunc“ der Vereinbarungen vom 23. August 1939 erneut mit Heftigkeit gestellt werden. Schon am 18. Mai 1989 haben die Obersten Sowjets der Estnischen und der Litauischen Sowjetrepublik eine solche Erklärung gefordert. Es sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß auch der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des US-Senats sich mit der Thematik beschäftigt.

<sup>17</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>18</sup> Vgl. den Artikel von A. M. Rosenthal „Nobody Tells the Truth“; THE NEW YORK TIMES vom 2. Mai 1989, S. A 25.

Senator Jesse Helms hat im vergangenen Herbst vom Auswärtigen Amt Ablichtungen der relevanten Dokumente erbeten und erhalten.

3) Es ist anzunehmen, daß sich auch uns gegenüber die Erwartungshaltung der Balten, aber auch der Polen, erheblich steigert. Wir werden an eine politisch akzentuierte Stellungnahme denken müssen, die auf die Gefühle der betroffenen Völker Rücksicht nimmt, ohne die Frage des territorialen Status zu verschärfen. Dazu ergeht besondere Vorlage.

Neubert

#### Anlage 1

Betr.: Geheimes Zusatzprotokoll zum Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23.8.1939 (Hitler-Stalin-Pakt);  
hier: Überlieferungsgeschichte

Nach Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages wurde das deutsche Alternat im Büro Reichsaußenminister aufbewahrt. 1943/44 wurden diese Dokumente zusammen mit anderen Akten des Ministerbüros aus Sicherheitsgründen verfilmt. Im Frühjahr 1945 wurden sie nach Gut Schönberg in Thüringen ausgelagert. Ein Teil der nach Gut Schönberg ausgelagerten Akten des Auswärtigen Amtes wurde gegen Kriegsende aufgrund eines Verbrennungsbefehls vernichtet, ein Teil wurde von den Westalliierten erbeutet.

Infolge dieser Vorgänge blieb also nur ein Teil der sicherheitsverfilmten Akten und Urkunden im Original erhalten. Als Ersatz für die vernichteten Dokumente stellten die Alliierten von den erhalten gebliebenen deutschen Originalfilmen Positive und Papierreproduktionen her. Einige Dokumente wurden in der Edition „Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945“, die zunächst von den Alliierten herausgegeben wurde („Documents on German Foreign Policy“), publiziert.

Vom Nichtangriffsvertrag blieben im Original erhalten:

- die russische Ratifikationsurkunde;
- die Bekanntmachung über das Inkrafttreten;
- das Protokoll über den Austausch der Ratifikationsurkunden;
- die in Artikel I des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28.9.1939 genannte Karte mit der durch Unterschriften von Stalin und Ribbentrop bestätigten Grenzziehung;
- die ergänzenden Protokolle vom 4.10.1939<sup>19</sup> zum Vertrag vom 28.9.1939 in deutscher und russischer Fassung sowie die dazugehörigen Karten.

Die Existenz des Geheimen Zusatzprotokolls ist nachgewiesen durch die Verhandlungsakten der Botschaft Moskau, die im Original überliefert sind. Darüber hinaus ist die Echtheit vieler anderer mit dem Vertrag und seinen Bestandteilen zusammen verfilmter Dokumente nachweisbar.

Nach Rückgabe der Akten des Auswärtigen Amtes an die Bundesregierung durch

<sup>19</sup> Am 4. Oktober 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR ein Zusatzprotokoll zur Ausführung von Artikel I des Grenz- und Freundschaftsvertrags vom 28. September 1939. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VIII, Dok. 193.

die Westalliierten ab 1956 wurden von dem Originalfilm Reproduktionen der Dokumente angefertigt, die für amtliche, wissenschaftliche und publizistische Benutzung zur Verfügung stehen.

Anlage 2

213-320.08

5. Juni 1989

Betr.: Hitler-Stalin-Pakt;

hier: Unsere Beiträge zur innersowjetischen Diskussion

Anlg.: 3

I. Sowjetische Stellen sind in der Vergangenheit wiederholt an das Auswärtige Amt bzw. unsere Auslandsvertretungen herangetreten, um Klarheit über die Überlieferung des Hitler-Stalin-Paktes (deutsch-sowjetisches Nichtangriffsabkommen vom 23. August 1939 plus Geheimes Zusatzprotokoll) zu erlangen, so beispielsweise im Dezember 1987 Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Washington an unsere dortige Botschaft. Diesen Wünschen – seit Anfang 1988 erhielt auch unsere Botschaft in Moskau wiederholt Anfragen von „privater“ Seite – wurde in der Regel durch Übersendung von Kopien der nachgefragten Dokumente entsprochen. Am 11. November 1988 nahm der Redakteur der dem sowjetischen Außenministerium nahestehenden Zeitschrift „Neue Zeit“, Lew Besymenskij, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes die relevanten Dokumente in Augenschein. Da es keine Beziehungen zwischen den Archiven des sowjetischen Außenministeriums und des Auswärtigen Amtes gibt (Fehlen der Gegenseitigkeit), trat Besymenskij als Begleiter des Bonner Politologen Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen auf.

Am 13. Dezember 1988 empfing Herr D2 Prof. G.L. Smirnow, Direktor des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau, der sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt. Prof. Smirnow hatte vorher seinen Wunsch mitteilen lassen, Näheres über die Überlieferungsgeschichte der für die deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941 relevanten Dokumente zu erfahren. Da es in unserem Interesse ist, Beiträge zur innersowjetischen Diskussion im Sinne einer „Vergangenheitsbewältigung“ zu leisten, wurde Prof. Smirnow umfassend informiert. Auf seine Bitten wurden ihm in der Folgezeit Kopien der relevanten Dokumente übermittelt (siehe Anlage 3), zu denen auch ein Faksimile der noch im Original erhaltenen Karte zu Artikel I des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939 mit der durch Unterschriften von Stalin und Ribbentrop bestätigten Grenzziehung gehörte. Am selben Tage befaßte sich auch eine Konferenz in der „Historisch-Diplomatischen Verwaltung“ des sowjetischen Außenministeriums in Moskau mit den Entwicklungen, die zum Beginn des Zweiten Weltkrieges führten. Der „Wjestnik“ des SAM gebrauchte später in seiner Mitteilung über die Konferenz hinsichtlich der Überlieferung der Texte des Geheimen Zusatzprotokolls die gleiche Formulierung, die auch in der gemeinsamen Erklärung der sowjetisch-polnischen Historikerkommission vom 24. Mai 1989 gebraucht wurde, nämlich, diese Dokumente seien weder in

sowjetischen noch in westlichen Archiven gefunden worden. Damit wird einmal Bezug genommen auf den Besuch Besymenskij im Politischen Archiv, es ist aber auch nicht auszuschließen, daß die Sowjets bei den Außenministerien Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nachgefragt haben. Hierüber ist uns noch nichts bekannt.

II. Zur Entwicklung der innersowjetischen Diskussion: Beginnend mit der im Vermerk erwähnten Veröffentlichung in der estnischen KP-Zeitschrift „Volksstimme“ wurden die Geheimen Zusatzprotokolle wiederholt in der Sowjetunion publiziert. Während noch im August 1988 der ehemalige Botschafter der SU in Bonn, Valentin Falin (heute Leiter der Internationalen Abteilung des ZK), die Echtheit der Geheimen Zusatzprotokolle leugnete – Gorbatschow übernahm im Herbst 1988 die von Falin gebrauchte Version in einem Nachwort zur Veröffentlichung seiner Diskussion mit polnischen Intellektuellen im Juli 1988 –, zeichnete sich, ausgehend von einem Artikel des fortschrittlichen Historikers Jurij Afanassjew in „Sowetskaja Estonija“ (29. September 1988), die Linie ab, die Frage der Authentizität des Geheimen Zusatzprotokolls als letztlich zweitrangig zu betrachten, da kaum ein Zweifel daran bestehen könne, daß es zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion im Jahre 1939 eine Absprache hinsichtlich der Einflußzonen<sup>20</sup> in Ostmitteleuropa gegeben habe. Unter dem Druck vor allem der Autonomiebestrebungen im Baltikum, aber sicherlich auf Drängen der Polen, rückt die Frage der deutsch-sowjetischen Abmachungen 1939 allmählich auf die Tagesordnung der innersowjetischen politischen Diskussion. Ende März 1989 wurde sie auf einer der ersten Sitzungen der neugeschaffenen Kommission des ZK für Internationale Fragen besprochen. Das belegt ihre Bedeutung bei den Bemühungen, die sowjetische Außenpolitik zu „entstalinisieren“.

Vor seiner Wahl zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets am 29. Mai 1989 mußte Politbüro kandidat Lukjanow mehrere Stunden lang Fragen der Deputierten des Volkskongresses beantworten. Unter anderem stellten baltische Vertreter Fragen nach seiner Haltung zum Hitler-Stalin-Pakt. In seiner Antwort teilte Lukjanow mit, daß eine vom ZK geschaffene Kommission sich damit bereits befasse. Am 2. Juni 1989 forderten Vertreter der drei baltischen<sup>21</sup> Staaten dazu auf, daß der Kongreß der Volksdeputierten eine Kommission gründen solle, die die politische und rechtliche Bewertung der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen von 1939 vorzunehmen habe. Eine solche Kommission ist gegründet worden. Vorsitzender ist der Schriftsteller Tschingis Aitmatow, der Gorbatschow zur Wahl zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet vorgeschlagen hatte, Mitglied ist u. a. das Politbüromitglied Jakowlew. Bereits am 22. Mai 1989 hatte der litauische Ministerpräsident Sakalauskas auf einer Pressekonferenz in Wien mitgeteilt, „der Kreml“ habe den Balten eine offizielle und historisch untermauerte Stellungnahme zum Hitler-Stalin-Pakt bis August 1989 zugesagt. Ein einflußreicher Kommentator der Regierungszeitung „Iswestija“, Alexander Bowin, hat Vertretern unserer Botschaft mitgeteilt, er werde „demnächst“ das ihm von der Botschaft zur Verfügung gestellte Material zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1939–1941 veröffentlichen.

<sup>20</sup> Korrigiert aus: „Einschußzonen“.

<sup>21</sup> Korrigiert aus: „freibaltischen“.

Wir haben uns also darauf einzustellen, daß in absehbarer Zeit mit entsprechender Publizität von sowjetischer Seite eine öffentliche Neubewertung des lange Zeit in seiner Existenz rundweg abgestrittenen Hitler-Stalin-Paktes vorgenommen werden wird. Wir werden uns dann eine politische (auch eine moralische) Stellungnahme überlegen müssen, die einerseits auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion, andererseits auf die Gefühle der von Abmachungen Betroffenen Rücksicht nimmt.

Nur als eine Art Zwischenbilanz ist die am 24.5.1989 veröffentlichte Erklärung der sowjetisch-polnischen Historikerkommission zum Kriegsbeginn 1939 zu werten. Sie bezweifelt die Tatsache der Abgrenzung der Einflußzonen in Ost-Mitteleuropa nicht mehr, betrachtet aber die sowjetische Politik als mehr oder weniger zwangsläufig. Als Fehler der SU werden lediglich die Aufwertung des NS-Regimes und die Leugnung der staatlichen Souveränität Polens zu gegeben.

III. Am Wochenende sind verschiedene Meldungen zu den Dokumentenübermittlungen an die sowjetische Seite erschienen. Hierzu ist folgendes zu sagen: Es wurde nicht das Original der Karte zum Vertrag vom 28. September 1939 geliefert, sondern nur ein farbgetreues Faksimile im Maßstab 1:1. Es hat weiter keine offizielle oder inoffizielle Anfrage des sowjetischen Außenministeriums gegeben, die Dokumente einsehen zu dürfen bzw. Kopien von ihnen zu erhalten. Dabei war uns selbstverständlich klar, daß sowohl Besymenskij als auch Smirnow nicht als „Privatiers“ zu uns gekommen sind. Es kann kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, daß Smirnow seinen Vorstoß nicht ohne Wissen Gorbatschows unternommen hat.

Selbstverständlich handelte es sich nicht um eine Lieferung von „geheimen“ Dokumenten. Vielmehr sind alle in Rede stehenden Unterlagen bereits vor längerer Zeit veröffentlicht worden, so z. B. in den „Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945“ Serie D, Band VII und VIII, erschienen 1956 und 1961. Band VII wurde noch unter ausschließlicher Regie der westlichen Alliierten herausgegeben. Das Auswärtige Amt hat im Februar 1989 Doppel dieser beiden Bände Prof. Smirnow, dem weder die Überlieferung der Unterlagen zum Hitler-Stalin-Pakt noch die Tatsache, daß sie bereits seit längerem publiziert waren, bekannt war, übergeben.

Höfer-Wissing

**Referat 213, Bd. 147112**

## 174

**Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheel**

341-320.10 CHN

9. Juni 1989<sup>1</sup>

Über Herrn Dg34<sup>2</sup>, Herrn D3 i. V., Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister<sup>4</sup>  
 Betr.: Verhalten der Botschaft Peking bei Aufnahmeersuchen durch chinesische  
 Studenten

Bezug: Weisung StS Dr. Sudhoff vom 8.6.1989

Zweck der Vorlage: Zur Billigung des Vorschlages unter Ziff. 4)

1) Der Bochumer Sinologe Prof. Dr. Martin hat gestern StS Sudhoff angerufen und ihn abstrakt auf die mögliche Entwicklung hingewiesen, daß 15–20 chinesische Studentenführer vor dem in die Universitäten einrückenden Militär in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Zuflucht zu nehmen versuchen könnten. Prof. Martin wies darauf hin, dies könne für die Botschaft gefährlich sein. Er verbinde damit auch kein konkretes Petikum.

2) Für das Verhalten deutscher Auslandsvertretungen im Falle des Ersuchens um Zuflucht in der Botschaft gelten nachstehende Grundsätze (RE 50/2 vom 16. April 1968):

a) Die Bundesrepublik Deutschland hat in Übereinstimmung mit der Auffassung anderer europäischer Staaten das Bestehen eines diplomatischen Asylrechts stets verneint. Demzufolge sind die deutschen Auslandsvertretungen nicht berechtigt, politischen Flüchtlingen in den deutschen Missionsgebäuden diplomatisches Asyl zu gewähren.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Scheel und Botschaftsrat Röhr, z. Z. Bonn, konzipiert.

<sup>2</sup> Klaus Zeller.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 9. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, Ministerialdirigent Zeller und „D 3 i. V.“ hätten im Entwurf abgezeichnet. Ferner notierte er: „Siehe mein Vermerk.“

In einer Aufzeichnung vom selben Tag legte Sudhoff dar: „1) Ich halte die Betrachtung dieser Vorlage für zu abstrakt. 2) Ich bin der Meinung, daß die Botschaft niemanden abweisen kann und darf, dem es gelingt, an ihre Tür zu klopfen und Aufnahme zu erbitten. 3) Wegen der Unübersichtlichkeit der Entwicklung in China schlage ich eine Weisung an die Botschaft Peking vor, wonach diese ermächtigt und angewiesen wird, Zufluchtsuchende zunächst einmal einzulassen und hierüber sofort zu berichten. Über Zahlen läßt sich gegenwärtig überhaupt nichts sagen. Humanität ist keine Frage von Zahlen. Die Frage der Kapazität wäre anschließend zu prüfen. Gleichzeitig sollte die Botschaft angewiesen werden, unmittelbar nach Aufnahme der ersten Studenten mit dem Außenministerium Kontakt aufzunehmen, um eine Lösung zu erreichen, die den Sicherheitsinteressen der Studenten entspricht. Auf jeden Fall sollten sie vor dem ersten gewaltsamen Zugriff der Militärs gerettet werden.“ Vgl. Referat 341, Bd. 161818.

<sup>4</sup> Hat Bundesminister Genscher am 12. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Warum erst am 12.6. 11:45 [Uhr] vorgelegt?“ Ferner notierte er zu den handschriftlichen Bemerkungen des Staatssekretärs Sudhoff: „Ja.“

Hat Legationsrat I. Klasse Gerds am 12. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Schlagintweit und Ministerialdirigent Zeller an Referat 341 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 12. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit und Zeller am 13. Juni 1989 vorgelegen.

b) Vom diplomatischen Asyl streng zu trennen ist die Gewährung der sogenannten zeitweiligen Zuflucht. Hierunter wird der Schutz verstanden, der bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände, etwa im Falle eines Bürgerkrieges oder einer Revolution, einem in unmittelbarer Leibes- oder Lebensgefahr befindlichen Menschen gewährt wird. Wenn eine Person, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit, unmittelbare Gefahr läuft, z.B. während eines gewaltsamen Umsturzes oder im Falle von Unruhen ihres Lebens oder ihrer Freiheit beraubt zu werden, ohne den Rechtsschutz eines ordentlichen Verfahrens vor den zuständigen Behörden des Territorialstaates in Anspruch nehmen zu können, kann eine deutsche Auslandsvertretung allein aus humanitären Gründen eine zeitlich begrenzte Zuflucht im Missionsgebäude gewähren.

Die Respektierung dieses humanitären Aktes durch die Behörden des Empfangsstaates beruht allein auf dem Umstand, daß diese gehalten sind, die räumliche Immunität des Missionsgebäudes zu achten. Eine besondere völkerrechtliche Grundlage für die Gewährung der zeitweiligen Zuflucht besteht indes nicht.

Sind die außergewöhnlichen Umstände weggefallen, die allein die zeitweilige Zuflucht zu rechtfertigen vermögen, so ist der Flüchtling aufzufordern, das Missionsgebäude zu verlassen.

Verlangen die Strafverfolgungsbehörden des Gastlandes seine Übergabe, so ist diesem Ersuchen grundsätzlich Folge zu leisten, wobei es zweckmäßig sein kann, das Außenministerium des Empfangsstaates einzuschalten. Der Leiter einer Vertretung ist nicht berechtigt, eine Person, der er zeitweilige Zuflucht gewährt hat, den lokalen Gerichten zu entziehen, auch wenn sie nach der Übergabe an die Behörden des Empfangsstaates – zu Recht oder Unrecht – eine Verurteilung ausschließlich wegen politischer Vergehen zu erwarten hat.<sup>5</sup>

Ergebnis:

Danach brauchen Chinesen, die auf das Gelände der Botschaft Peking gelangen, dies auch auf Aufforderung chinesischer Behörden nicht sogleich wieder zu verlassen. Zumindest während Gesprächen von angemessener Dauer zwischen Vertretern der Botschaft und chinesischen Behörden brauchen sie nicht an letztere herausgegeben zu werden.

3) Die konkreten Umstände machen es in Peking für einen Chinesen nicht leicht, das Gelände der Botschaft ohne weiteres zu betreten. Die Botschaft wird 24 Stunden am Tage durch ein bis zwei Soldaten bewacht, die sich am Tor der durch eine ca. 2m hohe Mauer umfriedeten Botschaft aufhalten und von jedem Chinesen, der das Botschaftsgelände betreten möchte, einen ihn hierzu berechtigenden Ausweis oder eine schriftliche Einladung der Botschaft verlangen. Verfügt der potentielle Besucher über kein entsprechendes Dokument, so bedarf es der Abholung durch einen Botschaftsangehörigen am Tor sowie – natürlich – der Genehmigung des Soldaten zum Betreten des Botschaftsgeländes. Diese wird unter normalen Umständen allerdings regelmäßig erteilt. Ein Überklettern der Mauer dürfte jedoch insbesondere zur Nachtzeit ohne größere Schwierigkeiten möglich sein.

<sup>5</sup> Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dazu R[ücksprache].“

4) Es wird vorgeschlagen, die Botschaft Peking anzuweisen, bei zufluchtsuchenden Studenten zu prüfen<sup>6</sup>, ob eine unmittelbare Bedrohung für Leib und/oder Leben besteht. In diesem Falle sollten sie zunächst in der Botschaft aufgenommen und das weitere Verhalten der chinesischen Behörden abgewartet werden. Soweit eine unmittelbare Bedrohung nicht zu gewärtigen ist, sollten die Studenten aufgefordert werden, das Botschaftsgelände wie normale Besucher zu verlassen.<sup>7</sup>

5) Die Referate 500 und 502 haben mitgewirkt.

Scheel

**Referat 341, Bd. 161818**

## 175

### **Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt**

**114-12926/89 VS-vertraulich**  
**Fernschreiben Nr. 701**

**Aufgabe: 9. Juni 1989, 12.18 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 9. Juni 1989, 13.05 Uhr**

Betr.: DPC-Ministerkonferenz 8./9.6.89 in Brüssel;  
hier: Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis

1) Nach der Begrüßung der Minister erteilte GS Wörner dem Vorsitzenden des Militärausschusses, General Altenburg, das Wort zur traditionellen einleitenden Erklärung, die gesondert übermittelt wird.<sup>2</sup>

2) GS wies einleitend darauf hin, daß die DPC-Ministersitzung unter dem Einfluß des sehr erfolgreichen NATO-Gipfels<sup>3</sup> stehe, der Vitalität und Zusammenhalt des Bündnisses überzeugend dokumentiert habe. Der Gipfel habe nicht nur eine Lösung für die SNF-Problematik gefunden, sondern auch die Bush-Initiative

<sup>6</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie denn?“

<sup>7</sup> Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „Wer will denn das beurteilen?“  
Vgl. den Drahterlaß Nr. 4844 des Vortragenden Legationsrats I. Scheel vom 12. Juni 1989 an die Botschaft in Peking und das Generalkonsulat in Schanghai; Referat 341, Bd. 161818.  
Am 13. Juni 1989 teilte Scheel der Botschaft in Peking und dem Generalkonsulat in Schanghai mit, ergänzend werde gebeten, „Zufluchtsuchende zunächst in der Vertretung aufzunehmen. Niemand, dem es gelingt, bei der Vertretung um Aufnahme zu bitten, soll abgewiesen werden.“ Weiter hieß es: „Über jede Zufluchtnahme soll mit Citissime-DB berichtet werden. Bevor Kontakt mit dem chinesischen Außenministerium (Schanghai: Außenamt der Stadt) aufgenommen wird, ist Weisung einzuholen. Ziel des Kontakts muß es sein, die persönliche Sicherheit der Studenten zu gewährleisten.“  
Vgl. den Drahterlaß Nr. 4886; Referat 341, Bd. 161813.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.  
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 12. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. den Drahtbericht Nr. 705 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 9. Juni 1989; Referat 201, Bd. 151213.

<sup>3</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.



zur konventionellen Rüstungskontrolle<sup>4</sup> voll indossiert sowie das Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung und eine politische Erklärung<sup>5</sup> verabschiedet. Diese Erklärung sei ein wichtiges Ergebnis des Gipfels gewesen: Sie habe Kurs und Vision des Bündnisses mit weitgesteckten Zielen bestimmt und die Trennung Europas als die eigentliche Ursache von Spannungen identifiziert. Sicherheit und Stabilität bleiben das Ziel des Bündnisses; Verteidigungsplanung und Rüstungskontrolle müßten sich gegenseitig ergänzen und stützen. Bis zur Erreichung einer Vereinbarung zur konventionellen Stabilität müsse das Bündnis das Niveau seiner Streitkräfte halten. Wenn Verteidigungshaushalte schon vor Erreichung einer Vereinbarung abnehmen, berge dies die Gefahr einer strukturellen Abrüstung in sich. Auch nach Durchführung der von der SU angekündigten einseitigen Reduzierungen verbleibe ein substantielles Ungleichgewicht zugunsten des WP. Daher sei es auch weiterhin wichtig, der westlichen Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Verteidigung und von Nuklearwaffen zur Kriegsverhinderung zu erläutern: Auch konventionelle Stabilität mache Nuklearwaffen nicht verzichtbar.

3) Auf Vorschlag GS konzentrierte sich die Diskussion zunächst auf die noch offenen Formulierungen im Teil „Resource Guidance“ der „Ministerial Guidance“ zu Para 26. Die Stellungnahmen der VM ließen in der ersten Runde die bekannten kontroversen Standpunkte zur Aufrechterhaltung des Drei-Prozent-Ziels<sup>6</sup> deutlich werden. Insbesondere US-VM und GB-VM plädierten für eine Beibehaltung der Drei-Prozent-Wachstumsrate und somit für Para 26 in der Fassung a). Ein Abgehen von dieser Formel wäre ein falsches Signal gegenüber dem Warschauer Pakt, mit dem die Abrüstungsverhandlungen in der Ausgangsposition der Stärke begonnen werden sollten. Darüber hinaus stärke ein Beibehalten der Drei-Prozent-Formel die Position der nationalen VM gegenüber ihren Finanzministern und den Parlamenten.

Die Verfechter (insbesondere NL und NWG) einer allgemeinen Wachstumsformel ohne Nennung der Drei-Prozent-Ziffer (Para 26a) in der zweiten Fassung) sprachen sich für einen neuen Realismus in der Planung der Verteidigungsanstrengungen sowie für Glaubwürdigkeit und Flexibilität aus. So betonte z.B. der dänische VM<sup>7</sup>, daß die Verabschiedung der „Resource Guidance“ im engen Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel und dessen Abrüstungsinitiativen zu sehen sei. Wenn man öffentliche Unterstützung für weiter steigende Verteidigungsanstrengungen erreichen wolle, könne man nicht an überzogenen Zielen der

<sup>4</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23553.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

<sup>6</sup> In der „Ministerial Guidance 1977“, die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle Mitgliedstaaten eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

<sup>7</sup> Knud Enggaard.

Vergangenheit festhalten. Auch der belgische VM<sup>8</sup> betonte insbesondere das Argument der Glaubwürdigkeit gegenüber dem Publikum. Nach dem Gipfel sei ein Bestehen auf drei Prozent realem Wachstum das falsche politische Signal in der Öffentlichkeit.

BM<sup>9</sup> betonte in seiner Intervention, daß fast alle Nationen auch in der Vergangenheit das Ziel eines Drei-Prozent-Realwachstums der Verteidigungsausgaben nicht erreicht hätten, geschweige denn für die Zukunft ein solches planen. Er habe daher Zweifel daran, an der Nennung dieser Ziffer festzuhalten. Im übrigen zeigte er sich offen für neue Formulierungen zu diesem Ziel.

Nach Abschluß der ersten Runde stellte GS ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Befürwortern der alten Drei-Prozent-Formel auf der einen Seite und Vertretern einer allgemeineren, nicht quantifizierten Formulierung auf der anderen Seite fest. Als Möglichkeit, Konsens in dieser wichtigen Frage zu erreichen, schlug GS als Kompromiß vor, Para 26 a) in der allgemeinen Formulierung zu beschließen, dabei aber ausdrücklich auf Para 24 der „Ministerial Guidance“ Bezug zu nehmen, in der das Drei-Prozent-Realziel ausdrücklich genannt sei. Im übrigen wurde Unterbrechung um zehn Minuten zur Beratung der Delegationen vereinbart.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen bat GS um neue Meinungsäußerung. Norwegischer VM plädierte als erster stark für den Kompromißvorschlag des GS (mit leichter Variation in Para 24, die der Abschwächung der genannten drei Prozent dienen soll) und nannte das Festhalten an drei Prozent ausdrücklich als kontraproduktiv.

Niederländischer VM zeigte überraschenderweise starkes Verständnis für US-Haltung und erklärte Bereitschaft, Para 26 a) in der ersten Fassung mit Nennung der Drei-Prozent-Formel zu akzeptieren. Einzige Bedingung der NL sei dabei, daß die Formulierung „for the present“ ersetzt würde durch „in the absence of more tangible improvements in overall military force posture“.

BM erklärte seine Unterstützung für den Kompromißvorschlag des GS.

US-VM, GB-VM, I-VM<sup>10</sup> votierten für die neue Position der NL. Dänischer, belgischer und griechischer VM<sup>11</sup> waren für Kompromißvorschlag des GS.

Angesichts dieser Differenzen vertagte GS die weiteren Erörterungen zur „Resource Guidance“ auf das Mittagessen, bei dem die Minister sich dann auf den als Anhang zum Kommuniké veröffentlichten Text einigten.<sup>12</sup>

4) Aus der allgemeinen Diskussion ist festzuhalten:

- US-VM Cheney würdigte die Gipfelergebnisse, sah das Bündnis in einer wichtigen und hoffnungsvollen Phase und begrüßte, daß die HLTF mit der Ausformulierung der US-Vorschläge begonnen habe. Er warnte vor einer Reduzierung

<sup>8</sup> Guy Coëme.

<sup>9</sup> Gerhard Stoltenberg.

<sup>10</sup> Valerio Zanone.

<sup>11</sup> Ioannis Charalambopoulos.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Kommunikés der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Juni 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 112–114. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 367–369.

Für den Wortlaut der Anlage (Ressourcenrichtlinie) vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 369 f.

von Verteidigungsausgaben vor Abschluß eines konkreten Wiener Ergebnisses<sup>13</sup>, gab aber zu, daß das Drei-Prozent-Ziel nicht von allen Partnern und auch nicht von den USA erreicht werde. Bei ihren in Europa stationierten Kräften würden die USA aber keine einseitigen Reduzierungen vornehmen. So sei beabsichtigt, etwa 4000 der nach Durchführung des INF-Vertrages<sup>14</sup> in Europa entbehrlichen 8000 Mann neue Aufgaben in Europa zuzuteilen. Während 86 militärische Einrichtungen in USA geschlossen würden, seien US-Kräfte in Europa hiervon nicht betroffen. So begrüßenswert die Verlegung des 401. US-Geschwaders von Spanien nach Italien und insbesondere die Finanzierung aus dem Infrastrukturhaushalt sei, so verursache diese Maßnahme den USA dennoch erhebliche zusätzliche Kosten. Daher plädiere er dafür, an der Drei-Prozent-Bemühensklausel festzuhalten, auch wenn er die Probleme mancher Kollegen damit verstehe.

- <sup>15</sup>NWG-VM Holst bezeichnete es als wichtige Aufgabe, die Verteidigungsplanung mit möglichen tiefen Einschnitten in Ost und West zu koordinieren. Der Charakter der Bedrohung ändere sich. Die Strategie der flexiblen Erwidern<sup>16</sup> und das Prinzip der Vorverteidigung blieben gültig, aber es stelle sich die Frage der künftigen Implementierung. Die strategische Einheit des Bündnisses müsse gewahrt werden. Es dürften keine Zonen geschaffen werden, und an Reduzierungen im konventionellen Bereich sollten sich auch kleinere Staaten beteiligen können. Reduzierungen in Europa machten Verstärkungspläne dringlicher und erhöhten die Bedeutung der transatlantischen Seeverbindungen. Seestreitkräften komme eine globale Bedeutung zu. Sie eigneten sich nicht für den Einschluß in regionale Regelungen und Reduzierungen. Wohl aber sollte auch auf See mehr Vertrauen geschaffen und das Risiko von Zwischenfällen verringert werden. Es wäre ideal, wenn die Verteidigungsanstrengungen des Bündnisses so strukturiert würden, daß sie dem WP Anreize für weitere Reduzierungen bieten. Dabei sei klar, daß in Mängelbereichen der westlichen Verteidigung erhöhte Anstrengungen unternommen werden müßten.
- GB-VM Younger bezeichnete die Koordinierung zwischen Verteidigungsplanung und Rüstungskontrolle als vordringlich. Dabei seien die Fragen der Einbeziehung doppelt einsatzfähiger Flugzeuge, von Zonen, der Aufteilung von Reduzierungen auf Regionen und Länder zu lösen. Die Verbesserung der West-Ost-Beziehungen auch im militärischen Bereich sei im Grunde erstaunlich, wie er bei dem kürzlichen Besuch des WP-Oberbefehlshabers Luschew in London festgestellt habe. Dies eröffne große Hoffnungen für die Zukunft, doch sei die militärische Situation im Augenblick noch fast unverändert. GB trete für Vertrauensbildung ein, aber auch für die genaue Einhaltung geschlossener Verträge. Noch produziere die SU 3000 Panzer im Jahr, und eine Rückkehr zu alten Drohgebärden sei noch nicht gänzlich ausgeschlossen. Eine starke westliche Verteidigung und die Beseitigung erkannter Mängel seien daher die

<sup>13</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

<sup>15</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 702 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>16</sup> Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 27, Anm. 15.

beste Grundlage, um eine weitere Verbesserung der West-Ost-Beziehungen herbeizuführen.

Die Verbindung zwischen Verteidigungsplanung und konventioneller Rüstungskontrolle sei wichtig und bedürfe einer effizienten Maschinerie im Bündnis. Er schlage vor, daß die „Executive Working Group“ (EWG) sich mit den Auswirkungen konventioneller Rüstungskontrolle auf die Verteidigungsplanung befasse. Dies sollte die Rolle der HLTF in keiner Weise schwächen.

Aufgabe der EWG sollte es auch sein, die Entwicklung in Wien zu verfolgen.

Das Drängen von Gorbatschow und der allgemeine Druck auf die Verteidigungshaushalte dürften nicht zu einer strukturellen Abrüstung führen. Erforderlich sei vielmehr ausgehandelte Rüstungskontrolle. Es sei ein großer Erfolg des Gipfels, daß das Bündnis neue, eigene Vorschläge unterbreitet und zugleich festgestellt habe, daß angemessene Verteidigungsfähigkeit für unsere Sicherheit notwendig sei.

- NL-VM Bolkestein wies darauf hin, daß Vereinbarungen in Wien früher als erwartet möglich werden könnten. Daher müsse schon jetzt an Auswirkungen auf die Verteidigungsplanung gedacht werden, auch um z. B. zu vermeiden, daß Rüstungsinvestitionen in Bereichen erfolgten, für die in Wien eventuell Obergrenzen ausgehandelt würden.

Wie wolle das Bündnis Reduzierungen auf die Bündnisländer aufteilen? Wie würden hierbei kleinere Länder berücksichtigt? Man müsse dabei auch an das Problem der „Minimalgröße“ denken.

- KAN-VM McKnight räumte ein, daß der kanadische Verteidigungshaushalt sinke, doch werde Kanada an seinem Beitrag zur Verteidigung Europas festhalten und sein Personal in Lahr in bescheidenem Umfang erhöhen. Der AMF<sup>17</sup> werde ein Infanterie-Bataillon zur Verfügung gestellt. Auch in Kanada müßten 14 militärische Einrichtungen geschlossen werden. Einschränkungen gäbe es bei den Plänen für nuklearangetriebene U-Boote.
- E-VM Serra berichtete kurz über seinen kürzlichen Besuch in der SU.<sup>18</sup> VM Jasow habe sich viel Zeit für seinen Besucher genommen und in großer Offenheit auch heikle Fragen diskutiert. Nach Serras Eindruck hätten die SU-Militärs eingesehen, daß sie einen Rüstungswettlauf mit dem Westen nicht gewinnen könnten. Sie unterstützten daher weitgehend die Linie Gorbatschows. Der Reformprozeß begegne freilich Schwierigkeiten: z. B. bei der beabsichtigten Umwandlung von Rüstungsindustrie in Konsumindustrie oder z. B. bei der Reduzierung von militärischem Personal, das nicht so einfach in den zivilen Arbeitsprozeß einzugliedern sei. Die Verschrottung veralteter Rüstungsgüter sei dagegen leichter. Der politische Wille zu Reform und Umstrukturierung sei vorhanden.
- NL-VM Bolkestein, der im Mai als erster NATO-VM Ungarn besucht hatte<sup>19</sup>, zeigte sich von Offenheit und Gastfreundschaft dort beeindruckt. Er habe militärische Einrichtungen und eine Luftverteidigungsübung besucht. Sein

<sup>17</sup> Allied Command Europe Mobile Force.

<sup>18</sup> Der spanische Verteidigungsminister Serra hielt sich vom 19. bis 24. Mai 1989 in der UdSSR auf.

<sup>19</sup> Der niederländische Verteidigungsminister Bolkestein besuchte Ungarn vom 23. bis 26. Mai 1989.

ungarischer Kollege<sup>20</sup> habe erklärt, der Kalte Krieg sei vorbei, und es sei wichtig, daß nicht nur die Supermächte, sondern auch die kleineren Länder miteinander sprächen. Ziel der ungarischen Politik sei es, eine pluralistische Gesellschaft mit offenem Wirtschaftssystem zu schaffen mit einer rein defensiven Streitkräftestruktur. Ungarn habe keine Schwierigkeiten, in Wien erheblichen Reduzierungen zuzustimmen. NL-VM kündigte an, daß er den ungarischen VM und ungarischen GenStChef<sup>21</sup> zum Gegenbesuch in NL eingeladen habe.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 13518 (214)

## 176

### Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 996

Aufgabe: 10. Juni 1989, 10.45 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 10. Juni 1989, 15.47 Uhr

Betr.: Besuch BM Genscher in Budapest am 9.6.1989

I. Bundesminister Genscher stattete Budapest am 9.6.1989 einen eintägigen Besuch ab. Er nahm an der Eröffnung des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung teil und hielt dabei eine Rede „Europa auf dem Weg zu einer dauerhaften Friedensordnung“<sup>2</sup>. Auf dem anschließenden Empfang traf er mit dem Präsidenten des Verbandes der Ungarndeutschen<sup>3</sup> sowie mit Parlamentsabgeordneten deutscher Nationalität zusammen. Zu kurzen getrennten Gesprächen empfing er Führungsmitglieder des Bundes der Freien Demokraten, der Sozialdemokratischen Partei, der kleinen Landwirte sowie des ungarischen Demokratischen Forums.

Am Nachmittag führte BM Genscher Gespräche mit Außenminister Horn, Staatsminister Pozsgay, Ministerpräsident Németh sowie dem GS der USAP, Grósz.<sup>4</sup> Dem Gespräch im Außenministerium ging die Unterzeichnung der Vereinbarung über die Errichtung des ungarischen Kulturinstituts in Stuttgart<sup>5</sup>

<sup>20</sup> Ferenc Kárpáti.

<sup>21</sup> Chef des Generalstabs der ungarischen Streitkräfte war József Pacsek.

<sup>1</sup> Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 12. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 24. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher vgl. BULLETIN 1989, S. 530–535.

<sup>3</sup> Károly Manherz.

<sup>4</sup> Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der USAP, Grósz, dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh und Staatsminister Pozsgay am 9. Juni 1989 in Budapest vgl. Dok. 177.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 9. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Ungarns über die Errichtung eines Kultur- und Informationszentrums Ungarns in der Bundesrepublik vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 482f.

voraus. BM Genscher schloß den Besuch mit einer internationalen Pressekonferenz ab.

II. Aus dem Gespräch mit AM Horn halte ich zusammenfassend folgendes fest: Nach Dank, auch im Namen von Herrn Mischnick, für die Aufnahme in Budapest anlässlich der Eröffnung des Büros der FNS begrüßte BM im neuen Außenminister einen alten guten Bekannten, dem großes Vertrauen entgegengebracht werde. BM sagte, die Rede Horns in Hamburg vor der Atlantischen Versammlung<sup>6</sup> habe ein starkes Echo gefunden. Wir beobachteten die Entwicklung in Ungarn mit Aufmerksamkeit und Sympathie. Ungarn habe sich ehrgeizige Ziele gesetzt. Der Weg dazu sei nicht leicht. Es sei jedoch die einzige Möglichkeit. In der EG gäbe es eine dynamische Entwicklung. Dynamisch entwickelten sich auch die Dinge in Ungarn, Polen und der Sowjetunion. Das kürzliche Gipfeltreffen der NATO<sup>7</sup> eröffne gute Perspektiven für das Ost-West-Verhältnis und auch für den Abrüstungsprozeß. In Bonn stehe der Besuch Gorbatschows bevor.<sup>8</sup> Mit der Unterzeichnung der Vereinbarung über die Eröffnung des Kulturinstituts in Stuttgart sei im deutsch-ungarischen Verhältnis ein weiterer Schritt voran getan worden. Im ganzen bestünden gute Perspektiven. Wie sich die Dinge fortentwickelten, hänge von uns allen ab. Er wünsche mit AM Horn darüber zu sprechen, was wir weiter tun könnten.

AM Horn erwiderte, es sei wichtig, daß Ungarn Vertrauen geschenkt werde. Die BR Deutschland spiele in Europa und im Ost-West-Verhältnis eine Schlüsselrolle, und BM komme dabei eine herausragende Rolle zu. Dies werde nun in ganz Europa anerkannt. Besonders wichtig sei, daß die BR Deutschland ein stabilisierender und kreativer Faktor sei.

Zur ungarischen Politik sei folgendes zu sagen:

- 1) Die Entwicklung in Ungarn werde von der USAP geführt, allerdings vor dem Hintergrund einer Krise, die alles determiniere. Daraus folgten Spannungen, für deren Lösung die Partei Verantwortung trage.
- 2) Ungarn sei entschlossen, Anschluß an Europa zu finden. Als Maßstab stehe ihm Westeuropa vor Auge.
- 3) Die USAP wolle an der Macht bleiben, schließe jedoch Möglichkeit eines Parteiwechsels an der Macht nicht aus. Falls eine andere Partei die Macht übernehme, würde dies zu einem Systemwechsel führen. Dies würde das internationale Umfeld Ungarns berühren. Man brauche noch zehn bis zwölf Monate, um die Reform einschließlich der Verabschiedung der Verfassung durchzusetzen. Vielleicht komme es noch in diesem Jahr zu Wahlen in Ungarn. Es bestehe ein vitales Interesse daran, daß dieser Prozeß ohne Stockung vonstatten gehe.
- 4) Ungarn möchte ein gutes Verhältnis zur sozialistischen Welt unterhalten, aber es gäbe zunehmend Probleme. Die Krisenerscheinungen in den sozialistischen Ländern wirkten sich auf Ungarn aus. Die politischen Bestrebungen Ungarns und

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des Staatssekretärs im ungarischen Außenministerium, Horn, am 15. November 1988 bei der Tagung der Nordatlantischen Versammlung vom 13. bis 18. November 1988 in Hamburg vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 73–76 (Auszug).

<sup>7</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>8</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

die einiger seiner Verbündeten seien nicht synchron. Man müsse einen Weg finden, damit die Differenzen nicht zu Konflikten ausarteten. Die Entwicklung in China und Polen sei für Ungarn kein Anlaß, die Reformen zu zügeln, sondern im Gegenteil entschieden weiterzugehen. Die sozialistischen Länder sollten sich nicht in die Angelegenheiten der jeweils anderen einmischen. In dieser Absicht wolle man Anfang Juli in Bukarest<sup>9</sup> auftreten. Der Warschauer Pakt müsse modernisiert werden. Das Verhältnis zwischen den sozialistischen Ländern müsse entideologisiert werden. Diese Differenz sei zur Zeit unüberbrückbar.

5) Was Westeuropa und USA betreffe, so seien für Ungarn deren Sympathie und deren Stellungnahmen zur ungarischen Außen- und Innenpolitik wichtig. Jedoch sei all dies zu wenig. Es sei eine Tatsache, daß Ungarn außerstande sei, finanzielle Ressourcen für die Modernisierung der Wirtschaft freizumachen, und zwar wegen des Schuldendienstes sowie des Umstandes, daß Bevölkerung nicht weiter belastbar sei.

Ungarn bitte um Unterstützung, wobei er ausdrücklich die Bundesrepublik von seiner Feststellung ausnehmen wolle, Sympathien seien zu wenig. Er wolle die Anregung zu Kapitalanlagen in Ungarn geben. Dann sei Ungarn daran interessiert, daß der Abbau der Kontingente der EG von 1995 auf Ende 1992 vorverlegt werde. Es sei wichtig, wenn die Bundesrepublik erwägen würde, gegenüber Ungarn ein präferentielles Zollsystem, wie seinerzeit gegenüber Jugoslawien, einzuführen. Man trage sich mit dem Gedanken eines Freihandelsabkommens mit der EG. Dafür gäbe es zwei Voraussetzungen, nämlich die Liberalisierung der Importe und die Konvertibilität des Forint. Ungarn erwäge die Aktivierung der Europäischen Investitionsbank. Sie könnte möglicherweise Großprojekte der Infrastruktur finanzieren.

Er habe die Botschaft des Bundesministers zur Abrüstung erhalten. Im Zusammenhang mit den Wiener Gesprächen<sup>10</sup> sollten Themen wie z.B. Subregionen, Truppenabbau, Luftwaffen erörtert werden. Ungarn habe Vorschläge, die denen der Bundesrepublik nahestünden. Er schlage vor, daß die deutsche Delegation möglichst bald zu Gesprächen aus Wien nach Budapest komme.

BM sagte, wir seien uns bewußt, was die Entwicklung anderer Parteien in Konkurrenz zur USAP und auch für das System bedeute. Besonders wichtig sei die Feststellung, daß Ungarn sich weder durch Ereignisse in Polen noch in China in seinem Kurs beirren lasse. Dazu habe es auch keinen Anlaß. Es gäbe fundamentale Unterschiede zwischen ungarischer Reform und den Veränderungen in China. In China sei versucht worden, die Reform auf die Wirtschaft zu begrenzen. Dies habe zur Konfrontation mit den Massen führen müssen. Im Grunde gäbe es keine sektorale Freiheit. Im Wahlergebnis<sup>11</sup> sei der Mangel der polnischen Entwicklung deutlich geworden. PVAP habe sich zur Wahl gestellt, jedoch nicht für eine Alternative gesorgt. Solidarität sei keine Partei und dürfe keine Partei

<sup>9</sup> Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

<sup>10</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

<sup>11</sup> Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

sein. Jetzt sei die Lage eingetreten, daß die Mehrheit der Bevölkerung ihre Stimme zwar nicht der PVAP gegeben habe, aber auch keine Partei habe wählen können. Der ungarische Ansatz mit der Verabschiedung eines Parteiengesetzes sei richtig. Im übrigen sei wichtig, Vorsorge dafür zu treffen, daß es nicht zu einer Zersplitterung der Parteien komme. Die Fünf-Prozent-Klausel unseres Wahlgesetzes<sup>12</sup> sei richtig. Die Weimarer Republik sei unter anderem an der Zersplitterung des Parteiensystems gescheitert.

In Europa säßen wir in einem Boot, Ungarn wünsche den Erfolg seiner Reformpolitik, wir wünschten ihn auch. In der Kooperation habe Europa eine bessere Zukunft. Dies setze die Überwindung ideologischer Antagonismen voraus. Es verlange, daß überall die Menschenrechte akzeptiert würden. Gegenwärtig sei notwendig, die ungarische Reform und zugleich die Fehler der Vergangenheit zu finanzieren. Offenkundig gehe dies nicht zur gleichen Zeit. Diese Einsicht liege dem Verhalten der Bundesrepublik gegenüber Ungarn zugrunde. Er hoffe, daß es uns gelinge, unsere Freunde von dieser Philosophie zu überzeugen. Was Kontingente betreffe, so seien wichtige Schritte getan worden, weitere würden folgen. Es wäre ein vernünftiger Schritt, die Europäische Investitionsbank zu aktivieren. Ungarn habe Interesse an politischen Gesprächen mit der EG. Wenn es einen förmlichen Antrag auf Konsultationen mit der EPZ stellen würde, würden wir uns dafür einsetzen. Er würde es für ideal halten, den Antrag so rechtzeitig zu stellen, daß es im September in New York zu einem Treffen der zwölf Außenminister mit AM Horn kommen könne. Man sollte dann direkt zum Kern der Sache kommen. Anschließend könne man das Gespräch im Kreis der zwölf Außenminister aufarbeiten. Die gegenwärtige spanische Präsidentschaft würde den Antrag positiv aufnehmen. Dasselbe gelte auch für die kommende französische Präsidentschaft.<sup>13</sup> Am 26.6. werde es Konsultationen über die Wiener Verhandlungen<sup>14</sup> in Wien geben.<sup>15</sup> Von dort könne der Abrüstungsbeauftragte<sup>16</sup> sehr schnell nach Budapest reisen. Wir seien daran interessiert, daß die Verhandlungen in Wien schnell vorankämen. Durch die Kurzstreckenraketen würden unsere Hände immer heißer. Mit den konventionellen Verhandlungen bestünden gute Voraussetzungen, daß wir die Hände freibekämen.

AM Horn: Die tragischen Ereignisse in China hätten manchen klargemacht, daß mit militärischen Mitteln keine Veränderungen herbeigeführt werden könnten. Die ungarische Regierung habe lange über ihre Stellungnahme nachgedacht, auch

<sup>12</sup> Vgl. dazu Artikel 6 Absatz 4 des Bundeswahlgesetzes vom 7. Mai 1956; BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 384.

<sup>13</sup> Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne, Frankreich vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „Wiederverhandlungen“.

<sup>15</sup> Botschafter Hartmann, Wien (VKSE-Delegation), berichtete am 27. Juni 1989 über das Treffen von Vertretern der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA: „Ledogar plädierte nachhaltig dafür, daß alle vertretenen Delegationen sich in ihren Hauptstädten dafür einsetzen sollten, wenigstens Definition für Flugzeuge und Hubschrauber noch in dieser Runde in Wien einzuführen. Er führte aus, daß die Erarbeitung einer Definition für diese beiden Waffenkategorien von der Erarbeitung gemeinsamer Obergrenzen trennbar sei. [...] Im übrigen war der Meinungsaustausch wegen der Anwesenheit von IT nicht sehr ergiebig. Der innerhalb der Fünf bestehende Meinungsunterschied zur Behandlung von leichten Panzern und zum Gerät paramilitärischer Einheiten wurde ohne Annäherung erörtert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 814; VS-Bd. 12268 (221); B 150, Aktenkopien 1989.

<sup>16</sup> Leiter der Delegation der Bundesrepublik bei den VKSE war Rüdiger Hartmann.



deswegen, weil Ungarn nicht in Konflikt mit der sozialistischen Welt geraten wolle. Aus prinzipiellen Gründen könne jedoch die chinesische Lösung nicht akzeptiert werden. Wegen der ungarischen inneren Entwicklung bewege das Land jedoch die Entwicklung in Polen stärker. Einerseits sei sie eine Ermutigung für die ungarische Opposition. Andererseits stärke sie neostalinistische Kräfte in Ungarn. Er sei über die Haltung der PVAP, die sich von der Politik des Ausgleichs nicht abbringen lassen wolle, erfreut und begrüße<sup>17</sup> auch die Haltung der Solidarität. Jaruzelski könne, insbesondere als Staatspräsident, als Faktor des Ausgleichs dienen. Er sei sehr dankbar für das, was Bundesminister für die beiderseitigen Beziehungen tue. Er würde es auch begrüßen, wenn es zum Treffen mit den zwölf Außenministern im September käme. Beide Minister beschlossen dann, über die Botschaften einen geeigneten Termin Anfang September für Ministerkonsultationen in Bonn zu vereinbaren.<sup>18</sup>

BM wandte sich abschließend einem Thema zu, von dem er feststellte, daß es bei uns zunehmend virulent werde. Bei uns sei die Beseitigung der Grenzsperrungen zu Österreich<sup>19</sup> positiv aufgenommen worden. Wir bäten um Verständnis bei der Lösung humanitärer Fragen, die im Zusammenhang mit Bemühungen von Bürgern der DDR stünden, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Spätestens durch das Inkrafttreten für Ungarn der Flüchtlingskonvention<sup>20</sup> sollte der Weg für unbürokratische Regelungen frei sein. AM Horn erwiderte, Ungarn werde alles im Interesse dessen tun. BM fügte hinzu, wir wollen lautlos und vertrauensvoll zusammenarbeiten, denn es gehe um Menschen. AM Horn bemerkte, Ungarn werde seine bisherige Haltung beibehalten und damit Anschluß an die Konvention finden. Beim Herausgehen aus dem Konferenzraum sagte BM zu AM Horn unter vier Augen, er habe ihm soeben nicht öffentlich widersprechen wollen. Doch wünschten wir nicht, daß Ungarn DDR-Bürger in die DDR abschiebe. Horn erwiderte, er glaube, daß dies auch bisher nicht geschehen sei. Aber wenn es Vereinbarungen gäbe, wolle man sich nicht daran halten.

[gez.] Arnot

#### Referat 010, Bd. 178931

<sup>17</sup> Korrigiert aus: „begründe“.

<sup>18</sup> Der ungarische Außenminister Horn hielt sich vom 12. bis 14. Oktober 1989 in der Bundesrepublik auf. In der Presse wurde über das Zusammentreffen mit Bundeskanzler Kohl am 13. Oktober 1989 berichtet, Kohl habe über seine Absicht gesprochen, noch in diesem Jahr neben Polen auch Ungarn zu besuchen: „Horn hatte am Mittwoch im Kanzleramt anfragen lassen, ob er die Teilnahme an einer Veranstaltung in Hamburg zu einem Treffen mit Kohl in Bonn nutzen könne.“ Vgl. den Artikel „Der Bundeskanzler reist im November nach Polen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Oktober 1989, S. 1 f.

<sup>19</sup> In der Presse wurde dazu berichtet: „Man kann wahrlich von einem historischen Vorgang sprechen: Gestern begann an vier Stellen der ungarisch-österreichischen Grenze das Niederreißen des ‚Eisernen Vorhangs‘. [...] Bis zum 31. Dezember 1990 soll die Grenze zwischen Ungarn und Österreich so aussehen wie jede andere ‚normale‘ Grenze. [...] Heute können ungarische Staatsbürger ohnedies nach Belieben ausreisen. Für sie bedarf es also des ‚Eisernen Vorhangs‘ nicht mehr. Das Problem, das auf die Budapester Regierung zukommt, sind allerdings die ‚Bruderländer‘: Die Tschechoslowakei und die ‚DDR‘ sollen bereits scharf gegen die Aufhebung des ‚Vorhangs‘ protestiert haben.“ Vgl. den Artikel „Ein Vorhang zerreißt“; DIE WELT vom 3. Mai 1989, S. 2.

<sup>20</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589, bzw. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298. Das Abkommen trat für Ungarn am 12. Juni 1989 in Kraft. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1989, Teil II, S. 636.

## Botschafter Arnot, Budapest, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 997

Aufgabe: 10. Juni 1989, 15.50 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 10. Juni 1989, 19.27 Uhr

Betr.: Besuch BM Genscher in Budapest am 9.6.1989

Bezug: DB Nr. 996 vom 10.6.1989 – Pol 321.11 VS-NfD<sup>2</sup>

Aus den drei jeweils einstündigen Gesprächen des Bundesministers mit StM<sup>3</sup> Pozsgay, MP Németh und GS Grósz halte ich folgendes fest:

### 1) Pozsgay

Auf die Frage des BM, wie die Entwicklung in Ungarn weitergehen werde, sagte P., die Beisetzung von Nagy in der kommenden Woche habe eine große Bedeutung für die nationale Versöhnung. Es komme daher darauf an, daß sie friedlich verlaufe.<sup>4</sup>

Es sei ein Erfolg, daß auf Druck der Basis nunmehr für den Frühherbst der Parteitag vorgesehen sei.<sup>5</sup> Er habe drei wichtige Funktionen:

- die Verabschiedung eines gehaltvollen Programms im Hinblick auf die Wahlen,
- die organisatorische Umgestaltung der Partei im Sinne der Demokratie,
- die Erneuerung der Parteiführung entsprechend dem Wunsch der Basis.

Falls diese Ziele erreicht würden, sei die Grundlage für die weitere Entwicklung gelegt, zum Beispiel für die Trennung von Partei und Staat, die Anerkennung der Partei als einer unter vielen.

BM fragte sodann, wie Ungarn im Jahre 2000 aussehen werde. P. antwortete, das Land könne in ein bis zwei Jahren die Krisenzeichen bewältigen. Dann könne man sich auf eine strategische Denkweise einrichten. Ihm schwebte eine plurali-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 12. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 24. Juni 1989 vorgelegen.

Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Hat StS Sudhoff vorgelegen.“

<sup>2</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Arnot, Budapest, vgl. Dok. 176.

<sup>3</sup> Korrigiert aus: „StS“.

<sup>4</sup> Botschafter Arnot, Budapest, berichtete am 16. Juni 1989: „Auf den Tag 31 Jahre, nachdem sie in einem Budapester Gefängnis gehängt wurden, sind Imre Nagy und fünf seiner Gefährten mit einer nationalen Trauerfeier wiederbestattet worden. Die in Spannung und merkbarer Nervosität erwartete Feier verlief unter Teilnahme von etwa 60 000 [Menschen] (erwartet waren 150–200 000, befürchtet 400 000) in vollkommener Ruhe und ohne jeden Zwischenfall. [...] Gleichwohl bleibt ein zwiespältiger Eindruck. Die Teilnahme an der schlichten und würdigen Trauerfeier war weitaus geringer als erwartet. Das Stadtleben von Budapest verlief fast normal. Die Gebäude wurden kaum beflaggt. Hier zeigte sich ein Widerstand vieler reaktionärer ‚Haus- und Blockwarte‘. Neben den stalinistischen Kreisen der Partei war aber auch eine gewisse Reserviertheit der nichtkommunistischen Kreise der Bevölkerung spürbar. So waren Äußerungen zu hören, schließlich sei auch Nagy ein Kommunist gewesen, der seit 1948 auch einiges zu verantworten gehabt habe. Im Oktober 1956 hätten kommunistische Flügelskämpfe stattgefunden, deren Opfer man heute nicht als ‚Martyrer‘ beweinen müsse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1056; Referat 214, Bd. 139936.

<sup>5</sup> Der XIV. Parteitag der USAP fand am 6./7. Oktober 1989 in Budapest statt. Zur weiteren Entwicklung vgl. Dok. 331.

stische Ordnung vor. Die nächsten Wahlen müßten absolut frei sein. Wirtschaftlich gesehen werde Ungarn bis dahin (Jahr 2000) de facto in Europa integriert sein. Was Europa aber anbelange, denke er im Bezugssystem Mitteleuropa. Bis 2000 werde die ČSSR Ungarn in radikalen Reformen überholt haben. Die Lage Polens und Jugoslawiens würde sich verbessert haben. Rumänien und Bulgarien blieben (in dieser Entwicklung) Inseln, eine Art Freilichtmuseum. Er hoffe, daß sowjetische Führung einen neuen Ausgleich mit den eigenen Nationen finden und es dann gelingen werde, die baltische Frage sowie die Probleme des nördlichen Kaukasus zu lösen. Er würde gerne ein einheitliches Deutschland sehen, sei jedoch nicht sicher, daß es bis zum zweiten Jahrtausend dazu kommen werde. Der Abbau der Mauer und ein spezifischer Föderalismus könnten dazu beitragen. Dazu müsse sich die DDR ändern. BM entgegnete, es werde ein sehr föderales Europa geben, eines mit regionalen Gruppierungen. Was Ungarn betreffe, begrüße er, daß sich USAP Wahlen stellen werde. Es sei falsch gewesen, daß PVAP keine Vorsorge für eine politische Alternative getroffen habe. Ungarisches Bemühen um ein pluralistisches Parteiensystem sei richtig. Die Weimarer Demokratie habe unter der Zersplitterung der politischen Kräfte gelitten. Unser Wahlsystem verhindere dies. Er empfehle, es zu studieren, weil es Pluralität und Stabilität gewährleiste. Wir seien das Land mit den wenigsten Regierungskrisen. SU werde nicht umhinkommen, sich zu ihrem Namen zu bekennen, nämlich zu einer Union von Republiken. Dann wären 50 Prozent ihrer Probleme gelöst. Die DDR sei das komplizierteste Problem. Früher oder später werde auch sie sich bewegen. Ein Stück des Schlüssels dazu liege in Prag. Wir seien nicht daran interessiert, die DDR zu destabilisieren. Es gäbe nur einen Ausweg: Die DDR müsse sich selbst attraktiver machen. P. stimmte BM in allen seinen Äußerungen zu. Er bemerkte, Linksextremisten in Ungarn hätten die Ereignisse in Peking als Memento dargestellt. Während es in Polen um die Legalisierung einer Organisation gegangen sei, die ein Konglomerat sei, solle der Ausgleich in Ungarn unter den Bedingungen eines De-facto-Pluralismus stattfinden. Er habe behalten, was BM gesagt habe, damit kein politisches Vakuum entstehe. Er habe sich vor wenigen Tagen an der Vorbereitung der Gründung der Bewegung für ein demokratisches Ungarn beteiligt. Es sei das Ziel, den sehr starken Reformflügel der USAP in Kommunikation mit der Gesellschaft zu bringen. Diese Massenbeziehung könne helfen, den sektiererischen Flügel aus der Partei herauszuekeln, damit er sich selbständig mache. Man dürfe diese Leute nicht ohne eine Organisation lassen. Sie brauchten ein stalinistisches warmes Nest. Dann könne man sich auf die polarisierte Situation organisatorisch einstellen. Bei der Darstellung des bevorstehenden Nagy-Begräbnisses durch P. fragte ihn BM, ob die SU eine Stellungnahme zu den Ereignissen von 1956<sup>6</sup> abgeben werde. P. antwortete, er rechne damit. Ungarn habe die SU dazu ermutigt. Es habe sie auch gebeten, sich bei der Beerdigung vertreten zu lassen. Es würden Vertreter der sowjetischen Botschaft teilnehmen. Die Veranstalter der Trauerzeremonie wollten selbst Ordnungsrgruppen aufstellen, damit es nicht zu antisowjetischen Ausschreitungen komme. BM bezeichnete die verantwortungsvolle Haltung Ungarns als richtig. Gorbatschow dürfe nicht überfordert werden. Viele Leute im Westen verlangten von ihm, was

<sup>6</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

sie gegenüber Breschnew nicht einmal zu erwähnen gewagt hätten. P. fand, es wäre für Europa gut, wenn sich der Kurs Gorbatschows verstärkte.

## 2) Németh

N. bemerkte einleitend, man schätze in Ungarn hoch, was die Bundesregierung bilateral und multilateral getan habe. Die Beziehungen zu den Bundesländern, besonders im Süden, seien beispielhaft. Er wünschte, daß auch die Beziehungen zu den Verbündeten im WP so gut seien. Die Strukturen im COMECON seien ein großes Hemmnis für die ungarische Entwicklung. Ungarn sei daher bereit, eine klare Umorientierung nach Westeuropa zu vollziehen. Gegenstimmen kämen nur von der Minderheit der Fundamentalisten. Zur Außenpolitik beziehe er sich auf die Darlegungen von AM Horn und bitte, sie als seine eigenen zu betrachten. Er hoffe, daß er den Bundeskanzler noch in diesem Jahr in Ungarn begrüßen könne (diese Hoffnung drückte N. noch einmal bei der Verabschiedung aus).<sup>7</sup> Dann könne man konkret alles abstimmen. Ungarn denke daran, mit deutschen Kapitalinvestitionen einen Strukturwandel in<sup>8</sup> der Wirtschaft herbeizuführen. Eine andere Grundlinie der Politik sei die Förderung klein- und mittelständischer Unternehmen. Er wolle nachdrücklich betonen, daß Ungarn die Konsequenzen aus dem Schicksal des Kredits von 1 Mrd. DM<sup>9</sup>, die praktisch im Nichts verschwunden sei, ziehe. Er verbürge sich persönlich dafür, daß dies nicht mehr geschehe werde. Die politische Entwicklung werde unter Bewahrung der Stabilität voranschreiten. Das polnische Ergebnis<sup>10</sup> sei ein warnendes Beispiel. Ungarn wolle Wahlen in einer wirklichen Konkurrenzsituation. Man wolle den konkurrierenden Parteien eine Infrastruktur garantieren. Mit ihnen sollten die wichtigsten Elemente (Wahlgesetz, Parteiengesetz, Gesetz über Verfassungsgerichtsbarkeit) einer neuen politischen Grundlage erörtert werden. Die Opposition wünsche aber, diese Gespräche erst zu führen, nachdem sie gesehen habe, wie die Nagy-Beisetzung verlaufen sei. Im Zusammenhang mit Bemerkungen über den Prozeß gegen Nagy berief sich N. auf ein Gespräch mit Jaruzelski. Dieser habe den Aufzeichnungen Gomułkas klar entnommen, daß Nagy ein politisches Opfer gewesen sei. Die kommunistische Weltbewegung habe eine Figur gebraucht, an der ein Exempel statuiert werden sollte, um von Revisionstendenzen abzuschrecken. Ungarn wolle jedoch diesen Aspekt nicht betonen, sondern den Akzent auf Versöhnung und Ausgleich legen. Man müsse die ganze Bandbreite der Politik neu durchdenken. Dabei müsse man die Verteidigungspolitik neu formulieren. Die ungarische Armee solle umorganisiert, ihre Stärke abgebaut werden (bis 1991 vielleicht sogar bis zu 30 Prozent). BM erwiderte, der von Ungarn gewählte Ansatz von Öffnung und Pluralität sei richtig. Die Ereignisse in Peking seien gerade eine Bestätigung der ungarischen Politik. In Polen hätte man die existierende Parteistruktur öffnen müssen. So sei man jedoch auf die Wahlen nicht vorbereitet gewesen. BM stimmte auch Erwägungen N.'s bezüglich der kleineren und mittleren Betriebe zu. Er wies darauf hin, Unternehmen

<sup>7</sup> Bundeskanzler Kohl besuchte Ungarn vom 16. bis 18. Dezember 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 124, sowie WENDEZEIT 1987–1990, Dok. 60.

<sup>8</sup> Korrigiert aus: „Strukturwandel FS in“.

<sup>9</sup> Am Rande des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Grósz vom 7. bis 10. Oktober 1987 in der Bundesrepublik schlossen die Deutsche Bank und die Ungarische Nationalbank am 7. Oktober 1987 einen Kreditvertrag. Vgl. dazu Referat 421, Bd. 140300. Zum Besuch vgl. AAPD 1987, II, Dok. 277.

<sup>10</sup> Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

dieser Dimensionen seien die Stärke der deutschen Wirtschaft. BM zeigte sich weiterhin befriedigt darüber, daß N. bei der Darlegung des Reformkonzeptes die Außen- und die Sicherheitspolitik erwähnt habe. Es sei das Wichtigste jetzt, daß in West und Ost alle Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Öffnung und der Kooperationsfähigkeit getroffen würden, um den jetzt eingeschlagenen Weg unumkehrbar zu machen. Unser Interesse sei, die Entwicklung in Stabilität zu vollziehen. Wir sähen das ganze Europa. Es sei gut, sich aufeinander Schritt für Schritt zuzubewegen. Wir wünschten nicht, daß das fortgeschrittenste<sup>11</sup> Land Osteuropas einen Rückschlag erleide.

N. bezog sich auf ein Gespräch mit Gorbatschow, in dem ihm dieser gesagt habe, wenn die ungarische Reform scheitere, würde ihm ein Trumpf aus der Hand genommen. Zu den bilateralen Beziehungen wolle er, fuhr N. fort, nicht verschweigen, daß er aus dem angelsächsischen Bereich, vor allem aus den USA, Eifersucht auf die ungarisch-deutschen Beziehungen verspüre. Dies wirke sich im Verhältnis Ungarns zum IWF aus. Dort spielten die USA die maßgebliche Rolle. Der IWF habe ihn in diesem Jahr zweimal fast zum Sturz gebracht. Er habe aber die Abwertung des Forint und den radikalen Abbau des Haushaltsdefizits überlebt. Er sage bewußt, daß hier ein gewisser amerikanischer Druck am Werke sei. Die USA sollten begreifen, daß es in unseren Beziehungen als eine Tatsache die geographische Nähe und die historischen Verbindungen gäbe. Die Amerikaner sollten begreifen, daß der IWF nicht der Wunderdoktor Molières sei, der mit drei Medikamenten, nämlich Abwertung, Beseitigung von Haushaltsdefiziten und Privatisierungen, alle Leiden heilen könne. Wenn BM in seinen Gesprächen Gelegenheit fände, ein gutes Wort dafür einzulegen, daß die ungarischen Interessen berücksichtigt würden, wäre er ihm dankbar. Auf die bilaterale Zusammenarbeit zurückkommend, sprach sich N. für die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen in beiden Ländern aus. Er erklärte auch ungarische Bereitschaft, aus der BR Deutschland entsandte Lehrer für den Unterricht in deutscher Sprache in Grund- und Mittelschulen aufzunehmen. Auch BM fand, daß es die von N. beobachtete Eifersucht gäbe. Er stellte fest, wir beanspruchten kein Monopol in den Beziehungen zum Osten, zumal für die wirtschaftliche Zusammenarbeit unsere Schulter zu schmal sei. Allerdings hätten wir gegenüber dem Osten ein offeneres Ohr, ein klareres Auge, weil unsere Geschichte nie lediglich eine westeuropäische, sondern immer eine gesamteuropäische gewesen sei. Bezüglich des IWF sagte BM, Ungarn finde in uns einen verständnisvollen Partner. BM zeigte sich beeindruckt über die Äußerungen N.'s zur Zusammenarbeit im Bereich der Bildung. Jeder Austausch könne beiden Ländern nur helfen. Alles, was N. gesagt habe, ermutige ihn, und alles, was wir tun könnten, würden wir tun.

<sup>123</sup>) Grósz

GS Grósz zeigte sich zunächst über den Besuch des BM erfreut und sagte dann, der Übergang zum Mehrparteiensystem sei ein Lernprozeß. Sowohl Mitglieder der USAP als auch Freunde begriffen nur langsam, welche politische Logik dahinterstehe. Die ungarische Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in einem

<sup>11</sup> Korrigiert aus: „fortgeschrittene“.

<sup>12</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 998 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Fieberzustand, weil die USAP Gespräche mit den neuformierten Parteien (gegenwärtig neun) aufgenommen habe. Diese Parteien seien bisher keine politische Kraft. Sie hätten auch noch keine ausgereiften Programme. In ihren Vorstellungen gäbe es indessen zahlreiche Gemeinsamkeiten mit der USAP. Bezüglich des Verhältnisses zu den sozialistischen Ländern bestünden jedoch größere Differenzen. USAP sei es gleich, wann Wahlen stattfänden. Der Zeitpunkt sei eine Frage der Verhandlungen. Auf dem vorgesehenen Parteitag der USAP müßten ein neues Parteistatut und ein neues Parteiprogramm verabschiedet werden. Eine neue Führung müsse gewählt werden. Sie müsse vor allem verjüngt werden: „Auch wir werden gehen.“

BM bezeichnete es in seiner Antwort als weise, daß die Möglichkeit zur Gründung neuer Parteien eröffnet worden sei. Dies sei die logische Konsequenz aus der Bereitschaft der USAP, sich Wahlen zu stellen. Man müsse vermeiden, daß diejenigen, die die Regierungspartei ablehnten, in ein Vakuum fielen. Man müsse auch daran interessiert sein, daß handlungsfähige Mehrheiten entstehen. Die Zersplitterung der Parteien sei eine Ursache des Scheiterns unserer ersten Demokratie gewesen. BM bezeichnete das Wahlsystem in der Bundesrepublik als das für eine pluralistische Gesellschaft am höchsten entwickelte Wahlsystem. Das Wichtigste sei, daß sich Ungarn zu umfassenden Reformen entschlossen habe. Damit würden Fehler der chinesischen Reform vermieden. G. sah Gefahr, daß politischer Prozeß außer Kontrolle gerate, wenn die wirtschaftlichen Bemühungen zu keinem Erfolg führten. Auf Bemerkung BM's, ungarischer Erfolg entscheide nicht nur über Entwicklung in Ungarn, meinte G., die sowjetische Entwicklung könne durch die ungarischen Ergebnisse kaum beeinträchtigt werden, wohl aber diejenige in den kleinen sozialistischen Ländern. Chinesische Ereignisse seien Ungarn ungelegen gekommen. Sie hätten den Flügel gestärkt, der von Reformen ohnehin nicht begeistert sei. Er spüre ein gewisses Stocken. Die Entwicklung in der SU ermutige ihn, trotz eines scheinbaren Chaos auf der Oberfläche, weil sie das Durchsetzungsvermögen der Führung zeige. Geduld, Ausdauer sowie die Bereitschaft, Konflikte in Kauf zu nehmen, seien notwendig. Auch in der Partei sage man, erst sich trennen, um sich dann zu vereinigen.

BM stellte fest, es sei wichtig, daß wir auch bei der Abrüstung vorankämen. Wir gäben zu viel Geld für die Rüstung aus. G. stimmte zu. Er wies auf ungarische Reduzierungen hin und sagte, wenn man von Westeuropa eine Antwort erhalten könne, könne man die Vorgänge synchronisieren. BM erwiderte, die Beschlüsse des NATO-Gipfels<sup>13</sup> seien konstruktiv. Er wies auf das Gesamtkonzept des Westens hin und auf die amerikanische Bereitschaft, in die Wiener Verhandlungen<sup>14</sup> Hubschrauber und Kampfflugzeuge einzubeziehen. Auf Frage von G., ob Politik des neuen Präsidenten diesem Kurs entspräche, sagte BM ja, man könne dies an seiner Rede in Mainz<sup>15</sup> ablesen. Es zeige sich auch an dem,

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23553.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

<sup>14</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

was er zum Verhältnis der USA zur Bundesrepublik gesagt habe, aber auch an seiner Äußerung von der gemeinsamen Verantwortung für die Führung der Allianz. Für manche sei dies eine Enttäuschung gewesen. Er empfahl, das Brüsseler Dokument zu studieren. Die Allianz habe zum ersten Mal den Begriff der kooperativen Sicherheit verwandt. In der politischen Deklaration spiegele sich die Grundphilosophie der deutschen Außenpolitik, nämlich Kooperation und Systemöffnung<sup>16</sup>, so gesehen habe sich die etwas schrille Diskussion über den Atlantik, aber noch schriller diesseits des Atlantiks, ausgezahlt, mit Gorbatschow werde in der nächsten Woche eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet<sup>17</sup>, die von außerordentlicher Qualität sei. Sie sei der Entwurf eines pluralistischen Europas ohne Vorherrschaft. Auf die Frage G.'s, wie dazu das Konzept Mitterrands sei, antwortete BM, in der Ost-West-Politik hätten die Bundesrepublik und Frankreich die gleiche Sicht. Sie stimmten alle Schritte sehr eng miteinander ab. Wichtig für das Ost-West-Verhältnis sei, daß Frankreich und die Bundesrepublik zu einer inneren Verbindung gefunden hätten. G. warf ein, es sei von großer Bedeutung, wenn es in Westeuropa einen Gleichklang gäbe. Dies helfe auch Ungarn. Die Hauptsache sei, daß Ungarn spüre, in welche Richtung die Entwicklung gehe. Ungarn versuche, an die europäische Entwicklung Anschluß zu finden.

Gefragt, wie sich die Beziehungen zu Polen entwickelten, erwiderte BM, BK und Bundespräsident würden Polen noch in diesem Jahr besuchen.<sup>18</sup> Die Vorbereitung des BK-Besuches verlaufe kompliziert. Die polnische Seite habe eine Reihe von Erwartungen erfüllt, die für uns wichtig seien. Jedoch seien die Gespräche über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit noch nicht abgeschlossen. Wir hielten das Jahr 1989 für geeignet, ein neues Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen aufzuschlagen. Wir wünschten, daß das ungarische Beispiel und auf seine Art auch das polnische Beispiel sich auf andere Länder übertragen. Früher oder später müßten auch Änderungen in der ČSSR und in der DDR stattfinden. G. erwiderte, in der Partei- und Staatsführung des nördlichen Nachbarn werde es weitere positive personelle Veränderungen geben. Es gebe dort ein ziemlich ausgereiftes Wirtschaftskonzept. Allerdings tue man sich schwer mit der Bewältigung der Ereignisse von 1968<sup>19</sup> und danach. Es gäbe einen großen Druck von unten. In den Massen bestehe eine große Sympathie für Gorbatschow. Er hoffe auf ein Ende der Kämpfe beim südlichen Nachbarn.<sup>20</sup> Es sei sehr schwer, die Entwicklung abzusehen. Es bestehe Unstabilität und Unsicherheit. BM warf ein, wir teilten diese Bewertung. G. schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich die Lage normalisiert.

[gez.] Arnot

#### Referat 010, Bd. 178931

<sup>16</sup> Korrigiert aus: „Systemeröffnung“.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

<sup>18</sup> Zum Stand der Vorbereitungen eines Besuchs von Bundeskanzler Kohl in Polen vgl. Dok. 159, Anm. 4. Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker hielt sich vom 2. bis 5. Mai 1990 in Polen auf. Vgl. AAPD 1990.

<sup>19</sup> Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>20</sup> Zur Entwicklung in Jugoslawien vgl. Dok. 200.

## 178

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse

105-A89/3

12. Juni 1989<sup>1</sup>

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher (im weiteren abgekürzt als BM), und des Außenministers der Sowjetunion, Herrn Eduard Schewardnadse (im weiteren abgekürzt als Sch.), am 12.6. 1989<sup>2</sup>; hier: Dolmetscheraufzeichnung

*BM:* Er freue sich, feststellen zu können, daß dieser bedeutsame Tag endlich gekommen sei, für den sehr viel von beiden Seiten gearbeitet worden sei, um ihn zu ermöglichen. Vor allem sei hervorzuheben, daß dieser Besuch zu einem günstigen Zeitpunkt stattfinde. Der freundliche, herzliche Empfang komme auch daher, daß das Volk spüre, in welch hohem Maße sich die sowjetische Führung ihrer Verantwortung für die Zukunft des Friedens in Europa bewußt sei; dies sei ein sehr ermutigendes Zeichen. Er wolle auch nicht verhehlen, daß das gute persönliche Verhältnis zu Herrn Schewardnadse Fragen lösbar gemacht habe, die früher nicht lösbar erschienen seien; und was heute noch nicht geregelt werden könne, werde dann eben in Zukunft lösbar werden. Das allgemeine hohe Interesse für diesen Besuch zeige, in welch freundschaftlichem und positivem Geist die Entwicklungen in der Sowjetunion von unserer Bevölkerung verfolgt würden; wenn es Probleme in der Sowjetunion gebe, sei das Interesse unserer Bevölkerung ein Interesse des intensiven Mitfühlens.

*Sch.:* Er teile die Auffassung, daß dies ein besonderer Tag sei; die sowjetische Seite fühle sehr wohl die wohlwollende Atmosphäre, in der der Besuch stattfinde. Die Unterzeichnung eines wichtigen Dokuments<sup>3</sup> stehe an, dessen Vorbereitung kein leichter Prozeß gewesen sei. Nunmehr sei es möglich, den Weg zur Zusammenarbeit für viele kommende Jahre zu finden. Auch die sowjetische Seite sehe diesen Besuch als ein großes Ereignis, zu dem auch der Herr BM einen großen persönlichen Beitrag geleistet habe, der bekannt sei als aufrichtiger Anhänger einer Stärkung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Er, Sch., schätze das gute persönliche Verhältnis sehr, das auch für schwierige Fragen Lösungen ermögliche. Es hänge viel von der Qualität der persönlichen Kontakte ab, die viel Gutes ermöglichten, wenn man sich gegenseitig vertraue und glaube.

Ein aktuelles, konkretes Thema sei jetzt, wie die Verminderung der militärischen Konfrontation durchgesetzt werden könne. Man dürfe nicht auf dem Erreichten stehenbleiben, denn das Wettrüsten dauere an. Es komme jetzt darauf an, eine

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Scheel am 13. Juni 1989 gefertigt. Hat Bundesminister Genscher am 18. Juni 1989 vorgelegen.

Das Gespräch wurde bereits teilweise veröffentlicht in: DIPLOMATIE, Dok. 1.

<sup>2</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu auch Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.



hohe Dynamik des Prozesses der Abrüstung und Rüstungskontrolle sicherzustellen. Wenn heute noch oder bei späteren Gelegenheiten des Zusammenkommens über die Zukunft Europas ein Meinungsaustausch durchgeführt werde, so sei er tief überzeugt, daß, wenn es zu einem realen Fortschritt, zu Ergebnissen bei der Reduzierung der Rüstungen komme, auch für die Zukunft Europas kühne Entwürfe möglich seien. Ob dies nun das gemeinsame europäische Haus oder irgendwie anders genannt werde, sei nicht so wichtig. Die Zeit sei herangereift, um das Vertrauen zwischen den Völkern zu stärken. Eine Grundlage dafür sei die Überwindung der militärischen Konfrontation. Die heute vorhandenen Chancen für gute Fortschritte in dieser Richtung dürften nicht aufgeschoben werden. Die heute lebende Generation sei reif dafür, kühne, allumfassende Entscheidungen auf diesem Gebiet zu treffen. Konkret gesprochen, sei es nach dem INF-Vertrag<sup>4</sup> besonders wichtig, bei den Wiener Verhandlungen<sup>5</sup> Erfolg zu erzielen. Jetzt lägen die Vorschläge des Warschauer Paktes und der NATO auf dem Tisch. Damit sei die Grundlage gegeben, nach Kompromißlösungen zu suchen. Auch falls die einzelnen Waffengattungen gesondert diskutiert würden, sei ebenfalls ein Erfolg möglich. Die seitens der NATO nunmehr vorliegenden Vorschläge seien ernsthaft und stellten einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Es müsse festgehalten werden, daß die gesamte INF-Problematik durchaus komplizierter gewesen sei, im Gegensatz dazu lägen jetzt gleich zu Anfang Grundlagen für die Kompromißlösung vor.

*BM:* Die kürzliche Brüsseler NATO-Tagung<sup>6</sup> sei eine der wichtigsten gewesen, denen er je beigewohnt habe. Es sei bekannt, daß ihr lange Diskussionen vorangegangen seien, die zum Teil auch strittig verlaufen seien.

*Sch.:* Er habe alle Reden des BM gelesen.

*BM:* Im Verlauf dieser Diskussion habe sich ja gezeigt, daß die amerikanische und britische Presse nicht sehr freundlich mit ihm umgegangen seien. Das Ergebnis eines lebhaften Dialogs über den Atlantik hinweg sei aber schließlich die amerikanische Erkenntnis gewesen, daß die Chancen unserer Tage nicht ungenutzt bleiben dürften. Die NATO-Erklärung<sup>7</sup> und die Rede von Präsident Bush<sup>8</sup> belegten, daß die amerikanische Seite mehr und mehr Verständnis für unsere Position habe entwickeln können. Er habe dies schon bei<sup>9</sup> der Brüsseler Begegnung mit Herrn Baker<sup>10</sup> gespürt, der unmittelbar davor<sup>11</sup> in der Sowjetunion

<sup>4</sup> Für den Wortlaut des INF-Vertrags vom 8. Dezember 1987 vgl. UNTS, Bd. 1657, S. 4–595. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 18–30 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1987, II, Dok. 360.

<sup>5</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150. Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

<sup>6</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

<sup>9</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nach“.

<sup>10</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Baker am 12. Mai 1989 vgl. Dok. 138.

<sup>11</sup> Die Wörter „unmittelbar davor“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „kurz zuvor ja“.

mit Herrn Sch. gesprochen habe<sup>12</sup>. So habe es sich ergeben, daß die Bundesrepublik und die USA sich Schulter an Schulter sozusagen im Sinne eines neuen Verhältnisses zwischen West und Ost eingesetzt hätten. Die nächste Woche werde er, der BM, in Washington sein<sup>13</sup>, um mit den meisten führenden politischen Repräsentanten zu sprechen. Auch der Vorschlag, Kampfflugzeuge und -hubschrauber in die konventionellen Abrüstungsvorschläge einzubeziehen, entspreche dem deutschen Standpunkt, wie er von Anfang an gewesen sei. Wir hätten gespürt, daß diese Frage ohnehin aufkommen werde und der Einschluß dieser Systeme daher offengelassen werden mußte. Wichtig sei ebenfalls, daß jetzt kein Beschluß zur Modernisierung der Kurzstreckenraketen gefaßt worden sei. 1992 werde dies im Lichte der dann erreichten sicherheitspolitischen Situation geprüft werden. Damit seien alle Optionen für eine gute Entwicklung offengehalten worden. Wichtig sei in dieser Situation, daß die Wiener Verhandlungen mit größter Intensität geführt würden, nach dem Sprichwort, daß das Eisen geschmiedet werden müsse, solange es heiß ist.

*Sch.:* Auch neben dem Einschluß der Luftwaffe sei der NATO-Vorschlag hinsichtlich der Zahlenstärken ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem verstehe er nicht, warum immer noch Angst vor einem Beginn über Verhandlungen zu den nuklearen Kurzstreckensystemen bestünde. Er kenne die persönliche Haltung des Herrn BM; aber warum sei die Allianz im ganzen noch nicht dafür zu gewinnen? Natürlich sei es gut, daß die Nuklear-Kurzstreckenwaffen-Modernisierung kein Tagesordnungspunkt sei; was geschehe aber, wenn es plötzlich nicht gelänge, über irgendein konventionelles Waffensystem Einigung zu erzielen? Dann müßten die Diskussionen weitergehen und könnten ein, zwei oder drei Jahre dauern. Die beste Lösung sei nach wie vor, parallele Verhandlungen zu allen Waffensystemen zu führen.

*BM:* Es sei ja kein Geheimnis, daß einige Bündnispartner zu den Nuklear-Kurzstreckensystemen gar keine Verhandlungen gewollt hätten. Nunmehr seien diese aber fest in Aussicht genommen worden; um so wichtiger sei jetzt, so schnell wie möglich Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen zu erzielen. Herr Sch. habe mit dem Begriff Dynamik ein gutes Wort gebraucht. Es bedürfe jetzt einer Abrüstungsdynamik, die auch zögernde Elemente mitziehen könnte. Es sei nötig, einen Einigungsdruck zu schaffen. Schon um die von Präsident Bush genannten Fristen halten zu können, sei dieser Druck nötig. Er schlage vor, daß sich die Abrüstungsexperten unserer Seiten so oft wie möglich treffen sollten.

*Sch.:* Ja, es wäre gut, wenn die Abrüstungsbeauftragten beider Seiten häufige Kontakte miteinander unterhielten. Es sei jedoch nicht damit getan, daß nur neue nukleare Kurzstreckensysteme von der Tagesordnung abgesetzt seien. Vielleicht solle auch die deutsche Seite nachdenken, was man noch tun könne, um an diesem Thema zu bleiben. Schließlich sei die Modernisierung noch nicht ausgeschlossen. Wenn es auch nur in einem Punkt der konventionellen Abrüstung zu keiner Einigung komme, müsse davon ausgegangen werden, daß die entsprechenden Waffentypen ja schon in der Entwicklung seien. Gegebenenfalls werde die Sowjetunion gezwungen sein, auch wieder an solchen Entwicklungen zu arbeiten. Die SU habe ja eine Kurzstreckenwaffe bis kurz unter 500 km Reich-

<sup>12</sup> Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

<sup>13</sup> Bundesminister Genscher besuchte die USA am 20./21. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

weite in Form der SS-23 gehabt, auf deren Vernichtung sie sich dann doch eingelassen habe. Eben dieser Prozeß der erneuten Entwicklungen müsse aufgehalten werden. Das Vernünftigste seien eben Verhandlungen dazu. Wenn der Westen nun einmal richtiggehende Verhandlungen nicht wolle, sollten zumindest Konsultationen abgehalten werden. Die sowjetische Seite habe immerhin einige einseitige Schritte, zum Beispiel bei der Verschrottung nuklearer Systeme, schon geleistet. Es sollte also ständig versucht werden, hier weiterzukommen, und natürlich müßte versucht werden, den Wiener Verhandlungsprozeß so weit wie möglich zu beschleunigen.

*BM:* Wir sähen zwei Probleme mit den Kurzstreckensystemen. Die SU verfüge ja über eine hohe Zahl von landgestützten Raketen dieser Art. Daß die NATO sich auf baldige Verhandlungen geeinigt habe, sei, realistisch gesehen, das Maximum des jetzt Erreichbaren gewesen. Zweitens würde es aber sehr hilfreich sein, wenn die SU sich zu einer Reduzierung ihrer großen Zahl der Kurzstreckenraketen verstehen könnte, da dies ja den Druck auf eine Reduzierung<sup>14</sup> der Kurzstreckenraketen verstärken würde.

*Sch.:* Die SU verfüge zwar über eine hohe Zahl an landgestützten Kurzstreckensystemen, wenn man aber die Gesamtzahl der Gefechtsköpfe berücksichtige (eingeschlossen also die luftgestützten Systeme und die nukleare Artillerie), könnte man fast von einem Gleichgewicht zwischen beiden Seiten sprechen.

*BM* bittet um Auskunft, wo nach sowjetischer Sicht der Westen überlegen sei, in nuklearer Artillerie oder bei der Luftwaffe? Und bei letzterem: hinsichtlich der Bomben oder der luftgestützten Raketen?

*Sch.:* Sowohl hinsichtlich Artillerie wie auch Luftwaffe; sowohl bei Bomben wie bei luftgestützten Raketen. Ein Streit darüber, wer mehr wovon habe, sei nutzlos. Man brauche nur an die 15 Jahre lang geführten, vergeblichen Verhandlungen darüber zu erinnern, wer worin zahlenmäßig überlegen sei. Man verfüge schon über genug Erfahrung und Grundlagen auf beiden Seiten, um substantielle Verhandlungen über die Abrüstung taktischer Nuklearwaffen zu führen.

*BM:* Er schlage vor, daß sich die Sachverständigen beider Seiten mit einem Zahlenvergleich befassen sollten und diese Ergebnisse vortragen sollten. Hierbei gehe es nicht darum, Rakete gegen Rakete aufzurechnen, sondern sich einen Überblick zu vermitteln.

*Sch.:* Er stimme zu; in der Delegation sei auch Herr Achromejew, er habe zehn Exemplare eines Gesamtübersichtsschemas dabei und könne diese verteilen. Er, Sch., finde es nicht ganz fair, von der Sowjetunion zu verlangen, ihre bodengestützten Raketen einseitig zu reduzieren angesichts des Gesamtkräfteverhältnisses. Vielleicht ließen sich hier etappenweise Fortschritte erreichen. Das vordringliche Problem sei bei den nuklearen Kurzstreckensystemen, genau wie im konventionellen Bereich, eine Beseitigung der Asymmetrien. Vielleicht sei dies der Hauptpunkt, der für die Erreichung reeller Absprachen wichtig sei: Als erstes müsse die Existenz von Asymmetrien anerkannt werden, zweitens müsse die Bereitschaft vorhanden sein, sie zu beseitigen. Genau dasselbe sei auch bei den taktischen Nuklearsystemen nötig. Trotz alledem halte er es für schwer glaub-

<sup>14</sup> Die Wörter „eine Reduzierung“ wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „einen Abbau“.

haft, daß eine Einigung für alle konventionellen Waffengattungen in sechs Monaten zu erreichen sei.

*BM:* Er würde vorschlagen, im Interesse schneller Abrüstungsfortschritte die Experten beider Seiten miteinander konsultieren zu lassen. Die konkreten Vorschläge beider Bündnisse würden natürlich innerhalb dieser Bündnisse formuliert. Um solche Formulierungen aber abfassen zu können, sollte man die Auffassungen der jeweils anderen Seite möglichst gut kennen. Diesem Zweck könnten Expertenkonsultationen dienen, damit dann aufgrund der Kenntnis beiderseitiger Vorstellungen die Formulierungen der konkreten Bündnisvorschläge entsprechend gestaltet werden könnten.

*Sch.:* Dies sei ein guter Vorschlag.

*BM:* Er wolle in aller Offenheit fragen, welches politische Ziel die sowjetische Seite mit diesem Besuch verbinde. Der Abschluß der Abkommen und die Verabschiedung der Gemeinsamen Erklärung sei eine klare abgesprochene Sache, aber es gebe ja auch weitreichende politische Ziele.

*Sch.:* Die Gemeinsame Erklärung müsse demonstrieren, daß beide Seiten nicht nur gute Worte verlieren wollten, sondern daß die Verwirklichung des Erklärten schon beginne. Daß es schließlich so gut gelungen sei, dieses gemeinsame Dokument zu produzieren, werde auch eine große Bedeutung für ganz Europa haben. Als Versuch, die hierin ausgedrückten Ziele sämtlich zu realisieren, sei das gesamte Abkommenspaket ein guter Beweis. Wahrscheinlich werde es in der Zukunft ein großes Europa-Gespräch über die Zukunft des Kontinents geben. Mit der Erklärung sei zwar theoretisch und weltanschaulich alles fixiert, jetzt stehe die ganz praktische Frage an, wie all diese Wünsche realisiert werden müßten. Man solle sich hier von einem pragmatischen Ansatz leiten lassen: Es sei nicht zufällig, daß die sowjetische Seite die Reduzierung der taktischen Nuklearbewaffnungen in den Vordergrund rücke. Jedoch werde auch alles andere, die wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Fragen, erweisen, was Partnerschaft in der Praxis bedeute. Und hierin liege auch die große Bedeutung der Gemeinsamen Erklärung: Sie zeige, was heute Partnerschaft und Zusammenarbeit bedeuten. Dies beschränke sich nicht nur auf das Verhältnis zur Bundesrepublik, sondern auch auf das zwischen der Bundesrepublik und der DDR und darauf, was tatsächliche Partnerschaft zwischen West und Ost insgesamt bedeute. Auch im Bereich der Wissenschaft und Forschung, der Technologie usw. komme es darauf an, die Partnerschaft aufzubauen. Der Herr BM habe mit Herrn Kwi-zinskij sehr interessante Gespräche über die künftigen europäischen Strukturen geführt. Auch GS Gorbatschow wolle mit allen seinen Gesprächspartnern diese Themen anschneiden. Die Sowjetunion wolle keine bestehenden Strukturen zerstören, denn dies sei unreal und verhängnisvoll. Es komme darauf an, die bestehenden Strukturen zu nutzen, um dann aber auch neue zu entwickeln. Der Vorschlag, die Bündnisblöcke aufzulösen, sei zwar der Sowjetunion sympathisch, aber da er keine Chance habe, angenommen zu werden, sei er irrational. Vonnöten sei ein anderer Ansatz: Schon die Wiener Verhandlungen der 23 Staaten bedeuten einen Übergang zu praktizierter Partnerschaft. Auch die Verhandlung der 35 KSZE-Staaten über vertrauensbildende Maßnahmen<sup>15</sup> sei ein weiterer Schritt

<sup>15</sup> Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

auf diesem Wege. Falls sich Einigung im Bereich der konventionellen Abrüstung erreichen lasse, würden zunehmend die politischen Fragen statt der militärischen die erstrangige Bedeutung erhalten. Europa verfüge heute schon über eine reiche Erfahrung in wirtschaftlicher Zusammenarbeit, bei der Überwindung der militärischen Konfrontation, im humanitären Bereich und im grenzüberschreitenden Umweltschutz sowie auf vielen anderen Gebieten. Später entstehende Strukturen könnten mit Gewinn auf diesen Erfahrungen basieren. All diese Gedanken wären vor zehn Jahren noch als völlig abstrakt erschienen. Zum Beispiel hätten der Herr BM und Präsident Mitterrand einen KSZE-Gipfel zur Sicherheitspolitik unterstützt<sup>16</sup>. Warum könne dies nicht zu einer Tradition gemacht werden, da schließlich die Zeiten und die Politiker sich änderten bzw. sich ablösten? Wichtig sei auch das Zentrum zur Verminderung der Kriegsgefahr, wozu die Rede des Herrn BM<sup>17</sup> viele interessante Ideen enthalten habe. Es werde zu der Bildung vieler neuer Institutionen kommen.

*BM:* Der Vorzug der Gemeinsamen Erklärung bestehe darin, daß man von bestehenden Strukturen ausgehe und gleichzeitig die Gestaltung der Zukunft entworfen werde. Schon, was den militärischen Bereich anbetreffe, werde es dank der vielen Überprüfungsmechanismen, die durch die neuen Vereinbarungen bedingt seien, zu institutionalisierten Strukturen kommen. Der Generalsekretär habe in New York den Gedanken der Errichtung eines Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechtsfragen vorgetragen.<sup>18</sup> Innerhalb der EG werde jetzt das Projekt des hochverdichteten Fernsehens vorangetrieben, das es ermögliche, in allen Ländern ein einheitliches Empfangssystem zu schaffen und damit zum besseren gegenseitigen Kennenlernen der Völker und ihrer Kulturen aktiv beizutragen.

*Sch.:* Es sei sehr wichtig, hierfür die technisch-wissenschaftlichen Voraussetzungen zu gewährleisten. In politischer Hinsicht habe die sowjetische Seite einen freien, gesamteuropäischen Informationsraum gefordert.

*BM:* Sehr wichtig sei auch, sich in der Infrastruktur auf die europäische Dimension einzustellen, dies bedeute neben der West-Ost-Struktur in der Bundesrepublik auch eine zusätzliche Nord-Süd-Struktur, nämlich hinsichtlich unserer Verkehrsnetze in Eisenbahn und auf der Straße. Es komme darauf an, in ganz Europa eine gemeinsame Struktur zu schaffen. Vereinheitlichung der Normen und der Umweltforschung seien wichtig. Es sei absurd, daß zum Beispiel Reisende zwischen der Bundesrepublik und der SU ihre jeweiligen Stecker in den Steckdosen der anderen Seite nicht verwenden könnten, weil die Standards verschieden seien. Europa müsse als Ganzes gesehen werden, obwohl es in dem

<sup>16</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vorgeschlagen“.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher anlässlich der Eröffnung des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung am 9. Juni 1989 in Budapest; BULLETIN 1989, S. 530–535.

<sup>18</sup> In seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 7. Dezember 1988 legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dar: „Wir meinen, daß die Jurisdiktion des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag in bezug auf die Deutung und Anwendung der Menschenrechtsabkommen für alle Staaten verbindlich sein muß.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 34.

Zu seiner Rede und zu seinem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem am 8. November 1988 gewählten Präsidenten Bush vgl. auch AAPD 1988, II, Dok. 356, Dok. 357 und Dok. 359.

Sinne nicht einheitlich sei, daß es ein Kontinent der Vielfalt sei. Es komme aber darauf an, all die Faktoren zu beseitigen, die ein Zusammenwachsen verhindern. Wenn es gelinge, in all diesen Gebieten die Divergenzen einzugrenzen und zu beseitigen, werde sich auch die Zahl der politischen Probleme vermindern.

*Sch.* stimmt zu. Praktisch gesehen verhalte es sich so, daß die zukünftigen europäischen Strukturen im Dialog wachsen würden. Man könne tatsächlich nicht sagen, daß es in Europa einen Mangel an Dialog gebe. Auf allen möglichen Gebieten seien Gesprächsforen vorhanden. Im KSZE-Rahmen seien, besonders nach Wien, eine ganze Reihe von Konferenzen angesetzt worden. Woran es aber fehle, seien die Orientierungsmarken. Wohin wollen wir? Er habe zum Beispiel vor kurzem an einer Konferenz in Paris für die Menschliche Dimension<sup>19</sup> teilgenommen, diese Konferenz sei auch sehr gut gewesen. Was aber komme danach? Wenn zum Beispiel die Wirtschaftskonferenz, die in Bulgarien stattfinden werde<sup>20</sup>, kein konkretes Programm hervorbringe, sei ein Gefühl der Enttäuschung unausbleiblich. Oder das Wirtschaftsforum in Bonn<sup>21</sup>: Es könne ebensogut eine folgenlose Konferenz werden, wenn es nicht sehr gut vorbereitet würde. Es müßten also immer konkrete Projekte benannt und beschlossen werden, dazu seien auch Wege der Finanzierung zu erschließen. Alle gesamteuropäischen Kontakte müßten in dieser Hinsicht effektiver gemacht und konkretisiert werden.

*BM:* Das Beispiel der Pariser Konferenz zeige natürlich, wie wichtig es sei, konkrete Ziele anzusteuern und diese auch institutionell abzusichern. Schon GS Gorbatschow habe ja in New York entsprechende Erklärungen abgegeben. Natürlich seien wir froh, daß das Wirtschaftsforum in Bonn stattfinden werde. Der diesem Forum erteilte Auftrag hätte aber durchaus klarer sein können.

*Sch.:* Es sei völlig klar, daß Fragen der Verkehrswirtschaft, der Energetik usw. von den Staaten allein nicht mehr zu lösen seien. Als Energieträger gebe es heute die Atomenergie, die traditionellen Quellen wie Gas und Öl, aber was werde morgen? Hierzu gebe es nun das Projekt der Kernfusion, das für die Zukunft ausschließliche Bedeutung habe und an dem unsere beiden Seiten auch schon zusammenarbeiteten; warum aber sollte sich nicht ganz Europa daran beteiligen? Wenn sich die europäischen Konferenzen und Foren nur in allgemeinen Erwägungen ergingen, sei damit wenig geholfen. Es komme auf eine gewisse Zusammenführungsdynamik zwischen Ost und West an. Man denke nur einmal an die Dynamik der Entwicklungen der deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten 12 bis 24 Monaten. Um die europäische Spaltung politisch und wirtschaftlich zu überwinden, müsse man zunehmend lernen, eine gemeinsame Sprache zu finden. Hierzu sei allein ein kontinuierlicher Dialog Voraussetzung. All das, was schon auf der Grundlage des KSZE-Prozesses gelungen sei, könne man wahrhaft revolutionär nennen. Es gebe hier viele Facetten und Komponenten. Ein kühner Ansatz sei vonnöten, jedoch auch eine bestimmte Toleranz und ein respektvolles Verhalten zu Partnern.

<sup>19</sup> Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vom 30. Mai bis 23. Juni 1989 vgl. Dok. 191 und Dok. 192.

<sup>20</sup> In Sofia fand vom 16. Oktober bis 3. November 1989 ein KSZE-Umweltschutztreffen statt. Vgl. dazu Dok. 343.

<sup>21</sup> Die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa fand vom 19. März bis 11. April 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

*BM:* Herr Sch. möge sich bitte offen aussprechen, falls er mit diesen Gedanken eine Andeutung in bezug auf die Bundesrepublik machen wolle.

*Sch.:* Gut, er wolle direkt antworten: Es sei völlig in Ordnung, daß Präsident Bush in die Bundesrepublik gekommen sei<sup>22</sup>; er werde auch geachtet und als seriöser Politiker nach Verdienst geschätzt. Warum aber halte er es für notwendig, die Atmosphäre gegen die DDR aufzuheizen? Irgendwelche Appelle würden die Situation in keiner Weise ändern. Er, Sch., sei vor kurzem in der DDR und in Berlin gewesen<sup>23</sup> und habe dort wegen der letzten Bush-Äußerungen über die Berliner Mauer nur Gereiztheit und sonst nichts angetroffen. Man sollte Feinfühligkeit walten lassen. Auch die Sowjetunion und die Bundesrepublik hätten nicht über Nacht zu humanitären Lösungen gefunden. Was die Sowjetunion heutzutage als neue Entwicklungen in ihrem Leben durchsetze, habe sie wahrlich nicht in der Konsequenz von Präsident Reagans Appellen getan. Auch die Berliner Mauer werde fallen, wenn dafür die Zeit reif sei. Dazu bedürfe es aber einer gewissen Atmosphäre des Vertrauens und des Wunsches, sich wirklich in der Situation auszukennen, sowie einer respektvollen Haltung gegenüber anderen Staaten.

*BM:* Er bitte um Verständnis für seine Ansicht, daß die Mauer natürlich ein Ärgernis sei und vor allem nicht zeitgemäß. In einem kürzlichen Spiegel-Interview<sup>24</sup> habe er gesagt, das Problem der DDR-Führung bestehe darin, daß sie zustande bringen müßte, die DDR attraktiv zu machen. Es sei eben so, daß die Ereignisse in der Sowjetunion bei der Bevölkerung der DDR ganz besonders attraktiv seien. Er, der BM, habe die Sorge, daß die DDR noch nicht den frischen Wind der Reformen wie in der Sowjetunion ins Land lassen wolle. In außenpolitischer Hinsicht sei die Bevölkerung der DDR durchaus zufrieden, weil sie überzeugt sei, daß die DDR zur Abrüstung beitragen wolle und zum Westen ein auskömmliches Verhältnis suche. Es habe ja auch große Fortschritte bezüglich des Reiseverkehrs gegeben. Es komme uns darauf an, daß die Verhältnisse in der DDR möglichst stabil gehalten werden könnten, wir wollten eben keine Destabilisierung; es sei gut, daß Herr Sch. vor kurzem in der DDR gewesen sei.

*Sch.:* Die Politik der DDR könne nur durch ihre Führung bestimmt werden; sie werde nicht in Washington, Moskau oder irgendwo anders gemacht. Die Amerikaner sähen diese Dinge in schiefem Licht, daher erklärten sich wohl auch die abschätzigen und respektlosen Äußerungen. Er habe mit Honecker ein dreistündiges Gespräch geführt, und es sei durchaus interessant, welches Programm der politischen Maßnahmen die DDR-Führung sich vorgenommen habe. In sozialer Hinsicht habe die DDR ohnehin viel geleistet. Man könne sagen, daß die Sowjetunion in dieser Hinsicht deutlich hinter der DDR zurückliege, ob es nun um das Wohnungswesen, die Kinderfürsorge, das Schulwesen oder den Sport gehe. Wahrscheinlich könne die DDR in der Menschenrechtspolitik etwas بهترter handeln, aber auch dies könne sie nur selber entscheiden.

<sup>22</sup> Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

<sup>23</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die DDR am 9. Juni 1989. Für sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 62.

<sup>24</sup> Vgl. dazu den Artikel „Worten müssen auch bei uns Taten folgen“; DER SPIEGEL, Nr. 24 vom 12. Juni 1989, S. 20–23.

*BM:* Für ihn sei die Mauer ein Ärgernis; dieses sage er aus seiner Sicht, ohne daraus eine Prestigefrage machen zu wollen. Man solle überhaupt anderen gegenüber versuchen, Dinge nicht zu einem Prestigeproblem werden zu lassen.<sup>25</sup>

*Sch.:* Er habe dies bewußt angeschnitten, da er klarmachen wolle, daß er keinem akuten Problem auszuweichen wünsche. Wie solle er zum Beispiel die Mauer bewerten, wenn er zugrunde lege, daß Honecker gegen die Atomrüstung sei, Frau Thatcher aber für die Beibehaltung von Atomwaffen? Was zähle dagegen dann die Mauer? Solle er aber andererseits keinen Dialog mit Frau Thatcher führen? Natürlich müsse ein Dialog auf der gebührenden Ebene geführt werden. Wahrscheinlich müßten alle lernen, die Meinung und die Standpunkte anderer zu achten.

*BM:* Die DDR-Führung sei in einer schwierigen Lage, da ein Arbeiter in der DDR seine Lage nicht mit der seines Kollegen in Polen, Ungarn, Rumänien usw. vergleichen würde, sondern mit der seines westdeutschen Kollegen. Die Bevölkerung wünsche auch Reformschritte. Es seien sehr nüchterne und realistische Leute, die einfach enttäuscht seien, wenn die DDR-Führung sich nicht zu dem entschließe, was jetzt in der SU in vollem Gange sei. Vor kurzem sei er in seiner Heimatstadt Halle bei den Handel-Festspielen<sup>26</sup> gewesen, habe dort ehemalige Schulkameraden und auch andere Menschen gesprochen. Bei allen sei der Wunsch angeklungen, es möge in der DDR dasselbe geschehen wie auch in der Sowjetunion.

*Sch.:* Wenn in der SU jetzt die Demokratisierung, die Öffnung usw. anstehe, so werde die Sache oft in dem Sinne falsch gesehen, als ob die Perestroika in der Sowjetunion durch irgendwelche äußeren Faktoren entstanden sei. Niemand aber und nichts Äußeres haben der Sowjetunion diesen Kurs aufgedrängt. Sie habe sich selber dazu entschlossen und werde deshalb auch keinen drängen, ihn zu kopieren. Früher seien solche Irrtümer durchaus begangen worden. Man nehme zum Beispiel einen Vergleich zwischen der Bundesrepublik und dem NATO-Partner Türkei. Die Demokratie in diesen beiden Ländern sei völlig unvergleichbar: In der Bundesrepublik zum Beispiel habe die DKP volle Betätigungsfreiheit, während ein kommunistischer Türke auf offener Straße erschlagen werden könne. Trotzdem werde die SU die Türkei niemals fragen, warum sie nicht Verhältnisse wie in der Bundesrepublik einführe.

*BM* wirft eine Anekdote ein: Er habe auf Fragen von Journalisten, warum er nicht die SU stärker dränge, auf die DDR Einfluß zu nehmen, gefragt, wie es miteinander zu vereinbaren sei, daß man früher der SU zuviel Einmischung in die DDR-Angelegenheiten vorgeworfen habe, um ihr jetzt vorzuwerfen, sich nicht genug einzumischen? Er wolle aber gerne von Herrn Sch. hören, wie die SU den weiteren Weg der DDR beurteile und welchen Rat sie uns zu geben habe, was unser weiteres Verhältnis zur DDR anbetreffe.

*Sch.:* Je weniger Konfrontation es gebe, desto besser. Aktionen wie die Bush-Rede jedoch verletzen die Selbstachtung der DDR, daher sei dies nicht nur eine Sache, mit der man nicht konform gehe, sondern er lehne sie durchweg ab.

<sup>25</sup> An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher folgender Satz gestrichen: „Er sage dies aber nur, weil Herr Sch. das DDR-Thema angeschnitten habe, ansonsten hätte er es von sich aus nicht getan.“

<sup>26</sup> Die Handel-Festspiele der DDR in Halle fanden vom 2. bis 6. Juni 1989 statt.



*BM:* Er begrüße uneingeschränkt die Äußerung eines verehrten sowjetischen Kollegen auf der Wiener Konferenz vom „rostenden eisernen Vorhang“, der jetzt zerfalle.

*Sch.:* Er danke, letztlich, davon sei er überzeugt, würden alle zur Demokratie kommen. In der Sowjetunion habe man dies in den letzten Jahren eingesehen. Man solle kein Problem daraus machen, was die DDR zu ihrem Schutz für nötig halte; jedenfalls solle gegen die Selbstachtung von Staaten nicht verstoßen werden.

Der Herr *BM* äußerte seine Freude anlässlich der Änderung der sowjetischen Praxis in bezug auf die russische Benennung der Bundesrepublik Deutschland.<sup>27</sup>

Beide Minister äußerten sich befriedigt über das offene und zugleich auch freundschaftliche Gespräch.

Beginn des Gesprächs: 13.40 Uhr; Ende des Gesprächs: 15.20 Uhr.

**Referat 010, Bd. 178931**

## 179

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow

13. Juni 1989<sup>1</sup>

Gespräch BM mit GS Gorbatschow am 13.6.1989 (9.30–10.15 Uhr)<sup>2</sup>

Ort: Residenz des sowjetischen Botschafters in Bonn

Weitere Teilnehmer: AM Schewardnadse, Botschafter Kwizinskij, Botschafter Meyer-Landrut, D2<sup>3</sup>.

*GS* begrüßt *BM* mit herzlichen Worten. Er habe gestern bereits in dem ersten Gespräch mit dem Bundespräsidenten<sup>4</sup> den Beitrag der beiden Außenminister

<sup>27</sup> Zur Frage der Bezeichnung der Bundesrepublik im Russischen vgl. AAPD 1977, I, Dok. 148. Gesandter Heyken, Moskau, berichtete am 14. Juni 1989, die sowjetische Tageszeitung „Prawda“ habe am selben Tag auf der Titelseite die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 abgedruckt: „Dabei wird korrekt bei der Übersetzung unseres Staatsnamens das Wort ‚Deutschland‘ im Nominativ wiedergegeben. Auch die anderen Zeitungen halten sich seit Abdruck der Tischreden des BK und Gorbatschows am 13.6.1989 an diese Praxis. Nur die Sprecher der Fernsehnachrichten am 13.6.89 abends hatten sich noch nicht umgestellt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2307; Referat 213, Bd. 147132.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Kastrup gefertigt.

Hat Bundesminister Genscher am 18. Juni 1989 vorgelegen.

Für das Gespräch vgl. auch das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 36.

<sup>2</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu auch Dok. 178 und Dok. 182.

<sup>3</sup> Dieter Kastrup.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Juni 1989 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legations-

zu dem Besuchsergebnis gewürdigt, und er möchte dieses nicht nur aus Höflichkeit wiederholen. Er wisse den persönlichen Beitrag des BM zu Fortschritten in den bilateralen Beziehungen hoch einzuschätzen. Es sei bisher nicht leicht gewesen und werde auch in Zukunft nicht leicht sein. Es gebe jedoch ein gutes Barometer, nämlich die Haltung der Bevölkerung in beiden Ländern. Dies stimme ihn zuversichtlich. Er rechne auch in Zukunft mit einer guten Zusammenarbeit.

BM erinnert an das erste Gespräch mit GS im Sommer 1986.<sup>5</sup> Dabei habe GS die Formel gebraucht, daß man ein neues Kapitel in den Beziehungen aufschlagen wolle. Seitdem habe man einen weiten Weg zurückgelegt. Die heute zu unterzeichnende Gemeinsame Erklärung<sup>6</sup> stelle eine Krönung des Weges dar, bedeute aber noch nicht die Endstation. BM verweist darauf, daß die Menschen bei uns in den letzten Jahren besser verstehen gelernt hätten, welche Entwicklungen in der Sowjetunion vor sich gehen und welchen Beitrag beide Länder für die Lage in Europa leisten könnten. Er, BM, freue sich, daß es möglich gewesen sei, ein großes, auch persönliches Vertrauen zu schaffen. Er sage dies insbesondere auch im Hinblick auf sein Verhältnis zu AM Schewardnadse.

Auf Zwischenfrage des GS, wie viele Male die beiden Außenminister sich inzwischen getroffen hätten, bemerkt AM Schewardnadse, er glaube ungefähr dreißigmal.

BM fährt fort, was die Qualität des bilateralen Verhältnisses anbetreffe, so stimmten ihn zwei Ereignisse zuversichtlich: einmal die Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung und zum anderen die Verständigung beim NATO-Gipfel<sup>7</sup> auf einen Kurs, der unserer Philosophie entspreche und seinen Ausdruck in der Gemeinsamen Erklärung finde.

BM erklärt, wir begrüßten die Entwicklungen im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis. Wir seien an Fortschritten interessiert und möchten dies fördern.

GS erwidert, beim Lesen des Dokuments von Brüssel<sup>8</sup> empfinde er unterschiedliche Gefühle. Er sei realistisch genug, um zu verstehen, daß es nicht leicht sei, neue Schritte zu machen. Dem ganzen Dokument liege jedoch die Konzeption nuklearer Abschreckung zugrunde. Der Leser müsse deshalb insoweit den Eindruck gewinnen, als sei nichts Neues geschehen. Andere Teile des Dokuments zeigten eine Art Übergangsperiode, nämlich den Übergang vom Kalten Krieg zur Kooperation.

Was die Gemeinsame Erklärung betreffe, so stimme er, GS, dem BM zu, daß es sich um ein sehr wichtiges Dokument handle. Er frage sich allerdings, ob man

*Fortsetzung Fußnote von Seite 795*

rats I. Klasse Neubert vom 13. Juni 1989; Referat 213, Bd. 147130. Vgl. dazu ferner das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 33.

<sup>5</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

<sup>7</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23553.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

das deutsch-sowjetische Verhältnis überall richtig begreife, insbesondere in einer europäischen Hauptstadt. Die jetzt mit der Erklärung in den beiderseitigen Beziehungen erreichte Stufe stelle an sich noch keinen Durchbruch dar, aber man sei nahe daran. Wichtig sei, wie beide Seiten die künftige Politik gestalten wollten.

Über die Umgestaltungspolitik in der SU bemerkt GS scherzhaft, er könne sich vorstellen, daß der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland darüber täglich zwei Telegramme nach Hause sende: Eines morgens, in dem er berichte, die Sowjetunion falle auseinander, und eines nachmittags, in dem gesagt werde, es sei doch noch nichts geschehen. Richtig sei, daß die Sowjetunion sich in einem Prozeß tiefgreifender Umgestaltung befinde. Wie auch die Arbeit an der Gemeinsamen Erklärung gezeigt habe, sei ein Wandel in den Ansichten immer eine komplizierte Sache. Die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland sollten bereit sein, Europa und der Welt zu zeigen, daß es im Interesse aller liege, wenn sich ihr Verhältnis zueinander positiv entwickle. In offensichtlicher Anspielung auf die gegenwärtige Diskussion in der Sowjetunion über das Geheime Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939<sup>9</sup> bemerkt GS, es gebe keine geheimen Protokolle zu dem politischen Dokument. Die Quintessenz des neuen Denkens bestehe gerade in der Offenheit.

*BM* erklärt, im Westen bestehe vielfach die Vorstellung, daß es in der Sowjetunion seit Jahrzehnten nur eine Meinung gegeben habe.

*GS* erwidert, das sei seit langem nicht mehr der Fall.

*BM* fährt fort, die Stärke unseres Systems bestehe gerade darin, Gegensätze offen auszutragen. Wenn sich die Sowjetunion in dieser Richtung entwickle, werde sie kooperationsfähiger.

*GS* führt aus, der gerade beendete Kongreß der Volksdeputierten<sup>10</sup> habe gezeigt, daß dies möglich sei. Er müsse jedoch sagen, daß die sowjetische Bevölkerung auf eine solche Situation psychologisch noch nicht vorbereitet sei. Hierin liege „unser Drama“. Generell müsse er sagen: Wenn man ihm bei Amtsantritt im März 1985 gesagt hätte, wie weit man im Juni 1989 gekommen sei, hätte er selbst eine solche Entwicklung nicht geglaubt.

*BM* bemerkt, bei seinem ersten Gespräch mit *GS* sei er besonders beeindruckt davon gewesen, daß dieser eingestanden habe, nicht auf alles eine Antwort zu wissen.

*GS* erklärt (scherzhaft), für eine Reihe von Leuten gebe es nur zwei Meinungen, die eigene und die falsche.

*BM* betont, *GS* habe bereits gestern am ersten Besuchstag erlebt, welche Empfindungen die Menschen in unserem Lande für ihn persönlich, seine Politik und sein Land hätten. Darin kommen das Vertrauen in ihn und der Respekt für seinen Mut zum Ausdruck. Die Menschen bei uns hätten das richtige Gefühl. Es liege in unseren eigenen Händen, Europa in eine bessere Zukunft zu führen.

<sup>9</sup> Am 23. August 1939 schlossen das Deutsche Reich und die UdSSR einen Nichtangriffsvertrag. In einem geheimen Zusatzprotokoll steckten sie ihre Interessensphären in Ostmittel- und Südosteuropa ab. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229. Vgl. dazu ferner Dok. 173.

<sup>10</sup> Die erste Tagung des Kongresses der Volksdeputierten fand vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 197.

Die Haltung unserer Bürger sei in der Diskussion über die Kurzstreckenraketen deutlich geworden. BM erwähnt, daß er in der vergangenen Woche in seiner Heimatstadt Halle Freunde und Schulkameraden getroffen habe. Auch sie hätten ihm bestätigt, daß er sich in der Raketenfrage richtig verhalten habe. Die Menschen in der DDR hätten genauso gedacht wie hier bei uns.

BM erklärt, er halte es für richtig, mit großer Energie Strukturen der Sicherheit zu schaffen, die viele Elemente in der gegenwärtig geltenden Verteidigungsdoktrin überflüssig machten. Bei solchen Bemühungen hätten die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung.

Die Gemeinsame Erklärung öffne Türen für einen Durchbruch; sie stelle eine sehr gute Grundlage dar, darüber zu sprechen. Wir verstünden sie ähnlich wie die Schlußakte von Helsinki<sup>11</sup>: Sie schließe kein Kapitel ab, sondern eröffne neue Möglichkeiten.

GS kommt zurück auf die innere Entwicklung in der Sowjetunion und erklärt, man befinde sich in einem Prozeß weitgehender Umgestaltungen. Er müsse jedoch jedermann raten, vorsichtig zu sein. Niemand dürfe in Versuchung geraten, die Lage für eigene Interessen auszunutzen. Er möchte kurz erläutern, worüber er intensiv nachgedacht habe:

Grundbedingung sei, die bestehenden Realitäten zu beachten. Es gebe zwei Bündnisse. Die Sowjetunion und die USA hätten ihre Interessen und besonderen Verbindungen zu Europa. Wenn alle Beteiligten mit Verantwortung, Pragmatismus und Weitsicht vorgehen, sei er zuversichtlich, daß sich der ganze Prozeß normalisieren werde. Er halte eine Lösung aller Fragen für möglich. Dies gelte für das Schicksal der Bündnisse, aber auch für die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten. Europa sei ein vitaler Kontinent.

BM erklärt, man müsse wissen, wohin man wolle. Für Europa sei dies einfach zu beantworten: Europa müsse wieder zusammengeführt werden. Der gegenwärtige Zustand bekomme niemandem gut, und er entspreche nicht dem Bewußtsein der Europäer, den nur gemeinsam zu lösenden Problemen und den Vorstellungen von der Zukunft. Europa habe allerdings keine Aussicht auf eine bessere Zukunft, wenn die eine oder andere Seite die weitere Entwicklung als ihren Triumph ausbebe.

GS: Sehr richtig.

BM unterstreicht, es komme darauf an, die kooperativen Elemente zu stärken, auch in der Sicherheitspolitik. Es könne keine Sicherheit auf Kosten des anderen geben.

BM weist auf seinen Besuch in Washington in der kommenden Woche hin<sup>12</sup> und wiederholt, wir begrüßten jeden Fortschritt in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA, weil er die Entwicklung in Europa erleichtere.

GS bittet, Grüße an Präsident Bush zu übermitteln, und BM könne ihm sagen, bei den Gesprächen in Bonn seien sich beide Seiten bewußt gewesen, daß stets ein dritter Gesprächspartner dabeigewesen sei. Das bedeute nicht, daß man

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>12</sup> Bundesminister Genscher besuchte die USA am 20./21. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

wie ein Kaninchen auf die Schlange gesehen habe, sondern nur, daß man die politische Realität nicht vergessen habe. Fortschritte in Europa seien ohne die Vereinigten Staaten nicht vorstellbar; alles andere wäre eine Illusion.

*BM* bemerkt, er sei überzeugt, daß Präsident Bush, seine Berater im Weißen Haus und die Spitzen der Administration an einem guten Verhältnis zur Sowjetunion interessiert seien.

*GS* äußert sich zuversichtlich, daß sich das sowjetisch-amerikanische Verhältnis weiterentwickeln werde. Was die deutsch-sowjetischen Beziehungen und den gegenwärtigen Besuch anbetreffe, sei es wichtig, daß niemand verdächtigt werde. Auf den Einwand von *BM*, daß dies allenfalls in der Presse geschehen könnte, erwähnt *GS* die Namen Kissinger, Brzezinski und die Heritage Foundation.

Das Gespräch fand in einer sehr aufgeschlossenen und freundlichen Atmosphäre statt.

**Referat 010, Bd. 178931**

180

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schürmann

416-425.20

15. Juni 1989<sup>1</sup>

Über Dg41<sup>2</sup>/D4<sup>3</sup> Herrn Staatssekretär<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Bitte um Zustimmung zu Ziffer 4

Betr.: Soziale Dimension des Europäischen Binnenmarktes;  
hier: Gemeinschaftscharta der Sozialen Grundrechte

1) Am 30.5.1989 hat die KOM den Vorentwurf einer „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte“ (Anlage 1<sup>5</sup>) vorgelegt. Entgegen ersten Überlegungen, auch den Verbraucher- und Umweltschutz aufzunehmen, beschränkt sich der Vorentwurf der KOM auf die Themen „Beschäftigung und Arbeit“ und betrifft nun folgende Bereiche:

- Recht auf Freizügigkeit,
- Beschäftigung und Arbeitsentgelt,

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schürmann und Referentin Caballero-Kolbenstetter konzipiert.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirigent Trumpf am 15. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 15. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Weiteres Verfahren: möglichst Billigung/Bestätigung der Schlußfolgerungen des Sozialministerrats durch ER Madrid; Auftrag für Aktionsprogramm. Verabschiedung der Sozialcharta auf ER Paris.“

<sup>4</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut des Vorentwurfs vgl. BULLETIN DER EG 5/1989, S. 118–121.

- Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen,
- Recht auf sozialen Schutz,
- Recht auf Koalitionsfreiheit und Tarifverhandlungen,
- Recht auf Berufsausbildung,
- Recht auf Gleichbehandlung von Männern und Frauen,
- Recht auf Unterrichtung, Anhörung und Mitwirkung der Arbeitnehmer,
- Recht auf Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz,
- Kinder- und Jugendschutz,
- ältere Menschen,
- Behinderte.

Zur Gewährleistung der sozialen Grundrechte dieser Charta verpflichten sich die MS, die entsprechenden Rechtsvorschriften zu verabschieden oder die Sozialpartner zum Abschluß von Tarifverträgen auf nationaler, regionaler, sektoraler oder Unternehmensebene zu veranlassen.

Außerdem soll der Europäische Rat der KOM das Mandat erteilen, bis zum 30.6.1990 hierzu ein Aktionsprogramm und ein entsprechendes Instrumentarium vorzulegen.

## 2) Haltung der anderen Mitgliedstaaten

Bei erster Erörterung des KOM-Vorentwurfs im Sozialministerrat am 12.6.89 sprach sich eine überwältigende Mehrheit in den von zehn MS gebilligten (von GB strikt abgelehnten, bei DK Parlamentsvorbehalt) Schlußfolgerungen des Rates dafür aus, daß

- „dem europäischen Sozialraum ein Katalog von Rechten zugrunde liegen muß, die klar abgesteckt und rechtlich verbindlich sein müssen“,
- „die sozialen Grundrechte von den Staats- und Regierungschefs im Wege einer feierlichen Erklärung so bald wie möglich gebilligt werden müssen“,
- „die KOM unverzüglich mit der Ausarbeitung der Bestimmungen über die Grundrechte und des Aktionsprogramms zur Verwirklichung der sozialen Ziele ... beginnt“,
- „bei den weiteren Beratungen die Sozialpartner ... beteiligt werden und dabei ein Höchstmaß an Konsens erzielt wird“,
- die von der KOM bereits vorgelegten, aber bislang blockierten Vorschläge (Teilzeitarbeit, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Elternurlaub) „umgehend erneut“ geprüft werden, „damit Beschlüsse gefaßt werden können“.<sup>6</sup>

Der Vorsitz wird den Entwurf der Schlußfolgerungen, die von zunächst zehn MS und bald von elf MS nach Aufhebung des DK-Parlamentsvorbehalts gebilligt werden, dem ER Madrid<sup>7</sup> vorlegen. Die Aussprache war gekennzeichnet durch den schroffen Gegensatz zwischen GB, das eine solche Charta als „überflüssig“ und „sogar schädlich“ ablehnte, und den übrigen elf MS, die „grundlegendes Einvernehmen über die im Vorentwurf der Charta enthaltenen Grundrechte“

<sup>6</sup> Vgl. den „Entwurf von Schlußfolgerungen des Rates“; BULLETIN DER EG 6/1989, S. 13.

<sup>7</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

bekundeten, und insbesondere D, B, NL, L, F, I, die besonderes Gewicht auf konkrete, präzise formulierte und verbindliche Arbeitnehmerrechte legten.

Die negative GB-Haltung überrascht nicht. PM Thatcher hatte bereits am 18.5.1989 in ungewöhnlich scharfer Form eine EG-Sozialcharta gegenüber „Daily Mail“ abgelehnt und als Rückfall „in den Marxismus und den Klassenkampf“ bezeichnet.<sup>8</sup> Ihrer Ansicht nach würde die Charta die europäische Wirtschaft mit hohen zusätzlichen Kosten belasten und Europa im internationalen Wettbewerb schwächen. Sie kündigte an, daß GB jedes Mittel bis hin zu einem Veto nutzen werde. Hingegen bekräftigten BM Genscher und AM Dumas in einer gemeinsamen Erklärung vom 18.5.89<sup>9</sup> sowie BM Genscher und AM Andreotti in einer gemeinsamen Erklärung vom 21.5.89<sup>10</sup> die Bedeutung der sozialen Dimension des Binnenmarktes, dessen Verwirklichung zu sozialem Fortschritt führen müsse und nicht zu sozialem Rückschritt.

### 3) Deutsche Haltung

Als weiterer konkreter Ansatzpunkt (neben dem erfolgreichen RL<sup>11</sup>-Paket zur Verbesserung des Arbeitsschutzes) für die Verwirklichung der sozialen Dimension des Binnenmarktes ist die Erarbeitung einer Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte zu begrüßen.

Wie die Ergebnisse der jüngsten Eurobarometer-Umfrage nochmals belegen, ist dies außerdem ein unerläßlicher Schritt, die Zustimmung der Sozialpartner und der Bürger zum Binnenmarkt sicherzustellen. Im EG-Durchschnitt sprachen sich nämlich 69% der Befragten für eine solche Charta aus (I: 80%; F: 77%; NL und E: 72%; GB: 65%; D: 57%; DK: 47%).

Aus Sicht der Bundesregierung, die sich seit geraumer Zeit für grundlegende soziale Mindestregelungen auf Gemeinschaftsebene einsetzt, kann eine politische, aber rechtlich unverbindliche Erklärung nur ein erster Schritt auf dem Weg zu konkreten, einklagbaren „Mindestansprüchen“ in der Gemeinschaft sein, wie BM Blüm im Sozialministerrat betonte.

Wie in den vom Kabinett am 6.6.89 gebilligten Antworten auf die Großen Anfragen der SPD-Fraktion sowie der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Sozialen Dimension des Binnenmarktes<sup>12</sup> ausgeführt wird, unterschätzt die Bundesregierung keineswegs Wert und Bedeutung politischer Absichtserklärungen in

<sup>8</sup> Vgl. die Artikel „My European Nightmare by Maggie“ und „Why I am the best European of all“, DAILY MAIL vom 18. Mai 1989, S. 1 f. bzw. S. 6 f.

<sup>9</sup> Für die gemeinsame Erklärung des Bundesministers Genscher und des französischen Außenministers Dumas anlässlich ihres Treffens am 18. Mai 1989 in Paris, die am folgenden Tag veröffentlicht wurde, vgl. die Information Nr. 107/89 des Pressereferats des Auswärtigen Amtes vom 19. Mai 1989; Referat 013, Bd. 178980. Für den französischen Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1989 (Mai/Juni), S. 41.

<sup>10</sup> Für die gemeinsame Erklärung des Bundesministers Genscher und des italienischen Außenministers Andreotti anlässlich ihres Treffens am 21. Mai 1989 in Rom, die am folgenden Tag veröffentlicht wurde, vgl. die Information Nr. 109/89 des Pressereferats des Auswärtigen Amtes vom 22. Mai 1989; Referat 013, Bd. 178980. Für das Gespräch der Außenminister vgl. Dok. 144.

<sup>11</sup> Richtlinien.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Großen Anfrage der SPD-Fraktion vom 20. Februar 1989 („Europäischer Binnenmarkt und Soziale Demokratie“) sowie der Antwort der Bundesregierung vom 6. Juni 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4034 bzw. Nr. 11/4699.

Für den Wortlaut der Großen Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU und FDP vom 10. März 1989 („Sozialraum Europäische Gemeinschaft“) sowie der Antwort der Bundesregierung vom 6. Juni 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4163 bzw. Nr. 11/4700.

diesem Bereich. Ein rechtlich unverbindlicher Katalog von Programmsätzen dürfte jedoch zentrale Erwartungen von Arbeitnehmern und Gewerkschaften enttäuschen. Deshalb wird sich die Bundesregierung in engem Kontakt mit den Sozialpartnern dafür einsetzen, daß eine Reihe konkreter, rechtlich verbindlicher und einklagbarer Mindestregelungen EG-weit eingeführt wird<sup>13</sup>.

DGB-Chef Breit fordert ebenso wie der Europäische Gewerkschaftsbund EGB nach wie vor rechtsverbindliche soziale Grundrechte. Ohne die politische Bedeutung der Annahme sozialer Grundrechte durch die Staats- und Regierungschefs zu verkennen, halten sie eine feierliche Erklärung für unzureichend, wenn nicht gleichzeitig gemeinschaftliche Rechtsinstrumente zur Garantie dieser Rechte und ein genauer Zeitplan für deren Umsetzung bis zur Vollendung des Binnenmarktes bis zum 31.12.1992 vorgesehen werden.<sup>14</sup>

#### 4) Wertung und weiteres Vorgehen

Aus Sicht des AA und der Ressorts BMA, BMWi sowie ChBK entsprechen die Schlußfolgerungen des Sozialministerrates voll den deutschen Interessen. Wichtig ist für uns, daß eine<sup>15</sup> große Mehrheit wie wir für eine rasche Umsetzung der Charta in konkrete, rechtlich verbindliche und einklagbare Mindestansprüche eintritt. Diesem Zweck dient auch die Aufforderung an die KOM, unverzüglich mit der Ausarbeitung des Aktionsprogramms sozialer Grundrechte zu beginnen. Dies dürfte auch den Erwartungen des DGB und EGB entgegenkommen. Auch der F-Vorschlag, den Entwurf der Charta zunächst von einem hochrangigen Gremium beraten zu lassen, könnte als weiterführender Verfahrensweg nützlich sein.

Es kommt nun darauf an, daß diese Schlußfolgerungen möglichst vollständig vom ER Madrid gebilligt werden. Hierbei muß darauf geachtet werden, daß die Schlußfolgerungen durch etwaige Konzessionen an GB nicht so verwässert werden, daß sie für uns (und für den DGB) nicht mehr akzeptabel sind. Notfalls könnte auch daran gedacht werden (dies wäre Sache des Vorsitzes), ob die Schlußfolgerungen nur von elf Delegationen (ohne GB) des ER Madrid gebilligt werden sollten, wie dies z. B. auch beim ER Brüssel vom 29./30.6.1987<sup>16</sup> zum Delors-Paket der Fall war.<sup>17</sup>

Schürmann

**Referat E 10, Bd. 162313**

<sup>13</sup> Korrigiert aus: „werden“.

<sup>14</sup> An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Jelonek handschriftlich: „Hieraus sollte sich aber kein Junktim ergeben!“

<sup>15</sup> Korrigiert aus: „daß sich eine“.

<sup>16</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 vgl. AAPD 1987, II, Dok. 193.

<sup>17</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Hängt von Verhandlungslage ab, auch im Zusammenhang mit der Diskussion zur WWU.“



181

## Bundeskanzler Kohl an den kanadischen Ministerpräsidenten Mulroney

16. Juni 1989<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Premierminister, lieber Brian<sup>2</sup>,

mit Genugtuung habe ich festgestellt, daß meine Initiative zum Schutz der Erdatmosphäre in den Vorbereitungsarbeiten für den diesjährigen Wirtschaftsgipfel in Paris<sup>3</sup> breite Zustimmung gefunden hat und im Entwurf des Thematischen Papiers unserer Persönlichen Beauftragten seinen Niederschlag findet<sup>4</sup>.

Ich messe der Problematik der globalen Veränderungen der Erdatmosphäre ganz erhebliche Bedeutung bei. Besondere Probleme stellen der Ozonabbau in der Stratosphäre und die durch den Treibhauseffekt verursachten weltweiten Klimaänderungen dar. Hier liegt eine der zentralen Herausforderungen der 90er Jahre. Deshalb möchte ich mir erlauben, Ihnen vor dem Zusammentreten des Gipfels noch einmal die wichtigsten Elemente meiner Vorstellungen zu erläutern.

Erfreulicherweise ist in den vergangenen Jahren das Umweltbewußtsein spürbar gewachsen. Der Deutsche Bundestag hat 1987 eine Enquete-Kommission eingesetzt, die Umfang und Ursachen der globalen Veränderungen der Erdatmosphäre feststellen und mögliche nationale und internationale Vorsorge- und Gegenmaßnahmen zum Schutz von Mensch und Umwelt vorschlagen soll.<sup>5</sup> Diese Kommission hat in intensiven Beratungen mit hochrangigen und weltweit anerkannten Experten aus vielen Ländern sowie internationalen Organisationen bisher hervorragende Arbeit geleistet.

Mit dem Bewußtsein der globalen Bedrohung der Erdatmosphäre verstärkt sich auch über die nationalen Grenzen hinweg der Konsens über die Notwendigkeit einer verbesserten weltweiten Kooperation. Gerade die Gipfelländer tragen gegenüber der Völkergemeinschaft eine besondere Verantwortung. Sie sind aufgerufen, in Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt und in Zusammenarbeit auch mit den Ländern Osteuropas sowie unter Einbeziehung der Kenntnisse und Möglichkeiten der internationalen Institutionen die Folgen dieser Entwicklung für unseren Planeten, die ökologischen Systeme und die Menschheit zu

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Die Wörter „lieber Brian“ wurden von Bundeskanzler Kohl handschriftlich eingefügt.

<sup>3</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Ziffer 44 bis 62 des Thematischen Papiers der „Sherpas“ vom 4. Juni 1989; Referat 412 (E 24), Bd. 168589.

<sup>5</sup> Am 24. Juni 1987 beantragten die Fraktionen von CDU/CSU und FDP die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Am 14. September 1987 beantragte die Fraktion der Grünen die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Langfristiger Klimaschutz“. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/533 bzw. Nr. 11/787.

Auf der Basis dieser beiden Anträge empfahl der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 15. Oktober 1987 die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Diese Empfehlung nahm der Bundestag am 16. Oktober 1987 an. Vgl. dazu BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/971, bzw. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 34. Sitzung, S. 2296 f.

Mit Datum vom 3. November 1988 legte die Kommission einen Ersten Zwischenbericht vor. Für den Wortlaut vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/3246 vom 2. November 1988.

begrenzen und abzuwehren. Die zum Schutz der Erdatmosphäre und des Weltklimas dringend erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen müssen ohne weitere zeitliche Verzögerung getroffen werden. Insbesondere sollte möglichst bald, spätestens bis zum Ende des Jahrhunderts, vollständig auf die Produktion und den Verbrauch der die Ozonschicht schädigenden Stoffe verzichtet werden. Ebenso ist die erhebliche und rasche Verringerung der für den Treibhauseffekt verantwortlichen Spurengase erforderlich.

Die Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen wirft große Probleme auf. Zu ihrer Bewältigung sind auch vermehrte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen, etwa zur Entwicklung klimaverträglicher Ersatztechnologien, sowie die verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen internationaler Forschungsprogramme förderlich.

Um völkerrechtliche Verpflichtungen für die Begrenzung insbesondere der Kohlendioxid-Emissionen zu erreichen, halte ich die möglichst rasche Vereinbarung einer Weltklima-Konvention für ebenso dringlich wie die Stärkung bestehender Institutionen im Rahmen der Vereinten Nationen oder die Errichtung neuer Institutionen. Wir sollten die Arbeiten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) und die Vorschläge für neue institutionelle Befugnisstrukturen nachdrücklich unterstützen.

Auch die Vernichtung der Tropenwälder, die ein immer bedrohlicheres Ausmaß annimmt, beeinflusst das globale Klima. Darüber hinaus führt die Zerstörung des Ökosystems Tropenwald mit seiner enormen Artenvielfalt dazu, daß die genetischen Ressourcen der Erde geschmälert werden. Wir sollten deshalb gemeinsam mit den betroffenen Ländern der Dritten Welt dafür Sorge tragen, daß die Nutzung tropischer Waldgebiete auf Formen begrenzt wird, die mit übergeordneten ökologischen Schutzerfordernissen und den Überlebensvoraussetzungen der dort lebenden Menschen vereinbar sind. Ein umfassendes international akzeptiertes Handlungskonzept für den Tropenwaldschutz muß deshalb entwickelt werden. Dem Tropenwald-Aktionsplan (TFAP) der FAO<sup>6</sup> kommt dabei große Bedeutung zu. Wir sollten die Tropenländer bei der Durchführung konkreter Maßnahmen finanziell unterstützen. Aber auch die internationale Tropenholzwirtschaft kann durch Selbstverpflichtungen zu einer umweltschonenden holzwirtschaftlichen Nutzung beitragen. Hierfür bietet die Internationale Tropenholz-Organisation (ITTO)<sup>7</sup> ein geeignetes Forum.

Für erforderlich halte ich auch, daß in der Entwicklungshilfe- und in der Schuldenpolitik verstärkt Umweltaspekte Berücksichtigung finden. Ich denke hier insbesondere daran, die Gewährung neuer Kredite durch internationale Institutionen an Entwicklungsländer und bilaterale Schuldenerlasse – soweit möglich – auch mit Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, insbesondere des Tropenwaldes, zu verbinden. Auch marktorientierte Schuldenreduzierungen einschließlich des „Schuldentausches für Umweltschutz“ (debt for nature swaps) könnten für den Umweltschutz nutzbar gemacht werden.

Bei dem bevorstehenden Zusammentreffen in Paris sollten wir eine kritische Bilanz der unternommenen Anstrengungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ziehen. Für eine Intensivierung dieser Arbeiten sollten wir Anstöße

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des „FAO's Tropical Forestry Action Plan“ (TFAP), der beim neunten Weltwald-Kongreß im Juli 1985 in Mexiko-Stadt vorgestellt wurde, vgl. UNASYLVA 38 (1986/2), Nr. 152, S. 38–64.

<sup>7</sup> International Tropical Timber Organization.

geben, damit bis zum folgenden Gipfeltreffen<sup>8</sup> greifbare Fortschritte erreicht werden können und von Paris ein deutliches Signal für unsere gemeinsame Verantwortung zur Bewahrung der Schöpfung ausgeht.

Mit freundlichen Grüßen  
Dein Helmut Kohl

**Referat 402, Bd. 159444**

## 182

### Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Leuchs

**012-9-312.74 VS-NfD 161730**

**16. Juni 1989<sup>1</sup>**

**Fernschreiben Nr. 37/38 Ortez**

Ortez zum Besuch von GS Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland vom 12. bis 15.6.1989

I. Nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau (24.–27.10.1988<sup>2</sup>) hielt sich auf Einladung des Bundespräsidenten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Vorsitzender des Obersten Sowjet der UdSSR, Michail Gorbatschow, vom 12. bis 15.6.1989 in der Bundesrepublik Deutschland auf. Er wurde begleitet von seiner Frau Raissa Maximowna sowie von mehreren Beratern, unter ihnen Marschall der SU Achromejew. Der offiziellen Delegation gehörten AM Schewardnadse, Politbüromitglied Jakowlew und Stv. MP Silajew an.

Der Bundeskanzler führte mit dem Gast drei längere Gespräche von insgesamt sieben Stunden unter vier Augen sowie im Kreis der Delegationen.<sup>3</sup> Der Bundespräsident<sup>4</sup>, die Bundestagspräsidentin<sup>5</sup>, der Bundesminister des Auswärtigen<sup>6</sup>

<sup>8</sup> Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 9. bis 11. Juli 1990 in Houston statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher in der UdSSR vgl. AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

<sup>3</sup> Für das erste und zweite Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12./13. Juni 1989 sowie das Delegationsgespräch am 13. Juni 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4. Für das erste und zweite Vier-Augen-Gespräch vgl. ferner die sowjetischen Gesprächsprotokolle; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 34 und Dok. 37. Am 14. Juni 1989 führten Kohl und Gorbatschow ein drittes Vier-Augen-Gespräch. Vgl. dazu das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 42.

<sup>4</sup> Für das Gespräch des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Juni 1989 vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Neubert vom 13. Juni 1989; Referat 213, Bd. 147130. Vgl. dazu ferner das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 33.

Am 15. Juni 1989 kamen Weizsäcker und Gorbatschow zu einem Abschlusßgespräch zusammen. Vgl. dazu das sowjetische Gesprächsprotokoll; GORBATSCHOW UND DIE DEUTSCHE FRAGE, Dok. 43.

<sup>5</sup> Das Gespräch der Bundestagspräsidentin Süssmuth mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, fand am 13. Juni 1989 statt.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 13. Juni 1989 vgl. Dok. 179.

und der SPD-Vorsitzende Vogel<sup>7</sup> trafen zu gesonderten Unterredungen mit GS Gorbatschow zusammen. Vor dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft in Köln hielt das sowjetische Staatsoberhaupt am 13.6. eine Ansprache.<sup>8</sup> Zu Ehren des Gastes gaben der Bundeskanzler am 12.6. in der Godesberger Redoute und der Bundespräsident am 13.6. in Schloß Brühl zwei Empfänge mit anschließendem Abendessen.

Im Rahmen des Gesamtprogramms hielten der BM des Auswärtigen und AM Schewardnadse<sup>9</sup> sowie der BM für Wirtschaft<sup>10</sup> und der Stv. MP Silajew Konsultationen ab. Der stv. Vorsitzende der SPD und saarländische MP Lafontaine, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger, der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick, Vertreter der „Grünen“ und CDU-Generalsekretär Geißler führten Gespräche mit Politbüromitglied Jakowlew.<sup>11</sup> Zu einem Meinungsaustausch trafen der BM der Verteidigung<sup>12</sup> sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr<sup>13</sup> mit Marschall Achromejew zusammen. Frau Gorbatschowa stattete u. a. dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock einen Besuch ab; sie wurde dort hin von Frau Kohl begleitet.

Am 13.6. folgte GS Gorbatschow einer Einladung der Landesregierung Baden-Württembergs nach Stuttgart. Am letzten Tag besuchte das sowjetische Staatsoberhaupt auf Einladung der Landesregierung das Land Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf und Dortmund, wo er mit Betriebsräten und Arbeitern der Stahlindustrie (Hoesch) zusammentraf und eine Rede<sup>14</sup> hielt). Bei dieser Gelegenheit führte der Gast auch ein Gespräch mit Willy Brandt und Helmut Schmidt.

II. Der Besuch war durch ein offenes und positives Gesprächsklima gekennzeichnet. Die große Anteilnahme der Bevölkerung hat bei den Gästen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Der Besuch von GS Gorbatschow ist ein bedeutendes Ereignis in den bilateralen Beziehungen und Höhepunkt auf dem Weg, der seit Unterzeichnung des Moskauer Vertrages 1970<sup>15</sup> beschritten wurde. Die sowjetische Seite hat bereits im Vorfeld die Bedeutung des Besuches – aus ihrer Sicht – unzweideutig erklärt, nämlich einen Schlußstrich unter die Vergangen-

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, kam am 13. Juni 1989 zu einem Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Vogel zusammen. Vgl. dazu SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 15.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 16–20, bzw. EUROPA-ARCHIV 1989, D 387–390 (Auszug).

<sup>9</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse am 12. Juni 1989 vgl. Dok. 178.

Anschließend trafen die beiden Außenminister zu einem Gespräch im erweiterten Kreis zusammen. Im Delegationsgespräch wurden die bisherigen Unterredungen resümiert. Ferner wurden der weitere Besuchsablauf und die zu unterzeichnenden Abkommen besprochen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 147132.

Außerdem führten Genscher und Schewardnadse am 14. Juni 1989 in Wachtberg-Pech ein Gespräch. Vgl. dazu DIPLOMATIE, Dok. 2.

<sup>10</sup> Helmut Haussmann.

<sup>11</sup> Das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Jakowlew, traf am 14. Juni 1989 in Bonn mit Vertretern der Grünen zusammen. Vgl. dazu SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 31.

<sup>12</sup> Gerhard Stoltenberg.

<sup>13</sup> Dieter Wellershoff.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 15. Juni 1989 in Dortmund vgl. SOWJETUNION HEUTE, Sondernummer Juni 1989, S. 33 f.

<sup>15</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

heit zu ziehen. Der GS hat dies in seinen öffentlichen Äußerungen in Bonn bestätigt („Ende der Nachkriegszeit“). Der Übergang zu einer neuen Phase der Beziehungen wird aus der Gemeinsamen Erklärung<sup>16</sup> deutlich. Hier ist ein Programm für ihre weitere Entwicklung niedergelegt.

Wir sind uns mit sowjetischer Seite einig, daß die positive Entwicklung unseres Verhältnisses nicht nur bilateral wichtig ist, sondern von zentraler Bedeutung für die Lage in Europa und für das West-Ost-Verhältnis insgesamt. Dieser Überzeugung hatte BK Kohl bereits in seiner ersten Regierungserklärung<sup>17</sup> Ausdruck gegeben.

III. 1) GS Gorbatschow hat – gerade in der intensiven jüngsten Phase der Entwicklung der Beziehungen – den politischen Standort der Bundesrepublik Deutschland, ihre feste Verankerung im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft, akzeptiert und respektiert. Die Gemeinsame Erklärung stellt eindeutig fest: Die Vertrags- und Bündnisverpflichtungen beider Seiten werden berücksichtigt, die Politik der Verbesserung der Beziehungen richtet sich gegen niemanden. Der GS hat in Tischreden und Gesprächen wörtlich gesagt, von niemandem werde verlangt, auf seine Identität zu verzichten oder seine Bündnisbeziehungen zu lockern. Auf der Pressekonferenz hat der GS dazu erneut klargestellt, daß die Verbesserung der bilateralen Beziehungen nicht die Zugehörigkeit zu verschiedenen Bündnissen berührt.

2) Der Besuch hat eine sehr realistische Betrachtungsweise Gorbatschows gezeigt:

Schon die Gemeinsame Erklärung stellt fest, daß auch in einem künftigen Europa (europäische Friedensordnung oder gemeinsames europäisches Haus) die USA und Kanada ihren Platz haben. Dies hat die SU erstmals in einem internationalen Dokument ausdrücklich unterschrieben.

Im Gespräch erklärte Gorbatschow: Fortschritte in Europa seien ohne die USA nicht vorstellbar; alles andere sei Illusion.

Die Rolle der EG wird nicht nur durch die Normalisierung zwischen EG und RGW und die Beziehungen und Verhandlungen der EG mit den europäischen RGW-Mitgliedstaaten anerkannt, sondern mit dem Hinweis auf den begonnenen politischen Dialog zwischen der SU und den zwölf Mitgliedstaaten der EG (EPZ) wird auch die politische Dimension des europäischen Einigungsprozesses der Zwölf anerkannt.

3) Die Gemeinsame Erklärung ist ein Meilenstein in unseren Beziehungen, aber auch im Verhältnis der Sowjetunion zum Westen insgesamt: Sie ist ein Dokument von außerordentlicher Bedeutung, da die Sowjetunion nie zuvor in einem gemeinsamen Dokument politische Aussagen mitunterschrieben hat, die westliche Wertvorstellungen und Grundsatzpositionen (s. Kap. I., II. und III. der Gemeinsamen Erklärung) wiedergeben.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 13. Oktober 1982 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 9. WP, 121. Sitzung, S. 7213–7229.

Für den Wortlaut der Regierungserklärung Kohls vom 4. Mai 1983 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 10. WP, 4. Sitzung, S. 56–74.

IV. 1) Für die bilateralen Beziehungen ist wichtig, daß die SU Interesse und Bereitschaft gezeigt hat, die vertraglichen Grundlagen der Zusammenarbeit in ihrer ganzen Breite erheblich auszuweiten. Die im Oktober in Moskau und jetzt hier unterzeichneten Vereinbarungen belegen dies (s. abgestimmte Pressemitteilung in Infofunk vom 14./15.6.89). Für uns erfreulich ist, daß die Zusammenarbeit immer stärker über die traditionellen Bereiche hinausgeht: Einrichtung von Kulturinstituten, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Jugendaustausch, Aus- und Weiterbildung von Führungskräften der Wirtschaft, Arbeitsschutz und berufliche Rehabilitation von Behinderten.

2) Zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit

2.1) Die Unterzeichnung des Investitionsförderungs- und -schutzvertrags<sup>18</sup> und insbesondere der darin vereinbarte unbeschränkte freie Transfer von Kapital und Erträgen schafft zusätzliche Anreize für die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen, von denen bereits über 50 (nach sowjetischen Angaben 72) Joint-ventures in der SU gegründet haben.

2.2) Im Rahmen des ebenfalls unterzeichneten Abkommens über eine vertiefte Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft<sup>19</sup> werden noch in diesem Jahr 500–600 sowjetische Manager in der Bundesrepublik Deutschland weitergebildet.

2.3) Die Deutsche Bank und das Büro des Ministerrats der UdSSR für Maschinenbau haben ein Protokoll über die Einrichtung eines Hauses der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau und eines entsprechenden Hauses der UdSSR in der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.<sup>20</sup> Hierdurch werden neue Möglichkeiten für intensive Kontakte zwischen Firmen und Organisationen beider Seiten eröffnet.

2.4) GS Gorbatschow bekräftigte die wichtige Rolle, die die SU der deutschen Wirtschaft bei ihren Modernisierungsbemühungen im Rahmen des wirtschaftlichen Reformprozesses beimißt. Vor dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft lud er die deutschen Unternehmen zu einer umfassend und langfristig angelegten Zusammenarbeit ein.

2.5) Beide Seiten sprachen sich für eine Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken aus, für ein baldmögliches Inkrafttreten des entsprechenden Abkommens sowie

<sup>18</sup> Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR einen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Für den Wortlaut des Vertrags einschließlich des Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 343–349.

<sup>19</sup> Am 13. Juni 1989 unterzeichneten die Bundesrepublik und die UdSSR ein Regierungsabkommen „über eine vertiefte Zusammenarbeit in der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft“. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der Anlagen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 842–850.

<sup>20</sup> Zum Projekt eines „Hauses der Wirtschaft“ vgl. Dok. 133, Anm. 8. Referat 421 legte am 7. Juli 1989 dar: „Das ‚Haus der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau‘ soll als Joint-venture ein Geschäftszentrum errichten und betreiben [...]. Insbesondere soll es Kontaktmöglichkeiten für kleine und mittlere Firmen im Interesse einer Ausweitung der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen fördern. [...] Der Moskauer Stadtsowjet hat ein Grundstück in attraktiver Innenstadtlage am Weißrussischen Bahnhof angeboten.“ Als Standort für das Haus der Wirtschaft der UdSSR in der Bundesrepublik seien Düsseldorf und Hannover im Gespräch. Vgl. Referat 421, Bd. 140375.

Für das Protokoll vom 13. Juni 1989 vgl. Referat 213, Bd. 147191.

des ersten Zusammenarbeitsprogramms, einschließlich der Beteiligung eines deutschen Wissenschaftsastronauten an einem Flug in einem sowjetischen Weltraumschiff und auf der sowjetischen Weltraumstation.<sup>21</sup> Die verantwortlichen Stellen beider Seiten wurden beauftragt, in nächster Zukunft eine Vereinbarung über die Durchführung eines solchen Fluges vorzubereiten.

2.6) Mit dem Vollzug des ergänzenden Notenwechsels wurden die noch offenen Einzelheiten für eine effektive Nutzung der im Regierungsabkommen vom 25.10. 1988 über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen eröffneten Möglichkeiten vertiefter Einblicke in die sowjetische Kernenergiewirtschaft geregelt.<sup>22</sup>

2.7) Die deutsche Wirtschaft unterstrich ihre Bereitschaft, durch Lieferungen, Beratung und moderne Kooperationsformen – bis hin zu Joint-ventures – zum Erfolg des wirtschaftlichen Reformprozesses in der SU beizutragen.

2.8) Es wurde festgestellt, daß der im Oktober 1988 von einem Bankenkonsortium der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellte Rahmenkredit in Höhe von 3 Mrd. DM<sup>23</sup> inzwischen zu mehr als der Hälfte mit entsprechenden Projekten ausgefüllt wurde.

2.9) Es bestand Einigkeit, daß sich seit 1988 wieder ein positiver Trend in den Handelsbeziehungen abzeichnet, daß aber die langfristige Perspektive der Wirtschaftsbeziehungen vor allem von einer Verbesserung der sowjetischen Exportgüterstruktur abhängt.

### 3) Zur kulturellen Zusammenarbeit

3.1) Die Weiterentwicklung deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit findet ihren Niederschlag auch in der Gestaltung der kulturellen Beziehungen. Im Anschluß an das erste kulturelle Zweijahres-Durchführungsprogramm<sup>24</sup> zur Implementierung des Kulturrahmenabkommens<sup>25</sup> und an die abgestimmten Ergebnisse des Bundeskanzlerbesuchs vom Oktober 1988 in Moskau<sup>26</sup> wurden am 13.6. in Bonn

<sup>21</sup> Zur Frage des Mitflugs eines Astronauten aus der Bundesrepublik auf der sowjetischen Weltraumstation „Mir“ vgl. Dok. 133, Anm. 15.

<sup>22</sup> Die Bundesrepublik und die UdSSR schlossen am 25. Oktober 1988 ein Regierungsabkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen. Für den Wortlaut des Abkommens einschließlich der Verbalnote des Auswärtigen Amts vom 13. Juni 1989 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 166–169.

<sup>23</sup> Ministerialdirigent von Kyaw teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 2. November 1988 mit: „Am 19.10. in Frankfurt und am 25.10. im Kreml wurde der Rahmenvertrag über den 1 Mrd.-Rubel-Kredit zwischen einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und der Bank für Außenwirtschaftliche Beziehungen der UdSSR unterzeichnet. [...] Der Rahmenkredit ist eine rein kommerzielle Vereinbarung. Die Bundesregierung, die an der Vereinbarung nicht beteiligt war und die den Kredit nicht verbürgt hat, bewertet diese auch unter politischen Gesichtspunkten positiv als Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Reformpolitik der SU und der Integration der SU in die Weltwirtschaft.“ Der Rahmenkredit reihe sich in bereits abgeschlossene oder in Verhandlungen befindliche Vereinbarungen mit ähnlicher Zweckbestimmung von Banken aus Frankreich, Großbritannien und Italien ein. Vgl. Referat 421, Bd. 140407.

<sup>24</sup> Das Erste Programm über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR für die Jahre 1988 und 1989 wurde am 26. Oktober 1988 in Moskau unterzeichnet.

<sup>25</sup> Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Mai 1973 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1685–1687.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der „abgestimmten Besuchsergebnisse“ anläßlich des Aufenthalts des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher vom 24. bis 27. Oktober 1988 in der UdSSR vgl. BULLETIN 1988, S. 1274–1276.

fünf Regierungsabkommen aus dem Kulturbereich gezeichnet, auf deren Grundlage weit über tausend Sowjetbürger jährlich zu uns kommen.

3.2) Der Schüler- und Lehreraustausch wird intensiviert.<sup>27</sup> 1989 kamen bereits 40 Schulpartnerschaften zustande, darunter zwei mit Gymnasien in Berlin (West), weitere Steigerung in den nächsten Jahren.

3.3) Stipendien für sowjetische Wissenschaftler und Studenten (über DAAD und wissenschaftliche Stiftungen) zu Studien- und Forschungsaufenthalten bei uns, dazu: Bücherspenden an Bibliotheken in Moskau und Leningrad.<sup>28</sup>

3.4) Steigerung des Jugendaustausches, unter anderem Bildung eines entsprechenden Rates.<sup>29</sup>

3.5) Wir werden in Moskau in absehbarer Zeit ein Kulturinstitut eröffnen mit Sprach- und Programmangebot (die SU ein Kulturzentrum in Stuttgart).<sup>30</sup>

4) Zu unseren nationalen Anliegen

4.1) Während der GS in Moskau (Oktober 1988) auf die Behandlung der deutschen Frage durch den BK noch – in seiner Rede<sup>31</sup> – mit dem klassischen Revanchismusvorwurf reagierte (Wunsch nach Veränderung des Status quo bedeutet Gefährdung des Friedens), beschränkte sich der GS jetzt auf einen indirekten Appell: Nachdem er von „spezifischen Schwierigkeiten“ zwischen beiden Seiten spricht, sagt er: „Man kann aber offenbar davon ausgehen, daß wir mit Ihnen einen ausreichend hohen Grad an Verständigung erreicht haben und begreifen, daß es im beiderseitigen Interesse und im Interesse von Europa insgesamt liegt, die vorhandenen Schwierigkeiten nicht zu vertiefen und die Lösung jener oder anderer gemeinsamen Aufgaben nicht in die Richtung von Sackgassen gleiten zu lassen ...“<sup>32</sup> Dies ist ein qualitativer Unterschied im Umgang miteinander.

4.2) „Berlin (West) nimmt an den Entwicklungen der Zusammenarbeit unter strikter Einhaltung und voller Anwendung des VMA vom 3.9.1971<sup>33</sup> teil“, heißt es in der Gemeinsamen Erklärung. Bemühungen, praktische Regelungen für Einzelfragen zu finden, sollten fortgesetzt werden.

4.3) Fragen der Sowjetbürger deutscher Nationalität sind angesprochen worden. Die sowjetische Seite prüft die Vorschläge, die wir in der humanitären AG im März 1989 übergeben haben. Wir verdeutlichten unsere Bereitschaft, den Sowjet-

<sup>27</sup> Vgl. dazu das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der UdSSR über einen Schüler- und Lehreraustausch im Rahmen von Schulpartnerschaften; BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 834 f.

<sup>28</sup> Vgl. dazu das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Erweiterung der Zusammenarbeit in den Bereichen von Wissenschaft und Hochschulen; BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 694–696.

<sup>29</sup> Vgl. dazu das Abkommen vom 13. Juni 1989 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der UdSSR über Jugendaustausch; BUNDESGESETZBLATT 1991, Teil II, S. 414 f.

<sup>30</sup> Die Bundesrepublik und die UdSSR schlossen am 13. Juni 1989 ein Regierungsabkommen „über die Errichtung und die Tätigkeit von Kulturzentren“. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1992, Teil II, S. 229–231.

<sup>31</sup> Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 24. Oktober 1988 in Moskau vgl. BULLETIN 1988, S. 1265–1267.

<sup>32</sup> Vgl. die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 12. Juni 1989 in der Redoute in Bad Godesberg; BULLETIN 1989, S. 541.

<sup>33</sup> Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.



bürgern deutscher Nationalität überall dort zu helfen, wo es von sowjetischer Seite erwünscht ist. Sowjetische Seite wird sich dazu im einzelnen noch äußern.

Öffentliche Äußerungen hat die sowjetische Seite vermeiden wollen, offenkundig, um im Vorfeld des ZK-Plenums über die Nationalitätenpolitik<sup>34</sup> nicht den Eindruck präjudizierender Zusagen zu erwecken, die letztlich eine sinnvolle Diskussion der Anliegen der Sowjetdeutschen belasten könnten.

5) In Sicherheits- und Abrüstungsfragen hat Gorbatschow sich nuanciert geäußert:

5.1) Zum NATO-Gipfel<sup>35</sup> hat er positive Ansätze anerkannt, aber insgesamt seine Ablehnung der Strategie der nuklearen Abschreckung erneut deutlich gemacht (Denken des Kalten Krieges, kein Durchbruch).

5.2) Hinsichtlich der Bush-Initiative<sup>36</sup> hat er positiv reagiert und sie als „vernünftig und konkrete Antwort“ (auf seine eigenen Initiativen) bezeichnet. Er folgert daraus, daß „eine Einigung in Wien<sup>37</sup> wesentlich schneller, als früher erwartet, erreicht werden kann“ (Rede vom 12.6.). In der Pressekonferenz am 15.6. sagte er, daß hinsichtlich der unterschiedlichen Zeitvorstellungen von USA und SU für ein Ergebnis in Wien eine Lösung möglich erscheine. Damit zeichnet sich eine reale Chance für zügige und aussichtsreiche Verhandlungen ab.

5.3) Die Entschlossenheit beider Regierungen, ein weltweites, umfassendes und verläßlich verifizierbares Verbot chemischer Waffen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen, fand in einer gesonderten Erklärung ihren Niederschlag, die BM Genscher und AM Schewardnadse am 14.6.1989 veröffentlichten.<sup>38</sup> Beide Seiten sind sich darin einig, daß es dringend notwendig ist, die Ergebnisse der Pariser Konferenz über das Verbot chemischer Waffen<sup>39</sup> bei den laufenden Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz<sup>40</sup> umzusetzen, damit die Konvention über chemische Waffen möglichst bald zur Unterzeichnung aufgelegt werden kann. Wir haben unsere Absicht zum Ausdruck gebracht, zu den Erstunterzeichnern dieser Konvention zu gehören. Die Sowjetunion hat ihre Bereitschaft bekräftigt, allen notwendigen Verifikationsmaßnahmen zuzustimmen.

V. Insgesamt werten wir den Besuch als großen Erfolg. In den deutsch-sowjetischen Beziehungen ist damit ein hohes Niveau politischer Verständigung nach intensiver werdender Zusammenarbeit auf vielen Gebieten erreicht worden. Dies schafft eine neue, günstigere Ausgangsbasis, um auf weitere Fortschritte hinzuarbeiten. Dies gilt nicht nur für die bilaterale Zusammenarbeit, sondern

<sup>34</sup> Das ursprünglich für Juli 1989 vorgesehene Plenum des ZK der KPdSU zur Nationalitätenfrage fand erst am 19./20. September 1989 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 263, Anm. 41.

<sup>35</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

<sup>36</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

<sup>37</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

<sup>38</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Butler übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 15. Juni 1989 den Text der Erklärung des Bundesministers Genscher und des sowjetischen Außenministers Schewardnadse vom Vortrag zu den Verhandlungen über chemische Waffen in Genf. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4992; Referat 242 (222), Bd. 162074.

<sup>39</sup> Zur Konferenz über das Verbot chemischer Waffen vom 7. bis 11. Januar 1989 vgl. Dok. 5.

<sup>40</sup> Zu den Verhandlungen über chemische Waffen bei der Genfer Abrüstungskonferenz (CD) vgl. Dok. 87, Anm. 5.

auch für die weitere Entwicklung in Europa und das West-Ost-Verhältnis insgesamt.

Die Stetigkeit und Verlässlichkeit unserer auf diesen Kurs ausgerichteten Außenpolitik wird dadurch unterstrichen, daß der Deutsche Bundestag am 16.6.1989 mit großer Mehrheit folgendem Beschlußantrag aller Fraktionen zugestimmt hat: „Der Deutsche Bundestag begrüßt die anlässlich des Besuchs von Generalsekretär Gorbatschow in Bonn verabschiedete Gemeinsame Erklärung und stimmt ihr zu.“<sup>41</sup>

[gez.] Leuchs

Referat 213, Bd. 147130

## 183

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens

310-321.11 ISR

18. Juni 1989<sup>1</sup>

Über Herrn D3<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister<sup>4</sup> mit der Bitte um Genehmigung vorgelegt

Gesprächsvermerk über das Gespräch zwischen dem Bundesminister und dem israelischen AM Arens am 18.6.1989<sup>5</sup>

Im Mittelpunkt des dreistündigen Gesprächs, das auch während des Mittagessens geführt wurde, standen der Nahostkonflikt und die jüngste Entwicklung in der Sowjetunion. AM Arens erläuterte ausführlich den Shamir-Plan<sup>6</sup> und warb um Unterstützung dieser israelischen Friedensinitiative durch die Europäer. Im Hinblick auf die Rolle der SU im Nahen Osten war er besonders an einer Be-

<sup>41</sup> Für den Antrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen vom 16. Juni 1989 vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/4805.

Der Antrag wurde am selben Tag angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 150. Sitzung, S. 11211.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Hoessle am 21. Juni 1989 gefertigt.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Schlagintweit am 22. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Hat Vortragendem Legationsrat Gerdts am 23. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Schlagintweit an Referat 310 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann verteilt werden mit Vermerk ‚von BM noch nicht gebilligt‘.“

Hat Vortragendem Legationsrat Krekeler am 26. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Schlagintweit am 27. Juni 1989 erneut vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Vorwerk am 27. Juni 1989 vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin Kaempfe am 28. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Der israelische Außenminister Arens hielt sich am 18./19. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf.

<sup>6</sup> Zum Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir für den Nahen Osten vgl. Dok. 91, Anm. 4.

wertung der sowjetischen Politik und der Ergebnisse des Gorbatschow-Besuchs<sup>7</sup> durch den Bundesminister interessiert.

Im einzelnen

Nach Begrüßung durch den Bundesminister verwies AM *Arens* darauf, daß dies sein zweiter Besuch in Bonn sei (1978 als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Knesset). Trotz der Probleme der Geschichte, die uns trennten, gebe es viele Dinge, die uns gemeinsam seien.

Er sei in einer interessanten Zeit nach Deutschland gekommen. Die Entwicklungen in der SU seien für die Deutschen ebenso wichtig wie für Israel. Die SU werde wieder aktiv in Nahost, wolle zum Friedensprozeß beitragen. Darüber hinaus gebe es für Israel das Problem der in der SU lebenden Juden, die ausreisen wollten, da sie kein Vertrauen in die Perestroika hätten. Er erwarte, daß viele nach Israel kommen würden. Er sei sehr interessiert an den Erfahrungen, die die Bundesregierung mit der Aussiedlung von Deutschen aus der SU gemacht habe.

Der *Bundesminister* ging zunächst auf die Situation der Deutschen in der SU ein, bei denen ebenfalls ein enormer Ausreisepressure bestehe. Erst seit 1988 seien die Ausreisemöglichkeiten besser geworden.<sup>8</sup> Auch bei den Deutschen lägen ideelle Ausreisegründe vor den materiellen. Hinzu komme, daß sie über die gesamte SU verteilt lebten und nicht mehr zusammen in einer Region. Die Situation sei ähnlich wie bei den sowjetischen Juden.

Zur Frage der Bewertung der sowjetischen Politik sagte der Bundesminister, er hoffe, daß Gorbatschow bei der Politik der Perestroika bleibe. Deren Erfolg hänge allerdings wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Diese sei jedoch weniger eine Frage des Geldes als des Verteilungsapparats, der bisher nicht funktioniere. Ohne Preisreform könne es nicht vorangehen. Der Bundesminister bekräftigte seine Überzeugung, daß Gorbatschow es schaffen werde. Die SU habe keine Alternative. Die sowjetische Regierung habe erkannt, daß das Herrschaftssystem nicht nach alter Manier aufrechterhalten werden könne. Der Westen müsse die SU nun zum Abbau ihrer militärischen Überlegenheit, vor allem im konventionellen Bereich, bringen.

AM *Arens* erläuterte sodann die israelische Position im Nahostfriedensprozeß. Es handele sich nicht nur um einen nationalen, sondern auch einen kulturellen Konflikt. Israel sei ein Staat mit westlichen Prinzipien, die einzige Demokratie in der Region. Die arabischen Staaten seien nicht bereit, die Existenz Israels

<sup>7</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>8</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Kunzmann notierte am 10. Januar 1989: „Die positive Entwicklung der Ausreisen Deutscher aus der UdSSR hat sich im vergangenen Jahr weiter verstärkt. Mit insgesamt 47 563 registrierten Aussiedlern aus der Sowjetunion ist 1988 das bisher höchste Jahresergebnis erreicht worden. Das bislang beste Jahresergebnis von 1987 mit 14 488 Aussiedlern ist damit um fast 230 % übertroffen worden.“ Dieser Trend sei „als Ausdruck der Bemühungen der sowjetischen Führung zu werten, im Zuge der inneren Umgestaltung auch die Gewährleistung von Menschenrechten durchzusetzen. Mitbestimmend für diesen Aspekt der Perestroika dürfte der Wunsch sein, der westlichen Kritik an Mißständen und Versäumnissen im humanitären Bereich – die im Gegensatz zu früher nunmehr auch eingeräumt werden – im Interesse einer besseren Selbstdarstellung wirksamer zu begegnen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 147210.

anzuerkennen. Der Konflikt habe zwei Aspekte, den israelisch-palästinensischen und den israelisch-arabischen.

Zu der von PM Shamir erstmals in Washington präsentierten Friedensinitiative sagte AM Arens, daß sie Probleme in der eigenen Partei hervorgerufen habe, die aber sicher überwunden werden könnten. Der Shamir-Plan sei kein Friedensprogramm; er lege noch nicht fest, wie die endgültige Regelung sein solle. Er sehe Schritte vor, die die Atmosphäre verbessern sollten, damit Gespräche und Verhandlungen stattfinden können. Dies solle auf der Grundlage dessen geschehen, was Israel mit Ägypten getan habe.

Der Shamir-Plan enthalte vier Punkte, die alle gleich wichtig seien und parallel verwirklicht werden müßten, obwohl nur der Vorschlag von Wahlen große Aufmerksamkeit gefunden habe:

1) Treffen der Staatsführer, deren Vorgänger den Camp-David-Vertrag<sup>9</sup> unterschrieben haben, um dessen Prinzipien zu bekräftigen. Dieses Treffen müsse nicht unbedingt neue Vereinbarungen bringen. Mubarak habe noch nicht entschieden, ob er zu einem solchen Treffen kommen werde. Er habe die Friedensinitiative bisher jedoch noch nicht zurückgewiesen. Israel habe die USA gebeten, auf Mubarak einzuwirken. Er bitte auch den Bundesminister, seinen Einfluß auf Ägypten hierfür einzusetzen. Ein derartiges Treffen wäre eine gute Eröffnung des Friedensprozesses. Es hätte positive Auswirkungen auf die restliche arabische Welt.

2) Appell an die arabischen Länder, den Kriegszustand mit Israel zu beenden, Gespräche mit Israel zu führen sowie Hetzpropaganda und Boykott einzustellen und den Frieden zu akzeptieren. Das hätte positive Auswirkungen nicht nur auf die Palästinenser, sondern auch auf die Israelis, wenn sie sicher sein könnten, nicht mehr angegriffen zu werden. Mubarak habe sich an diesem Vorschlag sehr interessiert gezeigt. Er zögere jedoch, da er kein Risiko eingehen wolle. Er müsse auch intern die Fundamentalisten fürchten. Boutros-Ghali habe bei seinem jüngsten Besuch in Tel Aviv<sup>10</sup> weder ja noch nein gesagt. Israel rufe die Europäer auf, ihrerseits auf die Araber in diesem Sinne einzuwirken.

3) Rehabilitation der Flüchtlingslager in Judäa, Samaria und Gaza. Dort lebten 300 000 Palästinenser seit 41 Jahren unter schlechtesten Bedingungen. Es sei kein Wunder, daß Gewalt und Terror ausgebrochen seien. Die Araber wollten nichts für eine Verbesserung tun, da sie auf eine Rückkehr der Palästinenser in das heutige Israel hofften. Israel habe die USA gebeten zu helfen. Dieselbe Bitte gehe auch an die westeuropäischen Länder.

4) Freie und demokratische Wahlen in Westbank und Gaza, um Gesprächspartner für Verhandlungen mit Israel zu bestimmen. Nachdem Jordanien die Bühne verlassen habe, müßten die Israelis jetzt etwas tun, um Verhandlungspartner zu finden. Die Leute seien jedoch von der PLO terrorisiert.

Zum Abschluß seiner Erläuterung des Shamir-Planes bat AM Arens nochmals um Unterstützung der demokratischen Länder für die israelische Initiative. Er hoffe

<sup>9</sup> Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 45, Anm. 19.

<sup>10</sup> Der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Boutros-Ghali, hielt sich am 11./12. Juni 1989 in Israel auf.

insbesondere, daß der Europäische Rat Ende Juni eine entsprechende Erklärung verabschieden werde.<sup>11</sup>

Der *Bundesminister* dankte AM Arens für die Erläuterung der israelischen Friedensinitiative. Die Bundesregierung habe immer Sadat und Mubarak in ihrer Friedenspolitik mit Israel unterstützt. Sie habe den anderen Arabern gesagt, daß es falsch sei, Ägypten zu isolieren. Es sei ein langwieriger Prozeß; aber die Entwicklung zeige, daß er Vorteile bringe.

AM *Arens* erwiderte auf die Frage des Bundesministers zur israelischen Beurteilung der PLO, daß diese das Haupthindernis für den Friedensprozeß sei, nicht nur wegen der Natur der Organisation, sondern vor allem auch, weil sie die Bevölkerung einschüchtere. Die PLO habe Waffen und Geld. Die Entwicklung werde immer gefährlicher, wenn dies nicht verhindert werden könne. Viele Regierungen, auch westliche, hätten durch ihre Politik zum Aufschwung der PLO beigetragen. Sie sollten lieber die israelische Friedensinitiative unterstützen. Arafat habe seine Position dank dieser Länder stärken können. Er habe viel Geld, das ihm Einfluß verschaffe. Die PLO sei ein Zusammenschluß terroristischer Gruppierungen.

Der *Bundesminister* erkundigte sich nach der israelischen Einschätzung der Rolle Jordaniens, Syriens und des Irak.

AM *Arens* verwies darauf, daß 60% der jordanischen Bevölkerung Palästinenser seien; mehr als in Westbank und Gaza. Das mache die Situation für Hussein so schwierig; er sei kein Befürworter der PLO; er hoffe, daß Arafat verliere, um sich dann wieder der Palästinenser anzunehmen.

Die Israelis hätten erfahren, daß Hussein resigniere, es fehle ihm an Antrieb. Je mehr für die PLO getan werde, um so schlechter werde es für Hussein.

Der Irak sei ein Rätsel. Ein brutales und totalitäres Regime, das über eine der größten Armeen der Welt verfüge, die Erfahrung mit chemischen Waffen habe. Israel sei sehr enttäuscht, daß Ägypten und westliche Firmen, auch deutsche, dem Irak geholfen hätten. Es gebe keine Hoffnung, daß Irak Frieden wolle.

Syrien bombardiere die Christen im Libanon. Es sei gefährlich, daß die Welt dies durchgehen lasse, ebenso wie den Einsatz chemischer Waffen durch Irak.

AM *Arens* unterstrich dann die wichtige Rolle der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Israels mit Ägypten. Hier könnte auch Europa helfen. Die Ägypter zögerten jedoch noch.

Der *Bundesminister* bekräftigte die Bedeutung der wirtschaftlichen Kooperation, für die sich die Region anbiete.

Die beiden Minister kamen dann nochmals auf die Rolle der SU zu sprechen.

AM *Arens* äußerte sich sehr enttäuscht zur sowjetischen Haltung in Nahost, vor allem, daß die SU nicht bereit sei, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen, obwohl dies für die Lösung des Nahostkonflikts von wesentlicher Bedeutung sei. Die Gründe für diese Weigerung seien Israel nicht bekannt. Die SU habe sehr enge Beziehungen zur PLO und zu Syrien. Das sei möglicherweise

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16f. Zur Tagung vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

ein Grund. Die israelische Regierung hoffe jedoch, daß offizielle sowjetische Besucher nach Israel kommen, darunter auch AM Schewardnadse.

Die SU wolle eine internationale Friedenskonferenz unter Beteiligung der fünf Ständigen SR-Mitglieder. Israel sei dagegen, da sonst auch China teilnehmen müsse, das seinen wahren Charakter gerade erst offenbart habe. Dies würde den Friedensprozeß nur behindern. Notwendig seien direkte Verhandlungen.

Der *Bundesminister* bemerkte, daß er die israelischen Gefühle und Sorgen verstehe. Es komme jedoch auf den Rahmen an, der auch den Arabern erlauben müsse, zu den Verhandlungen zu kommen. Er halte eine internationale Konferenz weiterhin für wichtig, sehe aber die israelischen Bemühungen, durch die neuen Vorschläge zu einer Lösung zu kommen.

Beim Besuch Gorbatschows sei nicht über Nahost gesprochen worden. Die sowjetische Führung sei zu sehr mit ihrer eigenen inneren Entwicklung beschäftigt. Sie habe zur Nahostpolitik noch keine grundsätzliche Entscheidung getroffen.

AM *Arens* betonte, daß die arabischen Staaten in einer internationalen Konferenz nur extreme Positionen einnehmen würden. Auch die USA seien der Ansicht, daß es jetzt nicht die Zeit für eine IFK<sup>12</sup> sei.

Er äußerte seine Enttäuschung über Frankreich, das Arafat die Türen öffne.

AM *Arens* hob dann nochmals die Bedeutung von Wahlen hervor, die in einer Atmosphäre ohne Angst stattfinden müßten. Solange Intifada<sup>13</sup> andauere, seien freie Wahlen nicht möglich.

Auf die Frage des *Bundesministers*, was die EG im wirtschaftlichen Bereich tun könne, sagte AM *Arens*, es gebe zwei Dinge:

- Rehabilitierung der Flüchtlingslager wäre ein wichtiger Beitrag,
- Unterstützung für israelisch-ägyptische Zusammenarbeit, evtl. auch unter Einbeziehung Jordaniens.

Darüber hinaus sei aber vor allem die politische Unterstützung durch den Europäischen Rat wichtig. Es komme darauf an, zunächst eine Zwischenlösung zustande zu bringen und erst danach eine endgültige und dauerhafte Regelung.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß die israelische Position von den Europäern berücksichtigt werde.

Beide Minister erörterten dann kurz die Situation im Iran. Sie stimmten überein, daß es für eine Bewertung zu früh sei. Es gebe allerdings Anzeichen für Hoffnung. AM *Arens* meinte, es könne nicht schlechter werden.

AM *Arens* lud den Bundesminister zu einem Besuch Israels ein.

Der *Bundesminister* nahm die Einladung an.<sup>14</sup>

**Referat 310, Bd. 149750**

<sup>12</sup> Internationale Friedenskonferenz.

<sup>13</sup> Zu den Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten vgl. Dok. 18, Anm. 6.

<sup>14</sup> Bundesminister Genscher besuchte Israel am 23./24. Januar 1991.

## 184

**Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt**

**114-13126/89 geheim**  
**Fernschreiben Nr. 2386**

**Aufgabe: 19. Juni 1989, 17.48 Uhr<sup>1</sup>**  
**Ankunft: 19. Juni 1989, 16.21 Uhr**

Betr.: Lage in Polen und Ungarn;  
 hier: Sowjetische Position

Zur Unterrichtung

Falls die Behauptungen aus Warschau zutreffen, daß die USA zusammen mit GB beabsichtigen, Polen einen Milliardenkredit zu geben, falls dort eine von der Opposition geführte Regierung eingesetzt wird, so verdient eine solche Entwicklung aus sowjetischer Sicht höchste Aufmerksamkeit.

Wir haben keine gesicherten Informationen, um die sowjetischen Äußerungen der letzten Zeit zur deutschen Frage, in denen uns zu verstehen gegeben wird, wir müßten nur warten können, näher zu bewerten. Im Gesamtkontext der Entwicklung der letzten Monate laufen sie auf die Andeutung hinaus, daß sich die deutsche Frage operativ schneller stellen könnte, als wir erwarteten.

Jedenfalls ist Gorbatschow, das zeigt vor allem auch sein innenpolitisches Vorgehen, ein Politiker, der auch großen Risiken nicht ausweicht, wenn er glaubt, sich dadurch seinen Zielen nähern zu können. Wir haben bisher aber keine wirkliche Gewißheit, was seine endgültigen Ziele tatsächlich sind und ob er und die ihn tragenden Kräfte tatsächlich bereit wären, die bisherige, durch den Zweiten Weltkrieg determinierte Struktur der Mächte in Europa wesentlich umzugestalten, wenn er dafür freien Rücken für den inneren Aufbau der SU erhielte.

Trotz aller weltpolitischen Risikobereitschaft Gorbatschows muß in Rechnung gestellt werden, daß ein noch rascheres Auseinanderdriften des WP, als es in den letzten Wochen sich beschleunigend zu beobachten ist (Wahlen in Polen<sup>2</sup>, Nagy-Feiern<sup>3</sup> und Runder Tisch in Ungarn<sup>4</sup>), seinen hiesigen Rückhalt überfordern könnte.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse von Arnim, Moskau, konzipiert. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert am 20. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Brett und Stüdemann „z[ur] K[enn]tnisnahme“ sowie an Ministerialdirigent Höynck „z. Erl[äuterung] DB aus Warschau“ verfügte.

Hat Höynck vorgelegen.

<sup>2</sup> Zu den Parlamentswahlen am 4. Juni 1989 in Polen vgl. Dok. 168.

<sup>3</sup> Zur Wiederbestattung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten Nagy vgl. Dok. 177, Anm. 4.

<sup>4</sup> Botschaftsrat I. Klasse von Berg, Budapest, informierte am 23. Juni 1989: „Nach zwei Plenarrunden (am 13. und 21.6.) hat das Gespräch ‚im Dreieck‘ zwischen der USAP, der ‚am Runder Tisch‘ versammelten Opposition sowie einer dritten Gruppe gesellschaftlicher Organisationen Struktur und Perspektive gewonnen. Künftige Verhandlungen werden in zwei Hauptbereichen: Politik und Wirtschaft, geführt werden, für die je eine Arbeitsgruppe und sechs Ausschüsse eingesetzt werden. [...] Der Verhandlungsplan ist das Ergebnis eines Kompromisses, mit dem beide Seiten ein klares Signal konstruktiver Haltung geben. Die Opposition hatte sich bis zuletzt geweigert, mit der USAP über Wirtschaftsfragen zu sprechen und diese damit aus der alleinigen Verantwortlichkeit für die desolate Wirtschaftslage des Landes zu entlassen. [...] Nach der Plenarrunde am 21.6., die wiederum vom Fernsehen direkt übertragen wurde, äußerten sich alle Teilnehmer zufrieden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1130; Referat 214, Bd. 139935. Zur Eröffnungssitzung des „Runden Tisches“ in Ungarn am 13. Juni 1989 vgl. auch MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 65.

Die Unterhöhnung der Machtposition des hiesigen Parteiapparates unter dem Vorwand, dieser müsse eben der „Avantgarde-Rolle“ der Partei gerecht werden, wird in diesen Wochen dem Apparat sehr bewußt. Es war denn auch typisch, daß Gorbatschow am Tag nach der Einschwörung des Volkskongresses<sup>5</sup> auf seine Reaktion auf die chinesischen Ereignisse bei der Vorstellung Ryschkows vor dem Obersten Sowjet plötzlich wieder die „herrschende“ Funktion der Partei und die Bedeutung des ZK bei den wesentlichen Personalentscheidungen hervorhob. Es ging ihm offensichtlich unter dem Eindruck der chinesischen Ereignisse um die Beruhigung des Parteiapparates. Wie risikoreich seine Politik hier offenbar von vielen empfunden wird, wurde dann in seinem Dementi der Gefahr eines Militärputsches in seinem Schlußwort am Ende des Kongresses<sup>6</sup> deutlich.

Dies bedeutet nicht, daß es derzeit Anzeichen für eine sich ernsthaft formierende Opposition gegen Gorbatschow gäbe. Seine Position ist in den letzten Monaten vielmehr laufend stärker geworden. In den letzten Monaten sind aber zugleich auch die Einsätze in diesem Ringen immer höher geworden.

Dies bedeutet, daß es ihn überfordern könnte, wenn durch die angelsächsische Politik der Eindruck entstünde, als könnte die Lage von 1956<sup>7</sup> wieder entstehen. Wenn man hier zu dem Schluß käme, Polen und Ungarn sollen aus dem sowjetischen Hegemonialbereich herausgebrochen werden, ohne daß es zu einer gesamt-europäischen Neuordnung kommt, in die die SU als echter Kooperationspartner eingebettet ist, dem man darin bei seiner friedlichen Entwicklung helfen will, so wäre ein Rückfall der SU in ihre alte Politik der Erzwingung von Konformität im WP durchaus nicht ausgeschlossen.

Dies bedeutet, daß jede Politik des Westens Ungarn und Polen gegenüber die SU einbeziehen muß. Es ist aus sowjetischer Sicht zwar nicht mehr erforderlich und wäre wohl eher für Gorbatschow peinlich, wenn man sich zunächst nur mit ihm über diese Staaten unterhielte. Ein neuer „Marshallplan“, wenn er dann wirklich erwogen würde, muß aber, und zwar weit mehr als der von 1948<sup>8</sup>, auch für die SU politisch und wirtschaftlich attraktiv sein.<sup>9</sup> Falls dafür die Mittel fehlen und man wenigstens Polen und Ungarn helfen will, sind politische Auflagen aus sowjetischer Sicht voll<sup>10</sup> unerträglich, schon damit das Prinzip „Frei-

<sup>5</sup> Die erste Tagung des Kongresses der Volksdeputierten fand vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 197.

<sup>6</sup> In seiner Schlußrede vor dem Kongreß der Volksdeputierten am 9. Juni 1989 in Moskau legte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, dar: „Hier waren beunruhigende Töne betreffs des Zentralkomitees und des Politbüros zu hören. Ich will sagen, daß das Zentralkomitee den gleichen Standpunkt vertritt, von dem ich bei der Beurteilung der Haltung des Politbüros sprach. Ich möchte Ihnen versichern, daß hierbei keine Gefahr von Umstürzen oder von sonst etwas dieser Art besteht. Das will ich ganz klar sagen. Machen wir Schluß mit allerlei Gerüchten, besonders hier, im obersten Machtorgan, und hören wir nicht auf leeres Geschwätz, das oft laut wird.“ Vgl. SOWJET-UNION HEUTE, Juli 1989, Beilage, S. XIX.

<sup>7</sup> Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Bierut, am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen.

Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

<sup>8</sup> Zum „Marshallplan“ vom 5. Juni 1947 vgl. Dok. 148, Anm. 7.

<sup>9</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Höynck durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neubert hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.



heit der Wahl“<sup>11</sup> unbeschädigt bleibt, mit dem Gorbatschow seine Politik rechtefertigt.

Aus Moskauer Sicht ist es deshalb erforderlich, mit den USA und GB ein entsprechendes konzeptionelles Gespräch zu führen und ihnen zu erläutern, daß Verzicht auf politische Auflagen und Abwarten (außerhalb des Bereichs der Abrüstung) die bessere Politik sind, wenn der Westen den Wandel in Stabilität und nicht ein rasches Ende der Gesamtentwicklung nach kurzzeitiger Beschleunigung einiger ihrer Teile will.<sup>12</sup>

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13511 (213)

## 185

### Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl

VS-NfD

20. Juni 1989<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch beim Bundeskanzler am 20. Juni 1989 unter Teilnahme der Bundesminister Genscher, Waigel, Schäuble, Kiechle, Blüm, Seitzers, Staatsministerin Adam-Schwaetzer, Staatsminister Stavenhagen, den Staatssekretären Schlecht, Tietmeyer, Lautenschlager sowie MDGs Thiele, Hartmann und VLR I Bitterlich

#### 1) Wirtschafts- und Währungsunion

BM *Genscher* (BM) führt ein, berichtet über sein gestriges Gespräch mit Außenminister Dumas<sup>2</sup> und die französischen Vorstellungen für ein Ergebnis des ER in Madrid<sup>3</sup>. Er trägt hierbei auf der Grundlage des Vermerks von Dg41 vom 20.6.<sup>4</sup>

<sup>11</sup> Zum Prinzip der „Freiheit der Wahl“ vgl. Dok. 34.

<sup>12</sup> Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirigent Höyneck handschriftlich: „+wi[rtschaftliche] Zusammenarbeit“.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Lautenschlager am 21. Juni 1989 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 19. Juni 1989 in Paris vermerkte Ministerialdirigent Trumpf am 20. Juni 1989, es habe zum Thema Wirtschafts- und Währungsunion folgendes ergeben: „Frankreich wünscht – wie wir – in Madrid einen Beschluß, der das Konzept des Delors-Berichts integral billigt (drei Stufen, die inhaltlich und prozedural eine Einheit bilden); der die erste Stufe als Teil des einheitlichen Prozesses in Gang setzt. Dazu gehören der Wunsch, daß die noch nicht dem Wechselkursmechanismus des EWS beigetretenen Länder dem spanischen Beispiel folgen; die Aufforderung an den EcoFin-Rat und die Zentralbankgouverneure, die für die Durchführung der ersten Stufe erforderlichen Beschlüsse zu treffen; daß ein neuer Vertrag über die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Regierungskonferenz vorbereitet wird. Die Präsidentschaft soll dafür sorgen, daß die entsprechenden Vorarbeiten vor dem nächsten Europäischen Rat abgeschlossen werden (das heißt, daß auf dem ER in Paris dann die Regierungskonferenz einberufen werden könnte).“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

<sup>3</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

<sup>4</sup> Ministerialdirigent Trumpf vermerkte für Bundesminister Genscher: „Wie von Ihnen gestern im Flugzeug erbeten, lege ich Ihnen eine Übersetzung des in Paris aufgrund eines französischen Entwurfs zwischen den beiden Delegationen abgestimmten Entwurfs von Schlußfolgerungen des ER Madrid

vor und plädiert dafür, daß wir uns an den französischen Vorstellungen orientieren.

BK stellt zunächst Einigkeit fest über folgende Punkte:

- Bekräftigung des Zieles der Wirtschafts- und Währungsunion auf der Grundlage der Europäischen Akte<sup>5</sup>,
- Billigung des Delors-Berichts<sup>6</sup> und Bekräftigung der Einheit der drei Phasen,
- Bekräftigung des Zieles, alle Maßnahmen, die ohne Vertragsänderung zu erreichen sind (erste Stufe), bis 1. Juli 1990 zu beschließen und die erste Phase am 1.7.1990 beginnen zu lassen, wobei Teilnahme aller MS am Wechselkursmechanismus wünschenswert ist.

Dabei auch positive Kenntnisnahme des Beitritts von Spanien zum Wechselkursmechanismus<sup>7</sup> (Hinnahme der erweiterten Bandbreiten von Spanien (und weiterhin Italien) durch uns).

BK sieht als erstes kontroverses Thema in Madrid die Frage der vollen Teilnahme GBs am EWS. Das Ergebnis dieser Diskussion habe große Bedeutung für den weiteren Prozeß.

Der BK sieht das Hauptproblem nicht nur in der Frage, wann eine Regierungskonferenz eingesetzt werden oder ihre Arbeit aufnehmen soll; wichtiger sei das Ende einer Regierungskonferenz, das er eher in luxemburgischer oder niederländischer Präsidentschaft<sup>8</sup> sieht. In Madrid solle beschlossen werden, daß die Arbeiten auf der Grundlage des Delors-Berichts vorangetrieben werden sollten; ob man dann in Paris<sup>9</sup> schon die Einsetzung einer Regierungskonferenz beschließen könne, hänge vom Stand der bis dahin geleisteten Arbeiten ab.

BM weist auf die Bedeutung der gestrigen deutsch-französischen Gespräche und die dabei entwickelten prozeduralen Überlegungen hin. Frankreich lege entscheidenden Wert darauf, daß im Dezember in Paris die Regierungskonferenz eingesetzt werde und die Präsidentschaft<sup>10</sup> in Madrid beauftragt werde, die Vorarbeiten so abzuschließen, damit ein solcher Beschluß möglich wird. Vielleicht könne der Beschluß auch dahin gehen, daß die Konferenz erst später ihre Arbeit aufnimmt, z. B. am 1.7.1990. Es mache Sinn, wenn man die Einsetzung der Regierungskonferenz, die zur ersten Phase gehöre, mit dem Beginn der ersten Phase (1. Juli 1990) koppeln würde.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 819*

zum Thema WWU vor. Dieser Entwurf wurde gestern von Ihnen und Herrn Dumas gebilligt. [...] Es ist vereinbart worden, daß das Papier nur für die jeweiligen Mitglieder des Europäischen Rats selbst bestimmt ist. Es sollte also heute nachmittag im Ministergespräch beim Bundeskanzler nicht als solches erwähnt werden.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

Für den „Entwurf von Schlußfolgerungen“ vgl. Referat 412, Bd. 168730.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

<sup>6</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

<sup>7</sup> Die spanische Peseta wurde am 19. Juni 1989 in den Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems aufgenommen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1989, S. 27.

<sup>8</sup> Luxemburg hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1991 inne, die Niederlande anschließend bis 31. Dezember 1991.

<sup>9</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

<sup>10</sup> Spanien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 inne.

*BMF* spricht sich gegen eine Festlegung der Entscheidung über die Einberufung einer Regierungskonferenz schon in Paris aus. Vor Einsetzung einer Regierungskonferenz müßte eine Fülle von Fragen geklärt werden, die Voraussetzung für einen entsprechenden Beschluß seien. Er warnt, sich hier in einen Zeitzugzwang zu begeben. Wenn gesetzte Zeitziele nicht erreicht würden, müßte dies zu europapolitischen Rückschlägen führen. In einem knappen halben Jahr seien die Voraussetzungen für die Einsetzung einer Regierungskonferenz nicht zu schaffen, insbesondere wenn man an die Stufen 2 und 3 denke. Er bezieht sich in diesem Zusammenhang auf den Brief des Bundesbankpräsidenten an den Bundeskanzler.<sup>11</sup>

*BMWi* plädiert für die Setzung eines Termins für den Beginn der Regierungskonferenz z.B. zum 1.7.1990. Dies könne ggf. (bei Vorliegen der Voraussetzungen) auch in Paris beschlossen werden. Es sei wichtig, die Einheit des Prozesses auch gegenüber der Wirtschaft deutlich zu machen, wozu auch zeitliche Orientierungen in bezug auf die Regierungskonferenz gehörten.

*BK* meint, daß man der Einsetzung einer Regierungskonferenz schon in Paris nähertreten könnte, wenn zugleich ein Konsens darüber erreicht werde, daß hierfür bestimmte, klar definierte Voraussetzungen erfüllt sein müßten. Diese Voraussetzungen müßten auch im ER in Madrid vorgetragen und konkretisiert werden. Wenn diese Voraussetzungen bis Paris nicht hinreichend geschaffen seien, könne es auch in Paris noch zu keiner Entscheidung über die Einsetzung der Konferenz kommen. Unter diesen Kautelen halte er es für kein großes Risiko, ggf. in Madrid dafür einzutreten, daß in Paris die Einsetzung einer Regierungskonferenz zu einem bestimmten Zeitpunkt beschlossen werde. Alles hänge dann davon ab, ob die in Madrid zu nennenden Voraussetzungen bis Paris (oder bis Arbeitsaufnahme der Regierungskonferenz) erfüllt seien.

*BM* unterstreicht noch einmal, daß zeitliche Konkretisierungen notwendig sind, auch um deutlich zu machen, daß die drei Phasen Teil eines Ganzen seien und mit Inkraftsetzen der ersten Stufe, zu der auch die Regierungskonferenz gehöre, die anderen beiden Stufen angegangen würden.

*BMF* unterstreicht, daß er unverändert Vorbehalte gegen diesen Weg habe. Seien erst einmal Termine gesetzt, so komme man unter Druck, die Regierungskonferenz auch dann einzuberufen oder ihre Tätigkeit aufnehmen zu lassen, wenn ihre Voraussetzungen nicht oder nicht ausreichend gegeben seien.

*BMWi* plädiert dafür, das Ende einer Regierungskonferenz offenzulassen.

*BK* meint, daß wir bei allem bemüht bleiben müßten, den bestehenden grundsätzlichen Konsens mit der Bundesbank nicht zu gefährden.

*BM* unterstreicht, daß mit dem Beginn von Regierungsverhandlungen nichts über ihr Ergebnis gesagt sei. Man solle keine Angst vor Verhandlungen haben.

<sup>11</sup> Bundesbankpräsident Pöhl teilte Bundeskanzler Kohl am 16. Juni 1989 mit: „Es liegt auf der Hand, daß die Schaffung eines Europäischen Notenbanksystems mit eigenen geldpolitischen Befugnissen, wie sie für eine zweite Stufe vorgesehen ist, eine weitreichende Änderung des Bundesbankgesetzes beinhalten würde, von der nicht sicher ist, ob sie in der Bundesrepublik in absehbarer Zeit breite Zustimmung findet. Auch in anderen Mitgliedsländern bestehen offenbar erhebliche Widerstände gegen so weitreichende Änderungen und den damit verbundenen Souveränitätsverzicht auf einem Gebiet, das ein Kernelement staatlicher Eigenständigkeit ist. Es erscheint auch deshalb dringend geboten, mit Regierungsverhandlungen erst zu beginnen, wenn die entsprechenden Vorarbeiten so weit gediehen sind, daß ein erfolgreicher Abschluß zu erwarten ist.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

Wenn das Ergebnis nicht befriedigend sei, seien wir natürlich nicht gehalten, dieses zu billigen. Alle Entscheidungen bedürften unserer Zustimmung. Wenn man den Beginn der Regierungskonferenz kopple mit dem Beginn der ersten Stufe und ausreichenden Vorarbeiten für die zweite und dritte Stufe, sei das Risiko gering. Im übrigen gäbe es auch taktische Überlegungen, mit der von ihm vorgetragenen Position in die Verhandlungen zu gehen. So sei nicht völlig ausgeschlossen, daß GB beim TOP Wirtschafts- und Währungsunion flexibler agieren könnte, um sich in der Frage der sozialen Dimension des Binnenmarktes mehr Verhandlungsspielraum zu schaffen.

*BML* weist darauf hin, daß die Währungsausgleichsproblematik beim ER in Madrid zur Sprache gebracht werden müßte, ein Anliegen, dem allseits zugestimmt wird.

*BMF* fragt, ob bei einer Weigerung GBs, im WWU-Bereich voranzugehen, daran gedacht sei, auch ohne GB die Arbeiten zur WWU anzufangen. In der sich anschließenden kurzen Diskussion wird einerseits das beim Mailänder ER<sup>12</sup> eingeschlagene Verfahren erwähnt, andererseits wird darauf hingewiesen, daß das in Madrid zur Diskussion stehende Thema gewichtiger sei als die seinerzeitige Themenstellung in Mailand. Es blieb offen, ob und inwieweit das damals gewährte Verfahren für Entscheidungen im Wirtschafts- und Währungsbereich herangezogen werden könne und solle. Im übrigen hänge die Entscheidung vom weiteren Verlauf der Entwicklung ab. Die Frage werde sich auch noch nicht in Madrid, sondern frühestens in Paris stellen.

*BK* bittet abschließend die anwesenden Staatssekretäre BMWi, BMF, AA, unter Vorsitz von StM Stavenhagen bis morgen abend (21.6.) ein Papier zu erstellen<sup>13</sup>, in dem im einzelnen aufgezeigt wird, welche „Voraussetzungen“ erfüllt sein müßten, damit eine Regierungskonferenz in Paris einberufen werden könnte, ggf. mit Arbeitsaufnahme zum 1.7.90 (als Unterlage für die Gespräche mit Staatspräsident Mitterrand<sup>14</sup>).

## 2) Soziale Dimension<sup>15</sup>

Nach Vortrag von BM *Blum* wird die bei den Europa-Staatssekretären beschlossene Linie einvernehmlich bestätigt.

<sup>12</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

<sup>13</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Schönfelder faßte die Ergebnisse des Gesprächs vom 21. Juni 1989 zwischen Staatsminister Stavenhagen, Bundeskanzleramt, sowie den Staatssekretären Lautenschlager (Auswärtiges Amt), Schlecht (Bundesministerium für Wirtschaft) und Tietmeyer (Bundesministerium der Finanzen) am selben Tag zusammen: „Bei Einlegung von Generalvorbehalten durch BMF und AA einigte sich die Staatssekretärsrunde ad referendum auf folgende deutsche Position: „Die notwendige Regierungskonferenz zur Änderung der Verträge entsprechend dem in Art. 236 EWG-Vertrag festgelegten Verfahren sollte ihre Arbeit aufnehmen, sobald die erste Phase der Wirtschafts- und Währungsunion begonnen hat und die entsprechenden Vorarbeiten der zuständigen Gemeinschaftsorgane für die zweite und die Schlußphase soweit fortgeschritten sind, daß sie als Grundlage für die Verhandlungen der Regierungskonferenz dienen können.“ Schönfelder führte dazu aus: „Diese Lösung entspricht zwar nicht den Idealvorstellungen des Auswärtigen Amts. Wir können aber mit ihr leben.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168730.

Vgl. ferner die Anlage 1 zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf vom 23. Juni 1989; Dok. 189.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Kohl traf am 22. Juni 1989 in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand zusammen. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

<sup>15</sup> Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

*BK* weist darauf hin, daß wir in diesem Bereich vor allem die spanische Präsidentschaft stützen wollen, was (nach entsprechender Anmerkung von BM Blüm und Frau StMin Adam-Schwaetzer) nicht ausschließt, daß wir unsere positive Grundhaltung in der Diskussion und in der Öffentlichkeitsarbeit angemessen verdeutlichen.

**Referat 412, Bd. 168730**

## 186

### **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Präsidenten Bush in Washington**

**21. Juni 1989<sup>1</sup>**

Besuch von BM Genscher in Washington vom 20.–21.6.1989<sup>2</sup>;  
hier: Gespräch mit Präsident Bush am 21.6.1989<sup>3</sup>

In dem etwa dreiviertelstündigen, in sehr freundschaftlicher Atmosphäre geführten Gespräch (Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Baker, Scowcroft, Sununu, Gates, Blackwill, Jim Dobbins, Fitzwater; auf deutscher Seite: MD Kastrup, Botschafter) zeigte Präsident Bush großes Interesse an der Einschätzung des Besuchs von GS Gorbatschow<sup>4</sup> und im Hinblick auf seinen, Präsident Bushs, bevorstehenden Besuch in Ungarn und Polen<sup>5</sup> an der Entwicklung in Osteuropa.

*BM* überbrachte die Grüße des Bundeskanzlers. *BM* und *Präs. Bush* betonten beide den sehr erfolgreichen Verlauf des Besuchs des Präsidenten in der Bundesrepublik Deutschland<sup>6</sup> und die große Wirkung der Mainzer Rede<sup>7</sup>.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruhfus, Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 2686 vom 22. Juni 1989 übermittelt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Mützelburg am 23. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

Hat Genscher am 26. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Niederschrift ist mit den Änderungen genehmigt.“ Vgl. Anm. 12 und 13.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 26. Juni 1989 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 „z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung!“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 5. und 19. Juli 1989 vorgelegen. Vgl. Referat 221 (204), Bd. 179524.

<sup>2</sup> Zum Besuch des Bundesministers Genscher in den USA vgl. auch Dok. 195.

<sup>3</sup> Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

<sup>4</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>5</sup> Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

<sup>6</sup> Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

Präs. *Bush* kam sodann auf den Besuch von Gorbatschow in D zu sprechen. BK habe ihn telefonisch unterrichtet.<sup>8</sup>

Auf Bitten des Präsidenten berichtete *BM* über den Verlauf und die Ergebnisse des Besuchs. Er erläuterte insbesondere die Bedeutung der deutsch-sowjetischen Erklärung.<sup>9</sup> Es sei erstmalig, daß in einer bilateralen Erklärung eines westlichen Staates mit der SU Ziele, Grundsätze und Werte niedergelegt worden seien, die – in Übereinstimmung mit den westlichen Prinzipien – die Struktur eines künftigen Europas bestimmen sollen. In der Erklärung sei ausdrücklich festgehalten, daß die USA und Kanada ihren Platz haben in der europäischen Friedensordnung, die wir entsprechend dem Harmel-Bericht von 1967<sup>10</sup> erreichen wollen. Es sei klargestellt worden, daß USA und Kanada aufgrund ihrer Geschichte und ihrer Kultur untrennbar mit Europa verbunden seien. Dies sei die Grundlage für die West-Ost-Kooperation in Europa. Niemand könne die USA und Kanada von Europa trennen. Die SU sei sich bewußt, daß die Präsenz und das Engagement der Vereinigten Staaten in Europa Teil der europäischen Stabilität seien und damit auch im sowjetischen Interesse liegen.

Gorbatschow habe ihn beim Frühstück gebeten, Präs. Bush die besten Grüße zu übermitteln. Er habe sich sehr anerkennend über die Vorschläge von Präs. Bush über die konventionelle Abrüstung<sup>11</sup> geäußert. Es habe keine Kritik an deren Inhalt gegeben.

Auf Fragen von Präs. *Bush* nach der DDR und welche Haltung Gorbatschow zur Wiedervereinigung eingenommen habe, erwiderte *BM*, die DDR habe anders als Ungarn keine eigene nationale Identität. Zugleich gebe es in der DDR einen hohen Informationsstand über die Entwicklung in Westeuropa. 85 Prozent der DDR-Bürger sähen das Fernsehen der Bundesrepublik. Der Lebensstandard in der DDR liege höher als in den anderen osteuropäischen Staaten. Aber die Bürger der DDR verglichen ihren Lebensstandard mit dem der Bundesrepublik Deutschland. Die sowjetische Führung mache sich über die DDR größere Sorgen als über Polen und Ungarn. Auch in der DDR werde es früher oder später Reformen geben. Auch die SU frage sich, ob diese Reformen unter Umständen nicht zu spät kommen würden, um den Druck rechtzeitig aufzufangen. Bei der deutschen Frage dächten wir nicht in den Kategorien des 19. Jahrhunderts an die Wiederherstellung des<sup>12</sup> Deutschen Reiches. Wir zielten darauf ab, daß im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung die einzelnen Staaten näher zusammenrücken würden. Das werde auch die Lösung der deutschen Frage

<sup>8</sup> Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 15. Juni 1989 vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 5. Für das amerikanische Gesprächsprotokoll vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons>.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigelegt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1967, III, Dok. 435, und AAPD 1968, I, Dok. 14.

<sup>11</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

<sup>12</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eines“. Vgl. Anm. 1.

unter den veränderten Umständen möglich machen.<sup>13</sup> In dem Maße, in dem die europäische Zusammenarbeit ausgebaut werde, würden die Grenzen an Bedeutung verlieren. Ein Beispiel hierfür seien unsere engen Beziehungen mit Frankreich.

Unser Schicksal sei eingebettet in die europäische Einigung. Wir seien Teil der EG, F und D seien die treibenden Kräfte innerhalb der Gemeinschaft. Beide Länder träten dafür ein, daß auf dem bevorstehenden Europäischen Rat in Madrid<sup>14</sup> Fortschritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion erzielt würden. Die EG übe eine große Faszination auf andere europäische Länder aus. Insbesondere in Polen und in Ungarn stelle man sich die Frage, wie die Beziehungen zur EG verbessert werden könnten. Nach dem erfolgreichen EG-Gipfel im Februar 88<sup>15</sup>, der den Weg freigemacht habe für die Vollendung des Binnenmarktes 1992, sei innerhalb weniger Wochen das Protokoll über die Zusammenarbeit EG-COMECON<sup>16</sup> vereinbart worden, über das man sich vorher jahrelang nicht habe einigen können.

Präs. *Bush* fragte, ob Polen und Ungarn aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen an verbesserten Beziehungen mit Westeuropa interessiert seien.

*BM*: In erster Linie seien wirtschaftliche und finanzielle Gründe maßgebend. Es gebe aber auch politische Gründe. Polen und Ungarn wollten zeigen, daß sie Europäer sind. Sie wollten ihre Länder demokratisieren. Bei dieser Entwicklung liege die Grenze im Bereich der Sicherheitsfrage. Ein Verlassen des Warschauer Paktes komme nicht in Betracht, aber unterhalb dieser Schwelle suchten sie eine engere Verbindung zur EG und auch zum Europarat.

In den West-Ost-Beziehungen seien die Aussichten auf Verbesserung nie günstiger gewesen als jetzt. Deshalb sei so bedeutsam, daß das Bündnis mit der politischen Erklärung des NATO-Gipfels<sup>17</sup> eine gute Grundlage geschaffen habe, um die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen konstruktiv zu gestalten. Er sei AM Baker dankbar für die sehr gute Zusammenarbeit bei den Beratungen in Brüssel. Die Mainzer Rede des Präsidenten habe die Perspektiven für die künftige Politik dargelegt und habe deshalb einen so großen Erfolg gehabt.

Präsident *Bush* führte aus, die amerikanische Regierung habe den Besuch von Gorbatschow aufmerksam verfolgt. Der Besuch sei sehr gut verlaufen. Dies sei auch hilfreich für Deutschlands Position in den USA. Seine Regierung lege großen Wert auf sehr enge Konsultationen mit den Verbündeten.

*Baker* berichtete, er sei sich mit BM einig, daß die Vorschläge Präs. Bushs zur konventionellen Abrüstung bis zum 7.9.89 in Wien eingebracht werden sollen. Man wolle sich durch die britischen und französischen Bedenken zur zahlenmäßigen Festlegung (Flugzeuge, Hubschrauber) nicht davon abbringen lassen.

<sup>13</sup> Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

<sup>14</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

<sup>15</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988, I, Dok. 59.

<sup>16</sup> Die Gemeinsame Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW wurde am 25. Juni 1988 in Luxemburg unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1988, D 576 f. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1988, S. 14–16.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344. Zur Konferenz vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156.

Präs. *Bush* erklärte, der von ihm vorgeschlagene Zeitrahmen von sechs Monaten bis zu einem Jahr sei optimistisch. Es sei gleichwohl wichtig, daran festzuhalten.

*BM* antwortete, er halte die zeitliche Perspektive nicht für zu optimistisch. Die Bundesregierung habe die Vorschläge von Anfang an vorbehaltlos unterstützt.

*BM* verwies zu chemischen Waffen auf die eindrucksvolle Rede, die Präs. *Bush* als Vizepräsident in Genf 1984<sup>18</sup> gehalten hatte. Angesichts der wachsenden Gefahr der Proliferation der CW müßten die Bemühungen um ein weltweites Verbot der CW mit allem Nachdruck fortgesetzt werden.

*Bush* stimmte zu. Die Verifikation sei allerdings ein großes Problem, aber er wolle weiterhin mit allen Staaten so eng wie möglich zusammenarbeiten, um das Ziel des weltweiten Verbots zu erreichen.

Von *BM* noch nicht gebilligt.

**Referat 221 (204), Bd. 179524**

## 187

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk

**22. Juni 1989<sup>1</sup>**

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten der Nationalen Partei Südafrikas, Erziehungsminister F. W. de Klerk, am Donnerstag, 22. Juni 1989, 10.00–11.00 Uhr<sup>2</sup>

Der *Bundeskanzler* heißt Herrn de Klerk herzlich willkommen. Dies sei ein wichtiges Gespräch für ihn, und er freue sich, Herrn de Klerk persönlich kennenzulernen.

Wir setzen in der Bundesrepublik viele Hoffnungen auf den künftigen Präsidenten der Republik Südafrika, weil es die Chance eines neuen Anfangs gebe. Er,

<sup>18</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Vizepräsidenten *Bush* am 18. April 1984 in Genf anlässlich der Vorlage des Vertragsentwurfs der USA für ein Verbot chemischer Waffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 84 (1984), Heft 2087, S. 40–43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 323–329. Vgl. dazu auch AAPD 1984, I, Dok. 106.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hartmann, Bundeskanzleramt, am 22. Juni 1989 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „zur Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Entsprechend der Herrn GL 21 erteilten Weisung gehe ich davon aus, daß dieser Vermerk an niemanden weitergeleitet werden soll.“ Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja“ und „Teltschik“. Hat Teltschik am 23. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Hartmann verfügte. Hat Hartmann am 23. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, verfügte. Hat Ueberschaer am 23. Juni 1989 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34146.

<sup>2</sup> Zum Besuch des südafrikanischen Erziehungsministers de Klerk am 22. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 188.



der Bundeskanzler, hoffe daher, daß Herr de Klerk die Wahl<sup>3</sup> gewinne und eine gute Regierungsmannschaft zusammenstellen könne.

Nach seinem Eindruck habe sich die Lage in Südafrika verschlechtert. Bei uns halte der innenpolitische Druck in der Frage der Sanktionen an. Er selber sei entschiedener Gegner von Sanktionen. Die Diskussion hierüber werde aber sicherlich wieder zunehmen, wenn die Hoffnungen, die mit dem künftigen Präsidenten verknüpft werden, enttäuscht würden.

Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussion auf dem Europäischen Rat in<sup>4</sup> Den Haag<sup>5</sup>, wo er als einziger klar gegen Sanktionen Stellung bezogen habe. Auch die Tatsache, daß in den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses eine demokratische Mehrheit bestehe, mache das Problem nicht leichter.

Der Bundeskanzler erinnert daran, daß er in Absprache mit PM Thatcher einen Schweizer Emissär nach Südafrika geschickt habe.<sup>6</sup>

Er lege großen Wert darauf, mit dem künftigen Präsidenten de Klerk einen direkten Kontakt herzustellen.

Er wolle schließlich noch drei Sachpunkte ansprechen:

- Die Verabschiedung des „Gesetzes über die Offenlegung finanzieller Zuwendungen aus dem Ausland“<sup>7</sup> habe bei uns zu erregten Diskussionen geführt.
- Das Schicksal von Nelson Mandela: Er habe die südafrikanische Position hierzu nie verstanden und frage sich, ob es keine Chance gebe, Mandela freizulassen.
- Nächste Woche werde BM Blüm nach Südafrika reisen. Aus seiner Sicht sei es wichtig, daß BM Blüm bei dieser Gelegenheit maßgebende Vertreter der südafrikanischen Regierung treffe.<sup>8</sup>

Herr *de Klerk* erwidert, es sei für ihn eine große Ehre, mit dem Bundeskanzler zusammenzutreffen. Er sei seit elf Jahren im Kabinett. Früher sei er mit eher

<sup>3</sup> In Südafrika fanden am 6. September 1989 Parlamentswahlen statt. Vgl. dazu Dok. 284, Anm. 23.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „Europäischen in“.

<sup>5</sup> Auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1986 wurde beschlossen, in den folgenden drei Monaten über die Einführung von Sanktionsmaßnahmen gegen Südafrika zu beraten. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 181.

<sup>6</sup> Bundeskanzler Kohl und die britische Premierministerin Thatcher beauftragten den ehemaligen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Leutwiler, nach Südafrika zu reisen, um in einem Gespräch mit Präsident Botha politische Reformen in Südafrika und die Freilassung Nelson Mandelas anzusprechen. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 349. Vgl. dazu auch DBPO III/XI, Dok. 137, Dok. 138, Dok. 140 und Dok. 148.

<sup>7</sup> Zum südafrikanischen Gesetz „Disclosure of Foreign Funding Bill“ vgl. Dok. 149, Anm. 15.

<sup>8</sup> Bundesminister Blüm besuchte Südafrika vom 25. bis 28. Juni 1989. Botschafter Stabreit, Pretoria, berichtete am 30. Juni 1989, Blüm sei, „wie bisher nur wenige ausländische Besucher vor ihm, mit fast allen wichtigen hochrangigen Vertretern der Opposition und der Regierung zusammengetroffen“. Sein Wunsch „nach einem Besuch bei Mandela und der Übergabe einer Namensliste mit zum Tode Verurteilten führte zusätzlich zum vorbereiteten Programm zu einem von der Botschaft ad hoc vereinbarten Gespräch mit dem Justizminister Coetsee“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 392/393; Referat 320, Bd. 156017.

Am 27. Juni 1989 traf Blüm mit Präsident Botha zusammen. Stabreit berichtete am 3. Juli 1989, Blüm habe das Thema Nelson Mandela angesprochen. Daraufhin sei Botha in einen „Zustand hochgradiger Erregung“ geraten: „Seine Stimme hob sich, sein Zorn ließ ihn jede Rücksichtnahme auf den Gast vergessen, dem er vorwarf, die Etikette zu verletzen und bei einem Höflichkeitsbesuch Themen vorzubringen, die dort nichts zu suchen hätten.“ Bothas Gebärden seien „aggressiv“ gewesen. Blüm habe zum Schluß ausgeführt, „die Apartheid sei ein Schlag in das Gesicht der Menschenrechte. Die Geschichte werde gegen die Apartheid entscheiden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 395/397; Referat 320, Bd. 156017.

technischen Aufgaben – wie Bergbau und Post – betraut gewesen und habe sich in dieser Eigenschaft auch in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten. Dabei habe er vor allem das besondere Interesse und auch die Freundschaft der deutschen Industriellen für Südafrika erfahren.

Er sei sich der grundsätzlichen Haltung, die die deutsche Regierung in Fragen wie beispielsweise den Sanktionen angenommen habe, bewußt. Er begrüße, daß die deutsche Regierung am Prinzip festhalte, daß Handel ohne Einmischung in innere Angelegenheiten betrieben werden sollte. Er sei daher auch beeindruckt gewesen, daß dieses Prinzip in die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Gorbatschow<sup>9</sup> Eingang gefunden habe.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, die gleichen Leute, die dieses Prinzip in Erklärungen mit der Sowjetunion bejubelten, würden es im Falle Südafrika nicht anwenden wollen. Er halte trotzdem an seiner Position fest. Die westlichen Demokratien litten daran, daß die Politiker geneigt seien, den Finger in die Luft zu halten und danach ihre Position zu bestimmen.

Herr *de Klerk* erklärt, er habe das Gefühl, daß Südafrika singularisiert werde – dies aus verschiedenen Gründen. Er verstehe gleichzeitig, daß die wenigen guten Freunde Südafrikas – der Bundeskanzler zähle dazu – von den Verantwortlichen in Südafrika Aktionen erwarteten, die ihre Position stärkten.

Im übrigen sei er der Auffassung, daß sich das politische Klima innerhalb Südafrikas leicht verbessert habe, und zwar in dem Sinn, daß zwischen den vernünftigen Führern der Schwarzen als auch seiner eigenen Partei die Bereitschaft bestehe, jetzt in Verhandlungsprozessen zu Fortschritten zu kommen.

Er habe sowohl mit Buthelezi als auch mit Chief Minister Mabuza und anderen Gespräche geführt, die sehr konstruktiv gewesen seien.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies begrüße er nachdrücklich.

Herr *de Klerk* fährt fort, das fundamentale Problem sei der Mangel an gegenseitigem Vertrauen. Sein erstes Ziel sei daher, Vertrauen aufzubauen und allmählich zu verbreitern. Dies erfordere gute persönliche Beziehungen zwischen den Verantwortlichen.

Für die Wünsche des Bundeskanzlers zu den bevorstehenden Wahlen wolle er sich ausdrücklich bedanken. Wenn diese gut ausgingen – was er glaube –, werde er eine neue Dynamik in die Lage bringen, wobei das Ziel eine Verhandlungslösung sei. Er glaube allerdings nicht, daß man schon in kurzer Zeit zu einer ausgehandelten Vereinbarung (negotiated settlement) gelangen werde. Aber man könne dem Fortschritt mehr Substanz geben. Dann würde auch die Botschaft überkommen, daß eine konstruktive Entwicklung stattfinde. Dies habe er in mehreren programmatischen Erklärungen als neuer Vorsitzender der National Party zum Ausdruck gebracht.

Sein Programm enthalte klar das langfristige Ziel, daß alle Südafrikaner auf allen Ebenen der Regierung beteiligt werden müssen, und zwar in einer Weise, die nicht die Unterdrückung von Minderheiten nach sich ziehe. Er glaube nicht,

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

Zu Gorbatschows Besuch vom 12. bis 15. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

daß es praktisch möglich sei, in eine Lage mit einer typischen Mehrheitsregierung zu kommen. Dies sei ein entscheidender Punkt. Die unterschiedliche Struktur der südafrikanischen Gesellschaft müsse in einer endgültigen Lösung ihren Niederschlag finden, die nicht Apartheid heiße.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er sei sich bewußt, daß Herr de Klerk mit seiner Partei sich bereits im Wahlkampf befinde, und er wisse auch, daß es Leute gebe, die meinten, man könne mit dem Kopf durch die Wand gehen. In Südafrika gebe es in der Tat eine schwierige psychologische Lage, nicht zuletzt dadurch, daß sich britisches, deutsches und niederländisches Erbe vermischt hätten. Und wenn er allein an die deutsche Geschichte denke, so sei klar, daß dies nicht unbedingt immer vorteilhaft sei.

Herr *de Klerk* wirft ein, der Bundeskanzler habe das französische Erbe ausgelassen, wobei er darauf hinweisen wolle, daß er selbst zu 50 % französischer Abstammung sei.

Der *Bundeskanzler* erwidert, er setze auf diese 50 %, denn in dem französischen Erbe stecke sicher viel common sense.

Herr *de Klerk* fährt fort, er wolle auch ausdrücklich den Wunsch des Bundeskanzlers nach einem kontinuierlichen direkten Kontakt aufgreifen. Er schätze dieses Angebot sehr.

Der *Bundeskanzler* erklärt, man könne diesen Kontakt über Mitarbeiter herstellen, und benennt den Unterzeichner<sup>10</sup> als Kontaktperson im Bundeskanzleramt. Im übrigen wolle er ausdrücklich erwähnen, daß der derzeitige deutsche Botschafter in Pretoria<sup>11</sup> sein besonderes Vertrauen habe.

Herr *de Klerk* fügt hinzu, er habe noch kürzlich mit dem deutschen Botschafter gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß dieser die Lage in Südafrika sehr gut verstehe und im übrigen die Interessen der Bundesrepublik Deutschland mit großer Würde vertrete.

Er wolle auch nicht versäumen, an dieser Stelle die guten Wünsche von Präsident Botha zu übermitteln.

Der *Bundeskanzler* bedankt sich hierfür.

Herr *de Klerk* fährt fort, Präsident Botha sei durch seinen Schlaganfall stark behindert.<sup>12</sup> Für ihn gebe es die schwierige Lage, daß er zwar Parteivorsitzender und auch Präsidentschaftskandidat sei, gleichzeitig aber nur ein Ministeramt innehabe. Er hoffe dennoch, daß es gelinge, die derzeitige Übergangsperiode ohne Schwierigkeiten zu meistern.

Im übrigen wolle er noch erwähnen, daß Präsident Botha ihn ausführlich über die Gespräche mit dem Schweizer Emissär des Herrn Bundeskanzlers und von Frau Thatcher informiert habe. Was das „Gesetz über die Offenlegung finanzieller Zuwendungen aus dem Ausland“ angehe, so könne er dem Bundeskanzler versichern, daß die Anwendung dieses Gesetzes mit größter Umsicht erfolgen werde. Das Gesetz werde nicht benutzt werden, um die Verwendung normaler Fonds für gesetzeskonforme Zwecke zu behindern oder zu kontrollieren. Er

<sup>10</sup> Peter Hartmann.

<sup>11</sup> Immo Stabreit.

<sup>12</sup> Zur Erkrankung des südafrikanischen Präsidenten Botha vgl. Dok. 45, Anm. 9.

schätze sehr, was die Bundesregierung beispielsweise im Bereich der Investitionen oder der Ausbildung tue. Der Zweck des Gesetzes sei einzig und allein, solche Zuwendungen nach Südafrika zu unterbinden, die für terroristische oder andere Aktivitäten verwendet würden, die die öffentliche Ordnung untergrüben. Man wolle in einem Wort zweifelhaften Organisationen das Handwerk legen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er wolle über diese Frage sehr offen reden. Sowohl die protestantische als auch die katholische Kirche sowie die Gewerkschaften hätten wegen dieser Frage bei ihm interveniert. Er habe auch gehört, daß dieses Thema beispielsweise innerhalb der katholischen Kirche bis zum Vatikan vorgedrungen sei.

Herr *de Klerk* erwidert, er nehme diese Mitteilung gerne entgegen und könne dem Bundeskanzler versichern, daß man bei der Anwendung des Gesetzes in besonderer Weise darauf achten werde, jeglichen Konflikt mit den Kirchen zu vermeiden. Das Gesetz gebe es nun einmal. Es lasse sich nicht mehr ändern. Er werde sich aber bemühen, alles daranzusetzen, daß hieraus kein Problem werde.

Zum Besuch von Bundesminister Blüm wolle er anmerken, daß man sich auf dessen Kommen freue. Es sei sicher nützlich, daß BM Blüm außer den – von dem Unterzeichner genannten – Ministern Außenminister Botha sowie den für die Erziehung der Schwarzen zuständigen Minister<sup>13</sup> sehe. Er werde entsprechende Instruktionen nach Pretoria geben.

Der *Bundeskanzler* erklärt, sein Wunsch sei es, daß BM Blüm mit der Botschaft aus Pretoria zurückkomme, daß man jetzt auf den neuen Präsidenten und auf die Zukunft setze.

Herr *de Klerk* erklärt, zum Komplex Mandela wolle er sich unter vier Augen äußern. Er wolle aber noch einmal zusammenfassend sagen, daß seine Partei nicht über die Schulter auf das rechte Spektrum starre.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, dies sei sehr wichtig.

Herr *de Klerk* fährt fort, man wolle vielmehr den Wählern die Botschaft vermitteln, daß man eine neue Verfassung brauche und zugleich auch eine neue soziale Basis, ferner, daß die Menschen eine Option haben müßten – das gelte insbesondere auch in der Frage der Wohngebiete. Seine Absicht sei es, neben den bestehenden Wohngebieten neue Wohngebiete für alle Bürger zu öffnen und gleichzeitig „offene Gruppen“ zu schaffen, in denen sich die Leute nicht nach rassistischen Kriterien zusammenfänden. Insgesamt brauche man eine „balance of power“, um von der Parole wegzukommen: „Einer muß gewinnen“. Nicht zuletzt wolle man dem Land eine breitere föderale Grundlage geben.

Das Gespräch wird an dieser Stelle unter vier Augen fortgesetzt.

**Bundesarchiv, B 136, Bd. 34146**

<sup>13</sup> Gerrit Viljoen.

## 188

# **Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk**

22. Juni 1989<sup>1</sup>

Gespräch BM Genscher mit dem Vorsitzenden der südafrikanischen Nationalen Partei, Erziehungsminister F. W. de Klerk, am 22.6.1989 in Bonn<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer: Botschafter van Niekerk, Gesandter Grobler, D 3<sup>3</sup>, Dg 32<sup>4</sup>, 010, 013.

## 1) Politische Lage in Südafrika

*De Klerk* erklärte, daß alle in Südafrika den gleichen Wunsch hätten: eine friedliche Lösung des Rassenproblems zu finden.

In der Regionalpolitik fühle sich Südafrika den Grundsätzen des Friedens verpflichtet. Südafrika wolle mit den Nachbarstaaten zusammenarbeiten, auch im wirtschaftlichen Rahmen. Sein Land sei eine Regionalmacht und auch bereit, dieser Region Dienste zu leisten.

Zugleich müsse es aber aus den eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauskommen. Die Möglichkeiten hierfür seien jedoch begrenzt.

Die Südafrikaner seien davon überzeugt, daß sie selbst Lösungen für ihre Probleme finden müßten. Man habe Vorstellungen, die für alle Südafrikaner eine Beteiligung an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen vorsähen. Er beschrieb seine Sicht der politischen Lage in Südafrika wie folgt:

- Man habe ein Reformprogramm begonnen. Dieses Reformprogramm werde allerdings durch Sanktionsmaßnahmen behindert. Um die Reformen durchzuführen, brauche man eine wirtschaftliche Wachstumsrate von 5%; gegenwärtig müsse man die wirtschaftliche Lage des Landes aber als negativ bewerten.
- Es fehle das Vertrauen in die südafrikanische Regierung. Seitdem er Vorsitzender der NP geworden sei, habe er begonnen, dieses Vertrauen wieder aufzubauen.

Dabei sei auch zwischen Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern ein solches Vertrauen wichtig. Es sei wichtiger, als manche es zugäben.

Er sei jetzt dabei, mit schwarzen Führern zu sprechen. Auf Frage von BM Genscher nannte er: Chief Buthelezi, Chief Minister Mabuza und die Mitglieder des National Forum.

Zu möglichen Gesprächen mit dem ANC und seinem Präsidenten Oliver Tambo sagte er, seine Regierung habe hierzu eine klare Position: Nur wenn der ANC

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Sulimma am 26. Juni 1989 gefertigt und über Ministerialdirektor Schlagintweit an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Zustimmung von BM Genscher herbeizuführen“.

<sup>2</sup> Zum Besuch des südafrikanischen Erziehungsministers de Klerk am 22. Juni 1989 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 187.

<sup>3</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>4</sup> Hans-Günter Sulimma.

auf Gewalt verzichte, könnten Gespräche stattfinden. Auch als Parteiführer sehe er da keinen Bewegungsspielraum. Wenn der ANC weiter eine Politik der Gewalt verfolge, könne es keinen Weg zu Gesprächen geben.

- Die südafrikanische Regierung wolle den nationalen Dialog, denn man habe sich zu einer Politik des „power sharing“ entschlossen. Dabei wolle die südafrikanische Regierung keine fertigen Lösungspläne auf den Tisch legen. Für Vorschläge, die in Richtung „joint decision making“ gingen, müßte die Regierung allerdings die Initiative ergreifen. Man sei sich bewußt, daß man Arbeitspapiere, d. h. also Alternativen, auf den Tisch legen müsse. Für diesen Weg brauche man jedoch Zeit.

BM *Genscher* erläuterte die in die EPZ-Positionen eingebettete deutsche Südafrika-Politik.

Er erhob gegenüber de Klerk folgende Forderungen:

- Beseitigung der Notstandsregelungen,
- Freilassung der politischen Gefangenen, einschließlich Nelson Mandelas,
- Aufhebung des Verbots der Anti-Apartheidsbewegungen,
- Beginn des nationalen Dialogs u. a. auch mit dem ANC und seinem Präsidenten Tambo.

Eine nationale Versöhnung setze die Aufhebung der Bannungen politischer Organisationen wie von Personen voraus, ebenso die Befreiung der Gefangenen. Je früher sich die südafrikanische Regierung hierzu entschlöße, um so besser.

*De Klerk*: Man hätte das Notstandsrecht<sup>5</sup> mit „real agony“ verlängert. Seiner Regierung sei das keinesfalls leichtgefallen. Mit Hilfe des Notstandsrechts versuche man, das innenpolitische Klima so zu verbessern, daß eben diese Notstandsregelungen aufgehoben werden könnten. Die schwarzen Führer und ihre Organisationen seien nicht gebannt worden, weil sie schwarz seien, sondern weil sie „law and order“ und die Stabilität des Landes gefährdet hätten.

Auf die erneute Forderung von BM *Genscher*, Mandela freizulassen, da ein nationaler Dialog mit einem Mandela im Gefängnis nicht möglich und eine friedliche Lösung bei seinem Tode im Gefängnis undenkbar sei, sagte *de Klerk*: Der scheidende Präsident Botha habe zuletzt im April 1989 die Position der südafrikanischen Regierung hierzu dargestellt. Falls Mandela für friedliche Lösungen eintrete, könne man an seine Freilassung denken. Die Frage seiner Freilassung werde ständig geprüft; mehr könne er jetzt nicht sagen. Für die südafrikanische Regierung sei das ein Thema von höchster Priorität. Auch Buthelezi habe auf die Frage der Gefangenschaft Mandelas als Hinderungsgrund für Verhandlungen hingewiesen.

De Klerk betonte weiter, es wäre für Südafrika nicht gut, daß die Freilassung Mandelas dann als Ergebnis des Drucks von außen erscheine. Südafrika müsse die Möglichkeit haben, seine eigenen Konzepte zu entwickeln.

De Klerk hob in diesem Zusammenhang hervor, daß es hinsichtlich des Apartheidproblems in seiner Partei „a great sense of urgency“ gebe. Man wisse, daß jetzt etwas geschehen müsse. Allerdings gebe es keine schnellen Lösungen. Alles

<sup>5</sup> Die südafrikanische Regierung verhängte am 12. Juni 1986 den Ausnahmezustand. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 173.

müsse sich entwickeln. Man müsse zuerst kurz- und mittelfristige Regelungen finden. Hierfür brauche man Zeit.

BM *Genscher* unterstrich, daß die Bundesregierung überzeugt sei, daß die Zeit für die Lösung des Apartheidproblems immer knapper werde. Der einzige Weg in eine friedliche Zukunft sei der nationale Dialog. Hierfür müsse die südafrikanische Regierung unverzüglich die Voraussetzungen schaffen. Vor allem sollte man erkennen: Wenn Mandela in der Gefangenschaft stirbt, werde das weitreichende Folgen haben. Er empfahl Gespräche mit Oliver Tambo, mit dem er selbst im AA gute Begegnungen gehabt habe.<sup>6</sup>

2) BM *Genscher* sprach den bevorstehenden Besuch von BM Blüm in Südafrika an.<sup>7</sup> Er unterstützte nachdrücklich dessen Wunsch, Präsident Botha und Nelson Mandela zu treffen. Er bat de Klerk, sich dafür einzusetzen, und wies auf den großen Einfluß von BM Blüm in der deutschen Politik hin.

*De Klerk* zeigte Verständnis für das Anliegen BM Blüms, Staatspräsident Botha zu treffen, erwähnte aber Schwierigkeiten, die es dadurch gebe, daß Präsident Botha ernsthaft krank (seriously ill) sei<sup>8</sup>.

3) Bitte von SWAPO-Präsident Nujoma um Zusammentreffen mit de Klerk

BM *Genscher* übermittelte de Klerk die uns gegenüber geäußerte entsprechende Bitte von SWAPO-Präsident Nujoma.

*De Klerk* erklärte, daß ihm eine solche Begegnung mit dem SWAPO-Präsidenten während seines gegenwärtigen Aufenthalts in Europa „aus praktischen Gründen“ nicht möglich sei. Er hätte vom Augenblick des Gesprächs mit BM *Genscher* an Treffen in London<sup>9</sup>, Lissabon etc. auf dem Terminplan; danach reise er sofort zur Teilnahme an Wahlveranstaltungen nach Südafrika zurück.

Allerdings stelle er sich auch die Frage, ob eine solche Begegnung für ihn „weise“ wäre, solange das Treffen Nujomas mit seinem Kollegen Pik Botha noch nicht stattgefunden habe. Entscheidend für die jetzige Absage seien aber die bereits genannten praktischen Gründe.

Zusätzlich auf das im Prinzip vereinbarte Treffen AM Pik Botha/Sam Nujoma angesprochen, sagte er, er würde nach seiner Rückkehr nach Südafrika diese Frage mit AM Pik Botha aufnehmen.

4) Auf Bitte von de Klerk erläuterte BM *Genscher* eingehend die deutschen Vorstellungen zu verschiedenen Aspekten der Weiterentwicklung Europas, wie Fragen des EG-Binnenmarktes, den Gipfel von Madrid<sup>10</sup> und die soziale Dimension der Europapolitik.

Er unterrichtete de Klerk auch über die Bedeutung der europäischen Wahlen<sup>11</sup> für die Innenpolitik in der Bundesrepublik.

<sup>6</sup> Vgl. zuletzt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten des südafrikanischen ANC, Tambo, am 14. Juni 1988; AAPD 1988, I, Dok. 177.

<sup>7</sup> Zum Besuch des Bundesministers Blüm vom 25. bis 28. Juni 1989 in Südafrika vgl. Dok. 187, Anm. 8.

<sup>8</sup> Zur Erkrankung des südafrikanischen Präsidenten Botha vgl. Dok. 45, Anm. 9.

<sup>9</sup> Der südafrikanische Erziehungsminister de Klerk traf am 23. Juni 1989 in London mit der britischen Premierministerin Thatcher zusammen. Vgl. dazu DBPO III/XI, Dok. 165.

<sup>10</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

<sup>11</sup> Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden vom 15. bis 18. Juni 1989 abgehalten. In der Bundesrepublik kam die SPD auf 37,3 % und die CDU auf 29,5 %. Die Grünen erreichten 8,4 % und die Republikaner 7,1 %. Die CSU erzielte 8,2 % und die FDP 5,6 %.

5) Abschließend bat *de Klerk* noch um Unterrichtung über die deutschen Pläne für eine Hilfe an Namibia vor und nach der Unabhängigkeit dieses Landes.

Referat 320, Bd. 156020

## 189

### Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Trumpf

412-424.01/10-4

23. Juni 1989<sup>1</sup>

Über Herrn D4<sup>2</sup>, Herrn Staatssekretär<sup>3</sup> Herrn Bundesminister<sup>4</sup>

Betr.: Europäischer Rat in Madrid<sup>5</sup>;

hier: Szenario für das Thema Wirtschafts- und Währungsunion

Anlg.: 1

#### I. Unsere Interessenlage

Die WWU ist das zentrale Thema des ER in Madrid. Wir selbst haben gemeinsam mit F in Hannover<sup>6</sup> dafür die Weichen gestellt. Von Deutschland und Frankreich hängt es ab, die Dynamik aufrechtzuerhalten und jetzt die Entscheidung über die Verwirklichung der WWU herbeizuführen. Die Zeit ist reif.<sup>7</sup> Das Ziel wurde schon 1969 auf dem Gipfel von Den Haag<sup>8</sup> anvisiert. Der Delors-Bericht<sup>9</sup> ist das Resultat zwanzigjähriger Erfahrung, davon zehn mit dem EWS. Auch der welt-politische Gezeitenwandel im Ost-West-Verhältnis verlangt ein neues Ziel für die EG. Es muß über 1992<sup>10</sup> hinausführen, damit die EG auch zukünftig auf alle Nationen Europas starke Anziehungskraft als Vorbild einer wirtschaftlichen und politischen Union der Europäer ausübt.<sup>11</sup>

<sup>1</sup> Stempelvermerk auf der Aufzeichnung: „Zeitpunkt der Vorlage: sofort!“

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 23. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wichtig! Madrid.“

<sup>4</sup> Hat Legationsrat Berger am 28. Juni 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Ministerialdirigent Trumpf verfügte und handschriftlich vermerkte: „Szenario-Vorlage lag im Fach WWU der Mappe, die BM während der Sitzung vorlag.“

Hat Trumpf am 28. Juni 1989 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfelder verfügte.

Hat Schönfelder am 29. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>5</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 statt. Vgl. dazu auch Dok. 194.

<sup>6</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 27./28. Juni 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 191.

<sup>7</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Das Schicksal des Werner-Planes der frühen 70er Jahre muß vermieden werden!“

<sup>8</sup> Am 1./2. Dezember 1969 fand in Den Haag eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 385.

<sup>9</sup> Zum Delors-Bericht vgl. Dok. 94.

<sup>10</sup> Zur Einführung des Europäischen Binnenmarkts vgl. Dok. 3, Anm. 14.

<sup>11</sup> Der Passus „Auch der ... ausübt“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[r]ichtig!“.



## II. Verhandlungsziel

Als Ergebnis streben D und F gemeinsam eine Lösung mit folgenden Elementen (Stand nach Gespräch BK/Mitterrand<sup>12</sup>) an:

- 1) Delors-Bericht ist Grundlage.
- 2) Drei-Phasen-Gesamtansatz: Entscheidung für Stufe 1 = Entscheidung für den gesamten Prozeß (Ziffer 39 Delors-Bericht).
- 3) Ordnungspolitischer Datenkranz wie in Teil II des Delors-Berichts (deutsche Ausformulierungen – Anlage 1).
- 4) Beginn Stufe 1 am 1.7.1990 (Ziffer 43 Delors-Bericht).
- 5) Beginn der vorbereitenden Arbeiten für einen neuen Vertrag unverzüglich nach ER Madrid.
- 6) Regierungskonferenz sollte Arbeit aufnehmen, sobald
  - die erste Phase der Wirtschafts- und Währungsunion begonnen hat (d.h. 1.7. 1990) und
  - die entsprechenden Vorarbeiten der zuständigen Gemeinschaftsorgane für die zweite und die Schlußphase so weit fortgeschritten sind, daß sie als Grundlage für die Verhandlungen der Regierungskonferenz dienen können.<sup>13</sup>

Nicht ausbuchstabiert bei diesen Elementen ist, von wem und in welchen Verfahren die Vorarbeiten für den neuen Vertrag geleistet werden sollen. Im Gespräch der beiden Außenminister<sup>14</sup> war als beste Lösung ins Auge gefaßt worden, dies der französischen Präsidentschaft<sup>15</sup> anzuvertrauen. Damit vermeidet man<sup>16</sup> eine lange Debatte im ER.

Aus Sicht des AA müßte der Allgemeine Rat die Federführung<sup>17</sup> behalten. Eine wesentliche Rolle käme der Kommission, dem EcoFin-Rat, dem Ausschuß der Zentralbankgouverneure sowie dem Währungsausschuß und dem Ausschuß für Wirtschaftspolitik zu.

## III. Verhandlungslage

Wie sind die Chancen der Durchsetzung unseres Verhandlungsziels?

Nach Kontakten mit den Hauptbeteiligten würde eine entschiedene deutsch-französische Linie

- klar unterstützt von der Kommission (Delors), von der Präsidentschaft (González) und Italien,<sup>18</sup>
- klar abgelehnt von GB. Britisches Verhandlungsziel scheint zu sein, keine bindenden Verpflichtungen einzugehen. Powell (diplomatischer Berater von

<sup>12</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 22. Juni 1989 in Paris vgl. DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

<sup>13</sup> Der Passus „die erste Phase ... dienen können“ wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Unter Staatssekretären abgestimmte Formel (21.6.).“

<sup>14</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Dumas am 19. Juni 1989 in Paris vgl. Dok. 185, Anm. 2.

<sup>15</sup> Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

<sup>16</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „(vielleicht).“

<sup>17</sup> An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Besser ‚seine koordinierende Zuständigkeit‘ (statt ‚Federführung‘).“

<sup>18</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „– u. den meisten anderen Partnern im Prinzip jedenfalls.“

Frau Thatcher) hat Herrn von Richthofen gesagt, einer Lösung, wie sie sich im informellen EcoFin-Rat abgezeichnet habe, könne GB „gegebenenfalls“ zustimmen. D.h.: Vorbereitung der Maßnahmen für die erste Stufe, Definierung der operationellen Elemente von Stufe II und III, aber keine Zustimmung zur Definition der WWU nach dem Delors-Bericht.<sup>19</sup>

Die Benelux-Länder haben sich auf Initiative von PM Lubbers auf eine zwischen diesen beiden Lagern vermittelnde Linie festgelegt. Aber sie werden sich nach Einschätzung von Ersbølls Kabinett uns anschließen, wenn wir fest bleiben, zuerst Belgien. Irland und Portugal folgen der Mehrheit; für IRL ist die Aussage über weiteren Ressourcentransfer in Paragraph 29 des Delors-Berichts wichtig, für P lange Übergangszeiten. Die griechische Haltung kann zur Zeit nicht berechnet werden. DK will diesmal nicht allein bei GB stehen, sondern folgt der Bundesrepublik.

Wir könnten und sollten deshalb einen energischen Versuch unternehmen, eine 11:1-Position herzustellen.

Es bleibt zu entscheiden, ob dann nach Kompromissen mit GB gesucht werden soll. Im Ministergespräch am 20.6.<sup>20</sup> blieb die Frage offen, ob und inwieweit man wie beim ER in Mailand<sup>21</sup> vorgehen solle.

Die Kommission hat als Grenze ihrer Kompromißbereitschaft folgende Minimallinie dem Ratspräsidenten González genannt:

- Annahme des Delors-Berichts (d.h. Zustimmung zu seinem Inhalt),
- Vorarbeiten für die erste Phase beginnen,
- Vorarbeiten für die Regierungskonferenz beginnen.

Kern der Minimallinie der Kommission ist die Zustimmung zum Delors-Bericht, d.h. zur Einheit der drei Phasen und zum ordnungspolitischen Inhalt.<sup>22</sup>

Dahinter kann auch D nicht zurückgehen (für F gilt dasselbe). Nicht akzeptabel ist (da Gefahr eines erneuten Scheiterns WWU-Idee)

- Abweichen von Drei-Phasen-Gesamtansatz und statt dessen „pragmatische“ Weiterentwicklung der währungspolitischen Zusammenarbeit,
- Beginn Phase I und Beginn der Arbeit der Regierungskonferenz später als 1.7.1990,
- Verzicht auf den ordnungspolitischen Datenkranz wie in Teil II des Delors-Berichts (s. Anlage 1).

Bei Beginn von Phase I muß Einigkeit über ordnungspolitischen Gesamtrahmen bestehen (so auch Bundesbank). Kein ordnungspolitischer „Sprung ins Dunkle“ (leap in the dark). Verschiebung des Beginns der Regierungskonferenz über den 1.7.1990 hinaus sachlich nicht notwendig (Verzögerungstaktik).

Es wird auch spekuliert, PM Thatcher könne den Beitritt des Pfunds zum Wechselkursmechanismus des EWS bis zu einem bestimmten Datum als Kom-

<sup>19</sup> An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „u. keine Zustimmung zum ‚Dreiphasenkonzept‘“.

<sup>20</sup> Für das Ministergespräch bei Bundeskanzler Kohl vgl. Dok. 185.

<sup>21</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 28./29. Juni 1985 vgl. AAPD 1985, II, Dok. 177.

<sup>22</sup> Dieser Satz und das Wort „Minimallinie“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir brauchen aber m. E. auch eine gewisse zeitliche Festlegung.“

promiß anbieten. So wünschenswert das wäre, sollte es nicht genügen, um uns den definitiven Einstieg in die WWU abzukaufen, der unser Ziel ist.

Falls GB nicht bereit ist, die Minimallinie der Kommission zu akzeptieren, könnte daran gedacht werden, dem Vorsitz den Auftrag zu geben, Schlußfolgerungen für elf MS zu erarbeiten. Diese sollten dem Europäischen Rat dann zur Entscheidung vorgelegt werden.

Trumpf

#### Anlage 1

Ordnungspolitischer Datenkranz (Version Staatssekretäre im Anschluß an Ministergespräch vom 20<sup>23</sup>.6.1989)

Wesentliche Elemente der Wirtschafts- und Währungsunion sind

- für die Währungsunion
  - die Verpflichtung zur Sicherung der Geldwertstabilität,
  - der Ausschluß monetärer Finanzierung staatlicher Haushaltsdefizite,
  - eine Koordinierung und dann gemeinschaftliche Geldpolitik in einem föderativ organisierten europäischen Zentralbanksystem mit Weisungsunabhängigkeit,
  - die Stabilisierung und dann unwiderrufliche Fixierung der Wechselkurse und die Einführung einer gemeinsamen Währung;
- für die Wirtschaftsunion
  - die Vollendung des Binnenmarktes,
  - eine gemeinschaftliche Wettbewerbspolitik bei Stärkung der Marktmechanismen,
  - eine dauerhaft wirksame Koordinierung für die makroökonomischen Politiken einschließlich Sicherung der Haushaltsdisziplin,
  - wirksame Politiken zur Regionalentwicklung.

Ordnungspolitischer Datenkranz (Version Schönfelder)

Wirtschafts- und Währungsunion bilden zwei Bestandteile eines Ganzen und müssen parallel zueinander und im gleichen Rhythmus realisiert werden.

Die Währungsunion ist gekennzeichnet durch uneingeschränkte, irreversible Konvertibilität der Währungen und vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie eine unwiderrufliche Fixierung der Wechselkursparitäten.

Die Wirtschaftsunion ist gekennzeichnet durch einen nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gestalteten einheitlichen Markt mit einer gemeinsamen Wettbewerbs-, Struktur- und Regionalpolitik sowie einer Koordinierung der makroökonomischen Politiken. Ziel der gemeinsamen Politik ist Wachstum, Preisstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht.

Zur Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion ist im wirtschaftlichen Bereich eine Stärkung der Kompetenzen und Strukturen der bestehenden Institutionen der Gemeinschaft notwendig, im monetären Bereich die Einrichtung eines Europäischen Zentralbanksystems.

<sup>23</sup> Diese Zahl wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich korrigiert in: „21“.

Das Europäische Zentralbanksystem muß der Preisstabilität verpflichtet, von Weisungen der nationalen Regierungen und der Gemeinschaftsinstitutionen unabhängig und föderal strukturiert sein.

Es darf keine Kredite an öffentliche Stellen gewähren.

Es berichtet dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat.

**Referat 412, Bd. 168730**

## 190

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Stechow

**413-420.30 TUR VS-NfD**

**23. Juni 1989**

Über Dg41<sup>1</sup>, D4<sup>2</sup> Herrn Staatssekretär<sup>3</sup>

Betr.: Beziehungen EG–Türkei;

hier: Neue Entwicklungen der türkischen Haltung zum Beitrittsantrag<sup>4</sup>

Zweck der Vorlage: Kenntnisnahme und ggf. Unterrichtung des Herrn Bundesministers

#### I. Zusammenfassung

Gespräche mit türkischen Regierungsmitgliedern und Beamten anlässlich eines Seminars zum Südostanatolien-Projekt<sup>5</sup> haben eine bemerkenswerte Änderung der internen Vorstellungen der Türkei zur Behandlung ihres Beitrittsantrages ergeben. Die Türkei hat Kommissar Matutes anlässlich dessen Besuchs in Ankara im April gebeten, die Stellungnahme der Kommission so zu handhaben, daß eine Ratsentscheidung vorerst vermieden wird. Die Türkei rechnet mit einer negativen Entscheidung, wenn diese jetzt zu treffen wäre. Der Regierung Özal kommt es jetzt darauf an, von der EG die Bestätigung einer Beitrittsoption zu erhalten. Sie erwartet, daß die Kommission in einer ersten Stellungnahme die Türkei

<sup>1</sup> Hat Ministerialdirigent Trumpf am 23. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Hat Ministerialdirektor Jelonek am 23. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist eine interessante Entwicklung, die wir zunächst noch gegenchecken und sorgfältig analysieren müssen.“

<sup>3</sup> Hat Staatssekretär Lautenschlager am 26. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>4</sup> Die Türkei stellte am 14. April 1987 einen Antrag auf EG-Beitritt. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 93 und Dok. 136, sowie AAPD 1987, II, Dok. 218, ferner AAPD 1988, I, Dok. 74.

<sup>5</sup> Vortragender Legationsrat von Stechow notierte am 17. Mai 1989 zum türkischen „Great Anatolia Project“ (GAP): „Der Atatürk-Staudamm ist das Kernstück dieses Projektes, das der Entwicklung Südostanatoliens unter anderem durch die Einrichtung des Atatürk-Dammes, den dazugehörigen Stausee, die Gewinnung von Strom mit einer Fernübertragungsleitung nach Ankara sowie der Bewässerung der Urfa-Ebene dient. [...] Premierminister Özal hatte Bundeskanzler Kohl in Schreiben von 1988 und 1989 um Unterstützung des Projektes gebeten. [...] BMZ hat Vorbehalte gegen eine direkte FZ-Beteiligung an dem Projekt wegen dessen Größenordnung (es besteht noch Finanzierungsbedarf von insg[esamt] 1,6 Mrd. US-Dollar) sowie behaupteter völkerrechtlicher Implikationen gegenüber Syrien und Irak. BMZ hat allerdings keinen Einspruch gegen Lieferbürgschaften und erste Direktkredite für AEG und Brown Boveri erhoben.“ Vgl. Referat 223 (203), Bd. 183938.

grundsätzlich als Beitrittskandidaten bezeichnet, auf Festlegung eines Zeitpunktes für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen noch vor 1992, wie er bisher gefordert wurde, besteht sie nicht mehr. Erwartet werden von der Kommission Vorschläge für ein Programm, das die Türkei auch wirtschaftlich näher an die EG heranführt. Diese Vorschläge können letztlich zu bilateralen finanziellen Forderungen an uns führen. Die neue Haltung der türkischen Regierung hängt damit zusammen, daß für Ende des Jahres ein Ende der Regierung Özal erwartet wird. Für bevorstehende Verhandlungen über eine Koalitionsregierung wäre ein negativer Entscheid des Rates für die ANAP<sup>6</sup> untragbar. Die neue Haltung der türkischen Regierung soll in der Öffentlichkeit nicht bekannt werden. Deshalb wird die Türkei weiterhin auf einen raschen Beitritt drängen. Staatsminister Bozer möchte im Herbst Bonn besuchen, um mit Frau StM'in Adam-Schwaetzer den seit 1986 bestehenden Kontakt fortzusetzen.<sup>7</sup>

## II. Im einzelnen

1) Gespräche mit Minister Kamran İnan (GAP-Projekt), Staatsminister Ali Bozer (Europaminister) sowie dem Generaldirektor im Europaministerium und weiteren Beamten des Außen- und Europaministeriums ergaben folgendes: Die Türkei rechnet nicht damit, bald Mitglied der EG werden zu können. Sie hat erkannt, daß weder auf seiten der EG noch auf seiten der Türkei die Voraussetzungen vorliegen, eine positive Entscheidung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu erreichen, selbst dann nicht, wenn diese Verhandlungen auf einen langen Zeitraum angelegt werden und von großen Zugeständnissen türkischerseits (z. B. Verschiebung der Herstellung der Freizügigkeit um mehr als zehn Jahre) begleitet werden. Ein griechisches Veto wird für sicher gehalten, wenn der Rat entscheiden müßte, auch von uns wird nicht erwartet, daß wir im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Kabinettsentscheidung zugunsten eines Beitritts erreichen könnten. Auch bei den anderen EG-MS werden keine günstigeren Voraussetzungen gesehen. Die Türkei hat inzwischen auch verstanden, daß die Beitrittsfrage institutionelle Fragen in der EG aufwirft, die nicht direkt den türkischen Beitritt alleine betreffen. Es kommt ihr jetzt darauf an, eine negative Entscheidung zu vermeiden. Deswegen hat Europaminister Bozer EG-Kommissar Matutes bei seinem Besuch in Ankara gebeten, die Stellungnahme der Kommission so zu formulieren, daß eine Entscheidung des Rates nicht erforderlich wird. Dies soll nach türkischer Vorstellung, die zum Teil den bisher bekannten Vorstellungen der Kommission entspricht, in einer ersten Stellungnahme erfolgen, in welcher die Türkei zwar grundsätzlich eine Beitrittsoption, wie sie bereits im Assoziationsvertrag von 1964 in der Präambel und in Artikel 28<sup>8</sup> niedergelegt wurde, bestätigt. Diese Bestätigung würde allerdings im Rahmen von Artikel 237 EWG-Vertrag<sup>9</sup> erfolgen. In der Stellungnahme sollen der große

<sup>6</sup> Anavatan Partisi (Mutterlandspartei).

<sup>7</sup> Zum Gespräch der Staatsministerin Adam-Schwaetzer und des Staatsministers Stavenhagen, Bundeskanzleramt, mit dem türkischen Staatsminister Bozer am 8. September 1989 vgl. Dok. 271.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Präambel und von Artikel 28 des Abkommens vom 12. September 1963 zwischen der EWG und der Türkei zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–514 bzw. S. 526.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut von Artikel 237 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898.

Artikel 237 wurde mit Artikel 8 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 geändert. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1106.

wirtschaftliche und soziale, aber auch ein politischer Nachholbedarf der Türkei und Fragen der Konsolidierung der Zwölfer-EG als Begründung dienen, in einem späteren endgültigen Avis auf die Beitrittsfrage zurückzukommen. Dieses Verfahren soll es dem Rat ermöglichen, den Bericht der Kommission lediglich zur Kenntnis zu nehmen, er müßte nicht entscheiden. Noch 1987, als der Beitrittsantrag gestellt wurde, wäre ein solches Vorgehen aus türkischer Sicht nicht akzeptabel gewesen. Daß es von der türkischen Regierung jetzt akzeptiert<sup>10</sup> wird, hat im wesentlichen folgende Gründe:

- Nach den schweren Verlusten der regierenden ANAP in den Kommunalwahlen vom Frühjahr 1989<sup>11</sup> (gegenwärtig geben politische Beobachter der ANAP nur noch 15 %) wird allgemein angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen im Oktober<sup>12</sup> mit Verhandlungen über eine Koalitionsregierung gerechnet, die die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Lande besser widerspiegelt. Im Vorfeld solcher Verhandlungen kann sich die ANAP eine Niederlage ihrer EG-Politik nicht leisten. Sie braucht, wie MP Özal es ausdrückte, „grünes Licht“ in der EG-Frage.
- Die Gespräche, die die Türkei kontinuierlich mit der Kommission, mit EG-MS und Wirtschaftskreisen innerhalb und außerhalb der Türkei führt, aber auch die zahlreichen Seminare und Symposien zu diesem Thema, haben ihr verdeutlicht, daß eine positive Beitrittsentscheidung von mehr Faktoren beeinflusst wird, als die Türkei ursprünglich in Rechnung zu stellen bereit war. Es genügt nicht, materielle und zeitliche Konzessionen für spätere Beitrittsverhandlungen in Aussicht zu stellen und sich im übrigen auf den immer noch bestehenden nationalen Konsens und Eigenanstrengungen zur politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu verlassen. Insbesondere werden die Eigendynamik der Entwicklung der EG und sich daraus ergebende materielle und institutionelle Konsequenzen für eine erneute Erweiterung heute realistischer beurteilt. In Gesprächen mit türkischen Regierungsvertretern wird heute auch die Rolle der Bundesrepublik Deutschland besser verstanden. Es wird anerkannt, daß wir nach dem Militärputsch in der Türkei von 1980<sup>13</sup> eine wesentliche Rolle zugunsten der politischen Rehabilitierung der Türkei in Rat und EP durch unsere Forderung nach Wiederaufnahme der finanziellen Zusammenarbeit und nach Zusammentreten des Assoziationsrates EWG–Türkei<sup>14</sup> gespielt haben.

2) Die Türkei kann diese realistischere Haltung in offiziellen Gesprächen oder gar in der Öffentlichkeit nicht zugeben. Sie wird auch in Zukunft öffentlich auf raschen Beitritt drängen. Innenpolitisch könnte keine türkische Regierung anders argumentieren.

<sup>10</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

<sup>11</sup> In der Türkei fanden am 26. März 1989 Kommunalwahlen statt.

<sup>12</sup> Am 31. Oktober 1989 wählte das türkische Parlament Ministerpräsident Özal zum neuen Staatspräsidenten.

<sup>13</sup> Am 12. September 1980 übernahm das Militär die Macht in der Türkei. Die Regierungsverantwortung lag bei einem „Nationalen Sicherheitsrat“ unter Führung des Generalstabschefs der Streitkräfte, Evren, der das Kriegsrecht verhängte, die Verfassung außer Kraft setzte und das Parlament auflöste. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

<sup>14</sup> Am 16. September 1986 fand in Brüssel eine Sitzung des Assoziationsrats EG–Türkei auf Ministerebene statt. Referat 411 notierte dazu am 19. September 1986: „Die eigentliche Bedeutung des Assoziationsrates bestand in der Tatsache, daß er erstmalig seit fünf Jahren überhaupt und ohne Eklat getagt hat.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144908.

Die türkische Regierung rechnet jetzt damit, daß die Kommission bei grundsätzlicher Befürwortung einer Beitrittsoption Vorschläge machen wird, wie der Türkei wirtschaftlich geholfen werden kann, den Entwicklungsrückstand zur EG zu verringern, damit Beitrittsverhandlungen möglich werden. Skepsis herrscht über die Realisierbarkeit entsprechender Kommissionsvorschläge. Beim Vierten Finanzprotokoll<sup>15</sup>, das die Kommission dem Rat im Herbst zuleiten will, herrschen in der Türkei keine Illusionen über eine rasche Überwindbarkeit des griechischen Vetos, das erst bei Fortschritten in der Zypern-Frage fallen soll. Ähnliches wird für weitergehende Vorschläge der Kommission gelten. Wir müssen etwa gegen Jahresende damit rechnen, daß die Türkei bilaterale Bitten an uns heranträgt, die denen gleichen, die in den Staatssekretärsgesprächen von 1986 bis 1987 verhandelt wurden (Ausrüstungshilfe, Verteidigungshilfe, Industrialisierungshilfe).<sup>16</sup> Sie werden mit dem Unvermögen der EG, Hilfsprogramme zu deblockieren, begründet werden.

Staatsminister Bozer bestätigte mir die vom Generaldirektor im Europaministerium erläuterte EG-Linie bei einem Höflichkeitsbesuch am 19.6. ausdrücklich. Er bat, Grüße an Frau StM'in Adam-Schwaetzer zu übermitteln. Er bat darum zu prüfen, ob ein Besuch in Bonn Anfang September dieses Jahres zur Fortsetzung des 1986 aufgenommenen bilateralen Dialoges über EG-Fragen möglich sei.

v. Stechow

**Referat 413, Bd. 144916**

<sup>15</sup> Mit Schreiben vom 1. September 1989 an den Hauptgeschäftsführer des BDI, Mann, teilte Staatssekretär Lautenschlager mit: „Das 4. Finanzprotokoll EWG–Türkei, für das ein Finanzvolumen von 600 Mio. ECU vorgesehen ist, wäre für die Türkei sicherlich eine wichtige und dringend benötigte Finanzierungsquelle [...]. Die Laufzeit des 4. Finanzprotokolls war ursprünglich von 1981 bis 1987 vorgesehen. Wie Sie wissen, wurde es wegen der politischen Ereignisse in der Türkei von 1980 (Militärputsch) [...] nicht in Kraft gesetzt, obwohl es bereits paraphiert war. Das Europäische Parlament hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft aufgefordert, das Finanzprotokoll erst dann dem Rat vorzulegen, wenn die politischen Verhältnisse in der Türkei dieses gestatten. Diese Bedingung des Parlamentes gilt noch heute.“ Vgl. Referat 413, Bd. 144917.

<sup>16</sup> Die ersten deutsch-türkischen Staatssekretärsgespräche fanden am 5./6. Dezember 1985 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 338. Die zweite Gesprächsrunde wurde am 6./7. Oktober 1986 in Ankara abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 274.

## 191

**Botschafter Graf zu Rantzau, z.Z. Paris,  
an das Auswärtige Amt**

Fernschreiben Nr. 1596

Aufgabe: 23. Juni 1989, 14.27 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 23. Juni 1989, 14.47 Uhr

Delegationsbericht Nr. 30

Betr.: Konferenz über die Menschliche Dimension in Paris (30.5.–23.6.1989);<sup>2</sup>  
hier: Bilanz der Gespräche der Delegation mit Vertretern von nicht-staatlichen Organisationen (NGO)

I. NGOs sprachen überwiegend die Lage in der SU an. Besonders aktiv zeigten sich dabei Vertreter jüdischer NGOs (aus USA, GB, CDN, F), die die nach wie vor unbefriedigenden Ausreisebedingungen für jüdische Refusniks (state secrecy Refusniks, poor relatives), noch immer nicht erfolgte Gesetzesrevisionen sowie den zunehmenden Antisemitismus russisch-nationalistischer Gruppierungen beklagten. Von einigen NGOs wurden wir gebeten, uns für die Wiedenzulassung der ukrainisch-katholischen Kirche und die Wiedererlangung der vollen Souveränität der baltischen Staaten einzusetzen.

Andere NGOs sprachen die Situation in der ČSSR und der DDR (Interkirchlicher Friedensrat, NL) und die Inhaftierung von 17 Kurden in D (Mitglieder der PKK-Partei)<sup>3</sup> an. Vertreter der deutschen Sektion der IGFM<sup>4</sup> und des „Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki“<sup>5</sup> suchten einen allgemeinen Meinungsaustausch.

Die meisten NGOs beklagten schwierige Zugangsbedingungen zu den Delegationen und Konferenzräumen auf der Pariser CHD, wodurch ein schlechtes Präzedenz für die Moskauer CHD 1991<sup>6</sup> gesetzt werde.

## II. Im einzelnen

[1] Die überwiegende Zahl der Gespräche (sechs von zehn) mit NGOs zielte auf die menschenrechtliche Situation in der SU, besonders aktiv waren Fürsprecher der sowjetischen Juden. Die Vertreter der NGOs Women's Campaign for Soviet Jewry (GB), Medical Committee for Soviet Jewry (GB), Legal Committee for Soviet Jewry (GB), Union of Councils for Soviet Jews (USA), Moscow Watch 1991

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Legationssekretär Freiherr Freytag von Loringhoven, Paris, konzipiert.

<sup>2</sup> Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vgl. auch Dok. 192.

<sup>3</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Weber teilte am 7. April 1989 mit: „In dem Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der PKK wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (innerhalb der PKK) befinden sich z. Zt. 16 Beschuldigte in Untersuchungshaft, ein Beschuldigter in Auslieferungshaft (Paris) und ein Beschuldigter in Strafhaft. Mit dem Beginn der Hauptverhandlung vor dem OLG Düsseldorf ist für Anfang November 1989 zu rechnen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 206 (203); Bd. 151073.

<sup>4</sup> Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

<sup>6</sup> Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.



(USA), Comité féminin de soutien aux Juifs d'URSS (F), Canadian Jewish Congress (CDN) räumten ein, daß sich die Ausreisesezahlen in den vergangenen Jahren deutlich positiv entwickelt haben, doch gebe es nach wie vor zahlreiche ungelöste Fälle (zum Teil seit bis zu 15 Jahren) aus den Kategorien der „state secrecy Refusniks“ sowie der „poor relatives“; hierzu wurden zahlreiche Listen übergeben (Einzelvermerke mit Anlagen werden Zentrale im Anschluß an CHD übermittelt). Einige Gesprächspartner wiesen auf die besondere Verantwortung der Deutschen für das Schicksal sowjetischer Juden hin, wobei die Gespräche jedoch ausnahmslos sachlich verliefen. Zwar habe die SU wiederholt versprochen (zuletzt Botschafter Kaschlew auf PK am 16.6.1989), alle Ausreisegesuche – in Übereinstimmung mit dem WAD<sup>7</sup> – bis zum 15. Juli „in einem positiven Geist zu lösen“, doch müsse man nach wie vor skeptisch sein, ob die SU ihren Verpflichtungen voll nachkommen werde; es gelte, nach dem 15. Juli die Bearbeitung der Einzelfälle sorgfältig zu überprüfen und ggf. den CHD-Mechanismus einzuschalten.

Besonders problematisch sei, daß es noch immer keine befriedigenden Gesetzesrevisionen zu den Ausreisemodalitäten von Sowjetbürgern gebe, die Menschen seien – wie zuvor – „Wechselgeld“.

Einige Gesprächspartner berichteten, daß sich unter Juden in der SU zunehmend Angst breitmache. Dies liege insbesondere an den Aktivitäten russisch-nationalistischer Gruppen wie „Pamjat“ und „Patriot“, die sich unverhohlen antisemitisch äußerten. Die Sowjetregierung unterstütze diese Organisationen dadurch, daß ihnen im Namen der neuen Demokratisierung keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, sich öffentlich zu äußern; ebendies sei jüdischen Organisationen in der Sowjetunion nach wie vor weitgehend verwehrt. Viele Juden befürchteten, daß sich über kurz oder lang Enttäuschung über die Verheißungen der Perestroika ausbreiten werde und daß – angeheizt durch die Hetzkampagnen der o. g. Gruppen – speziell die Juden für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht würden.

Jurij Orlow wie auch Vertreter der NGO „Americans for Human Rights in Ukraine“ baten darum, daß wir die Nichtzulassung der ukrainisch-katholischen Kirche, die 1946 mit der russisch-orthodoxen Kirche zwangsvereinigt wurde, auf der CHD zur Sprache bringen sollten. Orlow regte folgenden Kompromiß an: Die ukrainisch-katholische Kirche solle sich verpflichten, sich nicht in politische Angelegenheiten einzumischen. Im Gegenzug solle die Sowjetregierung der Wiederzulassung der ukrainisch-katholischen Kirche zustimmen. Die Lösung dieses Problems benötige sicherlich einige Zeit; bereits jetzt solle allerdings auf die Einleitung von Verhandlungen zwischen Kirche und Regierung hingewirkt werden. Vertreter der „Americans for Human Rights in Ukraine“ wiesen darauf hin, daß es weiterhin politische Gefangene und Psychiatrie-Mißbrauch in der Ukraine gebe. Die Anfang April revidierten Fassungen der Art. 70 und 190/1 des sowjetischen StGB stellten de facto einen Rückschritt dar. Orlow erwähnte zusätzlich Art. 11/1 (der – nach Aussage des sowjetischen Vize-AM Adamischin am 22. Juni – inzwischen vom sowjetischen Volksdeputiertenkongreß zurückgezogen wurde).

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105. Vgl. dazu auch Dok. 7.

Maido Kari, Präsident des Baltischen und des Estnischen Weltrats, sprach mit dem Petitionar vor, wir sollten auf der CHD – wie auf früheren KSZE-Konferenzen die USA, NWG und ITA – das Recht der baltischen Staaten auf volle Souveränität unterstreichen.

2) Auf die Situation in osteuropäischen Staaten wurde lediglich von der niederländischen NGO „Interkirchlicher Friedensrat“ (IKV<sup>8</sup>) aufmerksam gemacht (Inhaftierung – unter Verletzung des WAD – von Mitgliedern der „Independent Peace Association“ in der ČSSR; Einreiseverbot für IKV-Mitglieder in die DDR).

Vertreter des „Comité Kurdistan en France“ zielten weniger auf mangelndes Zursprachebringen durch westliche Delegationen der Lage der Kurden in der Türkei als auf die anhaltende Inhaftierung von 17 kurdischen Mitgliedern der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in der Bundesrepublik ab. Diese würden als Unterstützer einer terroristischen Vereinigung „diffamiert“ und aus rein politischen Motiven seit Monaten festgehalten. Eine derartige „MR-Verletzung“ sei mit der von der Bundesregierung vertretenen Menschenrechtspolitik nicht zu vereinbaren.

Lediglich einen allgemeinen Meinungsaustausch über die Grundsatzpositionen der Bundesregierung auf der CHD suchten Vertreter der deutschen Sektion der IGFM sowie des „Menschenrechtsprogramms der Kirchen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki“ (Träger: Konferenz Europäischer Kirchen). Letztere kündigten eine von ihnen im Januar 1990 veranstaltete Konferenz über die menschliche Dimension in Europa an.

III. Die meisten NGOs klagten darüber, daß die Pariser CHD – wegen übertriebener Sicherheitsvorkehrungen – schwierigere Arbeitsbedingungen für NGOs als vorhergehende KSZE-Konferenzen (Madrid<sup>9</sup>, Ottawa<sup>10</sup>, Bern<sup>11</sup>, Wien) biete. Hiermit werde ein unliebsames Präzedenz für den Moskauer CHD 1991 geschaffen. Insbesondere hätten NGOs nur mit Einladung einzelner Delegationen Zugang zum Konferenzsaal (Anmerkung: Eine solche Einladung wird jedoch von einigen NGOs – etwa AI<sup>12</sup> – unter Verweis auf deren Unabhängigkeit abgelehnt); ferner könnten sich NGOs im Konferenzgebäude (mit Ausnahme des abgetrennten Flügels für Presse und Öffentlichkeit) nur nach Einladung durch Delegationsmitglieder bewegen; die Kontaktaufnahme mit den Delegationen sei jedoch nicht leicht (keine Telefon-, Delegationslisten etc.).

IV. In den Gesprächen mit Vertretern von NGOs stellten wir sorgfältige Prüfung der an uns herangetragenen Petitionen und Vorschläge in Aussicht. Die Bundesregierung habe sich bei der Lösung von Menschenrechtsfällen mit Erfolg des Weges der stillen Diplomatie bedient. Wir gingen daher mit direkten Vorwürfen an andere Delegationen sparsam um. Unsere Linie habe sich durch zahlreiche Erfolge im Bereich der menschlichen Kontakte bewährt. Insbesondere die Ausreise-

<sup>8</sup> Interkerkelijk Vredesberaad.

<sup>9</sup> In Madrid fand vom 11. November 1980 bis 9. September 1983 die zweite KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 223.

<sup>10</sup> Vom 8. Mai bis 17. Juni 1985 fand in Ottawa ein KSZE-Expertentreffen über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten statt.

<sup>11</sup> Zum KSZE-Expertentreffen über Menschliche Kontakte vom 15. April bis 26. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 77 und Dok. 156.

<sup>12</sup> Amnesty International.

bedingungen – für Deutsche und Deutschstämmige, aber ebenso auch andere ethnische Gruppen – im Ostblock haben für uns seit den 50er Jahren zentrale Bedeutung. Wir arbeiteten auf dem Pariser Treffen aktiv an Vorschlägen zur Verbesserung der Ausreisebedingungen mit. Zu den in der SU anstehenden Gesetzesrevisionen betonten wir, dies sei ein Mammutwerk, der Westen müsse Geduld aufbringen. Bestürzt äußerten wir uns über die Mitteilung, daß es zunehmende antisemitistische Tendenzen in der SU gebe.

[gez.] Rantzau

**Referat 212, Bd. 153481**

**192**

**Botschafter Graf zu Rantzau, z.Z. Paris,  
an das Auswärtige Amt**

**Fernschreiben Nr. 1602**

**Aufgabe: 23. Juni 1989, 18.38 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 23. Juni 1989, 19.52 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 36

Betr.: CHD-Treffen Paris (30.5.–23.6.1989)<sup>2</sup>;  
hier: Schlußbericht

Zur Unterrichtung

**1) Zusammenfassende Bewertung**

Mit dem ersten Treffen der „Konferenz über die menschliche Dimension“ (CHD) begann ein neuer Abschnitt im KSZE-Prozeß.<sup>3</sup> Er soll – mit den weiteren Etappen: Kopenhagen (1990<sup>4</sup>) und Moskau (1991<sup>5</sup>) – Fortschritte bei der Verwirklichung der Menschenrechte und anderer humanitärer Verpflichtungen, namentlich von Korb III<sup>6</sup>, bringen. In Paris wurde ein ermutigender Anfang dieses Verhandlungsprozesses gemacht – allerdings nur ein Anfang, da wenige

<sup>1</sup> Das von Vortragendem Legationsrat Metscher, z.Z. Paris, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 26. Juni 1989 vorgelegen, der den Umlauf in Referat 213 verfügte.

Hat Legationsrat I. Klasse Grunenberg am 27. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Zur Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) vgl. auch Dok. 191.

<sup>3</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug erstmals am 5. November 1986 in einer Rede in Wien die Abhaltung einer Konferenz über Menschenrechtsfragen in Moskau vor. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 341.

<sup>4</sup> Die zweite Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) fand vom 5. bis 29. Juni 1990 statt. Vgl. dazu AAPD 1990.

<sup>5</sup> Die dritte Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) wurde vom 10. September bis 4. Oktober 1991 durchgeführt.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

Monate nach Abschluß des Wiener (Haupt-)Treffens<sup>7</sup> nicht bereits neue substantielle Verpflichtungen vereinbart werden konnten und auch von keinem Teilnehmerstaat ernsthaft angestrebt wurden. Wichtig war vielmehr die Bereitschaft aller Seiten, den neuen Konferenzstrang, der sich parallel zu den Wiener Verhandlungen über militärische Fragen<sup>8</sup> entwickelt, offen und konstruktiv zu nutzen und auch hier den Bestand an gemeinsamen Interessen zu erweitern. Die Zunahme gruppenübergreifender Vorschläge in der menschlichen Dimension ist für diese Bereitschaft ein beredtes Beispiel.

Das Treffen spiegelte ganz überwiegend die Veränderungen in den West-Ost-Beziehungen und insbesondere einen sich fast dramatisch beschleunigenden Pluralismus im östlichen Lager wider. Seine Atmosphäre blieb – ungeachtet von Kontroversen über einzelne Implementierungsdefizite – entspannt und war kaum mehr vom West-Ost-Gegensatz geprägt. Emotional wurden hingegen Konflikte behandelt, die ihre Wurzeln nicht in dem West-Ost-Konflikt haben: Die Kontroverse über die Behandlung der türkischen Minderheit in BUL war (nicht zuletzt wegen der jüngsten Entwicklung<sup>9</sup>) häufiger Gegenstand der Beratungen. Ungewöhnlich offen wurde auch RUM von UNG wegen seiner Minderheitenpolitik angegriffen.

Auch im übrigen richtete sich die Implementierungskritik vorwiegend auf die Gruppe der reformunwilligen WP-Staaten: neben BUL und RUM vor allem ČSSR und DDR. Die Entwicklung des Reformprozesses in der SU nahm hingegen der westlichen Kritik weitgehend Ansatzpunkte und auch Elan.

Überraschend war die Fülle und Vielfalt neuer Vorschläge, die in Paris eingeführt wurden. Sie nehmen zwar oftmals unerledigte Anliegen von Wien wieder auf oder führen Wiener Texte fort. Für den KSZE-Prozeß neuartig und interessant sind daneben jedoch Konzepte wie der „Gemeinsame Europäische Rechtsraum“ oder der „Europäische Rechtsstaat“. Selbst wenn sie sich (auch nach Einschätzung ihrer Einbringer) allenfalls langfristig verwirklichen lassen, so wurde in Paris jedoch ein erster Anstoß gegeben.

Alle diese Vorschläge bleiben auch ohne förmliche Verweisung durch ein Schlußdokument in der Konferenz und können deshalb in Kopenhagen und Moskau weiter behandelt werden. Daß es nicht gelang, den Text eines gemeinsamen Kommuniqués zu vereinbaren, ist lediglich ein Schönheitsfehler. Er zeigt allerdings, wie sehr die Positionen von Außenseitern (etwa von RUM) oder die Verfolgung einzelner, wenn auch gewichtiger Interessen (etwa durch TUR) die Konsensbildung erschweren oder gar verhindern können.

Bei der Abstimmung über gemeinsame Vorschläge wie der Beratung über ein gemeinsames Schlußdokument wurde letztlich auch spürbar, daß ein Treffen

<sup>7</sup> Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7.

<sup>8</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.

Zu den VSBM-Verhandlungen vgl. Dok. 219.

<sup>9</sup> Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 153, Anm. 23.

Botschaftsrat I. Klasse Zimmermann, Sofia, berichtete am 19. Juni 1989, am Vortag sei in den bulgarischen Medien eine Erklärung von Ministerpräsident Atanassow zur neuen Ausreisegesetzgebung veröffentlicht worden. Allen bulgarischen Bürgern sei es nun möglich, das Land zu verlassen. Zimmermann resümierte, lange habe sich die bulgarische Regierung „dem berechtigten Vorwurf gegenübergesehen, sie lasse Angehörige der TUR Minderheit [...] nicht ausreisen. Jetzt unterstellt man ihr Vertreibung, nachdem sie die Grenzen geöffnet hat und sich eine Welle in Gang setzt, deren Ausmaß und Auswirkungen sie nicht erwartet hat.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 348; Referat 214, Bd. 139825.

von vier Wochen nicht ausreichend Zeit für intensive Textverhandlungen läßt. Hieran wird sich auch in Kopenhagen und Moskau kaum etwas ändern lassen.

## 2) Die westliche Allianz

Die westliche Seite ist geschlossen aufgetreten und hat Koordinierungsprobleme, etwa zwischen den Zwölf und 16, vermieden. Die intensive Abstimmung und das einheitliche Auftreten im Rahmen der EPZ machen die Zwölf zu einem gewichtigen Faktor des Verhandlungsprozesses. Sie haben nicht nur die ersten Vorschläge gemeinsam eingebracht, sondern auch die textlichen Grundlagen für die Beratungen über ein gemeinsames Schlußdokument gelegt.

Einer alten Tradition entsprechend, blieb das Gastgeberland F um Ausgleich und – wenn auch ohne Erfolg – ein möglichst substantielles Schlußdokument bemüht. Es hat dabei nicht immer ausreichend die Notwendigkeit und die Verfahren des innerwestlichen Abstimmungsprozesses beachtet, was u.a. die Zeitnot am Ende des Treffens erklärt. Seine Vorstellungen zur Entwicklung eines europäischen Rechtsstaates verlassen den Boden bisheriger KSZE-Verpflichtungen, da sie tief in Institutionen und Rechtssysteme der Teilnehmerstaaten eingreifen. Auch westliche Partner begegnen ihnen mit Vorbehalt.

Die Angelsachsen – US, GB und KAN – zeigten auch in Paris ihr besonderes Profil durch eine anhaltende, gelegentlich die Grenzen der Polemik streifende Implementierungskritik. Sie hielten diese Linie bis zum letzten Tag des Treffens durch, da sie hierin seine eigentliche Aufgabe sahen. Das hartnäckige, auch Wiederholungen nicht scheuende Auftreten der Angelsachsen führte schließlich in der letzten Woche zu einer heftigeren Reaktion der SU, die damit zumindest zeigen wollte, daß sie noch die härteren Bandagen früherer Treffen im Gepäck führt. Es stellt sich die Frage, ob die Versuche einer Implementierungskritik „in Permanenz“ nicht zu abnehmenden Erträgen führen – in der Aufmerksamkeit der anderen Delegationen wie in der Reaktion der betroffenen Staaten.

Distanziert zeigten sich die Angelsachsen auch gegenüber den Vorstellungen von einem „gemeinsamen Rechtsraum“ oder „europäischen Rechtsstaat“. Sie sind sich dabei nicht nur der Besonderheiten des eigenen Rechtssystems bewußt, sondern halten entsprechende Ansätze auch für zu vage, um konkrete Verbesserungen in absehbarer Zeit zu erreichen. Züge der Utopie trägt jedoch auch der US-Vorschlag über ein repräsentatives Regierungssystem<sup>10</sup>, der den Rahmen humanitärer Anliegen verläßt und letztlich Angleichung der östlichen Systeme an das westliche Modell oder gar dessen Übernahme verlangt.

Eine Sonderrolle spielte TUR wegen ihrer – unter Aufbietung aller diplomatischer Mittel – auch in Paris geführten Kampagne gegen die bulgarische Assimilierungspolitik bzw. die bulgarischen Zwangsausweisungen. An der Haltung Ankaras scheiterte nicht zuletzt der Versuch eines gemeinsamen Schlußkommunikés.

TUR selbst blieb allerdings wegen eigener Menschenrechtsverletzungen weitgehend verschont – wenn man von den Angriffen ZYP und GRI wegen der Beset-

<sup>10</sup> Am 20. Juni 1989 schlug die Delegation der USA vor, die KSZE-Teilnehmerstaaten sollten das Recht aller Völker achten, „an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten ihres Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen“. Dem Vorschlag schloß sich Großbritannien an. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.33; Referat 212, Bd. 153480.

zung Nord-Zyperns<sup>11</sup> und kurzen Hinweisen von östlichen und neutralen Delegationen auf Folter und Minderheitenpolitik absieht.

### 3) Die WP-Staaten

Die östliche Seite hat in bislang nicht beobachteter Weise Pluralismus im Auftreten und den Verhandlungszielen gezeigt. Die SU hat ostentativ den Versuch aufgegeben, Blockdisziplin zu fordern und zu wahren. Aber auch die anderen sozialistischen Staaten zeigten untereinander kaum Solidarität. Sie blieben „Einzelkämpfer“ auf ihren jeweiligen humanitären Problemfeldern und zeigten auch bei der Entwicklung neuer Vorschläge durchaus unterschiedliches Profil. Die neue Meinungsvielfalt ist Teil von Perestroika, wie auch das sowjetische Auftreten selbst ganz maßgeblich von den Entwicklungen in Moskau bestimmt wurde. Die SU ließ in Paris eine ganze Reihe prominenter Volksdeputierter (von einer Kosmonautin bis zum Metropoliten) als Zeugen des neuen Denkens und der „jungen sowjetischen Demokratie“ auftreten und betonte auch in ihren Vorschlägen die europäische Gemeinsamkeit.

Mit dieser Linie hat die sowjetische Delegation der westlichen Kritik viele Ansatzpunkte genommen. Gegenstand westlicher Beanstandungen war deshalb überwiegend die menschenrechtliche Lage in der Gruppe der orthodoxen WP-Staaten. Hierzu gehörten BUL (wegen türkischer Minderheit), ČSSR (Verfolgung von Bürgerrechtlern) und DDR (wegen ihrer Ausreisepolitik und des Grenzregimes). Die Begrenzung auf einzelne Länder und Menschenrechtsverletzungen zeigt jedoch zugleich das Ausmaß der mittlerweile eingetretenen Verbesserungen.

RUM ist durch seine systematischen und massiven Verletzungen fast aller Menschenrechte, seinen Vorbehalt zum WAD<sup>12</sup> und seine zynischen Hinweise auf die „beklagenswerte“ soziale Lage vieler Länder zwar in der Außenseiterrolle geblieben. Es hat sich gegen den Versuch gewehrt, das Treffen mit einem Text zu beenden, der über eine rein faktische Beschreibung hinausging. Die rumänische Delegation überraschte dennoch durch ihr Auftreten, da sie sich selbst der Behandlung von Fragen des CHD-Mechanismus nicht verschloß (ohne jedoch ihre prinzipielle Ablehnung aufzugeben). Bukarest hat offenbar Weisung erteilt, zumindest den Verhandlungsprozeß unter den 35 nicht zu verlassen.

Die erwarteten Angriffe der WP-Staaten wegen der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den westlichen Ländern sind über Ansätze kaum hinausgekommen. An ihnen haben sich im wesentlichen nur RUM und die DDR beteiligt. Den anderen WP-Staaten blieb der eigene Rückstand auch in diesen Bereichen zu bewußt.

Während POL eher zurückhaltend auftrat und auch als einziger WP-Staat von keiner Seite Kritik hinnehmen mußte, verhielt sich UNG – in Implementierungs-

<sup>11</sup> Am 15. Juli 1974 unternahm die von griechischen Offizieren befehligte zypriotische Nationalgarde einen Putsch gegen Präsident Makarios, der am Folgetag Zypern verließ. Am 20. Juli 1974 landeten türkische Truppen auf Zypern. Am 22. Juli 1974 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 217.

Am 8. August 1974 wurde ein Abkommen über die Festlegung der Demarkationslinien auf Zypern abgeschlossen; jedoch begann am 14. August 1974 ein erneuter Angriff türkischer Truppen. Die militärischen Operationen wurden am 16. August 1974 nach Appellen des VN-Sicherheitsrats weitgehend eingestellt. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 233, Dok. 236 und Dok. 238.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien vom 15. Januar 1989 und sämtlicher dazugehöriger Dokumente vgl. BULLETIN 1989, S. 77–105.

kritik wie Vorschlagsphase – wie ein westlicher Teilnehmerstaat. Seine offene und unter Namensnennung geführte Kontroverse über die Behandlung der ungarischen Minderheit durch Bukarest ist bislang beispiellos in der KSZE-Geschichte. UNG marschiert nicht mehr nur vor dem, sondern im humanitären Bereich auch weitgehend außerhalb des WP.

#### 4) Die N+N-Staaten

Sie spielten in keiner der Verhandlungsphasen eine eigene Rolle und waren kaum mehr als Konferenzgruppe vorhanden. So haben sie weder gemeinsame Vorschläge einbringen können noch einen maßgeblichen Part bei den Bemühungen um ein Schlußkommuniqué gespielt. Engagiert und initiativ gerade in humanitären Fragen zeigten sich erneut A und CH, während die nordischen Neutralen und die Ungebundenen kaum auftraten. Auch JUG blieb weitgehend im Schatten und wurde wegen seiner Politik auch von keiner Seite kritisiert, obgleich nicht zuletzt die Situation im Kosovo<sup>13</sup> hierzu Anlaß geboten hätte.

#### 5) Die eigene Delegation

Unsere Haltung zum CHD-Prozeß wurde am 2.6. durch den BM dargelegt.<sup>14</sup> Er stellte Schutz und Verwirklichung der Menschenrechte in einen engen Zusammenhang mit der Wende in den West-Ost-Beziehungen und zeichnete das Bild eines europäischen Rechtsstaates mit den Menschenrechten als seinem Herzstück. Menschenrechte und Grundfreiheiten müßten für alle gelten – auch für die Deutschen und die deutschen Minderheiten in zahlreichen Staaten. Ein Europa ohne Trennung, ohne Mauern und Stacheldraht sei erreichbar.

Kritisch haben wir uns mit den massiven Menschenrechtsverletzungen in RUM, der Situation der türkischen Minderheit in BUL sowie eingehend mit Ausreiserecht und Praxis der DDR befaßt. Gegenüber der ČSSR haben wir den Fall Hájek<sup>15</sup> angesprochen und eine sachlich befriedigende Stellungnahme gefordert. Wir haben aber auch positiv die Tätigkeit der deutsch-sowjetischen Arbeitsgruppe über humanitäre Fragen gewürdigt.

An neuen Vorschlägen haben wir die Texte der Zwölf zu Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit<sup>16</sup> initiiert und als Miteinbringer Texte zum Zugang von NGOs zu CHD-Treffen<sup>17</sup>, Prozeßbeobachtern<sup>18</sup>, europäischen Rechts-

<sup>13</sup> Zur Lage im Kosovo vgl. Dok. 79 und Dok. 200.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher in Paris vgl. BULLETIN 1989, S. 497–500.

<sup>15</sup> Zum Fall Hájek vgl. Dok. 16, Anm. 8.

<sup>16</sup> Die Delegationen der EG-Mitgliedstaaten sowie Kanadas und Österreichs unterbreiteten am 14. Juni 1989 Vorschläge zur freien Meinungsäußerung sowie zum „Recht auf friedliche Versammlung und Recht auf Vereinigung“. Den letztgenannten Vorschlag brachte auch Norwegen mit ein. Den beiden Vorschlägen schlossen sich San Marino und die Türkei bzw. San Marino, die Türkei und Ungarn an. Vgl. dazu die Dokumente CSCE/CDHP.1 und CSCE/CDHP.2; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>17</sup> Am 15. Juni 1989 brachten die Delegationen Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Großbritanniens, Islands, Kanadas, Luxemburgs, der Niederlande, Portugals, Spaniens, Schwedens und der Schweiz einen Vorschlag ein betreffend den „Zugang zu den Sitzungen der Konferenz über die Menschliche Dimension für nichtstaatliche Organisationen, Journalisten und die Öffentlichkeit“. Diesem Vorschlag schlossen sich Liechtenstein, Norwegen, Ungarn und die USA an. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.4; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>18</sup> Mit dem Ziel, „eine bessere Transparenz bei der Verwirklichung der im Abschließenden Dokument von Wien im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen“, schlugen die Delegationen Finnlands, Frankreichs, Liechtensteins, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und Ungarns am 16. Juni 1989 u. a. vor, jeder Teilnehmerstaat solle „auf Ersuchen eines anderen Teilnehmerstaates die Entsendung eines Beobachters zu einem bestimmten Gerichtsverfah-

staat<sup>19</sup>, Abschaffung von Ausreisegenehmigungen<sup>20</sup>, Verbesserung des CHD-Mechanismus<sup>21</sup>, freien Gewerkschaften<sup>22</sup> und Abschaffung der Todesstrafe<sup>23</sup> unterstützt.

Auch haben wir uns nachdrücklich für ein Schlußkommuniqué eingesetzt, wobei wir in der Schlußphase der Verhandlungen aus der Reihe der „Zwölf“ so gut wie keine Unterstützung, auch von F nicht, erhielten.

#### <sup>24</sup>6) Deutschlandpolitische Aspekte

Die DDR gehörte sichtbar zur Gruppe der „Nachzügler und Bremser“ (so A-DL<sup>25</sup>). Sie hat sich in dieser unbequemen Situation nicht ungeschickt verhalten und in Paris die weitgehende Isolierung vermeiden können, in die sie auf dem Informationsforum London<sup>26</sup> geraten war. Im Zentrum der Kritik von vielen Seiten (unter Einschuß der westlichen Neutralen) standen Mauer und Stacheldraht, die zunehmend auch als umfassende Verletzung der Menschenrechte verstanden werden. Ihr begegnete die DDR mit den bekannten Argumenten. Hinzu kam auch der Hinweis auf die Aktivitäten rechtsextremer und neo-nazistischer Gruppen, gegen die sie sich schützen müsse. Dem Vorwurf der Verweigerung von Ausreisefreiheit und Freizügigkeit begegnete sie mit der unzutreffenden Behauptung, sie erfülle mit der neuen Reiseverordnung<sup>27</sup>, namentlich dem Recht auf Antragstellung, alle Verpflichtungen – wie auch die Reisetatistiken bewiesen.

Trotz oftmals provozierender westlicher Hinweise auf die gefährdete Glaubwürdigkeit der DDR verweigerte sie jede Auskunft oder Stellungnahme zur Veröffentlichung des nichtvereinbarten Textes des WAD.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 849*

ren“ gestatten. Dem Vorschlag schlossen sich die Bundesrepublik, Kanada, San Marino, Spanien und die USA an. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.5; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>19</sup> Zusammen mit Frankreich, Österreich und der UdSSR legte die Delegation der Bundesrepublik am 16. Juni 1989 einen Text vor, in dem als langfristiges Ziel formuliert wurde, „die Errichtung einer gemeinsamen Rechtsgrundlage in einem Europa der Rechtsstaaten zu verwirklichen“. Diesem Text schlossen sich Polen, San Marino, die Tschechoslowakei und Ungarn an. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.17; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>20</sup> Die Delegationen Belgiens, der Bundesrepublik, Dänemarks, Finnlands, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas, Liechtensteins, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, San Marinos, Schwedens, der Schweiz, Spaniens, Ungarns und der USA präsentierten am 21. Juni 1989 Vorschläge zur „Abschaffung von Ausreisegenehmigungen und Ausstellung von Reisedokumenten“. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.34; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>21</sup> Am 16. Juni 1989 unterbreiteten die Delegationen der Bundesrepublik, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande und Portugals Vorschläge zur „Verbesserung des Funktionierens der im Kapitel über die menschliche Dimension der KSZE des Abschließenden Dokuments von Wien beschriebenen Verfahren“. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.20; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>22</sup> Die Delegationen der Bundesrepublik, Dänemarks, Frankreichs, Griechenlands, Irlands, Italiens, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Portugals, San Marinos, Schwedens und Spaniens schlugen am 19. Juni 1989 u.a. vor, „alle rechtlichen und administrativen Hindernisse für den Pluralismus von Gewerkschaften“ zu beseitigen. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.29; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>23</sup> Die Delegationen der Bundesrepublik, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Liechtensteins, Luxemburgs, der Niederlande, Österreichs, Portugals, San Marinos, der Schweiz, Spaniens und Zyperns forderten am 19. Juni 1989, „die Todesstrafe dort, wo sie noch besteht, in Friedenszeiten schrittweise abzuschaffen“. Vgl. das Dokument CSCE/CDHP.28; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>24</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1603 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>25</sup> Leiter der österreichischen Delegation bei der Konferenz über die „menschliche Dimension der KSZE“ (CHD) in Paris war vom 30. Mai bis 10. Juni 1989 Helmut Türk und vom 10. bis 23. Juni 1989 Martin Vukovich.

<sup>26</sup> Zum KSZE-Informationsforum vom 18. April bis 12. Mai 1989 vgl. Dok. 137.

<sup>27</sup> Zu den Durchführungsbestimmungen zur Reiseverordnung der DDR, die am 1. April 1989 in Kraft traten, vgl. Dok. 89, Anm. 9.



Die Vorschläge der DDR (zum Recht auf soziale Sicherheit, Recht auf Bildung, menschliche Dimension des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie die politische Kultur im Bereich der menschlichen Dimension<sup>28</sup>) bewegen sich auf bekannter Linie. Dies gilt insbesondere für den Text über die „politische Kultur“, der sich als Kompendium der Argumente zugunsten der Nichteinmischung liest.

Das Verhältnis beider Delegationen war ungestört, der Umgangston zwischen ihnen sachlich und freundlich.

#### 7) CHD-Mechanismus

Erstmals wurde der in Wien vereinbarte Mechanismus bilateraler Demarchen und Treffen sowie multilateraler Notifizierungen zur besseren Implementierung humanitärer Verpflichtungen einer kritischen Überprüfung unterworfen. Sie ergab die Übereinstimmung der Teilnehmerstaaten (Ausnahme: RUM) darüber, daß sich dieses „innovative“ Element des WAD einzuspielen beginne und formal zufriedenstellend funktioniere. Der Mechanismus verlange aber bessere Ergebnisse in der Substanz, insbesondere durch Lösung konkreter Einzelfälle.

#### 8) Neue Vorschläge

Vier Monate nach Abschluß des Wiener Treffens mit einem umfangreichen und gerade im humanitären Bereich sehr gehaltvollen Dokument bestand Einvernehmen darüber, daß in Paris nicht bereits neue inhaltliche Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten angestrebt werden sollten – zumal die volle Implementierung der Wiener Vereinbarungen noch aussteht. Obgleich West wie Ost deshalb eine realistische und eher zurückhaltende Position zu neuen Texten einnahmen, litt das Treffen nicht an Mangel an Ideen und Konzepten. Es wurden 36 förmliche Konferenzvorschläge eingebracht. Auch insoweit blieb die westliche Seite initiativ und vorwärtsweisend. Sie entwickelte die Mehrzahl der Texte zu klassischen Freiheitsrechten und zur Überwachung ihrer Einhaltung, aber auch zu praktischen Verbesserungen im Bereich der Ausreisen und Freizügigkeit.

Die östliche Seite beschränkte sich nur zum Teil auf bekannte und orthodoxe Gegenvorschläge zu den Wirtschafts- und Sozialrechten. Sie entwickelte auch Texte zu eigenen Anliegen (Einreiseerleichterungen<sup>29</sup>, Zusammenarbeit der Parlamente<sup>30</sup>) oder sogar neue Konzepte. Dies gilt namentlich für den Vorschlag der SU, in langfristiger Perspektive einen gemeinsamen europäischen Rechtsraum anzustreben.<sup>31</sup> Obgleich dieser Vorschlag noch vage bleibt und in eher bescheidenen ersten Schritten (etwa durch rechtsvergleichende Studien) umgesetzt werden soll, zeigt er das ernstzunehmende Interesse Moskaus, den Anschluß an eine gemeinsame europäische Tradition und Kultur des Rechts wiederzugewinnen.

<sup>28</sup> Zu den Vorschlägen der DDR vom 16. Juni 1989 vgl. die Dokumente CSCE/CDHP.9 bis CSCE/CDHP.12; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>29</sup> Am 16. Juni 1989 machte die Delegation Bulgariens Vorschläge zur „Erleichterung von Reisen aus dringenden humanitären und beruflichen Gründen und zu touristischen Zwecken“. Am selben Tag legte die Delegation Polens einen ähnlichen Text vor. Vgl. dazu die Dokumente CSCE/CDHP.14 und CSCE/CDHP.16; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>30</sup> Die Delegation Bulgariens unterbreitete am 15. Juni 1989 Vorschläge zur „Zusammenarbeit der Parlamente auf dem Gebiet der menschlichen Dimension der KSZE“. Vgl. dazu das Dokument CSCE/CDHP.3; Referat 212, Bd. 153480.

<sup>31</sup> Vgl. Anm. 19.

Bemerkenswert an diesem wie an verschiedenen anderen Texten ist auch, daß sie von Teilnehmerstaaten aus allen Konferenzgruppen getragen wurden und damit das bisherige Schema verlassen, wonach die drei Gruppen ihre jeweiligen Ausgangspositionen überwiegend durch getrennte Vorschläge bestimmen. Das Bemühen um einen gemeinsamen Ansatz ist stärker und auch sichtbarer geworden.

Durch die Zusammenfassung der drei Treffen in – einer – Konferenz bleiben die Vorschläge auch in Kopenhagen und Moskau auf dem Verhandlungstisch, ohne daß es hierzu eines besonderen Beschlusses des Treffens bedurfte. Der eigentliche Verhandlungsprozeß über die Texte hat in Paris noch nicht begonnen. Nicht auszuschließen ist trotz der beiden weiteren Treffen, daß die Vorschläge erst in Helsinki<sup>32</sup> zu neuen Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten führen.

#### 9) Menschenrechtsgruppen (NGOs)

Wie kein anderer Bereich findet die menschliche Dimension die besondere Beachtung privater Menschenrechtsgruppen und einzelner Petenten. Unsere Delegation hat sich keinem Gesprächswunsch verschlossen und hat zahlreiche Gespräche geführt.

Aus Sicherheitsgründen blieb der Zugang der NGOs zu den Konferenzräumen und den Delegationen allerdings beschränkt<sup>33</sup>, was zu erheblicher Unzufriedenheit führte. Selbst die – öffentlichen – Plenarsitzungen konnten nur über Monitore verfolgt werden. Damit wurde der Standard an Offenheit und Zugang, wie er nicht zuletzt in Wien vorhanden war, kaum mehr gewahrt, obgleich es hierzu eine ausdrückliche Verpflichtung im WAD gibt. In Kopenhagen sollen deshalb wieder großzügigere Zugangsbedingungen gelten.

[gez.] Rantzau

**Referat 213, Bd. 147171**

<sup>32</sup> In Helsinki fand vom 24. März bis 8. Juli 1992 die vierte KSZE-Folgekonferenz statt.

<sup>33</sup> Der Passus „Aus Sicherheitsgründen ... beschränkt“ wurde von Legationsrat I. Klasse Grunenberg hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kein gutes Zeichen für Moskau!“

## 193

**Botschafter Freitag, Teheran, an das Auswärtige Amt****114-13251/89 VS-vertraulich****Aufgabe: 24. Juni 1989, 12.00 Uhr<sup>1</sup>****Fernschreiben Nr. 523****Ankunft: 24. Juni 1989, 13.12 Uhr****Citissime**

Betr.: Deutsch-iranische Beziehungen und anderes;  
 hier: Vertrauliches Gespräch mit Westeuropa-Direktor des hiesigen  
 Außenministeriums am 23.6.1989

Bezug: 1) DB 500 vom 19.6.1989 – Pol 321 IRN VS-NfD 131210<sup>2</sup>

2) DB 519 vom 22.6.1989 – Pol 383.25 211345<sup>3</sup>

Zur Information und mit der Bitte um Weisung

Kurzfassung:

Vertrauliches Gespräch mit Westeuropa-Direktor hiesigen AMs, Mussawian  
 (enge Verbindung zu Rafsandschani), ergab:

a) Bilateral

Iran offensichtlich an zügiger Wiederherstellung guter Beziehungen interessiert und bereit, weitere „Signale“ zu geben. M. will sich persönlich um Aufklärung von menschenrechtlichen Einzelfällen bemühen. Er will außerdem im IAM<sup>4</sup> und auch mit Rafsandschani aufgreifen: deutsch-iranisches Menschenrechtsseminar, Einladung Sonderberichterstatter MRK nach Iran, Amnestie für politische Häftlinge, Interview des neuen Präsidenten<sup>5</sup> mit deutscher Zeitung. Aller-

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.

Hat dem Bereitschaftsdienst am 24. Juni 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, er habe Vortragenden Legationsrat Vorwerk informiert. Dieser habe um Information des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dassel und des Ministerialdirektors Schlagintweit sowie um Weiterleitung von Ablichtungen an Bundesminister Genscher, Ministerialdirektor Kastrup, Schlagintweit und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Hoessle gebeten.

Zu den Weiterleitungen wurde handschriftlich vermerkt: „Erl[edigt] am 24.6.“

Hat Vorwerk und Dassel am 26. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Freitag, Teheran, berichtete: „Am 18.6.89 hatte ich nach über viermonatiger Abwesenheit erstes Gespräch mit dem Westeuropa-Direktor des I[ranischen]A[ußen]M[inisteriums], Mussawian. Termin ging auf Initiative M[ussawian]s zurück. M. empfing mich ausgesprochen herzlich und zeigte sich über meine Rückkehr sehr erfreut. Erster allgemeiner Meinungsaustausch verlief in der Sache z. T. kontrovers, aber ohne jede Schärfe. [...] Eher problematisch war die wiederholt betonte Absicht M.s, bei den nächsten Gesprächen bereits konkrete Sachthemen aufzugreifen und möglichst dort anzuknüpfen, wo wir vor der ‚Rushdie-Affäre‘ gestanden hätten. Ich sah mich daher veranlaßt, seine offenbar etwas hohen Erwartungen zu dämpfen.“ Vgl. Referat 311, Bd. 154139.

<sup>3</sup> Mit Drahterlaß Nr. 199 vom 1. Juni 1989 wurde die Botschaft in Teheran u. a. um Stellungnahme zu der Frage gebeten, ob im Iran inhaftierte Frauen, denen möglicherweise die Hinrichtung drohe, Ausreisewünsche geäußert hätten und ob in anderen EG-Mitgliedstaaten ähnlich großes Interesse an ihrem Schicksal bestehe. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 154163.

Botschafter Freitag, Teheran, teilte am 22. Juni 1989 mit, er habe die Frage „in heutiger EPZ-Sitzung“ gestellt: „Die übrigen Missionschefs haben keine Informationen über die drohende Hinrichtung einer größeren Anzahl inhaftierter Frauen [...]. Ich werde Angelegenheit bei nächster Gelegenheit mit Vertreter hiesigen AM aufnehmen und danach berichten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 519; Referat 311, Bd. 154163.

<sup>4</sup> Iranisches Außenministerium.

<sup>5</sup> Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

dings möchte Iran sichergehen, daß Signale auf positive Resonanz stoßen, daher seien schon jetzt Wiederaufnahme der Kontakte auf hoher Ebene und zügige Inangriffnahme konkreter Sachfragen vorzubereiten.

#### b) Innere Lage

Khomeinis letzte Entscheidungen hätten reibungslosen Übergang gesichert. Rafsandschani mit Sicherheit neuer Präsident. Ahmad Khomeini, der entgegen seinem Ruf ein Moderater sei, vielleicht neuer Parlamentssprecher. Die drei Persönlichkeiten von Khomeini zu enger Zusammenarbeit verpflichtet. Klerus unterstütze voll die Führerschaft Khameneis. Verfassungsreform stehe unmittelbar vor Abschluß. Die Radikalen hätten an Einfluß verloren.

#### c) Außenbeziehungen

- Moskau-Reise Rafsandschanis<sup>6</sup> unter gegebenen Umständen nicht zu vermeiden, aber gekürzt. Sorge wegen Ungleichgewichts iranischer Außenpolitik, wenn Zusammenarbeit mit Westen nicht schnell wieder aufgenommen wird. Osten hätte Rushdie-Affäre<sup>7</sup> voll zu seinem Vorteil genutzt.
- Iran wolle mit Europa als dem „natürlichen Partner“ enger zusammenarbeiten. Hoffe auf positive Signale seitens EG, z.B. Aufhebung Beschluß über Einstellung politischer Kontakte<sup>8</sup>; würde Eintreten Europäischen Rats<sup>9</sup> für zügige Implementierung von Resolution 598<sup>10</sup> gerade jetzt als sehr hilfreich betrachten. Dagegen könnten irankritische Erklärungen die aufgrund neuer Lage gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten empfindlich stören.

#### Langfassung:

Am 23.6.1989 abends hatte ich über vierstündiges vertrauliches Gespräch (in Residenz) mit Westeuropadirektor hiesigen AMs, Mussawian. M. gehört, wie dort bekannt, zum Kreis um Rafsandschani und hat direkten Zugang zu diesem. Aus dem sehr offenen Gespräch über bilaterale Probleme, die interne Lage und iranische Außenbeziehungen halte ich zusammenfassend fest:

#### 1) Bilaterale Fragen

Baldige Wiederaufnahme der konkreten Arbeit zur Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen sei – so M. – dringend erforderlich. In den nächsten Wochen müsse eine Art „Plan“ über die Schritte überlegt werden, die bis zum Jahresende unternommen werden sollten. Zunächst seien geeignete Ideen zu sammeln, sodann ihre Realisierung anzugehen. In Frage kämen praktisch alle Bereiche der bilateralen Zusammenarbeit.

<sup>6</sup> Der Präsident des iranischen Parlaments, Rafsandschani, besuchte die UdSSR vom 20. bis 23. Juni 1989.

<sup>7</sup> Zu den Morddrohungen gegen den Schriftsteller Salman Rushdie vgl. Dok. 43 und Dok. 49.

<sup>8</sup> Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung am 20. Februar 1989 in Brüssel vgl. Dok. 48.

<sup>9</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

<sup>10</sup> Zur Resolution Nr. 598 des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 und den Verhandlungen über ihre Implementierung vgl. Dok. 58, Anm. 5.

Referat 230 vermerkte am 20. Juni 1989, auch eine vierte Verhandlungsrunde vom 20. bis 23. April 1989 in Genf habe „keinerlei Fortschritte“ erbracht: „Iran kommt es vor allem auf den sofortigen Rückzug irakischer Truppen von iranischem Territorium an. Iran selbst hält kein irakisches Territorium mehr besetzt. Erst nach dem Truppenrückzug sollen ein ‚Waffenstillstand‘ geschlossen und die übrigen Fragen (Kriegsgefangenen austausch, Räumung des Schatt-el-Arab) geklärt werden.“ Vgl. Referat 310, Bd. 149700.

Ich bestätigte unsere grundsätzliche Bereitschaft zur Fortführung und Entwicklung der Beziehungen, legte aber nochmals eingehend die Belastungen dar, denen diese Beziehungen vor allem durch die Tötungsaufrufe und die Menschenrechtslage in Iran ausgesetzt worden seien. Gerade in diesen Bereichen seien positive Signale von iranischer Seite sehr wichtig.

M. erklärte sich hierauf bereit, sich – soweit notwendig, auch bei Rafsandschani persönlich – wie folgt zu bemühen:

a) Versuch, soweit wie irgend möglich den Einzelfällen im MR-Bereich nachzugehen. Hierzu bat er, ihm möglichst alle an uns herangetragenen Fälle einschließlich der in der Initiative des Regierenden Bürgermeisters genannten, zum Tode verurteilten Frauen<sup>11</sup> in Kopie zu überlassen. Er hätte auf diese Weise bereits einen ihm von Dg31<sup>12</sup> genannten Fall aufklären können.<sup>13</sup> Allerdings könne er nicht versprechen, daß er in jedem Fall Erfolg haben werde, zumal, wenn es sich um große Zahlen handele.

b) Einladung des Sonderberichterstatters der MRK der VN nach Iran.<sup>14</sup> Er sehe ein, daß dies Irans internationale Position erheblich verbessern würde, selbst bei einem kritischen Bericht des SB.

c) Prüfung einer Amnestie für politische Häftlinge nach Amtsantritt des neuen Präsidenten. M. verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß Khamenei vor wenigen Tagen den noch von Khomeini eingesetzten Amnestieausschuß zur Prüfung von Einzelfällen beauftragt habe, seine Arbeiten zügig weiterzuführen.

d) Veranstaltungen des von BM Genscher schon bei seinem Teheran-Besuch 1984<sup>15</sup> vorgeschlagenen Seminars über Menschenrechte unter Beteiligung von

<sup>11</sup> Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Momper, teilte Bundesminister Genscher mit Schreiben vom 12. Mai 1989 mit, daß die im Iran „nach dem iranisch-irakischen Waffenstillstand einsetzende Hinrichtungswelle zunehmend Frauen“ bedrohe: „Nach mir vorliegenden Meldungen sind zur Zeit im Teheraner Evin-Gefängnis 83 Frauen in Lebensgefahr, ihnen droht die Hinrichtung.“ Einige seien namentlich bekannt. Momper bat, sich bei der iranischen Regierung dafür einzusetzen, daß den Betroffenen Gelegenheit zur Ausreise in die Bundesrepublik gegeben werde. Das Land Berlin sei bereit, sie aufzunehmen. Vgl. Referat 311, Bd. 154163.

In seinem Antwortschreiben vom 28. Juni 1989 wies Genscher auf die bisherigen Bemühungen des Auswärtigen Amts zur Freilassung im Iran inhaftierter Frauen hin und führte aus, schon jetzt auf eine Ausreise hinzuwirken, sei problematisch, weil diese sich weiter in Haft befänden. Ein „allzu offenes Interesse an ihrer Ausreise zu bekunden“, könnte ihnen sogar schaden. Man habe daher „mit der gebotenen Vorsicht das Interesse an einer baldigen Freilassung signalisiert“. Vgl. Referat 311, Bd. 154163.

<sup>12</sup> Heinz Fiedler.

<sup>13</sup> An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Kodamoradi?“

Zum Fall des 1981 im Iran aus politischen Gründen verhafteten iranischen Staatsangehörigen Abbas Khodamoradi, der seit 1968 mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet war, teilte der CDU-Abgeordnete Jenninger Bundesminister Genscher am 27. April 1989 mit: „Wie mir dessen Frau jetzt mitgeteilt hat, ist Herr Khodamoradi am 7. Februar d.J. aus der Haft entlassen worden. Allerdings bekam er zur Auflage, Teheran sechs Monate nicht zu verlassen, und sein Paß wurde ihm abgenommen. [...] Frau Khodamoradi hat sich bereits an die Deutsche Botschaft in Teheran gewandt und um Hilfe gebeten.“ Vgl. das Schreiben; Referat 311, Bd. 166850.

Botschafter Freitag, Teheran, informierte am 13. November 1989, Khodamoradi habe vorgesprochen und berichtet, sich weiterhin vergeblich um einen Reisepaß bemüht zu haben: „Sollten sich seine Bemühungen als erfolglos erweisen, so beabsichtige er, andere Möglichkeiten zum Verlassen des Landes zu nutzen (illegaler Grenzübertritt).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1064; Referat 311, Bd. 166850.

<sup>14</sup> Zur Frage eines Besuchs des Sonderberichterstatters der VN-Menschenrechtskommission, Galindo Pohl, im Iran vgl. Dok. 217, Anm. 9.

<sup>15</sup> Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1984 im Iran auf. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 201 und Dok. 203.

Wissenschaftlern, Theologen, Politikern und Journalisten. Das Seminar sollte – so M. – am besten noch in diesem Jahr, möglichst in Teheran, stattfinden.

e) Vermittlung eines Interviews des neugewählten Präsidenten mit einem angesehenen deutschen Blatt. Hierbei könnte über MR-Fragen und vieles andere gesprochen werden. M. bat um diskrete Anregung, welche Zeitungen nach unserer Erfahrung hierfür geeignet seien. Er selbst dachte an den „Spiegel“.

M. stellte die Notwendigkeit von „Signalen“ überhaupt nicht in Frage, meinte aber, daß Rafsandschani vorher mit Sicherheit wissen möchte, welche Erwartungen er an solche Zeichen knüpfen könne. Daher müsse man schon jetzt den „zweiten Schritt“, nämlich konkrete Vorhaben, überlegen. Hierzu gehörten beispielsweise:

- Aufhebung des EPZ-Beschlusses über das Aussetzen von Kontakten auf politischer Ebene;
- wechselseitige Besuche hochrangiger Regierungsvertreter zur Erörterung konkreter Sachthemen der bilateralen Zusammenarbeit. Zunächst könnten dies hohe Beamte sein (M. nannte StS von Würzen, D3<sup>16</sup>), nach der Regierungsbildung, die in etwa zwei bis drei Monaten abgeschlossen sein dürfte, auch Minister.<sup>17</sup>

M. erklärte sein Drängen wie folgt: Die innenpolitischen Weichen seien gestellt (siehe auch unter Ziffer 2). Die Führung treffe bereits jetzt konkrete Sachentscheidungen über den Wiederaufbau einschließlich Projektvergabe. Die Ostblockstaaten hätten die vier Monate der Rushdie-Krise voll zu ihrem Vorteil genutzt. Dies sei nicht im Interesse ausgewogener Außenbeziehungen Irans. Die Aufbau-probleme drängten aber. Man müsse weiterkommen. Der Wiederaufbau-„Kuchen“ werde daher schon kleiner. Es sei spät für den Westen, aber noch nicht zu spät.

Die Rücksendung von Botschafter Mostafavi nach Bonn sei von AM Velayati bereits unmittelbar nach meinem Eintreffen verfügt gewesen, sodann aber auf Widerspruch im Parlament und vor allem bei MP Mussawi gestoßen. Das IAM werde aber alles für eine baldige Rückkehr tun. Wenn ich AM Velayati in den nächsten Tagen eine „gute“ Botschaft von BM Genscher überbrächte, sähe er keine Probleme mehr für das IAM.<sup>18</sup> AM Velayati würde mich zu diesem Zweck mit Sicherheit kurzfristig empfangen.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Reinhard Schlagintweit.

<sup>17</sup> Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Dassel handschriftlich: „Nicht unter Zeitdruck.“

<sup>18</sup> Vortragender Legationsrat Vorwerk bat Botschafter Freitag, Teheran, dem iranischen Außenminister Velayati eine mündliche Botschaft von Bundesminister Genscher zu übermitteln. Darin solle das Interesse an guten Beziehungen erklärt werden. Genscher hoffe, „daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, den Blick nach vorn zu wenden“ und „daß manche der Probleme, die die Beziehungen zwischen beiden Ländern belastet haben und zum Teil fortbestehen, in einer gemeinsamen Anstrengung unter Respektierung der Einstellung auch der anderen Seite gelöst werden können. Zu diesen ungelösten Problemen gehören das Fortbestehen der Morddrohung gegen Salman Rushdie und seine Verleger [...] sowie Fragen, die den Gesamtkomplex der Menschenrechte betreffen.“ Vgl. den am 14. Juni konzipierten und am 22. Juni 1989 übermittelten Drahterlaß Nr. 231; Referat 311, Bd. 154139. Am 27. Juni 1989 berichtete Freitag, Velayati habe ihn am gleichen Tag „zwecks Übermittlung mündlicher Botschaft des Ministers“ empfangen. Velayati habe ausgeführt: „Leider habe die Rushdie-Affäre zu großen Schwierigkeiten geführt. Diese hätten vermieden werden können, wenn die deutsche Reaktion nicht so hart ausgefallen wäre.“ Zugleich habe Velayati seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „eine neue Periode der bilateralen Beziehungen beginne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 541; Referat 311, Bd. 154139.

<sup>19</sup> An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „Da ist etwas stark die sowjet[ische] Karte gespielt.“

## 202) Innere Lage

M.'s Ausführungen enthielten einige sehr bemerkenswerte Aspekte:

a) Khomeini habe, um sein Ende wissend, in den letzten Wochen weitreichende Entscheidungen für die Zukunft Irans getroffen. Dies sei der Hauptgrund für den reibungslosen Übergang.

- Im personellen Bereich habe sich der Imam klar für Khomeini als Führer und Rafsandschani als Präsidenten mit erweiterten Befugnissen ausgesprochen. Montazeri habe er zum Rücktritt als Nachfolger veranlaßt, weil er seinen langjährigen Schüler menschlich zwar geschätzt, aber nie für qualifiziert gehalten habe, Iran politisch zu führen. Dies sei immer seine Auffassung gewesen, aber die zuständigen Gremien (insbesondere die Expertenversammlung für die Nachfolgerwahl) hätten hierauf nicht reagiert. Daher habe er schließlich den entscheidenden Schritt selbst getan. Seinen Sohn Ahmad hätte Khomeini nie für eines der beiden Spitzenämter in Erwägung gezogen. Schon auf dem Krankenbett hätte er Ahmad, Khomeini und Rafsandschani eindringlich zur engen Zusammenarbeit verpflichtet. Diese funktioniere gut. Ahmad werde daher keinesfalls für die Präsidentschaft kandidieren. Möglicherweise würde er zum neuen Parlamentssprecher gewählt.

Ahmad sei im übrigen entgegen seinem Ruf ein „Moderater“.<sup>21</sup> Er habe nur deshalb einige Zeit mit den Radikalen zusammengearbeitet, weil ihm das Gespann Khomeini/Rafsandschani während des internen Machtkampfes im vergangenen Jahr zu stark geworden sei. Im Grunde stehe er „rechts“. Dies ergebe sich u. a. daraus, daß er bis zuletzt gegen den Abbruch der Beziehungen zu Großbritannien<sup>22</sup> „gekämpft“ habe. Auch habe er sich im vergangenen Jahr für einen „liberalen“ Handelsminister eingesetzt, dies sei aber am Widerstand des Parlaments gescheitert, so daß der Posten vakant blieb.

- Im sachlich-politischen Bereich habe Khomeini die Verfassungsänderung soweit vorbestimmt, daß die Beratungen problemlos verlaufen seien und in wenigen Tagen abgeschlossen würden. Zu dem brennenden Problem des Wohnungsbaus sei die Entscheidung Khomeinis zugunsten einer vollen Beteiligung des privaten Sektors ausgefallen. Außenpolitisch habe er sich für eine enge Zusammenarbeit mit Europa, das der „natürliche Partner“ Irans sei, ausgesprochen. Seine „weder Ost- noch West-Politik“ habe sich vor allem auf die beiden Supermächte bezogen.

b) Bedeutung und Einfluß der Radikalen um MP Mussawi und Innenminister Mohtaschami<sup>23</sup> seien unter diesen Umständen deutlich zurückgegangen. Ob die beiden dem neuen Kabinett angehören würden, sei fraglich. Etwa zwei Drittel der Minister würden aber bleiben, da sich viele nur wegen MP Mussawi nach außen radikal gegeben hätten. Mussawi werde voraussichtlich ein Lehramt und eine Zeitung übernehmen. Velayati werde AM bleiben, er sei kaum ersetzbar und stehe Khomeini sehr nahe. Der ehemalige VAM Larijani werde sehr wahrscheinlich eine wichtige Aufgabe im neuen Präsidialamt unternehmen.

<sup>20</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 524 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>21</sup> An dieser Stelle handschriftlicher Vermerk: „So wie lt. M[ussawian] schon der Vater.“

<sup>22</sup> Großbritannien brach die diplomatischen Beziehungen zum Iran am 7. März 1989 ab.

<sup>23</sup> Korrigiert aus: „Mahzashami“.

c) Zu den jüngsten Äußerungen und Entscheidungen des Klerus meinte M., daß es ihm selbst erst nach intensiven Gesprächen mit hohen Geistlichen möglich gewesen sei, die Vorgänge zu verstehen. Nunmehr sei klar: Der Klerus stehe voll hinter Khamenei. Letzterer sei als Oberster Führer der Republik auch in religiösen Fragen unabhängig. Dank seines theologischen Ranges als „Rechtsgelehrter“ sei er nicht mehr von einem „Marja-e-Taghli“ („Vorbild zur Nachahmung“, religiöse Führerschaft für den Gläubigen) abhängig, sondern könne in Religionsfragen eigenständig entscheiden. Die Benennung der Großayatollahs Araki und Golpayegani zu „Vorbildern“ habe nur Bedeutung für die individuelle Religionsausübung der Gläubigen und die Entrichtung der sog. religiösen Abgaben („Kum“). Die Großayatollahs hätten sich darüber hinaus in Anerkennung der Führerschaft Khameneis verpflichtet, dem neuen Führer jenen Teil der Abgaben für staatliche Zwecke zu übergeben, der nicht zur Finanzierung der theologischen Hochschulen benötigt würde. Selbstverständlich sei Khamenei frei, in religiösen Führungsaufgaben den Rat der hohen Geistlichkeit zu suchen, er müsse dies aber nicht tun.

### 3) Außenbeziehungen

#### – Moskau-Reise Rafsandschanis

Die Reise zum jetzigen Zeitpunkt sei im IAM und auch in der Führung auf Bedenken gestoßen. Man habe aber schließlich positiv entschieden, weil die Reise terminiert gewesen sei und eine Absage als Zeichen innerer Instabilität ausgelegt worden wäre. Allerdings sei die ursprünglich geplante Verbindung der Reise mit Besuchen in Sofia und Bukarest fallengelassen und der Moskau-Besuch auf drei Tage verkürzt worden. Zum Ergebnis der Reise wisse er nur so viel, daß das ursprüngliche Volumen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit von 3 auf 8 Mrd. US-Dollar angehoben worden sei. Ob dies auch Waffenlieferungen umfasse, könne er noch nicht sagen. Jedenfalls solle der größere Teil dieses Volumens schon in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

#### – Beziehungen Iran–EG

IAM sei an enger Zusammenarbeit mit der EG interessiert. Es würde gerne schon in Kürze einen eigenen hochqualifizierten Botschafter bei der EG akkreditieren lassen. (M. nannte als Möglichkeit StS Navab vom Wirtschaftsministerium, früher Botschafter in Bonn!) Zuvor möchte das IAM jedoch sicher sein, daß die Akkreditierung auf keine Schwierigkeiten in Brüssel stoße, und hätte hierzu gern unsere Meinung. Außerdem wäre er uns dankbar für Informationshilfe in bezug auf Zuständigkeit und Arbeitsweise der EG.

#### – Iran–NL

Iranische Regierung habe nach erneuter Rückberufung des NL-Botschafters<sup>24</sup> ihren eigenen Botschafter aus Den Haag<sup>25</sup> endgültig abgezogen. Die diplomatische Vertretung sei damit dauerhaft auf Geschäftsträgerebene reduziert.

<sup>24</sup> Gesandter Trömel, Teheran, berichtete am 16. Mai 1989: „Botschafter Dr. Horak hat am 15.5.89 EPZ-Runde über seine Abberufung unterrichtet. Er sagte dazu, daß er erste Abberufungsweisung bereits nach Rafsandschanis Freitagspredigt vom 5.5.89 erhalten habe, diese dann nach dem Fernsehinterview Rafsandschanis vom 10.5.89 (Widerruf) zurückgezogen, jedoch nach dem Bericht über Staatspräsident Khameneis Äußerung in Peking zur Morddrohung gegen Rushdie wiederholt worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 390; Referat 220 (202), Bd. 174785.

<sup>25</sup> Mohammad Taqi Moayyed.



Da in Iran – anders als in Westeuropa – Außenhandel und Politik eng zusammenhängen, habe dies auch bereits zur Stornierung von iranischen Einkäufen in den NL geführt.

4) Abschließend meinte M., nicht zuletzt im Hinblick auf den bevorstehenden Europäischen Rat, Iran befinde sich in einer neuen Phase (wegen genau dieser für die Rückkehr der Botschafter gegebenen Begründung sind wir und F vor allem in der hiesigen Presse scharf kritisiert worden!). Die sich hieraus ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten würden durch weitere irankritische Erklärungen empfindlich gestört. Vielmehr sollte auch von europäischer Seite ein positives Signal überlegt werden. Man sei realistisch und verlange nichts Unmögliches. So sollte es z.B. dem Europäischen Rat keine politischen Schwierigkeiten bereiten, sich öffentlich für eine zügige Implementierung der SR-Resolution 598 einzusetzen. Dies würde in Iran gerade jetzt sehr positiv aufgenommen, zumal dieses Thema mit Gewißheit auch bei der Moskau-Reise Rafsandschanis eine wichtige Rolle gespielt habe. Die EG könne somit „gleichziehen“. Schließlich gab M. seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelinge, das bilaterale Verhältnis bald wieder auf den alten Stand zu bringen. Deutschland und das deutsche Volk seien in Iran weiterhin beliebt, BM Genscher trotz der Rushdie-Affäre noch immer der angesehenste ausländische Politiker im Lande.

5) M. will, wie schon bei meinem ersten Gespräch mit ihm nach Rückkehr deutlich wurde, ein beachtliches Tempo bei der Wiederherstellung guter bilateraler Beziehungen vorlegen. Einiges geht sicher auf sein persönliches Engagement zurück, Teile seiner Ausführungen sind auch sehr „iranisch“. Sicher scheint mir aber, daß die Grundtendenz seiner Darlegungen die Haltung der neuen Führung widerspiegelt. Ich wäre dankbar für Weisung, wie ich mich in den kommenden Gesprächen, die M. bereits für die nächste Zukunft angekündigt hat, zu den von ihm angeschnittenen Punkten verhalten soll.<sup>26</sup>

[gez.] Freitag

VS-Bd. 13684 (311)

<sup>26</sup> An dieser Stelle notierte Vortragender Legationsrat Vorwerk handschriftlich. „Zu Weisungsbedarf: Wird m.E. durch Botschaft BM an Velayati vorerst abgedeckt; D3 will außerd[em] Bo[tschafter] Freitag schreiben.“

Ministerialdirektor Schlagintweit teilte der Botschaft in Teheran am 26. Juni 1989 mit: „Der Bezugsbericht ist hier auf großes Interesse gestoßen und wird sorgfältig analysiert werden. Bevor von unserer Seite sichtbare Signale gesetzt werden, halte ich [es] insbesondere angesichts unserer öffentlichen Meinung für erforderlich, daß die iranische Seite sich in irgendeiner verwendbaren Form zum Thema Rushdie äußert. Ich verstehe, daß dies vor Wahlen schwierig ist. Auch die Äußerungen Rafsandschanis in der Sowjetunion deuten in diese Richtung.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 237; VS-Bd. 13684 (311); B 150, Aktenkopien 1989.

## 194

# Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand in Madrid

27. Juni 1989<sup>1</sup>

Europäischer Rat in Madrid<sup>2</sup>;

hier: Frühstück des Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten Mitterrand am 27. Juni 1989, 8.45–9.30 Uhr

Teilnehmer: der Bundeskanzler, BM Klein, MDg Dr. Neuer, VLR I Bitterlich, Herr Zimmermann als Dolmetscher; der Präsident, M. Jacques Attali, Mme Elisabeth Guigou, M. Hubert Védrine, Frau Stoffaës als Dolmetscherin.

Aus dem Treffen ist im wesentlichen festzuhalten:

## 1) Gemeinsames Rundfunk-Interview mit Europe 1

Ab Eintreffen in der Residenz des französischen Botschafters nahm der Bundeskanzler am laufenden Rundfunk-Interview des Präsidenten mit dem Chefredakteur von Europe 1 teil.

## 2) Gemeinsame Fernsehsendung im Herbst 1989 in F

In Ergänzung des am 22. Juni vorgetragenen Wunsches<sup>3</sup> (Interview mit dem französischen Fernsehen vor dem Wirtschaftsgipfel<sup>4</sup>) regte der *Bundeskanzler* an, im Herbst 1989 vor dem ER in Straßburg<sup>5</sup> mit dem Präsidenten eine gemeinsame Sendung im französischen Fernsehen mit dem Kernthema „Vision Europa“ zu machen.

Der *Präsident* stimmte dem zu.

## 3) Europäischer Rat

Der *Bundeskanzler* verwies auf den von der Präsidentschaft<sup>6</sup> vorgelegten Entwurf der Schlußfolgerungen, dem wir im großen und ganzen zustimmen konnten. Wenn der Vorschlag zu den Kernfragen – Wirtschafts- und Währungsunion sowie soziale Dimension – so durchgehe, hätte die französische Präsidentschaft mit Blick auf den ER in Straßburg substantielles Programm vor sich. In dieser Perspektive könnte F darauf abzielen, insbesondere die folgenden Ziele zu erreichen:

- in der Wirtschafts- und Währungsunion
  - weitgehender Abschluß der Vorbereitungen der ersten Phase;
  - Aufnahme der Arbeiten zur zweiten und dritten Phase;
  - Konkretisierung des Beschlusses zur Regierungskonferenz;

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bitterlich, Bundeskanzleramt, am 4. Juli 1989 gefertigt.

<sup>2</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 26./27. Juni 1989 statt. Vgl. dazu auch Dok. 189.

<sup>3</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 22. Juni 1989 in Paris; DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 8.

<sup>4</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

<sup>5</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 8./9. Dezember 1989 vgl. Dok. 405.

<sup>6</sup> Vom 1. Januar bis 30. Juni 1989 hatte Spanien die EG-Ratspräsidentschaft inne.

– in der sozialen Dimension: Verabschiedung der Sozialcharta<sup>7</sup>.

Der *Präsident* betonte, er müsse sich den Entwurf der Schlußfolgerungen noch ansehen, und zeigte sich skeptisch, in Madrid einen Schritt nach vorne zu erreichen. Man werde es in Straßburg dann mit der gleichen Opposition, nämlich GB, zu tun haben. „Nagelprobe“ sei, ob es gelinge, die Tatsache der Notwendigkeit einer Regierungskonferenz bzw. deren Einberufung in die Schlußfolgerungen aufzunehmen. Notfalls müßten diejenigen, die diese Entscheidung wollten, sich durch Mehrheitsabstimmung durchsetzen. Die Festlegung eines konkreten Datums für die Durchführung brauche in Madrid nicht zu erfolgen. Wichtig sei es, daß die Einheit des Gesamtprozesses festgehalten werde – er könne keinen Sinn darin sehen, die erste Phase am 1. Juli 1990 anlaufen zu lassen, ohne daß ein Engagement zugunsten der zweiten und dritten Phase bestehe.<sup>8</sup>

**Bundesarchiv, B 136, Bd. 59727**

195

### Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke

204-321.11 USA

27. Juni 1989<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-amerikanische Beziehungen;  
hier: BM-Besuch in Washington am 20./21. Juni 1989

1) BM hielt sich am 21. Juni zu einem eintägigen Aufenthalt mit dicht gedrängtem Gesprächsprogramm mit Administration, Kongreß und Medien in Washing-

<sup>7</sup> Zur Frage einer europäischen Sozialcharta vgl. Dok. 180.

<sup>8</sup> Vgl. dazu die Schlußfolgerungen der Präsidentschaft im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 in Madrid; BULLETIN DER EG 6/1989, S. 8–17.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Bettzuege informierte am 30. Juni 1989 über die Tagung: „Auf der Grundlage des Berichts des Delors-Ausschusses hat der ER beschlossen, ‚daß die erste Stufe der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 beginnt‘. Er hat zugleich die zuständigen Gremien aufgefordert, ‚die Vorbereitungen für die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Festlegung der anschließenden Stufen zu treffen‘, und entschieden, daß diese Konferenz zusammentritt, ‚sobald die erste Stufe begonnen hat‘.“ Zum Thema „soziale Dimension“ vermerkte Bettzuege: „Betonung, daß den sozialen Aspekten bei der Verwirklichung des Binnenmarktes ‚die gleiche Bedeutung wie den wirtschaftlichen Aspekten beizumessen ist‘. [...] Einvernehmliche Kenntnissnahme des Vorentwurfs einer Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte und des Entwurfs von Schlußfolgerungen hierzu, den im Sozialrat elf Delegationen (ohne GB) gebilligt haben. Damit hat der ER die Entscheidung über die Sozialcharta zunächst verschoben, um die spätere einstimmige Verabschiedung zu ermöglichen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 41; Referat 410, Bd. 160904.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke leitete die Aufzeichnung am 28. Juni 1989 an das Ministerbüro mit der Bitte, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 3. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Moltke verfügte und handschriftlich vermerkte: „Lieber Herr von Moltke, verteilen Sie den Vermerk mit dem Zusatz ‚von BM noch nicht gebilligt‘. Vielleicht kürzen Sie den Verteiler wie besprochen.“

Hat Moltke erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 221 (204), Bd. 179524.

ton auf. Anlaß war die Unterrichtung von Präsident Bush über den Besuch von Staatspräsident Gorbatschow in der Bundesrepublik Deutschland.<sup>2</sup>

Der Besuch verlief ausgesprochen erfolgreich. BM wurde allseits sehr freundlich und mit deutlich erkennbarem Interesse (wie auch die beachtliche Reihe der Gesprächspartner erkennen ließ) empfangen. Kritische Untertöne, wie sie noch vor Wochen zur Person und Politik von BM an der Tagesordnung waren, fehlten ganz. Das Bewußtsein für den Stellenwert der Bundesrepublik Deutschland in der Allianz und im West-Ost-Kontext schien sichtlich gewachsen.

Die Gespräche mit Präsident Bush und den Vertretern der Administration (AM Baker, VM Cheney, HM<sup>3</sup> Mosbacher) waren herzlich und von offenem, kooperativem Dialog bestimmt. Im Kongreß wurde BM sehr freundlich und mit respektvoller Anerkennung empfangen. Uns nahestehende, um die bilateralen Beziehungen bemühte Abgeordnete im Unterausschuß Europa des Auswärtigen Ausschusses des Repräsentantenhauses brachten aber auch Sorge um die unter Abgeordneten durch Rabta<sup>4</sup> und SNF-Diskussion nachwirkend belasteten bilateralen Beziehungen zum Ausdruck.

Die Medienreaktion auf den Besuch war positiv und durchweg frei von kritischen Akzenten oder Reminiszenzen. (BM traf außer mit ausgewählten amerikanischen Journalisten auch mit der Redaktion der Washington Post zusammen.)

2) Über das in sehr freundschaftlicher Atmosphäre geführte Gespräch mit Präsident Bush, das in erster Linie dem Gorbatschow-Besuch, der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie der Bush-Initiative zur Truppenreduzierung<sup>5</sup> und einem CW-Abkommen gewidmet war, hat die Botschaft mit DB 2686 vom 22.6. berichtet.<sup>6</sup>

3) Im Rahmen eines 45-minütigen Delegationsmittagessens im Blair House (Teilnehmer: Under Secretary Bartholomew; Under Secretary Kimmitt; Counselor Zoellick; Direktor Planungsstab Ross; Pressesprecherin Frau Tutwiler; Acting Assistant Secretary for European Affairs, Jim Dobbins; Pierre Shostal, Acting Deputy Assistant Secretary for European Affairs; Botschafter Dr. Ruhfus; D2<sup>7</sup>; D2A<sup>8</sup>; L 013<sup>9</sup>; L 010<sup>10</sup>; RL 204<sup>11</sup>; Ges.Pol.<sup>12</sup>) faßten AM Baker und BM ihr vorangegangenes dreiviertelstündiges Vier-Augen-Gespräch zusammen und erörterten einzelne weitere Punkte:

<sup>2</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>3</sup> Handelsminister.

<sup>4</sup> Zur libyschen Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 144, Anm. 9.

<sup>5</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

<sup>6</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 21. Juni 1989 vgl. Dok. 186.

<sup>7</sup> Dieter Kastrup.

<sup>8</sup> Josef Holik.

<sup>9</sup> Jürgen Chrobog.

<sup>10</sup> Frank Elbe.

<sup>11</sup> Gebhardt von Moltke.

<sup>12</sup> Gesandter und Leiter der Politischen Abteilung an der Botschaft der Bundesrepublik in Washington war Karl-Theodor Paschke.

- Beide Seiten bewerteten das Ergebnis des NATO-Gipfels, vor allem auch das verabschiedete Gesamtkonzept<sup>13</sup>, positiv.
- Baker bedankte sich für die Unterrichtung über den Gorbatschow-Besuch und äußerte sich zufrieden über den Verlauf und die Ergebnisse des Besuchs. Vor allem auch die Anerkennung der Rolle der USA für die weitere Entwicklung und Stabilität in Europa wurde von ihm mit Genugtuung vermerkt.
- Einigkeit bestand, alles zu tun, um die Bush-Initiative als integrales Paket im September in die Wiener Verhandlungen einzubringen; eine bilaterale hochrangige Expertengruppe wurde zu diesem Zweck vereinbart.<sup>14</sup> BM bezeichnete den von Bush genannten Zeitrahmen als realistisch, weil die SU – allerdings aus anderen Gründen – Interesse hat, zu einem Ergebnis zu gelangen.
- Vereinbart wurde eine Fortsetzung der Diskussion über die Vorbereitung von SNF-Verhandlungen.
- BM unterstrich die Notwendigkeit eines baldigen weltweiten CW-Abkommens, um die Proliferation einzudämmen und die unmenschliche Waffe ganz zu eliminieren.
- BM stellte fest, daß auch die SU an einem Erfolg der Reformen in Polen und Ungarn interessiert sei, weil ein Mißerfolg sich auch negativ auf die SU auswirken würde. Früher oder später werde auch die DDR-Führung nicht umhin können, durch Reformen das System für die Bevölkerung attraktiver zu machen.
- BM erläuterte den Stand unserer Überlegungen bei der Verbesserung der Beziehungen zu Polen (Umwandlung alter Schuldtilgungen in Złoty, noch offen: künftige finanzielle Hilfsmaßnahmen<sup>15</sup>) und forderte die USA auf, auch ihrerseits finanzielle Hilfe beim Bush-Besuch<sup>16</sup> zuzusagen und in den internationalen Gremien sich für Polen einzusetzen.  
Baker erwähnte, daß amerikanische Gesetzgebung in Vorbereitung sei, um Ausbildungshilfe im technisch-wirtschaftlichen Bereich zu leisten.
- Baker forderte uns auf, mit der Genehmigung des Flugverkehrs zwischen Düsseldorf–Dresden und Frankfurt–Leipzig zu warten, bis die Berlin-Initiative<sup>17</sup> Fortschritte bringe. MD Kastrup wies darauf hin, daß Berliner Interessen

<sup>13</sup> Zur NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. Dok. 153, Dok. 154 und Dok. 156. Für den Wortlaut des Gesamtkonzepts der NATO für Rüstungskontrolle und Abrüstung vgl. [https://www.nato.int/cps/en/natohq/official\\_texts\\_23553.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23553.htm). Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 344–356.

<sup>14</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Moltke teilte der Botschaft in Washington und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 20. Juli 1989 mit, die Aufzeichnung bedürfe einer Richtigstellung: „Im Zusammenhang mit der Weiterverfolgung der ‚Bush-Initiative‘ [...] wurde keine bilaterale Expertengruppe eingesetzt; vielmehr wurde vereinbart, die Initiative gemeinsam in der HLTF voranzubringen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6076; Referat 221 (204), Bd. 179524.

<sup>15</sup> Zur finanziellen Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Polen vgl. Dok. 159.

<sup>16</sup> Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

<sup>17</sup> Zur Berlin-Initiative des amerikanischen Präsidenten Reagan vgl. Dok. 37, Anm. 10. Vortragender Legationsrat Herold vermerkte am 28. Juni 1989: „In der Sitzung der Vierergruppe vom 27.6.89 teilte Sprecher GB mit, daß am gleichen Tage, 27.6., die Demarche zur Berlin-Initiative durchgeführt worden sei. Der französische Chargé d'affaires, begleitet jeweils von einem I. Sekretär von US und GB, sei dazu von Bondarenko, Leiter der 3. Europäischen Abteilung, empfangen worden.“

nicht berührt werden und daß die Zahl der Reisenden und damit die Nachfrage nach schnellen Verbindungen<sup>18</sup> gewachsen sei. Die von Interflug angestrebten Landungsrechte in Frankfurt, die den Anschluß an das weltweite Flugnetz schaffen, würden von uns nicht konzidiert. Eine Annäherung der Standpunkte erfolgte nicht.

- Baker forderte unsere Unterstützung für die Regelung der Verschuldensfrage.
- Baker vertrat die Ansicht, daß eine Sanktionsgesetzgebung durch den Kongreß nicht zu verhindern sein werde, die Administration bemüht sei, dem Präsidenten weitgehende Flexibilität in der Anwendung zu erhalten. Die Chancen hierfür beurteilte er allerdings als nicht rosig. Botschafter Ruhfus wies auf unsere Bemühungen zur Beseitigung der für uns inakzeptablen Elemente (Retroaktivität, Exterritorialität, doppelte Bestrafung, keine Rechtsmittel) hin.
- Der Binnenmarkt und die Folgen für die USA wurden erörtert. Auf Frage von Baker über die Ziele einer Währungsunion erläuterte BM die Absicht, im Dezember 1989 in Paris<sup>19</sup> die dreistufige Einführung einer Währungsunion und eines Zentralbanksystems (analog zu unserem Bund-Länder-System) beschließen zu können; BM ließ dabei offen, welche Chancen bestehen, MP Thatcher für dieses Konzept zu gewinnen.
- Baker hob die weitgehende Übereinstimmung in der Reaktion auf die Vorgänge in China hervor: Aufrechterhaltung der Beziehungen; keine Sanktionen, die die Bevölkerung treffen; weitere Forderung politischer und wirtschaftlicher Reformen; Suspendierung weiterer Kredite in internationalen Gremien.
- Baker zeigte sich interessiert, unmittelbar nach den Gesprächen BK oder BM mit de Klerk<sup>20</sup> über den Inhalt informiert zu werden, um über seine Wahrnehmung in den USA entscheiden zu können. BM sagte dies zu.
- Der Bericht BMs über seine Gespräche mit dem israelischen Außenminister Arens<sup>21</sup> führte zu einem kurzen Gedankenaustausch, in dem Baker sich hinsichtlich der Lösung des Konfliktes im Nahen Osten nicht ganz hoffnungslos zeigte und die Ansicht vertrat, daß Israel seine Wahlvorschläge sich gern im Laufe der Zeit zu einem Verhandlungskonzept weiterentwickeln sehen würde. Die PLO habe die Vorschläge für Wahlen noch nicht ganz niedergeschlagen. Israel werde seinerseits nur Verhandlungen akzeptieren, wenn sein Wahlvorschlag auf konkrete Schwierigkeiten stößt.
- Baker machte BM auf den amerikanischen Verdacht aufmerksam, daß eine deutsche Firma dem Iran zur Beschaffung von Vorprodukten für die Herstellung von CW verholfen habe. BM bat um nähere Informationen und sagte umgehende Prüfung zu.<sup>22</sup>

*Fortsetzung Fußnote von Seite 863*

[...] B[ondarenko] betonte, daß die SU nicht ‚vorschreiben‘ könne, daß die DDR, ein souveräner Staat, in Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland eintrete. [...] In einer ersten Stellungnahme bemerkte Sprecher GB, daß damit die sowjetische Seite weiter bei ihrer zurückhaltend-negativen Linie bleibe.“ Vgl. Referat 210, Bd. 140737.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „Verhinderungen“.

<sup>19</sup> Die Tagung des Europäischen Rats fand am 8./9. Dezember 1989 in Straßburg statt. Vgl. dazu Dok. 405.

<sup>20</sup> Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl und des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Erziehungsminister de Klerk am 22. Juni 1989 vgl. Dok. 187 und Dok. 188.

<sup>21</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Arens am 18. Juni 1989 vgl. Dok. 183.

<sup>22</sup> Zum Fall Rheineisen vgl. Dok. 233.

- Baker gab ein generelles Interesse an der Teilnahme der Tagung des IEWSS im Oktober in Frankfurt<sup>23</sup> zu erkennen, sah sich aber noch nicht zu einer definitiven positiven oder negativen Entscheidung in der Lage.

4) Das halbstündige Gespräch mit VM Cheney war in erster Linie den West-Ost-Beziehungen und Abrüstungsfragen gewidmet.

BM hob einleitend den erfolgreichen NATO-Gipfel mit der verabschiedeten Gemeinsamen Erklärung<sup>24</sup> und dem Gesamtkonzept als Beweis der Einheit des Westens in dieser Zeit des Wandels hervor. Er unterstrich den positiven Verlauf des Bush-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland<sup>25</sup> und seine Mainzer Rede<sup>26</sup> als Ausdruck der gemeinsamen Ziele in Europa und als gute Vorbereitung für den Gorbatschow-Besuch. BM wies auf die deutsch-sowjetische Erklärung<sup>27</sup> hin, die nicht nur die von uns geteilten Werte und unsere gemeinsamen Ziele für Europa enthalte, sondern auch feststelle, daß die USA und Kanada ihren Platz in einem gemeinsamen europäischen Haus haben. Die sowjetischen Gesprächspartner hätten deutlich gemacht, daß die amerikanische Präsenz in Europa nach ihrer Auffassung für die Stabilität erforderlich sei. Sie wollten Abkommen zwischen West und Ost sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle. BM hob als bedeutsam hervor, daß in der Erklärung des NATO-Gipfels gemeinsam zum Ausdruck gebracht worden sei, daß der Erfolg der Reformen in der SU auch in unserem westlichen Interesse liegt.

BM wies darauf hin, daß gleichzeitig mit den Veränderungen im Osten ein äußerst dynamischer historischer Prozeß in der EG abläuft (Binnenmarkt, Währungsunion), der auch im Osten zusätzliche Attraktivität entfaltet. Ein Triumph unserer Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen sei im Gange.

Auf Frage von Cheney über die Entwicklung der Beziehungen EG–sozialistische Staaten Mittel- und Osteuropas führte BM aus, daß es falsch sein würde, die EG nur unter wirtschaftlichen Vorzeichen zu sehen. Ein ganz wichtiger Aspekt sei u. a. der Beweis, daß Völker auch aus der Geschichte lernen könnten.

BM wies auf das Interesse Polens und Ungarns (denen die ČSSR bald folgen werde) an engen Beziehungen zur EG hin. Diese könnten auch hilfreich sein, andere zu überzeugen, daß Reformen in ihrem Interesse liegen. BM erläuterte die besondere Lage der DDR. BM unterstrich, daß wir an einer Destabilisierung in diesen Ländern nicht interessiert sein könnten, weil es reaktionärer Gegenbewegung Auftrieb geben würde.

Auf Frage von Cheney nach der Einstellung Gorbatschows zu den Veränderungen führte BM aus, daß Gorbatschow auch an den unumgänglichen Reformen in den anderen Ländern interessiert ist. Er sei besorgt, daß sich dort, wo Reformen verweigert würden, früher oder später eine „Explosion“ entladen könnte. Die

<sup>23</sup> Die Tagung des Institute for East West Strategic Studies fand vom 19. bis 21. Oktober 1989 statt.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der NATO-Gipfelkonferenz am 29./30. Mai 1989 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 32–39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 337–344.

<sup>25</sup> Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

<sup>26</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 in Mainz vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

<sup>27</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

von uns im KSZE-Prozeß ständig geforderte Anerkennung der Menschenrechte entfalte ihre Wirkung. Die Vorgänge in China arbeiteten nach seiner (BMs) Auffassung nicht gegen Gorbatschow, weil man dort versucht habe, die Reformen auf den wirtschaftlichen Bereich zu begrenzen, was nicht funktionieren könne. Cheney zeigte sich dennoch über das mögliche Auftreten ähnlicher Ereignisse in Osteuropa besorgt.

BM stellte heraus, daß die Verantwortlichen in Polen und Ungarn vor der schwierigen Situation stehen, die Kosten für die Fehler der Vorgänger tragen zu müssen und gleichzeitig die Kosten für die Reformen aufzubringen. Er plädierte für eine flexible Haltung der westlichen Staaten im Pariser Club und für Weitergabe unserer Erfahrungen durch Ausbildungshilfen.

Unter Bezugnahme auf die von ihm am Morgen vorgenommene Eröffnung der Luftbrücke-Ausstellung unterstrich BM die solide Basis des gemeinsamen Eintretens für Recht und Freiheit als verlässliche Grundlage für die Erörterung und Lösung eventueller Divergenzen zwischen uns.<sup>28</sup> Cheney stimmte dem zu und bemerkte, daß ebenso wichtig wie die Diskussion über die Substanz einzelner Fragen auch die Frage des Vorgehens („handling“) sei.

Cheney erwähnte, daß er die an der Weiterverfolgung der Bush-Initiative beteiligten Amerikaner zu zügiger Arbeit anhalte. BM trat dafür ein, auch die anderen Alliierten anzuhaltend, damit das Momentum der Initiative nicht verlorengehe und Gorbatschow nicht aus der Umsetzung seiner positiven Reaktion entlassen werde.

Cheney maß den VKSE an Bedeutung mindestens gleichen Status wie den START-Verhandlungen zu. Die „policy review“ bezeichnete er hinsichtlich START für abgeschlossen. Die USA würden sich mit aller Kraft für ein Abkommen einsetzen, und er sei überzeugt, daß es dazu auch kommen werde. Im konventionellen Bereich werde es aber wahrscheinlich zeitweise einfacher sein, zu Ergebnissen zu gelangen.

Cheney bestätigte die Absicht, bis Ende 1990 die in der Bundesrepublik Deutschland lagernden chemischen Waffen abzutransportieren.<sup>29</sup> Er kündigte ein entsprechendes Papier für VM Stoltenberg in den nächsten Tagen an. Das Pentagon sei jetzt dabei, die technischen Probleme (Transportcontainer usw.) zu prüfen und zu lösen.

5) Über das Gespräch mit Handelsminister Mosbacher hat die Botschaft Washington mit DB 2706 vom 23.6.1989 (s. Anlage<sup>30</sup>) berichtet. Es war im wesentlichen den Fragen gewidmet: Prognosen für US-Wirtschaft, EG-Binnenmarkt, europäische Währungsunion/Zentralbanksystem, West-Ost-Beziehungen.

<sup>28</sup> Vgl. dazu das Manuskript der Rede des Bundesministers Genscher am 21. Juni 1989 im Air and Space Museum in Washington; Referat 221 (204), Bd. 179524.

<sup>29</sup> Zum geplanten Abzug der amerikanischen chemischen Waffen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 76 und Dok. 208.

<sup>30</sup> Dem Vorgang nicht beigelegt.

Im Gespräch am 21. Juni 1989 in Washington behandelten Bundesminister Genscher und der amerikanische Handelsminister Mosbacher die für 1992 vorgesehene Einrichtung des Europäischen Binnenmarktes, die geplante Wirtschafts- und Währungsunion sowie Schaffung einer europäischen Zentralbank, die Lage der amerikanischen Wirtschaft, den Reformprozeß in Ungarn und der UdSSR, COCOM und die Entwicklung in der Volksrepublik China. Vgl. dazu die mit Drahtbericht Nr. 2706 des Botschafters Ruhfus, Washington, vom 23. Juni 1989 übermittelte Gesprächsaufzeichnung; Referat 240 (220), Bd. 163082.



6) BM traf im Kongreß mit mehreren Abgeordneten und Senatoren zusammen: im Repräsentantenhaus:

- bei einem vom Speaker Thomas Foley gegebenen Frühstück,
- bei einem vom Vorsitzenden des Unterausschusses Europa und Naher Osten des Auswärtigen Ausschusses, Lee Hamilton, arrangierten Gespräch,
- mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Les Aspin;

im Senat:

- mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses,
- mit Senator Sam Nunn (s. hierzu Vermerk von D2A<sup>31</sup>). (Ein mit dem Majority Leader, Senator Mitchell, vereinbartes Gespräch kam nicht zustande.)

a) An dem im Kapitol (Rayburn Room) von Speaker Thomas Foley gegebenen Frühstück nahmen auf amerikanischer Seite die gesamte, neu gewählte Führungsmannschaft der Demokraten im Repräsentantenhaus und die führenden Vertreter des Auswärtigen Ausschusses bzw. des für uns zuständigen Unterausschusses teil: Majority Leader Gephardt (D<sup>32</sup>), Minority Leader Michel (R<sup>33</sup>), Majority Whip Gray (D), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Fascell (D), Vorsitzender des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten, Hamilton (D), Ranking Minority Member des Unterausschusses für Europa, Gilman (R).

BM stellte zu Beginn einleitend fest, daß wir in einer wichtigen, aber auch ermutigenden Zeit lebten. Nach dem erfolgreichen, die Einheit des Westens bestätigenden NATO-Gipfel und der eindrucksvollen Rede von Präsident Bush in Mainz, in der dieser die gemeinsame Politik für die künftige Entwicklung Europas bekräftigt habe, sei es an der Zeit, daß sich jetzt auch die führenden Parlamentarier in die Überlegungen einschalten, wie das künftige Europa gestaltet werden solle. Für uns gehe es dabei um das ganze Europa. Die USA hätten darin einen festen Platz. In der beim Gorbatschow-Besuch unterzeichneten Gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung hätten wir dies mit Gorbatschow gemeinsam klar zum Ausdruck gebracht. BM wies darauf hin, daß gleichzeitig mit den Entwicklungen in den West-Ost-Beziehungen ein dynamischer, historischer Prozeß in der EG stattfindet. Das entstehende integrierte Westeuropa sei unser Modell für das größere Europa. Die Zukunft dieser Länder hänge gewissermaßen vom Erfolg der EG ab.

Anschließend beantwortete BM Fragen von Foley, Fascell, Hamilton, Gilman, Michel und Gephardt:

Die Frage von Foley, ob die sowjetische Haltung zu den Truppenreduzierungs-Vorschlägen von Präsident Bush auch bei den Gesprächen in Bonn positiv gewesen sei, bejahte BM. Er führte weiter aus, sie hätten offen und ehrlich die Vorschläge als konstruktiven Beitrag begrüßt und sähen in ihnen die Möglich-

<sup>31</sup> Bundesminister Genscher und der amerikanische Senator Nunn sprachen am 21. Juni 1989 in Washington über die Wahlen zum Europäischen Parlament, die VKSE, die SNF-Problematik, den Personalumfang der Bundeswehr, den Zustand der sowjetischen Streitkräfte und die Lage in der DDR. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178931.

<sup>32</sup> Demokrat.

<sup>33</sup> Republikaner.

keit für einen baldigen Durchbruch bei den Wiener Verhandlungen. Die jetzige sowjetische Führung sei realistisch in der Einschätzung der Notwendigkeiten für die Verbesserung des West-Ost-Verhältnisses. Ihr Interesse an einem erfolgreichen Abschluß der VKSE-Verhandlungen sei teils durch Sicherheitsüberlegungen, überwiegend aber durch wirtschaftliche und finanzielle Überlegungen bestimmt. Sie hätten erkannt, daß ihre Militärausgaben zu hoch seien und eine Verschwendung von Ressourcen bedeuten. Darauf habe er (BM) sie schon in seinen ersten Gesprächen hingewiesen. Entscheidend für das sowjetische Einlenken sei der Doppelbeschluß<sup>34</sup> gewesen. Gromyko habe noch im Oktober 1983<sup>35</sup> bei einem Gespräch in Wien<sup>36</sup> nicht geglaubt, daß die Bundesregierung die Raketenstationierung durchführen werde.

BM führte weiter aus, die von der SU angekündigten einseitigen Truppenreduzierungen seien zu begrüßen, es sei aber wichtig, sie in Wien vertraglich festzuschreiben, damit sie verbindlich seien und nicht von der SU auch einseitig wieder rückgängig gemacht werden könnten.

Auf Frage von Fascell, wie BM zu der Idee einer truppenfreien Zone in der Zentralregion stehe, führte BM aus, daß ein Blick auf die geographischen Gegebenheiten zeige, daß dies für uns sehr gefährlich sein würde. Die meisten Truppen seien in der Bundesrepublik Deutschland stationiert, eine truppenfreie Zone in der Zentralregion würde deshalb einen großen Teil der Truppen in Westeuropa eliminieren. Aus historischen Gründen käme eine Stationierung deutscher Truppen in anderen Ländern nicht in Betracht. Selbst wenn die SU bereit wäre, ihre Truppen hinter die russisch-polnische Grenze zurückzuziehen, wären sie nur 550 km von der deutschen Grenze entfernt. Auf absehbare Zeit würde die Bundesrepublik Deutschland weiter eine Schlüsselrolle bei der Verteidigung spielen. Die Bevölkerung sei auch bereit, diese Lasten (alliierte Truppen, Wehrpflicht, Dichte der Verteidigungseinrichtungen) zu tragen.

Gephardt erkundigte sich danach, ob die von Präsident Bush vorgeschlagenen Truppenreduzierungen in der Bundesrepublik Deutschland mit Besorgnis aufgenommen wurden. BM verneinte dies und wies auf die vorher erfolgte Abstimmung mit uns und die Tatsache hin, daß vom Osten erheblich größere Reduzierungen vorzunehmen sein werden.

Hamilton bat um eine Interpretation des sehr freundlichen Empfangs von Gorbatschow durch die deutsche Bevölkerung. Werde die SU nicht mehr als Bedrohung empfunden und Gorbatschow als Friedensbringer gesehen?

BM wies auf den freundlichen Empfang von Gorbatschow in New York<sup>37</sup> und auf die Tatsache hin, daß er überall positive Einschätzungen erhält. In Deutschland sei die Ausgangslage deshalb besonders, weil wir uns von der Bedrohung

<sup>34</sup> Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

<sup>35</sup> Korrigiert aus: „1982“.

<sup>36</sup> Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 15./16. Oktober 1983 vgl. AAPD 1983, II, Dok. 303–306 und Dok. 310.

<sup>37</sup> Der amerikanische Präsident Reagan, der am 8. November 1988 gewählte Präsident Bush sowie der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen sich am 7. Dezember 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 356 und Dok. 361.

und von den früheren Ereignissen in Polen<sup>38</sup>, Ungarn<sup>39</sup>, der ČSSR<sup>40</sup> und Afghanistan<sup>41</sup> besonders betroffen gefühlt hätten. Die Menschen hätten bei Gorbatschow das Gefühl, daß er, der in seinem eigenen Land mutig Reformen durchsetzt und den Polen und Ungarn Spielraum für eine eigene Entwicklung läßt, berechtigten Anlaß zu Hoffnung auf eine bessere Zeit gibt. Damit verbunden würden auch Hoffnungen auf Änderungen in der DDR.

Michel fragte danach, welche „message“ BM Präsident Bush für seinen Besuch in Polen und Ungarn empfehlen würde.

BM antwortete, daß wir alles tun sollten, um diesen Ländern zu helfen, wenn wir der Überzeugung seien, daß die Entwicklung dort im Interesse dieser Länder und auch in unserem Interesse ist. Wir sollten sie nicht durch die Forderung nach Rückzahlung der Schulden vor weiterer Hilfe für die Fehler in der Vergangenheit bestrafen. Die Verantwortlichen seien mit einem Doppel-Problem belastet: das kommunistische System durch marktwirtschaftliche Elemente zu reformieren und die Mittel dafür aufzubringen und gleichzeitig für die Fehler der Vorgänger zu zahlen. Die US-Regierung sei zusammen mit der Bundesregierung und der ganzen westlichen Welt dazu aufgerufen, im Pariser Club positive Entscheidungen durchzusetzen. Für ein Land sei die Last zu groß. Über das, was vom Westen erwartet werde, seien sich alle Polen einig, gleichgültig ob man mit der Regierung, der Kirche oder Solidarität spreche.

Gilman sprach den Ausgang der Europa-Wahlen<sup>42</sup> an. BM erläuterte, daß das Ergebnis wegen der beschränkten Kompetenzen des EP von vielen zu einem Ausdruck des Protestes gegen Bonn gebraucht worden sei. Die politische Stabilität sei davon unberührt. In Bundestagswahlen würden viele der Republikaner-Wähler, von denen die Hälfte Protestwähler gewesen seien, nicht für diese Partei wählen.

BM dankte für das Engagement von Speaker Foley u. a. für den German-American Day, den die BT-Präsidentin Süßmuth in diesem Jahr mit zu begehen hoffe.<sup>43</sup> Foley begrüßte ihren Besuch. BM hob die Bedeutung dieses Tages als Demonstration der engen Verbindung unserer Länder in dieser Zeit der Veränderungen in der Weltpolitik hervor.

b) An dem Gespräch mit Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses (Unterausschuß Europa) unter Vorsitz von Lee Hamilton nahmen neun Abgeordnete teil

<sup>38</sup> Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Bierut, am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen.

Am 13. Dezember 1981 wurde über Polen das Kriegsrecht verhängt und ein Militärrat unter Führung des Ministerpräsidenten Jaruzelski gebildet. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 365.

<sup>39</sup> Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

<sup>40</sup> Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

<sup>41</sup> Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

<sup>42</sup> Zu den Wahlen zum Europäischen Parlament vom 15. bis 18. Juni 1989 vgl. Dok. 188, Anm. 11.

<sup>43</sup> Anlässlich des „German-American Day“ am 6. Oktober 1989 hielt sich eine Delegation von zwölf Abgeordneten unter Leitung von Bundestagspräsidentin Süßmuth vom 4. bis 6. Oktober 1989 in den USA auf.

(Hamilton (D), Berman (D), Ackerman (D), Miller (D), Solarz (D), Bereuter (R), Gilman (R), Meyers (R), Porter (R)).

Hamilton sprach eingangs die in diesem Jahr durch eine Reihe von Fragen (Rabta, Tiefflug, SNF) ungewöhnlich belasteten bilateralen Beziehungen an.

BM wies zustimmend auf die Feststellung von Präsident Bush bei seinem Besuch in Bonn hin, daß die Beziehungen niemals besser gewesen seien. Zu Rabta erwiderte er, daß wir inzwischen alles uns Mögliche getan hätten, um unsere Gesetze zu verschärfen.<sup>44</sup> Hinsichtlich der Tiefflug-Problematik müsse man sich vergegenwärtigen, daß unsere kleine Bundesrepublik die Hauptlast der Allianzverteidigung zu tragen habe, weshalb auch Überlegungen, die zu einer Entlastung beitragen könnten, verständlich seien. Bei SNF hätten wir mit den USA einen vernünftigen Kompromiß erreicht. BM wies auch auf die durch das Gesamtkonzept festgehaltene gemeinsame politische Strategie und die Bedeutung der Mainzer Rede von Präsident Bush hin.

Berman zeigte sich beeindruckt von den von uns ergriffenen Maßnahmen zur Verhinderung deutscher Beteiligung an CW-Proliferation. Er wies auf das wachsende Problem der CW-, biologischen und nuklearen Proliferation bei abnehmenden West-Ost-Spannungen hin.

BM wies auf seine lang zurückreichenden Forderungen nach einem vollständigen CW-Verbotsabkommen hin. Er unterstrich, daß unsere Gesetzgebung es deutschen Firmen und einzelnen verböte, an der Proliferation, Entwicklung oder Fabrikation im Ausland teilzunehmen oder Hilfestellung zu leisten. Jetzt gehe es auch darum, die SU durch Verpflichtungen einzubinden.

Bereuter sprach auch noch einmal die Belastungen der bilateralen Beziehungen an und äußerte sich in diesem Zusammenhang besorgt über die Popularität Gorbatschows und die Begeisterung der deutschen Bevölkerung.

BM erläuterte die Lage der Deutschen (in vorderster Front, jahrzehntelange Bedrohung, sowjetische Divisionen in der DDR, Blockade), die jetzt mit Gorbatschow die Hoffnung auf Entspannung verbinden, die sich auch auf die DDR erstreckt.

Meyers brachte die Sorge zum Ausdruck, daß wir zu wenig wachsam und verteidigungsbereit werden könnten.

BM wies darauf hin, daß wir uneingeschränkt für die Erhaltung unserer Verteidigungskraft seien, daß wir aber Abrüstung auf gleiche Obergrenzen wollten, d.h. Abbau der östlichen Überlegenheit. BM erwähnte auch die in der deutsch-sowjetischen Erklärung festgeschriebene Rolle der USA für die Stabilität in Europa.

Solarz erkundigte sich nach der Möglichkeit einer dritten Null-Lösung. BM wies auf das in Brüssel vereinbarte Gesamtkonzept hin, in dem Verhandlungen über gemeinsame, niedrigere Obergrenzen bei Kurzstreckenwaffen vorgesehen seien nach der Maßgabe der dann (1992) gegebenen Lage.

c) An dem Gespräch mit dem Auswärtigen Ausschuß des Senats nahmen vier demokratische Senatoren (Pell, Cranston, Sarbanes, Robb) teil.

<sup>44</sup> Zu den Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 59, Anm. 7.

Die Eingangserklärung des BM entsprach weitgehend der Einführung bei den vorangegangenen Gesprächen im Repräsentantenhaus.

Auf Frage von Pell, ob die Herstellung der deutschen Einheit schon vor einer Herstellung der Einheit Europas denkbar sei, antwortete BM, daß das Schicksal der deutschen Einheit in das Schicksal der europäischen Einheit eingebettet ist und wir mit unserem Ziel, die Trennung Europas aufzuheben, auch die Beseitigung der Trennung Deutschlands anstreben. BM wies den von Pell eingeworfenen Begriff „Finnlandisierung“ zurück und führte aus, daß zunächst in den Staaten Mittel- und Osteuropas substantielle Veränderungen zum Pluralismus notwendig seien, Interesse an enger Zusammenarbeit mit der EG werde folgen. Man müsse aber davon ausgehen, daß diese Länder aus Gründen der Sicherheitsgarantie für die SU noch lange Mitglieder des WP bleiben würden.

Pell fragte weiter, ob die Berliner Mauer bald fallen würde.

BM machte dies von der DDR-Führung und ihrer Bereitschaft zu Reformen abhängig.

Auf Frage von Sarbanes, ob Bush und Gorbatschow in nicht zu ferner Zukunft zusammentreffen sollten oder erst, wenn ein Abkommen erreicht ist, erwiderte BM, daß er sowohl von AM Baker wie von AM Schewardnadse eine positive Bewertung ihres Moskauer Treffens<sup>45</sup> erhalten habe. Bei ihrem nächsten Treffen im September<sup>46</sup> wollten sie auch darüber entscheiden, wann ein Gipfeltreffen nützlich und angebracht sei. Wir würden eine Begegnung und einen Meinungsaustausch begrüßen. Die Erwartungen für ein Treffen sollten nicht zu hochgeschraubt werden.

Cranston würdigte BMs führende Rolle in West-Ost-Fragen positiv. Er fragte, durch welche Faktoren die Verteidigungslasten finanziell reduziert werden könnten. BM wies auf ein konventionelles Rüstungskontrollabkommen hin und trat dafür ein, die von uns positiv beurteilte Bush-Initiative zügig voranzubringen und Zögerer auf westlicher Seite zu überzeugen. Auf Zusatzfrage von Cranston, ob weitere Reduzierungen möglich erscheinen, erwiderte BM, daß der Abrüstungsprozeß seine eigene Dynamik entfalten werde, die nicht zu stoppen sein und ein Feld nach dem anderen erfassen werde.

Auf Cranstons Sorge vor einem mit China vergleichbaren Rückschlag in Polen oder Ungarn trat BM für eine Unterscheidung der Vorgänge in China und in den Ländern Mittel- und Osteuropas ein.

Robb erkundigte sich nach möglichen Auswirkungen des EG-Binnenmarktes auf die NATO. Sarbanes trat dieser Sorge bei, anerkannte aber die Entwicklung in der EG und ihre Bedeutung für die Welt. BM wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland mehr als andere in der EG vom freien Welthandel abhängig sei und wir uns selber ins eigene Fleisch schneiden würden, wenn wir nicht dafür Sorge tragen würden, ein freies Handelssystem aufrechtzuerhalten.

Sarbanes setzte sich für eine stärkere deutsche Unterstützung für den Brady-Plan<sup>47</sup> ein. Drei oder vier größere Länder sollten sich noch vor dem Wirtschafts-

<sup>45</sup> Der amerikanische Außenminister Baker besuchte die UdSSR am 10./11. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 136.

<sup>46</sup> Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte die USA vom 21. bis 23. September 1989. Vgl. dazu Dok. 293.

<sup>47</sup> Zu den Vorschlägen des amerikanischen Finanzministers Brady für eine Lösung der internationalen Schuldenkrise vgl. Dok. 71.

gipfel in Paris<sup>48</sup> zusammentun, um das Problem der Verschuldung in den Griff zu bekommen.

BM wies auf unsere Bereitschaft zur Kooperation bei diesem Problem hin, sah darin aber eine gemeinsame Aufgabe für alle westlichen Länder.

v. Moltke

Referat 221 (204), Bd. 179524

## 196

### Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Baker

28. Juni 1989<sup>1</sup>

Lieber James,

für Ihr Schreiben zur Internationalen Konferenz über indochinesische Flüchtlinge in Genf<sup>2</sup>, das mich am 14. Juni 1989 erreichte<sup>3</sup>, danke ich Ihnen herzlich.

Leider konnte auch ich nicht selbst an der Konferenz teilnehmen, die sich in der Tat erneut einem äußerst wichtigen Problem zuwenden mußte.

Allen Beteiligten ist bewußt, daß die Vereinigten Staaten zur Lösung dieses seit 1975 bestehenden und in jüngster Zeit wieder verschärften Problems einen herausragenden Beitrag geleistet haben. Die Ankündigung Ihres Vertreters in Genf<sup>4</sup>, erneut 22000 jener als „Longstayers“ bezeichneten Vietnamesen aus den Lagern der Region und bis zu 50 % der neu ankommenden und als Flüchtlinge

<sup>48</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

<sup>1</sup> Ablichtung.

<sup>2</sup> Vortragender Legationsrat Schwandt vermerkte am 19. Juni 1989: „Trotz ihres Namens befaßte sich die (nach 1979) zweite ‚Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge‘ am 13./14.6.1989 in Genf nicht mit den kambodschanischen und nur am Rande mit den laotischen Flüchtlingen in Thailand, sondern fast ausschließlich mit den vietnamesischen (Boots-)Flüchtlingen in den Lagern der Region. Dieses seit 1975 virulente Problem hat sich mit einer (seit Ende 1986) anschwellenden neuen Flüchtlingswelle wieder verschärft [...]. Die auf dem Vorbereitungstreffen erarbeiteten Entwürfe einer ‚Erklärung‘ und eines ‚Aktionsplanes‘ wurden der Konferenz vorgelegt und von dieser ohne Veränderung verabschiedet. [...] Problematisch und kontrovers waren auf der Konferenz vor allem die Tatsache, daß nicht alle Drittländer bereit sind, die vom UNHCR erbetenen Übernahmequoten zu erfüllen [...], ferner die Meinungsverschiedenheiten zu Alternativen einer ‚freiwilligen‘ Rückkehr nicht anerkannter Flüchtlinge nach Vietnam“. Vgl. Referat 231, Bd. 148285.

<sup>3</sup> Der amerikanische Außenminister Baker teilte Bundesminister Genscher mit: „As resettlement nations, we must cooperate in doing our part. The nations of first asylum must establish fair and efficient refugee status determination procedures while continuing to provide asylum-seekers safe haven and humane treatment. [...] The United States deeply appreciates your continuing commitment to the resettlement effort. We look forward to working closely with you at the [International]C[onference on]I[ndo-Chinese]R[efugees] and at steering committee meetings thereafter, believing that within this framework, we can together manage humanely and effectively the difficult and often tragic problem we confront.“ Vgl. das Schreiben; Referat 231, Bd. 148285.

<sup>4</sup> Lawrence S. Eagleburger.

anerkannten Vietnamesen in die Vereinigten Staaten zu übernehmen, ist ein weiterer Beweis für die großzügige Haltung Ihres Landes in dieser Frage.

Wie mein Vertreter auf der Konferenz<sup>5</sup> bereits ankündigte, wird auch die Bundesregierung weiterhin alles in ihren Kräften Stehende tun, um das Los jener Menschen zu erleichtern, die sich wegen der Verhältnisse in ihrem Heimatland noch immer gezwungen sehen, eine in vieler Hinsicht gefahr- und risikoreiche Flucht auf sich zu nehmen.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat bereits bisher einen beträchtlichen Beitrag zur Lösung des Problems geleistet. Seit 1975 haben wir 33 000 indochinesische Flüchtlinge bei uns aufgenommen; 3000 weitere warten noch in Vietnam auf die Ausreise zu ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland. Auch durch humanitäre und Nahrungsmittelhilfe, Aus- und Fortbildungsprogramme sowie durch die Unterstützung des „Anti-Piracy Programme“ und des „Orderly Departure Programme“ hat die Bundesregierung zur Linderung des Flüchtlingsproblems beigetragen. Soweit wir können, werden wir diese Hilfe auch in Zukunft fortsetzen.

Dem Wunsch des UNHCR nach einer zahlenmäßig bestimmten neuen Übernahmequote für vietnamesische Flüchtlinge können wir im Augenblick jedoch leider nicht entsprechen. Wegen des unverminderten Zustroms von Asylbewerbern, Flüchtlingen, Aus- und Übersiedlern trägt mein Land derzeit eine schwere Last. Allein 1988 stellten 103 000 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland einen Asylantrag, d. h. etwa 50 % aller Asylbewerber in Westeuropa. Im selben Jahr beanspruchten etwa 240 000 deutsche Aus- und Übersiedler aus Osteuropa und der Deutschen Demokratischen Republik die Aufnahmekapazitäten.

Aus humanitären Gesichtspunkten sind wir jedoch bereit, für die „Longstayers“ die Zusammenführung von vietnamesischen Familien in der Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern. Mein Vertreter konnte deshalb in Genf eine Erweiterung der Härtefallkategorie für diese Gruppe bekanntgeben. Dadurch werden in Zukunft Menschen aus den Lagern und ihre Familien zu ihren Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland ausreisen können, die bisher dazu nicht berechtigt waren. Zwar haben wir auf diese Weise keine zahlenmäßig bestimmte Quote angenommen, gehen aber davon aus, daß die Neuregelung Hunderten von Vietnamesen in den Lagern und ihren Angehörigen nützen und damit wirkungsvoll zum Abbau des Flüchtlingselends beitragen wird.

Was das Schicksal der nicht als Flüchtlinge anerkannten Vietnamesen angeht, so bin ich mit Ihnen der Meinung, daß die gegenwärtige Lage in Vietnam ihre Rückkehr nur dann zuläßt, wenn sie freiwillig erfolgt. Dabei muß es bei diesem wie bei allen anderen Flüchtlingsproblemen unser vorrangiges Ziel bleiben, als beste dauerhafte Lösung die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat anzustreben. Mein Vertreter hat hierzu in Genf ausgeführt, daß es vor allem die Verantwortung der Ursprungsländer ist, Bedingungen zu schaffen, die eine Rückkehr von Flüchtlingen in Sicherheit und Würde ermöglichen. Durch die Hilfe von Drittländern allein können die Flüchtlingsprobleme nicht bewältigt werden. Gerade die Regierungen der Länder Indochinas müssen durch Reformen dazu beitragen,

<sup>5</sup> Fredo Dannenbring.

neue Flüchtlingswellen zu verhindern, eine menschenwürdige Existenz im eigenen Land zu ermöglichen und die Voraussetzungen für eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge zu schaffen.

In der Hoffnung, daß schon bald Bedingungen geschaffen werden, die das indochinesische Flüchtlingselend von seiner Wurzel her angehen und damit dauerhaft beenden, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen  
Ihr Hans-Dietrich Genscher

Referat 231, Bd. 148285

## 197

### Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2512

Aufgabe: 28. Juni 1989, 14.27 Uhr<sup>1</sup>

Ankunft: 28. Juni 1989, 13.42 Uhr

Betr.: Volkskongreß;  
hier: Abschließende Bewertung

Bezug: DB Nr. 2127 vom 4.6.89 – Pol 320.00<sup>2</sup>

Zur Unterrichtung

1) Mit der Vorlage des offiziellen Schlußdokuments<sup>3</sup> ist der Zeitpunkt gekommen, eine abschließende Wertung des zwölfjährigen Kongresses der Volksdeputierten in Moskau zu versuchen. Eine Zwischenbilanz ist bereits mit Bezugsbericht übermittelt worden.

2) Wichtigster Faktor des Volkskongresses scheint im Rückblick aus hiesiger Sicht die uneingeschränkte Offenheit gewesen zu sein: Nahezu zwei Wochen lang war die hiesige Bevölkerung praktisch vor den Bildschirm gebannt. Zum ersten Mal konnten die jetzt hier lebenden Generationen einen echten politischen Wil-

<sup>1</sup> Das von Botschaftsrat Adam, Moskau, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 7.

Hat Vortragendem Legationsrat Stüdemann am 29. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, zog eine Zwischenbilanz der ersten Tagung des Kongresses der Volksdeputierten vom 25. Mai bis 9. Juni 1989. Vgl. dazu Referat 213, Bd. 147109.

<sup>3</sup> Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 27. Juni 1989: „Die Endresolution des Volkskongresses, die nun veröffentlicht wurde, ist charakteristisch für den jetzt erreichten Stand des Umbaus der politischen und wirtschaftlichen Struktur der SU. [...] Weil aber die wenigsten dieser Fragen ausdiskutiert oder auch nur einigermaßen geklärt sind, enthält die Endresolution weit mehr Fragen und Aufträge für weitere Arbeit als Entscheidungen. [...] Potentiell am folgenreichsten und revolutionärsten dürften die Aussagen zum staatlichen Aufbau der SU sein. Hier werden im Prinzip die bisherigen Strukturen zwischen Zentrum und Randrepubliken zur Disposition gestellt. Der Volkskongreß bekräftigt die Prinzipien souveräner Rechte der Republiken, regionaler Rechnungsführung und besonderer Förderungswürdigkeit der Kulturen ethnischer Minoritäten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2502/2507; Referat 213, Bd. 147109.



lensbildungsprozeß verfolgen. Auf dem Kongreß kam auch schärfste Kritik zur Sprache. Es kam zu heftigen spontanen Kontroversen. Gorbatschow selbst wurde kritisiert. Alles dies konnte von der politisch interessierten Bevölkerung unmittelbar am Bildschirm miterlebt werden. In den Großstädten dürfte dies weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung gewesen sein. Für das Land sind Schätzungen schwer. Insgesamt dürfte aber etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung den Volkskongreß unmittelbar über die Direktübertragung miterlebt haben. Die Veröffentlichung der Sitzungsstenogramme in der Zentralpresse hat dafür gesorgt, daß das, was auf dem Kongreß gesagt worden ist, nicht in Vergessenheit gerät.

Welche Konsequenzen dies für das politische Selbstbewußtsein und die politische Kultur in diesem Land hat, wagt man sich kaum vorzustellen. Wahrscheinlich ist, daß mit der Berufungsgrundlage, die der Volkskongreß bietet, sich der Stil politischer Auseinandersetzungen in diesem Lande auf allen Ebenen ändern wird: Es wird künftig leichter sein, auch auf lokaler Ebene dem bisher allmächtigen Parteisekretär zu widersprechen. Kein Parteisekretär wird künftig noch in gewohnter Selbstherrlichkeit auf eine ungebrochene Autorität rechnen können. Es wird leichter werden, sich auch zwischen Andersdenkenden um Grundkonsens zu bemühen. Vielleicht die wichtigste Wirkung des Volkskongresses könnte darin liegen, daß eine breite Bevölkerung in diesem Land zum ersten Mal erfahren hat, daß eine politisch-sachliche Auseinandersetzung auch ohne persönliche Verunglimpfungen und konfrontatives Vernichtungsdenken und Gefahr für sich klar Äußernde möglich ist. Viel wird davon abhängen, in welchen Gleisen sich diese Ansätze zu parlamentarischer Kultur weiter entwickeln.

3) Der Volkskongreß hat einer Menge bislang unbekannter Gesichter politischer Führer zu plötzlicher Bekanntheit verholfen. Obolenskij, der gegen Gorbatschow antreten wollte, ist schlagartig in der ganzen Union berühmt geworden. Ähnliches gilt für mindestens 40 weitere Redner. Hier hat sich nicht nur ein deutlicher politischer Pluralismus innerhalb der bestehenden Partei artikuliert, hier hat sich ein neues Reservoir politischer Führungskapazitäten an den Parteigremien vorbei nach vorn geschoben. Es dürfte allein eine Frage der Zeit sein, wann einige derer, die sich auf dem Kongreß profiliert haben, an der bestehenden Parteihierarchie vorbei in Führungspositionen berufen werden.

4)<sup>4</sup> Es ist viel Kritik laut geworden. Stärker noch als auf dem Parteikongreß im letzten Sommer<sup>5</sup> sind die feingesponnenen Schleier von Propaganda und Selbstbetrug zerrissen worden. Zum ersten Mal ist der Blick nicht nur der sowjetischen Öffentlichkeit, sondern der Weltöffentlichkeit schonungslos auf die offenen Wunden dieser Gesellschaft gelenkt worden. Für viele, die hier den Kongreß verfolgten, dürfte die Einsicht bitter gewesen sein, daß dieses Land trotz aller einzelnen technologischen Spitzenerfolge im großen und ganzen wirtschaftlich rückständig, sozial ungerecht, ökologisch zerstört, geistig und moralisch korrumpiert ist. Dem Land und seiner Bevölkerung ist ein ernüchternder Spiegel vorgehalten worden,

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „5)“.

Die nachfolgende Numerierung wurde durchgehend korrigiert.

<sup>5</sup> Vom 28. Juni bis 1. Juli 1988 fand in Moskau die Allunionsparteikonferenz der KPdSU statt. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 194.

dessen abstoßendes Bild noch heute mancher lieber hinwegargumentieren als wirklich zur Kenntnis nehmen möchte. Die erste Konfrontation mit einer nicht schönfärberisch entstellten Wirklichkeit und die offene Kritik, die sogar an Gorbatschow persönlich geäußert wurde, haben bei den Zuschauern tief gewirkt. Die ganze Tiefe dieser Wirkung dürfte sich erst allmählich herausstellen.

5) Der Kongreß hat einige weitere Tabus zerstört. Am brisantesten waren die direkten Angriffe auf Militär und KGB. Daß sie vereinzelt waren, mindert nicht ihre potentiell langfristige Wirksamkeit. Die Einsetzung eines Komitees des Obersten Sowjets über Sicherheitsfragen dürfte nicht unwesentlich auf diese Forderungen zurückgehen, KGB und Militär einer wirkungsvolleren parlamentarischen Kontrolle zu unterstellen.

6) Der große Gewinner des Kongresses heißt ohne Zweifel Gorbatschow. Er hat beachtliches Geschick erwiesen, mit einer heterogenen Menschengruppe souverän und sicher umzugehen. Selbst da, wo offensichtlich keine vorausschauende Regie mehr möglich war, behielt er kaltblütig und mit verbindlichem Lächeln die Kontrolle in seinen Händen. Der Kongreß hat die relative Schwäche des radikalen Flügels offenbart. Dennoch hat Gorbatschow einige Exponenten des radikalen Lagers stärker zu Wort kommen lassen, als er gemußt hätte. Offensichtlich sah er die Chance, im Schutze radikaler „linker“ Forderungen seinen Handlungsspielraum unvermerkt zu erweitern, ohne den Anspruch, aus der Mitte und im allgemeinen Konsens zu operieren, aufgeben zu müssen. Er kann die Konservativen mit den Forderungen der „Linken“ schrecken, ebenso wie er umgekehrt die „Linken“ mit Hinweis auf den starken konservativen Flügel disziplinieren kann.

7) Enttäuscht hat insgesamt der radikale Flügel um die Moskauer Gruppe. Jelzin hat die selbstgesteckten Ziele immer wieder verfehlt, Sacharow hat sich als Gesinnungsethiker mit wenig politischem Gespür entpuppt, Popow und Afanasjew haben ihrer Sache durch schrilles Überziehen eher geschadet.

8) Umgekehrt haben die Balten den Kongreß stärker geprägt, als ihre relative Schwäche hätte erwarten lassen. Sie waren nicht nur glänzend koordiniert, man merkte ihnen immer wieder an, daß sie selbst nach eineinhalb Generationen unter diktatorischer Bevormundung einfach immer noch ein Gespür für demokratische Willensbildungsprozesse haben.

9) Auffällig war der außenpolitische Konsens. Fragen der außenpolitischen Orientierung waren kein Gegenstand der Debatte. Der neue Kurs Gorbatschows wird weder von Konservativen noch von Progressiven ernsthaft in Frage gestellt, die er bisher nicht zu deutlichen Einbußen geführt hat.<sup>6</sup>

10) Der Kongreß hat den Bankrott der marxistischen Ideologie besiegelt. Nicht ein einziges Mal wurde Marx zitiert. Ideologische Argumente fehlten völlig. Selbst Lenin wurde nur einmal zitiert: von Roi Medwedew gegen die Kandidatur seines Parteifreundes Kolbin. Zitiert wurden sonst Platon und Churchill. Es wurden auch keine eschatologischen Visionen eines Endzeitkommunismus beschworen. Nach der Atmosphäre des Kongresses zu urteilen, hätte sich jeder, der so etwas versucht hätte, lächerlich gemacht.

<sup>6</sup> So in der Vorlage.

11) Der Kongreß war gut gesteuert. Immer wieder wurde spürbar, daß Gorbatschow und seine Vertrauten sehr viel Vorarbeit geleistet hatten. Im Prinzip konnte Gorbatschow sich auf eine auf ihn hörende Mehrheit verlassen. Dennoch gab es mehrere Situationen, die einfach nicht vorhersehbar waren. Gerade hier zeigten die Deputierten, daß sie bereit waren, sich führen, aber nicht sich vergewaltigen zu lassen. Kennzeichnend war, daß Abstimmungen um so knapper ausfielen, je mehr echte Wahlalternativen angeboten wurden: Die Wahlergebnisse für die Abgeordneten aus der RSFSR für den Nationalitätensowjet unterscheiden sich markant von den Ergebnissen der sonstigen Einheitslisten. Die Selbstkandidatur Obolenskij gegen Gorbatschow wurde nur äußerst knapp zurückgewiesen, ebenso wie die Mitgliedschaft Samsonows in der Verfassungskommission.

Die Sitzung des Volkskongresses im Mai/Juni 1989 war ein Auftakt. Viel wird davon abhängen, wie sich Routine und wachsendes Selbstbewußtsein künftig auswirken werden. Vermutlich wird es schon auf der nächsten Sitzung des Volkskongresses schwieriger werden, die Deputierten mit verspätet zugestellten Materialien oder plötzlichen Anträgen zur Geschäftsordnung zu überfahren. Es steht zu vermuten, daß die Deputierten besser vorbereitet und anspruchsvoller in die nächste Sitzung gehen werden. Dadurch wird die Leitung durch den Vorsitzenden schwieriger werden.

12) Nachteilig machte sich im Verlauf des Kongresses bemerkbar, daß es an einer thematisch geordneten Tagesordnung fehlte. Das stetige Springen zwischen teilweise gänzlich beziehungslosen Themen hat wesentlich dazu beigetragen, daß es selten zur Formulierung konkreter Empfehlungen kam. Jeder Deputierte war offensichtlich gut vorbereitet, aber jeder sprach letztlich für sich, ohne auf den Gang der vorhergehenden Debatte Rücksicht zu nehmen.

13) Was hat der Kongreß nachhaltig bewirkt? Die Frage läßt sich heute vorläufig beantworten. Der Oberste Sowjet hat sich in seiner neuen Form gerade erst konstituiert. Es läßt sich schwer abschätzen, mit welchem Erfolg er welche Kompetenzen erfolgreich für sich beanspruchen kann. Die bisherigen Erfahrungen mit der Regierungsbildung (bis heute acht Kandidaten, d.h. 14 Prozent der Vorschlagsliste abgelehnt) deuten auf ein selbstbewußtes und keineswegs parteikonformes Verhalten hin.

Mit dem Kongreß hat Gorbatschow sich eine Tribüne der Öffentlichkeit geschaffen, die von ihm als plebiszitäres Element genutzt werden kann. Er hat hiermit ein Gegengewicht zum Parteikongreß. Ebenso scheint der Oberste Sowjet ein Gegengewicht zum ZK zu bilden. Die Partei, das hält das Schlußdokument in unzweifelhafter Deutlichkeit fest, hat im Rahmen der Verfassungs- und Gesetzesordnung zu handeln, und diese wird vom Obersten Sowjet bzw. vom Volkskongreß festgelegt. Natürlich wirkt auch die Partei durch ihre vorherigen Beschlüsse in diese staatlichen Organe hinein. Dennoch zeichnet sich eine neue Art der Gewaltenteilung ab<sup>8</sup>: Die Staatsorgane bilden ein Gegengewicht gegen

<sup>7</sup> Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2513 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

<sup>8</sup> Die Wörter „eine neue Art der Gewaltenteilung ab“ wurden von Vortragendem Legationsrat Stüdemann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Das scheint mir zu optimistisch u. irreführend angesichts Überwiegens der Parteimitglieder im O[bersten] S[owjet].“

die Parteiorgane. Gorbatschow als Vorsitzender in beiden Gremien hat hier zahllose Möglichkeiten, Dinge in seinem Sinn zu steuern. Er kann die Parteidisziplin mobilisieren, um in Volkskongreß oder Oberstem Sowjet genehme Abstimmungen vorzubereiten, er kann andererseits die breitere Legitimation der Staatsorgane gegen die Exklusivität der Partei in Stellung bringen. Festzuhalten bleibt in jedem Fall, daß er nicht mehr gegen Überraschungen gefeit ist. Das haben die Litauer mit ihrem Auszug deutlich genug demonstriert.

14) Der Kongreß hat tiefe Spuren hinterlassen. Er hat aber nicht eindeutig Weichen stellen können. Die Enttäuschung bei einigen Intellektuellen und bei einer wesentlich größeren Menge von Arbeitern sitzt tief: Der Kongreß hat letztlich die Machtfrage nicht eindeutig zugunsten der Volksvertretung beantwortet. Vorstöße einiger Deputierter (Sacharow, Jemeljanow) sind in der Schlußresolution nicht aufgenommen worden. Der Kongreß hat keine konkreten Empfehlungen erarbeiten können, die einen Ausweg aus der sich täglich verschärfenden Wirtschaftsmisere weisen könnten. So kehrt bei manchen begeisterten Beobachtern nach einigen Tagen die ernüchternde Einsicht ein, daß brillante Debatten und mitreißende Appelle nicht die leeren Regale in den Läden füllen können. Der Kongreß war wohl alles in allem ein einigermaßen getreuer Spiegel der Meinungen im Lande. Die radikal-progressiven Deputierten zählten kaum mehr als 400. Die Mehrheit ist nach wie vor noch nicht bereit zu wirklich radikalen Wirtschaftsreformen. Ohne solche radikalen Einschnitte dürften die meisten Maßnahmen jedoch Kosmetik bleiben. Der Kongreß hat eine neue Arena abgesteckt. Der entscheidende Kampf steht noch bevor. Er wird in den kommenden Monaten im Obersten Sowjet und in der zweiten Sitzung des Volkskongresses im November d.J.<sup>9</sup> aufgenommen werden, insbesondere wenn es um die Vorbereitung der Wahlen auf regionaler Ebene geht.

[gez.] Meyer-Landrut

**Referat 213, Bd. 147109**

<sup>9</sup> Die zweite Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten fand vom 12. bis 24. Dezember 1989 statt. Vgl. dazu Dok. 434.

## 198

## Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem australischen Ministerpräsidenten Hawke

29. Juni 1989<sup>1</sup>

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem australischen Premierminister Bob Hawke am Donnerstag, den 29. Juni 1989, 11.10–12.15 Uhr<sup>2</sup>

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, VLR I Dr. Ueberschaer als Note-taker, Frau Perry Notbohm als Dolmetscherin;

auf australischer Seite: Premierminister Bob Hawke, Botschafter Raymond James Greet als Note-taker.

### I. Vier-Augen-Gespräch

Der *Bundeskanzler* begrüßt PM Hawke herzlich: Er freue sich, den in Canberra begonnenen Dialog fortzuführen und den freundschaftlichen Kontakt zu vertiefen. Er habe es sehr bedauert, seinen Besuch in Australien wegen des Todes von F.J. Strauß abkürzen zu müssen.<sup>3</sup>

PM *Hawke* dankt für die herzliche Aufnahme.

Der *Bundeskanzler* berichtet zunächst über die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland: Das Wirtschaftswachstum liege über den Erwartungen, allerdings sei auch eine höhere Inflationsrate als in den letzten sieben Jahren (wo sie unter 2% gelegen habe) zu verzeichnen. Die Arbeitslosigkeit gehe zurück, die relativ hohe Arbeitslosenzahl sei zu einem großen Teil sowieso ein statistisches Problem: Das hohe soziale Versorgungsniveau verführe viele dazu, sich ohne Not arbeitslos zu melden.

PM *Hawke* erläutert auf Zwischenfrage des Bundeskanzlers, daß er vor der Bundesrepublik Deutschland Frankreich, Großbritannien und die USA besucht habe.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, am 30. Juni 1989 gefertigt und am 4. Juli 1989 von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, über Bundesminister Seiders an Bundeskanzler Kohl geleitet. Dazu vermerkte Teltschik: „Hiermit lege ich den Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch (Teil I) und über das Gespräch im erweiterten Kreis (Teil II) mit der Bitte um Billigung und um Genehmigung zur Unterrichtung des Auswärtigen Amtes über Teil II vor. Zu der von PM Hawke angesprochenen Frage unserer künftigen Antarktispolitik wird mit gesonderter Vorlage Stellung genommen.“

Hat Seiders am 5. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigen].“

Hat Ueberschaer am 7. Juli 1989 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialrat Freiherr Leuckart von Weißdorf, Bundeskanzleramt, vermerkte: „Mit der Bitte um Weiterverfolgung der operativen Punkte wie besprochen.“

Hat Leuckart am 7. Juli 1989 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist durch gesonderte Vorlage erledigt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundesarchiv, B 136, Bd. 34071.

<sup>2</sup> Der australische Ministerpräsident Hawke besuchte die Bundesrepublik vom 28. bis 30. Juni 1989.

<sup>3</sup> Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 3. bis 6. Oktober 1988 in Australien auf. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 280.

<sup>4</sup> Der australische Ministerpräsident Hawke hielt sich vom 17. bis 20. Juni 1989 in Frankreich auf, vom 20. bis 24. Juni in Großbritannien und vom 24. bis 27. Juni 1989 in den USA.

Der *Bundeskanzler* berichtet über die erfolgreichen Besuche von Präsident Bush<sup>5</sup> und GS Gorbatschow in Bonn<sup>6</sup> und erläutert seine Einschätzung der Entwicklungen in der Sowjetunion und dem Ostblock.

PM *Hawke* äußert, daß er die Lage in Australien nicht im Detail schildern wolle. Sie sei insgesamt gesehen sehr gut; der Wirtschaft gehe es so gut, daß sich seine Regierung zu Dämpfungsmaßnahmen veranlaßt sehe.

Er schlägt vor, zuerst die bilateralen Fragen zu erörtern; den EG-Fragen könne man sich später zuwenden, wenn die australischen Wirtschafts-Sondergäste beigezogen seien.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

PM *Hawke* erläutert, daß seit dem Besuch des Bundeskanzlers in Canberra im Oktober vergangenen Jahres viel Schwung in die deutsch-australischen Beziehungen gekommen sei. Die damals gegebenen Impulse seien von den Ressorts und der Wirtschaft beider Seiten aufgenommen und fortgesetzt worden. So gebe es Fortschritte in der Wirtschaftskooperation, in der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, in den Rechtsbeziehungen und in der Sozialversicherung. Es handele sich dabei vorwiegend um praktische Fragen, die aber erheblich zum Brückenschlag beitragen. Der vom BDI veranstaltete Meinungsaustausch mit der deutschen Wirtschaft und sein Gespräch mit BM Haussmann<sup>7</sup> seien eine gute Grundlage für den weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen. Er begrüße es auch, daß BM Haussmann 1990 nach Australien kommen werde.

PM *Hawke* zeigt sich sodann interessiert an der Bewertung des Bundeskanzlers zu einer Reihe internationaler Fragen: zu den Ost-West-Beziehungen, zur Abrüstung, zum deutsch-sowjetischen Verhältnis, zum Stand der Reformen in der Sowjetunion sowie zur Entwicklung in der DDR.

Der *Bundeskanzler* betont, daß in das politische System der Sowjetunion Bewegung gekommen sei. Man müsse allerdings zwischen den Tatsachen und der damit verbundenen „psychologischen Welle“ unterscheiden. Er selbst halte sich an die Tatsachen, die bemerkenswert genug seien. Er habe beim Besuch von GS Gorbatschow ca. 20 Stunden im Gespräch mit ihm verbracht. Seit seinem Moskau-Besuch im Oktober vergangenen Jahres<sup>8</sup> habe sich die Entschlossenheit Gorbatschows, seine Reformvorstellungen durchzusetzen, noch verstärkt. Diesem sei auch klar, daß er und seine engsten Mitarbeiter ihr politisches Schicksal mit dem Erfolg seiner Politik verknüpft hätten. Komme es zu einem Rückschlag, werde die politische Entwicklung in der Sowjetunion ohne sie weitergehen. Der

<sup>5</sup> Der amerikanische Präsident Bush und Außenminister Baker besuchten die Bundesrepublik am 30./31. Mai 1989. Vgl. dazu Dok. 157.

<sup>6</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>7</sup> Bundesminister Haussmann und der australische Ministerpräsident Hawke trafen am 29. Juni 1989 zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die industrielle Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Australien, die „Uruguay-Runde“ des GATT, der Kohlebergbau und die Möglichkeiten für den Export australischer Kohle in die Bundesrepublik sowie die Handelspolitik im pazifischen Raum. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 342, Bd. 144462.

<sup>8</sup> Bundeskanzler Kohl und Bundesminister Genscher besuchten die UdSSR vom 24. bis 27. Oktober 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, II, Dok. 300, Dok. 301, Dok. 303, Dok. 304 und Dok. 309.

Personenwechsel auf der politischen Bühne Chinas, insbesondere der Abgang von GS Zhao Ziyang<sup>9</sup>, habe seinen Eindruck auf Gorbatschow nicht verfehlt.

Gorbatschow wisse, daß an seine Politik ein doppelter Maßstab angelegt werde: Er müsse ebenso Erfolge bei der demokratischen Öffnung wie bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes vorweisen können. Dies sei ihm klar. Er wolle daher auch die wirtschaftliche Entwicklung der SU mit allem Nachdruck vorantreiben. Hierzu sei Hilfe von außen notwendig. Wichtigste Voraussetzung für einen Erfolg sei aber die Veränderung des ökonomischen Systems in der SU selbst.

Vor diesem Hintergrund habe er, BK, Gorbatschow bereits in Moskau angeboten, jedes Jahr tausend sowjetische Manager zu Fortbildungskursen in die Bundesrepublik Deutschland einzuladen. Die ersten beiden Gruppen seien bereits hier gewesen. Er hoffe, daß man 1989 insgesamt 400 sowjetische Manager zuerst in einer theoretischen Schulung und dann in der Betriebspraxis fortbilden könne.

Auf Frage von PM Hawke: Es handele sich dabei sowohl um hochrangige Wirtschaftsfunktionäre als auch um Direktoren größerer Betriebe von bis zu 10000 Mitarbeitern. Sie blieben zwischen acht Wochen und einem Vierteljahr in der Bundesrepublik Deutschland. Für die an eine zentrale Befehlswirtschaft gewöhnten sowjetischen Manager sei die Einführung in unser Wirtschaftssystem eine große Umstellung. Die meisten der Betroffenen seien jedoch hochmotiviert in die Sowjetunion zurückgekehrt. GS Gorbatschow und MP Ryschkow hätten sich darüber begeistert geäußert.

Die in der Sowjetunion im Zuge der politischen Reformen aufgebrochenen Nationalitätenprobleme hätten ihre Auswirkungen auf die Nah- und Mittelostpolitik Gorbatschows nicht verfehlt. Den islamischen Fundamentalismus empfinde Gorbatschow als klare Bedrohung. So sehe er das Hauptproblem für die Stabilität der Region auch nicht im israelisch-palästinensischen Konflikt, sondern im Iran. Er wolle daher Bush bei dessen Bemühungen, Israel zu Verhandlungen zu bewegen, unterstützen. Die jüngsten Unruhen im asiatischen Teil der Sowjetunion habe Gorbatschow auf „fundamentalistische Banden“ zurückgeführt. Gorbatschow habe ihm auch seine Sorge darüber verdeutlicht, daß in fünfeinhalb Jahren die Hälfte aller Rekruten der Roten Armee Muslime sein würden.

Gorbatschow selbst, wie auch seine Frau, fühlten sich eindeutig als Europäer. Bei Äußerungen über die Stalin-Ära und die jetzt erfolgende Rehabilitierung ihrer Opfer habe Gorbatschow berichtet, daß seinerzeit auch sein Großvater mütterlicherseits verhaftet und gefoltert worden sei. Sein Bericht darüber sei sehr emotional gewesen. Stalin habe er als eine „asiatische Bestie“, Ceauşescu als „asiatischen Despoten“ bezeichnet.

<sup>9</sup> Zur Stellung des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Zhao Ziyang, vgl. Dok. 145, Anm. 5. Botschafter Hellbeck, Peking, berichtete am 25. Juni 1989 über die Plenarsitzung des ZK der KPCh am 23./24. Juni 1989: „Das fünf Wochen nach Verkündung des Ausnahmezustandes und drei Wochen nach dem blutigen Eingreifen des Militärs in Peking einberufene Plenum des ZK hat zwar mit der Absetzung von GS Zhao Ziyang den Gewaltakt der greisen Führungsgruppe besiegelt, aber dennoch keine Klärung erbracht. [...] Mit der Kompromißwahl des neuen GS Jiang Zemin hat man wohl eine Integrationsfigur gefunden, doch wird auch er aus den sich widersprechenden Tendenzen – Diktatur der KP einerseits und Forderung nach weiterer Öffnung nach außen andererseits – kein tragfähiges Konzept entwickeln können.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1302; Referat 341, Bd. 161816.

Die Gemeinsame deutsch-sowjetische Erklärung<sup>10</sup> sei ein bemerkenswertes Dokument, dessen Zustandekommen noch vor kurzer Zeit undenkbar gewesen wäre. PM *Hawke* wirft ein, daß er es gelesen habe.

Der *Bundeskanzler* berichtet sodann über den Zusammenschluß von EG-Europa, der – angesichts der früheren Zerstrittenheit der Europäer – für Außenstehende wie Gorbatschow oder auch PM *Hawke* schwer verständlich sein müsse. Selbst für PM *Thatcher* sei die Intensität der kontinental-europäischen Impulse zum Zusammenschluß schwer erklärlich. In diesem Zusammenhang erläutert der *Bundeskanzler* an Einzelbeispielen die Dichte der deutsch-französischen Zusammenarbeit als Kern der europäischen Einigung.

Zu den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen übergehend, äußert der *Bundeskanzler*, daß Gorbatschow in seiner Beziehung zu Präsident Bush noch unsicher sei, wie Bush umgekehrt auch in seiner Beziehung zu ihm. Jedenfalls sei Gorbatschows Beziehung zu Bush bisher bei weitem nicht so intensiv wie vorher die zu Reagan.

Dennoch biete die Entwicklung der Beziehungen der beiden Weltmächte zueinander gute Chancen für einen baldigen Beginn der START-Verhandlungen<sup>11</sup> und für eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen.

PM *Hawke* wirft ein, daß dem *Bundeskanzler* die Australische Initiative im Chemiewaffenbereich und die von Australien einberufene Canberra-Konferenz über C-Waffen<sup>12</sup> sicher bekannt seien. Er hoffe, daß sich die Bundesrepublik Deutschland an diesem Dialog in Canberra durch Entsendung von Regierungs- und Wirtschaftsvertretern beteiligen werde. Der *Bundeskanzler* sagt zu, daß er sich hierfür einsetzen wolle.

Im Hinblick auf die Rüstungskontrollverhandlungen weist der *Bundeskanzler* darauf hin, daß es für die Sowjetunion bei den konventionellen Waffen erhebliche Probleme gäbe. Um hier zu Abrüstungsvereinbarungen zu kommen, werde die im konventionellen Bereich weit überlegene SU bedeutende Konzessionen machen müssen. Die Initiative von Präsident Bush<sup>13</sup>, der seinerseits Konzessionen der USA im konventionellen Bereich anbiete, sei für Gorbatschow überraschend gekommen. Sie biete eine gute Chance, um in 16 Monaten in Wien<sup>14</sup> zu positiven Ergebnissen zu kommen.

Baldige merkliche Fortschritte bei der konventionellen Abrüstung könnten der Lösung unseres Problems der bei uns dislozierten Kurzstreckenraketen dienen, deren Modernisierung von der NATO und hier insbesondere von PM *Thatcher* gefordert werde. Für uns sei es inakzeptabel, daß in allen Bereichen der Kernwaffen mit Ausnahme dieser bei uns stationierten nuklearen Kurzstreckenwaffen abgerüstet werden solle. Wir wollten keineswegs für eine dritte Null-Lösung plädieren, seien aber der Auffassung, daß gerade bei den Kurzstreckenwaffen, bei denen die östliche Seite über eine 14-fache Übermacht verfüge,

<sup>10</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des *Bundeskanzlers* Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

<sup>11</sup> Die elfte Runde von START fand vom 19. Juni bis 7. August 1989 in Genf statt. Vgl. dazu Dok. 243.

<sup>12</sup> Zur Konferenz gegen chemische Waffen vom 18. bis 22. September 1989 vgl. Dok. 311.

<sup>13</sup> Zur Initiative des amerikanischen Präsidenten Bush für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den VKSE in Wien vgl. Dok. 148 und Dok. 150.

<sup>14</sup> Zu den VKSE vgl. Dok. 223.



Abrüstungsverhandlungen für den Westen von besonderem Interesse seien. Die von Bush hergestellte zeitliche Verknüpfung der Aufnahme von Abrüstungsverhandlungen über die Kurzstreckenwaffen mit vorher erreichten Ergebnissen bei der konventionellen Abrüstung lasse die „Stunde der Wahrheit“ näherücken.

Unsere Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlungen im konventionellen Bereich sei nicht primär vom Wunsch nach Reduzierung der uns durch die Bundeswehr auferlegten finanziellen Belastungen motiviert. Bei einer konventionellen Abrüstung im NATO-Bereich würden wir zuletzt einen Vorteil davon haben. Die konventionelle Stärke der NATO beruhe auf den US-Streitkräften und der Bundeswehr. Wir könnten im besten Falle in fünf bis sechs Jahren mit Truppenreduzierungen bei der Bundeswehr rechnen.

Die Truppen des Warschauer Paktes verfügten gegenwärtig über 50 000 Panzer. 40 000 von ihnen seien so modern, daß man im Westen nur den Leo II als gleichwertig ansehen könne. Auch wenn die SU 15 000 ihrer Panzer abziehe, ergebe dies noch immer kein Gleichgewicht im konventionellen Bereich zwischen Ost und West. Gorbatschow meine es mit seinen konventionellen Abrüstungsinitiativen ernst, müsse aber gerade in diesem Bereich mit innenpolitischen Schwierigkeiten rechnen, weil die Sowjetunion wegen des bestehenden Übergewichts hier erhebliche Vorleistungen zu erbringen habe.

Die prinzipielle Statik des Ostblocks werde sich nicht auf einmal, sondern nur kleinschrittig ändern. Polen und Ungarn seien hier die wichtigsten Vorreiter. Der DDR müsse die Öffnung am schwersten fallen. Öffne sie ihre Grenzen, müsse sie einen Exodus ihrer Bürger in den anderen Teil Deutschlands befürchten.

Die Bevölkerung der DDR verfolge alles, was sich in der Bundesrepublik Deutschland tue, mit größter Aufmerksamkeit. Das Zusammengehörigkeitsgefühl sei bei ihr besonders stark entwickelt.

Die Bundesregierung habe ihre Beziehungen zur DDR weitgehend normalisiert. Die Besucherzahlen im innerdeutschen Reiseverkehr stiegen stetig an. Für 1989 rechne man mit 4 Mio. DDR-Besuchern in der Bundesrepublik.

Wirtschaftlich gehe es den Menschen in der DDR besser als der Bevölkerung irgendwo sonst im Ostblock. Die Hauptprobleme für die DDR-Bürger seien dennoch nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur. Angesichts der vielen Kontakte sähen und verglichen sie, wie ihre Verwandten und Freunde im Westen lebten. Dies führe zu Unruhe.

Die DM (West) sei inzwischen zur Zweitwährung in der DDR geworden, da man sie legal erwerben und in Sonderläden in der DDR ausgeben könne. Scherzhaft unterscheide man in der DDR, wirtschaftlich gesehen, drei Klassen: Die erste Klasse seien die Funktionäre, die zweite seien diejenigen, die über DM (West) verfügten, die dritte und größte Klasse sei die der „armen Teufel“.

Ein besonders krasses Beispiel sei die Verlängerung der Bestellfrist für einen Pkw in der DDR, die 1982 zehn Jahre betragen habe und sich jetzt auf dreizehn Jahre belaufe. Die zusätzliche Verzögerung sei dadurch entstanden, daß Bürger der Bundesrepublik Deutschland seit einiger Zeit die Möglichkeit hätten, Verwandten oder Freunden in der DDR gegen Bezahlung in DM (West) einen Pkw aus DDR-Produktion zu schenken. Bei Einzahlung des Kaufpreises in DM (West)

auf ein Schweizer Konto werde der Wagen bereits nach einem Vierteljahr an den beschenkten Verwandten oder Freund in der DDR ausgeliefert.

Niemand könne heute sagen, wie es weitergehen werde, wenn Honecker und seine engere Regierungsmannschaft eines Tages gehen müssen. Dies werde noch einige Jahre dauern. Aber auch Gorbatschow warte bereits darauf.

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß es Ziel seiner Politik sei, die Menschen in beiden Teilen Deutschlands zusammenzubringen und die Zusammenarbeit in für die Menschen wichtigen Bereichen wie der Umweltpolitik zu fördern.

PM *Hawke* spricht sodann das australische Interesse an der Nichtverbreitung chemischer und nuklearer Waffen an. Seine Regierung setze sich dafür ein, die Kontrollen zur Durchsetzung der Nichtverbreitung noch intensiver durchzuführen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu. Die Bundesregierung habe gerade einen „Riesenärger“ mit dem Export von Anlageteilen zur Chemiewaffenproduktion in sensible Regionen des Nahen und Mittleren Ostens erlebt. Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand habe eine kriminelle Firma unter Ausnützung der liberalen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland für Libyen eine ganze Chemiewaffenproduktionsanlage erstellt.<sup>15</sup> Die Bundesregierung hoffe, daß das Beweismaterial für eine Verurteilung der Verantwortlichen ausreichen werde. Gerade in diesem „Rabta“-Fall seien nur wir international Angriffe ausgesetzt, obwohl an der dort gebauten CW-Anlage sechs Länder beteiligt gewesen seien. Ein wichtiger Computer stamme z. B. aus Florida.

Die Bundesregierung habe als Lehre aus dem Rabta-Fall eine besonders umfassende Exportkontrollgesetzgebung eingeführt.<sup>16</sup> Inzwischen gäbe es bereits einen weiteren Fall, in dem eine Firma in der Bundesrepublik Deutschland Vormaterialien für C-Waffen aus Indien nach dem Iran verschifft habe.<sup>17</sup> Bedauerlicherweise habe die Bundesregierung zu diesem Fall nicht selbst die nötigen Informationen erhalten, sondern sei erneut vom CIA darauf hingewiesen worden.

Der Bundesregierung sei daran gelegen, auch solche Fälle der Geschäftsvermittlung, ohne daß die Ware das Bundesgebiet berühre, unter Strafe zu stellen. Die Bundesregierung wolle jede Form der Beteiligung deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Firmen an der Herstellung oder Weitergabe von ABC-Waffen unter Strafe stellen. Bisher existiere eine derart weitgehende Gesetzgebung nirgendwo in der Welt. Die Bundesregierung lege jedoch größten Wert darauf und sei insoweit für jeden Rat dankbar.

Andererseits sei die Bundesrepublik<sup>18</sup> ein Rechtsstaat, der nur aufgrund bestehender Gesetze Verurteilungen vornehmen könne. Die USA hätten hierfür z. B. auch im Falle der Nichtauslieferung des Terroristen M. A. Hamadi Verständnis gezeigt. Auf der gleichen Grundeinstellung beruhe jetzt auch die Unnachgiebigkeit der Bundesregierung gegenüber Drohungen von Terroristen, die Hamadi freipressen wollten.<sup>19</sup>

<sup>15</sup> Zur Chemieanlage in Rabta vgl. Dok. 144, Anm. 9.

<sup>16</sup> Zu den Maßnahmen der Bundesregierung vgl. Dok. 59, Anm. 7.

<sup>17</sup> Zum Fall Rheineisen vgl. Dok. 233.

<sup>18</sup> Korrigiert aus: „Bundesregierung“.

<sup>19</sup> Vgl. dazu den Entführungsfall Quint sowie den Entführungsfall Strübig und Kemptner; Dok. 130, besonders Anm. 7, bzw. Dok. 158, besonders Anm. 5.

PM *Hawke* kommt sodann auf China zu sprechen: Wie beurteile der BK die Ereignisse in China? Er, PM *Hawke*, habe hierüber mit den Präsidenten Bush<sup>20</sup> und Mitterrand gesprochen. Alle teilten seine Auffassung, daß ein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu China vor allem zu Nachteilen für die chinesische Bevölkerung führen müsse. Der Westen habe an der Fortsetzung der bisherigen Reform- und Öffnungspolitik auch deswegen ein Interesse, weil es gelte, eine erneute langjährige Abkapselung Chinas zu verhindern.

Der *Bundeskanzler* bemerkt, daß er diese Auffassung teile.

PM *Hawke* weist darauf hin, daß man ursprünglich für die bevorstehende COCOM-Sitzung im September d. J. eine weitere Liberalisierung der Exporte nach China vorgesehen hatte.

Der *Bundeskanzler* äußert, daß es jetzt darauf ankomme, Zeit zu gewinnen. Deng Xiaoping habe unrecht, wenn er davon ausgehe, daß eine Wirtschaftsreform ohne politische und gesellschaftliche Reformen denkbar sei. Im Gegensatz zu ihm habe Gorbatschow diesen Zusammenhang klar erkannt.

PM *Hawke* äußert, daß es für China wichtiger sei, daß Zhao Ziyang sich hierüber im klaren sei (falls Zhao überhaupt noch lebe). Betrachte man die Entwicklung der Wirtschaftsreform in China in den letzten zehn Jahren, so sei Zhao Ziyang der einzige, der in der Lage sei, die dabei entstandenen Probleme zu lösen.

Der *Bundeskanzler* stimmt dem zu. Für ihn sei die Entmachtung Zhaos schwer zu verstehen, nachdem Deng ihm noch vor kurzer Zeit erklärt habe, daß Zhao sein Erbe sein werde. Zhao sei vor zwei Jahren als privater Gast zu ihm, dem Bundeskanzler, nach Hause gekommen.<sup>21</sup> So habe sich Gelegenheit zu sehr offenen Gesprächen ergeben.

PM *Hawke* wirft ein, daß er in Australien 20 Stunden zusammen mit Zhao verbracht habe.<sup>22</sup> Er sei ein bemerkenswerter Mann.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, daß er und PM *Hawke* gemeinsam etwas unternehmen sollten, falls die chinesische Führung Zhao etwas anhaben wolle.

PM *Hawke* stimmt dem zu.

PM *Hawke* kommt sodann auf die Entscheidung seiner Regierung zu sprechen, das 1988 ausgehandelte „Übereinkommen über die mineralischen Rohstoffe der Antarktis“<sup>23</sup> nicht zu zeichnen. Australien wünsche ein umfassendes Umwelt-

<sup>20</sup> Für das Gespräch des amerikanischen Präsidenten Bush mit dem australischen Ministerpräsidenten Hawke am 27. Juni 1989 in Washington vgl. <https://bush41library.tamu.edu/archives/memcons-telcons> (zum Zeitpunkt des Zugriffs nur teilweise freigegeben).

<sup>21</sup> Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang hielt sich vom 8. bis 16. Juni 1985 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 152 und Dok. 154.

<sup>22</sup> Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte Australien am 18./19. April 1983.

<sup>23</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse Messer vermerkte am 3. Juni 1988, am Vortag sei das Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen der Antarktis nach sechsjährigen Verhandlungen abgeschlossen worden. Der Text werde bis November 1989 zur Zeichnung aufgelegt: „Die Konvention soll, für den Fall, daß Rohstoffaktivitäten in der Antarktis aktuell werden, einen Rechtsrahmen errichten, der den Schutz der verletzlichen antarktischen Umwelt sicherstellt und ein Wiederaufbrechen der im Antarktis-Vertrag neutralisierten Hoheitsrechte verhindert.“ Sie sehe aber auch, z. B. bei der Zusammensetzung wichtiger Organe, eine „ausgeprägte Besserstellung derjenigen Staaten vor, die in der Antarktis Hoheitsrechte geltend machen“. Dadurch würden die Regelungen „nur begrenzt unseren internen rechtlichen und wirtschaftlichen Vorstellungen“ entsprechen. Vgl. Referat 504, Bd. 194389.

schutz-Übereinkommen und einen Antarktis-Wildnispark im Rahmen des geltenden Antarktis-Vertragssystems<sup>24</sup>. Es suche jetzt internationale Unterstützung für seine Initiative. Von Indien und Frankreich sei sie ihm bereits zugesagt, von Schweden, Belgien und Italien nur angedeutet. PM Hawke übergibt einen Brief mit der an den Bundeskanzler gerichteten Bitte, hierzu auf politischer oder Beamtenebene Stellung zu nehmen.

Der *Bundeskanzler* betont, daß die Bundesregierung über die Frage der Zeichnung des Übereinkommens „über die mineralischen Rohstoffe der Antarktis“ noch nicht endgültig entschieden habe. Auch wir sähen in diesem Text noch Lücken. Der 1988 mühsam erreichte Kompromiß sei jedoch unter Umständen besser als ein weiterhin ungeregelter Zustand. Die australische und die Bundesregierung sollten in dieser Frage in Kontakt bleiben und sie weiter erörtern.

Persönlich habe er, BK, viel Sympathie für den australischen Vorschlag. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland hätten einen ähnlichen Vorstoß in der Frage der Erhaltung des tropischen Regenwaldes – einem vergleichbaren Problem – im EG-Rat und auf dem letzten Wirtschaftsgipfel eingebracht.<sup>25</sup>

Der brasilianische Präsidentschaftskandidat Collor de Mello habe ihn auf das Problem der öffentlichen Meinung in Brasilien hingewiesen, die unterstelle, daß die westlichen Industrieländer mit dieser Initiative neokolonialistische Ziele verfolgten. Man müsse sich jedoch darüber im klaren sein, daß der brasilianische Regenwald, der 40 % des Regenwaldes in der Welt ausmache, in zehn Jahren verschwunden sei, wenn die Industrieländer nicht für seine Erhaltung zu zahlen bereit seien.

Die Bundesregierung habe dies bereits im Falle Kenias, das über 5 % des Weltbestandes an Regenwald verfüge, praktiziert, dem es unter der Bedingung, diesen Wald zu erhalten, 860 Mio. DM Schulden erlassen habe.<sup>26</sup>

Die europäischen Industrieländer könnten das Rheinwasser verbessern, aber nicht selbst den Regenwald erhalten. Experten hätten festgestellt, daß, wenn der Regenwald in Brasilien erst einmal gerodet sei, die Kahlschläge nicht mehr aufgeforstet werden könnten.

Vor diesem Hintergrund sei seine, des Bundeskanzlers, Reaktion auf die australische Antarktis-Initiative zunächst und vor allem Sympathie.

<sup>24</sup> Für den Wortlaut des Antarktis-Vertrags vom 1. Dezember 1959 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 1518–1525.

<sup>25</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 19. bis 21. Juni 1988 in Toronto vgl. AAPD 1988, I, Dok. 181–184. Zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels erklärte Bundeskanzler Kohl bei einer Pressekonferenz am 21. Juni 1988: „Ich habe mich in der Diskussion sehr intensiv für gemeinsame Maßnahmen eingesetzt, die dem Schutz der Umwelt dienen. Wir waren uns einig, daß Umweltschutz und die Verbesserung der Umweltqualität besonders dringlich sind. [...] Mit besonderer Genugtuung können wir feststellen, daß alle Gipfelteilnehmer unseren Vorschlag unterstützen, Maßnahmen gegen die Vernichtung von Wäldern, insbesondere durch Abholzung der tropischen Regenwälder, einzuleiten. Die Auswirkungen auf das weltweite Klima sind offensichtlich. Wir waren uns alle einig, daß es einen engen Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie gibt, dem in noch viel stärkerem Maße auch international endlich Rechnung getragen werden muß. [...] Die enge Wechselwirkung zwischen Ökonomie und Ökologie muß auch verstärkt Bestandteil des Nord-Süd-Dialoges werden.“ Vgl. das Manuskript; Referat 412, Bd. 168659. Vgl. dazu auch Ziffer 31 bis 33 der Wirtschaftserklärung vom 21. Juni 1988; EUROPA-ARCHIV 1988, D 386.

<sup>26</sup> Zum Schuldenerlaß der Bundesrepublik für Kenia vgl. Dok. 36, Anm. 5.

Auf Frage berichtet PM *Hawke*, daß er damit in Frankreich Unterstützung gefunden habe, nicht jedoch bei den Briten und Amerikanern. PM Thatcher sei dagegen; erst wenn Kinnock an die Regierung komme, werde dies anders. Präsident Bush neige dazu, die „Übereinkunft über die mineralischen Rohstoffe der Antarktis“ zu zeichnen.

Der *Bundeskanzler* äußert, daß er hierüber mit der US-Regierung reden wolle. PM *Hawke* bemerkt, daß die internationale Bürokratie offenbar ein eigenes Interesse an der Zeichnung der Übereinkunft entwickelt habe, nachdem sie so viel Zeit und Fleiß für die Entwürfe verwendet habe. Es handele sich aber hier um eine politische Frage. Die öffentliche Meinung in der Welt sei für den Schutz der Antarktis.

Der *Bundeskanzler* erklärt, daß er zu dieser Frage ein Ministergespräch führen wolle.<sup>27</sup> Er beauftragt den Unterzeichneten<sup>28</sup>, hieran zu erinnern.

Abschließend stellt er PM *Hawke* die Frage, ob es hinsichtlich des australischen Fregatten-Auftrages<sup>29</sup> neue Entwicklungen gebe.

PM *Hawke* bemerkt, daß Ende Juli der Expertenbericht des australischen Verteidigungsministeriums fertiggestellt sein werde. Vorher sei das Kabinett am Entscheidungsprozeß nicht beteiligt. Er, *Hawke*, habe dem Bundeskanzler bereits in Canberra erklärt, daß der Entscheidungsprozeß relativ lang dauern werde. Wenn in vier bis fünf Wochen der Bericht der Experten fertiggestellt sei, werde das Kabinett auf der Grundlage des Berichts die Entscheidung treffen. Persönlich könne er dem Bundeskanzler jetzt lediglich sagen, daß aus seiner, des Premierministers, Sicht im Hinblick auf die geplante umfassendere bilaterale industrielle Zusammenarbeit eine Berücksichtigung des deutschen Angebots Sinn machen würde.<sup>30</sup>

## II. Gespräch im erweiterten Kreis

Das Gespräch wird anschließend unter Einbeziehung der offiziellen australischen Delegation und der Wirtschafts-Sondergäste fortgeführt.

Auf deutscher Seite nehmen an der Sitzung im erweiterten Kreis zusätzlich teil:

- StS Dr. von Würzen (BMWi),
- MDg Dr. Neuer,
- MDg Dr. Hartmann.

<sup>27</sup> Die Bundesrepublik zeichnete das Übereinkommen vom 2. Juni 1988 zur Regelung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen der Antarktis nicht. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Messer vom 4. Dezember 1989; Referat 504, Bd. 194393.

<sup>28</sup> Hans-Christian Ueberschaer.

<sup>29</sup> Das Bundesministerium für Verteidigung notierte am 20. September 1988: „Um das neue Fregattenbauprogramm (acht Fregatten für Australien, vier für Neuseeland) stehen zwei australische Firmenkonsortien in der Endauswahl; das eine ist mit Blohm + Voss, das andere mit einer niederländischen Werft liiert. Blohm + Voss bietet die bewährte Fregatte MEKO 200 an, von der zur Zeit vier Schiffe (für Portugal und Türkei) auf deutschen Werften gebaut werden.“ Vgl. Referat 342, Bd. 144609.

<sup>30</sup> Botschafter Schauer, Canberra, meldete am 14. August 1989, das australische Kabinett habe entschieden, „den Fregattenauftrag dem AMECON-Konsortium (Melbourne) unter Beteiligung von Blohm + Voss zu erteilen. Damit hat ein mehrjähriges Auswahlverfahren einen für die deutsch-australischen Beziehungen erfreulichen Abschluß gefunden. [...] Die australische Entscheidung bedeutet ferner eine Abkoppelung von der Entscheidungsfindung in Neuseeland, nachdem dort offenbar nach der Regierungsneubildung keine kurzfristige Beschlußfassung möglich war.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 342, Bd. 144470.

Der *Bundeskanzler* begrüßt die erweiterte Delegation von PM Hawke und unterstreicht erneut seine Befriedigung, daß dieser seinen Besuch in Australien so schnell erwidert habe. Man habe die in Canberra abgegebene gegenseitige Zusicherung, die Zusammenarbeit in allen Bereichen zu vertiefen, ernstgenommen. Im vorangegangenen Vier-Augen-Gespräch habe man Themen erörtert, die voraussichtlich auch auf dem bevorstehenden Wirtschaftsgipfel in Paris<sup>31</sup> eine Rolle spielen würden: die Ost-West-Beziehungen, den Umweltschutz, das künftige Antarktis-Regime und die Erhaltung des Regenwaldes.

Die große räumliche Distanz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Australien werde für die Zusammenarbeit kein Hindernis darstellen. Er wolle die PM Hawke begleitenden hochrangigen Vertreter der australischen Wirtschaft ebenfalls zu verstärkter Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Technologie mit uns einladen.

Für Europa stünden wichtige Veränderungen bevor, die sowohl die EG wie das GATT betreffen.

Der Zusammenschluß der zwölf EG-Staaten sei für viele Nichteuropäer nicht recht faßbar; dies gelte allerdings auch für manche Europäer.

Er selbst habe diese Thematik bereits GS Gorbatschow erläutert; das gleiche werde Präsident Mitterrand bei GS Gorbatschows bevorstehendem Staatsbesuch in Frankreich<sup>32</sup> unternehmen.

Kristallisationspunkt des europäischen Zusammenschlusses sei die enge deutsch-französische Bindung (67 Treffen mit Präsident Mitterrand während der Amtszeit des Bundeskanzlers, gemeinsame Brigade, gemeinsame Generalstabsausbildung).

Dennoch werde es auch nach Vollendung des Binnenmarkts keine Festung Europa geben. Dies werde die Bundesregierung nicht zulassen, und zwar aus folgenden Motiven:

- EG-Europa sei nur ein Teil Europas. Es liege nicht im deutschen Interesse, daß sich dieser Teil gegenüber Resteuropa abschließe.
- Auf dem Europa der Zwölf ruhe die Hoffnung der Dritten Welt. Eine „Festung Europa“ müßte deren Verschuldung noch verstärken.
- Gerade das Beispiel der deutschen Wirtschaftsentwicklung nach 1948 (Einführung der sozialen Marktwirtschaft, Währungsreform) beweiße, daß ohne eine Politik der wirtschaftlichen Öffnung die Bundesrepublik Deutschland nicht das geworden wäre, was sie heute darstelle.

Trotz der insgesamt sehr positiven Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gebe es in einigen Bereichen noch Übergangsprobleme. So habe man in der Landwirtschaft zu spät mit den erforderlichen Umstrukturierungsmaßnahmen begonnen, was zu einer erheblichen Verbitterung der deutschen Landwirte geführt habe. Die gegenwärtige deutsche Kohleproduktion werde sich ebenfalls aus Rentabilitätsgründen nicht aufrechterhalten lassen. Man werde hier zu drastischen Reduktionen kommen müssen.

<sup>31</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 vgl. Dok. 231.

<sup>32</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte Frankreich vom 4. bis 6. Juli 1989. Vgl. dazu Dok. 218, Anm. 8.

Entscheidend für die weitere Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft seien die vom ER in Madrid<sup>33</sup> gefaßten Beschlüsse über die Wirtschafts- und Währungsunion, die jetzt unter der französischen EG-Präsidentschaft<sup>34</sup> weiterentwickelt werden müßten. Das entscheidende Datum sei das der Vollendung des Binnenmarktes am 31.12.1992. Dieser Termin werde sicher eingehalten werden; dies könnten auch „Bremser“ nicht verhindern. Im Mittelpunkt der geplanten Währungsunion werde die Schaffung einer Europäischen Zentralbank stehen. Dieses Organ – und hier sei die Bundesregierung zu keinerlei Zugeständnissen bereit – müsse unabhängig von den Regierungen agieren können. Wir hätten mit der Unabhängigkeit der Bundesbank sehr gute Erfahrungen gemacht; sie sei der Stabilität unserer Währung zugute gekommen.

Die Öffnung der nationalen Grenzen im Rahmen des Binnenmarktes werde Änderungen auf den verschiedensten Gebieten bringen – so z.B. auch in der Polizeipolitik, wo eine zentrale Koordination der verschiedenen nationalen Polizei-Organisationen notwendig werde.

Aus unserer Sicht sei der Prozeß des europäischen Zusammenschlusses nicht mehr umkehrbar. Es werde zwar sicher noch vielfach gebremst werden; es werde aber nicht dazu kommen, daß die Lokomotive am anderen Ende des Zuges angespannt werde.

EG-Europa werde nach Vollendung des Binnenmarktes genau wie bisher auf seine wichtigen Außenhandelspartner angewiesen bleiben. Als wirtschaftsstärkstes EG-Mitgliedsland fühlten wir uns besonders dazu aufgerufen, auch künftig bei der Pflege der Außenbeziehungen EG-Europa gute Dienste zu leisten. Der 1992 vollendete Binnenmarkt von 320 Millionen Menschen werde sich möglicherweise bis zum Jahre 2000 noch erweitern. Österreich wolle EG-Mitgliedsland werden<sup>35</sup>; vielleicht werde sich auch die Schweiz zu einem solchen Antrag entschließen; entsprechende Überlegungen bestünden auch bei den nordischen Staaten.

Der australischen Wirtschaft wolle er das konkrete Angebot machen, ihr bei der künftigen Zusammenarbeit mit EG-Europa behilflich zu sein. Ohne freien Welthandel könne es kein Europa, wie wir es uns vorstellten, geben.

PM *Hawke* dankt dem Kanzler für diese aus australischer Sicht erfrischende Aussage, die ganz anders sei als das, was man in Downing Street gehört habe. In Australien begrüße man ein stärker integriertes Europa, wenn es nicht nur seinen Mitgliedsländern, sondern – bei richtiger Gestaltung seiner Außenbeziehungen – auch seinen Partnern Vorteile bringe.

Bei dem Wunsch, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Australien zu fördern, habe Australien bisher schlechte Erfahrungen mit der europäischen Agrarpolitik machen müssen. Die Aussage des Bundeskanzlers, daß diese Agrarpolitik auch deutschen und europäischen Interessen zuwiderlaufe, mache die deutschen Absichten klarer und verständlicher.

Australien habe seinen Einfluß in der Uruguay-Runde<sup>36</sup> aus eigenem Recht und namens der Cairns-Gruppe dazu genutzt, die Agrarfrage in das Arbeits-

<sup>33</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. Juni 1989 vgl. Dok. 189 und Dok. 194.

<sup>34</sup> Frankreich hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1989 inne.

<sup>35</sup> Österreich stellte am 17. Juli 1989 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu Dok. 214.

<sup>36</sup> Zur „Uruguay-Runde“ des GATT vgl. Dok. 152 und Dok. 236.

programm bis zur Halbzeitüberprüfung wie auch in das der zweiten Halbzeit einzubringen. Wichtig sei nun, die Uruguay-Runde zu einem Erfolg werden zu lassen, da ein Scheitern zu einem Desaster führen müsse. Wenn es nicht zu einer Einigung über die Agrarpolitik komme, werde es keine gemeinsame Schlußübereinkunft geben.

Australien habe hier erheblich Druck auf Frankreich, Großbritannien und die USA ausgeübt und erwarte von der Bundesrepublik Deutschland eine positive Einflußnahme im EG-Rahmen, die einer vernünftigen Lösung den Weg bahne. Da man nur noch 18 Monate bis zum Ende der Uruguay-Runde habe, müsse man die Zeit nutzen, wenn die Hoffnungen für die Zeit nach 1992 sich nicht verflüchtigen sollten.

Im bilateralen Bereich akzeptiere die australische Regierung gern die deutschen Vorschläge für eine Wirtschaftskooperation bis zum Jahre 1992 und hoffe auch auf weitere Zusammenarbeit für die Zeit bis zum Ende der 90er Jahre.

Auf Wunsch des Bundeskanzlers nimmt StS *von Würzen* zu den australischen Aussagen zur Uruguay-Runde Stellung. Die Bundesregierung sei dankbar für die Rolle, die Australien als Sprecher der Cairns-Gruppe in der Uruguay-Runde gespielt habe. Die Ergebnisse der Halbzeitüberprüfung in Genf gäben Hoffnung auf eine Einigung auch in der Agrarfrage. Die Bemühungen in Montreal<sup>37</sup>, hier zu konkreten Ergebnissen zu kommen, seien nicht an uns gescheitert.

Die deutsche Wirtschaft brauche dringend einen erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde. Das Ergebnis der Genfer Halbzeitüberprüfung sei nicht schlecht. Wir seien uns auch bewußt, daß wir im Hinblick auf den mittel- und langfristigen Abbau des Protektionismus Zugeständnisse machen müßten. Wir wollten den Gesamtumfang der Subventionierung herunterfahren, müßten uns allerdings die Freiheit vorbehalten, die Instrumente hierzu selbst zu wählen.

PM *Hawke* bemerkt, daß man auch nach der Genfer Halbzeitüberprüfung den bisherigen kooperativen Geist aufrechterhalten müsse. Problematisch sei nur, daß uns eine Berücksichtigung der jeweiligen Wählerinteressen von der angestrebten multilateralen Lösung entferne. Klar sei, daß alle zusammenwirken müßten, wenn es darum gehe, denjenigen zu helfen, die im Agrarbereich ernste Probleme hätten. Man müsse jedoch versuchen, hier von Produktionshilfen wegzukommen, da diese sich nur nachteilig auf die Interessen der Mitgliedsländer der Gemeinschaft wie auch der Agrarexportländer außerhalb der EG auswirkten. Mit Produktionshilfen ließen sich die bestehenden Verteilungsprobleme nicht überwinden.

StS *von Würzen* stimmt der Auffassung, daß man Produktionshilfen als Subventionsmittel abschaffen müsse, grundsätzlich zu. Gewisse Produktionshilfen müsse man aber noch für eine bestimmte Zeit erhalten, da ihre kurzfristige Abschaffung politisch nicht durchzuhalten sei.

Der *Bundeskanzler* fährt fort, daß in der europäischen Agrarpolitik seit der dramatischen Nacht im ER im Februar 1988<sup>38</sup> große Fortschritte erzielt worden seien.

<sup>37</sup> Zur „Halbzeit-Konferenz“ der „Uruguay-Runde“ des GATT vom 5. bis 9. Dezember 1988 vgl. AAPD 1988, II, Dok. 368.

<sup>38</sup> Zur Tagung des Europäischen Rats vom 11. bis 13. Februar 1988 in Brüssel vgl. AAPD 1988, I, Dok. 59.



Jedem Politiker sei klar, daß eine durch lange Jahre hindurch verfolgte Politik nicht über Nacht umgekehrt werden könne. Dies sei politisch nicht durchsetzbar. Die durchschnittliche Betriebsgröße in der deutschen Landwirtschaft betrage 17ha, während sie in Großbritannien rund das Zehnfache ausmache. Diesen kleinen Landwirten könne man nicht plötzlich die Existenzgrundlage nehmen.

Noch 1982 sei die Agrarpolitik der EG auf allgemeine Produktionserhöhungen ausgerichtet gewesen. Wenn 1982 ein junger deutscher Bauer zu einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle gegangen sei, habe man ihm – entsprechend der damaligen EG-Politik – empfohlen, sich 30 Kühe statt 15 zuzulegen. Die von diesem Bauern unter Kreditaufnahme getätigten Investitionen seien nach der heutigen EG-Agrarpolitik nicht mehr gefragt. Er müsse vielmehr seine Produktion reduzieren. Angesichts der bisherigen EG-Agrarpolitik sei aber eine Vollbremsung politisch nicht durchzustehen.

Die aufgrund einer falschen EG-Agrarpolitik entstandenen Butterberge seien jetzt weitgehend abgebaut. Dafür seien die Winzer im EG-Raum jetzt dabei, ihre Weinproduktion noch weiter zu erhöhen, statt sich einer Verbesserung der Qualität zu widmen.

Seine, des Bundeskanzlers, Philosophie demgegenüber sei einfach, aber schwer durchzusetzen: Wir Deutschen könnten unsere Maschinen nur dann an das Ausland verkaufen, wenn wir anderen Gelegenheit geben, bei uns ihr Fleisch und ihre Butter abzusetzen.

PM *Hawke* bemerkt dazu, daß es für Australien entscheidend sei, daß dieses Ziel allgemein akzeptiert werde. Die gegenwärtige EG-Agrarpolitik halte er politisch für fehlerhaft: Es sei nicht einzusehen, daß 90 % der Bevölkerung die Rechnung dafür zahlen müßten, daß die restlichen 10 % vom Staat alimentiert würden.

Einer der Sondergäste von PM *Hawke*, G. D. M. *Bolton*, stellt die Frage, ob es seitens der Bundesregierung eine Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Nahrungsmittelindustrie, sei es in Form von Förderungsplänen, sei es durch Unterstützung der entsprechenden wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit, gäbe.

Der *Bundeskanzler* betont, daß in der bei uns geltenden Wirtschaftsordnung der Unternehmer allein über Fragen der Kooperation mit dem Ausland zu entscheiden habe. In der deutschen Wirtschaft gebe es aber einen großen Umdenkungsprozeß zugunsten eines direkten Engagements im Ausland. Ein gutes Beispiel hierfür sei der deutsche Auslandstourismus.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten sei die Bundesregierung bereit, die deutsch-australische Zusammenarbeit nach Kräften zu unterstützen, so auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Politik und der Kultur. Für die deutsch-australischen Beziehungen sei jetzt eine Aufbruchszeit gekommen, die man nutzen solle. Im Bereich der Wirtschaft biete sich vor allem eine Zusammenarbeit in Form von Joint-ventures an, über die man den in Australien gewünschten Technologietransfer am besten bewirken könne.

Der Pioniergeist der jungen Unternehmergegeneration, die zu neuen Grenzen aufzubrechen bereit sei, sei das beste Mittel im Kampf gegen die Bildung einer „Festung Europa“. Europa offenzuhalten, sei für uns alle von existentieller Bedeutung.

**Bundesarchiv, B 136, Bd. 34071**

## 199

### Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Scharaa

310-321.11 SYR

29. Juni 1989<sup>1</sup>

Im Mittelpunkt des etwa zweistündigen Gesprächs<sup>2</sup>, das mit einem Arbeitessen begann, standen die Lage im Libanon und der Nahostkonflikt.

AM Scharaa erläuterte die Haltung Syriens zum Libanon- und Nahostkonflikt.

Weitere Gesprächsthemen waren die Lage im Iran, die bilateralen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen nach dem Besuch von GS Gorbatschow in Bonn<sup>3</sup>, die deutsch-amerikanischen Beziehungen und die Ergebnisse des Europäischen Rats (Madrid, 26.–27.6.1989).

Im einzelnen

1) AM Scharaa berichtete zunächst kurz über das Ergebnis seines Gesprächs mit BM Schäuble, das nach seiner Ansicht positiv verlaufen sei.

Scharaa habe BM Schäuble den syrischen Wunsch nach verstärkter bilateraler Zusammenarbeit vorgetragen. Er wolle dies bei Gespräch mit BM Genscher noch einmal bekräftigen, wobei der syrische Wunsch nach verstärkter Zusammenarbeit über den politisch-wirtschaftlichen Bereich hinausgehe.

2) AM Scharaa erläuterte anschließend die syrische Haltung zum Libanon-Konflikt.

Obwohl es sich um eine innerlibanesische Angelegenheit handle, gebe es auch Außenfaktoren, und zwar positive wie negative. Ein negativer Außenfaktor sei Israel, das zweimal in den Libanon eingedrungen sei<sup>4</sup> und unter Mißachtung der SR-Res. 425<sup>5</sup> den Südlibanon seit Jahren besetzt halte.

Dies könne es nicht mit der Sorge um die Sicherheit seiner Nordgrenze begründen, da es durch seine Einmischung die Instabilität im Libanon und damit die Gefährdung seiner Nordgrenze selbst verursacht habe.

Sobald Israel sich zurückziehe, werde Ruhe im Libanon einkehren und die Gefährdung der israelischen Nordgrenze ein Ende finden.

Ein weiterer negativer Außenfaktor sei die verstärkte Einmischung des Irak (Waffenlieferungen an General Aoun) seit dem Ende des Golfkrieges.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Kaempffe am 5. Juli 1989 gefertigt und „mit der Bitte um Billigung“ an das Ministerbüro geleitet.

Hat Vortragendem Legationsrat Gerdts am 5. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 310 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Kann mit reduziertem Verteiler mit dem Vermerk ‚von BM noch nicht gebilligt‘ verteilt werden.“

Hat Kaempffe am 6. Juli 1989 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Der syrische Außenminister Scharaa hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>4</sup> Israelische Streitkräfte intervenierten am 14. März 1978 und am 6. Juni 1982 im Libanon. Zum Einmarsch von 1982 vgl. AAPD 1982, I, Dok. 178.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 425 des VN-Sicherheitsrats vom 19. März 1978 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.

Erst nach Beginn der irakischen Einmischung sei der Krieg im Libanon eskaliert. Die syrische „Einmischung“ sei dagegen im Interesse des Libanon – auch der Christen, zu deren Hilfe die Syrer 1976 interveniert<sup>6</sup> hätten.

Die syrische Intervention richte sich gegen alle, die den Libanon teilen wollten. Syrien wolle seinen Beitrag zur innerlibanesischen Versöhnung, zu der das Volk in seiner Mehrheit bereit sei, leisten.

Diese sei ohne eine Verfassungsreform unter Abschaffung des Konfessionalismus nicht möglich. Die Christen müßten auf Privilegien verzichten.

Darüber hinaus müsse die starke Stellung des Staatspräsidenten abgeschafft werden, der bisher außer in Budgetfragen am Parlament vorbei sowohl Personal- als auch Sachentscheidungen autonom habe treffen können.

Syrien gehe davon aus, daß die Mehrheit des libanesischen Volkes und auch die Mehrheit der Christen derartige Reformen wünschten.

Widerstand gebe es nur von seiten Aouns und Samir Geageas (dem Chef der Forces Libanaises), die ihre Privilegien nicht aufgeben wollten und hierbei von bestimmten Kreisen in Frankreich und im Vatikan unterstützt würden.

Syrien habe die Beschlüsse des Gipfels von Casablanca<sup>7</sup> voll mitgetragen. Es habe die Bemühungen des Dreier-Ausschusses voll unterstützt und werde dies auch weiterhin tun. Auch Syrien sei der Auffassung, daß die Einhaltung der Waffenruhe und Aufhebung der Blockade erste Voraussetzungen für den Versöhnungsprozeß seien.

Die Blockaden könnten allerdings nur aufgehoben werden, wenn Aoun sich bereit erkläre, in die christlichen Häfen einlaufende Schiffe durch einen Ausschuß der Arabischen Liga auf Waffen durchsuchen zu lassen. Erkläre sich Aoun hierzu bereit, so werde Syrien seine innerlibanesischen Verbündeten nicht mehr mit Waffenlieferungen unterstützen.

Nach der Verabschiedung politischer Reformen durch das libanesisches Parlament, der Wahl eines Staatspräsidenten und einer Regierung müsse die territoriale Integrität des Libanon wiederhergestellt werden. Hierfür sei der israelische Rückzug Voraussetzung. Nach einem solchen Rückzug werde Syrien an der Entwaffnung der Milizen und dem Aufbau einer libanesischen Armee und Polizeitruppe mitwirken.

Vorstehender Stufenplan sei im übrigen von allen arabischen Bruderländern (außer Irak) auf der Konferenz von Casablanca mitgetragen worden.

Auf Fragen von *D3*<sup>8</sup>, ob sich nach den Plänen des Dreier-Ausschusses das libanesisches Parlament außerhalb des Libanon treffen sollte, erwiderte AM *Scharaa*, daß die Libanesen selbst entscheiden müßten, wie sie bei den politischen Reformen vorgehen. Hier werde sich Syrien nicht einmischen.

Auf Frage von *BM*, für wen der Dreier-Ausschuß spreche, führte AM *Scharaa* aus, daß dieser ein Mandat aller arabischen Staaten – sogar des Irak – habe.

<sup>6</sup> Syrische Truppen marschierten am 1. Juni 1976 in den Libanon ein.

<sup>7</sup> Zur außerordentlichen Gipfelkonferenz der Arabischen Liga vom 23. bis 26. Mai 1989 vgl. Dok. 130, Anm. 4.

<sup>8</sup> Reinhard Schlagintweit.

BM *Genscher* erläuterte die Zwölfer-Position zu Libanon und zitierte die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Madrid (26.–27.6.1989)<sup>9</sup>, in denen die von uns mitgetragene Zwölfer-Position erneut bekräftigt worden sei.

Für die Bundesregierung und auch die öffentliche Meinung sei besonders wichtig, daß die Blockade aufgehoben werde. Wir verstünden zwar die Motive für die Forderung der Syrer nach Kontrollen der Schiffe, die die christlichen Häfen anlaufen. Es müsse dennoch eine Seite ohne Vorbedingungen den ersten Schritt tun. Dafür sei die Zeit jetzt reif.

Die Bundesregierung und ihre EG-Partner würden sich im übrigen nicht in den innerlibanesischen Reformprozeß einmischen. Der Reformprozeß müsse allerdings jetzt beginnen.

AM *Scharaa* erklärte auf entsprechende Frage von BM *Genscher*, daß nach syrischer Auffassung eine Beilegung des Libanon-Konflikts auch ohne Lösung des Nahostkonflikts möglich sei: Voraussetzung sei allerdings, daß eine gerechte und dauerhafte innerlibanesische Lösung gefunden werde.

3) BM *Genscher* sprach sodann den Nahostkonflikt an. Die Bundesregierung hätte sich bereits 1974<sup>10</sup> in den VN für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser ausgesprochen.<sup>11</sup> Die von den zwölf EG-Staaten zu Nahost in der Erklärung von Venedig (1980)<sup>12</sup> niedergelegte Position gelte unverändert fort. Seit der Erklärung der Außenminister der Zwölf vom Februar 1987<sup>13</sup> träten die EG-Staaten für eine Friedenskonferenz unter der Ägide der VN ein. Darüber hinaus hätten die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten in der Nahosterklärung des Europäischen Rats<sup>14</sup> positiv hervorgehoben, daß die Arabische Liga auf dem Gipfeltreffen von Casablanca die PNC-Beschlüsse von Algier<sup>15</sup> unterstützt, in denen SR-Res. 242<sup>16</sup> und 338<sup>17</sup> anerkannt worden sind.

Von der Entspannung des Ost-West-Verhältnisses erwarteten wir uns auch positive Impulse für die Lösung des Nahostkonflikts. Die Großmächte spielten eine entscheidende Rolle bei der Beilegung von Regionalkonflikten; Namibia und Afghanistan hätten dies gezeigt.

<sup>9</sup> Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen der Präsidentschaft zum Libanon-Konflikt im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 14 f.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „1975“.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

<sup>12</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 382 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1987, I, Dok. 52.

<sup>14</sup> Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten nach seiner Tagung am 26./27. Juni 1989 in Madrid vgl. BULLETIN DER EG 6/1989, S. 16 f.

<sup>15</sup> Vgl. dazu die Erklärung über die Unabhängigkeit des Staates Palästina sowie die Politische Erklärung der Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom 12. bis 15. November 1988; EUROPA-ARCHIV 1989, D 46–55.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des VN-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

Das internationale Klima sei derzeit günstig, dies gelte es zu nutzen.

Auf Fragen von BM Genscher, ob Syrien seit seinem letzten Besuch in Damaskus im Januar 1988<sup>18</sup> die Lage in Nahost negativer einschätze als damals, führte AM Scharaa aus, daß Syrien nach wie vor zuversichtlich sei. Syrien würde sich stets, im Gegensatz zu anderen arabischen Staaten, an Beschlüsse der arabischen Staatengemeinschaft halten. So stehe man nach wie vor zu den Beschlüssen von Bagdad (1978)<sup>19</sup> und Fes (1982)<sup>20</sup>.

Auch die einschlägigen Beschlüsse von Casablanca würden von Syrien mitgetragen; Syrien frage sich allerdings, wie es einen Staat – Israel – anerkennen könne, der den palästinensischen Staat nicht anerkennen wolle, Expansionismus betreibe und seine eigenen Grenzen (Stichwort: Golan) festzulegen nicht bereit sei.

Es gebe zwar einige arabische Staaten, die dieses Problem für nicht besonders wichtig hielten. Syrien sei dagegen gemäßigt, aber gerecht.

Zum Shamir-Plan<sup>21</sup> führte Scharaa aus, daß auch den Freunden Israels nunmehr klarwerden müsse, daß Israel eine Lösung mit demokratischen Mitteln nicht wolle.

4) BM Genscher bat AM Scharaa um seine Einschätzung der Lage im Iran.

AM Scharaa führte aus, daß Iran unter seiner neuen Führung seine Beziehungen zu den arabischen Staaten verbessern wolle. Rafsandschani und Khomeini seien derzeit Politiker, die sich gut ergänzten. Sollte allerdings Ahmad Khomeini – eher ein auf innenpolitische Themen konzentrierter, außenpolitisch unerfahrener und uninteressierter Doktrinär – bei den Wahlen im Juli<sup>22</sup> für den Posten des Staatspräsidenten kandidieren, habe er allein aufgrund der Tatsache, daß er der Sohn des Imam sei, bessere Chancen als Rafsandschani.

5) Erörtert wurde der Stand der bilateralen Beziehungen. *Beide Minister* drückten ihre Befriedigung darüber aus, daß die bilateralen Beziehungen auch in schwierigen Zeiten intensiv und gut fortgesetzt worden seien.

Sie seien derzeit eng und freundschaftlich und sollten weiter vertieft werden.

AM Scharaa sprach den Wunsch Syriens an, bei der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in den Genuß einer Sonderregelung zu kommen, wonach FZ-Neuzusagen in Ausnahmefällen auch dann möglich sind, wenn das Empfängerland – so wie derzeit Syrien – mit Rückzahlungsverpflichtungen in Verzug sei. Bei Gesprächen im BMZ sei syrischer Seite bedeutet worden, daß hierzu die Zustimmung des BMF nötig sei.

BM Genscher erwiderte, er wolle dies – ohne Zusagen machen zu können – mit dem BMF aufnehmen.

<sup>18</sup> Bundesminister Genscher besuchte Syrien am 15./16. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988, I, Dok. 16 und Dok. 21.

<sup>19</sup> Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Gipfelkonferenz arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

<sup>20</sup> Vom 6. bis 9. September 1982 fand in Fes eine Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 566–568.

<sup>21</sup> Zum Friedensplan des israelischen Ministerpräsidenten Shamir für den Nahen Osten vgl. Dok. 91, Anm. 4. Vgl. dazu ferner Dok. 183.

<sup>22</sup> Im Iran fanden am 28. Juli 1989 Präsidentschaftswahlen sowie ein Referendum über eine Verfassungsreform statt. Vgl. dazu Dok. 217, Anm. 5.

6) BM Genscher unterrichtete zum Schluß AM Scharaa über den Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen nach seinem letzten Besuch in Washington<sup>23</sup>, über das Ergebnis des Gorbatschow-Besuchs in Bonn und das Ergebnis des Europäischen Rats in Madrid (26.–27.6.1989).

7) AM *Scharaa* lud BM Genscher zu einem Besuch in Syrien ein. Die Einladung wurde von BM *Genscher* angenommen.

**Referat 310, Bd. 149700**

## 200

### Botschafter Eiff, Belgrad, an das Auswärtige Amt

**Fernschreiben Nr. 605**

**Aufgabe: 29. Juni 1989, 14.00 Uhr<sup>1</sup>**

**Ankunft: 29. Juni 1989, 14.57 Uhr**

Betr.: Innere Lage;  
hier: Serbische Kosovo-Feiern

Zur Unterrichtung

1) Die vergangene Woche stand in Serbien ganz im Zeichen der Feiern zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld (Kosovo), die in der feierlichen Massenveranstaltung am Denkmal der Schlacht (in der Nähe von Pristina) ihren Höhepunkt fanden.

Die Veranstaltungsreihe begann am 23.6. mit einem internationalen wissenschaftlichen Symposium über die Bedeutung der Schlacht in Geschichte und Gegenwart in der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (deutscher Teilnehmer: Prof. Kroll, Göttingen, über die Schlacht in der deutschen Slawistik).

Am 25.6. fand in Belgrad eine Großveranstaltung der serbisch-orthodoxen Kirche mit 100 000 bis 150 000 Teilnehmern statt.

Am Festakt der Republik Serbien am 26.6. im Belgrader Sava-Centar nahmen u. a. Regierungschef Marković und die hohe orthodoxe Geistlichkeit teil. Wir waren nur durch den Kulturattaché<sup>2</sup> vertreten, entsprechend dem Verhalten der größeren EG-Partner.

2) Die Hauptveranstaltung am 28.6. auf dem Amselfeld (Kosovo) wurde von über 1 Million Teilnehmern, vornehmlich aus Serbien, besucht. Der Vorsitzende des Staatspräsidiums, Drnovšek, Parteipräsident Pančevski und Regierungschef

<sup>23</sup> Bundesminister Genscher besuchte die USA am 20./21. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 186 und Dok. 195.

<sup>1</sup> Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat I. Klasse Göckel und Legationssekretär Walter, beide Belgrad, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 30. Juni 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Johannes Haindl.

Marković nahmen teil. Patriarch German vertrat die serbisch-orthodoxe Kirche. Wir waren – wie alle EG-Partner – weisungsgemäß nicht vertreten; von den NATO-Partnern war nur der türkische Botschafter<sup>3</sup> anwesend.

Der serbische Republikspräsident Milošević vertrat in seiner Festrede die bekannten serbischen Positionen. Er spannte den Bogen von 1389 bis ins Jahr 1989, in dem Serbien nach seiner Freiheit nun auch seine Einheit wiedergefunden habe. Die Schlacht auf dem Kosovo sei das Symbol eines serbischen Heldentums, das sich heute beim Kampf um den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau Serbiens bewähren müsse.

Die Versammlung endete ohne Zwischenfälle – vielfach waren albanische Anschläge oder serbische Übergriffe befürchtet worden –, was wohl nicht zuletzt auf die umfangreichen Sicherungsmaßnahmen zurückzuführen ist.

### 3) Bewertung

Die über 1 Million Serben sind nicht nur deshalb in den Kosovo gekommen, weil sie der Geschichte gedenken wollten. Da die Schlacht auf dem Amselfeld zu 500 Jahren türkischer Oberhoheit über Serbien führte, ist die Schlacht selbst auch nicht unbedingt ein Anlaß für Jubelfeiern. Der Mythos, der sich in der serbischen Überlieferung um die Schlacht bildete, ist jedoch einer der wichtigsten staatsbildenden Faktoren in der serbischen Geschichte. Die Schlacht auf dem Amselfeld wurde als wichtiger Beitrag bei der Verteidigung nicht nur Serbiens, sondern des (christlichen) Abendlandes gegen die (islamischen) Türken dargestellt. Serbiens europäische Identität wurde immer wieder betont.

Für die Teilnahme an den Feiern auf dem Amselfeld dürfte die Gegenwart jedoch ebenso wichtig wie die Geschichte gewesen sein. Die Feiern waren eine machtvolle Demonstration der serbischen Präsenz im Kosovo. Nach den Änderungen der serbischen Verfassung und den folgenden Notstandsmaßnahmen im Kosovo<sup>4</sup> ging es jetzt um die „Rückkehr der Serben“.

Auffallend war, wie eng die serbische Partei, der Staat und die serbisch-orthodoxe Kirche zusammenstanden. Die serbische „Homogenisierung“ erlebte einen weiteren Höhepunkt.

[gez.] Eiff

**Referat 214, Bd. 139834**

<sup>3</sup> Tevfik Ünaydin.

<sup>4</sup> Zur Lage im Kosovo vgl. Dok. 79.

## 201

**Gespräch des  
Ministerialdirektors Teltschik, Bundeskanzleramt,  
mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow**

30. Juni 1989<sup>1</sup>

Gespräch AL2 mit dem bulgarischen Außenminister Petar Mladenow (Bonn, 30. Juni 1989, 11.00–12.00 Uhr)<sup>2</sup>

AL übermittelt herzliche Grüße des Bundeskanzlers, der bedauere, aus Termingründen den Außenminister nicht empfangen zu können. Er – der Bundeskanzler – erinnere sich aber gern an seine Reise nach Bulgarien<sup>3</sup>, zuerst als Oppositionsführer, sowie seine Begegnungen mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow.

AL stellt sodann im Rückblick auf den Besuch GS Gorbatschows<sup>4</sup> fest, die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien heute in einer sehr guten Verfassung; bereits am übernächsten Wochenende<sup>5</sup> komme eine starke sowjetische Wirtschaftsdelegation auf unmittelbare Weisung GS Gorbatschows, um auf diesem Gebiet nachzuarbeiten<sup>6</sup>.

AL bittet sodann um eine Einschätzung der Entwicklung in der Sowjetunion.

AM Mladenow (M.) dankt für die Grüße des Bundeskanzlers und gibt einen Überblick über seine Gespräche mit Bundesminister Genscher.<sup>7</sup> Erneut habe man feststellen können, daß es keine akuten Probleme in den bilateralen Beziehungen gebe und damit gute Voraussetzungen für ihre weitere Entwicklung gegeben seien.

Einen besonderen Stellenwert in diesen Gesprächen habe die weitere Perspektive der gesamteuropäischen Entwicklung eingenommen: Hier sei in der Tat ein neues Klima der Zusammenarbeit entstanden.

Dies habe sich – wie AL zu Recht angedeutet habe – auch bei den deutsch-sowjetischen Beziehungen gezeigt. Der Besuch GS Gorbatschows in unserem Lande

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 3. Juli 1989 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Derix am 3. Juli 1989 vorgelegen.

<sup>2</sup> Der bulgarische Außenminister Mladenow hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1989 in der Bundesrepublik auf.

<sup>3</sup> Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kohl besuchte Bulgarien vom 5. bis 7. Juni 1976.

<sup>4</sup> Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, und der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchten die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 178, Dok. 179 und Dok. 182.

<sup>5</sup> 8./9. Juli 1989.

<sup>6</sup> Vom 8. bis 12. Juli 1989 hielt sich der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident und Gosplan-Vorsitzende Masljukow mit einer Delegation in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 232, Anm. 10.

<sup>7</sup> Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 29. Juni 1989 im Kreis der Delegationen wurden die bilateralen Beziehungen, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, vor allem im konventionellen Bereich, SNF, START sowie die türkische Minderheit in Bulgarien behandelt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139826.



sei die seit dem Zweiten Weltkrieg deutlichste Bekundung dafür, daß die Völker und Regierungen beider Länder in Frieden und Verständigung leben und zusammenarbeiten wollen. Dies sei sehr wichtig auch für Bulgarien, denn ohne gute Beziehungen zwischen der SU und der Bundesrepublik Deutschland seien positive Veränderungen in Europa nicht möglich. Deshalb freue sich auch Bulgarien über diese Aufwärtsbewegung in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Nicht zuletzt habe die „Gemeinsame Erklärung“<sup>8</sup> große Perspektiven eröffnet und sei für alle europäischen Länder von Bedeutung. Zwar bleibe noch viel zu tun, doch sei der eingeschlagene Weg richtig und liege im Interesse der Verbündeten beider Seiten.

Wichtig sei auch die Feststellung der „Gemeinsamen Erklärung“, daß die USA an diesem Prozeß teilnehmen müßten – in der Tat könne man ohne sie ein gemeinsames Haus Europa nicht bauen.

Größtes Augenmerk habe er – AM M. – mit Bundesminister Genscher dem Ausbau der bilateralen Beziehungen gewidmet. Es sei nun einmal so, daß Bulgarien in Europa nur zwei Freunde habe: die Deutschen und die Russen – dies werde von anderen, etwa den Engländern, manchmal nur schwer verstanden. Aber es sei die Realität. Er sei sich mit BM Genscher einig gewesen, den erreichten guten Stand der Beziehungen weiter zu pflegen. Er kehre optimistisch nach Sofia zurück.

AL unterstreicht die außerordentliche Breite, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den letzten zwei Jahren gewonnen haben: Allein in den letzten sechs Monaten 17 Abkommen und die „Gemeinsame Erklärung“, die von GS Gorbatschow selbst als „einzigartig“ und von uns als „historisch“ bezeichnet worden sei. Dies alles verdeutliche, daß wir die Beziehungen umfassend und in allen Bereichen entwickeln wollten: von regelmäßigen politischen Begegnungen auf höchster Ebene über regelmäßige Konsultationen der Außenminister bis hin zur wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Zusammenarbeit sowie der Kooperation auf neuen Feldern wie Umweltschutz und Arbeitssicherheit.

Dabei sei klare Politik der Bundesrepublik Deutschland und des Bundeskanzlers persönlich, diese Breite der Entwicklung nicht nur mit der SU, sondern mit allen Warschauer-Pakt-Staaten – auch hier nicht nur mit ausgewählten – zu erzielen. Dabei zeige sich eine Wechselwirkung zwischen den Reformprozessen in den sozialistischen Ländern und unseren Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Deshalb habe er – AL – auch mit großer Aufmerksamkeit gelesen, was Staatsratsvorsitzender Schiwkow jetzt in Moskau<sup>9</sup> über die bulgarischen Reformpläne ausgeführt habe. Denn es gebe noch eine weitere Wechselwirkung: die zwischen wirtschaftlichen Reformen einerseits und den<sup>10</sup> politisch-gesellschaftlichen Reformen andererseits. Wir würden es deshalb sehr begrüßen, wenn Bulgarien im Zuge seiner Reformen auch die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland erweitern würde. Er bitte deshalb AM um nähere Einzelheiten zu den geplanten Reformen.

Mladenow verdeutlicht, Reformprozesse müßten allen Ländern (des Warschauer Pakts) zugute kommen, nicht allein Bulgarien. Selbstverständlich müsse bei der

<sup>8</sup> Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Kohl und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vom 13. Juni 1989 vgl. BULLETIN 1989, S. 542–544.

<sup>9</sup> Der bulgarische Staatsratsvorsitzende Schiwkow hielt sich am 23. Juni 1989 in der UdSSR auf.

<sup>10</sup> Korrigiert aus: „die“.

Durchführung in unterschiedlicher Art und Weise vorgegangen und insbesondere das Tempo an die Bedingungen des jeweiligen Landes angepaßt werden. Wenn deshalb einige Stimmen behaupteten, Ungarn und Polen seien weit vorangeschritten, so müsse er entgegenhalten, daß man Reformen nicht als Wettlauf verstehen dürfe. Sie seien eine sehr ernsthafte Sache, die im Inneren zu tiefgreifenden Änderungen führen und die Möglichkeit zu größerer Teilhabe an der internationalen Arbeitsteilung und damit zu schnellerer Entwicklung schaffen werden. Gerade deshalb müsse man Destabilisierung, sowohl im wirtschaftlichen sowie im politischen Bereich, vermeiden. Niemand könne von einer Destabilisierung Bulgariens Nutzen haben.

M. wendet sich sodann gegen die Unterteilung der WP-Staaten in reformwillige, in zögernde und in reformunwillige Länder. Derartige Unterteilungen vereinfachten. Tatsächlich habe Bulgarien im Wirtschaftsbereich eine Pionierrolle gespielt. Beabsichtigt sei z. B. eine Änderung der Eigentumsgesetzgebung und der dahinterstehenden Philosophie, auf deren Grundlagen bisher die Gesellschaft aufgebaut worden sei. Dies sei ein sehr ernsthaftes, nicht über Nacht zu lösendes Problem. Andererseits sei es eine richtige Frage, ob man sich wirtschaftliche Reformen ohne politische Reformen vorstellen könne. Tatsächlich müsse man in etwa parallel vorgehen. Wenn wirtschaftliche Reformen durchgeführt würden, politische Reformen aber ausblieben – oder umgekehrt –, könne dies zweifellos in einem gewissen Zeitpunkt zu Kollisionen führen – er denke an die chinesischen Ereignisse. Nach seiner persönlichen Meinung – die Chinesen wüßten dies sicher besser – seien in der Tat Diskrepanzen zwischen beiden Reformprozessen die tiefere Ursache für das Geschehene.

Deshalb wende sich Bulgarien auch verstärkt den politischen Reformen zu. Geplant seien:

- Dezentralisierung von Verantwortung und Entscheidungskompetenzen auf untere Organe – zentral sollten nur solche Entscheidungen getroffen werden, die die niedere Instanzen nicht zu treffen in der Lage seien.
- Selbstverwaltung im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich, die den Menschen das Gefühl vermitteln solle, wirkliche Subjekte der Machtausübung zu sein; auch dies ein wichtiger Schritt in Richtung Demokratisierung.
- Überprüfung von Gesetzgebung und Machtstrukturen und ihre Anpassung an internationale Rahmenbedingungen: Entwicklung zu einem modernen, zivilisierten Rechtsstaat, in dem die Gesetze über allen stehen und für alle gleichermaßen gelten.

Auf dem ersten Gebiet habe Bulgarien schon viel geleistet, auf den anderen müsse weitergearbeitet werden. Dabei sei nicht einfach, daß nach ersten Schätzungen etwa 75 % der bisherigen Gesetze geändert werden müßten.

- Änderung der Verfassung<sup>11</sup> mit Einführung eines befristeten Mandatssystems (höchstens zwei Amtsperioden).

Zu Recht – so M. weiter – habe AL das Gespräch des Staatsratsvorsitzenden mit GS Gorbatschow erwähnt. Grundsätzlich könne man sagen, daß Bulgarien die

<sup>11</sup> Für den Wortlaut der bulgarischen Verfassung vom 18. Mai 1971 vgl. Georg BRUNNER und Boris MEISSNER (Hrsg.), Verfassungen der kommunistischen Staaten, Paderborn 1980, S. 49–71.

strategische Linie der Umgestaltung in beiden Ländern teile, bei der taktischen Umsetzung aber die eigenen Verhältnisse berücksichtige und deshalb nicht einfach alles kopiere. Die SU habe ganz andere Probleme, z.B. die Abrechnung mit dem Stalinismus und seinen Übergriffen. Zwar habe es damals auch in Bulgarien Leute gegeben, die gelitten hätten, in der SU jedoch seien viele Millionen umgekommen. Deshalb stelle sich die Frage für die SU viel schärfer, diese Periode endgültig zu überwinden, die Ausschreitungen zu verurteilen und eine Wiederkehr dieser Zustände nicht zuzulassen.

In Bulgarien seien andere Probleme wichtiger, insbesondere so schnell wie möglich die Wirtschaftsentwicklung anzukurbeln und damit die Grundlage für ein demokratisches System zu schaffen, in dem die Menschen an den heutigen und an den morgigen Tag glauben.

Was den Vergleich mit Polen angehe, so sei es nach seiner Meinung in der Tat nicht notwendig, in Bulgarien eine Solidarität zu gründen.

Kurzum: Es gelte, im Auge zu behalten, was in anderen Ländern Gutes geschaffen worden sei, und gleichzeitig maximal den nationalen Bedingungen Rechnung zu tragen. Man dürfe Reformen nicht um der Reformen willen durchführen, sondern sie müßten für das Volk richtig und nützlich sein.

M. übermittelt abschließend Grüße des Staatsratsvorsitzenden an den Bundeskanzler. Er werde im übrigen gern beim bevorstehenden Treffen des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes<sup>12</sup> auch den sowjetischen Kollegen die positive Einschätzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die er hier vorgefunden habe, übermitteln.

AL dankt für die Grüße an den Bundeskanzler und betont, dieser habe die beim Besuch des Staatsratsvorsitzenden<sup>13</sup> ausgesprochene Gegeneinladung sehr gern angenommen. Aufgrund unserer innenpolitischen Lage sei noch nicht entschieden, welche der Reisen der Bundeskanzler im Herbst unternehmen werde. Es bestehe jedoch eine gewisse Möglichkeit, in diesem Zeitraum auch Bulgarien zu besuchen.

Mladenow erkundigt sich nach Reiseplänen in Richtung Polen.

AL erwidert, hier gestalteten sich die Dinge noch etwas schwierig, auch aufgrund der inneren Lage in Warschau. Niemand wisse, ob die heutige Führung in 14 Tagen noch im Amt sei: Diese Situation erschwere auch die von ihm geführten Vorbereitungsgespräche.<sup>14</sup>

<sup>12</sup> Am 7./8. Juli 1989 fand in Bukarest die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer-Pakt-Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués sowie der Erklärung zu Fragen der Abrüstung und Sicherheit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 596–606. Zum Ablauf vgl. <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic4001.html> sowie MASTERPIECES OF HISTORY, Dok. 75.

<sup>13</sup> Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich vom 2. bis 5. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1987, I, Dok. 158.

<sup>14</sup> Zu den Gesprächen zwischen Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und dem Abteilungsleiter im ZK der PVAP, Kucza, vgl. Dok. 159, Anm. 4. Teltschik und Kucza trafen am 26. Juni 1989 in Bonn erneut zusammen. Ministerialdirigent Höyneck vermerkte am 27. Juni 1989, er habe Teltschik um Informationen zu dem Gespräch gebeten: „1) Herr Teltschik sagte, der Sachstand sei ‚unverändert‘. Auf meine Frage, was dies bedeute, erwiderte er, die Verhandlungen gingen weiter. Auch Herr Kucza habe großen Wert auf die Feststellung gelegt, daß

Der Bundeskanzler – so AL weiter – habe GS Gorbatschow mit aller Deutlichkeit gesagt, daß wir nicht an einer Destabilisierung von wem auch immer interessiert seien. Wenn also jetzt mit Polen verhandelt werde, gehe es darum, einen Beitrag zu leisten, daß die Reformen gut und erfolgreich durchgeführt werden könnten.

Unter diesem Aspekt begrüße er ausdrücklich die Einschätzung M.s hinsichtlich Chinas. Man müsse deshalb alles tun, daß in anderen Ländern eine solche Kluft zwischen wirtschaftlichen und politischen Reformen nicht entstehe.

Was Bulgarien selbst angehe, so sei im Westen zu wenig bekannt, was tatsächlich geschehe, wie weit die wirtschaftlichen Reformen inzwischen vorangeschritten seien.

Nicht bekannt gewesen sei auch bei uns die kürzliche Änderung von Ausreisebestimmungen. Er wolle damit ein Thema, das M. sicher bereits mit jedem deutschen Gesprächspartner erörtert habe, nämlich das Los des türkischen Bevölkerungsteils<sup>15</sup>, nicht erneut ansprechen, wohl aber betonen, daß Bulgarien sich um sein Bild nach außen sorgen müsse, weil sonst insbesondere in Wirtschaftskreisen Zurückhaltung fortbestehe, sich in Bulgarien zu engagieren.

Botschafter *Evtimov* beklagt, daß unsere Massenmedien einseitig informieren – oder aber für bulgarische Informationen überhaupt nicht zugänglich seien. Er bittet um die Unterstützung der Bundesregierung.

AL bittet zu erwägen, verstärkt Abgeordnete des Deutschen Bundestages einzuladen – dies werde dann selbstverständlich auch Resonanz in unseren Medien haben.

*Mladenow* ergänzt, er habe AL sehr wohl verstanden. Er verabschiedet sich und erneuert die Grüße an den Bundeskanzler.

**Referat 214, Bd. 139826**

*Fortsetzung Fußnote von Seite 901*

die Verhandlungen nicht in einer Sackgasse seien. 2) Auf meine Frage nach den konkreten polnischen Forderungen: Kucza habe wiederum verlangt, daß das deutsche Angebot ‚mit einer Zahl‘ versehen werde. Außerdem habe Kucza erneut einen ungebundenen Finanzkredit erbeten; dies habe er, Teltchik, erneut zurückgewiesen.“ Der Termin für einen Besuch von Bundeskanzler Kohl in Polen sei „weiterhin offen“. Vgl. Referat 214, Bd. 139860.

<sup>15</sup> Zur Lage der türkischen Minderheit in Bulgarien vgl. Dok. 192, Anm. 9.

## 202

# Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Moltke

204-321.15-281/89 geheim

30. Juni 1989<sup>1</sup>

Betr.: Konsultationen der Politischen Direktoren im kleinen Kreis am  
29.6.1989 in Paris<sup>2</sup>

Die Politischen Direktoren (D<sup>23</sup>, Dufourcq, Fretwell, Acting Assistant Secretary Dobbins) trafen sich am 29. Juni in Paris zu ihren regelmäßigen vertraulichen Konsultationen.

Im Vordergrund der Konsultationen stand die Frage der Koordinierung der Politik gegenüber Osteuropa (insbesondere Polen und Ungarn). Hierzu hatte GB zwei Papiere als Diskussionsgrundlage ausgearbeitet.

1) Einvernehmen bestand, daß

- enge Konsultationen und eine Koordinierung des Vorgehens (sowohl politisch wie wirtschaftlich) dringend geboten sind,
- die westlichen Staaten gemeinsam durch geeignete Maßnahmen zum Prozeß wirtschaftlicher Reformen beitragen sollten,
- die Unterstützung wirtschaftlicher Reformen ein Mittel für den Westen ist, die politischen Reformen voranzubringen,
- die gemeinsamen Bemühungen gegenwärtig auf Polen und Ungarn konzentriert werden sollten,
- politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte in eine Gesamtbewertung eingehen müssen,
- Japan in die Koordinierung miteinbezogen werden sollte,
- die EG-Kommission beteiligt sein muß.

Auch USA zeigten ein ausgeprägtes Interesse an Konsultation und Koordinierung mit Blick auf die Reise von Präsident Bush nach Polen und Ungarn<sup>4</sup> wie auch als Ausdruck der politischen Vorgabe der jetzigen Administration, generell und auch speziell hinsichtlich Mittel- und Osteuropa mit der EG und den EG-Ländern eng abgestimmt zusammenzuarbeiten. Dobbins wies auf die Reden von Präsident Bush in Boston<sup>5</sup> und Mainz<sup>6</sup> hin. Auf persönlicher Basis meinte er,

<sup>1</sup> Hat Bundesminister Genscher am 1. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 3. Juli 1989 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 204 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bächmann am 3. Juli 1989 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 6. Juli 1989 erneut vorgelegen.

<sup>2</sup> Zum Vierertreffen der Politischen Direktoren vgl. ferner Dok. 203.

<sup>3</sup> Dieter Kastrup.

<sup>4</sup> Der amerikanische Präsident Bush hielt sich vom 9. bis 11. Juli in Polen und vom 11. bis 13. Juli 1989 in Ungarn auf.

<sup>5</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 21. Mai 1989 vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 582–585. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1989, D 334–337.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush am 31. Mai 1989 vgl. PUBLIC PAPERS, BUSH 1989, S. 650–654. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1989, S. 484–488.

daß sich gerade der Bereich Osteuropa besonders für einen ersten Ansatz eines von Washington gewünschten stärkeren Dialogs mit der EG eignen würde.

Dobbins kündigte noch vor dem Bush-Besuch in Polen und Ungarn (Abreise 9.7.) US-Vorschläge für das weitere gemeinsame Vorgehen an: Erörterung beim WWG<sup>7</sup> und Schaffung eines Koordinierungsmechanismus. Präsident Bush strebt vor seiner Reise schon insoweit eine Abstimmung mit den Sechs an, daß er in Polen und Ungarn von seinen Zielsetzungen beim WWG sprechen kann.

D2 unterstrich, daß wir dem gemeinsamen Vorgehen größte Priorität beimessen. Er rief ins Bewußtsein, daß es sich bei der Entwicklung in diesen Ländern um einen Prozeß handelt, der sich in die richtige, von uns gewünschte Richtung bewegt und der von uns in jeder Phase Schritt für Schritt durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden muß. Er trat, unterstützt von F, dafür ein, daß wir uns nicht (wie ansatzweise im britischen Diskussionspapier) selbst durch zu hohe politische Bedingungen („Erreichung demokratischer Zustände“) zu hohe Hürden für ein Aktivwerden setzen.

2) Bei der Diskussion über das für Konsultationen und Koordinierung geeignete Forum wurde kein Konsens erreicht. Eine deutliche Tendenz für einen Siebener-Rahmen war erkennbar (USA, GB, D).

F wies dagegen auf den starken Vorbehalt Präsident Mitterrands gegen jede Einrichtung von WWG-Gruppen hin (die Sieben können sich nicht anmaßen, Steuerungsgruppe der Weltpolitik zu sein) und sprach sich eher für Viererkreis und Einbeziehung Japans über OECD, IWF, Pariser Club aus.

USA plädierten dafür, durch den WWG je eine Gruppe (als sichtbare politische Differenzierung) für die Koordinierung gegenüber Polen und Ungarn ins Leben zu rufen, die sich als „Motor“ für Hilfsmaßnahmen, nicht als Steuerungsgruppe versteht und anderen interessierten Staaten zur Teilnahme offensteht. Zur Überbrückung der französischen Vorbehalte könnte daran gedacht werden, beim WWG nicht die Einsetzung der Gruppen zu beschließen, sondern nur zur Bildung von Koordinierungsmechanismen aufzurufen.

D2 sah in den Sieben die Kerngruppe, die von den Fragen am stärksten betroffen ist. Er hielt einen Siebener-Mechanismus auch ohne strukturelle Verbindung zum WWG für denkbar und wollte eine Ausweitung auf andere Länder (z. B. Österreich, einzelne EFTA-Staaten, Spanien) nicht ausschließen. Er wies darauf hin, daß auch der BK die Absicht habe, diesen Fragenkreis beim WWG anzusprechen.

3) Die Vorbereitungen für den Bush-Besuch in Polen und Ungarn sind noch nicht abgeschlossen. Dobbins erwähnte – mit der Bitte um vertrauliche Behandlung, damit dem Präsidenten bei seinem Aufenthalt der „news value“ erhalten bleibt – folgende geplante Maßnahmen:

a) gegenüber Polen:

- Unterrichtung über die beabsichtigten Konsultationen (beim WWG) über gemeinsames westliches Vorgehen,
- Schaffung einer Stiftung zur Förderung privater Investitionen für Kleinunternehmen (zum Kapital, zu dem auch andere Länder (beim WWG) aufgefordert

<sup>7</sup> Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris vgl. Dok. 231.

werden sollen beizutragen, wollen die USA 100 Mio. \$ bereitstellen (Mittelfrage noch ungeklärt)),

- verstärkte Zusammenarbeit beim Umweltschutz als Anstoß für weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit,
- Aufnahme in den Länderkreis der Overseas Private Investment Guarantees (OPIG) Insurance,
- Investitionsschutzabkommen,
- Abkommen über verstärkten Handelsaustausch und Privatinvestitionen,
- Zusammenarbeit im Energiebereich und Wohnungsbau sowie bei der Tourismusförderung,
- Einrichtung von US-Kulturzentren;

b) gegenüber Ungarn:

- Unterrichtung über die beabsichtigten Konsultationen (beim WWG) über gemeinsames westliches Vorgehen,
- Schaffung einer Stiftung zur Förderung privater Investitionen für Kleinunternehmen (zum Kapital, zu dem auch andere Länder (beim WWG) aufgefordert werden sollen beizutragen, wollen die USA 25 Mio.\$ bereitstellen (Mittelfrage noch ungeklärt)),
- Einräumung des Meistbegünstigungsstatus,
- Zivilluftfahrtabkommen,
- Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technologie,
- Tourismusvereinbarung,
- Vereinbarung über Einsatz des Peace Corps,
- Einrichtung eines Büros des Endowment for Democracy (zur Unterstützung der Parteien).

D2 wies darauf hin, daß die Stiftung zur Förderung von Privatinvestitionen den ungarischen Wünschen entspricht, wie sie auch gegenüber BM bei seinem kürzlichen Besuch<sup>8</sup> von der ungarischen Führung zum Ausdruck gebracht wurden.

v. Moltke

**VS-Bd. 13036A (204)**

<sup>8</sup> Bundesminister Genscher besuchte Ungarn am 9. Juni 1989. Vgl. dazu Dok. 176 und Dok. 177.





Akten zur Auswärtigen Politik  
der Bundesrepublik Deutschland

1989

# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts  
vom Institut für Zeitgeschichte

Haupterausgeber  
Andreas Wirsching

Mitherausgeber  
Hélène Miard-Delacroix und Gregor Schöllgen

# Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

## 1989

Band II: 1. Juli bis 31. Dezember 1989

Wissenschaftliche Leiterin  
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter  
Daniela Taschler, Tim Szatkowski  
und Christoph Johannes Franzen

**DE GRUYTER**  
OLDENBOURG

ISBN 978-3-11-066217-7  
e-ISBN (PDF) 978-3-11-066281-8  
e-ISBN (EPUB) 978-3-11-066223-8  
ISSN 2192-2454

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

**Library of Congress Control Number: 2019952378**

© 2020 Walter de Gruyter GmbH Berlin/Boston  
Druck und Bindung: Hubert & Co. GmbH & Co. KG, Göttingen

[www.degruyter.com](http://www.degruyter.com)